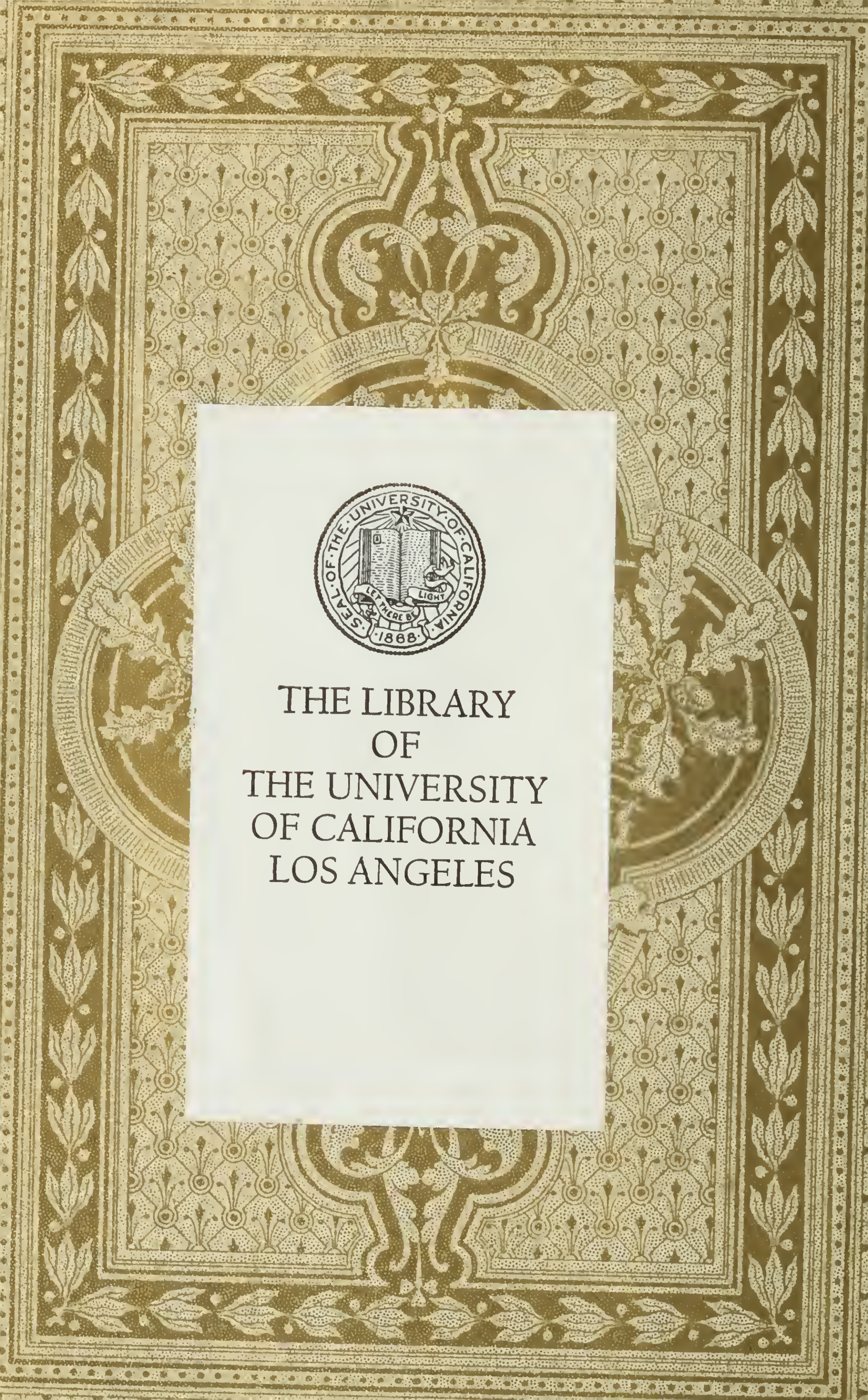

THERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
00 164 586 0
ROBUR


SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868



Fürst Bismarck

nach seiner Entlassung.

Fürst Bismarck nach seiner Entlassung.

Leben und Politik des Fürsten
seit seinem Scheiden aus dem Amte
auf Grund aller authentischen Kundgebungen.

Herausgegeben und mit historischen Erläuterungen versehen
von
Johs. Penzler.

Sechster Band.

26. December 1894 — Ende 1895.



Leipzig.
Verlag von Walther Fiedler.
1898.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

XII. Periode:

Friedrichsruh.

Der Verein ehemaliger Seydlitz-Cürassiere in Halberstadt hatte dem Fürsten Bismarck als Chef des Regiments bei Ernennung zum Ehrenmitgliede ein von dem Portraitmaler O. Wilde künstlerisch ausgeführtes Diplom übersandt. Hierauf hat der Verein, wie die „Halberst. Ztg." meldet, folgende an den Vorsitzenden gerichtete, von dem Fürsten eigenhändig unterschriebene Zuschrift erhalten:

> Friedrichsruh, 26. December 1894. Euer Hochwohlgeboren und die Herren des Vorstandes bitte ich, für die freundliche Zusendung des mit ausgezeichneter Kunst gefertigten Diploms meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und den Herren Kameraden zur Kenntniß zu bringen. Ich bedaure sehr, daß mein zur Zeit unbefriedigender Gesundheitszustand mir die Freude, Sie hier, oder in Halberstadt zu begrüßen, für jetzt nicht ermöglicht. v. Bismarck.

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 28. Dezember finden wir folgende Notiz: Die „Augsb. Abendztg." hat kürzlich erwähnt, daß der einzige Besuch, den Graf Herbert Bismarck bei seiner Rückkehr von Varzin in Berlin gemacht, dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe gegolten habe. Die „Berl. Neuest. Nachr." können dem hinzufügen, daß dieser Besuch den Zweck hatte, dem Fürsten Hohenlohe den Dank des Fürsten Bismarck und seiner Familie für die erwiesene Theilnahme auszusprechen.

1895.

Den „Hamb. Nachr." geht am 7. Januar nachstehendes Privattelegramm aus Wien zu:

Der „Montagsrevue" zufolge sind Angesichts der lebhaften Zurüstungen in vielen Orten Deutsch-Oesterreichs zur Feier des achtzigsten Geburtstages des Fürsten Bismarck die Ortsbehörden über ihr Verhalten hierzu im Unklaren gewesen und hätten sich um Instruction an den Minister des Innern gewendet. Der Marquis von Bacquehem sei zu dem Entschluß gekommen, allen diesen festlichen Kundgebungen freien Lauf zu lassen, da es nicht gerathen sei, einer Feier des größten Staatsmannes des Jahrhunderts entgegenzutreten. Der zu Rathe gezogene Finanzminister von Plener habe sich gleichfalls gegen jede Behinderung ausgesprochen.

Gleichzeitig wird über amerikanische Vorbereitungen[1]) zu diesem 80. Geburtstage gemeldet:

Zu dem achtzigsten Geburtstage des Fürsten Bismarck werden auch Deutsch-Amerikaner nach Friedrichsruh kommen. Es begiebt sich dorthin eine Deputation von achtzig Herren, die den Feldzug 1870—71 mitgemacht haben und sich im Besitz von Kriegs-Ehrenzeichen befinden, um dem Fürsten Bismarck ein Ehrengeschenk der Deutsch-Amerikaner zu überreichen. Dieses besteht, wie Berliner Blätter berichten, aus einem massiv silbernen Obelisk, der eine Höhe von 1,80 m hat und auf dessen Spitze sich ein Adler befindet, der in seinen Krallen die deutsche Fahne und das amerikanische Banner hält. Von der Spitze des Obelisk bis zu dessen Fuße windet sich eine Eichenguirlande, deren Blätter aus Silber bestehen; auf jeder der Eicheln, die aus mattem Golde getrieben sind, steht der Name einer Stadt, in der sich ein Verein von Deutsch-Amerikanern befindet. Im Ganzen sind achtzig Städtenamen vertreten.

* * *

Der Ansturm der Centrumspresse gegen eine allgemeine Feier des achtzigsten Geburtstages des Fürsten Bismarck wirft seine Schatten schon voraus. So berichten die „Hamb. Nachr." am 8. Januar (A.-A.) Folgendes:

Am 80. Geburtstage des Fürsten Bismarck, der bekanntlich Ehrenbürger

---

[1]) In der Zeit bis zum 1. April bringen wir die wichtigeren Nachrichten über die Vorbereitungen zur Feier des 80. Geburtstages des Fürsten. Wir haben uns theils wegen der Raumersparniß, theils deshalb für diesen Weg entschieden, weil er uns eher eine gewisse Vollständigkeit erreichen läßt, als nachher eine gedrängte Zusammenstellung aller festlichen Veranstaltungen die an diesem Tage in und außer dem Reiche stattgefunden haben. P.

von Köln ist, sollen dort verschiedene Feierlichkeiten abgehalten werden. Am Nachmittag des 1. April findet auf dem Gürzenich ein Fest mit Vorträgen des städtischen Orchesters und des Kölner Männergesangvereins statt. Ferner wird dem Fürsten ein Ehrenpokal und eine Adresse nebst einer Blumenspende überreicht. Vor dem geschmückten Denkmal des Fürsten wird Mittags eine Capelle concertiren. Die Kölner Stadtverordneten-Versammlung hat zur Bestreitung der Kosten einen Kredit von 4000 Mark bewilligt. Bei Berathung desselben hat der clericale Stadtverordnete Braubach, der als Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Mayen-Ahrweiler dem Centrum angehört, folgende Erklärung abgegeben:

„Daß die Stadt Köln ein so seltenes Fest wie die Vollendung des 80. Lebensjahres eines Ehrenbürgers in angemessener Weise feiert, ist durchaus gerechtfertigt. Es ist doppelt gerechtfertigt, wenn es sich um eine so hervorragende Persönlichkeit wie die des Fürsten Bismarck, die große geschichtliche Persönlichkeit, mit deren Namen die Einigung Deutschlands, die Wiedererrichtung des deutschen Kaiserthums und die Schaffung der Reichsverfassung enge verknüpft sind, handelt. Aber so ganz geschichtlich ist die Persönlichkeit unseres Ehrenbürgers noch nicht. Sie ist vielmehr noch eine ziemlich actuell politische. Die Ereignisse der letzten Tage haben es wieder bewiesen, und was bis zum 1. April noch eintreten mag, wer will es vorhersagen? Und so mag es nicht überflüssig erscheinen, hier zum Ausdruck zu bringen, daß der Geburtstagsfeier unseres Ehrenbürgers und der dem achtzigjährigen Begründer des Reiches für seine Person dargebrachten Huldigung politische Beweggründe nicht unterliegen und nicht untergelegt werden dürfen, zumal im Volksbewußtsein an die Person des Fürsten auch die Erinnerung an heiße Kämpfe geknüpft wird. Also der Person, nicht ihrer Politik! In diesem Sinne werden meine politischen Freunde der Vorlage zustimmen."

Diese Erklärung wird in der Bonner clericalen „Reichs-Ztg." in heftigster Weise angegriffen und als ein „Scandal" hingestellt:

Wir hatten es nicht für möglich gehalten, daß heute schon, nachdem die Wunden des Culturkampfes noch nicht vernarbt sind, Mitglieder des Centrums in solcher Weise dem Urheber des Culturkampfes huldigend zu Füßen liegen. Das katholische Volk hat es nicht vergessen, was Bismarck gegen die Katholiken geleistet hat, und es wird mit Entrüstung zurückweisen, daß die Katholiken einer Stadt, in welcher der greise Erzbischof Melchers (der heute noch in Verbannung lebt) ins Gefängniß geschleppt wurde, einen Mann feiern sollen, der die Hauptursache dieses Elends war. Glauben jene Kölnischen katholischen Stadtverordneten wirklich, ihre Unterscheidung (zwischen dem Begründer des Reiches und dem Culturkämpfer) habe den Wert eines Pfifferlings, dann können sie nach derselben, genau derselben Unterscheidung für eine Feier Gustav Adolfs stimmen.

1*

Und von „einem der hervorragendsten Mitglieder der beiden Centrumsfractionen läßt sich das nämliche Bonner Blatt schreiben:

„Das ist die Sprache eines Centrumsmanns! Glück den braven Centrumswählern der Kreise Mayen und Ahrweiler, die durch einen solchen Centrumsmann vertreten werden. Es ist Zeit, daß eine solche Centrumssäule auch in den — Landtag kommt. Es lebe das Centrum und die ‚große geschichtliche Persönlichkeit unseres hervorragenden Ehrenbürgers'.

„Daß der Letztere das unsägliche Elend über uns treu katholisches Volk, über unsere Bischöfe und Priester gebracht hat, daß er allein der Vater des ganzen unheilvollen Culturkampfes ist — das fertigt der Centrumsmann und Abgeordnete für Mayen-Ahrweiler mit seichten Worten nebenher ab: ‚zumal im Volksbewußtsein auch an die Person des Fürsten die Erinnerung an heiße Kämpfe (wie zart) geknüpft wird'. Vivat das katholische Volk von Mayen und Ahrweiler!"

Im Interesse der „politischen Organisation" der Centrumspartei wird sodann Rechtsanwalt Trimborn, Vorstand des Provinzialwahlcomités der rheinischen Centrumspartei und Mitglied der Kölner Stadtverordnetenversammlung von der Bonner „Reichs-Ztg." aufgefordert, seine Stellung zu der Sache kund zu geben.

Wir finden den Zornesausbruch des Bonner Blattes begreiflich; es ist bitter für die von ihm vertretene Richtung, Milderung des Bismarckhasses zu erleben, der seit Jahrzehnten allen guten Katholiken als Pflicht gegen die Kirche gepredigt worden ist. Wir glauben, daß die Lectüre der wüthenden Auslassungen in der Bonner Zeitung zahlreiche Freunde des Fürsten mit Genugthuung erfüllen wird, weil sie der Fortdauer des clericalen Hasses gegen den ersten Kanzler eine Bestätigung der Richtigkeit der Politik entnehmen, die derselbe während seiner amtlichen Thätigkeit den Wünschen des Centrums gegenüber beobachtet hat. Insofern hätten wir dem Bonner Blatte dankbar zu sein und könnten uns mit der Weiterverbreitung seiner Expectorationen begnügen; aber es verstieße gegen die historische Wahrheit, durch Schweigen unserseits zur Befestigung der Ansicht des Bonner Blattes beizutragen, daß Fürst Bismarck der eigentliche Urheber des Culturkampfes gewesen und für alle Maßregeln verantwortlich sei, die während desselben ergriffen worden sind. Dies ist überall nicht der Fall, wie wir ins Gedächtniß zurückzurufen für zeitgemäß halten. Wir kommen in unserer nächsten Nummer ausführlicher auf diesen Gegenstand zurück.

Dieser Artikel der nächsten Nummer (9. Januar, M.-A.) lautete:

Fürst Bismarck und der Culturkampf. Wir haben uns im gestrigen Abendblatte bei Besprechung der Vorgänge in der Kölnischen Centrumspartei vorbehalten, der Legende entgegenzutreten, daß Fürst

Bismarck der eigentliche Urheber des Culturkampfes gewesen sei. Bekanntlich ist letzterer dadurch entstanden, daß ein Ermländer Schullehrer, der wegen Nichtanerkennung der Infallibilität päpstlich interdicirt war, staatlich gehalten wurde. Wenn das dadurch entzündete Feuer nicht ohne Schädigung der staatlichen Autorität gelöscht werden konnte, so lag die Schuld, wie wir früher schon einmal an dieser Stelle ausgeführt haben und hier nur wiederholen können, hauptsächlich an der katholischen Abtheilung des preußischen Cultusministeriums mit den polonisirenden Tendenzen des Fürsten Boguslaw Radziwill, durch die sich der Cultusminister ebenso behindert fühlte wie durch die später aufgehobenen Arikel der preußischen Verfassung zu Gunsten der Stellung der katholischen Kirche. Jedenfalls war die Ermländer Angelegenheit eine Ressortfrage des preußischen Cultusministers. Jedes Ministerressort in Preußen ist, soweit es nicht vom König direct daran gehindert wird, an und für sich selbstständig; der Ministerpräsident ist nicht Vorgesetzter der übrigen Minister, sondern nur Leiter ihrer Verhandlungen; verfügend in das eine oder andere Ressort einzugreifen steht ihm nicht zu. Er kann nur durch Appell an die Entscheidung des Königs oder durch Stellung der Cabinetsfrage auf die anderen Ressorts einwirken; namentlich aber kann er nicht hindern, daß innerhalb eines Ressorts Fragen von principieller Tragweite bis zu einem Stadium gefördert werden, in welchem das Geschehene ohne äußerlich erkennbare und nachwirkende Krisen nicht mehr ungeschehen zu machen ist. Wir wollen damit in keiner Weise andeuten, daß der damalige Ministerpräsident die Absicht oder die Neigung gehabt hätte, das, was vom Cultusministerium im Ermländer Falle geschehen war, zu mißbilligen, denn wir sind nicht sicher, ob er darüber vollständig informirt war, wir wissen nur, daß er schon damals von der Nothwendigkeit, die katholische Abtheilung und ihr Veto innerhalb des Ministeriums aus dem Staatsorganismus zu beseitigen, durchdrungen war.

Der Ministerpräsident stand vor der Frage, ob er für die Maßregeln des Cultusministeriums solidarisch eintreten oder ihnen im Interesse des confessionellen Friedens Widerstand leisten solle. Der Ministerpräsident war zugleich Reichskanzler, und es ist wohl anzunehmen, daß die Reichspolitik bei seinen Entschließungen das entscheidende Gewicht hatte. Es handelte sich darum, das neu entstandene, im Auslande freundlose und im Innern vielfach auf Unterlagen von zweifelhafter Sicherheit beruhende Reich erstarken und sich auswachsen zu lassen. Es lag also die Frage vor, ob es, um diesem Ziele näher zu kommen, angezeigt war, für die vom preußischen Cultusministerium genommene Stellung oder für die Bestrebungen des neugebildeten Centrums die Autorität der Reichsspitze

einzusetzen. Die damaligen Absichten des Centrums gaben sich in der Richtung kund, daß durch hohe bischöfliche Einflüsse, zum Theil aber auch durch parlamentarische Manifestationen beantragt wurde, gegen das Königreich Italien für die Erhaltung des päpstlichen Gebiets einzuschreiten, in die Verfassung des Deutschen Reiches aber diejenigen Bestimmungen zu Gunsten der Stellung der katholischen Kirche aufzunehmen, welche die preußische Verfassung in ihren seither aufgehobenen und einigen anderen Artikeln in dieser Richtung enthielt. Wir lassen es dahingestellt sein, wie die Entwickelung des Deutschen Reiches gewesen sein würde, wenn der Kaiser und seine Politik in Widerspruch mit dem preußischen Staatsministerium und unter Wechsel desselben für die Ansprüche des Centrums gegen Italien und für die vom Centrum gewünschte Aenderung der Reichsverfassung eingetreten wären.

Thatsache ist, daß sich der Kaiser und sein Kanzler im Interesse der Zukunft des Reiches, seiner äußeren Beziehungen und seiner inneren Entwickelung dafür entschieden, das preußische Staatsministerium unverändert beizubehalten und die Forderungen der Centrumspolitiker unerfüllt zu lassen. Der Culturkampf war damals nicht die Frage, von welcher die Situation beherrscht wurde; die oberste Frage war vielmehr die, ob und wie sich die Verstimmungen, welche die Genesis des Deutschen Reiches im Auslande hinterlassen, und die Schwierigkeiten, die seine Vorgeschichte im Inneren der Neubildung auf den Trümmern der Vergangenheit entgegenstellten, überwinden oder doch mildern ließen. Zur Mithülfe bei Lösung dieser Hauptaufgabe waren nur diejenigen parlamentarischen Fractionen bedingungslos bereit, welche die Reichsregierung sich damals entfremdet haben würde, wenn sie für das Vaticanum gegen Italien und für den Anspruch des Centrums bezüglich der Reichsverfassung eingetreten wäre. Die Regierung hätte nach Lage der damaligen Majoritätsverhältnisse im Reichstage gegen diesen mit Auflösung vorgehen und sich bei der weiteren Entwickelung des Reiches auf das Centrum und dessen Freunde im In- und Auslande stützen müssen. Damals aber war es noch in frischer Erinnerung, daß ultramontane bayrische Blätter im Jahre 1870 mit ihren Sympathien im französischen Lager standen, und dabei von solchen nichtultramontanen einflußreichen Blättern an der Mainlinie unterstützt wurden, deren intime Beziehungen zu Frankreich schon vor 1870 für alle Sachverständigen erkennbar waren. Unter diesen Umständen konnte die Entscheidung der Reichsregierung nicht zweifelhaft sein.

Im eigentlichen Culturkampfe hat der frühere Reichskanzler persönlich eine keineswegs extreme Haltung eingenommen, sondern sich, durch die auswärtigen Angelegenheiten des Reiches fast ganz in Anspruch ge-

nommen, darauf beschränkt, die Action des damaligen preußischen Cultusministers aus staatspolitischen Gründen und im vollsten Vertrauen auf die Fähigkeiten Dr. Falks mit seinem Namen zu decken. Auch seine spätere Amtsführung bietet den clericalen Anschuldigungen keine berechtigte Unterlage; im Gegentheil, Fürst Bismarck ist es gewesen, der die römische Kirche in die Lage gebracht hat, zu einem sehr annehmbaren Frieden mit dem Staate zu gelangen. Wenn er trotzdem von der clericalen Presse auch jetzt noch geschmäht wird, so erblicken wir in dem ungestillten Haß die beste Anerkennung dessen, was in der kritischen Zeit nach dem französischen Kriege von der deutschen Staatskunst geleistet worden ist; wir würden es im Interesse des Reiches bedauern, wenn dieser ultramontane Zorn, der den Deutschen jeden Augenblick die Vergangenheit und ihre Gefahren vor Augen führt, je nachließe. Andererseits verzeichnen wir es mit Befriedigung, daß die Auffassungen, die in der extremen Bonner „Reichs-Ztg." zum Ausdruck gelangen, in der rheinischen clericalen Bevölkerung, wie die Vorgänge in der Kölnischen Stadtverordneten-Corporation beweisen, nicht mehr in demselben Maaße getheilt werden wie früher. Wir schließen daraus, daß die Macht des Ultramontanismus über die Gemüther des katholischen Deutschlands in der Abnahme begriffen ist. Das ist immerhin ein Gewinn für die nationale Sache.

* * *

Am 13. Januar stattete der Reichskanzler Fürst Hohenlohe in Begleitung seines ältesten Sohnes Prinzen Alexander dem Fürsten Bismarck einen Besuch in Friedrichsruh ab. Officiös wird darüber gemeldet:

Berlin, den 13. Januar. (Reut. Bur.) Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe ist heute Vormittag 9 Uhr mit seinem Sohne Prinz Alexander nach Friedrichsruh abgereist.

Friedrichsruh, den 13. Januar. (Reut. Bur.) Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe traf heute Mittag $12^1/_2$ Uhr, begleitet von seinem Sohne, dem Legationsrath Alexander zu Hohenlohe in Friedrichsruh ein. Am Bahnhofe erwarteten ihn Graf Herbert Bismarck und Graf Rantzau. Nach kurzem Aufenthalte begaben sich die Herren zu Wagen nach dem Schlosse. Fürst Bismarck empfing seine Gäste im Hause. Es fand sodann ein Familiendiner statt. Um 5 Uhr fährt Fürst Hohenlohe mit dem zu diesem Zweck in Friedrichsruh haltenden Durchgangszuge wieder nach Berlin zurück. Graf Herbert Bismarck gedenkt morgen wieder nach Berlin zurückzukehren.

* * *

Völlig überraschend schreibt mit Bezug auf den Fürsten Bismarck der „Hannov. Courier":

„In den ‚Hamb. Nachr.‘ und ebenso in den ‚Münch. Neuest. Nachr.‘ wird das zeitige politische Programm des Fürsten Bismarck dahin zusammengefaßt: Einführung des Tabakmonopols, Altersversicherung für jeden Deutschen, welcher das 65. Lebensjahr vollendet hat, Aufhebung der Wählbarkeit der Socialdemokraten im Reichstag.“

Mit Recht sagen dagegen die „Hamb. Nachr.“ am 17. Januar (A.-A.): Wir richten an den „Hannov. Cour.“ das höfliche Ersuchen, seinen Lesern mitzutheilen, daß in den „Hamburger Nachrichten“ eine derartige „Zusammenfassung des politischen Programms des Fürsten Bismarck“ nicht erfolgt ist.

* * *

Am 21. Januar lesen wir in den „Hamb. Nachr.“ (A.-A.):

Das am 17. d. M. stattgehabte Fest des Ordens vom Schwarzen Adler war auch für den Fürsten Bismarck insofern ein Gedenktag, als er nunmehr 30 Jahre Ritter jener höchsten preußischen Auszeichnung ist. Am 18. Januar 1865 erhielt der Ministerpräsident v. Bismarck — er wurde erst am 16. September desselben Jahres in den Grafenstand erhoben — auf dem Ordensfeste die Investitur mit dem Abzeichen des Schwarzen Adlerordens. Jetzt besitzt der Fürst die Auszeichnung „in Brillanten“, die ihm 1873 verliehen wurde, als er die Bürde des Ministerpräsidenten vorübergehend auf die Schultern des Grafen Roon ablud. Kaiser Wilhelm I. begleitete die Verleihung damals mit dem folgenden Handschreiben:

„Sie wissen, mit wie schwerem Herzen Ich Ihren Wunsch erfüllt habe, indem Ich Sie von dem Vorsitz Meines Staatsministeriums entband. Aber Ich weiß, welche geistige und körperliche Anstrengung die zehn Jahre dieser Stellung von Ihnen verlangten, und will deshalb nicht länger anstehen, Ihnen eine Erleichterung zu bewilligen. Zehn inhaltsschwere Jahre liegen hinter uns, seit Sie Meiner Berufung, an die Spitze der preußischen Verwaltung zu treten, Folge leisteten! Schritt für Schritt hat Ihr Rath und Ihre That Mich in den Stand gesetzt, Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Einigung zu führen. Ihr Name steht unauslöschlich in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet, und die höchste Anerkennung ist Ihnen von allen Seiten gerecht zu Theil geworden. Wenn Ich genehmige, daß Sie die mit so fester und sicherer Hand geführte Verwaltung Preußens niederlegen, so werden Sie mit derselben doch unter Fortführung der politischen Aufgaben Preußens in Verbindung mit denen der deutschen Reichskanzlerstellung im engsten Zusammenhange bleiben. Durch die Verleihung der brillantenen Insignien Meines hohen Ordens vom Schwarzen Adler will ich Ihnen bei diesem Anlaß einen erneuten Beweis Meiner höchsten Anerkennung und nie erlöschenden Dankbarkeit geben. Mögen Ihnen die gewährten geschäftlichen Erleichterungen die Kräftigung Ihrer Gesundheit sichern, die

Sie erhoffen und Ich wünsche, damit Sie lange noch dem engeren und dem weiteren Vaterlande und Mir Ihre bewährten Dienste leisten können. Ihr treuergebener und dankbarer König Wilhelm."

* * *

Ueber die von den Schlesiern geplante Huldigungsfahrt zum Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh wird am 22. Januar aus Breslau gemeldet:

Dieser Tage fand hier eine Versammlung von Delegirten der für die Huldigungsfahrt der Schlesier zum Fürsten Bismarck in der Provinz gebildeten Localcomités statt. Aus den Verhandlungen sei nach der „Schles. Ztg." Folgendes mitgetheilt: Herr Stenzel macht zuerst Mittheilungen über den Besuch, den er wegen der Huldigungsfahrt mit Herrn Matthias am vorigen Donnerstag in Friedrichsruh Herrn Dr. Chrysander abgestattet hat. Mit diesem ist hierbei eingehend unterhandelt worden, doch hat Dr. Chrysander sofort dringend gebeten, von der anfänglichen Absicht, die Huldigungsfahrt im März auszuführen, Abstand zu nehmen. Fürst Bismarck müsse geschont werden und könne nicht beliebig bei Wind und Wetter das Schloß verlassen. Es empfehle sich, die Fahrt für den Mai in Aussicht zu nehmen, und zwar nicht für einen Termin, sondern deren gleich zwei zu setzen, die vierzehn Tage auseinander lägen. Dem Fürsten müßte es dann überlassen werden, zu bestimmen, welcher von beiden Terminen endgiltig zu wählen sei, und die Localcomités hätten sich so einzurichten, daß, wenn etwa zehn Tage vor dem einen von beiden Terminen die endgiltige Entscheidung einträfe, auch Alles bereit sei, daß die Fahrt angetreten werden könne. — Demgemäß wurden als Termine für den Antritt der Huldigungsfahrt der 5. und der 19. Mai in Aussicht genommen. Die Theilnahme der Damen an der Fahrt wurde mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß Schlesiens Frauen und Jungfrauen, die sich, wie bekannt, auch ihrerseits zu einer Huldigung für den Fürsten zusammengethan haben, an demselben Tage wie die Herren in Friedrichsruh eintreffen und mit diesen zusammen vor den Fürsten treten. Die Verhandlungen hierüber sollen den beiden Comités überlassen bleiben.

* * *

Den „Berl. Neuest. Nachr." wird am 25. Januar aus Prag gemeldet:

Der große Ausschuß zur Ehrung des Fürsten Bismarck versammelte sich am Mittwoch unter Vorsitz des Bürgermeisters. Mehrere Abgeordnete des Reichsraths und auch der Dichter Rosegger waren anwesend. Ein Begrüßungsschreiben von 150 Grazer Frauen wurde vorgelesen und mit Jubel aufgenommen. Es wurde die Abhaltung eines großen Festabends und die Ueberreichung eines Ehrengeschenkes durch die Abordnung beschlossen.

* * *

Ueber die Haltung des Reichstages gegenüber dem Antrag Kanitz äußern sich die „Hamb. Nachr." am 26. Januar (A.-A.):

Nach einer Mittheilung der „Bank- und Handels-Zeitung" hat die Regierung dem Wunsche der wirthschaftlichen Vereinigung des Reichstages, einen Commissar an den Berathungen über den Antrag Kanitz theilnehmen zu lassen, nicht entsprochen. Wir enthalten uns eines definitiven Urtheils über die Ausführbarkeit des Antrags; wenn aber die Regierung sich der Erörterung desselben in der Commission durch Verzicht auf Betheiligung daran versagt, so vermögen wir dieses Verhalten nicht in Einklang zu bringen mit der von uns vorausgesetzten Tendenz der Regierung, daß sie zu jeder Förderung der Landwirthschaft, welche die einmal abgeschlossenen Handelsverträge nur gestatten, bereitwillig mitwirken werde. Wenn diese Tendenz Glauben finden soll, so müßte man annehmen, daß die Regierung sich wenigstens der Erörterung der Anträge, die auf dieses Ziel gerichtet sind, nicht entziehen werde.

Die Durchführung des Kanitz'schen Antrages ist vielleicht unmöglich oder schwierig, aber eine Regierung, die der Landwirthschaft ehrliche Sympathien entgegenbringt, sollte sich unserer Ansicht nach wenigstens der commissarischen Erörterung von Anträgen zur Erleichterung der Lage der Landwirthschaft nicht entziehen, wenn solche unter den Betheiligten soviel Anklang gefunden haben wie der Antrag des Grafen Kanitz. Wir beabsichtigen mit dieser Aeußerung nicht, für denselben in allen Einzelheiten Partei zu nehmen, aber die Ablehnung, auch nur in commissarische Verhandlungen über denselben einzutreten, bekundet unserer Ansicht nach eine Continuität der Caprivi'schen Auffassung ohne Halm und ohne Ar, welche wir nicht vorausgesehen haben. Die Regierung kann ja in der Commission ihre bestimmte Ablehnung des Antrages schon vor der öffentlichen Verhandlung aussprechen, aber daß sie sich der Erörterung irgend eines auf die Verbesserung der landwirthschaftlichen Lage gerichteten Antrages überhaupt verschließt, kann auf die betheiligten Interessenten nur entmuthigend wirken.

* * *

Betreffs der Betheiligung österreichischer Elemente an der Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck lesen wir in der Wiener „Deutschen Ztg.":

„Die österreichischen clericalen Blätter setzen ihre Hetze gegen die zu des Fürsten Bismarck achtzigstem Geburtstage in Deutsch-Oesterreich geplanten Feste mit jener rührenden Zähigkeit fort, die diesen Organen seit je eigen ist, sobald es sich darum handelt, das Nationalbewußtsein in unserem deutschen Stamme zu ersticken. Das „Linzer Volksblatt" veröffentlicht heute zu gleichem Zwecke eine Darlegung der ‚Academia', des Organes der katholischen deutschen

Studentenverbindungen, unter dem Tittel: ‚Wir gehen nicht nach Friedrichsruh.‘“

„Diese Darlegung, ein mustergültiges Beispiel des mit Heuchelei gemischten Hasses, welchen gewisse ‚katholische‘ Kreise dem Fürsten Bismarck entgegenbringen, begleitet das ‚Linzer Volksblatt‘ mit den Worten: ‚Diese Darlegung zeigt, wie katholische Studenten im Deutschen Reiche über Bismarck denken. Daß der Oesterreicher, der sein Vaterland liebt und seinem Vaterlande Liebe und Treue bewahren will, nicht Bismarck-Feste feiern kann, versteht sich von selbst.‘ —

„Versteht sich nicht von selbst, antworten wir, die wir ebenso gute, weil eingeborene Oesterreicher sind, als die Monsignores und Patres, welche seit drei Jahrhunderten unser herrliches deutsches Oesterreich überschwemmten und ihr in spanisch-römischer Unnatur geschultes Denken uns aufzwingen wollen. Deutsch-Oesterreich ist deutsch und wird sich durch alle Vorstellungen, Drohungen und Denunciationen der Clericalen nicht abhalten lassen, deutsche Feste zu begehen. Die Herren Clericalen können sich ja an dem Bismarck-Festtage in Sack und Asche thun — wir werden sie nicht daran hindern. Die Herren brauchen nicht mit nach Friedrichsruh zu gehen, wir gehen dafür nimmermehr nach Canossa, alle Lockpfeifen nützen da nichts.“

Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, sagen hierzu die „Hamb. Nachr.“, daß in Deutschland 10 % aller Studierenden sämmtlicher Hochschulen, die technischen einbegriffen, unter gleichmäßiger Betheiligung aller Verbindungen an der am 1. April in Friedrichsruh bevorstehenden Ovation für den Fürsten Bismarck Theil nehmen werden. Die Zahl der studentischen Theilnehmer wird sich etwa auf 3000 belaufen.

* * *

Ueber die Huldigungsfahrt der Studenten zum Fürsten Bismarck macht am 28. Januar ein Aushang am schwarzen Brett der Berliner Universität folgendes bekannt:

„Commilitonen! Fürst Bismarck hat die Huldigungsfahrt angenommen und wird die Theilnehmer an derselben am 1. April in Friedrichsruh empfangen. Wir haben angesehene Hamburger Bürger für unseren Plan zu gewinnen gesucht, die Bildung von Localcomités zur Beschaffung von Quartieren angeregt und überall freundliches Entgegenkommen gefunden. Zur Abhaltung des Commerses ist uns das Sagebiel'sche Etablissement von dem Besitzer unter den coulantesten Bedingungen zur Verfügung gestellt worden; die gewaltigen Säle dieses Etablissements bieten für die denkbar größte Zahl von Theilnehmern hinreichend Platz. Es haben ferner Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung stattgefunden, um für die Theilnehmer an der Fahrt Vergünstigungen zu erwirken, resp. Extrazüge einzurichten; auch diese haben

ein sehr günstiges Resultat gehabt. Wir sind der Hoffnung, daß die Commilitonen die Ehre, vom Fürsten Bismarck am Geburtstag selbst empfangen zu werden, nicht minder aber das Wohlwollen weiter Kreise, das uns die Hauptschwierigkeiten so glücklich überwinden ließ, werden zu würdigen wissen. Wir erwarten, daß durch recht zahlreiche Betheiligung die Kundgebung sich zu einer würdigen und glänzenden gestalten werde. Wir fordern daher diejenigen Commilitonen, welche beabsichtigen, sich an der Fahrt zu betheiligen, auf, in die beim Oberpedell aufliegenden Listen sich einzutragen. Bei der Eintragung muß ein Beitag von 2 Mark für Unkosten (Musik, Extrazug von Hamburg nach Friedrichsruh, Commersunkosten) entrichtet werden. Die Beförderung nach Hamburg wird, falls die Betheiligung eine genug große sein wird, durch Extrazüge auf verschiedenen Routen geschehen, andernfalls erhalten die Theilnehmer Ermäßigung des Fahrpreises; diese besteht darin, daß für Hin- und Rückfahrt nur der Preis für Herfahrt gezahlt wird, für Extrazüge stellt sich der Fahrpreis noch bedeutend billiger. Alles Weitere wird durch Anschlag bekannt gegeben werden.

Mit studentischem Gruße
Der Ausschuß der deutschen Studentenschaft.
J. A.: Bruch, stud. theol."

* * *

Am 30. Januar meldet die „Post":

Die deutschen Corpsstudenten beabsichtigen, dem Fürsten Bismarck auf der Rudelsburg neben den beiden dortigen Denkmälern ein Denkmal zu errichten. Die Entwürfe sollen dem Fürsten an seinem 80. Geburtstage zur Begutachtung vorgelegt werden.

* * *

An den zuständigen amtlichen Stellen nehmen, wie die „Berl. Neuest. Nachr." am 4. Februar hören, die Gesuche von Corporationen, Vereinen und Abordnungen aller Art um Gewährung von Fahrpreisermäßigungen nach Friedrichsruh am 1. April einen ganz außerordentlichen Umfang an. Es dürfte sich daher empfehlen, weitere derartige Gesuche, soweit solche noch beabsichtigt sind, so schleunig als möglich anzubringen, um den Eisenbahnbehörden rechtzeitig einen Ueberblick über die beanspruchte Gesammtleistung zu ermöglichen.

* * *

Am 6. Februar wird berichtet:

Dem Fürsten Bismarck gedenken auch die Sportvereine zum 80. Geburtstage eine Adresse zu überreichen. Die Angelegenheit hat, wie die „Nordd. Allg. Ztg." mittheilt, der Allgemeine Deutsche Sportclub in die Hand genommen.

* * *

Die „Grazer Tagespost“ schreibt am 6. Februar:

Am 1. April dieses Jahres feiert Fürst Bismarck seinen achtzigsten Geburtstag, und in allen Welttheilen, soweit die deutsche Zunge klingt, rüstet man sich, um dem Schöpfer des neuen Reiches und dem Begründer der Einheit und Größe der deutschen Nation an diesem Tage die wärmsten Glückwünsche darzubringen. Die Deutsch-Oesterreicher haben ganz besondere Ursache, nicht unter denen zu fehlen, die an diesem Tage dem ehrwürdigen Greise ihre Huldigung darbringen; indem sie den großen Staatsmann feiern, der eine blutsverwandte Nation mit der Verwirklichung ihrer schönsten und kühnsten Träume beglückt hat, feiern sie zugleich den Schöpfer des deutsch-österreichischen Bündnisses, auf dem der Friede Europas und die Wohlfahrt seiner Nationen beruht. Wenn sie dem großen Manne für diese That Dank wissen, so folgen sie dem Beispiele ihres verehrten Monarchen, der das deutsch-österreichische Bündniß abgeschlossen und das Verdienst Bismarck's um dasselbe wiederholt anerkannt hat. Die Wunden, die uns in einer Zeit geschlagen wurden, von der uns bereits ein Menschenalter trennt, sind längst vernarbt, die wohlthätige Wirkung jenes Bündnisses aber reicht noch in unsere Gegenwart herüber, und sie wird hoffentlich auch noch späteren Geschlechtern einer fernen Zukunft zum Segen gereichen. Die Deutschen der Steiermark werden sich daher gewiß mit der wärmsten Hingebung an einer Feier betheiligen, bei der zugleich ihr nationales Empfinden und ihre Liebe zum Vaterlande den schönsten Ausdruck finden kann.“ —

Als Ehrengabe der deutschen Steiermark ist ein großer, künstlerisch ausgeführter Pokal in Aussicht genommen, der von einer Statue der „Styria“ gekrönt ist und die Aufschrift trägt: „Dem Fürsten Bismarck die deutsche Steiermark zum 80. Geburtstage.“ Die Zeichnung hat Herr Museumsdirector Lacher in Graz, die Ausführung in Silber der Bronze- und Silberarbeiter Herr Karl Haas in Wien übernommen.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ bringen am 9. Februar (A.-A.) folgenden Artikel:

Zur Frage des Arbeiterschutzes. Die „Nat.-Lib. Corr.“ ist der Ansicht, die Reichstagsverhandlung über die Fürsorge für die Arbeiter habe nicht ergeben, daß der Boden der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 von Regierung und Parlament verlassen sei. Das lassen wir dahingestellt sein. Wenn aber das nationalliberale Fractionsorgan fortfährt, es erleide somit keinen Zweifel, daß der mit der kaiserlichen Botschaft vom November 1891 betretene Weg der Arbeiterschutzgesetzgebung im weitesten Sinne nach wie vor für gangbar erachtet werde, so ist es doch nöthig, zu constatiren, daß der Erlaß vom November 1881, auf dem die Socialreform beruhte, und die Erlasse vom 4. Februar,

denen die Arbeiterschutzgesetzgebung ihr Inslebentreten verdankt, nicht auf demselben Boden stehen. Die Socialreform, wie sie auf Grund der kaiserlichen Botschaft vom November 1881 erfolgte, war lediglich bestrebt, die Arbeiter vor Noth in Unfällen, Krankheit, Alter u. s. w. thunlichst zu sichern; aber sie hat stets das vermieden, was gerade das Merkmal der Arbeiterschutzgesetzgebung unter dem neuen Cours bildete: Eingriffe in die Autonomie der Arbeiter durch Beschränkung der Arbeitszeit, der Frauen- und Kinderarbeit u. s. w. Wir sind der Ansicht, daß die Fortführung dieser Arbeiterschutzgesetzgebung dem Deutschen Reiche zum Nachtheil gereichen würde, und können nur hoffen daß der proclamirte Stillstand dieser Gesetzgebung von Dauer ist. Erfolgten aber dennoch Schritte in entgegengesetzter Richtung, so wäre es Pflicht aller Besonnenen, dagegen Einsprache zu erheben. Denn Arbeiterkammern oder etwas Aehnliches schaffen, wie es die demokratischen und sonstigen Socialisten wünschen, hieße nichts anderes, als den Fehler wiederholen, den man bei den Gewerbegerichten gemacht hat; es hieße einigen weiteren Tausenden socialdemokratischer Agitatoren den Nimbus einer behördlichen Stellung im Wege der Reichsgesetzgebung verschaffen.

Selbst Herr v. Berlepsch, der als der eigentliche Vater der Arbeiterschutzgesetze gilt, hat im Reichstage erklärt, nach den mit den bisherigen gemachten Erfahrungen habe die Regierung eine Verzögerung in der socialpolitischen Gesetzgebung und zwar wegen des Mißbrauchs eintreten lassen müssen, den die Socialdemokratie mit der früheren getrieben hätte:

„Jede noch so wohlgemeinte Maßnahme, so äußerte der Minister, wird von der Socialdemokratie vergiftet. Daß die Staatsregierung zögert, um nicht diesen Vergiftungsmaximen Vorschub zu leisten, werden Sie begreifen. Die Gesetze zu Gunsten der Arbeiterschaft, wie die Versicherungsgesetze, wie das Gewerbegerichtsgesetz werden von der socialdemokratischen Parteileitung nicht begrüßt, weil sie der Arbeiterschaft nach ihrer Ansicht nützlich sind, sondern weil sie in denselben auch in der Verwaltung der Krankenkassen ein geeignetes Mittel findet, ihre Agitation zu verstärken. Die socialdemokratische Agitation setzt ihre Leute, die sie sonst nützlich verwenden kann, in Stellen der Ortskrankenkassen-Verwaltung, die recht gut bezahlt werden; so fließen ihr immer neue Mittel zu. Nicht die Wohlfahrt der Arbeiter liegt ihr am Herzen, sondern das Bestreben, die Unzufriedenheit der Arbeiter immer wieder zu verstärken.“

Auf die Frage aber, was und wer die Regierung abgehalten hat, mit der Regelung der Arbeitervertretung vorzugehen, antwortete Herr v. Berlepsch:

„Lediglich das Gebot der Vorsicht, nicht ein Gesetz zu machen, ehe

es darauf geprüft ist, ob nicht die socialdemokratische Agitation durch ein solches Gesetz gestärkt werden kann, ob nicht die socialdemokratischen Agitatoren dadurch in die Lage gesetzt werden, das Gift, welches sie in die Arbeiterschaft getragen haben, in stärkeren Dosen anzuwenden."

Lebhafter Beifall rechts wurde dem Minister zu Theil, der so oft Beifall bei den Socialdemokraten gefunden hatte. Wenn aber selbst Herr v. Berlepsch die Erlasse vom 4. Februar 1890 nach den inzwischen gemachten Erfahrungen anders als früher beurtheilt, so wird man erwarten dürfen, daß er mitwirkt, um weitere Folgen jener Erlasse beseitigen zu helfen, und auch, daß er sich mit anderen Räthen umgiebt, damit nicht wieder unnöthige und schädliche Gesetzentwürfe erst ausgearbeitet werden, und das Centrum nicht wieder nöthig hat, sich nach deren Schicksal zu erkundigen.

* * *

Aus Hamburg wird am 9. Februar gemeldet:

Fürst Bismarck hat sich bereit erklärt, den ihm zu Ehren vom Reichstagswahl-Verein von 1884 geplanten Fackelzug am 1. April anzunehmen.

* * *

Am 13. Februar brauchte der Abgeordnete E. Richter im Reichstage mit Bezug auf den Fürsten Bismarck den Ausdruck „Kanzlerautokrat". Darauf antwortete der deutsch-conservative Abgeordnete Dr. von Frege-Abtnaundorf (Sachsen):

„Mit voller Entrüstung weise ich zurück, wenn Abg. Richter den Fürsten Bismarck als Kanzlerautokraten bezeichnet hat. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Wir danken Gott, daß er so lange an der Spitze der Geschäfte gestanden hat. (Zuruf links: Das glauben wir.) Der Kaiser hat damit, daß er sagte, auf das Denkmal für den Fürsten Bismarck bei Göttingen sollten die Worte gesetzt werden: „Dem großen Kanzler", die Gefühle des deutschen Volkes ausgesprochen. (Lebhafter Beifall rechts.) An dem Sinken des Parlamentarismus ist nicht Fürst Bismarck, sondern Abg. Richter schuld. (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Nicht der Parlamentarismus, sondern der Bundesrath und das einmütige loyale Zusammengehen der deutschen Fürsten ist die Gewähr für den Bestand des Deutschen Reiches, wie Fürst Bismarck entgegen seiner früheren Ansicht selbst eingesehen hat." (Lebhafter Beifall rechts.)

* * *

Am 16. Februar bringen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) folgende Notizen:

Ueber die Vorbereitungen zur Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck sind heute folgende Einzelheiten zu melden: In Ruhrort haben

die Stadtverordneten einstimmig beschlossen, dem Altreichskanzler das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. In Hildesheim wird am Vorabend ein großer Festcommers abgehalten. Der Anstoß dazu ist von der liberalen Partei ausgegangen. In Cöslin (Pommern) wird gleichfalls ein Festcommers veranstaltet, an dem alle Kreise der Bevölkerung Theil nehmen. — Angesichts des Vorgehens der badischen und sächsischen Städte bezüglich der Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Fürsten schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten": „Was ist denn mit Bayern? Sind Bismarck's Verdienste um Bayern etwa geringer, als sie es um Baden und Sachsen sind? Weshalb rüstet sich nicht auch Bayern, dem Beispiele Badens und Sachsens zu folgen?"

Ein großartiges Geschenk wird der Deutsche Ingenieur-Verein dem Fürsten überreichen. Dasselbe wird in einem 36 Kunstblätter enthaltenden Album bestehen, von denen jeder der 36 Bezirksvereine eins ausführen läßt. Die einzelnen Blätter werden in den einzelnen Bezirken besonders hervorragende Betriebe und Industrien darstellen. — Der Dichter Martin Greif hat zu der großen Bismarckfeier, welche die Nationalliberalen in Frankfurt a. M. am 30. März veranstalten, ein Festspiel geschrieben, das bei Beginn des Abends aufgeführt werden wird.

Interessant ist die Mittheilung des „Berl. Börs.-Courier", daß man auch in dem fernen Inselreich Japan bereits seit Monaten damit beschäftigt ist, den achtzigsten Geburtstag des Fürsten Bismarck zu feiern. Das Bemerkenswerthe hierbei ist, daß nicht nur unsere in jenem ostasiatischen Kaiserreiche lebenden Landsleute die Feier des Tages vorbereiten, sondern daß an diesen Vorbereitungen auch die einheimische Bevölkerung mit Eifer sich betheiligt. Ende vorigen Jahres sind von Japanern, die in Deutschland ihre Bildung genossen haben, an alle Landsleute, die den gleichen Bildungsgang durchgemacht haben, Circulare erlassen worden, in denen sie zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen wurden. Die nämliche Einladung ist an die Mitglieder des Vereins für deutsche Wissenschaft und Schule in Tokio ergangen. Endlich ist ein Aufruf an die Studirenden der Universität zu Tokio erlassen worden, es mögen sich an der Feier alle Diejenigen betheiligen, die der deutschen Abtheilung der juristischen Facultät angehören, oder deutsche Litteratur studiren. In der Hauptstadt und in Yokohama werden die officiellen Feierlichkeiten stattfinden, die in privatem Rahmen sich im ganzen Lande überall dort wiederholen dürften, wo Deutsche und deutsch sprechende Japaner sich zusammenfinden. Allein der erwähnte Verein zählt an 800 Mitglieder, und unter denen, die in Deutschland ihre Bildung genossen haben, befinden sich auch die höchsten Beamten und Militairs, von unseren angesehenen und reichen Landsleuten daselbst ganz zu schweigen. Japan wird jedenfalls eine großartige Bismarckfeier erleben.

* * *

Weiter fährt diese Zusammenstellung am 17. Februar fort:

Die königliche Akademie der Künste hat den Fürsten Bismarck zum Ehrenmitgliede gewählt. Die Wahl hat sofort die Allerhöchste Bestätigung gefunden. — Das unter dem Protectorat des Prinz-Regenten stehende Comité zur Errichtung eines Denkmals für den Fürsten Bismarck in Bayern hat die Eigenschaft als anerkannter Verein erworben (Bismarck-Verein) und bereits eine Ausschreibung an die Künstler und Architekten Bayerns erlassen um Einsendung von Entwürfen für das Denkmal am Starnbergersee. Schon in den nächsten Wochen wird die Entscheidung gefällt; es ist bestimmt, daß am 1. April 1895, am 80. Geburtstage des Fürsten, der Grundstein gelegt wird. Rege Betheiligung aus allen Provinzen Bayerns ist jetzt schon sicher. Die Sammlung für das Denkmal ist im Gange, und die Organisation wurde auf das ganze Land ausgedehnt. Aus den meisten größeren Städten haben sich die Verehrer des Fürsten der Organisation schon angeschlossen, welche natürlich im Interesse der Erhaltung des Denkmals länger bestehen soll. Neben diesem Denkmalscomité besteht bekanntlich eine andere Vereinigung, welche sich speciell die Feier des 80. Geburtstages des Fürsten zur Aufgabe gemacht hat. Diese Feier soll, wie die „Münch. N. Nachr." eine frühere Meldung bestätigend mittheilen, bestehen in einer Matinée im Odeon, einer Huldigung auf dem Königsplatze und einem Commers im Löwenbräukeller. — Dem Vorstande des Bundes der Landwirthe ist die Nachricht durch persönliche Zuschrift des Fürsten Bismarck zugegangen, daß derselbe bereit ist, den Gesammtausschuß mit Damen an einem Tage des Monats April zu empfangen, um die Glückwünsche des Bundes zu seinem 80. Geburtstage entgegenzunehmen. — Die Stadt Schleswig gedenkt dem Fürsten Bismarck ein Ehrendenkmal im dortigen Stadtpark zu errichten; sie wird dadurch der erste Ort nördlich der Eider werden, in welchem für den Einiger Deutschlands in Anlaß seines achtzigjährigen Geburtstages eine solche Ehrenbezeugung zum Ausdruck gelangt. Der Schleswiger Bildhauer Harro Magnussen, welcher der Stadt im Vorjahre schon eine im Rathhause aufgestellte Gipsbüste schenkte, beabsichtigt die neueste besonders gelungene Büste des Fürsten Bismarck in Bronze zu schenken, sowie zum Selbstkostenpreise einen Unterbau in Granit zu liefern. Das Denkmal wird eine Höhe von 4,5 Meter erreichen, das Postament aus Granit 3 Meter betragen, und die Broncebüste des Reichskanzlers 1,5 Meter einnehmen. Letztere zeigt den Fürsten mit entblößtem Haupte und im Civilrock mit dem Orden pour le mérite auf der Brust in sinnender Haltung. Die Aufstellung soll im Sommer dieses Jahres im Stadtpark, in der Nähe des Angeler Bahnhofs, stattfinden. — In Frankfurt a. O. will man den festlichen Tag durch einen großen Commers für alle Stände und Berufsclassen begehen. Der officielle Act soll sich auf zwei Festreden, den Kaisertoast und

den Toast auf den Fürsten Bismarck beschränken, ersteren wird Generallieutenant von Falckenstein, letzteren Regierungspräsident von Puttkamer ausbringen. — Für das Elberfelder Bismarck-Denkmal sind bereits 32000 Mark beisammen. — Im Königreich Sachsen wollen nicht nur die Städte mit mehr als 10000 Einwohnern, sondern alle Städte mit revidirter Städte-Ordnung dem Fürsten durch einen gemeinsamen Act das Ehrenbürgerrecht verleihen. Von den 75 Städten dieses Ranges, die Sachsen zählt, haben die Großstädte Dresden, Chemnitz, Leipzig den Fürsten bereits zum Ehrenbürger ernannt, auch besitzt derselbe noch das Ehrenbürgerrecht von Bischofswerda. Wie sächsische Blätter hören, sind die Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Städten — etwa 70 — so gut wie beendet. Die dem Fürsten zugedachte Ehrung des Sachsenlandes hat fast allseitige Zustimmung gefunden. Bisher ist der Fürst, wie wir hier gleich bemerken wollen, Ehrenbürger von 43 deutschen Städten. — Wie die „Straßb. Post“ erfährt, beabsichtigen die Lehrercollegien der höheren Schulen des Reichslandes, dem Fürsten zu seinem 80. Geburtstage ihre Glückwünsche in einer kunstvoll gearbeiteten Adresse darzubringen. Was die Ausstattung derselben betrifft, so will das Comité, das sich in Kolmar gebildet hat, sich an den Director der Kunstgewerbeschule, Professor Seder, und den Hof-Buchbindermeister Dürr in Straßburg wenden. Die von Kolmar aus angeregte Idee findet überall lebhaften Anklang.

* * *

Unter der Ueberschrift „Eine geschichtliche Erinnerung“ schreiben die „Hamb. Nachr.“ am 19. Februar (M.-A.):

In einem Schriftstücke des vorigen Königs von Belgien, das in dem 4. Bande der Bernhardi'schen Veröffentlichungen abgedruckt ist, wird behauptet, daß Herr von Bismarck seiner Zeit vorgeschlagen hätte, durch Abtretung deutschen Landes an Frankreich eine Vergrößerung Preußens in Deutschland herbeizuführen. Bei aller Achtung vor dem damaligen Könige von Belgien können wir doch nur annehmen, daß der Herr, wenn er dies schrieb, fasch unterrichtet gewesen ist. Das betreffende Schriftstück muß ungefähr im Jahre 1861 geschrieben worden sein. Damals war Herr von Bismarck-Schönhausen in St. Petersburg, und es ist schwer erfindlich, wem er von dort aus einen solchen „Vorschlag“ gemacht haben könnte. In seiner Stellung als preußischer Gesandter war er überhaupt nicht in der Lage, Vorschläge von solcher Tragweite an maßgebenden Stellen zu machen, und wenn er sie etwa beim König Wilhelm oder beim Kaiser von Rußland hätte machen wollen, würde er damit wenig Glück gehabt haben. Die Haltung, die Herr von Bismarck als Minister dem französischen Verlangen nach

Abtretung deutschen Gebietes im Jahre 1866/67 in Fällen behauptet hat, wo es sich um directe Kriegsdrohung Frankreichs handelte, die Bestimmtheit, mit welcher er dergleichen Zumuthungen auf die Kriegsgefahr hin abgewiesen hat, lassen es wenig glaubwürdig erscheinen, daß er als preußischer Gesandter in Rußland dergleichen Intentionen ohne jede competenzmäßige Berechtigung irgendwo vertreten haben sollte.

Der damalige König von Belgien war im Interesse der belgischen Politik beunruhigt über jede preußische Bestrebung, sich von Oesterreich zu emancipiren; er stand auf Seiten Oesterreichs im Interesse der Vertheidigung Belgiens gegen französische Absichten durch das Bündniß der beiden deutschen Monarchien; und schon in der Zeit, wo Herr von Bismarck noch Bundestagsgesandter in Frankfurt war, bemühte sich König Leopold in seiner Privatcorrespondenz mit Friedrich Wilhelm IV. darauf hinzuwirken, daß dem preußischen Vertreter in Frankfurt die Opposition gegen Oesterreich untersagt werde. Herr von Bismarck war in der Lage, seinem Könige auf die Uebermittelung der königlich-belgischen Auffassung zu antworten, daß er die Weisheit des Königs von Belgien unbedingt anerkenne, aber glaube, daß dieser Monarch die Situation anders beurtheilen würde, wenn er nicht König von Belgien, sondern von Preußen wäre. Bei dieser Neigung des Königs Leopold von Belgien, jedem Elemente entgegen zu treten, welches die ihm wünschenswerthe Eintracht zwischen Preußen und Oesterreich stören könnte, ist es wohl erklärlich, daß er für Meldungen, welche den Frankfurter Störenfried, den preußischen Bundestagsgesandten, in seinen Bestrebungen hindern konnten, zugänglicher gewesen ist als für andere. Wir wollen damit die Aufrichtigkeit der belgischen Politik, deren Vertretung dem König Leopold oblag, nicht in Zweifel ziehen; aber wir glauben nicht, daß diese aufrichtige Politik irgend einen thatsächlichen Anhaltspunkt für die Behauptung haben konnte, daß Herr von Bismarck dergleichen, d. h. die Abtretung deutschen Gebiets an Frankreich, vorgeschlagen habe.

Wir wundern uns nicht, daß die heutigen Gegner des ehemaligen Reichskanzlers aus der königlich-belgischen Diplomatie von 1861 noch jetzt Material zu ziehen suchen, um den früheren Reichskanzler zu verdächtigen, der späterhin in die Lage kam, seine Entschlossenheit, Frankreich keine Trinkgelder zu bezahlen, in geschichtlicher Weise zu documentiren. Wir wundern uns auch nicht, daß das „Berliner Tageblatt“ diesen Eindruck durch Citate aus dem Bernhardi'schen Nachlasse zu vervollständigen sucht; aber wir können nicht glauben, daß Bernhardi in der Lage gewesen sei, seine Unterredung unter vier Augen mit dem damaligen Kronprinzen von Preußen ohne Stenographen so genau zu fixiren, wie sie ihm in der Erinnerung gewesen sind. Außerdem müssen

wir uns bei Beurtheilung der Bernhardi'schen Relicten doch immer gegenwärtig halten, daß dieser geistreiche Schriftsteller nach seinem eigenen Zeugnisse in der Regel nur mit den Elementen Verkehr pflog, welche an dem Sturze des damaligen Ministeriums Bismarck arbeiteten. Wir wollen sie nicht namentlich anführen, denn sie leben zum Theil noch; aber wer die Bernhardi'schen Memoiren liest, wird sich aus den Persönlichkeiten, mit denen dieser Herr in Berlin verkehrte, sehr leicht eine Liste zusammenstellen können, welche Alles umfaßt, was damals an höfischer und bureaukratischer Opposition gegen das Ministerium Bismarck in Thätigkeit war.

* * *

In derselben Nummer heißt es über die mehrfach berührte Contrasignatur der 1890er Februar-Erlasse:

Der Reichskanzler hat in der Reichstagssitzung vom 11. Februar in Bezug auf die Frage der Contrasignatur gesagt: was die kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890 anlangt, so hat die Verantwortung dafür Fürst Bismarck. Diese Auffassung findet in der Verfassung nicht ihre Bestätigung. Artikel 17 derselben bestimmt, daß kaiserliche Anordnung zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Also „hat" der Kanzler die Verantwortung erst dann, wenn er sie „übernommen" hat. Die Uebernahme der Verantwortung durch die Unterschrift ist zur Herstellung der Verantwortlichkeit ausdrücklich erforderlich. Der Souverain hat ja auch in Verfassungsstaaten zweifellos die Berechtigung, seine eigene Ueberzeugung über jede Frage kund zu geben und auszusprechen; aber eine ministerielle Verantwortlichkeit für die Durchführung derselben tritt doch erst dann ein, wenn ein Minister sie durch seine Unterschrift übernimmt. Im Falle der Kundgebungen Seiner Majestät des Kaisers vom Februar 1890 liegt die Sache so, daß der damalige Reichskanzler die Redaction derselben allerdings übernommen, von der Veröffentlichung aber ausdrücklich abgerathen hatte. Ob und in wie weit der „Reichsanzeiger" und seine Redaction das Recht haben, sich der Veröffentlichung der Ansichten des Monarchen dienstlich zu entziehen, ist eine Frage, deren Beantwortung uns nicht obliegt; im Princip verneinen wir sie.

* * *

Ueber das Befinden des Fürsten verlautet ebenda:

Fürst Bismarck fühlt sich zur Zeit wohl, nur etwas matt, was er auf die noch nicht völlig überwundene Nachwirkung der Kissinger Krankheit und auf die Gemüthsdepression zurückführt, in die ihn der Verlust

der Frau Fürstin versetzt hat. Zeitweilig hat er mit dem alten Uebel des Gesichtsschmerzes zu kämpfen, der sich namentlich bei barometrischen Schwankungen empfindlicher einstellt. Der Feier seines 80. Geburtstages sieht der Fürst nicht ohne Besorgniß darüber entgegen, ob es ihm möglich sein wird, den Anforderungen zu entsprechen, welche der Tag, nach den sich fortwährend steigernden Vorbereitungen zu urtheilen, an ihn stellen dürfte.

* * *

Eine wichtige geschichtliche Klarstellung bringen die „Hamb. Nachr." am 20. Februar (M.-A.):

Vor dem deutsch-französischen Kriege. In der „Allg. Ztg." wird ein Artikel über den Fürsten Bismarck und den Ausbruch des französischen Krieges veröffentlicht. Darin ist u. A. gesagt, König Wilhelm und Graf Bismarck seien so sehr bemüht gewesen, jede unnöthige Reizung des französischen Nationalgefühls zu vermeiden, daß sie den Wunsch Badens um Aufnahme in den Norddeutschen Bund abgelehnt hätten. Das ist unrichtig. Der Wunsch Badens gelangte überhaupt nicht in einer Form zum Ausdruck, daß seine Ablehnung erforderlich gewesen wäre, aber man kannte ihn in Berlin, und wenn man ihn unerfüllt ließ, so geschah es keineswegs aus Rücksicht auf Frankreich, sondern in Rücksicht auf Bayern und Württemberg. Die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund ohne Bayern und Württemberg hätte diesen gegenüber den Eindruck einer rücksichtslosen Vergewaltigung gemacht; es wäre ein Druck auf sie gewesen, und diesen Druck zu vermeiden, lag in der damaligen norddeutschen Politik, deren Aufgabe es war, abzuwarten, bis das gesammte Süddeutschland zum Anschlusse bereit war. Nur die Rücksicht auf die militairischen, aber der Absicht nach schon damals auch politischen Bundesgenossen in München und Stuttgart hielt die Berliner Politik ab, den badischen Wünschen, die von Lasker und Genossen in ungeschickter und vorlauter Weise vor die Oeffentlichkeit gebracht wurden, näher zu treten.

Der Artikel in der „Allg. Ztg." sagt nachher, es sei auf beiden Seiten, also auf französischer wie auf norddeutscher, ausgeschlossen gewesen, daß die spanische Frage nur als Vorwand ergriffen worden sei, um vorher feststehende kriegerische Absichten zu verwirklichen. Daß Frankreich jeden Kriegsvorwand ergreifen würde, den es plausibel fände, war damals in den politischen Kreisen nicht zweifelhaft, und daß es entschlossen war, den Krieg zu führen, dafür liegt der Beweis in der Thatsache, daß auch ein so ungeschickter Vorwand wie die spanische Königswahl, ihm gut genug erschien. Die deutsche Politik sah den

Krieg mit Frankreich als zweifellos bevorstehend voraus, wenn er nicht in Frankreich durch den Tod Napoleons, der schon zu jener Zeit ernstlich ins Auge gefaßt wurde, oder anderweit durch innere Unruhen verhindert würde. Es lag aber im Interesse Deutschlands, diesen großen und gefährlichen Krieg, wenn er auch nicht zu vermeiden war, doch aufzuschieben, weil die deutsche Seite mit jedem Jahre, um das der Ausbruch des Krieges verschoben wurde, um etwa 100000 Mann nach preußischer Art ausgebildeter Soldaten stärker wurde. Die norddeutsche Militairmacht war 1867 zur Zeit der luxemburger Frage qualitativ und quantitativ lange nicht von der Stärke, mit welcher sie 1870 in den Krieg gegangen ist. Die Ausbildung und die Stärke der Kriegsmacht in den neu annectirten Ländern war damals noch auf dem nämlichen schwachen Fuße, wie in dem Kriege von 1866, und die Einrichtung wie die Ausbildung der süddeutschen Heere haben in den vier Jahren von 1866—70 Fortschritte gemacht, die für die Ueberlegenheit der deutschen Kriegsmacht im Jahre 1870 schwer ins Gewicht fielen. Nichtsdestoweniger war es in dem Zwischenraume zwischen 1866 und 1870 durchaus nicht Rücksicht auf Frankreich, welche die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund hinderte, sondern, wie gesagt, Rücksicht auf die anderen beiden Südstaaten, deren freiwillige Entschließung in Berlin abzuwarten war, ohne daß man den ungeschickten Versuch gemacht hätte, die Entschließungen in Stuttgart und München durch den Druck der Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund zu beschleunigen.

In dem weiteren Verlaufe des Artikels in der „Allg. Ztg." spricht der Verfasser von einer Sitzung, welche über die spanische Frage am 15. März 1870 unter Vorsitz des Königs stattgefunden haben soll und in welcher Bismarck, Moltke, Roon, Thile, Delbrück und Schleinitz in Gegenwart des Königs Berathung gehalten haben sollen. Eine solche Sitzung hat niemals stattgefunden. Der König hat mit Bismarck, Moltke und Roon einzeln berathen, mit Thile, der der vortragende Rath Bismarcks war, und mit Delbrück überhaupt nicht; der Minister von Schleinitz war wohl der vertraute Rathgeber der Königin Augusta, jedoch nicht der des Königs. Der König ist mit dem Votum irgendwelcher seiner, wie der Artikel sagt, sämmtlich zugezogenen Räthe nicht in Widerspruch getreten; er hat sie überhaupt nicht zugezogen.

Richtig ist in dem Artikel der „Allg. Ztg." die Andeutung über die Stellung des Fürsten von Hohenzollern, der seinerseits mehr Neigung für die Annahme der spanischen Candidatur hatte als sein Herr Sohn. Der Gedanke, an Spanien einen werthvollen Bundesgenossen gegen Frankreich zu gewinnen, ist dem ersten Kanzler jederzeit vollständig fremd geblieben; er kannte die spanischen Verhältnisse hinreichend, um

überzeugt zu sein, daß bei dem deutsch-französischen Kriege, wie er 1870 für spanische Interessen mitgeführt wurde, von Spanien auch nicht die geringste Truppenaufstellung an der Pyrenäengrenze zu erwarten war.

Wir lassen uns auf die Widerlegung der Conjecturen, die der Verfasser des Artikels in der „Allg. Ztg.“ mit Wendungen wie „Es bleibt nur die Annahme übrig“ indirect über die Haltung des Grafen Bismarck macht, nicht näher ein; sie sind vollständig irrthümlich. Das Interesse des Kanzlers an der Einsetzung eines deutschfreundlichen Königs in Spanien war weit mehr ein wirthschaftliches als ein kriegerisches. Beide Nationen sind auf wirthschaftlichen Austausch ihrer Producte angewiesen, wenn sie natürliche Politik treiben wollen. Auf Kriegsleistungen des heutigen Spaniens im Interesse irgend eines europäischen Bundesgenossen zu rechnen, ist Fürst Bismarck niemals naiv genug gewesen.

* * *

Die Nothlage der Landwirthschaft und eine in Bayern zu ihrer Linderung ergriffene Maßregel giebt den „Hamb. Nachr.“ am 21. Februar (M.-A.) Anlaß zu folgender Erörterung:

Ein Ausweg aus dem Dilemma. Bekanntlich hat sich die bayrische Regierung unter dem Drucke der landwirthschaftlichen Nothlage dazu entschlossen, Getreide und Fourage von den Landwirthen nach einer von den Proviantämtern monatlich zu bestimmenden Preistaxe als Zahlung für fällige Steuern anzunehmen. Dies Zurückgreifen auf die Naturalwirthschaft verdient sicherlich Beachtung. Die Beschwerden der producirenden Classen könnten vielleicht eine Abhülfe darin finden, wenn man die wichtigsten Theile der Nichtproducenten, die Gesammtheit der Beamtenschaft des Staates bis in die höchsten Stellen hinein, an ihren Interessen betheiligte.

In alten Zeiten waren in Deutschland die Landesherren zur Bestreitung der Kosten ihrer Regierung auf ihren eigenen Besitz angewiesen; das Domanium lieferte in erster Linie die Mittel zur Bestreitung der landesherrlichen Ausgaben, und nur additionell wurden Accisen und Zölle dazu heran gezogen. Die Entwickelung der neueren Zeit hat dazu geführt, den Fürsten das Domanium abzunehmen und ihnen dafür eine Civilliste in baarem Gelde zu gewähren. In Folge dessen hat der Landesherr in seinem Haushalte kein directes Interesse mehr an der Frage, ob die Landwirthschaft rentirt oder nicht. Auch höhere Beamte waren früher für ihren Unterhalt weniger auf baares Gehalt als auf die Ausnutzung der landwirthschaftlichen Aemter, die ihnen als Zubehör ihrer Stellung unter irgend einem Titel überlassen wurden, angewiesen.

Das Bestreben, die Baarleistungen mit dem Bedürfnisse des Empfängers

im Einklang zu erhalten, hat in Preußen vielfach dazu geführt, daß bei Ablösung der Naturalleistungen nicht eine unwandelbare Geldrente, sondern ein System Platz griff, das man mit dem Namen Roggenrente bezeichnet, d. h. die Geldrente wurde nach dem jedesmaligen Roggenpreise in den letzten vierzehn Jahren berechnet, unter Auslassung der beiden besten und der beiden schlechtesten Jahre, also nach einem zehnjährigen mittleren Durchschnitt der Roggenpreise.

Wir halten diese Art von Berechnung für eine billigere und gerechtere als die der Normirung der Baarzahlung nach der Valuta bei Abschluß des Abkommens. Der Empfänger soll durch den Empfang in die Lage gesetzt werden, sich jederzeit die Vortheile zu verschaffen, welche ihm die Abfindung nach dem jedesmaligen Werthe der Cerealien gewährt. Das maßgebende Cereale bei uns in Norddeutschland ist der Roggen, nach seinem Preise wurden daher alle Abfindungen, die auf Roggenrente basiren — und deren giebt es unzählige im Lande —, berechnet. War das Brotgetreide während der letzten zehn Jahre hoch im Preise, so stieg die Zahlung in dem Maßstabe dieses Preises, stand es niedrig, so sank sie. Durch diese Einrichtung waren alle Betheiligten interessirt, daß das Brotkorn in einem gleichmäßigen Preise erhalten blieb.

Es ist auffällig, daß unter den vielen Mitteln, der Landwirthschaft ungeachtet der Handelsverträge aufzuhelfen, dasjenige noch nicht zur Sprache gekommen ist, durch welches alle bei unserer Gesetzgebung mitwirkenden Staatsbeamten zu Mitinteressenten der Landwirthschaft werden würden. Wenn alle Gehälter im Staate nach dem Stande der Brotfruchtpreise berechnet würden, so glauben wir, daß damit der Abneigung, welche heutzutage gegen die Landwirthschaft herrscht und welche von der letzteren zu ihrem Schaden empfunden wird, mit der Zeit die Spitze einigermaßen abgebrochen werden würde. Der Geldcours ist erfahrungsmäßig sehr wandelbar, und 1000 Thaler haben jetzt kaum noch den Werth, den in der Jugend der heutigen Generation 500 oder weniger hatten; 1000 Scheffel Roggen aber haben noch immer für die Consumtionsfähigkeit des Empfängers denselben Werth wie in alter Zeit. Wir möchten daher die Herren, welche bei unserer Gesetzgebung mitberathen und die sich nach Mitteln, der Landwirthschaft ohne neue Handelsverträge aufzuhelfen, umsehen, die Erwägung anrathen, ob es sich nicht empfiehlt, die Tradition der preußischen General-Commissionen, welche die von ihnen festzustellenden Leistungen vorzugsweise nach der Roggenernte berechneten, wieder aufzunehmen und diesem System eine Ausdehnung vorläufig auf alle Gehaltszahlungen zu gewähren.

Wir sehen in der Tendenz, die vor einem Menschenalter die deutschen Parlamente beherrschte: den Landesherren das Natureinkommen aus

Domanialbesitz zu entziehen und sie statt dessen auf eine Geldrente unter dem Namen Civilliste zu setzen, eine der ersten praktischen Schädigungen der einheimischen Landwirthschaft.

* * *

Am 22. Februar dankt der Fürst dem Gesangverein „Apollo" in Neuenhain bei Wiesbaden für die Ernennung zum Ehrenpräsidenten mit folgendem Schreiben an den Lehrer Eppelsheimer:

Euer Wohlgeboren und allen Mitgliedern des „Apollo" danke ich verbindlich für die Ehre, die Sie mir durch die Ernennung zum Ehrenpräsidenten erwiesen haben. In angenehmer Erinnerung an den Taunus und meine Frankfurter Beziehungen zu dessen Wäldern nehme ich das Ehrenamt gern an; ich rechne dabei aber darauf, daß der Verein meine persönliche Mitwirkung nachsichtig beurtheilen wird.

v. Bismarck.

* * *

In den Jahren seit der Entlassung des Fürsten Bismarck haben die großen Industriellen des Ruhrgebietes schon sehr oft Beweise ihrer dankbaren Treue gegen den Fürsten gegeben. Diesem Verhalten entspricht völlig folgende Nachricht vom 22. Februar:

Bei der Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck wird sich das Ruhrrevier besonders hervorthun. Größere gemeinschaftliche Volksfeste sind bereits beschlossen. Ferner werden auf sämmtlichen Höhen der Ruhr entlang Freudenfeuer abgebrannt, die weit ins Land hinein Kunde geben sollen, wie der Fürst Bismarck im Ruhrgebiet geehrt wird.

Ueber weitere Vorbereitungen zum 1. April wird aus Berlin berichtet:

Zum Bismarck-Commers der Studirenden Berlins sind Einladungen an den Reichskanzler, die Minister und Staatssecretaire, die Generalität, die Parlamente, den gesammten Lehrkörper der Universität und der Hochschule, sowie an die Truppentheile ergangen. — Zur Feier des achtzigsten Geburtstages des Fürsten Bismarck gedenkt der hiesige nationalliberale Verein ein glänzendes Festmahl im Kaiserhof zu veranstalten. — Am 19. Februar machte in der Sitzung der Stadtverordneten von Ruhrort der Vorsitzende Mittheilung von dem Antwortschreiben des Fürsten Bismarck, wonach derselbe das Ehrenbürgerrecht der Stadt Ruhrort angenommen hat und eine Deputation zur Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes gern empfangen wolle, am liebsten einige Tage nach dem 1. April. Die Versammlung beschloß einstimmig, dem Fürsten in der ersten Woche des April den Brief durch eine Deputation zu überreichen, der alle Mitglieder des Collegiums angehören können. — In Grimma, dessen städtische Collegien den Beschluß wegen Verleihung des Ehrenbürgerrechts einstimmig

gefaßt haben, will man außerdem den 80. Geburtstag des Fürsten noch besonders festlich begehen. — In Lindau, wo ebenfalls die Ernennung zum Ehrenbürger angenommen worden ist, hat ein Comité beschlossen, den 1. April durch eine Schulfeier im Theatersaal, am Vorabend durch ein Festbankett, ebenfalls im Theatersaal, und am 1. April durch einen solennen Festfrühschoppen zu begehen. Für das Festbankett sind patriotische Reden und musikalische Productionen und vom Turnverein gestellte sogenannte Marmorbilder in Aussicht genommen. — Aus Magdeburg berichtet die „M. Z.": Der Magistratsantrag betr. Zustimmung der Versammlung zur Uebernahme der Leitung der Feier des 80. Geburtstages des Ehrenbürgers der Stadt, des Fürsten Bismarck, durch die städtischen Behörden, Wahl einiger Mitglieder zu dem zu bildenden Ausschuß für die Feier und Bewilligung der Kosten bis zu 1000 Mark wird ohne weitere Besprechung mit großer Mehrheit genehmigt.

* * *

Nachstehende Kritik der Haltung des neuen preußischen Ministers von Köller bringen die „Hamb. Nachr." am 23. Februar (M.-A.):

> Die Zurückweisung, welche der Minister von Köller in der vorgestrigen Landtagssitzung den polnischen Anmaßungen hat zu Theil werden lassen, wird überall, wo deutsch empfunden und gesprochen wird, mit Genugthuung begrüßt werden. Es ist erfreulich, daß die deutschredende Bevölkerung in Posen und Westpreußen jetzt wieder Hoffnung zu haben scheint, auf das Wohlwollen der Regierung bei ihrer Abwehr der polonisirenden Bestrebungen rechnen zu können. Daß Herr Köller auch sonst einen glücklichen Tag hatte, zeigte die energische und würdige Art, in der er die von freisinniger Seite an ihm geübte unberechtigte Kritik zurückwies. Herr von Köller wird den richtigen politischen Weg auch nach eigenen Gefühlen von selber finden, aber die Gegnerschaft Rickerts ist jedenfalls immer ein guter Wegweiser dafür.

* * *

An demselben Tage kommt folgende Nachricht aus Leipzig:

Wie aus Leipzig gemeldet wird, hat der Rath am Mittwoch, den 20. Februar beschlossen, zur Anfertigung einer Adresse zum 80. Geburtstage des Fürsten Bismarck 1000 Mark zu bewilligen und diesen Beschluß zu veröffentlichen. In den nächsten Tagen wird die Angliederung des Raths-Comités an das allgemeine Bismarck-Comité stattfinden. Die Adresse wird bereits ausgeführt.

Ferner liegen folgende Nachrichten vor:

Der gemeinsamen Urkunde der Städte Sachsens zum Ehrenbürgerbrief für den Fürsten Bismarck haben sich bis heute folgende dortige Städte durch

einstimmige Beschlüsse der Gemeindevertretungen angeschlossen: Plauen, Döbeln, Hainichen, Riesa, Zwickau, Zittau, Wurzen, Pulsnitz, Königstein, Schwarzenberg, Lengenfeld, Marienberg, Schandau, Nossen, Waldheim, Pegau, Burgstädt, Thum, Neustädtel, Glauchau. — In Glauchau haben mehrere Einwohner 1700 Marck zur Errichtung eines örtlichen Bismarck-Denkmals gestiftet. — Der Stadtrath von Bruchsal ernannte den Fürsten Bismarck einstimmig zum Ehrenbürger.

* * *

Am 24. Februar empfing der Fürst vier Mitglieder des Vaterländischen Vereins in Leipzig, die sich Gewißheit darüber verschaffen wollten, ob dem Fürsten eine Huldigungsfahrt aus Leipzig willkommen sein würde. Es waren Gymnasialoberlehrer Dr. Hans Voigt, Rechtsanwalt Kretschmer, Gymnasialoberlehrer Geyer und Steinsetzmeister Schmölling. Dem von Dr. Voigt im Verein erstatteten Bericht entnehmen wir nach den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Folgendes:

... Jetzt kam der bedeutungsvolle Augenblick. Wir traten in das anstoßende Zimmer, wo der Fürst uns im Kreise seiner Familie erwartete. Hoch aufgerichtet trat er uns entgegen, die Hünengestalt, ungebeugt von der Bürde der Jahre, das prachtvolle Auge, dessen Blick Niemand je vergessen wird, der einmal hat hineinschauen dürfen, fest und wohlwollend auf uns gerichtet. So stand er vor uns — vor mir, und nun mußte ich reden. Aber zum zweiten Male erfuhr ich es an diesem Tage: fortes fortuna adiuvat. Die Worte fügten sich auf meinen Lippen zu brauchbaren Sätzen. Der Fürst erwiderte mir sofort. Es ist bekannt, daß er Anfangs immer etwas stockend redet, aber er prägt jedes Wort, bevor er es ausspricht, als vollwichtige Münze von hohem Feingehalt aus. Er dankte für unsern Besuch, und wir hatten das angenehme Gefühl, daß wir ihm und den Seinen willkommen waren. Den unzweifelhaften Vortheil hatte ja die Jahreszeit, daß Besuche etwas Seltenes waren. Den deutlichsten Beweis hierfür lieferte eine Aeußerung, die der Fürst später that; als ihm gegen Ende der Frühstückstafel die Zeitungen gebracht wurden und wir ihn baten, sich nicht in seinen Gewohnheiten stören zu lassen, da sagte er: „Zeitungen habe ich immer, nicht aber lebendige Menschen.“

Der Fürst richtete einige Fragen über die Thätigkeit unsers Vereins an uns. Während des Empfanges blieb er stehen, und wir hatten Gelegenheit, seine äußere Erscheinung zu betrachten. Die Gesichtsfarbe ist fast blühend, die Wangen sind voller, als man nach dem jüngsten Bilde annehmen sollte. Er trug schlichte bürgerliche Kleidung: einfache, weiße Cravatte und schwarzen Gehrock; ein Flor um den Arm erinnert an den schmerzlichen Verlust, den ihm das vorige Jahr zugefügt hat. Trotz der alten Gesichtsschmerzen, an

denen er zuweilen litt, zeigte er sich während der ganzen Unterhaltung mit uns von einer erstaunlichen Frische des Geistes und sehr aufgeräumt. Sein Gedächtniß erwies sich so treu und dienstbar, sein Urtheil so scharf und besonnen, sein Gemüth so tief und warm, daß man einen rüstigen Sechziger vor sich zu haben glaubte. Mit den Worten: „Sie waren der Sprecher, führen Sie meine Tochter zu Tische", lud uns der Fürst zum Frühstück. Ich kam zur Rechten, Oberlehrer Geyer zur Linken des Fürsten zu sitzen, an uns schlossen sich die anderen Herren an, und am untern Ende der Tafel saßen die beiden jungen Grafen Rantzau, zwei prächtige Jungen, ganz so, wie sie uns Allers in seinem Prachtwerke: „Bismarck in Friedrichsruh" vor Augen führt. So saßen wir denn zwei unvergeßliche Stunden mit dem Fürsten am Tische.

Ein Bericht über den Gang der Unterhaltung läßt sich schwer geben. Sie bewegte sich sprungweise, wie es bei Tafel zu geschehen pflegt. Daß Alles, was der Fürst sagte, bedeutend war, bedarf kaum der Versicherung. Man hätte nur gewünscht, Alles festhalten zu können zu unvergänglichem Besitze.

Als von unserer Seite die Aeußerung fiel, der Fürst sei ein glücklicher Mann, erwiderte er:

> Ein glücklicher Mensch bin ich in meinem Leben nur selten gewesen. Wenn ich die spärlichen Minuten wahren Glückes zusammenzähle, so kommen wohl nicht mehr als 24 Stunden im Ganzen heraus.

Wir ließen natürlich diese Aeußerung nicht unwidersprochen. Es war höchst charakteristisch zu vernehmen, was er als Augenblicke ungetrübten Glückes bezeichnete:

> zum ersten Male habe er sich glücklich gefühlt, als er als Knabe den ersten Hasen geschossen habe, das seien aber nur wenige Secunden gewesen, — dann, als er seine Liebeserklärung gemacht habe.

Die innige Liebe, die ihn mit seiner heimgegangenen Gattin verbunden, kam hierbei zu ergreifendem Ausdrucke. Als wir anführten, daß auch sein eheliches Leben vorbildlich für das Volk gewesen sei, sagte er:

> „Dazu gehört aber die rechte Frau."

Von besonderem Interesse waren natürlich die Aeußerungen über seine politische Thätigkeit.

> Er betonte mit großem Nachdruck die ungeheure Verantwortlichkeit, die auf dem Staatsmanne laste. Er verglich ihn mit dem Börsenpieler, der auch niemals in Ruhe sich seines Erfolgs freuen könne. Wenn ihm eine Unternehmung geglückt sei, käme sofort die Sorge, wie der Erfolg festzuhalten und auszunutzen sei. Nur wirthschafte der Staatsmann immer mit fremdem Vermögen. Und das falle um so schwerer ins Gewicht, je mehr man Ehrgefühl im Leibe habe. Viel glücklicher als der Staatsmann sei beispielsweise der Landmann, der Forstmann,

jener, wenn er seine Felder und Rieselwiesen, dieser, wenn er seine Forstculturen und den Wildstand gedeihen sehe.

Sehr interessant war auch, was der Fürst über seine politische Entwickelung sagte.

Auch von seinen Anfängen gelte: „Rechberg war ein Junker keck." Wie Minerva aus dem Haupte des Jupiter gesprungen, das sei auf ihn nicht anwendbar. In Frankfurt erst habe er kennen gelernt, wie eine amtliche Depesche aussehe, hier auch zuerst Blicke hinter die Coulissen gethan; als er jedoch von da geschieden, sei er politisch fertig gewesen. Wenn er heute auf sein Lebenswerk zurückblicke, könne er sich großer Sorge nicht erwehren. Auch früher — im Mittelalter — sei ja Deutschland groß gewesen. Aber wie lange habe dann — wohl sechs Jahrhunderte — der nationale Gedanke geschlummert.

„Nicht so ganz, Durchlaucht," wurde hier eingeworfen. „Friedrich der Große war in gewissem Sinne ein Nationalheld."

Ja, sagte der Fürst, der hatte Rückgrat, Geist, Nachdruck, obschon er sittlich nicht einwandfrei war. Wie rasch aber folgte dann wieder der Niedergang. Der Rausch der Befreiungskriege war bald vorüber; an seine Stelle trat die traurige Reaction.

„Durchlaucht sollten zuversichtlicher sein, die Jugend ist für Deutschlands Größe, für Euer Durchlaucht begeistert und namentlich — auch die Frauen."

Ja, das ist mein Trost, meinte der Fürst, was bis zum Frauenherzen vorgedrungen ist, das haftet. Die Frauen sind conservativ. Sie wirken auf das heranwachsende Geschlecht und ziehen es in ihrem Geiste groß. Sie sind mir die guten Bürgen für den Bestand meines Lebenswerkes. — Uebrigens, meine Herren, ich habe vier Sachsen am Tische und höre keine Spur von Dialekt, das giebt doch auch zu denken. Mein Bruder, der nur ein Semester in Leipzig studirt hatte, sprach das schönste Sächsisch noch ein halbes Jahr weiter. Wie sagt doch Goethe: „Mein Leipzig lob' ich mir; es ist ein klein Paris und bildet seine Leute". Nur wie das „seine" zu beziehen ist, war mir nie ganz klar. — Ich freue mich, daß sich Ihre Stadt im Wahlkampf immer so wacker gehalten hat — schenken Sie doch Sect ein, ich muß mit den Herren doch auf Ihre gute Stadt Leipzig anstoßen.

Nun sprach der Fürst über die Socialdemokratie.

Daß die Leute ihre Lage verbessern wollen, ist ganz natürlich. Indessen weiß ich unter den Millionären, die ich kenne, auch keinen glücklichen Menschen. Der Staat hat die Pflicht, zu helfen, wo er kann. Allein pactiren kann man mit den Führern nicht. Die streben nach der Macht. Wenn man sich mit ihnen auf Unterhandlungen einläßt,

so kommt mir das vor, als ob man den anmarschirenden französischen Regimentern einen Notar entgegenschicken wolle, der sie von der Unrechtmäßigkeit ihres Vorgehens überzeugen soll. Nein, so kommt man hier nicht zum Ziele. Ich habe seiner Zeit den Fürsten gesagt, wenn sie mit den Socialdemokraten aneinander geriethen, so sei das eine acute Krankheit; versagten sie aber dem Mittelstande ihre Fürsorge, so beschwörten sie eine chronische Krankheit herauf, die sich schwer heilen lasse.

Anläßlich der Jugenderinnerungen des Fürsten kam das Gespräch auch auf den großen Theologen Schleiermacher, bei dem Bismarck Confirmandenunterricht genossen hat. Der Fürst rühmte dessen Fähigkeiten und hohen Geist, schilderte die kleine, verwachsene Gestalt mit dem bedeutenden Haupte und meinte, was bei Schleiermacher Mutter Natur am Rückenmarke gespart habe, sei dem Gehirn zu Gute gekommen. Hier wurde darauf hingewiesen, daß Schleiermacher in einer seiner Schriften von einem Fürsten, der große Wirkungen erzielen wolle, „phlegmatisches Temperament“ verlange.

Nach einer Pause, in der der Fürst sinnend vor sich hinblickte, sagte er aufathmend:

Ja, das passe ganz auf seinen seligen Herrn, den König Wilhelm. Der sei in gewisser Hinsicht Phlegmatiker gewesen. Ihn zu einer Ueberzeugung, zu einem Entschlusse zu bringen, sei oft nicht leicht gewesen. Aber dann habe man Häuser auf ihn bauen können. Wie habe der hohe Herr in den bösen Conflictsjahren Stand gehalten.

„Aber Euer Durchlaucht reden ja gar nicht von der eigenen Haltung in dieser schlimmen Zeit?“ „Ich,“ versetzte der Fürst, „ich war dazu da.“ — Jetzt streifte das Gespräch kurz die trüben, schmerzvollen Tage der Entlassung des Fürsten. Man sei im Volke sehr verwundert gewesen, daß Niemand im Reichstage dem Fürsten einen Nachruf gewidmet. „Ja,“ sagte der Fürst, „jede Partei erwartete damals einen ‚blauen Brief‘.“ — Nun erhob sich der Fürst und mit ihm die ganze Tischgesellschaft; er sprach:

Meine Herren! Ich trinke auf das Wohl Ihres Königs, auf Ihre gute Stadt und Ihren Bürgermeister.

Wenige Minuten später antwortete Oberlehrer Geyer mit einem Trinkspruche.

Der Fürst dankte mit leisem Nicken. Wie wohl thut mir nach so viel Haß doch die Liebe des Volkes, meinte er. Aber zuweilen begegnen mir doch Ehrenbezeignungen, bei denen ich mich ganz unwürdig fühle. So will mich sogar die Akademie der bildenden Künste zum Ehrenmitgliede ernennen.

„Aber Durchlaucht haben das herrliche Gebäude des Deutschen Reiches gebaut? Euer Durchlaucht sind Alles, z. B. auch ein großer Musiker.“

Gewiß, ich liebe die Musik, höre gern zu, aber drei Stunden im Concert oder im Theater, nein, das halte ich nicht aus.

„Durchlaucht übten die Musik auch praktisch aus. Was sind Durchlaucht nur z. B. für ein ausgezeichneter Notenschreiber!" — Schallende Heiterkeit. — So rannen die Stunden dahin. Der Fürst wurde sehr fröhlich und schränkte schließlich seine Aeußerung über die „24 Stunden Glück" stark ein. Kurz nach zwei Uhr schieden wir. Wie im Traume bestiegen wir den fürstlichen Wagen. Die Stimmung, die uns beseelte, läßt sich am besten in die Worte fassen: „Welch' eine Kraft liegt hier brach für das Vaterland! Gott segne den theuren Mann und erhalte ihn unserm Volke und den Seinen noch Jahrzehnte lang!"

* * *

Am 24. Februar wird des weiteren aus Berlin berichtet:

Zur Feier des achtzigsten Geburtstages des Fürsten Bismarck liegen noch folgende Meldungen vor. Der Magistrat von Berlin hat gestern beschlossen, dem Fürsten Bismarck, seinem Ehrenbürger, eine Adresse zu überreichen. Am 1. April, dem Geburtstag des Fürsten, wird das Rathhaus Flaggenschmuck anlegen. — Der Magistrat von München hat gestern in geheimer Sitzung den Antrag Imhof auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt München an den Fürsten Bismarck unter einmüthiger Anerkennung der unsterblichen Verdienste des Fürsten um die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches angenommen. — Eine Huldigungsfahrt mit Bannern und Emblemen werden am 17. April sämmtliche Innungen Berlins und auch die auswärtigen dem Centralverbande angehörigen Innungen zum Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh veranstalten. Es soll dem Fürsten eine großartige Ovation des deutschen Handwerks bereitet und ihm eine künstlerisch ausgeführte und von der Berliner Buchbinder-Innung mit einem prachtvollen Einbande versehene Adresse überreicht werden. Fürst Bismarck hat auf die Anfrage des Vorsitzenden des Central-Vorstandes deutscher Innungs-Verbände Obermeister Faster-Berlin, ob und zu welcher Zeit es ihm genehm sei, die Huldigungen und die Glückwünsche der deutschen Innungen entgegenzunehmen, bereits brieflich erwidert, daß es ihm eine große Freude bereiten werde, die Vertreter der deutschen Innungen empfangen zu dürfen und daß er denselben die Wahl des Tages vollständig freilasse. Wie Obermeister Faster in der Delegirtenversammlung der vereinigten Innungen Berlins mittheilte, habe der Vorstand den 17. April gewählt, um eine imposante Betheiligung aller Innungen an der Huldigungsfahrt zu ermöglichen. Auch die Sänger Berlins rüsten sich, den 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck zu feiern. Die bedeutendsten Männergesang-Vereinigungen Berlins sind zusammengetreten, um dem Fürsten an diesem Tage ihre Huldigung durch einen solennen Commers zum Aus-

druck zu bringen. Der Commers wird am 1. April in dem großen Festsaale der Philharmonie stattfinden.

* * *

Aus der Rheinprovinz wird am 26. Februar gemeldet:

Für die Bewohner des Rheinlandes wird, wie wir dem „Hann. Cour." entnehmen, eine großartige Feier zum Geburtstage des Fürsten Bismarck am Niederwalddenkmal vorbereitet; soeben ist ein Aufruf an alle Rheinbewohner erlassen. Wie die Bewohner des Nordens nach Friedrichsruh, so soll der Westen zur Germania auf den Niederwald pilgern. Nach einem Redeact am Denkmal findet großer Festcommers und Abends bengalische Beleuchtung des Denkmals und Feuerwerk auf dem Rhein statt.

* * *

Am 27. Februar schickt der Ostpreußische Provinziallandtag ein Begrüßungstelegramm an den Fürsten Bismarck. Dieser dankt dem Vorsitzenden Grafen Eulenburg-Prassen telegraphisch mit folgenden Worten:

> Euer Excellenz bitte ich meinen verbindlichsten Dank für die ehrenvolle Begrüßung entgegenzunehmen und den Herren Ständen übermitteln zu wollen. v. Bismarck.

* * *

Fürst Bismarck hat, wie die „N. A. Z." erfährt, die Wahl zum Ehrenmitgliede der Akademie der Künste verbindlichst dankend angenommen, jedoch dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Deputation der Akademie zur Ueberreichung des Diploms möglichst an einem anderen Tage als dem 1. April begrüßen zu dürfen.

* * *

Zur Berathung über eine würdige Bismarck-Feier in Odessa hatten sich, wie die „T. R." am 28. Februar der „Odessaer Ztg." entnimmt, zahlreiche deutsche Reichsangehörige am 26. Februar versammelt. Es wurde beschlossen, ein Festessen zu veranstalten und einen Bismarck-Fonds zu begründen, für den sofort 2510 Rubel eingingen und aus dessen Zinsen die Erziehung oder Aussteuer hülfsbedürftiger deutscher Waisen in Odessa bestritten werden soll. Es wurde ferner beschlossen, eine Abordnung, bestehend aus drei Herren, an den Fürsten Bismarck zu senden; die Herren wollen ihm die Stiftungsurkunde überreichen und die Glückwünsche der Kolonie aussprechen.

* * *

Bei dem Bismarck-Commers, den die Studirenden der Universität, der Landwirthschaftlichen und Thierärztlichen Hochschule, der Kunst- und Berg-Akademie in Berlin am Abend des 1. März im großen Saale der Brauerei Friedrichshain veranstalteten, hielt der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe folgende Ansprache:

„Meine Herren! Im Namen der Gäste danke ich den vereinigten Studirenden von Berlin für die freundlichen Grüße und die Ehre, die Sie uns damit haben zu Theil werden lassen. Ich danke auch dem Festausschuß, daß er mir durch die Einladung Gelegenheit gab, den Mann mitzufeiern, in dem ich nicht allein den größten Staatsmann unseres Jahrhunderts, sondern — wie ich mit Stolz hinzufüge — auch meinen Freund verehre.

„Meine Aufgabe ist aber hier nicht, seine Verdienste zu würdigen; ich will zur studirenden Jugend sprechen, zur studirenden Jugend von ganz Deutschland. Ich will meinen Trinkspruch zusammenfassen in den Rath eines alten Mannes von Erfahrung. Bewahren Sie den patriotischen Geist, der bei den Studenten Deutschlands traditionell ist, bewahren Sie die Treue zu Kaiser und Reich, bewahren Sie sich den frohen, muthigen Geist der Jugend durch Ihr ganzes Leben, und halten Sie fest an der idealen Lebensauffassung, ohne die das Leben keinen Werth hat.

„Meine Herren, ich trinke auf das Wohl der akademischen Jugend Deutschlands."

Unbeschreiblicher Jubel folgte diesen Worten — kein Wunder; denn nach der langen saft- und kraftlosen Caprivi'schen Zeit muthen diese Worte des würdigen Greises an wie neu belebendes Frühlingswehen.

An den Fürsten Bismarck wurde darauf folgendes Telegramm (vgl. unten S. 38) abgesandt:

„Die Studirenden der Königlichen Friedrich Wilhelms-Universität, der Landwirthschaftlichen und Thierärztlichen Hochschule, der Berg- und Kunstakademie, in ihrer Mitte Seine Durchlaucht der Herr Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, sind zur Feier des Geburtstages Euer Durchlaucht in der Brauerei Friedrichshain versammelt. In aufrichtiger Liebe und ewiger Dankbarkeit senden die Studirenden ihrem heißgeliebten Fürsten Bismarck die herzlichsten Grüße. Gott schütze unsern theuern Fürsten, den Leitstern der akademischen Jugend."

Darauf antwortete der Fürst:

> Für Ihre mir soeben zugehende telegraphische Begrüßung und für die hohe Ehre, welche mir durch die gestrige Feier erwiesen worden ist, sage ich Ihnen und allen Theilnehmern verbindlichsten Dank.
>
> v. Bismarck.

* * *

Ueber eine Widmung, die der Bund der Landwirthe dem Fürsten Bismarck zugedacht hat, wird berichtet:

Der Bund der Landwirthe hat zur Ehrung des Fürsten Bismarck bei

dessen 80. Geburtstage die Ueberreichung eines massiv silbernen Ehrenschildes ins Auge gefaßt, der in symbolischer Darstellung den im Bunde vereinten Groß- und Kleingrundbesitz versinnbildlichen soll. Die Ränder werden entweder in erhabener getriebener Arbeit ausgeführt mit Emblemen, die auf die hauptsächlichsten Betriebe der Landwirthschaft Bezug haben, oder mit den Wappen der einzelnen Bundesstaaten und preußischen Provinzen in bunter Email geschmückt sein. Vielleicht werden auch noch eine Anzahl Bismarckischer Sinn- und Kraftsprüche angebracht.

Fürst Bismarck hat auf eine Anfrage bereits erklären lassen, daß er geneigt sei, die Mitglieder des Ausschusses mit ihren Damen in der ersten Woche nach Ostern in Friedrichsruh zu empfangen. Bei dieser Gelegenheit soll der Schild mit einer Glückwunschadresse überreicht werden.

* *
*

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 3. März (M.-A.):

Das „Agrarierthum". In der „Köln. Ztg.", der „Voss. Ztg.", der „Volks-Ztg." und in anderen Blättern wird den landwirthschaftlichen Forderungen gegenüber der Einwand erhoben, daß es ungerecht und unzulässig sei, einen „Stand" auf Kosten der anderen zu begünstigen. Dem stimmen wir zu, aber die Landwirthschaft ist auch kein „Stand", sondern ein Gewerbe. Daß ein solches auf Kosten eines andern begünstigt wird, liegt doch in unserer ganzen Zollgesetzgebung, und jedes Gewerbe, das sich eines Schutzzolles erfreut, erhält dadurch eine Begünstigung auf Kosten eines anderen. Wir brauchen nicht an die divergirenden Interessen der Spinnerei und des Gewebes zu erinnern, oder an die unzähliger anderer Gewerbe, die Zollschutz genießen; dem Schutz gegenüber steht immer ein anderes Gewerbe, das gewinnen würde, wenn jener Schutz ausfiele. Es ist aber die Aufgabe eines jeden Staates, bei sich diejenigen Gewerbe zu pflegen, die ihm eigenthümlich sind, oder deren Zugrundegehen den Staat in seiner politischen Existenz schädigen würde.

Um die Eigenschaft der Landwirthschaft als eines Gewerbes von gleicher Berechtigung mit allen anderen Gewerben zu verdunkeln, sind vielfach gehässige Bezeichnungen für ihre Vertreter erfunden worden. Man spricht in erster Linie von „Agrariern". Das ist eine fremdartige, manchem Zeitungsleser unklare Bezeichnung, die lediglich den Zweck hat, nicht von der „Landwirthschaft" zu sprechen, denn diese ist ein populäres, Zeitungslesern sympathisches Gewerbe. Wir halten schon den Ausdruck Agrarier für eine Verdunkelung der Thatsachen; ähnlich wie die Ausdrücke „Reactionär", „Absolutist" kann der Ausdruck „Agrarier" für jeden, der mit einer fremden Sprache nicht vertraut ist, alle

möglichen beunruhigenden Nebenbedeutungen haben. Aber dieser Ausdruck genügt der „Köln. Ztg.“ und der ihr verwandten „Voss. Ztg.“ nicht; sie verwechseln nach Belieben die landwirthschaftlichen Interessen mit den Begriffen „Junker“, „adelige Geschlechter des Ostens“, „ostelbische Ritterschaft“ und identificiren diese Kategorien zur größeren Abschreckung mit der Vergangenheit aus der Zeit des Raubritterthums, mit den Quitzows und den Verschwörungen gegen den Kurfürsten Joachim I. Den „modernen Quitzows“ wird das Bürgerthum gegenüber gestellt, als ob heutzutage die landwirthschaftlichen Gewerbetreibenden mit gewappneter Hand in die Städte einfielen und die Häuser plünderten. Der Ausdruck „Junkerthum“ kommt in dem Artikel der „Köln. Ztg.“ „Was nun?“ vier oder fünfmal, in einem Artikel der „Voss. Ztg.“ siebenmal vor und zwar in Gegenüberstellung zu dem „Bürgerthume“ und zu der Erinnerung an die Quitzows. Die „Köln. Ztg.“ spricht vom „desparaten Junkerthum“, die „Voss. Ztg.“ von „Krautjunkern“. Kann man diese Art des Kampfes eine ehrliche nennen im Kampfe des landwirthschaftlichen Gewerbes? Sind die bayrischen und sonstigen Bauernbünde „Junker“, in deren Taschen nach der „Vossischen Zeitung“ das Geld der ärmeren Classen abgeleitet werden soll? Sind diese ganzen Artikel nicht eine unwahre und aufreizende Fälschung der wirthschaftlichen Frage, um die es sich handelt? Der nothleidende Bauer ist kein anspruchsvoller Junker; er will leben, er will sein landwirthschaftliches Gewerbe betreiben können. Es handelt sich in dieser ganzen Nothlage nicht um Junker und Bürger, nicht um ostelbische Großgrundbesitzer, sondern um deutsche Bauern. Wenn der Bauernstand zu Grunde geht, und die Landwirthschaft des Deutschen Reiches nicht mehr betriebsfähig bleibt, so geht damit das stärkste und gewichtigste Gewerbe zu Grunde, mit dessen Gedeihen die Existenz der Hälfte der Einwohner des Reiches verknüpft ist.

Wenn man ruhigen Blutes überlegt, ob das Gewerbe der Textilarbeiter, der Eisenindustrie, oder der Zuckerindustrie in seinem Bestande geschützt werden soll oder nicht, warum kann man dann nicht auch sine ira et studio und ohne hetzerische historische Citate mit derselben Ruhe die Frage erwägen, ob das Gewerbe der Landwirthschaft geschützt und erhalten werden soll, oder nicht.

Daß die „Volks-Ztg.“ die heutige, nothleidende Landwirthschaft als „moderne Quitzows“ bezeichnet, ist nicht weiter wunderbar; aber daß Zeitungen, wie die „Kölnische Ztg.“ und die „Vossische Ztg.“ sich in Gemeinschaft dieser gehässigen Polemik befinden, läßt darauf schließen, daß ihre letzten Ziele von denen der „Volks-Ztg.“ nicht weit entfernt sind. Der Kampf gegen die Verwirklichung derselben wird in dem vor-

liegenden Umsturzgesetze, auch wenn es voll zur Annahme gelangen sollte keine ausreichenden Mittel finden.

* * *

In derselben Nummer lesen wir:

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt in Bezug auf die Stellung des Fürsten Bismarck im Staatsrathe:

„Fürst Bismarck, Staatsminister Dr. Delbrück, Graf Zedlitz-Trützschler, von Heyden-Cadow, sind, wie jetzt anerkannt ist, Mitglieder des Staatsraths geblieben, da sie schon vor ihrer Ernennung zu Staatsministern aus allerhöchstem Vertrauen zu Mitgliedern des Staatsraths ernannt waren. Fürst Bismarck ist also auch noch heute Vicepräsident des Staatsraths."

Letztere Auffassung müssen wir doch als eine staatsrechtlich irrthümliche bezeichnen. Auch wir sind der Meinung und haben sie stets vertreten, daß Fürst Bismarck noch heute Mitglied des Staatsrathes sei, weil er das schon geworden ist, lange Zeit bevor er Minister wurde; daß er aber Vicepräsident in Vertretung des damaligen Präsidenten, des damaligen Kronprinzen war, ist doch nicht von seiner Ministerstellung zu trennen, und wir glauben nicht, daß er es noch heute ist. Diese Auffassung ist auch die des königlichen Staatsministeriums, von welchem Fürst Bismarck zur Theilnahme an den Staatsrathssitzungen amtlich eingeladen worden ist. Derselbe hat indessen gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine Gesundheitsverhältnisse von der Betheiligung an den Verhandlungen zu dispensiren.

* * *

Ferner Folgendes:

Die „Zukunft" schreibt:

„In den ‚Hamburger Nachrichten' konnte man neulich lesen, Fürst Bismarck stehe durchaus auf dem Boden der Rede, die der Freiherr von Stumm am 9. Januar im Reichstage von sich gegeben hat. Diese Rede enthielt, außer den unbegründeten Schmähungen der Berliner Nationalökonomen und den allgemeiner gefaßten Angriffen auf die Katheder- und Kanzelsocialisten als einzigen positiven Kern den Vorschlag, den Socialdemokraten und Anarchisten das active und passive Wahlrecht zu entziehen und die Agitatoren auszuweisen oder einzusperren. Es ist psychologisch und historisch bemerkenswerth, daß Fürst Bismarck diesen selbst vom hehren Herrn von Bennigsen verworfenen Gedanken für ausführbar hält, obwohl gerade er der Schöpfer des allgemeinen Wahlrechts und der mächtigste Förderer des Staatssocialismus gewesen ist. Aus Bismarck's Reden wäre leicht der Beweis zu erbringen, daß der alte

Kanzler früher dem Standpunkt Adolph Wagners sehr viel näher als dem des Herrn von Stumm stand. Aber warum soll er nicht von dem Recht Gebrauch machen, seine Meinung zu ändern?"

Es ist uns erfreulich aus dieser Aeußerung zu ersehen, daß die Redaction der „Zukunft" in ihrer socialpolitischen Richtung nicht den Beifall des Fürsten Bismarck hat. Wenn die „Zukunft" sich gegen die „Hamburger Nachrichten" wendet, so haben wir darauf nur zu erwidern, daß die Vermuthung, der frühere Reichskanzler sei mit den Aeußerungen der „Zukunft" zu Gunsten der socialdemokratischen Tendenzen einverstanden gewesen, kaum irgendwo Anklang gefunden und daß es einer Absage durch die „Hamburger Nachrichten" nach der langjährigen Haltung dieses Blattes gegenüber diesen Tendenzen nicht bedurft haben wird. Die „Zukunft" ist übrigens nicht die einzige Zeitschrift, die in die socialdemokratische Richtung hinübergeglitten ist; wir brauchen nur an die „Grenzboten" zu erinnern, um die schiefe Ebene zu kennzeichnen, auf welche beide Blätter gerathen sind.

* * *

Endlich ebenda auch noch eine Mittheilung über des Fürsten persönliches Befinden:

Fürst Bismarck befindet sich im Ganzen wohl, nur ist er dadurch ans Haus gefesselt, daß jeder Ausflug ins Freie ihm bei den jetzigen Witterungsverhältnissen einen mehr oder minder heftigen Anfall von Gesichtsschmerz zuzuziehen pflegt. Bei den sich fortwährend steigernden Vorbereitungen zu Feier seines 80. Geburtstages sieht der Fürst demselben mit immer stärkeren Zweifeln darüber entgegen, ob es ihm physisch möglich sein wird, allen seinen Freunden an diesem Tage gerecht zu werden.

* * *

Auf Anfrage bei dem Dr. Chrysander erhielt der steierische Vollzugsausschuß für die Bismarck-Ehrung folgende Antwort:

„Fürst Bismarck wird sich, soweit sich mit der Unsicherheit aller menschlichen Verhältnisse rechnen und auf so lange Zeit im Voraus eine Bestimmung treffen läßt, sehr freuen, den Besuch der Steiermärker an einem der Osterfeiertage nach ihrer Convenienz zu empfangen."

* * *

Das erste Blatt, das von dem künftigen Erfolg oder Nichterfolg des Antrages, dem Fürsten Bismarck eine officielle Ehrung seitens des Reichstages zu bereiten, zu berichten weiß, sind die „Leipziger Neuesten Nachrichten". Sie schreiben am 3. März:

„Wie wir aus Berlin aus absolut sicherer Quelle erfahren, sind die Vorbesprechungen, die innerhalb des Reichstags stattfanden, um eine ehrende Kundgebung am 1. April zur Feier des Geburtstages des Fürsten Bismarck zu veranstalten, vollständig resultatlos verlaufen. Das Centrum, das ja leider bei uns überall maßgebend ist, hat im Seniorenconvent eine Anregung des Präsidenten von Levetzow mit der Androhung eines Scandals beantwortet. So sehen sich die nationalen Parteien leider außer Stande, eine gemeinsame Kundgebung der Volksvertretung zu veranstalten. Wie uns von anderer Seite mitgetheilt wird, besteht in den nationalen Parteien die Absicht, am 1. April dadurch zu demonstriren, daß man einfach der Sitzung fern bleibt und es dem clericalen Vicepräsidenten von Buol überläßt, sein Scepter über Freisinnige, Clericale und Socialisten zu schwingen. — Der Jesuitenantrag wird angenommen, eine Ehrung des größten Deutschen abgelehnt. Auch ein deutscher Reichstag!"

* * *

Am 4. März heißt es in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Die „Berliner Börsen-Zeitung" enthält über den Bismarck-Commers der Berliner Hochschulen die Mittheilung, daß „vorher bereits ein Telegramm an den Fürsten Bismarck gerichtet worden sei". Wir glauben, daß die „Börsen-Ztg." nicht genau informirt gewesen ist. Es mag beabsichtigt gewesen sein, die Depesche kurz nach Beginn des Commerses abzusenden, thatsächlich ist das Telegramm Nachts 1½ Uhr expedirt und am nächsten Morgen 7½ Uhr in Friedrichsruh eingetroffen. Es war daher unmöglich, die Antwort, wenn eine solche von Theilnehmern noch für den Festabend selbst erwartet worden sein sollte, rechtzeitig zu geben. Die telegraphische Erwiderung an den Herrn Präsidenten des Commerses erfolgte am nächsten Vormittage, den Wortlaut theilten wir schon oben S. 33 mit.

* * *

Ueber den russischen Handelsvertrag sagen die „Hamb. Nachr." am 5. März (M.-A.):

Gegenüber der Bezugnahme des Ministers von Boetticher auf die Vortheile des russischen Handelsvertrages haben wir uns der wiederholten Erörterung der Frage enthalten, ob der Abschluß dieses Vertrages, nachdem die anderen Verträge bestanden hätten, ein Fehler gewesen sei, oder nicht. Die Sache liegt so, daß der russische Vertrag nicht an sich und unabhängig von seinen Vorgängern beurtheilt werden darf. Wir wissen nicht, ob bei Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn die deutschen Abschließer sich darüber klar gewesen sind, daß dieselben Concessionen, die sie Oesterreich-Ungarn machten, bis

nach Nordamerika und Argentinien reichen würden. Nachdem aber dieses Protonpseudos in die Welt gesetzt war, glauben wir, daß einem befreundeten Nachbarstaate wie Rußland gegenüber die Isolirung des letzteren nicht zu halten war.

Wenn Rußland seinerseits Handelsverträge mit allen europäischen Staaten abgeschlossen, Deutschland gegenüber aber auf einem Boycott beharrt hätte, so würde ein solcher durch die russischen Vertragsschlüsse geschaffener Zustand auf die politischen Beziehungen beider Nachbarstaaten mit der Zeit nachtheilig gewirkt haben. Mit seinem größten Nachbarstaat dauernd in einem politische Feindschaft herausfordernden Verhältniß zu leben, kann weder für den einen noch für den andern Staat nützlich erscheinen. Daß man in Deutschland bei Abschluß des österreichischen Handelsvertrages die unausbleiblichen Consequenzen desselben nicht im Auge gehabt habe, wird in Rußland, dessen Politik langsam und vorsichtig ist, schwerlich angenommen werden. Wir glauben deshalb, daß die Situation, die vor Abschluß des russischen Vertrages unsererseits durch Abschluß des österreichischen geschaffen worden war, uns in die Lage gebracht hat, den russischen Abschluß nicht versagen zu können. Wir sind überzeugt, daß eine deutsche Geschäftsleitung, die sich alle Consequenzen des österreichischen Abschlusses von Hause aus klar gemacht hätte, denselben nicht geleistet haben würde.

* * *

Ueber Deutschlands Aufgabe in Afrika heißt es an derselben Stelle:

Der Pariser „Figaro“ führt aus, Deutschlands Interesse in Afrika bestehe darin, dort England in Schach zu halten, aber nicht Frankreich. Das ist auch unsere Ansicht. Deutschland und Frankreich stoßen überall in Afrika bei ihren colonialen Bestrebungen auf englischen Widerstand. Damit ist die Möglichkeit einer Cooperation beider Mächte gegeben und indicirt. Der Versuch, die Interessen der beiden in Afrika minder mächtigen Mitbewerber England gegenüber gemeinsam zu vertreten, ist zur Zeit des französischen Ministers Ferry gemacht worden und nicht ohne Erfolg. Das gemeinsame Auftreten von Deutschland und Frankreich hat damals in England seinen Eindruck nicht verfehlt, und wenn die in neuerer Zeit äußerlich günstig erscheinenden Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland irgendwie von Dauer sind, so würde es im Interesse der deutschen Politik liegen, sich über afrikanische Verhältnisse zuerst mit Frankreich und demnächst in Gemeinschaft mit diesem mit England zu verständigen.

* * *

Zur Frage der Doppelwährung wird bemerkt:

Zu den neulichen Währungserörterungen haben wir noch zu bemerken, daß, wenn zwischen Deutschland und den bisherigen Silberstaaten des französischen Systems sowie Amerika eine Verständigung stattfindet, der weitere Widerstand Englands doch mit Rücksicht auf Indien schwieriger werden wird. Wenn man also überhaupt die Sache will, so muß man sie nicht bei England anfassen, sondern bei Frankreich und Amerika.

* * *

Ein neuer Bismarck-Thurm zum bleibenden Andenken an den achtzigjährigen Geburtstag des Fürsten Bismarck wird auf der Olenburg bei Sondershausen (Thüringen) errichtet, wozu der regierende Fürst, dem Grund und Boden gehört, bereits die Genehmigung ertheilt hat, und wozu schon eine erhebliche Geldsumme gespendet worden ist. Von dieser Olenburg bezw. dem neuen Bismarck-Thurm aus wird ein interessanter Rundblick gewährt auf das Waldthal im Süden, die Hainleite und die Finne, den Kyffhäuser und das rings sich erstreckende Wipperthal. — Außerdem findet in Sondershausen am 31. März eine allgemeine Bismarck-Feier statt.

* * *

Am 6. März führen die „Hamb. Nachr." (M.-A.) aus:

Ein Ressortminister für die ländlichen Behörden. Der preußische Minister des Innern hat neulich im Abgeordnetenhause erklärt, daß ihm die Entlastung der Amtsvorsteher am Herzen liege, die Landräthe sollten ihnen u. A. die Vacatanzeigen und manche andere statistische Arbeit sparen, er selbst wolle mit dem Justizminister wegen einer Verminderung der übermäßigen Inanspruchnahme in Verbindung treten, welcher die Amtsvorsteher jetzt durch die Staatsanwaltschaft ausgesetzt sind.

Vor Allem scheint es uns wünschenswerth, zum Schutze der ländlichen Behörden gegen Ueberlastung mit Aufträgen die Einrichtung zu treffen, daß sie nicht an die Verfügungen aller in Preußen vorhandenen neun Minister gebunden sind, sondern nur an die eines Ressortministers, und daß sie auf diese Weise dessen Schutz gegen ihre übermäßige Inanspruchnahme erhalten. Dazu wäre am meisten der Minister des Innern, dem die ländlichen Verhältnisse am nächsten liegen, geeignet. Die Regierungsbehörden müßten angewiesen werden, den ländlichen Localbehörden keine Zumuthungen zu stellen, die nicht das Placet des Ressortministers des Innern haben. Die Dorfbehörden haben bisher keine Stelle, bei der sie sich wegen Ueberlastung beklagen könnten. Wenn für sie der Minister des Innern der einzige Ressortminister würde und wenn sie nur Befehle von diesem zur Ausführung zu bringen brauchten, so würde voraussichtlich eine große Erleichterung gewonnen werden.

Die meistbelästigenden Zumuthungen gehen den Dorfbehörden von Seiten der Schulverwaltung zu. So wird beispielsweise in einem uns vorliegenden Kreisblatte der Nachbarschaft von den Schulvorstehern, die doch auch im freiwilligen Amte fungiren, vier Mal im Jahre eine mit „erschöpfender Genauigkeit“ aufzustellende Nachweisung von Details betreffend die Dienstalterszulagen der Lehrer verlangt, zu deren Herstellung die Betreffenden unverhältnißmäßig viel Zeit und Mühe aufwenden müssen. Aehnliche Anforderungen werden neuerdings auch von der Finanzverwaltung gestellt, als deren Organe die unbesoldeten Beamten der Selbstverwaltung ebenfalls zu fungiren haben.

Die ganze Einrichtung der Selbstverwaltung ist unhaltbar, wenn jeder der vorhandenen neun Minister sie auf Anregung eines seiner Räthe für seine Zwecke direct in Anspruch nehmen kann.

* * *

Eine Auseinandersetzung mit der „Nat.-Ztg.“ finden wir in demselben Blatte:

Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt gegenüber unserer neulichen Ausführung über die Meistbegünstigungs-Clausel in den Handelsverträgen:

Ob ein fremder Staat durch die Clausel voraussichtlich mehr Vortheile erlange als er uns gewähre, das müsse vor Abschluß des Vertrages mit ihm erwogen werden.

Wir wissen nicht, welche Verträge die „Nat.-Ztg.“ damit meint; daß sie diejenigen der Meistbegünstigung allgemein im Auge hat, können wir kaum annehmen, denn da ist die Begünstigung eine rein principielle. Wenn das aber nicht die Meinung des Blattes ist, dann besteht ja volles Einverständniß seinerseits mit unserer Auffassung: daß man bei Abschluß von Tarifverträgen vor Zulassung der Meistbegünstigung zu erwägen hat, ob der betreffende Staat mehr Vortheil erlangt als er uns gewährt.

Wenn die „Nat.-Ztg.“ aber mit ihrer unklaren Wendung den Meistbegünstigungsvertrag an sich meint, so schwebt ihre Ansicht vollständig in der Luft, denn in einem solchen Vertrage wird ja nur einfach verabredet, daß die Vortheile, welche dritten Staaten gewährt werden, den meistbegünstigten ebenfalls gewährt werden sollen. Aber der Vortheil des dritten Staates ist doch nur insoweit ein Vortheil, als er nicht durch Concessionen des dritten Staates vermindert wird. Daß diese Concessionen auch von dem gleichberechtigten Staate übernommen werden sollen, ist ja einfach der Grundsatz, den wir für die Zukunft empfehlen, nachdem er in der Vergangenheit zu unserem Bedauern als Ergebniß der bestehenden Verträge nicht zur Anwendung gebracht worden ist.

* * *

Ferner wird über die Schwurgerichte gesagt:

Die Berathungen der Justizcommission des Reichstages geben in der Presse Anlaß zu Erörterungen über die Belastung der Staatsbürger durch die Theilnahme an der Rechtspflege als Geschworene. Wir wollen auf die Frage der Schwurgerichte hier nicht eingehen, sondern nur unsere Ansicht äußern, daß die Verminderung der Zahl der Geschworenen eine große Wohlthat für alle Betheiligten sein würde. Die Leistung als Geschworener, so nothwendig sie an sich ist, bildet eine erhebliche Belastung der betheiligten Classen, um so mehr, als sie eine unentgeltliche ist. Seine Häuslichkeit zu verlassen, unter Umständen wochenlang in beengten Gasthofsverhältnissen zu leben und dort abzuwarten, ob man zur Ausübung des Geschworenenamtes berufen wird, ist eine Unbequemlichkeit, für welche nur Der Verständniß besitzt, der sie durchgemacht hat.

Die Thätigkeit unserer Geschworenen ist für unsere Justizeinrichtungen unentbehrlich; es fragt sich nur, ob man die Belastung der Betheiligten nicht vermindern kann. Unserer Ansicht nach würde dies möglich sein in erster Linie durch Verminderung der Zahl der Geschworenen, welche das Gesetz erfordert. Ob zwölf oder, wie in anderen Ländern, sieben Geschworene auf der Geschworenenbank sitzen, wird in Bezug auf die Zuverlässigkeit der Urtheils schwerlich einen Unterschied machen. Dann aber glauben wir, daß bei uns die Zahl der Reservegeschworenen übermäßig hoch bemessen ist. Wir stimmen mit dem Juristen der „Magdeb. Ztg.", der die Zahl der Geschworenen vermindern will, aus voller Ueberzeugung überein. Derselbe ist der Meinung, daß, wenn wir zwanzig Geschworene einberufen und die Anwesenheit von sechzehn als Minimum für die Bildung der Bank fordern, dies vollkommen genügen würde. Wir glauben, daß, wenn man von zwölf auf sieben Mitglieder der Bank zurückgeht und die Zahl der Ergänzungsgeschworenen auf die Hälfte vermindert, man ohne Schädigung des juristischen Ergebnisses auch noch mit weniger Geschworenen auskommen könnte als der Jurist der „Magdeb. Ztg." vorschlägt. Jedenfalls würden wir es als eine Wohlthat für Diejenigen, welche zu dem „mit so schweren Opfern verknüpften" Amte als Geschworene berufen sind, betrachten, wenn die Gesetzgebung sich ihrer annehmen wollte.

* *
*

Zu der oben von uns gebrachten Mittheilung der „Leipziger Neuesten Nachrichten" über die künftige Haltung des Reichstages betreffs einer Ehrung des Fürsten Bismarck schreiben die „Hamb. Nachr." am 6. März (A.-A.):

Das neuliche Dementi der „Köln. Volks-Ztg." gegen die Mittheilung der „Leipziger Neuesten Nachrichten", daß das Centrum mit Scandal gedroht

habe, falls am 1. April eine Kundgebung des Reichstages für den Fürsten Bismarck erfolge, erweist sich als sachlich bedeutungslos. Nach der „Nat.-Ztg." sind die Vertrauensmänner der Fractionen, deren Gesammtheit als Seniorenconvent bezeichnet zu werden pflegt, befragt worden, welche Stellung sie zu der Absicht einnehmen, dem Fürsten Bismarck zu seinem achtzigsten Geburtstage eine Ehrung seitens der deutschen Volksvertretung zu bereiten. Das Ergebniß war, daß Parteien des Reichstages, die möglicherweise die Mehrheit desselben bilden würden, entschlossen sind, jede Ehrenbezeigung für den Fürsten Bismarck zu verhindern. Daß zu diesen Parteien das Centrum und die Socialdemokratie gehören, ist bis jetzt nicht bestritten worden. Für die freisinnige Volkspartei und die süddeutsche Volkspartei ist die Frage ebenfalls erledigt durch die Notiz der „Freis. Ztg.", daß eine Bismarck-Feier im Reichstage unzulässig sei, und derselben Meinung dürften die Polen und Welfen sein.

In der nationalen Presse herrscht über diese Haltung des Reichstags eine Entrüstung, die sich von Tag zu Tag steigert, und deren Ausbruch an die Zeit der Verweigerung des vom Fürsten Bismarck verlangten zweiten Directors im Auswärtigen Amte erinnert. Welche Stärke die Entrüstung bereits erlangt hat, geht u. A. aus nachstehenden Auslassungen des „Leipziger Tgbl." hervor. Das Blatt vertritt die Ansicht, daß die Kundgebung für den Fürsten trotz des Widerstrebens der Clerico-Demokratie und ihrer Alliirten zu erfolgen habe, und fährt dann fort:

„Wenn wirklich die Bänke des Centrums bei den Worten des Präsidenten sich lichten und aus den Reihen der Socialdemokratie jene Rufe laut werden, die nur den Rufer schänden: tausendmal besser, als wenn der ganze deutsche Reichstag sich in schimpfliches Schweigen hüllt und damit beweist, daß er nicht nur unwürdige Glieder der Nation umfaßt, sondern selbst ein Zerrbild dieser Nation ist. Hat man den Muth zu solchem Handeln nicht, so wird man sich nicht wundern können, wenn die gesammte nationale Presse den Beschluß faßt, keine Silbe mehr über die Verhandlung dieser Körperschaft zu veröffentlichen. Das wäre die einzig richtige Antwort auf das Schweigen des Reichstages am 1. April, der einzig richtige Grabgesang für eine Körperschaft, die sich selbst begräbt."

Dieser Vorschlag ist natürlich nicht ausführbar, aber symptomatisch. Selbst ein Blatt wie die „Nat.-Ztg.", das sich sonst dem Fürsten Bismarck gegenüber nicht durch allzugroße Wärme auszeichnet, schreibt:

„Fürst Bismarck wird eine solche (Ehrung) durch den Reichstag entbehren können in der Gegenwart wie in der Geschichte; wem die Verhinderung jeder Ehrung des Mannes, ohne den der Reichstag nicht existiren würde, zur Unehre gereichen wird, das ist der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung. Vielleicht überlegt man sich dies noch einmal im Centrum

und beim Freisinn, deren Gesinnungsgenossen im Lande an vielen Orten den Kundgebungen für den 1. April zugestimmt haben. Aber wenn es bei der Ablehnung bleibt, so wird der Reichstag wider seinen Willen doch zur Verherrlichung des 80. Geburtstags Bismarck's beitragen: zwar nicht, daß dieser Reichstag, aber daß überhaupt ein deutscher Reichstag besteht, gehört zu den Thatsachen, welche am 1. April die Verdienste und den Ruhm des Fürsten Bismarck verkünden würden, selbst wenn Alles schwiege. Doch das deutsche Volk wird nicht schweigen, wenngleich die Hälfte der Versammlung, die nach dem Wortlaute der Verfassung seine Vertretung ist, schweigen sollte. In keinem anderen Lande wäre etwas Aehnliches möglich. Aber es scheint schon lange, als ob dieselben Kräfte, welche in früheren Perioden der deutschen Geschichte, zuerst in den Stämmen, dann in den Territorialstaaten, zeitweilig das nationale Leben in seinem Kern bedrohten, jetzt in den Parteien wirkten."

* * *

Ueber Vorbereitungen für die Feier des 1. April wird weiter berichtet:

In Göttingen wird die Feier sich wie folgt gestalten: Abends vorher großartige bengalische Beleuchtung des Bismarck-Thurmes und des Hainberges. Am 1. April früh Glockengeläute von den Stadtthürmen. Mittags Bürgerversammlung auf dem Marktplatz mit Rede des Bürgermeisters und Vortrag patriotischer Musikstücke. Abends großer allgemeiner Commers im Stadtparke. — Seitens der landwirthschaftlichen Vereine der Provinz Westpreußen wird der Geburtstag durch einen Bismarck-Commers in Danzig am 31. März begangen. Auch zahlreiche andere Vereine schließen sich an. — Achtzig Eichen will die Oberförsterei Neubrück im Lebuser Kreise zu Ehren des Fürsten Bismarck an einer Stätte pflanzen lassen, an der einst der Große Kurfürst einen Sechszehnender geschossen hat. — In Frankfurt a. O. wird der Exercierschuppen des Leib-Grenadier-Regiments in eine Festhalle für den Commers umgewandelt werden, da für die große Zahl der Theilnehmer kein genügendes Local vorhanden ist. Die Festtheilnehmer, darunter die Kriegervereine mit ihren Fahnen, versammeln sich Abends um $^1/_2$8 Uhr in der Halle des Rathhauses und halten unter den Klängen der Wacht am Rhein einen Umzug durch die Stadt nach der Festhalle, wo der Zug von der Generalität und dem Officiercorps der Garnison empfangen und in die Halle geleitet wird. — In Oberhausen haben die Stadtverordneten der Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Fürsten zugestimmt. — Dasselbe wird aus Memmingen berichtet. — Auf Einladung des nationalliberalen Wahlausschusses in Bensheim a. d. Bergstraße fand dieser Tage in Zwingenberg eine von den Abgesandten aus zahlreichen umliegenden Orten besuchte Versammlung statt, um über eine gemeinsame Feier zu berathen. Es wurde

beschlossen, am Nachmittage des 31. März eine glänzende Feier zu veranstalten, zu der alle Freunde und Verehrer des Fürsten in der Bergstraße, im vorderen Odenwald und im Ried eingeladen werden sollen. Als Ort des Festes wurde der sehr günstig gelegene Luftcurort Jugenheim an der Bergstraße gewählt. Die näheren Vorbereitungen zu dem Feste wurden einem aus sieben Mitgliedern bestehenden Ausschusse übertragen. — In Erlangen hat der Bismarck-Commers der Studentenschaft am 1. März stattgefunden unter Theilnahme der Professoren, des Officiercorps, der städtischen Behörden u. s. w.

Aus München wird berichtet:

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird die Generaldirection der königlich bayrischen Staatseisenbahnen denjenigen Studirenden der Hochschulen, welche sich an der Huldigungsfahrt zum Fürsten Bismarck betheiligen werden, die Fahrpreisermäßigung bewilligen wie die preußischen Staatsbahnen. Gerade die Betheiligung aus Süddeutschland wird sehr zahlreich sein, überhaupt wird im Süden die 80. Geburtstagsfeier des Fürsten Bismarck in einer wahrhaft großartigen Weise begangen werden. Vor Allem wird die Hauptstadt Bayerns sich darin auszeichnen.

Nach dem vorliegenden Programm findet am 31. März eine Matinée im königlichen Odeon statt, wobei ein Prolog von Paul Heyse gesprochen wird und die neunte Symphonie von Beethoven unter Leitung des Generaldirectors Levy zur Aufführung kommt. Der eigentliche Weihe-Act findet am 1. April Abends auf dem Königsplatz statt zwischen den Propyläen, der Glyptothek und dem Kunstausstellungs-Gebäude. Auf der obersten Stufe des in einen Tempel verwandelten Bauwerks erhebt sich eine weibliche Figur als Symbol der Einheit; Fanfaren- und Posaunenbläser hoch zu Roß umgeben den Sockel; rechts und links davon treten Chöre in antiken Gewändern hervor; auf den zur Statue führenden goldenen Stufen schreiten weibliche Genien mit Friedenspalmen herab; die Ecken der Terrasse begrenzen riesige Dreifüße mit lohenden Flammen, während Gruppen von Cypressen das Bild umrahmen. Aus dem Tempel erklingen Glockentöne, Posaunenfanfaren fallen ein, mit denen sich die jubelnden Weisen eines Kinderchores vereinen. Darauf folgt die Festrede des Herrn Rechtsanwalt Dr. Dörck und ein von circa 1000 Sängern vorgetragener Festchor. — Die in München stattfindende Feier dürfte sich zu einer der glanzvollsten in Deutschland gestalten.

* * *

Für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Residenzstadt München, die der Bürgermeister Borscht dem Fürsten am 2. März brieflich mitgetheilt hat, dankt dieser in einem Briefe vom 6. März:

Euer Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 2. d. Mts. habe ich mit dem verbindlichsten Dank erhalten. Die Verleihung des Bürgerrechts der Haupt- und Residenzstadt München gereicht mir zur hohen Ehre, und ich werde mich sehr freuen, die Herren Vertreter der Stadt am 2. kommenden Monats zu empfangen.

v. Bismarck.

* * *

Am 7. März verlautet:

In Forst i. L. will man zur Erinnerung an den 1. April eine 4 Meter hohe, mit der Broncebüste des Fürsten Bismarck geschmückte Säule aus schwäbischem Granit errichten mit folgender Inschrift: „Dem Fürsten Bismarck, dem Mitbegründer des Deutschen Reiches und Förderer der deutschen Industrie.“ — In Krefeld wird dem Fürsten am 1. April unter großen Feierlichkeiten ein Denkmal gesetzt werden. Ein Bismarck-Platz, der zur Aufnahme desselben bestimmt ist, ist längst vorhanden. Ein reicher Bismarck-Verehrer hatte ihn sammt herrlichen Anlagen seiner Vaterstadt gestiftet. — In Elberfeld gingen für das Bismarck-Denkmal in der vorigen Woche 7062 Mark 90 Pf. ein. Im Ganzen belaufen sich die Beiträge bis jetzt auf 50473 Mark 90 Pf. — In Essen soll am 1. April im Rathhaussaale eine Büste des Fürsten aufgestellt werden. Dieselbe wird von Prof. Schaper modellirt und aus weißem Marmor angefertigt. — In der letzten Sitzung der Ortsgruppe des Riesengebirgvereins in Hirschberg gelangte ein Schreiben des Commerzienraths Linke zur Verlesung, in welchem dieser beantragt, „der Verein seinerseits möge beim Hauptvorstande den Antrag stellen, daß dem Fürsten Bismarck hoch oben in unseren Bergen aus Anlaß seines 80. Geburtstages ein Denkmal geschaffen werde“. An dem weithin sichtbaren „Mittagstein“ solle eine eiserne Tafel angebracht werden, welche in großen Lettern den Namen des Fürsten Bismarck als Inschrift trägt, und zugleich solle der Mittagstein in „Bismarckstein“ umgetauft werden. — Die Reihe der sächsischen Städte, die dem Fürsten Denkmäler errichten, vergrößert sich ebenfalls von Tag zu Tag. In Zwickau hat sich ein Verein zur Errichtung eines Bismarck-Denkmals gebildet, der auch für den 1. April eine in großem Stile gehaltene Festfeier plant, während in Meerane ein Ausschuß zusammengetreten ist, der am 80. Geburtstag des Fürsten bereits den Grundstein zum Denkmal legen will. Aus den freiwillig gespendeten Geldern soll dort ferner ein Fonds abgezweigt werden, der als Grundstock für ein Denkmal Kaiser Wilhelm's I. dienen soll, das man zu dessen 100. Geburtstag zu errichten gedenkt. — Von Huldigungsfahrten nach Friedrichsruh erwähnen wir noch folgende: Auf eine Anfrage betreffend den Zeitpunkt einer Huldigungsfahrt der Westfalen nach Friedrichsruh hat Fürst Bismarck durch Dr. Chrysander antworten lassen, „daß er sich durch einen Besuch

seiner westfälischen Landsleute im Mai dieses Jahres sehr geehrt fühlen werde". — In Emden beschloß am 3. März eine aus verschiedenen Theilen Ostfrieslands beschickte Versammlung eine Huldigungsfahrt der Ostfriesen zum Fürsten Bismarck. Die Fahrt soll am Sonntag, 5. Mai, stattfinden. — An nicht wenigen Orten sollen zum Andenken an den 80. Geburtstag Eichen gepflanzt werden. Wir erwähnen heute nur Amberg in der bayrischen Oberpfalz. — Unter den zahllosen Glückwunschadressen nimmt die von Eisleben, der durch das Darniederliegen des Mansfelder Bergbaues und die Erdsenkungen hart betroffenen Stadt, einen besonderen Platz ein, indem darin die traurige Lage wie folgt erwähnt wird: „Der Mansfelder Seekreis, bedrückt durch die Sorge über die fortdauernden Erdbewegungen und die dadurch bewirkten Erscheinungen, macht sich zu diesem Ehrentage seines allverehrten und vielgeliebten Altreichskanzlers frei von allem Drucke." — Besondere Schulfeiern plant man vor Allem im Königreich Sachsen. Aus Leipzig wird darüber berichtet: Zum 80. Geburtstage unseres Ehrenbürgers wird auch für die Leipziger Volksschulen eine würdige Feier geplant. Es ist beabsichtigt, am 1. April in allen Schulen einen Festactus zu veranstalten, bei dem patriotische Gesänge und Declamationen zu Gehör kommen und den Kindern ein Lebensbild des großen Staatsmannes vorgeführt wird.

* * *

Am 8. März heißt es in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

In der Presse findet die Frage des Verhaltens des deutschen Reichstages zu dem 80. Geburtstage des Fürsten Bismarck immer lebhaftere Erörterung. Von mehreren Seiten wird „mit Bestimmtheit erwartet, daß das Präsidium des Reichstages durch namentliche Abstimmung zur Entscheidung bringe, ob dem großen Manne an diesem Tage vom Reichstage eine Anerkennung dafür gebracht werden solle, daß er das deutsche Vaterland aus tiefer Erniedrigung zum größten Ansehen unter den Völkern Europas gebracht habe; man müsse die Namen aller Abgeordneten kennen lernen, welche im Stande seien, dem Fürsten Bismarck die verdiente Anerkennung zu versagen." Wir möchten von derartigen Schritten doch abrathen. Wir würden es nicht als einen dem Fürsten Bismarck geleisteten Dienst ansehen können, wenn Ovationen für ihn da beantragt werden, wo eine ablehnende Aufnahme des Antrages außer Zweifel steht. Daß von der Majorität des Reichstages eine Ablehnung derartiger Anregungen, wenn sie erfolgten, zu erwarten ist, halten wir für zweifellos. In der Mehrheit des Reichstages herrscht heute die analoge Richtung wie zu jener Zeit, wo der vom Reichskanzler geforderte Ministerial-Director abgelehnt wurde; die Gegner der vom Fürsten Bismarck betriebenen Politik haben heute wie damals die Mehrheit.

* * *

Der Westpreußische Provinzallandtag hat dem Fürsten Bismarck eine Gratulations-Adresse übersandt. Dafür dankt der Fürst am 9. März mit nachstehendem Schreiben an den Vorsitzenden von Graß:

Friedrichsruh, 9. März 1895.

Die ehrenvollen Worte, mit denen der Provinziallandtag meines bevorstehenden Geburtstages gedenkt, haben mich in dankbarer Erinnerung an den vorjährigen Besuch meiner westpreußischen Landsleute in Varzin[1]) besonders erfreut, und ich bitte Euer Hochwohlgeboren, für die hohe Ehre, welche der Landtag mir erzeigt, den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes entgegenzunehmen und den Herren Deputirten übermitteln zu wollen. v. Bismarck.

* * *

Am 9. März wird über die Vorbereitungen zur Feier des 1. April berichtet:

Der in Stettin versammelte Provinziallandtag von Pommern hat am 7. März folgendes sofort zu übermittelnde Glückwunschtelegramm an den Fürsten Bismarck einstimmig angenommen: „Der 21. Provinziallandtag Pommerns, der Heimathsprovinz Euer Durchlaucht, übersendet in dankbarer und freudiger Theilnahme zu Ihrem 80. Geburtstage seine aufrichtigsten Glückwünsche." — Die beiden städtischen Körperschaften in Trebbin (Regierungsbezirk Potsdam) haben einstimmig beschlossen, dem Fürsten das Ehrenbürgerrecht zu verleihen und einen Denkstein mit des Fürsten Portrait in Medaillonform an geeigneter Stelle der Stadt zu errichten. — Das Geschenk Anhalts an den Fürsten, eine Hirschgruppe, im Mägdesprunger Eisenhüttenwerk in Bronce hergestellt, verursacht einen Kostenaufwand von 20000 Mark, wovon Dessau 8000, Bernburg 5000, Köthen 3000, Zerbst und Ballenstedt je 2000 Mark aufbringen. Stadt und Kreis Bernburg haben außerdem soviel gesammelt, daß der Grundstock für ein Bismarck-Denkmal in Bernburg (etwa nach dem Muster des Kissinger) übrig bleibt, zu dem am 1. April d. J. der Grundstein gelegt werden soll. Für den Bismarck-Tag plant man ferner in Bernburg die Absendung einer Adresse, und am Abend des 1. April soll ein allgemeiner Commers die Verehrer des Fürsten vereinigen.

* * *

Ferner am 10. März:

Im Namen der Armee wird am 1. April eine Deputation commandirender Generale, wie die „Leipz. Neuest. Nachr." sich aus Berlin melden lassen, dem Fürsten Bismarck Glückwünsche und ein Geschenk überbringen, vielleicht in Anwesenheit des Kaisers. — In der Provinz Sachsen rüstet

[1]) Vgl. F. B. u. s. E. Bd. V, S. 322—330.

man sich mit ganz besonderem Eifer. In Schönebeck will man dem Fürsten als Angebinde 80 Schönebecker Sooleier darbringen. Dieselben erhalten als dauernden Werth eine Umhüllung von Aluminium, Celluloid oder dergleichen mit je einem Kernspruch oder geflügelten Wort des Fürsten bemalt. — Das Städtchen Bismark in der Altmark wird den Fürsten zum Ehrenbürger ernennen. — Aus Erfurt, wo ebenfalls die Verleihung des Ehrenbürgerrechts beschlossen worden ist, will man dem Fürsten eine Blumenspende übersenden. Im großen Rathhaussaale findet ein Festessen statt. — In Altenburg hat man sich für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts, die Benennung einer Straße nach dem Fürsten und eine große öffentliche Feier entschieden. — In der Stadt Posen wird ein Festcommers alter Studenten aus Stadt und Land abgehalten werden. In der ganzen Provinz werden große Vorbereitungen zur Bismarck-Feier getroffen. — In Frankfurt a. M. findet als Vorfeier am 23. März ein von der nationalliberalen Vereinigung „Nordwest" veranstaltetes Bismarck-Concert statt, welches von der gesammten Capelle der Karlsruher Hofbühne unter Felix Mottls Leitung und unter Mitwirkung der Kammersängerin Frau Mottl und des Kammersängers F. Plank ausgeführt wird. Am 30. März folgt dann ein gemeinsamer Festcommers im großen Saale des Saalbaues, wobei ein von Martin Greif verfaßtes Festspiel zur Aufführung gelangt, Dr. Hans Blum (Leipzig) die Festrede hält und Dr. Rohrhurst (Heidelberg) auf das Vaterland spricht. Am Tage darauf wird an dem Hause Große Gallusstraße 19, in welchem der Fürst während seiner Thätigkeit als Bundestagsgesandter wohnte, eine vom Frankfurter nationalliberalen Verein gestiftete Gedenktafel aus Syenit angebracht werden. — In Darmstadt ist am 9. März auf die Anfrage des Präsidiums des Landeskriegerverbandes „Hassia", ob Fürst Bismarck die Ehrenmitgliedschaft anzunehmen geneigt sei, die nachstehende eigenhändig unterzeichnete Antwort eingegangen:

> Das gefällige Schreiben vom 5. d. Mts. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten und werde mich durch Verleihung der Mitgliedschaft des Landesverbandes „Hassia" hochgeehrt fühlen.
>
> Friedrichsruh, 7. März 1895. v. Bismarck.

Das Präsidium des Verbandes wird Alles thun, um die Fertigstellung der künstlerisch ausgestatteten Urkunde noch bis zum Geburtstag des Fürsten zu ermöglichen. — Vom Schwarzwald wird geschrieben: „Eine Feier auf der Feldbergshöhe in Schnee und Eis — das war bisher der Ausdruck unserer Verehrung für den Fürsten Bismarck. In diesem Jahre aber wollen wir auf allen Gipfeln des Schwarzwaldes am 31. März die Höhenfeuer entzünden als Zeichen unserer Liebe, daß es hineinleuchtet weit in das Deutsche Reich und in das deutsche Herz. Wir hoffen das Gleiche für die Vogesen zu erreichen. Vielleicht veranlaßt unsere Mittheilung gleichgesinnte

Männer, auch auf den Höhen des Harzes und des Erzgebirges, des Kyffhäusers und des Niederwaldes am Vorabend des Festes Freudenfeuer zu entzünden." — Der Kissinger Magistrat beschloß zur Feier des 80. Geburtstages des Fürsten die Abhaltung eines Festbanketts am 31. März, Niederlegung eines Kranzes am Bismarck-Denkmal und Absendung einer Glückwunschadresse in hübscher Mappe an den Fürsten, den Ehrenbürger des von ihm lange Jahre gern besuchten, ihm lieb gewordenen Badeortes.

* * *

Am 10. März ernennt die auf dem Kickelhahn bei Ilmenau hausende aus Kunst- und Litteraturfreunden bestehende „Gemeinde Gabelbach" den Fürsten Bismarck zu ihrem Ehrenschulzen durch folgende Zuschrift des Gemeindevorsitzenden:

Durchlauchtigster Fürst!

Hoch oben auf Thüringens Bergen — auf dem classischen Boden, den für alle Zeiten der Genius eines Goethe geweiht hat —, auf seinem erhabenen Berge, dem Kickelhahn, hat sich eine kleine eigenartige Gemeinde angesiedelt, deren von Poesie und Waldesrauschen verschöntes und verklärtes Walten Euer Durchlaucht aus den beigefügten Drucksachen erkennen wollen.

Die Zeit ihrer Gründung ist bestritten. Nach der einen Lesart fällt sie in das Jahr 1859, nach der anderen, jedenfalls glaubhafteren, etwas weiter zurück — ins Jahr 933. Wir selbst behaupten mit voller Bestimmtheit und darum doch gewiß auch mit Fug und Recht, daß in eben diesem Jahre Kaiser Heinrich I. ihr hoher Begründer und von da ihr erster Schulze gewesen sei. Ist's da ein Wunder, daß auch jetzt noch, sogar weit über den Kreis der Ortsnachbarn hinaus, unser Schulzenamt, wie von einem wahren Glorienschein umflossen, in einem hohen, jedes Magistratsamt des Deutschen Reiches weit überragenden Ansehen steht?!

Eure Durchlaucht hat unsere, von warmer Vaterlandsliebe erfüllte Gemeinde alljährlich in telegraphischer oder sonstiger Form den schuldigen Tribut unbegrenzter Verehrung und Dankbarkeit dargebracht. Jetzt, beim Herannahen des 1. April, eines wahrhaft nationalen Festtages, rüstet auch sie sich, gleich so vielen Schwestergemeinden des Reiches, dem Deutschesten der Deutschen, dem großen Einiger des Vaterlandes, in einem wenn auch nur bescheidenen äußeren Zeichen eine Huldigung darzubringen, wie sie der traditionellen Eigenart unseres Gemeinwesens entspricht.

Und so wagen wir es denn, Euer Durchlaucht das Höchste und Vornehmste, was wir überhaupt zu bringen vermögen, das Ehren-Schulzenamt unserer Gemeinde in aller Ehrfurcht anzubieten mit der tiefempfundenen Versicherung, daß wir uns wahrhaft beglückt fühlen würden, wenn der herzenswarmen Bitte, welche ich soeben auf Grund eines einmüthig gefaßten Gemeinde-

beschlusses auszusprechen unternommen habe, von Euer Durchlaucht huldvoll Gehör geschenkt würde. Sobald die — heißersehnte günstige — Entscheidung uns zugekommen ist, werden wir nicht ermangeln, ein förmliches Diplom nachfolgen zu lassen.

Mit den treuinnigsten Gemeinde-Wünschen für Euer Durchlaucht dauerndes Wohlbefinden zeichne ich in größter Ehrerbietung Euer Durchlaucht gehorsamster

Schwanitz,

Justizrath, Gemeindevorsitzender auf Gabelbach.

Fürst Bismarck nahm das Ehrenamt an, indem er am 13. März antwortete:

Euer Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten. Ich fühle mich hochgeehrt durch die Verleihung des Amtes eines Ehrenschulzen Ihrer alten Gemeinde. Ich bedaure, daß ich selbiger nicht ebenso förderlich sein kann, wie mein ruhmreicher Vorgänger aus unserer großen Kaiserzeit; aber die Liebe zum Walde theile ich mit ihm und mit Ihnen. v. Bismarck.

Diese Ernennung hat einen recht eigenartigen Verlauf genommen. Woche auf Woche verging, ohne daß eine Antwort erfolgte. Erst auf eine neuerliche Anfrage bei Dr. Chrysander traf dann am 5. April die zustimmende Antwort des Fürsten ein: diese war an Justizrath Schwanitz in Gabelbach adressirt und, da es unweit Ulms ein bayerisches Dörfchen Gabelbach giebt, dorthin gegangen. Von da kam sie, da ein Justizrath Schwanitz daselbst nicht existirt, als unbestellbar wieder nach Friedrichsruh zurück und blieb daselbst liegen, bis die nochmalige Anfrage der „Gemeinde Gabelbach" die richtige Adresse feststellte. — (Der Herausgeber kann als Analogon hinzufügen, daß ihm bei Bearbeitung der 8. Aufl. von Ritter's Geogr.-Statist. Lexikon das Fortlassen der „Gemeinde Gabelbach" von verschiedenen Seiten monirt wurde.)

* * *

Weiter wird am 11. März gemeldet:

Der Gemeinderath von Hildburghausen hat beschlossen, zur Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck Büsten des Fürsten im Sitzungssaale der städtischen Behörden und in dem großen Saale der Stadtschule aufstellen zu lassen. — Ferner lesen wir in der „Köln. Ztg.": Mit großen Freuden war in der ganzen Bürgerschaft der vom Stadtrath einstimmig gefaßte Beschluß aufgenommen worden, von Seiten der Stadt Köln eine allgemeine Bismarck-Feier zu veranstalten, um im Verein mit den übrigen Städten Deutschlands dem großen Mann, der schon seit langen Jahren unser Ehrenbürger ist, den ihm gebührenden Dank für seine vaterländischen Thaten abzustatten. An dieser Freude wird auch der sehr zu bedauernde Umfall der Centrumspartei Nichts ändern, und die Begeisterung bei der städtischen Feier auf dem Gürzenich wird nicht darunter zu leiden haben. Da aber hier doch nicht alle Bürger Theil nehmen können, zumal der Ein-

tritt mit Recht zuerst den irgendwie im städtischen Dienst thätigen Bürgern gestattet werden soll, so hat der Nationalliberale Verein beschlossen, dem Redeactus auf dem Gürzenich einen großen Commers in dem Saale der Lesegesellschaft folgen zu lassen, an welchem alle Bismarck-Freunde unserer Stadt Theil nehmen können. Das von dem dazu gewählten Ausschuß vereinbarte Programm verspricht ein glänzendes patriotisches Fest. Dasselbe wird eröffnet werden mit einem vom Hauptmann Lauff gedichteten Prolog. Die Festrede wird Director Dr. Jäger halten, dann hat der durch seine patriotischen Gedichte rühmlichst bekannte Herr Barthel Roth ein Festgedicht „Deutschlands Siegfeder" verfaßt, das als Gegenstück zu dem überall mit großer Begeisterung aufgenommenen „Deutschlands Siegschwert" in lebenden Bildern uns vorführen wird, wie Bismarck's Feder das, was durch das deutsche Schwert errungen wurde, vervollkommnet und gesichert hat. — In Bayern sind trotz der Anstrengungen, welche das Centrum, die Freisinnigen und Socialdemokraten machen, um die Feier des 80. Geburtsfestes des Fürsten Bismarck einzuschränken, die Vorbereitungen zu einer würdigen Feier doch überall derart, daß man auf einen großartigen Verlauf derselben rechnen kann. Im diesseitigen Bayern haben sämmtliche größeren Städte, mit Ausnahme von Nürnberg, den Altreichskanzler zum Ehrenbürger ernannt; in der Rheinpfalz haben dasselbe allein 24 Städte gethan. Im Ganzen wird in ungefähr 40 bayrischen Städten der Altreichskanzler zum Ehrenbürger ernannt werden.

* * *

Im preußischen Abgeordnetenhause ist eine Ehrung zum 80. Geburtstage des Fürsten Bismarck geplant. Die Abgeordneten Graf Limburg, Dr. Graf-Elberfeld und Freiherr von Zedlitz erlassen eine Einladung an die Mitglieder der conservativen, freiconservativen und nationalliberalen Partei zu einer Fahrt nach Friedrichsruh am 25. März. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Excellenz von Köller, wird namens der Theilnehmer dem Altreichskanzler die Gefühle der Erschienenen zum Ausdruck bringen. Ein Extrazug wird für die Mitglieder des Hauses bereit stehen.

* * *

Am 14. März lesen wir in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

An anderer Stelle d. Bl. ist vor einigen Tagen mitgetheilt worden, daß am 25. März die conservative, die freiconservative und die nationalliberale Fraction des preußischen Abgeordnetenhauses eine gemeinsame Fahrt nach Friedrichsruh unternehmen werden, um dem Fürsten Bismarck ihre Glückwünsche zu überbringen. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr von Köller, wird bei dieser Gelegenheit im Namen der Theilnehmer die Ansprache an den Fürsten halten. Wie die „Conf. Corresp." mittheilt, war, ehe man sich zu dieser Form der Ehrung des Altreichskanzlers entschloß, in Aussicht genommen gewesen, einen Beschluß des Plenums herbeizuführen,

durch den der Präsident officiell beauftragt worden wäre, im Namen des Abgeordnetenhauses einen Glückwunsch darzubringen. Obwohl die obenerwähnten Mehrheitsfractionen in der Lage gewesen wären, einen solchen Beschluß zu erzwingen, hat doch zur Wahrung der Würde dem Fürsten Bismarck gegenüber davon Abstand genommen werden müssen, da von Seiten des Centrums in vertraulichen Besprechungen erklärt worden ist, daß ein derartiger Beschluß nicht ohne Widerspruch jener Partei hingenommen werden würde.

* * *

Zu einer eigenartigen und erhebenden Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck rüstet sich die goldene Aue. Auf den Höhen des sagenumwobenen Kyffhäusers, zu Füßen des seiner Vollendung nahen Kaiser Wilhelm-Denkmals, wird am Abend des 1. April ein gemeinsamer Festcommers der drei Orte Frankenhausen, Kelbra, Roßla und ihrer Umgegend stattfinden. — Die Stadt Stralsund wird, wie die „Stralſ. Ztg." meldet, dem Fürsten eine künstlerisch ausgestattete Adresse übersenden.

* * *

Die Deutschen Rußlands wollen bekanntlich eine Gratulations-Deputation nach Friedrichsruh entsenden. Kürzlich weilte Herr Fritz Opderbeck aus St. Petersburg dort, um über den Zeitpunkt des Empfangs der Deputation Rücksprache zu nehmen. Die „St. Petersb. Ztg." berichtet über die Aufnahme, die Herr Opderbeck gefunden, Folgendes:

Herr Opderbeck und sein Bruder, der ihn begleitete, wurden im Auftrage des Fürsten zum Frühstück eingeladen. Punkt 12 Uhr empfing der Fürst die Herren. Er sah wohl aus und erwiderte Herrn Opderbeck auf seine Anrede,

> daß er die Ovation der Deutschen in Rußland ganz besonders gern entgegennehme, da er wisse, wie sehr die Deutschen in Rußland und besonders die St. Petersburger an ihrem Vaterlande hängen und auch seiner Person bei jeder Gelegenheit in so herzerfreuender Weise gedächten. Mit besonderer Vorliebe gedenke er noch der Kissinger Ovation, welche ihm damals besonders wohlgethan; er freue sich, die Herren bald wiederzusehen.

Auf die Bemerkung Opderbeck's, daß die Deutschen aus Rußland wegen der weiten Entfernung u. s. w. womöglich schon vor dem 1. April kommen möchten, wies der Fürst lächelnd auf seinen Schwiegersohn und Dr. Chrysander als seine „Vorgesetzten" und bat, das Nähere mit diesen Herren zu vereinbaren.

Herr Opderbeck nahm nun während des Frühstücks Gelegenheit, mit dem Grafen Rantzau die Sache eingehend zu besprechen, mußte sich aber überzeugen lassen, daß es vor dem 1. April wirklich nicht möglich ist. Vom

1. April selbst rieth Graf Rantzau schon deshalb ab, weil die Deputation aus Rußland dann in der Masse verschwinden würde, und der Fürst Werth darauf lege, die Deutschen aus Rußland, besonders die St. Petersburger, in auszeichnender Weise zu empfangen. Der Graf schlug vor, in der zweiten Hälfte des April zu kommen. Herr Opderbeck solle ihm zwischen dem 10. und 15. April nochmals schreiben, dann wolle er den Tag genauer bezeichnen.

* * *

Am 15. März (M.=A.) melden die „Hamb. Nachr." aus Berlin:

Eine Abordnung, welche der Berliner Bismarck=Ausschuß am Sonnabend voriger Woche an den Herrn Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe entsandte, fand, wie die „Nordd. Allg. Ztg." mittheilt, seitens des Fürsten eine sehr freundliche Aufnahme, ebenso am Montag bei dem Herrn Reichstagspräsidenten von Levetzow, der sein Erscheinen auf dem Bismarck=Commerse bereits zugesagt hat. In Stellvertretung des Herrn Cultusministers empfing gestern Mittag Herr Unterstaatssecretair von Weyrauch die Abordnung. Der Ausschuß hat die Reichs= und Staatsbehörden, sowie den Reichstag, den Landtag und die Stadt zu dem am 30. d. Mts. in der Philharmonie stattfindenden Bismarck=Commerse geziemend eingeladen, er richtet soeben an die gesammte Berliner Bevölkerung einen Aufruf, sich an der Feier am 30. März zu betheiligen, sowie am 1. April die Häuser mit Fahnen zu schmücken und am Abend festlich zu erleuchten. Von Seiten des Cultusministeriums wird dem obengenannten Blatte zufolge der Schluß sämmtlicher preußischer Schulen veranlaßt, sowie den Schulleitungen nahe gelegt werden, den Tag durch eine Feier festlich zu begehen. Auch besteht die Hoffnung, daß der Ober=Kirchenrath am Sonntag, den 31. März, in Predigt und Gebet des Fürsten von Bismarck gedenken lassen werde.

* * *

Der A.=A. desselben Blattes und Tages entnehmen wir Folgendes:

Wie die „Ostpreuß. Ztg." aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren hat, hat der Kaiser den Fürsten Bismarck telegraphisch von der Ernennung des Grafen Wilhelm Bismarck zum Oberpräsidenten von Ostpreußen benachrichtigt. Die „Berl. Neuest. Nachr." können dies mit dem Hinzufügen bestätigen, daß die Benachrichtigung in die Form eines Glückwunsches gekleidet war. Oberpräsident Graf von Bismarck hat sich am Mittwoch Nachmittag während der Sitzung des Staatsraths im Reichsamt des Innern bei Seiner Majestät gemeldet.

* * *

Am 14. März lehnt die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Antrag des Magistrats ab, eine gemeinsame Glückwunschadresse an den Fürsten zu richten. — Tags darauf (15. März) beschließt das preußische

Herrenhaus, dem Fürsten Bismarck durch den Gesammtvorstand die Glückwünsche des Hauses darzubringen.

* * *

An die kleine märkische Stadt Trebbin, die am 8. März dem Fürsten das Ehrenbürgerrecht verliehen hat, richtet der Fürst nachstehendes Dankschreiben:

Friedrichsruh, den 16. März 1895.

Das gefällige Schreiben vom 8. d. M. habe ich erhalten. Ich fühle mich durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts von Trebbin hoch geehrt und bitte die städtischen Körperschaften, für diese Auszeichnung den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

* * *

Unter der Ueberschrift „Praktische Colonialpolitik" schreiben die „Hamb. Nachr." am 16. März (M.-A.):

Von colonialer Seite wird der „Berl. Börs.-Ztg." geschrieben:

Es ist nicht zu bestreiten, daß die allgemeine Depression des Welthandels von Einfluß auf die Weiterentwickelung unserer Colonien in nachtheiligem Sinne gewesen ist, aber der Erkenntniß wird sich ein unbefangener Beobachter nicht verschließen können, daß die Hauptursache der Stagnation und des Rückschrittes anderswo zu suchen ist.

Diese Ursachen liegen in dem Ueberwuchern des Beamtenthums und des Militarismus in den Colonien. Dort galt in der That unter Caprivi's Regime das „Amtliche" alles, während die Hauptsache, die wirthschaftlichen Aufgaben, nur als eine unliebsame Nebensache betrachtet wurden, abgesehen davon, daß der verabschiedete Reichskanzler den Werth von Colonien überhaupt nicht gelten lassen wollte.

Daraus folgte mit logischer Consequenz, daß ein Beamtenthum in unseren Colonien groß gezogen wurde, das, mit wenigen Ausnahmen, seine Aufgaben falsch auffaßte und ebenso falsch zur Ausführung brachte. Dafür können wir aber Einzelne nicht verantwortlich machen — bei gewissen leitenden Stellen, unter andern auf Seiten des Colonial-Directors Kayser, ist sogar ein entschieden guter Wille und wirkliche Einsicht vorhanden —, sondern das ganze System war ein verfehltes, hauptsächlich deshalb verfehlt, weil die Beschäftigung der Beamten in der Colonie nur als ein Durchgangsstadium angesehen wurde, das in Westafrika begonnen, in Ostafrika weitergeführt und vielleicht in Neuguinea beendet werden konnte. Dem Beamten konnte unter solchen Umständen ein wahres Interesse an seiner Aufgabe nicht erwachsen. Er wandte den Blick, die Aufmerksamkeit nicht vorwärts in die Colonie, sondern rückwärts auf die vorgesetzte Behörde. Er mußte sein ganzes Streben dahin lenken, das Amtliche seiner Aufgabe so vorzüglich wie möglich zu vollbringen,

das Sachliche dagegen war Nebensache. Das war das Wesen dieses Systems, das als derartiges an seinen Früchten erkannt wurde. Dieses System züchtete geradezu Streber, zwang den jungen Beamten, ein solcher zu werden, machte einen Schablonenarbeiter aus ihm und unterdrückte die Initiative, das Interesse an der speciellen Aufgabe.

Es ist auch klar, daß ein solches System nicht nach der Specialtüchtigkeit des Beamten frug, sondern nur nach der bureaukratischen Tüchtigkeit. Deshalb finden auch praktisch in den Colonien herangebildete Leute so gut wie gar keine Verwendung, sondern nur tüchtige Bureaukraten. Auf diese Weise lagen Kräfte wie Wissmann, Stuhlmann, Bohsen, Schweinitz brach oder wurden brach gelegt, wie z. B. Zigl.

Frankreich krankt an demselben Fehler, während England seine unerhörten Erfolge deshalb hauptsächlich erzielt, weil es seine Beamten nimmt, wo es dieselben als geeignet findet, und nicht danach fragt, sind dieselben amtlich oder praktisch gebildet. England sieht nicht nur theoretisch, wie wir, sondern thatsächlich seine Hauptaufgabe in einer kräftigen wirthschaftlichen Entwickelung seiner Colonien.

Aehnlich lagen oder liegen die Verhältnisse in den Colonien auf militairischem Gebiete. Der junge Officier faßt seine Aufgabe, mit seltenen Ausnahmen, nur vom rein militairischen Standpunkte auf. Er ist draußen nur Officier und läßt die culturelle Seite seiner Aufgabe ganz außer Acht. Avancement und Auszeichnung sind sein Leitmotiv, und wenn er auch nicht gleich seinen größeren oder kleineren Feldzug ausführen kann oder gar ohne einen solchen auskommen sollte, so glaubt er seine Ehre aufs Spiel zu setzen. Lärmend drängt er seine Person und seine Stellung in den Vordergrund und unbewußt provocirt er oft genug, was er gerade verhindern sollte, Streit mit den Eingeborenen. Schneidigkeit ist eine selbstverständliche Eigenschaft des Soldaten, aber der Soldat ist nicht da, um diese Schneidigkeit um ihrer selbst willen zu bethätigen.

Zu den Fehlern des ganzen Systems gesellen sich noch technische Fehler, wenn man so sagen darf; unsere Beamten betreten die Colonien ausschließlich theoretisch vorgebildet, und als rein theoretisch ausgebildet ist auch der Officier den Colonien und den Eingeborenen gegenüber zu betrachten. Beiden fehlt nur zu oft die Kenntniß der Eigenthümlichkeiten des fremden Landes und seiner Bewohner vollkommen. Ohne Federlesens wendet er seine Erfahrungen und Kenntnisse, die er in der Heimath gesammelt, auch auf die dortigen Verhältnisse an. Sehr treffend zeichnet dies Zintgraff in seinem jüngst erschienenen Werke „Nordkamerun". Freilich giebt es schneidige junge Herren, die, unmittelbar aus Europa kommend, nicht begreifen können, daß sie von den Eingeborenen nicht alsbald als Pioniere europäischer Bildung, als Vertreter Seiner Majestät des Kaisers und der deutschen Nation mit lauter Freude und pflichtschuldigster Ehrerbietung, und womöglich gleich auch mit dem richtigen Amtstitel begrüßt werden. Dann erfolgt die beliebte

Züchtigung, deren pädagogische Ursache und Berechtigung dem Gezüchtigten oft ein vollständiges Räthsel bleibt.

Entsprechend dem wirthschaftlichen Werth, den die Colonien darstellen, sollte man eigentlich annehmen, daß der Kaufmann dort die Rolle zu spielen berufen sei. Leider ist in unseren Colonien fast durchgängig das Gegentheil der Fall: der Kaufmann wird gewissermaßen von den Beamten dort gnädigst geduldet und rangirt mit dem Eingeborenen auf ungefähr derselben Stufe, denn er ist ja nicht von Amtswegen da und giebt meist nur zu unliebsamen Schreibereien und Arbeiten Anlaß. Die Stellung der Kaufleute, unserer Unternehmer, ist aber einer derjenigen Punkte, der am dringendsten der Abhülfe bedarf. Der erste Schritt, der hier zur Besserung unternommen werden muß, ist die Ausmerzung des geradezu unerträglich gewordenen Kastengeistes in den Colonien; derselbe feiert heute in den deutschen Colonien weit größere Triumphe wie in seinem Heimathlande Indien und China. Beamte, Officiere und Kaufleute arbeiten nicht mit einander, sondern gegen einander.

Wir haben heute nicht wirthschaftliche, sondern administrative Colonien, in denen ein mit wenigen Ausnahmen anmaßender Beamtenstand, nur seine eigenen persönlichen Interessen im Auge haltend, dem Kaufmanne das Leben draußen sauer macht, das Capital vor Unternehmungen zurückschreckt, durch zahllose polizeiliche Ge- und Verbote die Colonisten und Unternehmer wie unmündige Kinder behandelt und Europäer und Eingeborene verbittert.

Rechtsschutz und Sicherheit von Person und Eigenthum sind die Hauptpflichten, welche die Regierung draußen zu erfüllen hat. Nie war die Unsicherheit in unseren afrikanischen Colonien größer wie unter dem System Caprivi. Die Zeiten unter arabischer Herrschaft in Ostafrika waren im Vergleich zu den heutigen für den Kaufmann, Händler und Forschungsreisenden goldene. Sie fühlten sich ohne die amtliche Bevormundung als Menschen. Das deutsche Ansehen hat unter diesen Umständen naturgemäß sehr gelitten.

Es sind begründete Hoffnungen vorhanden, daß alle diese Uebelstände nunmehr abgestellt werden, und daß man in Regierungskreisen die Nachtheile des bisherigen Vorgehens voll erkannt hat, verantwortungsvolle Beamten in denjenigen Kreisen wählt, welche als die erfahrensten auch als die geeignetsten gelten müssen. Vor allen Dingen aber scheint es, daß man die deutschen Colonien von Amtswegen nicht mehr als eine Bürde, sondern als einen wichtigen wirthschaftlichen Factor zu behandeln gesonnen ist, was wir nur mit lebhafter Freude begrüßen können.

Uns scheint, daß der Kaufmann in den Colonien immer mehr in den Hintergrund tritt. Fürst Bismarck hat als Kanzler vom Anfang der Colonialpolitik an den Standpunkt vertreten, daß die Kaufleute vor Allem in den Colonien Berücksichtigung und Förderung finden sollten, und daß die Ausdehnung der politischen Machtsphäre hauptsächlich der colonisatorischen Thätigkeit der deutschen Kaufleute folgen sollte. Aber der

frühere Kanzler hat gegen den Widerstand der militairischen Ministercollegen, des Kriegs- und des Marineministers, seinen Plan der colonialen Organisation nicht durchsetzen können. Dadurch sind die jetzigen auf bureaukratischen und militairischen Uebergriffen beruhenden Uebelstände möglich geworden.

* * *

In derselben Nummer wird über Festvorbereitungen berichtet:

Die verabschiedeten Generale in allen deutschen Bundesstaaten werden dem Fürsten Bismarck eine gemeinsame Glückwunschkundgebung übermitteln. Der Urheber dieses Schrittes ist der General von Reuthe-Fink. — Auch die Halberstädter Cürassiere, deren Chef bekanntlich Fürst Bismarck ist, werden am 1. April in Friedrichsruh durch eine Abordnung vertreten sein. Graf Klinckowstroem, der Commandeur des Regiments, ist vor einigen Tagen in dieser Angelegenheit vom Fürsten empfangen worden. — In Magdeburg werden auf Veranlassung des Magistrats am 1. April Mittags sämmtliche Vereine und Deputationen von Schulen sich auf dem Alten Markt versammeln, wo der Bürgermeister Born eine Ansprache halten wird. Am Abend findet ein officieller Commers statt, an dem die Spitzen der Behörden Theil nehmen. Landgerichtsdirector Schneider wird die Festrede halten. Der Magistrat hat zur Bismarck-Feier 1300 Mark bewilligt. — In Danzig hat am Mittwoch eine von Mitgliedern der verschiedensten Parteien zahlreich besuchte Versammlung über die Bismarck-Feier berathen. Es wird für den 31. März ein Commers geplant. Die Festrede auf den Fürsten in seiner Eigenschaft als Mitbegründer des Reiches wird Prediger Mannhardt halten, während Oberpräsident von Goßler im Falle seines Erscheinens, auf welches bestimmt gerechnet wird, das Hoch auf den Kaiser ausbringen wird. Ausdrücklich und einstimmig wurde festgestellt, daß weitere Reden nicht gehalten werden dürfen. — In der Provinz Posen wird in allen deutschen Kreisen über eine würdige Gestaltung der Feier berathen. In Tremessen ist eine Betheiligung aller deutschen Vereine an einem Festcommers gesichert, in Gnesen war die zur Beschlußfassung über das Festprogramm einberufene Versammlung von 300 Personen besucht. Auch hier beschloß man einen Festcommers abzuhalten. — Die „Getreuen von Elbing" haben beschlossen, den 1. April durch einen großen allgemeinen Bismarck-Commers zu feiern. Auch zu dem bevorstehenden Geburtstage werden die „Getreuen" dem Fürsten wieder eine Adresse widmen, welche durch den Kirchenmaler Bornowski besonders kunstvoll ausgestattet wird. — In Kreuznach bewilligten die Stadtverordneten für einen Bismarck-Brunnen 20000 Mark. Ein freisinniges Mitglied, das nur bis 5000 Mark gehen wollte, enthielt sich der Abstimmung. Mit der Mehrheit stimmte auch ein hervorragendes Mitglied der Centrums-

partei. — Im Neuen Theater zu Leipzig wird am 1. April Schillers „Tell“ mit Friedrich Mitterwurzer als Festvorstellung gegeben. Ein besonderer Prolog wird der Bedeutung des Tages gerecht werden. — Wie in der gestrigen Sitzung des Magistrats von München mitgetheilt wurde, ist vom Fürsten Bismarck aus Friedrichsruh d. d. 6. März folgendes Schreiben an den ersten Bürgermeister Borscht, der ihm über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt amtliche Mittheilung gemacht hatte, eingetroffen:

Euer Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 2. d. Mts. habe ich mit verbindlichstem Dank erhalten. Die Verleihung des Bürgerrechts der Haupt- und Residenzstadt München gereicht mir zur hohen Ehre, und ich werde mich sehr freuen, den Besuch der Herren Vertreter der Stadt am 2. k. Mts. zu empfangen. v. Bismarck.

* * *

Zu dem oben erwähnten Beschluß der Berliner Stadtverordneten vom 14. März bemerkt die „Nat.-Ztg.“:

„Das ist ein Scandal ohne gleichen. Die Berliner freisinnigen Bezirksvereinsgrößen, welche den Socialdemokraten halfen, einen derartigen Beschluß zu fassen, haben die deutsche Hauptstadt vor aller Welt lächerlich gemacht. Es ist höchst bedauerlich, daß in den Parlamenten einzelne Parteien bei diesem Anlaß den Gegensatz der Tagespolitik nicht zurückzustellen vermögen; in der Stadtverordneten-Versammlung aber durften sie gestern überhaupt nicht in Betracht kommen — selbstverständlich die Socialdemokratie immer ausgenommen. Fürst Bismarck ist durch Beschluß der städtischen Behörden Ehrenbürger von Berlin, dazu ernannt, weil in Folge seine politischen Thaten Berlin zur Hauptstadt des Deutschen Reiches geworden. Und diesem Ehrenbürger Berlins verweigert die Mehrheit der Berliner städtischen Vertretung einen Glückwunsch! Haben sich etwa für die Stadt die Erwartungen nicht erfüllt, welche auf die Erhebung Berlins zur deutschen Hauptstadt gesetzt wurden? Diese Frage wird am wenigsten die Mehrheit der Stadtverordneten verneinen wollen. Sie hat, um politischer Feindseligkeit zu fröhnen, eine ihr als communale Vertretung obliegende Ehrenpflicht nicht nur verletzt, sondern verhöhnt. Die Berliner Bevölkerung wird sich das nicht gefallen lassen!“

* * *

Ueber Festvorbereitungen liegen am 16. März folgende Nachrichten vor:

In Simmern (Regierungsbezirk Coblenz) erbat sich in der letzten Sitzung des Kreistages im vorigen Monat der Landrath die Ermächtigung, dem Fürsten Bismarck eine Blumenspende namens des Kreistages zum 1. April zusenden zu dürfen. Der Kreistag ertheilte einstimmig seinem Vorsitzenden einen dahingehenden Auftrag. Demzufolge wird am 1. April dem Fürsten

ein geschmackvolles Blumenarrangement zugestellt werden, welches auf zwei weißseidenen Schleifen in einfacher schwarzer Schrift die Widmung trägt: „Dem Fürsten Bismarck. Der Kreistag des Kreises Simmern. 1. IV. 1895." — In die Deputation, welche den Ehrenbürgenbrief der sächsischen Städte mit revidirter Städteordnung anläßlich des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck überreichen wird, sollen aus jeder sich betheiligenden Stadt zwei Vertreter gewählt werden. Außer dem Bürgermeister soll je ein Mitglied des Stadtverordneten-Collegiums an der Ueberreichung theilnehmen. Es wird somit, da die Anzahl der in Frage kommenden Städte 72 ist, die Deputation eine Stärke von 144 Personen haben. Bezüglich des Tages der Ueberreichung soll nähere Weisung noch abgewartet werden. — Aus Würzburg a. M. wird am 13. März geschrieben: Unter dem Vorsitze des ersten Bürgermeisters Hofrath Dr. Städle berieth gestern das Comité über die Art und Weise der Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck. Ueber zwanzig Vereine waren vertreten. Am Abend des 1. April ist ein großes Festbankett mit Musik- und Gesangsvorträgen geplant.

* * *

Aus Wien wird berichtet:

Die bereits erwähnte Adresse, welche aus Innsbruck an den Fürsten Bismarck abgesendet werden wird, ist künstlerisch ausgestattet. Sie trägt an der Spitze ein Landschaftsbild, die Stadt Innsbruck von der Südseite mit den umliegenden Bergen; darunter den Tiroler Adler, rechts das Wappen des Fürsten Bismarck und links das Wappen der Stadt Innsbruck.

* * *

Am 17. März schickt Fürst Bismarck dem württembergischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Mittnacht folgenden Glückwunsch zum 80. Geburtstage:

> Erlauben Sie, verehrter Freund, daß ich kurz bevor ich die Siebziger verlasse, Ihnen zum Eintritt in das achte Jahrzehnt von Herzen Glück und Gesundheit wünsche.
>
> v. Bismarck.

* * *

Am 18. März verlautet über die Bismarckfeier:

Wie man den „Leipz. Neuest. Nachr." aus Lugano schreibt, werden die dortigen Deutschen am 1. April auf dem Gipfel des Monte Salvator eine Bismarck-Feier veranstalten. — Aus Rudolstadt wird gemeldet, daß nach einer Bestimmung des Fürsten am 1. April der Verdienste des Fürsten Bismarck um die Wiederaufrichtung des Reiches in allen Schulen mit einer Ansprache gedacht werden soll. — Der Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken wird dem Fürsten

Bismarck eine Adresse zu seinem 80. Geburtstage übersenden. Die künstlerisch ausgeführte Adresse wird unter anderem mit dem Wappen der Provinzen Posen und Westpreußen und Darstellungen der Wacht an der Weichsel und Warthe geschmückt sein. — In Myslowitz findet am 31. März ein Commers statt, an dem die Spitzen der Behörden, die Vorstände der Vereine, die Kriegervereine in corpore und zahlreiche andere Bürger Theil nehmen werden. Am 1. April Abends wird an der etwa 20 Minuten von dort entfernten „Drei Kaiser-Ecke“ auf einem weithin sichtbaren Hügel, an dessen Fuße die Grenzen Deutschlands, Oesterreichs und Rußlands zusammenstoßen, ein großes Freudenfeuer abgebrannt werden. — In Halle a. S. hat am 13. März eine Anzahl von Rectoren deutscher Universitäten über die beabsichtigten akademischen Bismarck-Ehrungen Berathung gepflogen.

* * *

Dem Fürsten geht aus Mergelstetten in Württemberg folgendes Telegramm zu:

„Durchlaucht Fürst Bismarck! Vor zehn Jahren erlaubten sich sieben Altersgenossen eines schwäbischen Dorfes, ihrem berühmten Altersgenossen zum 70. Geburtstag ihre Glückwünsche zu übermitteln und empfingen hierauf von Ew. Durchlaucht die freudige Kunde, daß sie den Austausch der Begrüßung wiederholen möchten, ‚wenn wir acht Achtziger sein werden‘. Dieser prophetische Wunsch ist gottlob insofern in Erfüllung gegangen, daß immerhin noch vier von den hiesigen sieben siebziger Altersgenossen heute mit bewegtem und glücklichem Herzen Ew. Durchlaucht ihre innigsten und ehrfurchtsvollsten Glückwünsche auch als Achtziger darbringen können, und werden sie bei der am 1. April hier stattfindenden Festversammlung patriotischer Einwohner auf das Hoch des gefeierten Altreichskanzlers ihr Glas leeren. Im Namen der vier noch lebenden Altersgenossen

Hofkunstfärber Neunhöffer.“

Darauf antwortete der Fürst:

Ich danke herzlich für zehnjährige Ausdauer, habe aber nicht den Muth, mich auf neue zehn Jahre zu verpflichten.

v. Bismarck.

* * *

Der emeritirte Lehrer Lehmann in Brück bei Belzig hatte in einem Brief vom 16. März den Fürsten an eine Wählerversammlung aus dem Jahre 1848 im Dorfe Barnewitz erinnert, auf der der Fürst gesprochen hatte. Auf diesen Brief antwortete der Fürst am 19. März:

Friedrichsruh, 19. März 1895.

Ew. Wohlgeboren danke ich verbindlichst für Ihr freundliches Schreiben vom 16. d. M., das mir den von Ihnen geschilderten Vorgang in der

Barnewitzer Schule, an den ich mich sehr wohl erinnere, aufs Neue ins Gedächtniß gerufen hat! v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ stellen am 19. März (A.-A.) folgende Betrachtung an: Nach unseren Wahrnehmungen glauben wir, daß Fürst Bismarck den Lohn für seine Thaten zunächst im eigenen Bewußtsein und dann im Danke des deutschen Volkes findet, der ihm gerade jetzt wieder in so reichem Maaße abgestattet werden soll. Wenn der erste Kanzler außerdem eine Bestätigung der Richtigkeit der Wege bedürfte, die er gewandelt ist, so würde sie sich in dem unauslöschlichen Hasse darbieten, der ihm auch jetzt noch von denjenigen Parteien entgegengebracht wird, die früher als Reichsfeinde bezeichnet wurden und deren Widerstand Fürst Bismarck während seiner Amtsdauer unablässig zu bekämpfen gehabt hat. Wir rechnen dazu außer den Polen, Dänen, Elsässern und Welfen vor allen die Socialdemokraten und die Ultramontanen. Ihr fortdauernder Haß gegen den Fürsten Bismarck bildet eine fortgesetzte Anerkennung des Erfolges der Politik, die Fürst Bismarck als Kanzler und Minister geführt hat. Wir glauben, daß ihm die Ausbrüche dieses Hasses eine Genugthuung bereiten, die im geraden Verhältnisse zu der Steigerung der clerical-demokratischen Angriffe steht. Unter diesem Gesichtspunkte theilen wir nachstehend einige Proben des Aergers mit, in welchen die ultramontane und socialdemokratische Presse durch die umfassenden Vorbereitungen versetzt worden ist, die zur Feier des 80. Geburtstages des ersten Kanzlers getroffen werden. Die Kaplanspresse mag den Vortritt haben. In deren Organen, z. B. im „Mainzer Journal“, im „Bocholter Volksblatt“, das sich auch „Amtlicher Anzeiger der Bürgermeisterei Bocholt“ nennt, liest man:

„Die schönste und zutreffendste Ehrung hat dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstage die Berliner Schlächter-Innung erwiesen, indem sie ihn zu ihrem Ehrenmitgliede ernannte. Auf eine vorher an ihn gerichtete Anfrage erklärte er sich damit einverstanden, zweifellos in dem richtigen Gefühle, daß er dort an seinem Platze sei. In der That, zu den Schlächtern gehört der Mann, dessen Blut und Eisen-Politik so viele Tausende — nicht Thiere, sondern Menschen — in zwei Kriegen auf die Schlachtbank geliefert hat!“

Das leitende socialdemokratische Blatt, der „Vorwärts“, aber erreicht, wie sich's gebührt, den Gipfel des Hasses mit folgenden Sätzen:

„Zum nationalen Narrentag rüsten sich die nationalen Narren, wie weiland die Hexen zur Walpurgisnacht auf dem Besenstiel. Sie schreien, saufen, radauen und schimpfen — schimpfen auf alles, was den Rummel nicht mitmachen will; auf Berlin, das gottlose, das vor dem heiligen Blut und Eisen-Mann sich nicht in den Schmutz beugen will, auf Caprivi (?), der nicht so gefällig war, zu Bismarck's Ehren sich auf Depeschenfälschung und sonstige

säculare Hallunkereien zu verlegen; und auf den Reichstag, der sich weigert, den nationalen Narrentag mitzumachen. — Nun sie werden noch lauter zu schimpfen haben. Für Gelegenheit werden wir sorgen."

* * *

Aus München wird den „Hamb. Nachr." geschrieben:

Zu denjenigen Städten Bayerns, welche den Fürsten Bismarck nicht zum Ehrenbürger ernannt haben, gehören Nürnberg, Landstuhl, Würzburg und Erlangen, Städte, in denen das Centrum oder die Socialdemokraten in der Gemeindebehörde die Mehrheit bilden. Hierzu ist in der letzten Zeit auch noch Kaiserslautern getreten. In diesen Tagen sollte nun in Kaiserslautern ein Kriegerfest abgehalten werden. Nachdem der Beschluß der Gemeindebehörde aber bekannt geworden war, weigerten sich die früheren Soldaten, welche den Feldzug 70/71 mitgemacht hatten, in eine Stadt zu kommen, wo man so wenig nationalen Sinn an den Tag gelegt hatte.

* * *

Aus Dresden wird den „B. N. N." am 21. März gemeldet, daß auch der König von Sachsen beabsichtige, dem Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstag einen Beweis besonderer persönlicher Wohlgeneigtheit zu geben und zu diesem Behufe an einem der letzten Märztage in Friedrichsruh einzutreffen. — Magistrat und Gemeinderath von Meiningen haben den Fürsten Bismarck einstimmig zum Ehrenbürger der Residenzstadt ernannt. — Die Stadt Darmstadt giebt zur Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck ein Festbankett im Saalbau. Vormittags finden Feiern in den Schulen statt; um 10 Uhr werden die Schulen geschlossen. Auf den Thürmen werden die Glocken geläutet. Am Tage zuvor wird eine Vorfeier seitens des nationalliberalen Vereins veranstaltet. — Zu den Regimentern, welche den Fürsten am 1. April ihre Glückwünsche abstatten werden, gehört außer dem Cürassier-Regiment von Seydlitz (Magdeburgisches) Nr. 7, dessen Chef der Fürst ist, auch das Ulanen-Regiment von Schmidt (1. Pommersches) Nr. 4, in dem der Fürst Dienste gethan hat. Im Frühjahr 1843 erbat sich nämlich Herr von Bismarck von seinem Landwehr-Bataillon (1. Bataillon Stargard 9. Landwehr-Regiments), die Erlaubniß, bei dem 4. Ulanen-Regiment, das damals in Treptow und Greifenberg in Pommern in Garnison lag, eintreten und einige Monate Dienste thun zu dürfen.

* * *

Unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck und das Centrum" schreiben die „Hamb. Nachr." am 22. März (A.-A.):

Die „Germania" war durch einige Bemerkungen der „Hamburger Nachrichten" derart in Aufregung gerathen, daß nicht viel an der Behauptung fehlte, wir hätten durch unsere „Provocation" die Theilnahme des Centrums

an der Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck unmöglich gemacht. Wir haben die Ausbrüche des clericalen Blattes nicht für tanti gehalten, etwas darauf zu erwidern; wir thun dies auch heute nicht, wollen aber die Glossen hier folgen lassen, mit denen die „Nat.-Lib. Corr." die „Entrüstung" der „Germania" begleitet. Das nationalliberale Fractionsorgan schreibt:

„Im ultramantanen Lager hat man wirklich geglaubt, Fürst Bismarck sei von der Weigerung des Centrums, ihn zu seinem Geburtstage zu beglückwünschen, unangenehm berührt. Die „Germania" bezeugt das, indem sie anläßlich einiger Bemerkungen der „Hamburger Nachrichten" eine Gemüthsverfassung bekundet, wie sie ein weibliches Wesen, das spröde gewesen zu sein vermeint und erfahren muß, daß es gar nicht umworben war, nur mit einer Selbstbeherrschung, die der „Germania" offenbar nicht eigen ist, zu verbergen vermag. Diese Enttäuschung hat das Centrum sich ganz allein zuzuschreiben; von den Befürwortern einer parlamentarischen Ehrung des Fürsten sind die Widerstrebenden nicht im Zweifel darüber gelassen worden, daß es sich nicht darum handeln könne, dem großen Altkanzler eine Auszeichnung zu Theil werden zu lassen, oder gar eine Kränkung zu ersparen, sondern um die Wahrung der Ehrung des Reichstages vor In- und Ausland, vor Mit- und Nachwelt. Daß Fürst Bismarck, wie die „Hamburger Nachrichten" sagten, den Lohn für seine Thaten im eigenen Bewußtsein und im Danke des deutschen Volkes findet, der ihm jetzt wieder in so reichem Maaße abgestattet werden soll, hätten sich übrigens die Psychologen des Centrums selbst sagen können. Die Germania sieht allerdings nur eine „Minderheit" der Nation dem Fürsten den Dank zollen, wahrscheinlich, weil die politischen Riesengestalten der Lieber und Fusangel ihr das Gesichtsfeld verengen. Nun, wir haben in Köln, Xanten, München, Regensburg und zahllosen anderen Orten gesehen, daß Centrumsangehörige in der Angelegenheit der Bismarckfeier sich in Widerspruch mit ihrer Reichstagsfraction gesetzt haben, das Gleiche geschah und geschieht in den Kreisen der Volkspartei; selbst ein Socialdemokrat mußte seines Charakters als Genosse entkleidet werden, weil er es an Gesinnungstüchtigkeit gegenüber dem „verkrachten Reichsgründer" hatte fehlen lassen; aus den Reihen der „Cartellparteien" hingegen ist nicht eine Stimme des Protestes gegen die von ihnen geplanten Kundgebungen laut geworden, und der antike Römer in Charlottenburg, der sich lieber die Hand des Stadtverordnetenvorstehers abhaute, als daß er eine Glückwunschadresse an den Verdienstvollsten seiner Nation unterzeichnete, wird von den Zeitgenossen ohne Unterschied der Parteistellung — ausgelacht. Die Mehrheit des deutschen Volkes steht demnach nicht auf der Seite, von der aus sich der Aerger der Germania mißtönig aber unschädlich Luft macht."

Die Münchener „Allg. Ztg." schreibt in gleicher Sache:

„Es ist charakteristisch, daß die ultramontane Presse selber ein gewisses

Bedürfniß fühlt, ihr Verhalten gegenüber dieser vaterländischen Angelegenheit (der Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck) zu motiviren. Sie greift daher begierig nach allem, was in dieser Beziehung Dienste leisten kann, und findet da zum Glück einen Artikel der ‚Hamburger Nachrichten‘, in welchem ein sehr sympathisches Charakterbild des Freiherrn von Schorlemer-Alst entworfen wird, wobei allerdings Windthorst als wirksame Folie dient.

„Das ehrliche Centrumsorgan verschweigt natürlich, daß die Entscheidung der Fraction schon gefallen war, als dieser Artikel zu seiner Kenntniß gelangte; es ist so angenehm, den Entrüsteten, den Beleidigten spielen zu können, der zu allem Entgegenkommen bereit gewesen wäre rc. rc., wenn man ihn nicht in seinen heiligsten Empfindungen so schnöde gekränkt hätte. Man sieht, im ultramontanen Lager, wo der Patriotismus seinen Preis hat, war auch für eine eventuelle Betheiligung an einer Bismarck-Ehrung schon die Mindesttaxe festgesetzt: die nationale Heiligsprechung des Herrn Windthorst. Da darf man sich in der That glücklich schätzen, daß aus dem Handel nichts geworden ist. Dem Fürsten Bismarck ist der Haß der Herren vom Centrum und von der Socialdemokratie ja nichts Neues, er wird ihm auch zu seinem 80. Geburtstag keine Ueberraschung sein.“

Französische Blätter melden übrigens, der Papst habe die Absicht, dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstag seine Glückwünsche zu senden. Wenn sich diese Nachricht, die wir nicht controliren können, die aber immerhin eine gewisse Wahrscheinlichkeit besitzt, bestätigt, so würde, wie die „Berl. Neuest. Nachr.“ bemerken, in dem Verhalten des Papstes eine so beschämende Kritik des Centrums liegen, wie sie deutlicher sich kaum aussprechen ließe.

Bei dieser Gelegenheit erscheint übrigens der Abdruck des päpstlichen Schreibens angezeigt, mit welchem vor nahezu einem Jahrzehnte die Verleihung des Christus-Ordens an den Fürsten Bismarck durch Leo XIII. erfolgte, bekanntlich die höchste Auszeichnung, die der Papst zu vergeben hat. Das Original dieses Schreibens war in lateinischer Sprache abgefaßt. Die Uebersetzung wurde vom „Reichsanzeiger“ wie folgt wiedergegeben:

Papst Leo XIII. entbietet dem ausgezeichneten Manne, dem Fürsten Otto Bismarck, dem großen Kanzler des Deutschen Reiches, seinen Gruß.

Nachdem nach den von Uns betreffs der Carolinen-Inseln vorgeschlagenen Bedingungen ein günstiges Uebereinkommen getroffen worden ist, haben Wir dies hocherfreut dem erhabenen Kaiser Deutschlands angezeigt. Aber ebendieselben Gefühle wollen Wir auch Ihnen gegenüber zum Ausdruck bringen, durchlauchtigster Fürst, auf dessen Urtheil und Veranlassung die Beilegung jenes Streites Uns übertragen wurde.

Ja, Wir bekennen es offen, wie es thatsächlich der Fall ist, daß, wenn verschiedene Schwierigkeiten bei Abwickelung dieser Angelegenheit zu überwinden waren, die Erledigung derselben Ihrem Eifer und Ihrer Beharrlichkeit zu-

zuschreiben ist, der Sie von Anfang an bis zu Ende Unserer Bemühung beständig entgegengekommen sind. Daher bezeugen Wir Ihnen eine dankbare Gesinnung, daß besonders auf Ihren Rath Uns die Gelegenheit geboten worden ist, eines so edlen, der Eintracht dienenden Amtes zu walten, das zwar für den Apostolischen Stuhl kein neues, aber in langem Zeitraume vergeblich gewünscht worden ist, obwohl es fast nichts giebt, was dem Geiste und der Natur des römischen Pontificates so durchaus entspräche. Sie sind Ihrem eigenen Urtheil frei gefolgt und haben, indem Sie die Sache der Wahrheit gemäß und nicht nach der Meinung anderer abschätzten, kein Bedenken getragen, Unserem Wohlermessen Vertrauen zu schenken. Hierbei steht Ihnen die offene oder stillschweigende Billigung unparteiischer Männer zur Seite, namentlich diejenige aller Katholiken des Erdkreises, welche sich hochgeehrt fühlen müssen über die ihrem Oberhirten erwiesene Ehre. Ihre Staatsweisheit hat es vornehmlich zu Stande gebracht, Deutschland eine solche Größe zu verschaffen, wie die ganze Welt sie unumwunden anerkennt.

Aber keineswegs ist es Ihrer Weisheit entgangen, wieviel sittliche Kraft zur Wiederherstellung des gestörten Einvernehmens der Staaten die Macht besitzt, welche von Uns geführt wird, besonders wenn sie nach Hinwegräumung aller Hindernisse frei handelt. Möge sich danach die Zukunft gestalten,* und in dem was geschehen ist, ein günstiges Vorzeichen erblicken. Damit Sie von Uns ein Zeugniß haben sowohl dessen, was geschehen ist, als auch, wie gern Wir bereit gewesen sind, Unseres Amtes zu walten, ernennen wir Sie durch dieses Schreiben zum Ritter des Christus-Ordens. Die Insignien haben wir Ihnen zusammen mit diesem Briefe übermitteln lassen. Zum Schluß begleiten Wir Sie mit Unserem Segenswunsche.

Gegeben zu Rom bei Sanct Peter am 31. December 1885, im achten Jahre unseres Pontificats (m. p.) Leo P. XIII.

* * *

Im Anschluß hieran schreiben die „Hamb. Nachr." am 23. März (M.-A.):

Aus der Vergangenheit. Wir haben gestern das Schreiben reproduciert, mit dem Leo XIII. im Jahre 1885 die Verleihung des höchsten päpstlichen Ordens an den Fürsten Bismarck begleitete, auf dessen Veranlassung ihm die Entscheidung in der Carolinenfrage übertragen worden war. Da diese politische Maßregel immer wieder irriger Beurtheilung unterliegt, halten wir es für angezeigt, durch wiederholte Vorführung der damaligen Sachlage zu beweisen, daß Fürst Bismarck, indem er dem Papste die Entscheidung in dem Conflicte mit Spanien zuwies, nicht nur kein nationales Interesse verletzt, sondern den ganz besonderen Dank des Vaterlandes verdient hat.

Spanien hatte damals seine erst sieben Jahre alte Erklärung, daß ihm

die Carolinen nichts angingen, einfach abgeleugnet; die spanische Presse hatte Deutschland mit den empörendsten Invectiven überschüttet, auf den Carolinen war die deutsche Flagge widerrechtlich niedergeholt und beschimpft worden, von dem deutschen Gesandtschafts-Hôtel in Madrid hatte der fanatische Pöbel das Schild abgerissen — genug, es lag der schönste Kriegsgrund für uns vor. Die Landung einer spanischen Flotte an der Nordseeküste stand nicht in Aussicht, aber unserer Marine war eine ihr höchst erfreuliche Gelegenheit geboten, ihre Geschütze an den spanischen Häfen zu probiren, spanische Schiffe zu vernichten, kurz und gut, die Gelegenheit zu einer auch für die inneren Angelegenheiten nicht unangenehmen auswärtigen Diversion in Gestalt eines Bombardements der Küstenplätze des wortbrüchigen und insolenten Spaniens war günstig und verlockend. Aber bei der Hartnäckigkeit der Spanier und bei der Schwierigkeit einer Landung in Spanien und eines schließlichen Marsches auf Madrid wäre der Krieg immerhin eine zweifelhafte Sache gewesen; er hätte außerdem die Handelsverbindungen mit Spanien unterbrochen und sie auf lange Jahre durch die Erbitterung der Spanier über das deutsche Vorgehen erheblich geschädigt. Ein solcher Krieg wäre eine Unternehmung wie die napoleonischen Kriegszüge nach Mexiko u. s. w. gewesen.

Für Kaiser Wilhelm I. würde es nicht unerwünscht gewesen sein, seine Marine an der Arbeit zu sehen, und er würde ohne Zweifel den Befehl hierzu erteilt haben, wenn ihm die Ehrenfrage im Conflicte mit Spanien irgendwie in einem scharfen Lichte dargestellt worden wäre. Für einen Minister, der das Bedürfniß gehabt hätte, seine inneren Schwierigkeiten durch auswärtige Verwickelungen zu erleichtern, wäre es also außerordentlich bequem und eine berechtigte Gelegenheit gewesen, auf Kosten des spanischen und wenn man will des deutschen Volkes die Gemüther des letzteren chauvinistisch zu beschäftigen. Daß unser Handel mit Spanien auf ein Menschenalter unterbrochen worden wäre, konnte einem solchen Minister gleichgültig sein. Wir halten es somit für eine der dankenswertesten Leistungen des Fürsten Bismarck, daß er dieser Versuchung zu einem ungefährlichen und ruhmreichen maritimen Vorgehen widerstanden und sich den Excessen des spanischen Pöbels gegenüber benommen hat, wie der Commandant einer überlegenen Truppe, der von der Straßenmente mit Schmutz beworfen wird.

Wir kommen nun zu dem Vorwurfe, daß Fürst Bismarck in dieser spanischen Episode das päpstliche Arbitrium nachgesucht hat. Wir glauben, daß durch diesen Schachzug, wie das volksthümliche Sprichwort sagt, zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen wurden. Das Papstthum ist eine unabhängige politische Macht, gerade so

wie Holland oder Schweden, und hätte man eine der beiden letzteren zum Schiedsspruch angerufen, so würde auch der nationalste und protestantischste Deutsche nichts dagegen gehabt haben, wenn er unseren Darlegungen über die Unzweckmäßigkeit eines deutsch-spanischen Krieges, wie wir voraussetzen, zustimmte. Wir wollen davon absehen, ob Spanien das Arbitrium einer protestantischen Macht acceptirt, ob es uns nicht dennoch genöthigt hätte, unser Recht militairisch zu nehmen und uns auf diese Weise den entlegenen Staat, der sonst mit uns keine Rivalitäten hat, dauernd zum Feinde zu machen. Der Papst war eine Autorität, der auch der exaltirteste Spanier sich fügt, und da es der deutschen Politik darauf ankam, die Möglichkeit eines unerwünschten und schädlichen Krieges aus der Welt zu schaffen, so glauben wir, war es geschickt von ihr, daß sie den Papst zum Schiedsrichter wählte. Außerdem war der Papst für unsere inneren confessionellen Angelegenheiten immerhin eine Potenz, deren Wirksamkeit gegenüber den inländischen Jesuiten ins Gewicht fiel, und ihn durch eine Huldigung für seine hohe Stellung und seinen persönlichen Charakter für uns in bessere Stimmung zu versetzen, war für einen deutschen Minister, wenn er es vernachlässigte, ein Fehler, und wenn er es that, nicht zu tadeln.

Mit noch stärkerem Rechte wie die Verhütung des spanischen Krieges hätte man diejenige des Krieges mit Nord-Amerika wegen Samoa der deutschen Politik zur Last legen können. Auch in diesem Falle war die öffentliche Meinung in einem Staatswesen, das stärker ist wie Spanien, in ungerechter Weise gegen uns aufgestachelt worden, sie konnte durch eine schroffe, wenn auch berechtigte Haltung Deutschlands leicht überkochen, und auch da fand das französische Sprichwort Anwendung: le jeu n'en vaut pas la chandelle. Ein von uns nicht provocirter Krieg mit Nord-Amerika wäre in den inneren Verhältnissen Deutschlands für eine Regierung, wenn sie reactionär war, vielleicht nützlich gewesen; aber die deutsche Regierung hat damals nach dem vom Fürsten Bismarck stets vertretenen Grundsatz gehandelt, daß, wenn man einen Krieg führe, man nach Beendigung desselben noch in der Lage sein müsse, nachzuweisen, daß trotz aller inzwischen gebrachten Opfer der Krieg dennoch im Interesse des Landes gelegen habe.

Wir ersehen gerade jetzt wieder aus zahlreichen öffentlichen Kundgebungen anläßlich des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes Dankbarkeit für die Politik des ersten Kanzlers besteht; um so mehr möchten wir darauf hinweisen, daß dieselbe sich auch auf die Verhütung von Kriegen erstrecken muß. Es ist Thatsache, daß bei der Rückkehr unserer Truppen aus Frankreich die allgemeine Meinung auch bei uns vorherrschte, daß wir in mindestens fünf

und spätestens zehn Jahren einen neuen großen Krieg und zwar nicht mit Frankreich allein zu führen haben würden. Niemand hat geglaubt, daß wir nach 1870/71 zwanzig Jahre Frieden haben würden. Wir möchten den Kritikern des päpstlichen Schiedsspruches in der Carolinensache die Frage stellen, ob diese Leistung des Leiters der deutschen Politik, deren Wirkung uns, wir glauben auch heute noch, den Frieden erhält, nicht auch einiges Dankes werth wäre. Innerhalb der Leistungen des Fürsten Bismarck für die Erhaltung des Friedens aber spielt die Behandlung der Carolinenfrage und namentlich deren Beilegung durch den Papst für jeden, der in die europäische Diplomatie eingeweiht ist, eine sehr bedeutende Rolle.

* * *

Zur Bismarckfeier wird in derselben Nummer berichtet:

Aus Gotha wird gemeldet, daß der Herzog für die Schulen und Lehranstalten der Herzogthümer Koburg und Gotha am 1. April zu Ehren des Fürsten Bismarck Schulfeierlichkeiten angeordnet hat. Die Städte Waltershausen und Ohrdruf haben dem Fürsten Bismarck das Ehrenbürgerrecht verliehen. — Aus Greiz wird der „Kreuz-Ztg." geschrieben: Die Ausführung des hier geplanten Bismarck-Denkmals, einer Kolossalbüste des Altreichskanzlers, ist dem Bildhauer Br. Kruse übertragen worden. Die Büste selber wird 1,30 Meter hoch, das Denkmal sammt dem Sockel ungefähr 4 Meter. Die Büste und ein großer Eichenkranz an den Stufen werden in Bronze ausgeführt. Die Grundsteinlegung erfolgt am 1. April, die Enthüllung hofft man am 2. December vornehmen zu können.

* * *

Dem Oberbürgermeister Geheimen Regierungsrath Jäger in Elberfeld schreibt Fürst Bismarck:

Friedrichsruh, 23. März 1895.

Durch Verleihung des Bürgerrechts von Elberfeld, mit dem mich alte Erinnerungen an die erste norddeutsche Reichstagswahl verbinden,[1]) fühle ich mich hochgeehrt und bitte Euer Hochwohlgeboren und die Stadt, für die Auszeichnung meinen verbindlichsten Dank und meine herzlichen Wünsche für das fernere Gedeihen aller Elberfelder Gewerbe entgegenzunehmen. v. Bismarck.

---

[1]) Bismarck war in Elberfeld in den Norddeutschen Reichstag gewählt worden. Der Brief, den er damals dem Oberbürgermeister Geh. Regierungsrath Lischke schrieb, hat kürzlich H. von Poschinger im 2. Bande seines Bismarck-Portefeuille zum erstenmal veröffentlicht:

Berlin, den 28. Februar 1867.

Euer Hochwohlgeboren kann ich mir nicht versagen, auf das Schreiben vom 22. d. M. zu erwidern daß ich in der auf mich gefallenen Wahl zum Reichstage

Das preußische Haus der Abgeordneten beschließt am 23. März mit großer Mehrheit die Beglückwünschung des Fürsten Bismarck zum 1. April.

An demselben Tage, dem 23. März, spielte sich im deutschen Reichstage, der sein Entstehen dem Fürsten verdankt und Schauplatz herrlicher Thaten und großer Triumphe des Fürsten gewesen ist, folgende Scene ab:

1 Uhr. Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, Dr. von Boetticher, von Köller, Frhr. von Hammerstein, Thielen.

Präsident **von Levetzow**: Meine Herren, am bevorstehenden 1. April vollendet der frühere Reichskanzler Fürst Bismarck sein 80. Lebensjahr. Es erscheint mir geboten, daß der Reichstag Ausdruck giebt seiner Theilnahme an diesem Tage, welcher den letzten unter den hervorragenden Begründern des Deutschen Reiches ein wenig Sterblichen beschiedenes Alter erreichen läßt. Deshalb bitte ich um die Ermächtigung, dem Fürsten Bismarck den Geburtstagsglückwunsch des Reichstags ausdrücken zu dürfen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **Hompesch** (Ctr.): M. H., in der Voraussicht, daß der Herr Präsident den eben gehörten Vorschlag dem Reichstag unterbreiten würde, habe ich im Namen meiner politischen Freunde folgende Erklärung abzugeben:

Die beantragte Beglückwünschung des Fürsten Bismarck Seitens des Reichstages gilt der politischen Persönlichkeit, ist ein politischer Act; dieses um so mehr, als schon seit Wochen einem desfallsigen Schritt des Reichstages die Eigenschaft ganz besonderer Ehrung des Staatsmannes als solchen beigemessen wird.

Das Centrum kann sich an einer unterschiedslosen Billigung der Grundsätze, nach denen der Fürst Bismarck die deutsche und preußische Politik geleitet und heute noch zu beeinflussen bestrebt scheint, und zahlreicher der wichtigsten Anregungen und Handlungen, in denen jene Grundsätze Ausdruck fanden, nicht betheiligen. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Das Centrum kann ebenso wenig dem Verdachte einer solchen Billigung entgehen, wenn es den Vorschlag eines Reichstagsglückwunsches ohne allen Widerspruch ließe; denn Fürst Bismarck ist ein untheilbares Ganzes. (Lebhafter

---

mit aufrichtigem Danke einen ehrenvollen Beweis des Vertrauens erkenne. Wenn ich mich dessenungeachtet habe entschließen müssen, jene Wahl abzulehnen, so ist dies nur um deswillen geschehen, weil ich die Wahl im Jerichower Kreise bereits angenommen hatte, bevor das Resultat der engeren Wahl im Elberfelder Wahlkreise feststand. Es war für mich nicht möglich, der von Jerichow an mich entsandten Deputation ohne Verletzung der schuldigen Rücksichten zu erklären, daß ich ihr Mandat annehmen würde, falls ich in Elberfeld nicht gewählt würde, es aber ablehnte, wenn die engere Wahl in Elberfeld zu meinen Gunsten ausfiele. Ich habe der Elberfelder Deputation meine Motive noch näher dargelegt und wiederhole mit meinem Danke das Bedauern, daß es mir nicht vergönnt war, einen Wahlkreis von so gewichtiger Bedeutung, wie der von Elberfeld-Barmen es ist, im Reichstage zu vertreten.

v. Bismarck.

Beifall im Centrum, stürmisch anhaltende Heiterkeit rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Rücksichten der Höflichkeit, welche vor 10 Jahren obwalteten, fallen im Augenblick, da Fürst Bismarck nicht mehr im Amt ist, gänzlich fort (Lachen rechts. Rufe: So!); nicht minder können Ehrenbezeugungen die activen Reichstagsmitgliedern erwiesen wurden, hier nicht in Betracht kommen. (Sehr wahr!)

Somit sind wir zu unserm Bedauern außer Stande, einem Glückwunsch von Seiten des Reichstages zuzustimmen. (Zuruf rechts: Bedauern!) Wir verzichten jedoch auf die Aufzählung derjenigen Gründe, die uns im Einzelnen unmöglich machen, in die vielseitigen Kundgebungen einzustimmen, um nicht durch Streit um eine Persönlichkeit die ohnehin großen Schwierigkeiten der allgemeinen Lage noch zu erhöhen. Zu dieser unserer Erklärung habe ich nichts weiter hinzuzufügen. (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Dr. **von Bennigsen** (nl.): Meine Herren, meinen politischen Freunden erscheint es als eine Ehrenpflicht, dem Fürsten Bismarck, welchem Deutschland seine nationale Einheit und seine Machtstellung in der Welt verdankt, zum achtzigsten Geburtstage durch den Herrn Präsidenten die Glückwünsche des Reichstags auszudrücken. (Lebhafter Beifall.) Viele Tausende von Deutschen aller Berufsklassen und der verschiedensten politischen Anschauungen rüsten sich jetzt in der Heimath und in der Ferne, den achtzigsten Geburtstag des großen Staatsmannes in würdiger Weise zu feiern. Nicht begreifen würde man es, und unverständlich würde es bleiben in unserem Vaterlande und außerhalb desselben, wenn der deutsche Reichstag, welcher garnicht existieren würde (Sehr gut!) ohne die erfolgreiche politische Thätigkeit des Fürsten Bismarck, gewissermaßen allein an diesem Tage unthätig und grollend zur Seite stände.

Ich weiß wohl: für die großen und umfassenden Aufgaben und für die Arbeit eines langen, aufopfernden, im Dienste des Vaterlandes zugebrachten Lebens war neben den anderen Eigenschaften des Geistes und Charakters auch ein überaus großes Maaß Willenskraft und von Leidenschaft erforderlich. Diese Eigenschaften, die das Gelingen der großen nationalen Arbeit bedingten, waren allerdings vielfach auch Veranlassung zu scharfen Gegensätzen und Kämpfen auf dem Gebiete der inneren Politik in Preußen und in Deutschland. Aber, meine Herren, es wäre doch ein bedauerliches Zeichen für die Vertretung einer großen Nation (Sehr richtig!), wenn sie in dem Moment einer so seltenen Feier, des achtzigsten Geburtstages eines Mannes, welcher seit Jahren aus der activen politischen Thätigkeit ausgeschieden, mit keiner der Parteien in parlamentarischen Kämpfen mehr begriffen ist, wenn sie in einem solchen Augenblick nicht unbefangen genug sein könnte, die Erinnerung an politische Gegensätze und schwere Kämpfe zurücktreten zu lassen gegenüber der gerechten historischen Würdigung einer großen Persönlichkeit, welcher

Jahrhunderte unserer deutschen Geschichte wenige Männer an die Seite zu stellen im Stande gewesen sind. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Richter:** Meine Herren, Namens der freisinnigen Volkspartei und zugleich der deutschen Volkspartei habe ich Folgendes zu erklären:

„Die angeregte Beglückwünschung als einfache Bekundung menschlicher Theilnahme für den hochbejahrten Staatsmann aufzufassen, verhindert uns schon die Art, wie ein Theil der Anhänger des Fürsten Bismarck beflissen ist, die Geburtstagsfeier zu einem politischen Huldigungsact umzugestalten und zu parteipolitischen Zwecken für sich selbst auszunutzen. (Sehr richtig!) Auch wir verkennen durchaus nicht die großen Verdienste des Fürsten Bismarck um das deutsche Einigungswerk. (Zwischenrufe rechts.) Die Unterbrechungen bestätigen die erwähnte Absicht parteipolitischer Ausnutzung — auch wir verkennen durchaus nicht die großen Verdienste des Fürsten Bismarck um das deutsche Einigungswerk und die auswärtige Politik unseres Vaterlandes. Aber die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck kann und muß beanspruchen, ganz und ungetheilt gewürdigt zu werden. Fürst Bismarck ist zugleich der Träger eines Systems der inneren Politik, das wir als dem Liberalismus und dem parlamentarischen Wesen entgegengesetzt ansehen müssen und deshalb im Interesse von Volk und Vaterland zu bekämpfen stets für unsere patriotische Pflicht erachtet haben. (Lachen rechts. Sehr gut! links.) Insbesondere hat Fürst Bismarck im letzten Abschnitt seiner politischen Wirksamkeit jene die Volkseinheit zersetzenden Interessenkämpfe entzündet und geschürt, welche auf weite Kreise der Bevölkerung politisch demoralisirend einwirken (Oho! rechts. Sehr gut! links. Glocke des Präsidenten), die Gegenwart schwer belasten und für die Zukunft unserer nationalen Entwickelung mit Besorgniß erfüllen. (Widerspruch rechts.)

Auch nachdem der amtlichen Thätigkeit des Fürsten Bismarck ein Ziel gesetzt worden ist, sucht derselbe mit der ganzen Autorität seiner Person auf die öffentliche Meinung einzuwirken in einer Richtung, welche die Einlenkung der inneren Politik in gesundere Bahnen verhindert oder erschwert. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Wir bedauern daher, dem Ersuchen des Herrn Präsidenten keine Folge geben zu können. (Lebhafter Beifall links. Zischen rechts.)

Abg. **Frhr. v. Manteuffel** (k.): Meine Herren, ich bitte Sie im Namen meiner politischen Freunde, dem Wunsche des Herrn Präsidenten Folge zu geben. Ich meine, das deutsche Volk würde es nicht verstehen (Bewegung links. Sehr richtig! rechts), wenn der deutsche Reichstag an dem Tage, an welchem Fürst Bismarck sein achtzigstes Lebensjahr vollendet, unter den Gratulanten in Friedrichsruh fehlen sollte. (Beifall rechts.)

Meine Herren, der deutsche Reichstag verdankt seine Entstehung doch im Wesentlichen dem Fürsten Bismarck (Bewegung links). Diesem Vater

des deutschen Reichstags will das Kind seine Ovation, seine Gratulation versagen?! Nein, meine Herren, das halte ich für undenkbar! (Beifall rechts.) Meine Herren, ich will hier nicht eingehen auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter bezüglich der politischen Stellung des Fürsten Bismarck, auch nicht auf die Recriminationen, die der Herr Graf Hompesch uns verlesen hat. Nur Eins möchte ich hierbei bemerken: beide Herren haben darin übereingestimmt, daß die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck sich nicht theilen lasse. Nun, meine Herren, den Versuch, ihn zu theilen, haben Sie gar nicht gewagt, und gerade das spricht für die Größe dieser Persönlichkeit (Bravo! rechts. Widerspruch links), daß Sie nicht daran denken, diese mächtige Persönlichkeit zu theilen. Und ich meine, dieser großen Person gegenüber müssen die kleinlichen Bedenken, die Sie vielleicht haben können wegen dieser oder jener Thätigkeit, die er in seinem politischen Wirken gegen Sie gerichtet hat, wie er diese oder jene politische Partei beleidigt hat, vollständig zurücktreten. (Bravo! rechts.) Und, meine Herren, welche Consequenz gegen das Jahr 1885, als Fürst Bismarck 70 Jahr alt wurde! Da sind die Glückwünsche, die der Präsident, damals Herr von Wedell, Ihnen vorschlug, ohne den geringsten Einwand von Ihnen bewilligt worden. Und was hat sich in den zehn Jahren zu Ungunsten des Fürsten Bismarck verändert? Ich dächte doch, gerade die Herren vom Centrum müßten der Meinung sein, daß in den zehn Jahren Vieles geschehen ist, was das Verhältniß zwischen den anderen Parteien und dem Centrum verbessert hat. Und daran gebührt dem Fürsten Bismarck das wesentlichste Verdienst. Nur ein so mächtiger Mann wie Fürst Bismarck, nur ein Staatsmann von der Größe des Fürsten Bismarck konnte die Wege gehen, die er gegangen ist, ohne sich selbst etwas zu vergeben. Das sollten Sie bedenken, und deshalb sollten Sie mit uns nach Friedrichsruh kommen und dem Fürsten Bismarck Ihre Glückwünsche darbringen. (Lebhaftes Bravo! rechts. Zischen links.)

Abg. **Singer** (Soc.): Im Auftrage meiner Freunde habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir dem Vorschlag des Herrn Präsidenten nicht zustimmen. Wir haben keine Veranlassung, uns an einer Kundgebung zu Ehren des Fürsten Bismarck zu betheiligen.

Die durch den Fürsten Bismarck zum ausschließlichen Vortheil der besitzenden Classe verfolgte Zoll- und Steuerpolitik hat schwere Schädigungen über das deutsche Volk gebracht und in ihren unheilvollen Wirkungen der Arbeiterclasse die nothwendigsten Lebensmittel vertheuert. (Lebhafte Rufe: Ach! Ach! rechts. Lebhafte Zustimmung links.) Fürst Bismarck hat stets nur die Politik der Sonderinteressen und der nationalen und internationalen Gegensätzlichkeit betrieben; er hat seine Gegner, insbesondere die socialdemokratische Partei, bis zur Aechtung mit Ausnahmegesetzen verfolgt und vergewaltigt. (Große Unruhe rechts. Lebhafte Zustimmung links.) Er besitzt daher keinen Anspruch

auf den Dank und die Anerkennung (Lebhafte Unterbrechungen rechts) des gerade von ihm so oft mit Hohn behandelten Reichstags. (Lebhafter Beifall links. Große Unruhe rechts.) Als Vertreter der stärksten politischen Partei Deutschlands (Lebhafte Heiterkeit) lehnen wir den Vorschlag des Herrn Präsidenten ab. Ich habe gleichzeitig die Bitte an den Präsidenten hinzuzufügen, über seinen Vorschlag den Beschluß des Hauses herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung links. Unruhe rechts.)

Abg. **Rickert** (fr. Vereinig.): Meine Herren, gestatten Sie mir nur eine kurze Erklärung. Meine politischen Freunde und ich sind nahezu einstimmig damit einverstanden, daß der Reichstag die von dem Herrn Präsidenten erwünschte Ermächtigung ertheilt. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Fürst Radziwill** (Pole): Meine Herren, im Namen meiner politischen Fraction habe ich Ihnen folgende Erklärung abzugeben: Wir erblicken in dem Vorschlage des Herrn Präsidenten eine eminent politische Kundgebung, bestimmt, der Begeisterung für das politische Wirken des Fürsten Bismarck in Staat und Reich einen prägnanten Ausdruck zu geben. (Sehr gut!) An einer derartigen Kundgebung theilzunehmen verbietet uns als einer politischen Partei die Rücksicht darauf, daß sich das amtliche wie außeramtliche Wirken des ersten Reichskanzlers zu den Rechten, welche wir auf kirchlichem und nationalem Gebiete zu wahren haben, nur zu oft in scharfen Gegensatz gestellt und diese natürlichen und verbrieften Rechte verletzt hat. Wir sehen uns hierdurch behindert, an der beabsichtigten Kundgebung theilzunehmen. (Bravo!)

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Meine Herren, ich glaube, den Widerspruch, den der Herr Abgeordnete Singer Namens der socialdemokratischen Partei erhoben hat, wird der Fürst Bismarck verschmerzen. (Sehr gut! rechts. Heiterkeit links.) Wenn der Herr Abgeordnete Singer und der Herr Abgeordnete Richter den Versuch machen, das Votum des Reichstags in dieser Angelegenheit auf das Niveau des Votums der Berliner Stadtverordneten herabzudrücken (Lebhafter Beifall rechts. Ach! Ach! links), so finde ich das ja außerordentlich erklärlich. Aber ich kann nicht anders als das sagen: Wenn dieses Votum von der Mehrheit des deutschen Reichstags so abgegeben wird, wie es die Herren Abgeordneten Singer, Richter und Graf Hompesch hier beantragt haben, so sage ich mir, daß gegenüber unserem gesammten deutschen Vaterlande, und nicht bloß gegenüber unserem gesammten deutschen Vaterlande, sondern gegenüber ganz Europa (Sehr wahr! rechts), und nicht bloß gegenüber ganz Europa, sondern gegenüber der ganzen Welt (Sehr richtig! rechts. Ach! links), und nicht bloß gegenüber der ganzen Welt der Gegenwart, sondern für aller Jahrhunderte der Zukunft (Lebhafte Zustimmung rechts. Unruhe links) der Reichstag sich u n s t e r b l i c h lächerlich macht.

(Stürmisches Bravo! rechts. Große Unruhe links. Anhaltende Bewegung. Glocke des Präsidenten.)

Abg. **Frhr. von Hodenberg** (Welfe): Im Namen meiner politischen Freunde aus Hannover bitte ich den Herrn Präsidenten, bei seiner Beglückwünschung des Fürsten Bismarck uns ausdrücklich von den Gratulanten auszunehmen. (Hört! Hört!) Es würde einem Hannoveraner schlecht anstehen, an der Ehrung eines Mannes theilzunehmen, welcher unter Mißachtung und schwerer Verletzung des Rechts deutscher Fürsten und Völkerstämme Hannover zu einer preußischen Provinz machte. (Zuruf rechts.)

Abg. **Graf zu Inn- und Knyphausen** (Hospitant der conservativen Partei): Meine Herren, ich habe das Gefühl, daß die Worte, welche mein verehrter Landsmann eben gesprochen hat, nicht auf alle Hannoveraner passen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich für meine Person habe das Gefühl, daß ich hier sitze auf Grund des Artikels 29 der Reichsverfassung, und auf Grund dessen bin ich gewählt als Vertreter einer Nation mich zu fühlen. Als solcher habe ich nach meiner Ueberzeugung die Verpflichtung, eine Ehrung für einen Mann mit auszusprechen, der nach meiner Ueberzeugung das Verdienst hat, daß er uns überhaupt die Möglichkeit gewährte in diesem Reichstage zu sitzen. (Zustimmung.) Ich stimme also dafür. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Antis.): Ich habe im Namen meiner politischen Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir freudigen Herzens unsere Zustimmung zu der Absicht des Herrn Präsidenten ertheilen, dem Fürsten Bismarck zu seinem achtzigsten Geburtstage die Glückwünsche des Reichstags zu überbringen.

Wir halten diesen Glückwunsch für eine einfache Pflicht der Dankbarkeit, die alle Deutschen ohne Unterschied des Glaubens und der politischen Meinung dem großen Baumeister des Reichs schulden, und sind fest überzeugt, daß eine Unterlassung jener Pflicht das Vertrauen und Ansehen des Reichstags m deutschen Volke schwer schädigen und den Spott des Auslandes herausfordern würde.

So weit meine Erklärung!

Wenn Seitens der großen Parteien nicht der Begründung der Erklärungen, die von Herren aus der Mitte und von der linken Seite abgegeben wurden, widersprochen wird, so darf ich das als Vertreter einer kleineren Partei nicht für mich besonders in Anspruch nehmen. Ich meine aber, der Humor der Weltgeschichte wird es einmal fügen, daß, wenn der Name des Fürsten Bismarck noch die ganze Welt erfüllt, man die Herren, die heute gegen ihn demonstriren, nur deshalb noch mit Namen nennen wird, um zu sagen: Ach, das waren die sonderbaren Leutchen, die dem großen Deutschen einst die

Ehrung zu seinem achtzigsten Geburtstage versagen wollten. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.)

Präsident **von Levetzow:** Da gegen meinen Vorschlag Widerspruch erhoben ist, so muß die Meinung der Mehrheit des Hauses durch Abstimmung festgestellt werden und zwar durch eine Abstimmung, die nach zwei mir vorliegenden Anträgen eine namentliche ist. Diese Anträge sind gestellt von den Abgeordneten Frhr. von Manteuffel und Dr. von Bennigsen und Genossen.

Das Ergebniß der Abstimmung ist die Ablehnung des Vorschlages des Präsidenten mit 163 gegen 146 Stimmen. Dafür stimmen die beiden conservativen Parteien, die Nationalliberalen, die Antisemiten und die freisinnige Vereinigung mit Ausnahme des Abg. Dr. Barth.

Dagegen stimmen außer dem letztgenannten Abgeordneten geschlossen das Centrum, die beiden Volksparteien, die Socialdemokraten, die Welfen, Polen und Elsässer. — Der anwesende Graf Bismarck stimmt mit Ja. Der Abg. Dr. Hahn (b. k. F.) giebt seine Stimme unter großer Heiterkeit des Hauses mit den Worten ab: Dreimal ja!

Präsident **von Levetzow** theilt das Ergebniß der Abstimmung mit, das auf der Linken mit schwachem Beifall aufgenommen wird, und fährt fort: Es ist demnach mein Antrag abgelehnt, und dieses Resultat veranlaßt mich, das Präsidium des Hauses niederzulegen. (Elementarer Ausbruch eines Beifallssturmes rechts und bei den Nationalliberalen; minutenlanges Beifallklatschen. Auch auf den Zuschauertribünen ist eine stürmische Erregung bemerkbar, die sich in anhaltendem Beifallklatschen und Entrüstungsrufen: „Pfui, nette Volksvertretung das, Blamage!" und in starkem Zischen kundgiebt. Besonders groß ist die Erregung auf der allgemeinen und der mittleren Tribüne. Die Diener auf den Tribünen stellen die Ruhe wieder her.)

Vicepräsident Freiherr **von Buol** übernimmt das Präsidium und bemerkt: Meine Herren, ich bitte um Ruhe. Auf den Entschluß des Herrn Präsidenten, den wir soeben vernommen haben und den wir sehr bedauern, werde ich am Schluß der Sitzung gelegentlich der Frage der Tagesordnung für die nächste Sitzung zurückkommen. — Wir treten in die Tagesordnung ein. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. **von Bennigsen** (zur Geschäftsordnung): Mein politischer Freund, der Vicepräsident Dr. Bürklin, ist zur Zeit nicht in Berlin anwesend, er kann sich also zur Zeit nicht darüber erklären, wie er sich zu dem Beschlusse des Hauses und gegenüber dem Entschlusse des Herrn Präsidenten verhalten wird. Wir werden mit ihm in Verbindung treten, und seine Entscheidung wird, wie ich annehme, binnen kürzester Frist erfolgen. Das kann ich aber schon jetzt in Uebereinstimmung mit der Auffassung meiner politischen Freunde erklären, daß ich nicht im geringsten Zweifel darüber bin, daß er dem Beispiele des Herrn Präsidenten folgen wird. (Stürmischer

Beifall und Händeklatschen. Auch auf den Tribünen wird wieder vereinzelt geklatscht.)

Abg. **Richter**: Wenn diese ungewöhnliche Erklärung im Augenblick auch keine praktische Bedeutung haben wird (große Unruhe), so veranlaßt sie mich doch zu der Bemerkung, daß ich das Vertrauen habe, daß der Reichstag auch ohne diese beiden Herren fertig werden wird, und daß auch andere Abgeordnete sich finden werden, die das Präsidium zu führen im Stande sein werden. (Große Unruhe rechts, Beifall links.)

Unter großer Unruhe tritt das Haus darauf in die Tagesordnung ein.

Das Gefühl der Entrüstung und Beschämung über diesen Beschluß der Volksvertretung des Deutschen Reiches brach überall laut hervor. Am unmittelbarsten verlieh ihm der Kaiser Ausdruck, der unmittelbar nach dem Empfang der Nachricht vom Resultate der Reichstagsberathung an den Fürsten Bismarck telegraphirte:

An Fürsten von Bismarck
Herzog Lauenburg,
Friedrichsruh.

Euer Durchlaucht ausspreche Ausdruck tiefster Entrüstung über eben gefaßten Beschluß Reichstags. Derselbe steht vollsten Gegensatz zu Gefühlen aller deutschen Fürsten und Völker.
Wilhelm.

Fürst Bismarck erwiderte darauf:

Friedrichsruh, 23. März.
Seiner Majestät Kaiser Könige,
Berlin.

Euer Majestät bitte ich ehrfurchtsvollen Ausdruck meiner Dankbarkeit für Allerhöchste Kundgebung entgegenzunehmen, durch welche Majestät jene mir noch unbekannte Unerfreulichkeit meiner alten politischen Gegner zum Anlaß einer erfreulichen Genugthuung für mich umwandeln.
Bismarck.

Die gesammte deutsche Presse, soweit sie national denkt und empfindet, füllte sich von Ausbrüchen tiefster Entrüstung über das Votum des Reichstages gegen den Fürsten Bismarck und von lebhafter Zustimmung zu der vernichtenden Kritik, die der Kaiser daran übte. Wir greifen aus dem massenhaften Material einige besonders markante Aeußerungen aus Blättern der ver=

schiedenen Bundesstaaten und Parteirichtungen heraus und beginnen mit den Berliner Zeitungen.

Die „Nat.-Ztg." schreibt:

„Die deutsche Reichstag hat sich bloßgestellt wie niemals vorher die Vertretung eines großen Landes, indem er dem Begründer der nationalen Einheit, dem Befreier von Millionen Deutscher von der Fremdherrschaft, dem Schöpfer dieses selben Reichstages die Ehrenerweisung verweigerte, zu welcher ein so seltenes Fest wie der achtzigste Geburtstag auffordert. Mit diesem kläglichen Beschluß hat der Reichstag sich an der 25jährigen Gedenkfeier der Ereignisse von 1870 betheiligt, welche dieses Jahr uns bringt. ‚Deutscher Jammer' sagten wir vor acht Tagen; ‚deutscher Jammer' können wir heute nur wiederholen."

Die „Kreuz-Ztg." faßt ihr Urtheil dahin zusammen:

„Herr v. Kardorff hat gesagt, daß der Reichstag sich damit vor der ganzen Welt für Gegenwart und Zukunft lächerlich gemacht; wir gehen weiter: mit Schmach hat er sich bedeckt."

Die „Post" spricht sich wie folgt aus:

„Neben dem Gefühle flammender Entrüstung kommt alsbald das Gefühl der tiefsten Beschämung darüber, daß die Vertretung des deutschen Volkes in ihrer Mehrheit sich so wenig von deutsch-nationalem Bewußtsein, aber so sehr von kleinlichster und jämmerlichster Parteisucht erfüllt zeigt. Die Schamröthe steigt dem Vaterlandsfreunde in das Gesicht, wenn er daran denkt, daß die Vertretung des deutschen Volkes in einem großem Moment, wo es galt, einmüthig begeisterten Zoll der Dankbarkeit dem großen Manne darzubringen, welchem Deutschland die Erfüllung Jahrhunderte langer Sehnsucht und auch die Wiederherstellung des Reiches verdankt, so kläglich klein und kleinlich sich erwiesen hat."

Die Münchener „Allg. Ztg." sagt:

„Der weltgeschichtliche Scandal, den man nach den Ankündigungen der ultramontanen Blätter für heute erwarten mußte, ist Thatsache geworden: eine Mehrheit im deutschen Reichstag hat den Antrag des Präsidenten, es möge ihm die Ermächtigung zu einer Beglückwünschung des Fürsten Bismarck erteilt werden, abgelehnt. Es wird dem Vaterlandsfreund, der seine persönliche Ehre verknüpft fühlt mit der Ehre seines Volkes, nicht leicht, sich mit dieser tiefbeschämenden Thatsache abzufinden, und es wird ihm noch erschwert werden, durch die Aufnahme, welche dieses unerhörte Ereigniß im Auslande finden wird und muß. Was wir da zu hören bekommen werden an Ausdrücken der Verwunderung, des Spottes, der Verachtung und wohl auch der Schadenfreude, wird kein Ehrenblatt in der Geschichte des deutschen Namens bilden; und schlimmer noch als aller Tadel wird die Zustimmung, der Beifall

sein, den diese Haltung des Reichstags da und dort bei den Feinden der deutschen Größe finden wird. Aber das alles wird ertragen werden müssen, denn an der einmal gefallenen Entscheidung läßt sich nun durch keine menschliche Macht mehr etwas ändern. Das einzige, was sich thun läßt, ist die Erhebung lauten stürmischen Protestes gegen das vaterlandslose Votum einer dem deutschen Wesen im tiefsten Grunde entfremdeten Reichstagsmajorität, die richtige Antwort an diese Volksvertretung ist ein gewaltiger Aufschrei der Entrüstung, der donnernd durch die deutschen Lande geht. Es wird daran nicht fehlen, denn das deutsche Volk weiß, was ihm sein Bismarck ist. Sein Glückwunsch aber an den Schöpfer seiner Größe wird um so lauter, um so herzlicher, sein Dank um so heißer, um so inniger sein, denn es wird glauben, ersetzen und gut machen müssen, was seine gewählten Vertreter, vom Parteigeist mißleitet und verblendet, versäumt und gesündigt haben."

Die „Leipz. Neuest. Nachr." lassen sich folgendermaßen vernehmen:

„‚Die Schande des deutschen Reichstags', wie Leipzigs Vertreter, Professor Hasse, vor Kurzem sagte — sie ist jetzt aller Welt offenbar geworden, und in die Bücher der Weltgeschichte wird sie eingezeichnet werden, und nichts wird vermögen, dies schwarze Blatt auszulöschen. Nur eins kann und wird darüber hinweghelfen und einen hellen Schein auf dies dunkle Blatt werfen: die Liebe und die Begeisterung der deutschen Nation für ihren Einiger, die mit verdoppelter Kraft jetzt emporlodern wird. Das Volk in seiner großen Mehrheit hat keinen Antheil an der Schande des Reichstags, es ehrt den Fürsten freiwillig und ehrt damit sich selbst. Und die Zeit wird kommen, wo dies Volk endlich tabula rasa machen wird mit den schwarzen und roten Gesellen, die dem deutschen Namen im eigenen Hause Unehre machen und ihm den Makel der Undankbarkeit angeheftet haben für alle Zeiten!"

* * *

Ueber die muthmaßlichen Folgen des Reichstagsbeschlusses und der Stellung, die der Kaiser dazu eingenommen hat, theilen wir folgende Preßstimmen mit. Die „Berl. Neuest. Nachr." schreiben:

„Es mehren sich die Stimmen Derer, welche der Ansicht sind, daß die richtige Antwort auf die Ablehnung des Antrages die sofortige Auflösung des Reichstages sein würde. Die Nation würde ein solches entschlossenes Vorgehen der Regierung durchaus verstehen und in allen ihren nationalen Elementen freudig begrüßen. Das Quousque tandem? schwebt schon längst vielen Männern auf den Lippen."

Die „Kreuz-Ztg." meint:

„Wie die Reichsregierung sich zu dem unter den obwaltenden Verhältnissen besonders niederdrückend wirkenden Vorgange stellen wird, werden wir ja sehen. Wenn Zusammenhang und innerer Halt vorhanden wäre, würde

sie mit der Auflösung antworten, und wir sind gewiß, daß dies auf die richtige Stimmung stoßen müßte."

Die freisinnige „Voss. Ztg." glossirt das kaiserliche Telegramm folgendermaßen:

„Welche politischen Folgen diese Kundgebung haben wird, bleibt abzuwarten. In einzelnen Blättern ist verlangt worden, daß der Reichstag aufgelöst werde. Ob eine solche Absicht an den maßgebenden Stellen besteht, müssen die nächsten Tage lehren. Noch ist der Reichshaushalt, der am 1. April in Kraft treten soll, nicht endgültig angenommen. Doch könnte es nicht überraschen, wenn der Antrag, den Reichstag aufzulösen, alsbald an den Bundesrath gelangte, nachdem der Kaiser über einen Beschluß der Volksvertretung seine ‚tiefste Entrüstung' ausgesprochen hat. Wenn der Herrscher im Einvernehmen mit dem Bundesrath meint, daß dieser Beschluß im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen der deutschen Nation steht, so ergiebt sich als nothwendige Folge, daß die Probe auf dieses Urtheil gemacht, also Berufung an das Volk eingelegt wird, und es könnte nur die Frage entstehen, ob die Auflösung unmittelbar mit einem verfassungswidrigen Interregnum, für das ein späterer Reichstag die Indemnität zu ertheilen hätte, der ablehnenden Abstimmung folgen oder ob verfassungsgemäß der Etat erst zu Ende berathen und angenommen werden soll. Der Dienstag, an dem der Reichstag zur Berathung des Haushalts wieder zusammentritt, muß hierüber die Entscheidung bringen. Jedenfalls wird man gut thun, mit baldigen Neuwahlen zu rechnen, zumal auch im gegenwärtigen Reichstage die Aussichten sowohl der Umsturzvorlage wie der Finanzreform den Wünschen der Regierung nicht entsprechen."

Der „Hann. Cour." bemerkt:

„Gewiß liegt dieser Gedanke (der Auflösung) sehr nahe, und es erscheint unmöglich, daß man diesen Reichstag bis zum Jahre 1898 ungestört am Webestuhl der deutschen Geschichte arbeiten läßt. Soll sich die Nation etwa der neuen und schwereren Beleidigung aussetzen, daß die Mehrheit von gestern im Jahre 1897 auch eine Betheiligung des Reichstags an der Hundertjahrfeier Kaiser Wilhelm's I. ablehnt, mit dessen Politik das schwarz-rothe Trifolium Lieber-Bebel-Richter ebensowenig einverstanden gewesen ist wie mit der des Fürsten Bismarck?"

Die „Magd. Ztg." äußert:

„Die Depesche, die der Kaiser sofort an den Alten im Sachsenwald gerichtet hat, giebt den Empfindungen, die der Reichstagsbeschluß im deutschen Volke wachrufen muß, im Lapidarstile Ausdruck. Nach einer so herben Verurteilung von solcher Seite scheint uns dieser Reichstag dem Tode geweiht zu sein. Seine Auflösung kann unmöglich noch lange aufgeschoben werden. Möge in diesem Falle das Nationalgefühl der Deutschen nicht vergebens bei den Neuwahlen angerufen werden! Gott schütze Kaiser und Reich!"

* * *

Der Verein Deutscher Studenten in Berlin sandte an den Kaiser folgende Depesche:

„Das erlösende Kaiserwort Eurer Majestät an den Fürsten Bismarck findet begeisterten Widerhall in den Herzen der deutschen Jugend. Mit dem Ausdrucke tiefster Ehrerbietung und Dankbarkeit. gez. Liepolt."

Desgleichen schickte der Verein an den Fürsten Bismarck folgende Depesche:

„Empört über den Beschluß der deutschen Volksvertretung hoffen wir mit Eurer Durchlaucht zuversichtlich, daß durch den Reichstag späterer Jahrzehnte ein anderer nationaler Hauch wehen wird. In unauslöschlicher Dankbarkeit gez. Liepolt."

Aus Leipzig berichten die dortigen „Neuest. Nachr.":

Unsere Militärvereine, die zur rechten Zeit stets das rechte Wort für den Ausdruck ihres patriotischen Denkens finden, haben uns auch in dem Falle, der gegenwärtig alle deutschfühlenden Herzen bewegt, aus der Seele gesprochen. Der unselige Beschluß des Reichstages, dem großen Schöpfer der Reichseinheit den Glückwunsch zu seinem 80. Geburtstag zu versagen, legte sich wie ein Alp auf die deutschen Herzen. Da löste der Kaiser durch sein Telegramm an den Fürsten Bismarck den Bann, und dankbar empfanden Völker und Fürsten unseres großen Vaterlandes, daß der Kaiser vor aller Welt mit festem Entschluß wieder gut gemacht, was der Reichstag gesündigt. Den Dank aber, den wir dem Kaiser für seine That schulden, auch zum Ausdruck zu bringen, muß heute Jedermanns Bestreben sein, der noch Sinn für deutsche Ehre und deutsche Dankbarkeit hat. In Stadt und Land wird man daher freudigen Herzens den Militärvereinen des Bundesbezirks Leipzig zustimmen, die ihren Dank in folgende, dem Kaiser telegraphisch mitgetheilten Worte kleideten:

„An Se. Majestät den deutschen Kaiser.

Die Königl. Sächs. Militärvereine des Bundesbezirks Leipzig, 12 000 alte Soldaten, in deren Sinn und Geiste Ew. Majestät die für das deutsche Volk so schimpfliche Ablehnung der Ehrung Bismarck's durch den Reichstag so trefflich gekennzeichnet haben, wagen es, Ew. Majestät allerunterthänigsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Gott schütze und segne unseren Kaiser.

Schatte, stellvertretender Bezirksvorsteher."

Ferner berichtet das Blatt:

Nach dem Eintreffen der bekannten Depesche über die Reichstagssitzung vom Sonnabend, versammelten sich sofort eine große Anzahl hiesiger Bewohner und Geschäftsinhaber vom Marktplatze und beschlossen einstimmig, am Sonntag das Reiterstandbild des Fürsten würdig zu schmücken. Diese Schmückung ist denn auch in prächtiger Weise gelungen. Das Postament

ziert eine starke Lorbeerguirlande und ein mächtiger Lorbeerkranz mit schwarzweißrother Schleife. Die Brust der Figur und den Helm umgiebt gleichfalls je ein Lorbeerkranz. Diese Ehrung ist als eine treffende Antwort Leipziger Bürger gegen den Beschluß des Reichstages aufzufassen.

Die in Graz lebenden Reichsdeutschen sandten am 25. März nachstehendes Telegramm nach Friedrichsruh:

„Indem die in Graz lebenden Angehörigen des Deutschen Reiches Euer Durchlaucht zum 80. Geburtstage die herzlichsten und ehrfurchtsvollsten Glückwünsche darbringen, geben sie zugleich ihrem lebhaften Bedauern Ausdruck über die unwürdige Haltung des deutschen Reichstages, der sich selbst in Unehre setzte, indem er Euer Durchlaucht die Ehre verweigerte, die dem Schöpfer des neuen Reiches und dem Begründer der Einheit und Größe des Vaterlandes gebühren."

* * *

Recht bemerkenswerth sind nachfolgende beide Kundgebungen:

Graf Matuschka veröffentlicht folgende Erklärung:

Langmeil bei Züllichau, 24. März.

Als guter Katholik und deutscher Patriot erkläre ich hiermit öffentlich, daß der Beschluß des Centrums, den großen Schöpfer des Deutschen Reiches zu seinem 80. Geburtstage nicht zu beglückwünschen, von Millionen Katholiken als eine unsterbliche Blamage dieser Partei bedauert wird, welche mit den Parteien des Umsturzes und der Reichsfeinde sich als identisch erwiesen. Ich halte es als Katholik für eine ernste Pflicht, Namens von Millonen meiner Glaubensbrüder diese Erklärung zu veröffentlichen, um uns nicht dem Verdachte auszusetzen: „qui tacet, consentire videtur."

Valer Graf Matuschka.

Und ein gut katholisches Blatt, „Der Westfale", welches s. Zt. Herr von Schorlemer-Alst in das Leben gerufen, schreibt:

Fürst Bismarck ist der verdienstvollste Staatsmann Preußens und Deutschlands, den die neuere Zeit kennt, und hat zu seinem 80. Geburtstage eine Ehrung des deutschen Volkes vollauf verdient. Wer ähnlich wie die Franzosen das Vogesenloch den Culturkampf stetig vor Augen behalten will, mag sich zurückhalten. Wir für unseren Theil halten es mit der Ansicht eines preußischen Bischofs, der noch zur Zeit seine Diöcese mit Kraft und Weisheit regiert. Der Hochwürdigste Herr erzählte dem Schreiber dieser Zeilen bei einer Audienz, daß er eine Unterhaltung mit dem eisernen Kanzler in den 80er Jahren zu den interessantesten Stunden seines ereignißreichen Lebens zähle, und knüpfte daran die Bitte, man möge die Person des alten Herrn, an

welchen doch Niemand heranreiche, in der Presse nach Möglichkeit schonen. „Schonen Sie mir den alten Bismarck“, so lautete sein Abschiedswort. Aehnlich hat sich bekanntlich Papst Leo ausgesprochen, indem er nach Bismarck's Rücktritt gelegentlich sagte: „Mi manca Bismarck“ (Mir fehlt Bismarck).[1])

* * *

Geh. Justizrath, Professor Dr. Dove in Göttingen schreibt an ein Berliner Blatt:

„Aus Anlaß des schmachvollen Beschlusses der Reichstagsmehrheit vom 23. März mag an die Inschrift erinnert werden, in welcher Rudolf von Ihering in dem dem Fürsten Bismarck als Göttinger Ehrendoktor der Rechte ausgestellten Diplome vom 18. März 1885 ihn, den größten Staatsmann des Jahrhunderts, bezeichnet hat als „**Terror malorum,** Fiducia bonorum, Arx et decus Germaniae“ (Schrecken der Bösen, Zuversicht der Guten, Deutschlands Burg und Zierde).

* * *

Am 25. März nahmen die offiziellen Festlichkeiten in Friedrichsruh ihren Anfang: 248 Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses, 60 des Herrenhauses und 110 des deutschen Reichstages begaben sich in drei Sonderzügen nach Friedrichsruh. Für das Herrenhaus sprach dessen Präsident Fürst zu Stolberg-Wernigrode, für das Abgeordnetenhaus der Präsident Herr von Köller, für die Reichstagsmitglieder der Präsident Herr von Levetzow. Dieser überreichte als Landesdirector der Provinz Brandenburg auch noch eine Adresse des Brandenburgischen Provinzial-Landtages.

Fürst Bismarck dankte mit folgender Rede:

Erlauben die Herren, daß ich in einigen Worten meinen Dank für die mir erwiesene Ehre ausspreche. Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, weit über meine persönlichen Leistungen und Verdienste (lebhafter Widerspruch), daß ich eine so vornehme Gesellschaft, wie sie der Sachsenwald noch nicht beisammen gesehen, hier zu meiner Begrüßung vereinigt finde. Ich würde einigermaßen beschämt sein durch das Uebermaß der Anerkennung, wenn ich mir nicht sagte, daß diese Anerkennung nicht meiner Person gilt, sondern der Sache, der Arbeit, an der ich mit geholfen habe, den politischen Ergebnissen, die wir in Folge dieser Arbeit erreicht und gewonnen haben. Es ist ein Zeugniß, was Sie ablegen für die Zufriedenheit unserer großen parlamentarischen Körperschaften mit dem, was in schweren Kämpfen der letzten Jahrzehnte erreicht und gewonnen worden ist, unvollkommen immerhin aber doch das

[1]) Vgl. Band V, Seite 22.

Beste, was wir haben können. Ich theile — und das tröstet mich über das Gewicht der Anerkennung, die mir zu Theil wird — ich theile sie mit meinen verstorbenen Mitarbeitern, mit vielen andern — ich komme gleich darauf — vor allem mit meinem hochseligen (lange Pause), mit meinem alten Herrn, dem Kaiser Wilhelm.

Was hätte ich ohne ihn und ohne sein Kriegsheer überhaupt leisten können? Ich wäre in demselben Sumpf stecken geblieben, wie alle früheren nationalen Bestrebungen, die an dem Mißgriff litten, daß sie die starke reale Potenz, die das deutsche Fürstenthum, die deutschen Dynastieen, an ihrer Spitze die preußische, boten, ignorirten und glaubten, sie könnten über die zur Tagesordnung übergehen, in der besten Absicht in den Jahren nach 1848. Das war ein Irrthum. Unsere Dynastieen sind, Gott sei Dank, noch stark in ihren Wurzeln, jede in ihrem Lande (Beifall). Vor allen Dingen die große Militärmacht, über die der König von Preußen unbedingt verfügt, in den Dienst des nationalen Gedankens zu stellen, das war mein Bestreben, sobald ich als Gesandter in Frankfurt erkannt hatte, wie die politische Situation bei uns in Deutschland war.

Wir danken dem alten Kaiser und seinen Bundesgenossen doch mehr, als irgend ein Minister und Kanzler je hätte leisten können. Wenn deren Unterschrift unter den Bundesverträgen nicht vorhanden wäre, so existirten sie nicht. Wenn des Königs Mobilmachungsbefehl 1866 und 1870 nicht erfolgt wäre — was wäre dann geworden? Und die Dynastieen sind ja von uns im Laufe der Geschichte ohne Absicht in vorübergehenden Phasen sehr viel schwerer verletzt worden, als irgend eine parlamentarische Fraction es je hätte werden können in unseren friedlichen Zeiten. Wir haben mit Bayern und Sachsen schwer gefochten, und sobald die gemeinschaftliche Noth für Reich und Volk kam, haben wir ihren Beistand mit größter Energie gehabt (lebhafte Zustimmung).

Die Fractionsstreitigkeiten aber gehen tiefer. Da sagt Jemand: „Der deutsche Kanzler hat vor 30 Jahren erklärt: ich imponirte ihm nicht.“ (Heiterkeit.) Deshalb ist er vom Reiche abgefallen. „Er hat vor 20 Jahren erklärt: wir wären Reichsfeinde“, also Verbalinjurien! (Heiterkeit.) Wir haben mit unseren Bundesgenossen die schwersten Realinjurien mit Kanonenschüssen gewechselt. (Sehr wahr.) Nichtsdestoweniger haben sie, sobald der nationale Gedanke in den Vordergrund trat, uns die Bruderhand gereicht und sind mit uns gegangen. (Lebhafter, anhaltender Beifall).

Deshalb kann ich sagen, daß die Bundesgenossen und ihre Regierungen und Dynastieen doch bessere Leute sind als die Fractionen.

(Heiterkeit.) Bei den Fractionen steht jede politische Verstimmung, jede Rivalität, jeder lautere oder unlautere Wettbewerb (Heiterkeit) mit anderen Fractionen über dem nationalen Interesse. Bei unseren Fürstengeschlechtern steht das Nationalinteresse im Vordergrunde! (Beifall.) Man hat sich geschlagen, daß die Hunde das Blut leckten, und man reicht sich die Hand und geht zusammen gegen den Landesfeind! Das ist die Haltung unserer Dynastieen im Vergleich zu der unserer Fractionen. Möchten sie davon lernen! Aber so lange wir auf die nationale Gesinnung unserer urdeutschen Fürstengeschlechter rechnen können, ist mir nicht bange, daß wir Herr einer jeden Verwirrung werden, die durch den Fractionskampf in unserem Innern angerichtet werden könnte. Ich möchte, daß der nationale Gedanke ebenso, wie er in den Dynastieen fest begründet ist, auch in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten stärker als bisher zum Ausdruck käme. (Beifall.)

Wir können in Deutschland in der That nicht wie zwei geschiedene Reiche, wie Schweden und Norwegen, die unter einer Dynastie zusammenleben, existiren. Wir Preußen, wir Bayern, wir Sachsen, wir sind Deutschland, wir bilden es, und wir müssen uns in unseren Landtagen dafür interessiren, welche Politik in unserem Gesammtreich getrieben wird.

Wir dürfen das ja nicht ignoriren. Wir müssen unseren auswärtigen Minister controliren über die Haltung, die er im Bundesrathe beobachtet, über die Reichspolitik, die er treibt, und der ganze nationale Gedanke wird sich ganz anders beleben, wenn es gelingt, den Localpatriotismus für die Betheiligung an der nationalen Entwickelung so zu interessiren, daß wir auch im preußischen Landtag über die deutsche Politik debattiren, die Frage debattiren: „wie soll der auswärtige Minister im Bundesrath instruirt werden? sind wir damit einverstanden?"

Das alles schiebt sich ja bei der Budgetfrage und Gehaltsdiscussion mit Leichtigkeit darunter. Ich freue mich, wenn die Reichspolitik in den Landtagen — und das sage ich nicht bloß für Preußen, ich sage dasselbe für Sachsen, Bayern u. s. w. — kritisirt wird. Das ist ein Beweis, daß man sich für sie interessirt, daß man mit ihr lebt, daß man von ihr etwas erwartet oder befürchtet, daß man bereit ist, mit ihr zu gehen.

Dieses Interesse ist bisher nicht in solchem Maaße erlebt worden, wie ich es gewünscht hätte, unter dem Drucke einer eigenthümlichen Fiction von zwei verschiedenen Regierungen, die nebeneinander laufen. Die deutsche und die preußische Regierung, die deutsche und

bayrische Regierung, die deutsche und sächsische Regierung sind gar nicht zu trennen und getrennt zu betrachten. Der sächsische Vertreter muß doch immer unter dem Gesichtspunkt der sächsischen Interessen dem Reichstage und dem Bundesrathe gegenüber instruirt sein, und so geht es mit dem preußischen, mit dem bayrischen.

Und umgekehrt, kein bayrischer oder sächsischer oder preußischer Minister kann sich seinem Landtage gegenüber lossagen von seiner Beziehung zum Deutschen Reiche. Das Einheitliche, was im ursprünglichen Verfassungsentwurf beabsichtigt war, ist ganz geschwunden durch die theoretisch-bureaukratische Fiction, als ob zwei Regierungen nebeneinander liefen. Eine Reichsregierung ohne Stütze und Beziehung zu den Particularregierungen steht vollständig in der Luft, hat gar keine Möglichkeit, sich zu bethätigen, wenigstens verfassungsmäßig nicht. Factisch kann es ja eine Zeit lang geschehen, aber in der Verfassung ist ein Grund und Boden dafür nicht vorhanden, und deshalb, meine Herren (eine längere Pause), ich hätte Ihnen viel zu sagen (Heiterkeit), wenn ich gesund genug wäre. Ich bin ein matter alter Mann und bin Ihnen dankbar, daß Sie mir so lange Aufmerksamkeit geschenkt haben, und noch dankbarer für die hohe Ehre, die Sie mir hier erzeigen. Ich bedaure, daß ich nicht im Stande bin, mit Ihnen parlamentarisch zu arbeiten (Zuruf: Wir noch mehr!). Aber ich bin nicht gesund genug dazu, um die Anfechtungen einer Berliner Existenz dauernd ertragen zu können nach vielen Seiten hin. Ich bin alt und bequem geworden und wünsche mein Leben in den Räumen zu beschließen, die ich jetzt bewohne.

Aber meine Gedanken sind mit Ihnen, vielleicht lebhafter, als für einen Mann in meinem Alter schicklich ist. (Lebhafter Widerspruch.) Aber ich kann auf altgewohnte Gedanken eben nicht plötzlich verzichten, weil ich alt geworden und krank bin; sie verlassen mich nicht, und ich kann den Empfindungen, die mich beseelen, nicht besser Ausdruck geben, als indem ich Sie bitte, am Reichsgedanken festzuhalten, auch im preußischen Landtage, und dort nicht zu vergessen, daß Sie Reichsbürger sind, daß Ihr König auch Kaiser ist und Ehrenpflichten dem Reiche und den Bundesgenossen gegenüber hat, und daß Sie ihm helfen, nicht bloß kurbrandenburgische oder auch selbst königlich preußische Politik, sondern kaiserlich-deutsche Politik zu treiben. (Lebhafter Beifall.)

Und in diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser auszubringen. Se. Majestät der Kaiser und König lebe hoch, hoch und abermals hoch!

Stürmischer Beifall folgte den letzten Worten des Fürsten. Nachdem sich der Jubel gelegt hatte, wurde ein dreifaches Hoch auf den Fürsten ausgebracht; er ergriff darauf noch einmal das Wort:

Ja, meine Herren, ich danke Ihnen für die Ehre, die Sie mir erwiesen haben, nochmals, zum dritten Male. Ich würde mich freuen, wenn ich Sie alle bei mir bewirthen könnte; aber ich habe den Bau hier so in Gebrauch nehmen müssen, wie ich ihn übernommen habe, und nie geglaubt, daß ich hier bis an mein Lebensende wohnen werde. Und da habe ich mich immer zu alt gefühlt, um hier noch Bauten vorzunehmen. Ich kann mich auch nicht damit trösten: Raum ist in der kleinsten Hütte für ein glücklich liebend Paar (große Heiterkeit), denn für 400 einander liebende Landsleute reicht der Raum doch nicht.

Bei dem auf den officiellen Empfang folgenden Frühstück bezeugte der Fürst große Frische und geistige Regsamkeit, ließ es auch an manchen politischen Bemerkungen nicht fehlen. Die Wenigen, denen die Theilnahme vergönnt war, erzählten begeistert von dem schönen Verlauf dieser Stunde.

* * *

Der folgende Tag, der 26. März, führte dem Fürsten Bismarck den höchsten Geburtstagsgast zu in der Person des Kaisers. Er traf 12 Uhr Mittags am Eisenbahnübergange bei der Aumühle, westlich Friedrichsruh ein. Im Gefolge des Kaisers befanden sich der Kriegsminister, der Stellvertreter des commandirenden Admirals, die drei Cabinetschefs, der Oberhof- und Hausmarschall und das Allerhöchste Hauptquartier. Der Kaiser stieg zu Pferde und begab sich nach dem ungefähr 500 Meter südlich Friedrichsruh gelegenen Kreuzungspunkt der Chaussee Aumühle-Schwarzenbek und Friedrichsruh-Perleberg, woselbst unter dem Befehle des Commandeurs des Kürassierregiments von Seydlitz (Magdeburgisches) Nr. 7, eine Schwadron dieses Regiments, dessen Chef Fürst Bismarck ist, mit dem Trompetercorps und der Standarte, eine Compagnie des 2. Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 76 mit der Regimentsmusik, den Spielleuten und der Fahne des betreffenden Bataillons, eine Eskadron des Hannoverschen Husarenregiments Nr. 15 mit dem Trompetercorps und der Standarte und eine Batterie zu 6 Geschützen des Holsteinischen Feldartillerieregiments Nr. 24 in etatsmäßiger Friedensstärke bereit standen.

Der Kaiser setzt sich an die Spitze dieser Truppen, führt sie in Allerhöchster Person nach einem, ungefähr 200 Meter vom Schlosse entfernten, an den Park anstoßenden freien Platz und befiehlt daselbst die Paradeaufstellung in einem nach Norden hin geöffneten Viereck, dessen östliche Seite durch die Kürassiere, die südliche durch die Infanterie, die westliche durch die Husaren

und Artillerie gebildet wird. Kaum ist die Aufstellung vollendet, so besteigt der Adjutant Graf Moltke den bereitstehenden offenen Wagen und befiehlt: „Zu Seiner Durchlaucht". Erwartungsvolles Schweigen. Bald aber ertönen lebhafte Hochrufe: der Fürst kommt in Helm und Mantel gefahren. Er hat Band und Stern des Schwarzen Adlerordens angelegt. Sofort sprengt der Kaiser auf ihn zu. Der Wagen hält. Der Fürst erhebt sich und salutirt. Dann reicht der Kaiser ihm die Hand und hält sie lange mit festem Druck. Er spricht zu ihm mit lächelndem Antlitz. Darauf winkt er dem Kronprinzen, der salutirend herantritt. Der Fürst steigt aus, legt den Mantel ab und läßt dann den Kronprinzen einsteigen, rechts Platz nehmen und setzt sich dazu, während der Kaiser an der linken Seite des Wagens reitet. So fahren sie die Front der Truppen ab.

Das war ein ewig unvergeßliches Bild, das alle Zuschauer mächtig ergriff und zu hellem Jubel hinriß: im Wagen die Riesengestalt des greisen Reichsgründers, an seiner Seite der jugendliche Erbe der Krone, und daneben hoch zu Roß des Kaisers Majestät, der bewegt auf die Gruppe im Wagen blickte. Während der Vorbeifahrt präsentirten die Truppen und die Musik spielte den Präsentirmarsch. Nun fuhr der Fürst in die Mitte des Platzes.

Der Kaiser richtete folgende Ansprache an den Fürsten:

„Euer Durchlaucht! Unser ganzes Vaterland rüstet zu der Feier Ihres Geburtstages. Der heutige Tag gehört der Armee. Dieselbe ist zuerst berufen, ihren Kameraden, den alten Officier, zu feiern, dessen Wirksamkeit es vorbehalten war, ihr die Möglichkeit zu gewähren, die gewaltigen Thaten auszuführen, die in der Krönung des wiedererstandenen Vaterlandes ihren Lohn fanden.

„Die Kriegerschaar, die hier versammelt steht, ist ein Symbol des ganzen Heeres, vor allem jenes Regiment, welches die Ehre hat, Euer Durchlaucht als seinen Chef zu nennen; jenes Feldzeichen, ein Denkmal des brandenburgischen und preußischen Ruhmes, aus der Zeit des Großen Kurfürsten herüberstammend, geweiht durch das Blut von Mars la Tour.

„Euer Durchlaucht wollen im Geiste hinter dieser Schaar den gesammten kampfgerüsteten Heerbann aller germanischen Stämme sehen, die den heutigen Tag mitfeiern.

„Im Anblick dieser Schaar komme Ich nun, Meine Gabe Euer Durchlaucht zu überreichen. Ich konnte kein besseres Geschenk finden, als ein Schwert, diese vornehmste Waffe des Germanen, das Symbol jenes Instruments, welches Euer Durchlaucht mit Meinem hochseligen Herrn Großvater haben schmieden, schärfen und auch führen helfen; das Symbol jener großen, gewaltigen Bauzeit, deren Kitt Blut und Eisen war; dasjenige Mittel, welches

nie versagt und in der Hand von Königen und Fürsten, wenn es noth thut, auch nach innen dem Vaterlande den Zusammenhalt bewahren wird, der es einst nach außen hin zur Einigkeit geführt. Wollen Euer Durchlaucht in den hier eingravirten Zeichen des Wappens von Elsaß-Lothringen und des eigenen erkennen und fühlen die ganze Geschichte, die vor 25 Jahren ihren Abschluß fand.

„Wir aber, Kameraden, rufen: Euer Durchlaucht Fürst Bismarck, Herzog von Lauenburg hurra! hurra! hurra!"

Nach diesen Worten überreichte der Kaiser dem Fürsten einen goldenen Ehrenpallasch.

Fürst Bismarck antwortete:

> Euer Majestät wollen gestatten, Ihnen meinen unterthänigsten Dank zu Füßen zu legen. Meine militairische Stellung Euer Majestät gegenüber gestattet mir nicht, Euer Majestät meine Gefühle weiter auszusprechen. Ich danke Euer Majestät.

Hierauf ritt der Kaiser in Begleitung des Fürsten die Front der Truppen ab; dann erfolgte der Vorbeimarsch vor dem Fürsten.

Die Kaiserin ließ an den Fürsten Bismarck durch den Kronprinzen ein herrliches Rosenarrangement und einen Glückwunschbrief überreichen. Der Kronprinz that dies mit den Worten: „Von Mama".

Nunmehr begab sich Fürst Bismarck zum Empfange des Kaisers ins Schloß zurück, während dieser an der Spitze der Kürassierschwadron vor das Schloß ritt, um dem Abbringen der Standarte beizuwohnen. Nachdem die Schwadron noch einmal vor dem Fürsten vorbeidefilirt war, stieg der Kaiser vom Pferde und begab sich, vom Fürsten geleitet, in das Schloß, um der Einladung des Fürsten zur Mittagstafel Folge zu leisten.

Ein Ehrenposten der Kürassiere hielt vor dem Schloßeingang Wache, die Truppen rückten in ihre Ortsunterkünfte in der Nähe von Friedrichsruh ab, nur die Batterie stand noch auf dem Paradeplatze, um später während der Tafel im Schlosse Salut beim Ausbringen des Toastes auf den Fürsten zu schießen.

Die Tischrede des Kaisers auf den Fürsten Bismarck lautete:

„Der achtzigste Geburtstag Euer Durchlaucht fällt in das fünfundzwanzigste Jahr des Bestehens unseres Reiches. Die Glückwünsche des Heeres, geweiht durch die Erinnerung an die gewaltigen Kämpfe, konnte ich Ihnen soeben angesichts der Truppen aussprechen; nicht an den großen Staatsmann, sondern an den Offizier richten sich heute meine heißen Wünsche. Und da sind es drei Sprüche, die für den heutigen Tag von besonderer Bedeutung mir erscheinen.

„Erstens Euer Durchlaucht Confirmationsspruch: ‚Was ihr thut, thut ihr dem Herrn und nicht Menschen‘ weist auf das unerschütterliche Gottvertrauen, womit Euer Durchlaucht Ihre gewaltige Arbeit ausgeführt, und welches auch unser Heer niemals verleugnet hat.

„Der zweite Spruch ‚Dennoch!‘ war Ausspruch jenes tapferen Grafen Mansfeld, als er sich kühn, das Schwert in stahlbewehrter Faust, dem übermächtigen Feinde gegenüberstellte. Euer Durchlaucht haben denselben des öfteren wahr gemacht, zumal in jener Zeit schwerwiegender Entschlüsse für meinen Hochseligen Herrn Großvater, als Sie ihn mit stolzem Hinweis auf sein Officiercorps an sein Portepée erinnerten.

„Den dritten Spruch ‚Spectemur agendo!‘ schrieb Mein englisches Dragonerregiment in stolzem Selbstbewußtsein auf seine Standarte, nachdem es, des Feindes Viereck niederreitend, seine Feldzeichen erobert hatte. Dieses kann als Antwort gelten auf Alles, was Euer Durchlaucht Feinde und Neider sagen oder thun können.

„Wir aber, die mit Freude Euer Durchlaucht als Kameraden und Standesgenossen bewundernd feiern in bewegtem Dank gegen Gott, der Sie unter unserem glorreichen alten Kaiser so Herrliches vollbringen ließ, stimmen ein in den Ruf, den alle Deutschen von der schneebedeckten Alpe bis zu den Schären des Belt, wo die Brandung donnernd tost, aus glühendem Herzen donnernd ausrufen: Fürst Bismarck, Herzog von Lauenburg, lebe hoch, hurra! hurra! hurra!“

Fürst Bismarck erwiderte:

Erlauben Euer Majestät, daß ich meinen Dank in wenigen Worten zu Füßen lege.

Euer Majestät haben appellirt an die Eigenschaft des preußischen Officiers, und ich kann in Anknüpfung daran nur bestätigen, was ich schon vor zehn Jahren bei der Begrüßung der Generale in Berlin aussprach: Das Beste in mir und meiner Lebensbethätigung ist immer der preußische Officier gewesen. Wäre ich der nicht gewesen, ich weiß nicht, ob ich ganz in dieselben richtigen Bahnen verfallen wäre. Aber der Landwehrofficier der 9. Regiments war für mich der Wegweiser, der mich Anno 48 von Haus aus in die richtigen Bahnen geworfen hat, das heißt in die Bahnen der Anhänglichkeit an unser regierendes Haus in Hinblick auf andere Länder, die diesen Vortheil eines regierenden Hauses überhaupt nicht besaßen; kurz und gut, ich bin über 48 hinweggekommen mit intensiverer Anhänglichkeit an das Königliche Haus, als ich vielleicht in meiner agrarischen Unwissenheit vor 48 auch nur gedacht hätte, begeistert und hingebend.

Ich bin in dieser Richtung geblieben, so lange meine Thätigkeit beansprucht wurde. Darin wurde ich überzeugt, daß außerhalb der

dynastischen Anhänglichkeit in Deutschland überhaupt kein Heil sei. Wir brauchen bloß auf Frankreich zu sehen; seitdem die Dynastie weg ist, wo soll der Sammelpunkt herkommen, wenn zum Ralliement geblasen wird? Das ist immer streitig. Halten wir fest, was wir haben. Wir haben in Deutschland nicht ein einheitliches Kaiserthum, aber unsere Fürsten und regierenden Herren, die uns angestammt sind, an denen schon die römischen Schriftsteller die Anhänglichkeit der Germanen in einer Weise gerühmt haben, die wir heute kaum mehr verstehen.

Ich brauche darauf für die belesenen Herren nicht näher einzugehen; aber in diesem Sinne darf ich Sie bitten, im Sinne dieser germanischen Anhänglichkeit an die Stammesfürsten mit mir auf das Wohl unseres gnädigen Herrn anzustoßen. Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch!"

Der Kaiser machte dem Fürsten noch eine besonders große Freude mit einem für den Schreibtisch bestimmten Geschenk. Es war das in weißem Plüschfutteral ruhende goldene Petschaft, das der hochselige Kaiser Wilhelm I. zum täglichen Gebrauch benutzte. Es hat die Form einer von zwei gekrönten Adlern getragenen, mit kleinen Emailleschildern verzierten Säule, die auf ihrem nach oben sich verbreiternden und in acht Schneckenwindungen auslaufenden Capitäl eine Kugel aus Lapis Lazuli von etwa zwei Centimeter Durchmesser trägt. Auch die Siegelplatte besteht aus Lapis Lazuli.

* * *

Am anderen Morgen um $10^1/_2$ Uhr erfolgte die Abholung der Standarte aus dem Schlosse in Friedrichsruh. Die Schwadron der Halberstädter Kürassiere zog unter den Klängen des Hohenfriedberger Marsches in den Schloßpark ein, worauf der Fürst in Kürassieruniform mit seiner Familie aus dem Schloßgarten heraustrat und dem feierlichen Acte beiwohnte. Beim Abrücken der Schwadron verabschiedete sich der Fürst sehr herzlich von den Officieren. An die Wachtmannschaft und den Wachthabenden richtete der Fürst Fragen nach Heimath und Namen. Der Fürst kehrte sodann in das Schloß zurück, wo der Commandeur des Kürassierregiments mit seinem Adjutanten noch kurze Zeit verweilte.

Nach der Einziehung des Doppelpostens und der Wache erfolgte die Verladung der Schwadron, welche Mittags über Wittenberge, Magdeburg nach Halberstadt zurückkehrte.

* * *

Der vom Kaiser dem Fürsten verliehene Ehrenpallasch war eine hervorragende Leistung des Berliner Kunstgewerbes. Der Korb ist vollständig von Gold, auf dem Knauf befindet sich eine Kamee mit dem Bildniß des

Kaisers, umgeben von Brillanten und Edelsteinen. Die Ringe der vernickelten Degenscheide sind von Gold. Die Klinge zeigt auf der einen Seite die Widmung: „Dem Fürsten Bismarck, Herzog von Lauenburg, zum vollendeten 80. Lebensjahre", ferner das Wappen des Kaisers und das deutsche Reichswappen. Auf der anderen Seite der Klinge befindet sich das Wappen des Fürsten Bismarck mit dem Ausspruch: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt" und das Wappen von Elsaß-Lothringen. Auf dem goldenen Korbe des Säbels ist das Bismarck'sche Wappen noch einmal angebracht. Zu dem Pallasch gehört ein großes Lederetui mit dem eingestanzten Wappen des Fürsten.

* * *

Den Mitgliedern der Volksvertretung und dem Kaiser folgte am 27. März der Bruder des Monarchen, Prinz Heinrich. In seiner Begleitung befand sich sein 6jähriger Sohn Prinz Waldemar und der Hofmarschall Capitain zur See Freiherr von Seckendorff. Außerdem trafen in Friedrichsruh ein: der Großherzog von Baden und zusammen mit diesem der Reichskanzler Fürst Hohenlohe nebst seinem Sohne, dem Prinzen Alexander. Der Reichskanzler überbrachte die Glückwünsche des Bundesrathes und des preußischen Staatsministeriums. An dem Frühstück, das vor dem Eintreffen des Großherzogs von Baden und des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe stattfand, nahmen Theil: die Prinzen Heinrich und Waldemar, Hofmarschall Freiherr von Seckendorff, der Commandeur der Seydlitz-Kürassiere Oberstlieutenant Graf von Klinckowstroem, dessen Adjutant Lieutenant Bronsart von Schellendorff, Graf Rantzau und Geheimer Medicinalrath Professor Dr. Schweninger. Der Prinz brachte während des Frühstücks auf den Altreichskanzler einen Toast aus mit den Worten: „Möge Gott Sie noch lange erhalten."

Dem Prinzen Waldemar schenkte der Fürst sein großes photographisches Bildniß. Um 12 Uhr 15 Minuten reisten Prinz Heinrich und Prinz Waldemar, vom Grafen Rantzau bis zum Bahnhof begleitet, sowie Hofmarschall Freiherr von Seckendorff wieder ab, während der Fürst die inzwischen eingetroffenen neuen Gäste im Herrenhause begrüßte.

* * *

Wir schalten hier noch einige Dankesäußerungen des Fürsten ein.

Auf die Glückwunschadresse des 19. Ostpreußischen Provinziallandtages[1]) antwortete er am 27. März:

---

[1]) Die Antwort des Fürsten Bismarck auf die Begrüßung des Provinziallandtages seiner zweiten Heimathsprovinz Pommern vom 7. März (vergl. oben S. 32) scheint verloren gegangen zu sein. Das ist wohl die richtige Erklärung einer Mittheilung des Herrn Landeshauptmanns der Provinz Pommern vom 7. April 1898 an den Herausgeber: es „ist eine Antwort nach Ausweis der diesseitigen Akten nicht eingegangen".

Sr. Excellenz Graf Eulenburg-Prassen, Königsberg.

Euer Excellenz bitte ich, meinen verbindlichsten Dank für die ehrenvolle Begrüßung entgegenzunehmen und den Herren Ständen übermitteln zu wollen.

v. Bismarck.

Auf die Glückwunschdepesche der Hamburger Bürgerschaft vom 27. März Abends erging Tags darauf folgender Dank:

Friedrichsruh, 28. März 1895, 8 Uhr Vormittags.

Dem Präsidenten der Bürgerschaft, Hamburg.

Durch die freundnachbarliche Begrüßung der Bürgerschaft fühle ich mich hochgeehrt und bitte meine Herren Mitbürger, meinen wärmsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

An den Bundesrath richtete der Fürst am 29. März folgendes Dankschreiben:

Unter allen Begrüßungen und Auszeichnungen, die mir zu meinem bevorstehenden Geburtstage zu Theil geworden sind, lege ich hervorragenden Werth auf die Kundgebung der Herren Vertreter der durchlauchtigsten Reichsgenossen im Bundesrathe.

In dem klaren Rückblick auf die Zeit gemeinsamer Arbeit mit den meisten Herren Unterzeichnern der Urkunde bitte ich den Hohen Bundesrath, meinen gehorsamsten Dank für die mir erwiesene Ehre entgegenzunehmen, und zweifle nicht, daß das deutsche Volk in diesem höchsten Senat des Reiches stets wie bisher den für alle Deutschen maßgebenden Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit und Vaterlandsliebe finden wird.

v. Bismarck.

An demselben Tage beantwortete der Fürst den Glückwunsch des preußischen Staatsministeriums, indem er an den Fürsten Hohenlohe schrieb:

Eurer Durchlaucht habe ich bereits, als ich den Vorzug hatte, Sie hier zu sehen, meinen verbindlichsten Dank für den Glückwunsch des Staatsministeriums ausgesprochen, den Hochdieselben mir die Ehre erzeigten, persönlich zu überbringen.

Ich freue mich, in Eurer Durchlaucht einen mir von Alters her durch nationale Arbeit befreundeten Staatsmann an der Spitze der preußischen Regierung zu sehen, und verbinde mit meinem Danke die aufrichtigsten Wünsche für das Gelingen der Aufgaben, die die Zeit für unsere Regierung bringt.

Die Aufgaben sind schwierig, aber das sind alle gewesen, die der preußischen Regierung seit einem halben Jahrhundert obgelegen haben; und

doch sind sie mit Gottes Hülfe unter der Leitung unserer Könige in einer Weise gelöst worden, daß sie heute dem Rückblick geringer erscheinen, als zu der Zeit, wo sie bevorstanden.

v. Bismarck.

* * *

Bezeichnend für das angelegentliche Interesse, mit dem der Fürst die einlaufenden Geburtstagsgaben beachtete, ist ein Bericht der „Hamb. Nachr." unter dem 28. März. Da heißt es:

Fürst Bismarck, der heute nach Beendigung des Frühstücks mehrere Stunden hindurch, die lange Pfeife rauchend und mit Zeitungslektüre beschäftigt, im Speisesaal verweilt hatte, begab sich um halb vier Uhr in den Park hinaus, wo er erfuhr, daß dort ein höchst merkwürdiges Bauwerk errichtet würde. Der Gegenstand, um den es sich handelte, war die von den Deutschen Japans als Geburtstagsgeschenk für den Fürsten bestimmte über drei Meter hohe bronzene Parkzier, deren einzelne Stücke soeben unter Leitung des Baumeisters Stegmüller-Berlin von Arbeitern ausgepackt worden waren und die nun auf der Mitte des vor dem Schlosse befindlichen Rasens aus ihren einzelnen Theilen zusammengesetzt wurde. Es ist ein mit gleichmäßig grüner Patina völlig überzogenes buddhistisches Räuchergefäß, das ungefähr die Gestalt eines mit Deckel versehenen Kelches von etwas gedrückter Form hat. Es ist sechseckig und — namentlich an der Oberseite — reich mit getriebenen Arabesken und Drachenornamenten geziert; es erhebt sich auf einem zweistufigen Postament, das, vorläufig in röthlich angestrichenem Holz imitirt, demnächst in Obermainer Sandstein ausgeführt werden wird.

Der Fürst trat in bequemem, dunkelgrauem Hausrock, das Haupt mit einem vielgebrauchten schwarzen Schlapphut bedeckt, unter dem linken Arm einen starken Stapel Zeitungen haltend und mit der Rechten sich leicht auf den eisenbeschlagenen Knotenstock stützend, in den Park hinaus, schritt an das exotische Monstrum heran und ließ sich dessen Ursprung von dem Baumeister erklären. Er nahm mit Aufmerksamkeit die Mittheilung entgegen, daß solche Räuchergefäße in Japan vor den Buddha geweihten Tempeln zu finden seien, und bemerkte dann: „Ja, vor einem Tempel muß dies sehr schön stehen. Solche Sachen gehören eigentlich vor einen architektonischen Hintergrund. Es wäre deshalb wohl besser, das Ganze mehr ans Haus heranzurücken. Ich hatte mir eigentlich gedacht, es sollte hier auf diesem Beet stehen"; damit wies der Fürst auf das hart am Wege, direct vor der Hausthür befindliche jetzt noch unbepflanzte Blumenbeet. Der Baumeister trat jedoch für seine Ansicht ein, die dahin geht, den Sandsteinsockel noch weiter zurück, nahe an den den Rasen begrenzenden hinteren Baumgruppen errichten zu lassen, so daß das Zierstück hier in ähnlicher Weise, wie in dessen japanischer Heimath, wo es auch vor den Tempeln von Coniferen umgeben zu sein pflegt, zu stehen kommen

würde. — Der Fürst trat dicht an das Gefäß heran, klopfte mit der Spitze seines Stockes an verschiedenen Stellen und sagte: „Hören Sie nur, ein ganz eigener Ton!“ Er wandte sich wieder ab und bemerkte: „Die Eisenwerke von Schlesien wollten mir auch eine theure Säule hierhersenden, aber ich habe schon gar keinen Platz mehr, ich habe sie nach Schönhausen geschickt.“ Dann prüfte er wieder den Klang und meinte: „Der Ton ist so eigenthümlich, so glockenhaft!“ Nun betrachtete er das Gefäß von allen Seiten und sagte: „Das Schönste ist eigentlich der Deckel; schade, daß man ihn nicht besser sieht! Ich glaube, es wird besser sein, wenn man den Sockel niedriger macht, daß man doch wenigstens einen Blick auf die schöne Arbeit des Deckels hat. Ich kann nicht hinaufklettern, so sehr es mich interessiren würde.“

Darauf beklopfte er den Deckel und constatirte mit sichtlicher Befriedigung: „Immer derselbe Glockenton dahinter! Ich glaube aber, da die Aufstellung doch noch nicht fertig ist, man schiebt es etwas weiter heraus?“ Der Baumeister machte darauf aufmerksam, daß. wenn das Gefäß erst seinen hellen Steinsockel hätte, es sich höchst wirkungsvoll vom waldigen Hindergrund abheben würde. Der Fürst nickte dazu und machte dann einige Bemerkungen über die hervorragende Befähigung des japanischen Volkes in allen möglichen Kunstfertigkeiten und kam schließlich auf die erstaunlichen Leistungen der Japaner in der modernen Kriegführung zu sprechen: „Diese schnellen Vorbereitungen ihrer Magazine und des ganzen Armaturwesens, die überraschen mich am allermeisten, das ist neu!“ Dann wandte der Fürst sich zu den wenigen Umstehenden und sagte lächelnd: „Ich bin doch froh, wenn ich die ganze Geburtstagswoche überstanden haben werde. — Ich hätte eigentlich vorgestern zu Pferde steigen müssen, aber es gelingt mir nicht mehr, ich kann die Beine nicht mehr über den Rücken des Pferdes heben, die Knochen werden zu steif!“ Der Fürst wandte sich wieder dem Gefäße zu und bedauerte abermals: „Mir thut nur immer der Deckel leid, den man gar nicht zu sehen bekommt! Aber ich glaube, wenn man den zweiten Absatz um die Hälfte senkt, daß dann doch der Eindruck erhöht werden kann.“ — „Aber vor der definitiven Aufstellung kann man das Gefäß noch wiegen?“ fragte er schließlich, indem er sich zum Gehen wandte. Der Baumeister gab Aufschluß, daß es über 8 Ctr. wiege. Mit einer Handbewegung nach der in ihrer Aufstellung beinahe vollendeten Hirschgruppe am Waldabhang hin, bemerkte der Fürst: „Alle diese Architekturwerke schädigen eigentlich die Gegend in ihrem idyllischen Waldcharakter, aber die Civilisation dringt auch immer mehr in diesen stillen Winkel. Nun, wenn die Sachen erst länger der Witterung ausgesetzt sind, werden sie sich der Landschaft schon besser einfügen.“

Nach einem freundlichen Gruß an alle Umstehenden begab sich der Fürst hierauf in's Haus zurück.

* * *

Am 29. März traf der Glückwunsch des italienischen Ministerpräsidenten Crispi ein, in französischer Sprache verfaßt; der Fürst antwortete darauf sofort:

En vous souhaitant bonne chance je vous prie, cher ami, d'agréer mes remerciments de coeur pour les aimables et bienveillantes paroles que Votre Excellence a bien voulu m'adresser.

v. Bismarck.

* * *

An demselben Tage erhielt der Anhaltische Landtag folgendes Telegramm:

Friedrichsruh, den 29. März 1898.

An das Präsidium des Anhaltischen Landtages, Dessau.

Verbindlichsten Dank für die ehrenvolle Begrüßung.

v. Bismarck.

* * *

Der Geheime Oberregierungsrath Gamp hatte dem Fürsten Mittheilung davon gemacht, daß er am 1. April den einst von Bismarck geleiteten Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und für Handel und Gewerbe ein Kapital von 6000 Mark zur Begründung einer „Bismarck-Stiftung“ überweisen würde, aus der Beamte dieser beiden Ressorts, die unverschuldet in Nothlage gerathen sind, zu billigem Zinsfuße Darlehen gewährt werden sollten. Der Fürst dankte dem Stifter dafür am 30. März:

Friedrichsruh, den 30. März 1895.

Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die freundliche Aufmerksamkeit, die Sie mir durch Begründung einer Stiftung zu meinem Andenken erweisen wollen. Der wohlthätige Zweck der Stiftung findet meinen vollen Beifall.

v. Bismarck.

* * *

Am 31. März ging die nur vom Berliner Magistrat angenommene Glückwunschadresse in Friedrichsruh ein, für deren Mittheilung der Fürst sofort seinen Dank aussprach:

Verbindlichsten Dank für die freundliche Mittheilung, durch die ich mich hochgeehrt fühle.

v. Bismarck.

* * *

Von den zahllosen Telegrammen, die am 1. April in Friedrichsruh eingingen, seien hier nur folgende mitgetheilt:

Vom Kaiser Wilhelm II.:

Euer Durchlaucht möchte Ich, wie am 26. März an der Spitze einer Vertretung Meiner Armee, heute nochmals tief bewegt den Dank Meines Hauses

sowie den Dank der deutschen Nation für Alles aussprechen, was Sie in segensvoller Arbeit für das Vaterland gethan. Gott segne und beglücke den Lebensabend des Mannes, welcher immer der Stolz des deutschen Volkes bleiben wird.

Ihr dankbarer
Wilhelm.

Von der Kaiserin:
Spreche Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zum heutigen Tage aus.
Auguste Victoria,
Kaiserin und Königin.

Von Kaiser Franz Josef von Oesterreich:
Mit herzlichster Theilnahme beglückwünsche ich Eure Durchlaucht zu ihrem 80. Geburtstage und zu der hohen Genugthuung, zu welcher Ihnen dessen ehrenreiche Feier gereichen muß. Möge die Erfüllung meiner heutigen Wünsche für Ihr ungetrübtes Wohl sich auf Jahre hinaus übertragen.
Franz Josef.

Vom Großherzog von Baden:
Die Großherzogin und Ich bringen Ihnen treue Segenswünsche beim Eintritt in ein neues Lebensjahr, einen wichtigen Lebensabschnitt, von dem wir hoffen, daß noch lange Jahre in Gesundheit und Kraft nachfolgen mögen. Nochmals rufe Ich Ihnen zu — so Gott will — auf Wiedersehn.
Friedrich, Großherzog von Baden.

Vom Prinzen von Wales:
Den zahlreichen Gratulationen, welche Eurer Durchlaucht bei Vollendung des 80. Jahres zugehen werden, füge auch ich meine aufrichtigsten Glückwünsche hinzu, in der Hoffnung, daß Sie den heutigen Tag recht oft feiern mögen.
Albert Edward."

Horst Kohl, der als geladener Gast des Fürsten schon am 30. März in Friedrichsruh eintraf, führt außerdem noch Telegramme an vom: Prinzregent Luitpold von Bayern, König Wilhelm von Württemberg, Großherzog Karl Alexander von Sachsen, Großherzog Peter von Oldenburg, Herzog Ernst von S.-Altenburg, König Humbert von Italien, König Oskar von Schweden und Norwegen, Sultan Abdul-Hamid, Sultan von Sansibar, Ministerpräsident Stambulow.

Zu bemerken ist, daß sämmtliche deutsche Bundesfürsten ihre Glückwünsche sandten mit alleiniger Ausnahme des Fürsten von Reuß ä. L. (Heinrich XXII).

Nicht unerwähnt möchten wir nachstehenden Glückwunsch des Braunschweigischen Landtagsausschusses lassen:

„Fürst Bismarck, Friedrichsruh. Dem größten Staatsmanne des deutschen Volkes, dem ruhmreichen Begründer des neuen Deutschen Reiches, dem eisernen Kanzler, welcher in rastlosem Kampfe gegen Feind und Widersacher Leben und Gesundheit einsetzte, dem leuchtenden Vorbild deutscher Mannestugend, unserem lieben Fürsten Bismarck bringen wir zum 80. Geburtstage in Vertretung der Landesversammlung unseres Herzogthums ehrerbietigste Glückwünsche dar. Mit dem Dank für Alles, was das deutsche Vaterland und somit auch unser Staat Ew. Durchlaucht schulden, verbinden wir den Ausdruck tiefster Beschämung über den Beschluß vom 23. v. M., mittels dessen die Mehrheit des Reichstages mit dem Ehrbewußtsein unseres Volkes sich in schroffen Widerstreit gesetzt hat. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß Ew. Durchlaucht noch lange, gesegnete Jahre der Ruhe und der Erholung beschieden sein mögen."

* * *

Von telegraphischen Antworten,[1]) die der Fürst am 1. April absandte, sind folgende bekannt geworden:

An den deutschen Kaiser:

Eurer Majestät lege ich meinen allerunterthänigsten Dank für Allerhöchstdero huldvolle Glückwünsche zu meinem Geburtstage in tiefster Ehrfurcht zu Füßen.

v. Bismarck.

An den Kaiser von Oesterreich:

An Se. k. u. k. apostolische Majestät.

Eure Majestät bitte ich, für Höchstdero gnädige Glückwünsche zu meinem Geburtstage meinen unterthänigsten Dank entgegennehmen zu wollen.

v. Bismarck.

Auf das Glückwunsch-Telegramm, das der Staatssecretair des Reichspostamts im Namen von 150000 Reichspost- und Telegraphenbeamten „dem Begründer der deutschen Reichspost" zum 80. Geburtstag übersandte, ging an Staatssecretair v. Stephan folgende Antwort:

Verbindlichsten Dank für freundliche Begrüßung eines alten Mitarbeiters.

v. Bismarck.

[1]) Weitere Antworten des Fürsten Bismarck waren hier wie in anderen Fällen nicht zu erlangen; die Civilcabinets oder Hofmarschallämter antworteten fast stereotyp, daß derartige Correspondenz nicht zu den Acten genommen werde. D. H.

An den Präsidenten des Großherzoglichen Oberconsistoriums in Darmstadt Dr. Goldmann sandte der Fürst am 1. April für die Beglückwünschung dieser Behörde folgenden Dank:

Euer Excellenz bitte ich für die guten Wünsche und die Worte wohlthuender Anerkennung, die mir von einer so hochwürdigen und sympathischen Seite, wie es das Großherzogliche Oberconsistorium ist, besonders werthvoll gewesen sind, den Ausdruck meiner verbindlichsten Dankbarkeit entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

* * *

Wenn wir nun zu dem Verlauf des Festtages in Friedrichsruh übergehen, so folgen wir dabei dem zuverlässigen Berichte der „Hamb. Nachr." von 2. April (M.=A.):

Ein unvergleichlicher Tag voller Herrlichkeit und hoher Freude liegt hinter uns! Die Huldigung der deutschen Studentenschaft für den achtzigjährigen Begründer des Deutschen Reiches hat einen Verlauf genommen, der an überwältigender Großartigkeit die ohnehin hochgespannten Erwartungen weit übertraf und sich den unvergeßlichen Tagen von Jena und Kissingen würdig anreiht. Wem das Glück zu Theil geworden ist, die heutigen Vorgänge im Sachsenwalde mit zu erleben, wird sie bis in sein spätestes Alter als köstliches Andenken bewahren. Die wunderbar farbenprächtigen Bilder, die sich in den hellen Strahlen der warmen Frühlingssonne auf dem Gelände vor der Terrasse des Schlosses entrollten, boten dem Herzen des Patrioten, wie dem Auge des Künstlers einen gleich hinreißenden Anblick. Oben auf der Terrasse die welthistorische Figur des eisernen Kanzlers in der altgewohnten Kürassieruniform, den blitzenden Stahlhelm auf dem Haupte, der eherne Repräsentant der großen heroischen Vergangenheit unseres Volkes; unten, zu seinen Füßen, die Zukunft Deutschlands, vertreten durch die vieltausendköpfige Menge der Studenten, die ihm leidenschaftlich zujubelte.

Die Morgenmusik war gebracht worden von den Musikkapellen des Hanseatischen Infanterie=Regiments Nr. 76 (Hamburg), des Thüringischen Infanterie=Regiments Nr. 31 (Altona), des Holsteinischen Feldartillerie=Regiments Nr. 24 (Schwerin), des Schleswig=Holsteinischen Pionier=Bataillons Nr. 9 (Harburg), des 4. Garde=Regiments z. F. (Berlin) und des Hannov. Husaren=Regiments Nr. 15 (Wandsbeck).

Während sich der Aufmarsch der über 4000 Köpfe zählenden, nach Universitäten geordneten Studentenschaft unter klingendem Spiel mit allem Waffenprunk vollzog, fanden im Innern des Schlosses mehrfache Empfänge statt. Zuerst erschienen die drei Bürgermeister von Hamburg, Bremen und Lübeck, um den Fürsten zu beglückwünschen. Auf die Ansprache des Bürgermeisters Dr. Versmann aus Hamburg erwiderte der Fürst:

Ich danke herzlich dafür und bitte, meinen Dank dem benachbarten Senat zu übermitteln. Wir haben ja so viele Beziehungen, und ich danke noch persönlich, daß Sie in der Zeit, als die Verhältnisse sich gestaltet haben, als Vertreter von Hamburg mitgewirkt haben, die jetzigen befriedigenden Zustände herzustellen. Ich freue mich deshalb, Herr Bürgermeister, jedes Jahr, wenn Ihr Name aus der Wahl der Nachbarschaft hervorgeht. Ich bitte, den hohen Committenten des Hohen Senats meinen ehrerbietigsten Dank aussprechen zu wollen. Ich komme in neuerer Zeit wenig nach Hamburg. Es liegt das an meinem Körper. (Auf die Bemerkung des Bürgermeisters, er hoffe, daß Seine Durchlaucht in dem Jahre wieder nach Hamburg kommen würden, fährt der Fürst fort:) Wie Gott will.

Inzwischen war das Glückwunschtelegramm des Kaisers eingetroffen. Hierauf erschien Landrath von Kozierowsky als Vertreter des Kreises Herzogthum Lauenburg mit dem Landesmarschall von Bülow, ferner der Landrath des Kreises Stormarn von Bonin aus Wandsbeck und Graf Schimmelmann aus Ahrensburg; zu ihnen äußerte der Fürst:

Meine Herren, ich danke wirklich und herzlich für Ihre freundlichen Glückwünsche.

Nach einem kurzen Gespräch mit Graf Schimmelmann sagte er:

Ich muß mich noch bei meinen Landräthen und Landesmarschällen entschuldigen, daß ich ein so säumiges Kreistagsmitglied bin. Ich bitte Sie um Nachsicht, denn ultra posse nemso obligatur.

Es folgte dann der Commandeur des Jägerbataillons aus Ratzeburg mit einer Abordnung von 6 Officieren und überbrachte die Glückwünsche des Bataillons. Der Fürst dankte herzlich und sprach sodann mit dem Commandeur über den Dienst im Bataillon. Nach ihnen überbrachte der Oberbürgermeister Rauch aus Wandsbeck mit zwei Stadtverordneten die Wünsche der Stadt und ihren Dank dafür, daß der Fürst genehmigt hatte, die milde Stiftung, die jetzt zum Geburtstag errichtet war, nach ihm zu benennen. Der Fürst erwähnte:

daß er sich vor drei Jahren sehr gefreut hätte, nach Wandsbeck zu kommen;[1]) leider sei es ihm in letzter Zeit nicht mehr möglich gewesen.

Nun erfolgte der Empfang der zur Beglückwünschung erschienenen Rectoren 29 deutscher Universitäten und Technischer Hochschulen in dem nach der Parkseite zu belegenen Zimmer neben dem Speisesaale. Die Herren waren alle in großem Ornat und mit sämmtlichen Insignien ihrer Würde erschienen und bildeten einen Halbkreis um den in großer Uniform in ihrer Mitte

[1]) Vergl. Bd. III, S. 21 f.

hochaufgerichteten Fürsten. Außerdem waren die Mitglieder der fürstlichen Familie, verschiedene Gäste von Distinction, unter ihnen die Abgeordneten deutscher Souveraine, fremde Diplomaten, sowie Officiere des Halberstädter Kürassierregiments und die Abordnung des neunten Jägerbataillons zugegen. Nach wenigen einleitenden Worten verlas der Führer der Deputation Professor Dr. Pfleiderer, Rector der Universität Berlin, die Adresse an den Fürsten.

Der Fürst antwortete:

Ich bin tief bewegt von der hohen Ehre, die Sie mir erzeigen, daß die Spitzen der deutschen Wissenschaft in Gestalt der Leiter der Universitäten mich in corpore mit ihrem Besuche beehren, um mich zu begrüßen an dem Tage, den die Natur in der Entwickelung und Abrechnung über meine Vergangenheit mir geschenkt hat. Ich fühle, daß ich dabei der Empfänger von Anerkennungen bin, die natürlich nicht meiner Person gelten können, sondern dem Werke, an dem ich gearbeitet habe und das ich zu schaffen versucht habe, also allen meinen Mitarbeitern und dem glücklich gewonnenen Resultat.

Es ist ja für mich erhebend und zugleich beschämend bis zu einem gewissen Grade, daß diese starke Bewegung, die ganz Deutschland in der heutigen Zeit ergreift, sich an meinen Namen knüpft; aber ich betrachte dabei meinen Namen nicht als Hauptsache, sondern als ein Feldgeschrei, unter dem die national gesinnten Reichsfreunde sich geeinigt haben, sich zu sammeln; die Verdienste, die ich für unsre nationalen Bestrebungen habe, theile ich mit Vielen, vor allen Dingen, wie ich das vor wenig Tagen hier schon gesagt habe, mit den deutschen Fürsten, mit ihren Regierungen, mit der ganzen Volkskraft, so wie sie die drei Kriege durchgefochten hat, die zur Herstellung unserer Einheit, wie ich glaube, nicht zu vermeiden waren. Der dänische wurde uns gebracht als eine Einleitung, der österreichische war nöthig zu einer Scheidung, zur Herbeiführung eines Gottesurtheils über einen tausendjährigen Streit zwischen den verschiedenen mit einander kämpfenden deutschen Stämmen, und der französische war vorauszusehen, sobald wir den österreichischen geführt hatten ohne Einmischung Frankreichs. Ich habe nie daran gezweifelt, daß wir ihn führen müßten, von Nikolsburg ab.

Die meisten Leute waren 1871 der Meinung, daß keine fünf Jahre bis zur Erneuerung des Krieges verrinnen würden; es ist — wenn ich auf irgend etwas stolz bin, so ist es dies — gelungen, den Frieden 25 Jahre seitdem zu erhalten, und es ist keine Aussicht, daß er in kurzer Zeit gestört werden werde, während man ihn 10 Jahre theils gefürchtet, theils gehofft hat.

Daß mir, ich kann nicht sagen der ungetheilte, aber doch ein hohes

Maaß von Beifall meiner Landsleute zu Theil ward, rührt namentlich daher, daß weder mein alter Herr, noch seine Rathgeber sich durch die Erfolge, die Gott uns verliehen hat, haben weiter führen lassen, als ein Bedürfniß für die deutsche Entwickelung vorhanden war. Man ist natürlich dankbar für den Frieden, alle Zeit ist der Deutsche ad utrumque paratus: den Frieden zu erhalten, wenn es sein kann, zu fechten, wenn es sein muß, aber ein Glück ist es für Niemanden.

Die Zustimmung, deren ich mich ich glaube bei der Majorität der selbstständigen Deutschen — ich unterscheide genau zwischen selbstständigen und unselbstständigen — erfreue, ist ja keine Einstimmigkeit. Aber die feste und klare Aussprache für die nationale Gesinnung bewirkt doch eine Scheidung, die an und für sich immer nützlich ist, daß man seine Freunde und Feinde erkennt, und daß wie auf dem Maskenball die Demaskirung eintritt. Ich würde keine Freunde haben, wenn ich nicht auch Feinde hätte, man kann nicht beides zugleich, kalt und warm sein, und aus Kampf besteht das Leben in der ganzen Natur, in der Schöpfung; bei den Pflanzen — als Forstmann erlebe ich das in meinen Kulturen — durch die Insekten zu den Vögeln, von den Raubvögeln bis zu den Menschen aufwärts: Kampf ist überall, ohne Kampf kein Leben. Und wollen wir weiter leben, so müssen wir auch auf weitere Kämpfe gefaßt sein.

Unsere Gegner, ich möchte sagen die Gegner des Reiches — die Herren sind ja sehr gereizt gewesen, wenn ich sie Reichsfeinde genannt habe, sie sind ja theoretisch nicht Reichsfeinde: jeder von ihnen kann sich irgend ein Reich denken, mit dem er sich befreunden würde und in dem er gern leben und gern herrschen würde vor allen Dingen, aber gerade das Reich, wie es existirt, das wollen sie nicht; sie müssen doch selbst sagen, daß sie wieder entzweischlagen, was mühsam erreicht worden ist, daß man einstweilen noch kein zweites Exemplar auftreiben kann. Ich halte also den Protest gegen den Namen Reichsfeind nicht berechtigt, das kann ich sagen, nachdem ich 25 Jahre gegen diese Fractionen im Reichsinteresse habe fechten müssen. Aber ich gebe gern zu, daß er nicht theoretisch, sondern nur in Anwendung ad hoc zu nehmen ist, sie lieben dieses Reich nicht. Die katholische Kirche kennt kein Reich, in dem sie eine hervorragende Stellung einnehmen würde, was sie wohl acceptiren würde. Ich habe mit dem Bischof von Ketteler anno 1870 in dem Sinne zu verhandeln gehabt. Die Socialdemokratie würde einem Reiche nicht abgeneigt sein, in dem die geschicktesten Redner und Agitatoren eine herrschende Stellung nicht bloß im Staate, sondern auch in der Familie und im Hause einnähmen. Die Polen würden sich mit einem Reiche befreunden können, das auf das Weichselgebiet ver-

zichtet und Posen und Danzig herausgiebt. Also Reichsfeinde theoretisch und absolut principiell sind die Herren nicht; aber das Reich, wie wir es haben, paßt ihnen nicht.

Ich befinde mich nun am Abschlusse und schon nach dem Abschlusse des Kampfes mit ihnen; und da ist mir bei dem Abschluß, den mir das Wohlwollen meiner Freunde verschönert, doch auch der Gedanke tröstlich, daß die Gegner offenbar kein Siegesgefühl haben, nachdem ich fünf Jahre außer Dienst bin, sonst würden sie nicht mit dieser giftigen und verleumderischen Verbissenheit noch gegen mich kämpfen; wenn sie mich für einen Besiegten hielten in unserem früheren dreißigjährigen Kampfe, dann würden sie nachsichtiger sein. So ungroßmüthig ist Niemand, daß er einen geschlagenen Feind noch in dem Maaße verfolgt und verleumdet, wie es mir heutzutage in socialdemokratischen und Centrumsblättern toto die geschieht. Dieser fortdauernde Zorn ist mir also eine befriedigende Quittung, daß die Herren Siegesbewußtsein nicht haben (Heiterkeit), und ich glaube auch nicht an ihren Sieg.

Ich bedaure, daß der Reichstag darauf verzichtet hat, einen zweiten Präsidenten aus den Socialdemokraten zu nehmen. Er würde dadurch die Herren der Nothwendigkeit näher gerückt haben, sich zu demaskiren und über das Ziel, dem sie zustreben, gelegentlich etwas mehr Auskunft zu geben und in dem Sinne zu handeln. Daß die Socialdemokraten keine Neigung haben, auf dergleichen einzugehen, das zeigt doch, daß sie selbst an die Möglichkeit ihres definitiven Erfolges noch nicht glauben, sonst würden sie bereitwillig dieses Hülfsmittel übernehmen. Aber sie fürchten, daß ein Moment kommt, wo sie sagen müssen: „Weh mir, ich bin erkannt!" Und wer sie erkannt hat, wer sie in ihren Zielen und Zwecken genau erkannt hat, der hat keine Möglichkeit mehr, mit ihnen zu gehen.

Ich möchte nun empfehlen, diesen ganzen Kampf nicht zu tragisch zu nehmen, es geht auf und ab damit. Es wird auch unter Umständen mit schwerem Blutvergießen gefochten, wir haben viel schwerere Kämpfe mit unsern heutigen Bundesgenossen gehabt, als wir je im Inlande gehabt haben. Im Inlande beschränkt es sich doch auf ein homerisches gegenseitiges Schimpfen (Heiterkeit) und auf gegenseitiges Insultiren. Es wird nicht einmal der Versuch gemacht, den Gegner zu gewinnen, sondern man sucht nur ihn zu kränken; das ist heutzutage der Hauptinhalt unseres parlamentarischen und publicistischen Streites, daß man nur sagen kann: „Dem habe ich es gut gegeben!" Was für Wirkung es macht, ist gleichgiltig. Ich nehme deshalb die Sache nicht so ernsthaft. Wir haben ja hier in Deutschland doch seit der Reformation und auch schon ein paar hundert Jahre vorher die Kämpfe gehabt,

deren Wiederhall noch heute vernehmlich wird. Wir haben in den Städteverfassungen die Kämpfe der Geschlechter und Zünfte gehabt; wir haben die Bauernkriege gehabt; dasselbe findet sich ja noch wieder in den socialdemokratischen Bestrebungen. Wir haben seit der Reformation die confessionellen Kämpfe gehabt, die Religionskämpfe des Dreißigjährigen Krieges, wir haben nachher den Siebenjährigen Krieg gehabt als Analogon, was doch auch beinahe ein confessioneller Kampf war, und wir haben uns wieder zusammengefunden, und Gott wird uns auch in der Zukunft wieder zusammenführen. Ich möchte nur nicht, daß irgend jemand, der richtigen Kampfeszorn in sich fühlt, auf unsrer Seite sich durch ein falsches Friedensbedürfniß und durch die Sorge, er könnte Schaden anrichten, wenn er den Degen zieht, abhalten läßt, ihn ruhig zu ziehen und zu fechten. Wir haben uns immer bekämpft und geschlagen in Deutschland, sei es rhetorisch, sei es kriegerisch, und es würde gewissermaßen ein dead lock, ein todter Moment eintreten, wenn wir plötzlich einig würden (Heiterkeit), wenn wir keine Fractionen hätten, wenn wir Alles wie der Cantor vorsingt nachsängen, und das würde uns Deutschen doch sehr schwer ankommen (Heiterkeit). — —

Unser Herrgott ist doch ein einsichtigerer Regent als irdische Fürsten sein können, und es giebt unter uns viele Leute, die mit dem Regiment der Vorsehung innerlich, wenn sie frei reden sollen, auch nicht vollständig zufrieden sind. Ich bemühe mich, es zu sein, und das Gebet im Vaterunser: „Dein Wille geschehe" ist mir immer maßgebend. Ich gebe mir Mühe, ihn zu verstehn, aber verstehn thue ich ihn nicht immer. — — Wir wollen auch den Willen der Regierung immer gern verstehn; selbst wo sie keinen hat, suchen wir einen und schieben wir einen unter (Heiterkeit). Die Leute sind auch in der Regel nicht so böse, wie die Gegner meinen (Heiterkeit).

Und so, meine Herren, möchte ich meinen Dank für Ihre Begrüßung wiederholen und Sie bitten, mit mir der weiteren Entwickelung mit voller Gemüthsruhe entgegenzusehen. Man wird mit achtzig Jahren kühler, wie man mit vierzig Jahren gewesen ist; aber im Ganzen bleibe ich doch in der Ueberzeugung, unser Gott läßt keinen Deutschen zu Grunde gehn, am allerwenigsten Deutschland, und in dieser Ueberzeugung danke ich Ihnen. Ich hoffe, die Herren unter Ihnen, die der Gottesgelahrtheit angehören, werden mit dafür sorgen, daß der Himmel uns günstig bleiben möge (Heiterkeit).

Nach Beendigung der Rede ließ sich der Fürst die erschienenen Rectoren einzeln vorstellen und richtete an jeden von ihnen ein freundliches Wort.

Hieran schloß sich der Empfang des türkischen Botschafters in Berlin,

Tewfik Effendi, der ganz unerwartet eintraf und den Fürsten Namens seines Souverains zu beglückwünschen den Auftrag hatte. Die Antwort des Fürsten lautete:

Je suis bien obligé de vous voir ici et profondément touché de l'honneur, dont Sa Majesté le Sultan me daigne aujourd'hui par votre présence et par vos paroles. C'est un nouveau signe de la bienveillance, dont Sa Majesté m'a donné tant de preuves. Je me souviens très volontiers des relations de service et personnelles, Monsieur l'Ambassadeur, que j'avais l'honneur d'avoir avec vous pendant tant d'années et dont je n'ai jamais eu cause de me plaindre.

Je prie Votre Excellence, qui venez de la part de votre Souverain, de remettre mes remerciments le plus obéissants aux pieds de Sa Majesté.

(Die „Hamb. Nachr." bemerkten zwei Tage später, daß dieser Wortlaut ein paar kleine Versehen enthalte; welche wurde nicht gesagt. Faute de mieux geben wir daher diese Fassung des Blattes hier wieder.)

Alsdann trat, ebenso unerwartet eingetroffen, der Flügeladjutant Sr. Majestät des **Königs von Württemberg, Oberst von Walther**, auf den Fürsten zu und überreichte ihm ein eigenhändiges Schreiben seines Monarchen, das der Fürst sofort erbrach und las, worauf er den Ueberbringer bat, Sr. Majestät seinen unterthänigsten Dank auszusprechen und Erinnerungen an sein persönliches Zusammentreffen mit dem Könige während des französischen Feldzuges hinzufügte. Aehnliche Handschreiben waren von Sr. **Majestät dem König von Sachsen, durch den Oberhofmarschall Grafen Vitzthum, und von Sr. Kgl. Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin durch den Obersten Frhrn. von Maltzan** überreicht worden. Der Fürst zog die Abgesandten der Souveraine und die Rectoren zur Frühstückstafel. Während derselben brachte Prof. **Pfleiderer** einen Trinkspruch auf den Fürsten aus, der in dem Wunsche gipfelte, es möge Sr. Durchlaucht vergönnt sein, auch den neunzigsten Geburtstag in ebenso schöner Weise zu erleben, wie heute den achtzigsten. Der Fürst sprach seinen herzlichen Dank aus und trank auf die fernere Erhaltung der deutschen Wissenschaft in der ihr nöthigen Freiheit und Unabhängigkeit.

Nach Beendigung des Mahles trat der Fürst mit seinen Gästen auf die Terrasse hinaus. In demselben Augenblick erhob sich aus den dichtgedrängten Reihen der inzwischen vollzählig aufmarschierten Studentenschaft ein brausendes Hurra!, das sich, durch hundertfältigen Salut mit den blanken Schlägern verstärkt, bis hinunter auf die Wiese fortpflanzte, wo eine nach Tausenden zählende Menge Aufstellung genommen hatte.

Als der erste Jubel verklungen und den Silentiumrufen Folge gegeben war, hielt Stud. **Bruch** eine von flammender Begeisterung getragene Ansprache an den Fürsten. Der Fürst erwiderte mit einer Rede, deren authentischer Wortlaut folgender ist:

Meine Herren! Ich habe soeben aus dem Munde Ihrer Lehrer, der Dirigenten unserer Hochschulen, eine Anerkennung über meine Vergangenheit erhalten, die für mich vom höchsten Werth ist. Aus Ihrer Begrüßung entnehme ich die Zusage für die Zukunft, die für Jemand in meinem Alter einen vielleicht noch höheren Werth hat als das Bedürfniß der Anerkennung. Sie werden die Gesinnungen, die Sie heute durch Ihre Anwesenheit hier an den Tag legen, wenigstens Viele von Ihnen bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts zu bethätigen in der Lage sein, während ich seit lange zur Unthätigkeit verurtheilt bin, der Vorzeit angehöre. Und das ist mir ein Trost; denn der Deutsche ist nicht so organisirt, daß er das, wofür er sich in der Jugend begeistert, in späteren Jahren vollständig fallen läßt. Sie werden in 40 und 60 Jahren vielleicht nicht ganz die Ansichten haben, die sie heute haben, aber das Samenkorn, was die Regierungszeit des Kaisers Wilhelm I. in Ihre jungen Herzen gelegt hat, wird doch immer auch dann seine Früchte tragen und Ihre Auffassungsweise, wie sich auch inzwischen unsere staatliche Einrichtung gestalten mag, wird immer eine deutschnationale bleiben, auch wenn Sie alt werden, weil sie es heute ist. Man giebt die Pflege des Nationalgefühls im eigenen Innern nicht muthwillig auf, man verliert sie auch nicht, auch wenn man auswandert. Ich habe ja die Beispiele, daß Hunderttausende von Deutschen heute aus Amerika, aus dem Caplande, aus Australien mit derselben Begeisterung an dem alten Vaterlande hängen, die sie zum großen Theil in den Kampf dafür geführt hat.

Wir haben unsere nationale Unabhängigkeit in schweren Kriegen erkämpfen müssen. Die Vorbereitung, der Prolog dazu, war der holsteinische Krieg. Wir mußten den Krieg mit Oesterreich führen, um uns auseinanderzusetzen, kein Gericht konnte uns ein Separationserkenntniß geben. Wir mußten fechten. Daß, nachdem wir bei Sadowa gefochten hatten, der französische Krieg uns bevorstand, konnte ja für Niemand zweifelhaft sein, der mit der Lage Europas vertraut war. Es empfahl sich nur, ihn nicht zu früh zu führen, bevor wir die Früchte unserer norddeutschen Einigung einigermaßen unter Dach gebracht hatten. Nachdem wir ihn geführt hatten, war bei uns überall das Gerede, in fünf Jahren würden wir den nächsten Krieg zu führen haben. Es war das ja zu fürchten: aber ich habe es seitdem als meine Aufgabe betrachtet, ihn zu verhindern. Wir Deutsche hatten keinen Grund mehr, Krieg zu führen;

was wir brauchten, hatten wir, darüber hinaus zu fechten, aus Eroberungsbedürfniß, für Annexion von Ländern, deren wir zu unserer Genugthuung nicht bedurften, ist mir als eine Ruchlosigkeit erschienen, ich möchte sagen als eine bonapartistische Ruchlosigkeit, als eine ausländische, die nicht in unserem germanischen Gerechtigkeitsgefühl liegt.

Ich bin also, nachdem wir in unserem Hause uns so ausgebaut und ausgedehnt hatten, wie wir es zu bedürfen glaubten, immer ein Mann des Friedens gewesen und habe selbst kleine Opfer nicht gescheut; der Mächtige kann unter Umständen nachgiebig sein. Weder die Carolinen noch die Samoa-Inseln, so viel Werth ich auf coloniale Entwickelung sonst lege, waren den Krieg werth, den wir dafür hätten führen können. Kriegerischen Ruhm bedurften wir nicht, Ansehen auch nicht. Das ist eben der Vorzug des germanischen Charakters unter allen übrigen, daß er seine Befriedigung in der eigenen Anerkennung des eigenen Werthes findet und kein Bedürfniß nach Prestige und Herrschaft und Vorrecht hat, daß er sich selbst genügt. Darauf habe ich gehalten, und es ist in der Politik viel leichter sich zu sagen, was man vermeiden, als sich zu sagen, was man thun muß. Gewisse Grundsätze der Ehrlichkeit und der Tapferkeit untersagen uns ja manches, wie beim Manöver gewisse Felder zur Betretung verboten sind. Aber etwas ganz anderes ist die Entschließung darüber, was geschehen soll, und darüber kann Niemand eine sichere Voraussicht haben. Denn die Politik ist eine Aufgabe, mit der eigentlich nur die Schifffahrt in unbekannten Meeren eine Aehnlichkeit hat. Man weiß nicht, wie das Wetter, wie die Strömungen sein werden, welche Stürme man erlebt. In der Politik kommt noch dazu, daß man wesentlich von den Entschließungen Anderer mit abhängig ist, auf die man gerechnet hat, und die nachher nicht eintreffen, daß man nie vollkommen selbstständig handeln kann, und wenn die Freunde, auf deren Unterstützung man angewiesen ist, ihre Ansicht ändern, wofür man nicht gutsagen kann, so ist der ganze Plan mißlungen. Also positive Unternehmungen in der Politik sind außerordentlich schwer, und wenn sie gelingen, so soll man Gott danken, daß er seinen Segen dazu gegeben hat, und nicht herummäkeln an Kleinigkeiten, die diesem und jenem fehlen, sondern die Situation acceptiren, so wie Gott sie macht. Denn der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen und lenken, er kann nur darauf fahren und steuern, mit mehr oder weniger Erfahrung und Geschick. Man kann Schiffbruch leiden und stranden und auch zu guten Häfen kommen.

Wenn wir nun zu guten Häfen gekommen sind, wie ich aus dem, ich kann nicht sagen allgemeinen, aber doch überwiegenden Urtheil meiner Landsleute entnehme — denn deren Befriedigung ist doch Alles, was

wir zu erstreben haben — so wollen wir zufrieden sein und pflegen und erhalten, was wir gewonnen haben an Kaiser und Reich, so wie es ist, nicht so, wie es Einzelne wünschen könnten, mit anderen Einrichtungen, mit etwas mehr Zuthat von dem, was Jedem am nächsten am Herzen liegt, sowohl in confessioneller wie in socialer Beziehung, sondern wir wollen sorgfältig festhalten, was wir haben, auch in der Sorge, das wieder zu verlieren, wenn wir es nicht zu schützen wissen. Deutschland ist ein mächtiges Reich gewesen unter den Karolingern und den Sachsen und den Hohenstaufen; und als es einmal diese Stellung verlor, so sind fünf, sechs hundert Jahre vergangen, ehe es sozusagen wieder auf die Beine kam. Die politischen Entwickelungen gehen so langsam wie die geologischen. Die Schichten legen sich übereinander und erzeugen neue Bänke und neue Gebirge.

Aber ich möchte vor allen Dingen die jungen Herren bitten: geben Sie sich dem deutschen Bedürfniß der Kritik nicht zu sehr hin, acceptiren Sie, was uns Gott gegeben hat und was wir mühsam unter dem bedrohenden — Angriff kann ich nicht sagen — aber Gewehranschlag der übrigen Europäer ins Trockene gebracht. Es war nicht so sehr leicht. Wären wir vor den europäischen Seniorenconvent vor Abschluß unserer französischen Angelegenheiten citirt worden, wir wären lange nicht so gut weggekommen, wie es gewesen ist, und meine Aufgabe ist es gewesen, dies nach Möglichkeit zu verhindern. Daß dabei nicht Alles erreicht werden konnte, was Jeder wünscht, ist natürlich, und ich spreche davon nur, um die Nachsicht derer in Anspruch zu nehmen, die ganz berechtigt sind, mehr zu erwarten, vielleicht auch mehr zu erstreben; aber nur nicht zu früh und nur nicht zu rasch. Halten wir vor allen Dingen zunächst fest, was wir haben.

Wer die meisten Opfer für die Herstellung des Deutschen Reiches gebracht hat, sind offenbar die deutschen Fürsten, der preußische nicht ausgeschlossen, und mein alter Herr hat lange gezögert, ehe er seine Reichsunabhängigkeit bereitwillig aufgab. Also seien wir denn denen dankbar, die für das Reich Opfer gebracht haben, die den Dynastieen schwer fallen mußten nach der ganzen deutschen tausendjährigen Geschichte; seien wir dann auch der Wissenschaft und ihren Pflegern dankbar, daß sie auf ihrem Herd das Feuer der deutschen Einheit jahrhundertelang erhalten haben, bis die Zeit kam, daß ihm wieder Brandstoff zugeführt wurde und daß es höher aufflammte und uns eine befriedigende Leuchte und Wärme gewährte.

Also ich möchte vor allen Dingen — Sie werden mir sagen, ich bin ein alter Conservativer — mich dahin zusammenfassen: Halten wir, was wir haben, vor allen Dingen, ehe wir Neues versuchen. Fürchten

wir uns auch nicht vor Denjenigen, die uns das nicht gönnen, was wir haben. Es sind Kämpfe in Deutschland ja immer gewesen. Und die heutigen Fractionsspaltungen sind ja doch nur die Nachwehen der alten deutschen Kämpfe in den Städten, zwischen den Geschlechtern und den Zünften, in den Bauernkriegen zwischen den Besitzenden und den Nicht-besitzenden, in den Religionskriegen, im Dreißigjährigen Kriege. Alle diese tiefgehenden, ich möchte sagen geologischen Spaltungen im deutschen Boden lassen sich nicht vertilgen mit einem Schlage; und wir müssen mit unseren Gegnern doch auch Nachsicht haben, wenn auch nicht darauf verzichten, unsererseits zu fechten. Das Leben ist Kampf in der ganzen Schöpfung, und ohne innere Kämpfe kommen wir zuletzt beim Chinesen-thum an und versteinern. Ohne Kampf kein Leben. Nur muß man in allen Kämpfen, sobald die nationale Frage auftaucht, doch immer einen Sammelpunkt haben, und das ist für uns das Reich, nicht wie es vielleicht gewünscht werden könnte, sondern wie es besteht, das Reich und sein Kaiser, der der Vertreter dafür ist, und deshalb bitte ich Sie, mit mir einzustimmen auf das Wohl von Kaiser und Reich; und mögen Sie Anno 1950, so viel von Ihnen noch leben, mit voller Zufriedenheit das Hoch mit ausbringen: „Kaiser und Reich, sie leben hoch!"

Nach der Rede des Fürsten intonirte die Musikcapelle das „Bismarcklied", welches nach der Weise „Du Schwert an meiner Linken" von der versam-melten Studentenschaft gesungen und dessen Text dem Fürsten, der inzwischen auf einem Sessel an der Balustrade Platz genommen hatte, durch einen Chargirten überreicht wurde. Es ist von H. Schmieden verfaßt und lautet:

Horch, Sturmesflügel rauschen,
Die deutschen Eichen lauschen,
Blinkender Schläger Klang
Mischt sich dem Chorgesang.
Hurra! Hurra! Hurra!

Heut gilt nicht Spiel noch Scherzen,
Heut klopfen Männerherzen,
Heil'ge Begeisterung
Eint uns zur Huldigung.
Hurra! Hurra! Hurra!

Der Thron und Reich umfriedet,
Das Kaiserschwert geschmiedet,
Stolz trug das Reichspanier:
Bismarck, wir jauchzen Dir!
Hurra! Hurra! Hurra!

Du Held vom Stamm der Eichen,
Du Ritter ohne Gleichen,
Dein Haupt, so hochbetagt,
Ob dem Jahrhundert ragt.
Hurra! Hurra! Hurra!

Derselbe Chargirte credenzte dann auch dem Fürsten den ersten Trunk aus dem im Innern des wundervollen Onyxobelisken enthaltenen Fasses bayerischen Bieres. Nachdem der Fürst getrunken hatte, überreichte ihm ein Vertreter des Göttinger Corps Hannovera, dessen alter Herr er bekanntlich ist, ein dem Archiv entstammendes Paukbuch, das die Mensuren des Fürsten und ihre Ergebnisse aufweist, sowie einige andere studentische Voracten, die auf die Activität des Fürsten bei der Hannovera Bezug haben. Der Fürst fügte lächelnd hinzu, daß er sich zwar manchen „Hannoveraner" zum Feinde habe machen müssen, daß es aber nicht anders gegangen sei.

Unterdessen ertönte aus der Festversammlung der Gesang der bekannten patriotischen und akademischen Lieder „Deutschland, Deutschland über Alles", „Die Wacht am Rhein", „Gaudeamus igitur", „O alte Burschenherrlichkeit" und anderer. Eine Pause zwischen diesen Gesängen benutzte der Fürst, um, ähnlich wie seiner Zeit in Jena, der Studentenschaft zuzutrinken. Dies geschah unter unbeschreiblichem Jubel derselben mit den Worten:

„Vivat Academia!"
„Vivat membrum quodlibet!"

aus einem mit Bier gefüllten Weinglase, das der Fürst dann umkehrte, um zu zeigen, daß kein Tropfen darin geblieben sei. Nun begab sich der Fürst, seiner Gewohnheit folgend, trotz der großen Anstrengungen, die ihm der Tag schon auferlegt hatte, hinunter in die Mitte der Studenten. Oberförster Lange und Geh. Rath Schweninger schritten voraus, die Grafen Herbert und Wilhelm folgten. Der Fürst sprach bei diesem Rundgange, der ungefähr eine Viertelstunde in Anspruch nahm, mit einer Anzahl seiner jungen Freunde, aus deren strahlenden Gesichtern und leuchtenden Augen die Gefühle deutlich zu erkennen waren, mit denen diese hohe Auszeichnung sie erfüllte. Als der Fürst die Terrasse wieder betreten hatte, wurde das Zeichen zum Abmarsch gegeben, der sich unter den Klängen der anwesenden Musikcorps und unter andauernden begeisterten Hochrufen der Scheidenden vollzog. Ununterbrochen erschollen aus den Reihen der Abziehenden die herzlichsten Abschiedsrufe, wie „Auf Wiedersehen in zehn Jahren!"

Der Fürst wurde nicht müde, den Scheidenden in der leutseligsten und humorvollsten Weise Abschiedsgrüße zuzuwinken. Der Zug bewegte sich nur sehr langsam vorwärts und gerieth öfters auf Augenblicke gänzlich ins Stocken. Der Fürst zerpflückte einen ihm von der Gräfin Rantzau gereichten Blumen-

strauß und warf die einzelnen Blumen den Studenten zu, eine Liebenswürdigkeit, die so lebhaften Anklang bei den Begünstigten fand, daß sie mehrfach wiederholt werden mußte. Gegen 2½ Uhr hatte die Ovation ihr Ende erreicht.

Der Fürst ruhte während des Nachmittags einige Zeit, war aber um ¾7, ¼ Stunde vor dem Diner, wieder auf der Terrasse anwesend, um den Obelisken nochmals zu besichtigen. Während des Diners, dem gegen 30 Personen beiwohnten, brachte Prof. von Lenbach mit wenigen vor Rührung übermannten Worten den Toast auf den Fürsten aus.

Etwa um halb acht Uhr, während der Fürst mit seinen Gästen noch bei der Tafel saß, trafen mit Extra-Zügen die Theilnehmer an dem Fackelzuge ein, den der Hamburger Reichstagswahlverein heute wie alljährlich dem Altreichskanzler als Huldigung darbrachte. Die Ovation hatte einen weit größeren Umfang erreicht, als ursprünglich angenommen war; man wird die Zahl der Theilnehmer mit 5000 eher zu niedrig als zu hoch bemessen. Der Anmarsch erfolgte auf dem Wege, der von der Oberförsterei her führt. Die den Zug eröffnende Musikcapelle nahm rechter Hand an der Terrasse auf der Rückseite des Schlosses Aufstellung, unter den Bäumen stellten sich die Fackelträger auf. Der ziemlich enge Raum war bald besetzt, nur ein kleiner Theil der Festtheilnehmer konnte in einiger Nähe des Schlosses Platz finden; die übrigen füllten den Park bis zur Oberförsterei hinaus, so daß derselbe einem ungeheuren wogenden Feuermeere glich. Das Musikcorps spielte gerade den Hohenfriedberger Marsch, als auf dem Altan mehrere Diener erschienen, die Brüstung mit Pelzdecken belegten, und gleich darauf Fürst Bismarck, von begeisterten Hochrufen der harrenden Menge begrüßt, hinaustrat. Es folgten ihm Prof. Schweninger, die Grafen Herbert und Wilhelm und ihre Gemahlinnen, Prof. von Lenbach, Gräfin Hoyos und einige andere Herrschaften, die an dem Diner theilgenommen hatten. Der Fürst, der den grauen Pelzmantel lose um die Schultern und den Kürassierhelm auf dem Haupte trug, stellte sich an die Brüstung unmittelbar neben der Treppe, die nach dem Park hinabführt.

Nachdem die Hochrufe verklungen nahm Dr. Semler, der auch vor 5 Jahren den ersten Fackelzug geführt hatte, das Wort zu folgender Ansprache an den Fürsten:

Euer Durchlaucht!

Wir Hamburger danken Euer Durchlaucht dafür, daß Euer Durchlaucht auch in diesem Jahre unsern Fackelzug haben entgegennehmen wollen, in diesem Jahre, wo ganz Deutschland glückwünschend Euer Durchlaucht umdrängt.

Wir danken und sind stolz darauf, daß Euer Durchlaucht uns wieder wie seit Jahren diesen Abend gegeben haben in dem Bewußtsein, daß wir seit dem ersten Tage, wo Euer Durchlaucht hier geweilt haben, und wo es noch

einsamer war in Friedrichsruh, es als eine heilige Pflicht erkannt haben, Euer Durchlaucht zu beweisen, daß es eine nationale Dankbarkeit giebt, und daß die nächste große deutsche Stadt sich dessen bewußt ist.

... Aber eben weil der Gedanke ans Vaterland uns heilig ist und ein Theil unseres edelsten Empfindens — darum heilig auch unsere Hoffnung, daß Euer Durchlaucht noch lange vor Augen uns weilen mögen, und als ein Theil von uns selbst aus innerstem Herzen klingt unser Wunsch:

Lang lebe Euer Durchlaucht.
Seine Durchlaucht Fürst Bismarck allewege.
Eins, zwei, drei Hurrah!

Der Fürst antwortete in folgender Rede:

Meine Herren Nachbarn von Hamburg! Ihre Begrüßung zu meinem Geburtstag ist nachgerade für mich zu einer Gewohnheit geworden, auf die zu verzichten mir schwer werden würde. Ich habe in meinen Bestrebungen zur Belebung unseres Nationalgefühls, zur Herstellung der nationalen Einheit manchen ungerechten Zweifel gehabt und manches irrthümliche Vertrauen gehegt, aber daran habe ich niemals gezweifelt, daß der alte hanseatische Geist, der vor Jahrhunderten bereits das deutsche Ansehen weit über Land und See vertreten und tapfer vertreten hat, und weit über die Kräfte, die heutzutage die hanseatischen Städte aufbringen könnten, vertreten hat, daß der mich auf die Dauer nicht im Stich lassen würde bei diesen Bestrebungen, sobald sie Aussicht auf befriedigenden Abschluß hätten; daran habe ich nie gezweifelt. Es haben ja Irrungen und Mißverständnisse, Kämpfe, wie sie unter uns Deutschen üblich sind, sobald wir gemeinschaftliche Entschließungen zu fassen haben, stattgefunden, aber seit Hamburg seinen Anschluß an das Deutsche Reich beschlossen hat, da giebt es keine festere und sicherere Stütze unserer nationalen Empfindungen als den alten hanseatischen Unternehmungsgeist, und ich hoffe, daß er die Bahnen, die er betreten hat, weiter verfolgen wird und weiter ausdehnen wird, in einem Umfang, wie wir ihn früher nicht gekannt haben. Es ist doch allezeit unsere erste deutsche Handelsstadt, Hamburg, und sie hat sich früher selbständig erhalten in einer Weise, die für ein so wenig kriegsstarkes Gemeinwesen weit in entfernten Meeren alle Anerkennung und Bewunderung verdient. Jetzt aber, wo die gesammte deutsche Macht hinter Hamburg steht, darf ich der Hoffnung Raum geben, daß das weitere Gedeihen und die weitere Entwicklung Ihrer Stadt auf kein Hinderniß mehr stoßen wird und daß wir nicht nötig haben, ihr irgend welche Grenzen zu ziehen. Ihre Mitbürger unterhalten noch heutzutage mehr — und ich nehme Bremen nicht aus — mehr als ihrer Bevölkerungszahl arithmetisch zufallen würde, freundliche Beziehungen zu allem, was über See ist. Sie sagen

hier in Hamburg von ihren Angehörigen einfach: er ist drüben, er kommt aber wieder und bleibt Deutscher und wird wieder Hamburger; und dieses Uebersseegehen, der alte hanseatische Unternehmungsgeist, das ist das Element, was unsere Beziehungen zu den Welttheilen jenseits des Atlantischen Meeres unterhält, und mehr als irgend eine staatliche und amtliche Vertretung es könnte. Wenn alle Hamburger und Bremer, die heutzutage in Südamerika leben, heimkehren wollten, so würde ich das für verhängnisvoller halten, als wenn alle amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches in jenen Welttheilen verschwänden. (Lebhafter Beifall, Heiterkeit.)

Ich halte den überseeischen Kaufmann für einen zuverlässigeren und bequemeren Vertreter nicht bloß nach unten, sondern auch oft nach oben als — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen — die amtlichen. Denselben Gedanken habe ich immer schon mit Bezug auf unsere afrikanischen Beziehungen gehabt. Ich habe gehofft, daß sich dort eine kaufmännische Regierung ausbilden würde. Nun, ich will auf den Irrweg der Kritik dessen, was geschieht, oder geschehen ist, nicht verfallen, aber ich hoffe, wir werden auch in Afrika nochmal zu einem System kommen wie dasjenige, was England in Ostindien groß gemacht hat. Da herrscht und regiert die Kaufmannschaft, die weit besser weiß, als das hinter dem Actentisch möglich ist, was unseren Beziehungen zu den überseeischen Stämmen frommt. Und in diesem Sinne und in der Hoffnung bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Ihre von mir geschätzte und geliebte Vaterstadt, der ich leider habe seit Jahr und Tag fernbleiben müssen, wegen körperlicher Hinfälligkeit (Widerspruch). Die Krankheit vor 1½ Jahren in Kissingen hat mir einen schweren Schlag gegeben, und die Vereinsamung meines Hauses seitdem hat ihn verschärft. Aber trotzdem bitte ich Sie, voller Hoffnung und mit freudigem Blick in die Zukunft, mit mir einzustimmen auf das Wohl unserer Hansestädte und in specie meiner Nachbarstadt Hamburg. Die Hanseaten, sie leben hoch!

Nach Beendigung seiner Rede schritt der Fürst, begleitet von seinen Söhnen und Professor Schweninger in den Park hinab, sprach den Leitern der Veranstaltung seinen Dank aus und ließ dann, aufrecht stehend, den ganzen drei Kilometer langen Zug, an dem auch viele Damen theilnahmen, an sich vorbeiziehen. Vielen, der unmittelbar an ihm Vorüberziehenden ein freundliches Wort sagend. Die Begeisterung und der Jubel der Festtheilnehmer waren unbeschreiblich. Unaufhörlich ertönten die Hochrufe. Viele streckten dem Fürsten, dessen reckenhafte Gestalt im Rücken von blauen Magnesiumfackeln beleuchtet wurde, Blumensträuße entgegen. Der Rückmarsch erfolgte auf dem Wege, der vom Schloßhofe aus jenseits der Wiese am Saum des Gehölzes nach der Oberförsterei zurückführt. Es war ein wunderschöner Anblick, vom Altan

aus diese unabsehbare Kette strahlender Lichter das Waldesdunkel drüben erleuchten zu sehen. Als die letzten Fackelträger am Fürsten vorbeigezogen waren, kehrte dieser, nachdem er den Pelzmantel sich hatte abnehmen lassen, auf die Terrasse zurück und sprach von dort aus noch folgende Worte: „Ich sage Ihnen herzlichen Dank, meine Herren, und gute Nacht. — Ich bin verbraucht; ich bin zu alt, um länger aufzubleiben.“ Mit freundlichem Gruße an die ihm ein letztes brausendes Hoch zujauchzende Menge suchte er dann die inneren Räume wieder auf.

Als die Dunkelheit hereinbrach, hatte die Illumination in Friedrichsruh ihren Anfang genommen. Prächtig war die Specht'sche Villa beleuchtet. Zwanzig Mastbäume, im Halbkreise stehend, trugen die Flaggen der Hamburger Rhedereien, durch farbige Lampions verbunden. Der Garten und die Villa waren durch etwa 6000 Beleuchtungskörper feenhaft illuminirt, in Flammenschrift prangten riesengroß die Worte: „Hoch Bismarck!“ Nachdem alle Beleuchtungskörper angezündet waren, wurde ein Brillantfeuerwerk abgebrannt. Der Bahnhof war gleichfalls prächtig illuminirt, desgleichen die Villa des Herrn Emil Vogt in Aumühle, das Sophienbad und der Bahnhof in Reinbek.

* * *

In Berlin fand zur Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck am Abend um 6 Uhr in dem neu hergerichteten, glänzend erleuchteten Weißen Saale des königlichen Schlosses eine Festtafel zu 140 Gedecken statt. Der Kaiser und die Kaiserin saßen bei der Tafel nebeneinander, den Mittelplatz gegenüber hatte der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe inne. Zu beiden Seiten folgten die in Berlin und Potsdam z. Z. weilenden Prinzen und Prinzessinnen, sowie die übrigen Geladenen, zu denen der ganze königliche Hof, die Ritter vom hohen Orden des Schwarzen Adlers, die activen und inactiven Staatsminister, die Generalität, die Mitglieder des Bundesraths und die Präsidenten des Reichstages (nur der erste Vicepräsident Schmidt-Elberfeld fehlte), des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses zählten. Im Verlauf der Tafel erhob sich der Kaiser und brachte den Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck aus: „Seine Durchlaucht der Herzog von Lauenburg, Fürst von Bismarck, Hurra! Hurra! Hurra!“ Die Musik nahm den Toast mit einer Fanfare auf. Gegen 7¾ Uhr war die Festtafel beendet. Die Tafelmusik hatte die Capelle des 1. Garde-Regiments z. F. und das Trompetercorps des Garde-Kürassier-Regiments gestellt.

* * *

Am Abend vereinigte sich die Studentenschaft, die Mittags dem Fürsten ihre Huldigung in Friedrichsruh dargebracht hatte, in Hamburg zu einem großen Festcommerse. Soweit es die großen Räume des Sagebiel'schen Hauses

gestatteten, nahmen auch Hamburger Familien Theil. Die ganze Feier wurde getragen von der hohen Begeisterung, die des Fürsten Worte in den Herzen der jungen Männer entfacht hatte, und unter jubelndem Beifall wurde noch folgende Depesche nach Friedrichsruh gesandt:

„Die zur Feier des Geburtstages Euer Durchlaucht versammelte deutsche Studentenschaft sendet am Abend eines herrlichen Tages in einmüthiger Liebe und Dankbarkeit Euer Durchlaucht huldigenden Gruß. Sie kommt in corpore einen Ganzen nach und reibt nach alter Studentensitte einen Salamander."

Die Mittheilung des Vorsitzenden, daß Fürst Bismarck zur Erinnerung an den Tag jedem Theilnehmer an der Huldigungsfahrt eine Broncemedaille durch die Chargirten der einzelnen Vereinigungen im Saale werde überreichen lassen, rief eine so freudige Bewegung hervor, daß auf lange Zeit jeder Fortgang des Commerses stockte.

* * *

Ueber die Festlichkeiten im Reiche hier zu berichten ist unmöglich. Jeder Ort, ob groß, ob klein, that sein Bestes; im ganzen deutschen Vaterlande fand die dankbare Verehrung für den achtzigjährigen Fürsten begeisterten Ausdruck. Der Telegraph brachte Nachricht über besonders festliche Veranstaltungen aus Aachen, Arolsen, Augsburg, Barmen, Berlin, Bochum, Bonn, Bremen, Breslau, Cassel, Coburg, Crefeld, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. O., Frankfurt a. M., Greiz, Großlichterfelde, Hamburg, Hanau, Hannover, Hildesheim, Homburg v. d. H., Karlsruhe, Kiel, Kissingen, Köln, Königsberg, Konstanz, Leipzig, Lübeck, Mainz, Mannheim, München, Münster, Nürnberg, Partenkirchen, Posen, Rüdesheim, Rostock, Straßburg, Stuttgart, Trier, Weimar, Witten, Würzburg.

Nicht minder allgemein war die Feier unter den Deutschen im Auslande. U. A. liegen besondere Berichte vor aus Basel, Belgrad, Bern, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Christiania, Graz, London, Lugano, Luxemburg, Mailand, Marseille, Mureck, Newyork, Paris, Riga, Rom, St. Petersburg, Stockholm, Wien, Zanzibar, Zürich.

* * *

Wie allgemein die Feier des 1. April gewesen ist, das wird am besten veranschaulicht durch den dem Fürsten Bismarck durch den Staatssecretair von Stephan erstatteten Bericht über den Umfang des Post- und Telegraphenverkehrs in Friedrichsruh während der Tage vom 29. März bis 2. April. Wir entnehmen dem Berichte Folgendes:

Das Personal des Postamtes Friedrichsruh wurde schon vom 25. März an um 7—17 Beamte und 6 Unterbeamte verstärkt. Am 1. und 2. April sind außer dem Amtsvorsteher 20 Beamte und 8 Unterbeamte thätig gewesen.

Für den telegraphischen Verkehr waren die umfassendsten Vorkehrungen getroffen: dem Postamte Friedrichsruh waren fünf unmittelbare telegraphische Verbindungen mit Hamburg und vier mit Berlin zur Verfügung gestellt. Zwischen Berlin und Hamburg sind bis zu 14 Hughesleitungen gleichzeitig im Betriebe gewesen. Das Personal bei dem Telegraphenamte in Hamburg hat in der Nacht vom 1. zum 2. April um 50 Beamte verstärkt werden müssen.

Schon am 25. März gingen in Friedrichsruh 102 Telegramme mit 2899 Wörtern ein; aufgeliefert wurden an diesem Tage 215 Telegramme mit 21 110 Wörtern. Die Zahl der angekommenen Telegramme hat vom 25. März bis 1. April stetig zugenommen und am 1. April die Zahl von 4122 Stück mit 128 266 Wörtern erreicht; es gingen am 1. April ab 606 Telegramme mit 57 814 Wörtern, so daß an diesem Tage insgesammt 4728 Telegramme mit 186 080 Wörtern verarbeitet wurden. Im Ganzen sind vom 25. März bis 2. April 1660 Telegramme mit 123 893 Wörtern aufgeliefert worden und 9815 Telegramme mit 329 367 Wörtern angekommen, mithin 11475 Stück Telegramme mit 453 260 Wörtern befördert worden.

An der Auflieferung der Telegramme war die Presse in hervorragender Weise betheiligt: 70 Berichterstatter vertraten sie.

Auch der Postverkehr in Friedrichsruh hat einen außerordentlichen Umfang gehabt: vom 25. März bis 2. April sind 979 gewöhnliche Pakete, 265 Werth- und eingeschriebene Pakete, 995 eingeschriebene Briefe und 450 000 gewöhnliche Briefe und Postkarten und Drucksachen eingegangen.

* * *

Wie die großen Anstrengungen des Tages dem Fürsten bekommen sind, zeigt ein Bericht der „Berl. Neuesten Nachr.“:

Der Fürst hat die Anstrengungen des gestrigen Tages gut überstanden. Die Eindrücke des glänzenden Verlaufes auf den greisen Helden waren lebhaft und sehr sympathisch. Als er wider seinen Willen bald nach dem Fackelzuge zur Ruhe zu gehen gebeten wurde, lehnte er ab und blieb im Kreise der Familie und Freunde bis gegen 11 Uhr. Einem Gast sagte der Fürst:

> Nachdem ich diese jungen Eichen gesehen, glaube ich für die Zukunft der deutschen Sache nicht besorgt sein zu müssen.

Professor Schweninger sagte dem Fürsten scherzend, er dürfe fernerhin nach solchen körperlichen Leistungen nicht mehr behaupten, er sei ein alter kranker Mann. Heute früh war der Fürst schon sehr zeitig auf, und die erste Pflicht, die er sich auferlegte, war die Beantwortung einer weiteren Reihe von Beglückwünschungen. In der Zahl der europäischen Monarchen, die dem Festtag ihre persönliche Theilnahme zuwandten, fehlen nur wenige

Namen. Der Fürst, der die Danksagung stets unverzüglich selbst besorgt, hat einen großen Theil dieser Arbeit schon hinter sich. Dem Kaiser hat er für die huldreichen Wünsche in einem Handschreiben gedankt.

Gegen 11 Uhr kam der Fürst mit freundlichem Morgengruß in das Parterrezimmer, wo noch immer rüstig an dem Oeffnen und Registriren der Pakete und Adressen geschafft wird. In der Liste ist man bis heute Nachmittag an das zwölfte Hundert gelangt. Der Fürst sah sehr frisch und heiter um sich und sagte jedem der fleißig Schaffenden ein freundliches Wort. Als einer von den freiwillig bei diesem „Liebesdienst" wirkenden Männern die Frage stellte, wie Seine Durchlaucht die Strapazen des gestrigen Tages überstanden hätten, entgegnete der Fürst:

> Weit besser, als ich gehofft hatte. Ich glaubte nicht, daß sich die Sache so gut machen werde. Ein bischen Gesichtsschmerz, na der kommt ja auch ohne Veranlassung. Es ging, wie ich gesagt, sehr viel besser als ich erwartete, nur mit den Stehmuskeln hapert's schon ein bischen.

Damit schritt er freundlichen Antlitzes hinaus.

* * *

Um 12 Uhr Mittags (2. April) empfing der Fürst die Abordnung der Stadt München, die ihm den Ehrenbürgerbrief der bayrischen Residenz überbrachte.

Die Abordnung, bestehend aus dem Bürgermeister Herrn Dr. Borscht, Commerzienrath Hänle und Rath Imhof, wurde von den Herren Geh. Rath Schweninger und Prof. von Lenbach am Bahnhof abgeholt. Die Adresse, die sie überreichte, ist ein Prachtstück, an dem Kunst und Kunstgewerbe betheiligt sind. Sie ruht in einer Ledercassette, die Adresse selbst auf schwerem Silber, der Ehrenbürgerbrief bildet die Mitte des kunstvollen Werkes; links oben ein fein geschnitzter Ritter, die Wehrkraft darstellend, rechts die Monachia, in der Mitte Schönhausen, eine entzückende Reliefarbeit. Alles in Elfenbein.

Nachdem das Geschenk mit einer Ansprache des Herrn Bürgermeisters überreicht war — es geschah in dem Salon, der an das Speisezimmer grenzt —, erwiderte der Fürst, der im schwarzen Ueberrock und dem weißen Halstuch kräftig aufrecht stand, was folgt:

> Meine Herren, ich bin Ihnen von Herzen dankbar, daß eine so angesehene Stimme, wie die der Hauptstadt des mächtigen Bayerlandes sich den Adressen, den Anerkennungen zugesellt, die ich am gestrigen und am heutigen Tage erhalten habe, und ich freue mich noch des Empfanges in München vor drei Jahren, der schon ein Vorspiel der heutigen Auszeichnung war. Ich freue mich, mit der Stadt wieder in nähere Berührung zu kommen und auf diese Weise sagen zu können, daß ich wirklich Münchener Bürger bin und als solcher mein Spatenbräu mit mehr bayrischem Bewußtsein und Genuß trinke.

Es ist ja eine glückliche Fügung von Gott gewesen, daß alle deutschen Staaten mitgefochten haben in dem französischen Kriege; wenn das anders gekommen wäre, wenn Bayern zum Beispiel neutral geblieben wäre und die übrigen, der Norddeutsche Bund allein gefochten hätte, so wären die gegenseitigen Beziehungen, die zwischen uns und Süddeutschland entstanden, doch nie so herzlich geworden, wie sie jetzt im Hinblick auf die Kameradschaft von Wörth und Sedan und Paris in der gegenwärtigen Generation, namentlich bei allen denen, die Soldat waren, vorhanden sind und hoffentlich vererben, namentlich da auch die Frauen und Mütter der zukünftigen Generation von dem Gefühle und der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß man gut bayrisch und doch gut deutsch sein kann. Ich habe ja mit meinen engeren Landsleuten, den Preußen, dieselben Schwierigkeiten durchzukämpfen gehabt, die in particularistischer Liebe zur Tradition, zu den eingelebten Formen, mir bereitet wurden, ehe man sich daran gewöhnte. Man hat sich schneller eingelebt, als ich zu hoffen wagte, und es ist doch jetzt nur eine partielle Opposition gegen das vorhandene Reich, das nicht allen Wünschen gerecht werden kann und viel Stoff zur Kritik bietet, aber wir haben kein anderes. Und wenn wir dieses entzweischlagen, ob man dann anderen Tages ein neues machen kann, das ist mir sehr unwahrscheinlich; aber so lange der Geist erhalten bleibt, der in diesen Tagen ich möchte sagen wie ein warmer wohlthuender Sturmwind über das Land hingegangen ist, zu meinen Gunsten und unverdient von mir, so lange ist mir nicht bange: wir bleiben zusammen, besonders wenn man uns von außen angreifen würde. Die Deutschen sind doch wie das Ehepaar in dem Molière'schen Stücke, ich glaube es heißt Le médécin malgré — wir sind immer mit einander im Kampf wie das Ehepaar, die mit einander unverträglich sind, aber sobald sich ein Dritter einmischt, wird die Sache so, daß er froh ist, wenn er mit heiler Haut davon kommt. Und so ist es bei uns Deutschen auch gewesen; die französische Provocation war eine von Gott gesandte Wohlthat, die uns einig machte. Der Sieg, der uns verliehen worden ist, und daß er gemeinschaftlich erfochten worden ist, und daß Jeder sagen kann, ich war auch dabei, und mit dem Blute meiner Landsleute ist das Reich auch gekittet worden, ist eine Gabe Gottes. Gott erhalte es so! —

Dann bat der Fürst die Herren, am Frühstück der Familie Theil zu nehmen, und schritt hochaufgerichtet voran, in liebenswürdigster Weise den Herren von den großen Eindrücken des Huldigungszuges der Studirenden erzählend. Er sprach dann von seinen guten Beziehungen zum bayrischen Herrscherhause und mit besonderer Wärme vom Prinz-Regenten Luitpold, auf dessen Wohl er einen kurzen herzlichen Trinkspruch ausbrachte. Dankbar

und großer Eindrücke voll verließen die Münchener Gäste das schlichte Haus, in dem sie herzbewegende Stunden genossen hatten.

* * *

Vom 2. April datirt auch das Dankschreiben, das der Fürst an den Hamburger Senat richtete:

Der Hohe Senat hat mich durch die freundlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstage hoch geehrt und erfreut. Ich bitte Hochdenselben, dafür und für das wohlwollende Zeichen der Anerkennung, welches mir durch die Prägung einer Münze zu meinem Andenken zu Theil geworden ist, den verbindlichsten Ausdruck meiner Dankbarkeit entgegen zu nehmen. v. Bismarck.

* * *

Der Empfang weiterer Besuche unterblieb während der nächsten Tage. Dagegen sind noch einige Dankesäußerungen des Fürsten aus diesen Tagen zu verzeichnen.

Für die Adresse der inactiven Generale dankte der Fürst in folgendem an den Generallieutenant z. D. Abel in München gerichteten Schreiben:

Friedrichsruh, 4. April 1895.

Euer Excellenz haben die Güte gehabt, an erster Stelle die Adresse zu unterzeichnen, in der die Herren inactiven Generale der deutschen Armee mir ihre Glückwünsche zu meinem Geburtstag dargebracht haben. Ich erlaube mir deshalb Ihre freundliche Vermittelung mit der ergebensten Bitte in Anspruch zu nehmen, daß Euer Excellenz den Herren Unterzeichnern, die ich nicht nur als Kameraden, sondern nach ihrer militairischen Vergangenheit als wesentliche Mitarbeiter an unserm nationalen Werke begrüßen darf, für diese mich in so hohem Grade ehrende und erfreuende Kundgebung meinen herzlichen Dank aussprechen zu wollen. v. Bismarck.

* * *

Der Dank für die Adresse des Berliner Magistrats (vergl. auch das Telegramm an den Oberbürgermeister Zelle oben S. 96) lautet:

Friedrichsruh, den 5. April 1895.

Seiner Hochwohlgeboren
dem Herrn Oberbürgermeister Zelle,
Berlin.

Euer Hochwohlgeboren sage ich für die warme und ehrenvolle Begrüßung, die ich in so glänzender Ausstattung durch Ihre freundliche Vermittelung zu meinem Geburtstage erhalten habe, meinen verbindlichsten Dank und bitte, den Ausdruck desselben den Herren vom Magistrat übermitteln zu wollen.

Der Glückwunsch des Magistrats der Residenzstadt hat mich um so wohlthuender berührt, als mich an Berlin und seine Bevölkerung alle Erinnerungen meiner Jugend und meiner amtlichen Thätigkeit knüpfen und Berlin für mich mehr als meine Geburtsstätte eine Heimath geworden ist, in der ich die meisten und wichtigsten Jahre meines vergangenen Lebens zugebracht habe.

Ich freue mich, unter den wohlwollenden Begrüßungen, die mir von allen Wohnplätzen deutscher Landsleute zugehen, insbesondere die unserer Haupt- und Residenzstadt zu erhalten.

v. Bismarck.

* * *

Am 8. April brachten 700 preußische Gymnasiallehrer dem Fürsten ihre Huldigung dar. Auf die Ansprache des Directors Professor Dr. Jäger aus Köln antwortete er:

Meine Herren!

Ich danke Ihnen zunächst herzlich für die Adresse, die ich soeben gehört habe, und wende mich dann an unsere Commilitonen — aber ich bitte, ich bin selbst alt und kahl genug, um zu wissen, was das heute heißt, im bloßen Kopfe! —

Meine Herren, die Ehre, die Sie mir heute erweisen, bildet einen Bruchtheil der mannigfaltigen Auszeichnungen, die mir heutzutage aus allen deutschen Landen und darüber hinaus zu Theil werden und zwar mir als dem Erben meiner Mitarbeiter von der Zeit Wilhelm's I. Ich stehe mit denen gewissermaßen in dem Verhältniß eines Tontine-Vertrages: der Ruhm der Absterbenden erbt auf die Ueberlebenden zusammen (Rufe: Nein! Eigener Ruhm!), und so fällt auch mir, der ich entweder jünger zur Arbeit gekommen bin oder langlebiger geschaffen bin, ein Antheil an der Gesammtheit des Ruhmes meiner Mitarbeiter mit in das Credit hinein. Wenn ich das nicht so auslegen könnte, so würde das überwältigend und demüthigend auf mich wirken wie eine Ueberschätzung. Ich habe als Einzelner meine Schuldigkeit in meinem Dienste gethan als meines Königs Mitarbeiter, und Gottes Segen hat es gedeihen lassen.

Aber ich muß auch Ihres Antheils an diesem Segen noch gedenken. Sie sprachen in der eben verlesenen Ansprache von der Dankbarkeit, die der Lehrerstand mir gegenüber empfindet. Meine Herren, das Gefühl ist ein gegenseitiges. Das ist für mich zum Durchbruch gekommen in der Zeit meiner politischen Arbeit. Hätte ich nicht die Vorarbeit des höheren Lehrerstandes in unserer Nation vorgefunden, so glaube ich nicht, daß mein Werk, oder das Werk, an dem ich mitgearbeitet habe,

in dem Maaße gelungen sein würde. Ihnen hat die Pflege der Imponderabilien obgelegen, ohne deren Vorhandensein in der gebildeten Minorität unseres Volkes die Erfolge, die wir gehabt haben, nicht möglich gewesen sein würden. Die Liebe zum Vaterlande, das Verständniß für politische Situationen, für diese und andere Eigenschaften werden die Keime gelegt in dem Stadium des Menschenlebens, welches Ihrer Pflege vorzugsweise anheimfällt. Unsere Erziehung gehört bis zum 14. Jahre der Volksschule, oder bis zum 19. der höheren Schule, nachher der Universität, dem Leben und den Frauen. Das durchschnittliche Alter, bis zu dem die Jugend Ihrer Pflege und Erziehung unterliegt, schließt mit dem 19., 20. Jahre des Abiturienten in der Regel ab, manchmal später, manchmal früher. Aber der Charakter des jungen Mannes legt sich gerade in dieser Zeit fest. Es ist nicht sehr oft der Fall, daß er auf der Universität oder später eine Modification erleidet, wenigstens nicht in der Liebe zum Vaterlande, die ihm auf der höheren Schule eingeprägt worden ist.

Die Erfolge der nationalen Entwickelung eines jeden Landes beruhen hauptsächlich auf der Minorität der Gebildeten, die das Land enthält. (Bravo!) Ich habe bei irgend einer neulichen Gelegenheit einmal gesagt: eine Verstimmung der abhängigen Massen kann eine acute Krankheit hervorrufen, für die wir Heilungsmittel haben; eine Verstimmung der gebildeten Minorität ruft eine chronische Krankheit hervor, deren Diagnose schwer ist und deren Heilung langwierig. (Bravo!) Und deshalb lege ich das Hauptgewicht auf die Erziehung und die Gesinnung der gebildeten Classen in jedem Lande.

Wir können bei uns — von den dynastischen Persönlichkeiten sehe ich ganz ab, aber die Leitung der Geschicke eines Landes ruht überall thatsächlich und unmittelbar in den Händen der gebildeten Classen — wir können bei uns in Deutschland, zunächst in den regierenden Kreisen, unter den Beamten, keine Leute verwenden, die nicht durch Ihre Hände, möchte ich sagen, gegangen sind; wir können kein Parlament haben, dessen führende Leute nicht der gebildeten Minderheit der Bevölkerung angehören. Dieselben können über die Führung von Massen ohne eigenes Urtheil unter Umständen zum Theil bestimmen, aber die Erziehung des Urwählers liegt nicht in ihrer Hand. Auch im Parlamente gehören die Leiter den gebildeten Classen an; im Heere wäre unser ganzer Officierstand ohne unsere wissenschaftliche — mir fällt kein besserer Ausdruck augenblicklich ein — ohne unsere Bildung überhaupt gar nicht möglich. Unser Officiercorps, einschließlich des Unterofficiercorps, was sich nach ihm bildet, ist eine unnachahmliche Schöpfung für alle übrigen Nationen. Sie machen es uns darin nicht gleich (lebhafter Beifall),

und das ist das Produkt unserer gesammten höheren Schulbildung, nicht der Volksschulbildung, sondern der Bildung und Erziehung der höher stehenden Classen, die sich dort vertreten finden. Auch unsere industriellen Leiter kennen diese Vollkommenheit unserer Industrie, die zuletzt dahin führt, daß es in der ganzen englischen Handelswelt heutzutage als eine Empfehlung gilt, wenn auf einer Waare steht: made in Germany (Lebhaftes Bravo!), auch das ist eine Wirkung desjenigen Bildungsstadiums, wie die höheren Schulen es liefern.

Unsere Kaufleute über See, die unsere besten Pioniere sind (Bravo!), würden ebenfalls ohne die deutsche Schulbildung das nicht leisten; ich spreche nicht von unseren colonialen Beziehungen, sondern von den mir als Hamburger Nachbar nächststehenden Beziehungen zu Amerika. Die wirksame Erhaltung der Wechselwirkung zwischen Gesammtamerika, Nord und Süd, und Europa beruht hauptsächlich auf unserem gebildeten Kaufmannsstande, und der würde nicht gebildet sein ohne unsere höheren Schulen.

Ich könnte in dieser Darlegung der politischen Wirkung der Imponderabilien, die auf unseren höheren Schulen in das Gemüth des deutschen Jünglings gepflanzt werden, vielleicht noch weiter gehen, aber ich will es lieber an einem Beispiele aus dem Auslande erörtern. Als ich in Versailles in Quartier lag, habe ich gelegentlich die Schulhefte der Söhne meiner Hauswirthe durchgesehen (Heiterkeit), und da bin ich ganz erstaunt gewesen über die ungeheuerliche geschichtliche Lüge, die in allen französischen höheren Schulen cultivirt wird, von Ludwig XIV. ab bis auf die heutige Zeit. Was hat das für Folgen? Daß der junge Franzose von Haus aus ein falsches Bild über die Bedeutung seiner eigenen Nation, über deren Berechtigung zur Macht bekommt, und daß er mit einem Hochmuth in die Welt tritt, von dem das deutsche Sprichwort sagt, daß er vor dem Fall kommt. (Lebhaftes Bravo!) Dem gegenüber befleißigt sich unsere höhere Schulleitung, soviel ich weiß, der Wahrheit und pflegt unter anderen Eigenschaften, mit denen Gott die deutsche Nation ausgestattet hat, auch die der Bescheidenheit (lebhaftes Bravo), was ich für in hohem Maße wichtig und nützlich halte. Die Selbstüberschätzung tödtet den Erfolg im Keim (Bravo), und von der halten wir uns fern; die Wahrheit wird bei uns gelehrt, vielleicht unter verschiedener Beleuchtung, aber doch jeder von seinem Standpunkte bestrebt sich, seinen Schülern die Wahrheit beizubringen, und ich habe es auch im politischen Leben stets für nützlich gehalten, wahr zu bleiben (lebhaftes Bravo!), um den Muth zu behalten. Ich habe dadurch manche Feinde erworben und manches Wort gesprochen, was zu den übelwollendsten Deutungen Anlaß geben kann; aber im Ganzen: das

Gesammtresultat ist für mich doch ein nach menschlicher Unvollkommenheit in hohem Maße befriedigendes (lebhaftes Bravo). Ich habe ja auch recht viele Gegner, aber das Wohlwollen der Majorität der unabhängigen und gebildeten Leute darf ich, glaube ich, für mich in Anspruch nehmen (Bravo). Es wird das vielleicht nicht immer die Majorität der Urwählerziffer decken (Heiterkeit), aber es ist doch für mich das entscheidende Princip auf die Dauer und für die Dauer der Einrichtungen, die wir uns gegeben haben. Und deshalb, wenn ich am Ende meiner Laufbahn stehe, so ist es mir ein beruhigendes Gefühl, daß die Sonne, die mir untergeht, mir ein schönes Abendroth zeigt. Als Landwirth bin ich gewohnt, das Abendroth als einen Propheten von gutem Wetter für den morgenden Tag anzusehen, und so wünsche ich Ihnen Allen, meine Herren, für die Tage, die kommen, gutes Wetter.

Sie sind zum großen Theile in Ihrer socialen und materiellen Stellung mit Recht unzufrieden (Zustimmung). Es existirt ein Mißverhältniß zwischen der Bedeutung, die, wie ich vorher zu schildern mir erlaubt habe, der höhere Lehrerstand für unsere nationale Zukunft hat, und zwischen deren bisheriger Würdigung (Sehr richtig!). Die Gewalt, die in dem Einflusse der Schule, der höheren Schule, auf die gebildeten Classen besteht, die Wichtigkeit der gebildeten Classen für das Gedeihen einer Nation wird heuzutage erheblich unterschätzt, und ich hoffe, daß darin sich allmählich auch eine Aenderung zum Besseren anbahnen wird. Ich meinerseits halte sie für nothwendig, wenn wir die Erfolge, die wir mit Hülfe der Fürsten, der Armee, errungen haben, auf die Dauer befestigen und dauerhaft machen wollen. Es ist schon eine erhebliche Wirkung des Einflusses der Gebildeten, daß die Frauen gewonnen worden sind im Großen und Ganzen für unsere nationale Entwickelung. Das war früher nicht. Wenn ich 50 Jahre zurückdenke, da kümmerten sie sich wenig darum (Heiterkeit), aber heutzutage halten sie ihre Kinder an, daß sie vor allen Dingen daran denken, daß sie Deutsche sind (lebhaftes Bravo). Und dieser Same, der in das Gebiet des Ewig-Weiblichen gefallen ist, liegt tiefer und dauert länger als unsere Männerstreitigkeiten, und der wird uns auch einmal herausreißen, wenn es schlimm wird.

Meine Herren, im Sinne meiner Betrachtungen, die ich mir erlaubte, Ihnen vorzutragen, bitte ich Sie ohne Rücksicht auf den darin liegenden Egoismus mit mir einzustimmen in ein Hoch auf den Deutschen Lehrerstand. Er lebe hoch, hoch und abermals hoch!

Ich könnte Ihnen noch viel sagen, aber ich kann so lange nicht stehen. Mein Herz ist noch voll für Sie, aber ich muß mich bescheiden.

* * *

Kein Wunder, daß die Friedrichsruher Festtage ein fruchtbarer Boden für falsche Gerüchte wurden. In der N.-A. vom 8. April nehmen die „Hamb. Nachr." Veranlassung, zwei derartigen Legenden entgegenzutreten. Sie schreiben:

Wir lesen in den „Berl. Neuest. Nachrichten":

„Zu den Festtagen in Friedrichsruh, die einen Congreß von Publizisten nach dem Sachsenwalde riefen, war auch ein Vertreter der ‚Pall Mall Gazette' erschienen, der die Ehre genoß, kurze Zeit der Gast des Fürsten Bismarck zu sein. Die erste Frage, die der große Staatsmann an den Engländer richtete, war die, welche Aussichten Lord Rosebery habe, sich an der Regierung zu halten."

Fürst Bismarck hat überhaupt keinen englischen Zeitungscorrespondenten, am allerwenigsten einen der „Pall Mall Gazette", bewußter Weise gesehen oder gesprochen. Wir sagen: am allerwenigsten von der „Pall Mall Gazette", weil dieses Blatt es ist, dessen Correspondenten gerade über angebliche Unterhaltungen mit dem Grafen Herbert Bismarck und dessen Vater schon früher Mittheilungen und Besprechungen gegeben haben, die lediglich auf Erfindung beruhten. Wir wissen nicht, ob der jetzt citirte „Pall Mall"-Correspondent derselbe ist, der früher für den „New York Herald" schrieb und der von der dortigen Redaction vor längerer Zeit wegen ähnlicher willkürlicher Erfindungen entlassen wurde und demnächst bei der „Pall Mall Gazette" Unterkommen gefunden zu haben scheint.

Die ganze Kritik Lord Roseberys, welche durch den besagten Correspondenten an seine angebliche Begegnung mit dem Fürsten geknüpft ist, ist schon aus dem Grunde als ausschließliches Eigenthum ihres Erfinders anzusehen, weil Fürst Bismarck mit Lord Rosebery seit langen Jahren persönlich befreundet ist und sich auf dergleichen Insinuationen gegen die Politik seines englischen Freundes überhaupt nicht und am allerwenigsten gegen ihm fremde Reporter einlassen würde, auch wenn solche an den betreffenden Tagen vom Fürsten gesehen und gesprochen worden wären.

Weiter heißt es da:

Neben zahlreichen unzutreffenden Nachrichten, welche über die Friedrichsruher Festtage Eingang in die Presse gefunden haben, ist uns eine Schilderung über das Diner am 1. April aufgefallen, welche anderswo als in Friedrichsruh selbst entstanden sein muß. Daß die Dinerstunde sowie Anzahl und Zusammensetzung der Gäste unrichtig angegeben waren, braucht nur nebensächlich bemerkt zu werden. Hervorheben wollen wir indessen, daß die angebliche Rede und Gegenrede des Grafen Herbert und des Fürsten Bismarck auf freier Erfindung

beruhen. Der Toast auf den Fürsten wurde, wie bereits von uns berichtet ist, in wenigen warmen Worten von dem Professor Franz von Lenbach ausgebracht; andere Reden sind während des Diners nicht gehalten worden.

* * *

Eine improvisirte Huldigung wurde dem Fürsten Bismarck am 9. April durch den Besuch von 36 Gymnasiasten aus Jever unter Begleitung von sechs Lehrern zu Theil. Der Gymnasiallehrer Kossenhasche hielt eine kurze Ansprache an den Fürsten; dieser antwortete:

Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre freundliche Begrüßung — aber ich bitte, setzen Sie die Hüte auf, es ist kühles Wetter; die jungen Herren auch, obschon sie noch alle gute Haare haben.

Meine Beziehungen zum Jeverlande haben sich auf der Basis des Kibitzes entwickelt. Es ist ein Zugvogel, der kommt und geht; aber ich hoffe, meine persönlichen Beziehungen zum Jeverlande werden dauernder sein als ein Zugvogel, und ich freue mich, die jungen Leute dieses berühmten alten friesischen Küstenstrichs hier vor mir zu sehen in der Ueberzeugung, daß auch in ihnen das Gefühl für die friesische Heimath und besonders für das weite Gesammtvaterland feste Wurzeln geschlagen haben und behalten wird; und wenn die Jüngsten unter Ihnen einmal so alt sein werden wie ich heut bin, daß sie auch dann noch nicht bloß Jeverländer, sondern treue Bürger des Deutschen Reiches und Mitglieder der deutschen Nation im thätigen Sinne des Wortes sein werden und entweder, wie es die Natur Ihres Landes darbietet, als Landwirthe oder im Staatsdienste, oder zur See das deutsche Gefühl und die deutsche Flagge hochhalten werden.

Ich danke Ihnen verbindlichst für den freundlichen Besuch und habe mich gefreut, die Jever'schen Gesichter einmal von Angesicht zu sehen, nachdem wir bisher immer nur in Correspondenz gestanden und ich die übliche Eiersendung dankbar empfangen habe. Das ist wohl schon seit anderthalb Jahrzehnten, daß unsere Verbindung existirt.[1])

Der Fürst lud dann die Lehrer mit ihren Damen zum Frühstück ein und wandte sich darauf noch einmal an die Schüler:

Ich habe leider nicht Platz für Alle, aber wenn die jungen Herren mir helfen wollen, die Masse von Kuchen zu vertilgen, die ich zum Geburtstag gekriegt habe und von der ich schier erdrückt werde, dann bin ich Ihnen sehr dankbar.

---

[1]) Die erste der ununterbrochenen Sendungen erhielt der Fürst schon Ostern 1871.

Ja, meine jungen Herren, ich wünsche Ihnen allen Glück im Leben, soweit der Mensch es überhaupt haben kann. Sie müssen sich nicht zu viel davon versprechen. Wenn man zurückblickt auf ein langes Leben, was Gott gesegnet hat, so sind doch die Tage, wo man sich recht wohl gefühlt hat, selten, besonders wenn man sehr abhängig ist von der Gesundheit, in der der Mensch sich befindet. Daher schonen Sie den Körper und pflegen Sie ihn — den Herren, die Medicin studieren wollen, brauche ich das nicht besonders zu empfehlen — dann werden Sie auch am Leben Freude haben. Der Geist läßt sich vom Körper einmal nicht lostrennen auf dieser Erde.

Nun, ich wünsche Ihnen alles Glück und Segen für die Zukunft!

* * *

Aus der nächsten Nachbarschaft und aus weiter Ferne kamen die Gäste, die der Fürst am 10. April bei sich sah. Die „Hamb. Nachr.“ berichten darüber am 11. April (M.-A.):

Im Auftrage des Norddeutschen Lloyd wurde heute früh unter Leitung des II. Offiziers Herrn Kenter von acht Unteroffizieren das in $^1/_{100}$ natürl. Größe ausgeführte Modell des Schrauben-Schnelldampfers „Prinz-Regent Luitpold“ nach Friedrichsruh gebracht, um gegen Mittag dem Fürsten Bismarck als Geschenk durch die Directoren des Lloyd, Herren Marquard und Wiegand, übergeben zu werden. Es ist zu diesem Zwecke gerade das Modell des „Prinz-Regent Luitpold“ gewählt worden, weil dieses das jüngste Schiff des Bremer Lloyds ist, das auch in die Linie der Reichs-post-Schnelldampfer eingestellt und nach einem neuen Typus gebaut ist. Das Modell steht unter einem 14 Fuß langen und 7 Fuß hohen Glaskasten, dessen schön geschnitzte Holzrahmen aus Teakholz sind; der tischförmige Untersatz ist von Mahagoni. Der Rumpf des Schiffes ist weiß und rot gestrichen. Alle Theile, die in Wirklichkeit an dem Dampfer aus Eisen sind, sind bei dem Modell in Silber ausgeführt.

Die Aufstellung des Modells geschah heute auf dem großen Altan an der Parkseite des Schlosses. Morgen wird es mit noch mehreren anderen Geschenken durch den Castellan Joly unter Assistenz des Herrn Kenter nach Schönhausen gebracht werden, wo es dem Bismarck-Museum einverleibt werden wird.

Vor dem Empfange der Bremer Abordnung traf um $^3/_4$1 Uhr im Schloß eine aus den Herren Dr. Krabbes, Premier-Lieutenant a. D., A. Cornelius und B. Liebmann bestehende Deputation der Deutschen Odessa's ein und wurde vom Fürsten sogleich nach ihrer Ankunft in einem Zimmer des Erdgeschosses empfangen.

Die Herren überbrachten eine Adresse.

Fürst Bismarck trat den Odessaer Herren mit den Worten entgegen:

Es ist sehr freundlich von Ihnen, meine Herren, daß Sie bei der rauhen Jahreszeit die Reise gemacht haben, nun, Sie sind an rauhes Klima in Rußland, selbst im Süden etwas gewöhnt.

Auf Herrn Cornelius' Brust das eiserne Kreuz erblickend, fragte der Fürst: „Wo haben Sie gestanden?" — „Im litthauischen Dragoner-Regiment," war die Antwort. „Sind Sie Ostpreuße?" — „Nein, von Geburt Berliner."

„In welchem Regiment haben Sie im Feldzuge gedient?" forschte der Fürst weiter und bemerkte, da er die Auskunft erhielt, daß Herr Cornelius bei der Division Kummer gestanden habe: „Ach, da sind Sie hart mitgenommen bei Metz. Bei allen Meldungen jener Tage wurde die Division Kummer genannt."

Dann wandte sich der Fürst zum nächsten Herrn, Dr. Krabbes, der sich als Westfale bezeichnete und angab, im Auswärtigen Amt als Kanzler des Generalkonsulats beschäftigt zu sein. Als darnach Herr Liebmann sich als Sachse vorstellte, sagte der Fürst: „Da finden wir ja gleich alle drei Stämme vertreten" und fuhr auf die Adresse deutend fort: „Nun, was bringen Sie mir da?" Herr Cornelius gab die Antwort mit folgendem Reim:

„Zu des Sachsenwaldes Eichen
Hin zum theuren Vaterland
Bringen wir dies Dankeszeichen
Von des Pontus fernem Strand."

Der Fürst entrollte die Adresse und betrachtete die am Kopfe derselben befindliche Ansicht: „Das ist Odessa? So sieht es aus vom Meere? So, da ist doch Busch dazwischen. Ich dachte, es wäre baumloser." Die große Zahl der Unterschriften lesend fragte der Fürst: „So Viele sind Sie doch da? Vom Arbeiterstande sind wohl keine Deutschen dort?" — „O doch, ich bin zum Beispiel Einer", erklärte Herr Liebmann, worauf der Fürst fragte: „Was hat Sie dahin geführt?" und auf die Antwort: „Ich bin Conditor", bemerkte: „Ich meine, das rechne ich doch nicht zu dem, was ich Arbeiter nenne; das nenne ich ‚Handwerker'. Es ist ein Unteroffizier dazwischen."

Dann fuhr der Fürst fort:

Meine Herren! Mir ist Ihre Begrüßung besonders werthvoll in Erinnerung an die Beziehungen, die ich jahrelang zu den Deutschen in Rußland gepflegt habe. Ich bin Vorsitzender der deutschen Gesellschaft in St. Petersburg gewesen, die sie dort etablirt haben, ich bin noch immer in Correspondenz geblieben mit den Herren, und ich habe an der Spitze der Deutschen in St. Petersburg mit ihnen enge freundschaftliche Beziehungen gehabt, Familienbeziehungen auch, und ich freue mich immer, wenn, wie dies in Rußland doch geschieht, die Deutschen im

Auslande zusammenhalten und ich sehe, wie sie im Ganzen prosperiren. Dazu gehört mit, daß sie mit den Institutionen der russischen Regierung nicht in Opposition und Friction treten, sondern daß sie sich immer erinnern, daß sie im Auslande und unter der Herrschaft des russischen Kaisers leben; das ist mir politisch auch immer erwünscht gewesen und dient dazu, die guten Beziehungen zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche zu cultiviren, da wir gar keinen Grund haben, mit den Russen zu zanken. Wir wollen nichts von ihnen, wir haben Polen genug und die Russen auch, sie können weder Königsberg noch Posen brauchen. Also wir sind in der für Großmächte wünschenswerthen Lage, daß wir einander nicht zu beneiden haben und daß keiner von Beiden etwas besitzt, was dem Nachbar begehrenswerth erscheint, ein seltener Fall in der Politik.

Auch außerdem ist kein Grund zur nationalen Antipathie; der Russe macht sich wohl zuweilen darüber lustig, oder ärgert sich mitunter darüber, daß der Deutsche mehr arbeitet wie er. Aber Streitgrund besteht nicht. Solche Verhältnisse muß man pflegen, und ich möchte aus meiner politischen Erinnerung an Sie die Bitte richten: Pflegen Sie die politische Freundschaft, die uns und auch der russischen Regierung ein Bedürfniß ist. Wir haben Gegner genug im Auslande und im Inlande, um nicht für geboten zu halten, daß wir keine muthwilligen Gegner aufsuchen. Im Jahre 1848 zur Zeit der Märzrevolution, da bestand der allgemeine Ruf in Berlin darin: „Nur vorwärts gegen Rußland!" als ob dies Zweck des ganzen Aufstandes gewesen wäre. Was damit erreicht werden sollte, Rußland anzugreifen, das weiß ich nicht. Rußland ist jedenfalls ein besserer Nachbar als mancher Andere; jedenfalls ist mit Rußland als Nachbar leichter zu leben, als es mit Polen sein würde. Also bleiben Sie gut deutsch, aber schädigen Sie die russische Freundschaft nicht.

Der Fürst forderte nun die drei Herren auf, mit ihm auf den Balcon hinauszutreten, wo alsdann die Ueberreichung des Dampfermodells durch die Vertreter des Norddeutschen Lloyd stattfand.

Herr Consul Achelis übergab als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrathes dem Fürsten das Modell mit einer Ansprache, die mit einem Hoch auf den Fürsten schloß.

Als die Hochrufe verklungen waren, erwiderte Fürst Bismarck etwa Folgendes:

Meine Herren, ich danke Ihnen herzlich für Ihre ehrenvolle Begrüßung, und wenn ich an das Maaß der Ehre zurückdenke, die mir damit erwiesen wird, so erinnere ich mich, daß schon vor 600 Jahren die Bremer Flagge in den Kreuzzügen als eine Hauptstütze des deutschen Kaisers

und des Deutschen Reiches eine Rolle spielte. Ihnen, die Sie die Geschichte ihrer Vaterstadt kennen, wird der Name des Bremer Rheders Walbot, der später Gründer eines rheinischen Grafengeschlechts geworden ist, nicht unbekannt sein. Damals trugen die Bremer Handelsschiffe ihre Flagge bis ins Mittelmeer und zu der syrischen Küste und wurden die eigentlichen Stifter des Deutschen Ordens, der nachher eine große und mächtige Gemeinschaft geworden ist. Dieser nationale Geist in unseren Küstenländern, die Sie „de Waterkant“ nennen, ist nachher ungetheilt erhalten geblieben und durch keine dynastischen Irrungen vom gemeinsamen Interesse abgeleitet, er ist immer ein nationaler geblieben. Ihre reichsstädtische und republikanische Verfassung hat Sie vom Particularismus freier gehalten, als es im Binnenlande, von Preußen bis Baden gerechnet, der Fall gewesen ist.

Die Uneinigkeit der Deutschen beruht nicht, wie man gewöhnlich meint, auf der Stammesverschiedenheit. Man kann nicht sagen, daß die Bayern und Sachsen sich nicht vertragen, wenn sie bei einander sind, sondern es sind die dynastischen Verschiedenheiten, welche Grenzen geschaffen haben, die das Gebiet gleicher Stammesgenossen quer durchschneiden, wie zwischen den plattdeutschen Altmärkern und den plattdeutschen Lüneburgern, wie zwischen den Wettiner Landschaften im alten Thüringen, wie in den Hohenzollernschen Gebieten und wie dort in Schwaben die Beispiele am schärfsten sind, wo der Schwabe gegen den Schwaben sich abschanzte als Reichsritter in Reichsdörfern und Reichsstädten. Und so war es auch in Westfalen.

Man muß also nicht die Stammesverschiedenheit anklagen, es ist die Verschiedenheit der Herrscher gewesen. Die Fürsten vertrugen sich nicht unter einander, und so wurden die Unterthanen nach der Farbe der Uniformen, die sie trugen, veranlaßt, auf einander zu schießen. Daß dies beseitigt worden ist, danken wir den regierenden Autoritäten, die auf das traurige Privilegium verzichtet haben, ihre deutschen Unterthanen gegen einander fechten zu lassen, und da sind die hanseatischen Regierungen besonders nützlich und wirksam gewesen; sie haben Sonderinteressen gehabt, aber sie haben schließlich doch das Gefühl, einem großen deutschen Volke anzugehören, stets behalten, weil sie die deutsche Flagge zur See beinahe allein vertreten haben. Dieses Privilegium der Hanseaten ist ein Privilegium, von dem man sagen kann: noblesse oblige, und sie haben daher in ihrem Berufe, die deutsche Flagge zur See zu führen, sich frühzeitig gewöhnt, deutsch zu fühlen und deutsch zu denken. Der alte Ruhm der Hansa, wie er sich in den baulichen Resten verkörpert — der Stahlhof in London wird Ihnen noch in Erinnerung sein — und die hanseatische Herrschaft in den nordischen Königreichen:

sie ist zu Grunde gegangen, und die Flamme, die ihr Wirken hervorrief, hat lange geruht unter der Asche, und jetzt schlägt sie ins Vaterland, und jetzt ist es nicht mehr die Ehre von Bremen oder Hamburg und Lübeck, sondern die Ehre der ganzen deutschen Nation, die an ihren Schiffen und ihrer Flagge hängt.

Und in diesem Sinne, in Dankbarkeit für das Interesse, welches unsere nationale Politik bei den Hanseaten gefunden hat, kann ich den Toast wiederholen, den ich neulich auf meine Hamburger Nachbarn ausgebracht habe, ein Hoch auf die deutschen Hansestädte. Sie leben hoch und Gott möge sie schützen und ihre Schifffahrt segnen! Hoch!

Nachdem der Fürst ausgeredet hatte, trat er an das Modell heran, lobte die zierliche und wunderbar feine Arbeit und ließ sich über den Bau und die Einrichtung der modernen Schnelldampfer von den Lloyddirectoren eingehende Erörterungen geben. Als der Fürst an dem Modell den Namen sah, bemerkte er lebhaft: „Luitpold, oh, das freut mich, daß der Bayer zur See geht. Das macht den Bayern auch Freude!“ Der Fürst ließ sich dann mit den Unterofficieren, denen der Transport des Modells anvertraut worden war, in ein Gespräch ein, fragte sie nach ihrer Heimath und in welchen Meeren sie schon Fahrten gemacht hätten. Darauf ließ sich der Fürst sämmtliche vierzehn Bremer Herren vorstellen, die als Vertreter des Lloyds erschienen waren.

Die Odessaer wie die Bremer Herren wurden dann vom Fürsten zur Frühstückstafel geladen. Den Unterofficieren wurde in den Wirthschaftsräumen des Schlosses ein Imbiß gereicht.

Bei der Frühstückstafel toastete Herr Consul Achelis-Bremen auf den Fürsten mit folgenden Worten: „Am 1. April 1885 habe ich die Ehre gehabt, Euer Durchlaucht 70. Geburtstag mitfeiern zu dürfen. Mögen die Zeiten sich seitdem viel geändert haben; was einzig unverändert geblieben ist, das ist die Liebe und Verehrung zu Euer Durchlaucht. Diese unsere tiefste Liebe und Verehrung zum Ausdruck zu bringen, fordere ich Sie, meine Herren, auf, die Gläser zu erheben und auf das Wohl Seiner Durchlaucht des Fürsten Bismarck zu leeren!“

Der Fürst dankte und bemerkte, er könne nur wiederholen, was er in seiner Rede vorhin erwähnt habe: daß die Hanseaten ihm nie ein Hinderniß in seiner deutschen Politik in den Weg gelegt hätten.

Herrn Cornelius' Bitte um ein Bild des Fürsten mit dessen eigenhändiger Unterschrift für den deutschen Kriegerverein in Odessa wurde vom Fürsten willfahrt mit dem Auftrage, Gruß und Dank an die Landsleute dort zu überbringen.

* * *

Der 15. April war unter all den Tagen, an denen der Fürst Huldigungsdeputationen empfing, einer der bedeutsamsten: er brachte den Besuch der Steiermärker. Wegen der Besonderheit des Ereignisses und der politischen Bedeutung, die ihm nicht abgesprochen werden kann, berichten wir nach den „Hamb. Nachr." etwas ausführlicher darüber. Die „Hamb. Nachr." schreiben:

Der heutige Tag hat die großartigen und erhebenden Huldigungen, die bisher dem Fürsten aus Anlaß seines 80. Geburtstages hier dargebracht worden sind, um eine vermehrt, deren Bedeutung auf einem anderen Gebiete liegt wie die der früheren, die sich aber ihren Vorgängerinnen ebenbürtig an die Seite stellen kann. Eine größere Anzahl Steiermärker, durch Studenten-Deputationen aus Graz und Wien auf etwa 70 Köpfe verstärkt, war heute hier erschienen, um dem Fürsten Bismarck die Liebe, Dankbarkeit und Verehrung zu bekunden, die auch die auf österreichischem Gebiete lebenden Deutschen für den Mann hegen, der den deutschen Namen im Auslande wieder zu Ehren gebracht und dem Nationalbewußtsein der dort lebenden Deutschen ihren Mitbürgern gegenüber eine breite, gleichberechtigende Grundlage gegeben hat.

Es liegt in den Umständen, daß vielleicht dem Empfange keiner der bisher in Friedrichsruh erschienenen Vertreter von Stämmen, Ständen und Corporationen mit so großer Spannung entgegengesehen worden ist wie dieser. Wie wird der Fürst sich verhalten, was wird er österreichischen Unterthanen auf ihre Huldigungen sagen? Die Frage lag auf aller Lippen, wenn auch ihre Antwort für Alle, die den Fürsten Bismarck kennen und mit den Principien seiner Politik vertraut sind, nicht einen Augenblick zweifelhaft sein konnte. Der Fürst hat sie heute in einer Weise gegeben, welche die Freunde seiner Staatskunst und des Deutschen Reiches zur höchsten Bewunderung mit sich fortreißen, die Gegner aber entwaffnen und sie zur stummen Achtung vor der Größe des Geistes und Charakters zwingen wird.

Der österreichische Besuch bestand in der Hauptsache aus Steiermärkern, aus Herren aus Graz, die dort als Gemeinderäthe, Professoren, Aerzte, Architecten u. s. w. den führenden Classen angehören; sie wurden verstärkt durch studentische Deputirte, die in vollem Wichs erschienen waren und Verbindungen der Universitäten Graz und Wien repräsentirten. Von der Grazer Studentenschaft waren vertreten: die Verbindungen Marcho-Teutonia, Styria, Cherusker, Rhaetia, akademisch-technische, Turn-, Gesang- und Radfahrervereine; von der Wiener Studentenschaft folgende Verbindungen: Teutonia, Philadelphia, Ostmark, Oberösterreichischer Verband Germania, Rabenstein, Verbindung der Nord-Mähren. Von nicht farbentragenden Verbindungen waren Mitglieder des akademischen Historiker-Clubs und des Verbandes wissenschaftlicher Vereine zugegen. Das äußere Bild, welches die Versammlung

der Huldigenden vor der Schloßterrasse bot, entsprach den früheren Kundgebungen an dieser historischen Stätte; nur daß es durch die größere Lebhaftigkeit des Naturells der Oesterreicher und durch ihren Dialekt ein etwas verändertes Colorit erhielt.

Gegen 12 Uhr betrat der Fürst, begleitet von dem Grafen Herbert und Gemahlin, dem Grafen Wilhelm, dem Grafen Rantzau und Gemahlin und einigen andern Herrschaften die Terrasse des Schlosses, von stürmischen Begrüßungsrufen, in denen das „Heil! Heil!" den Grundton bildete, begeistert empfangen. Der Fürst erschien im schwarzen Ueberrock mit Schlapphut; er sah trotz der Anstrengungen der letzten Zeit rüstig und frisch aus und bewies durch sein lebhaftes Verhalten während der ganzen Huldigung, daß er sich auch so fühlte.

Nachdem die Begeisterungszurufe verklungen und Ruhe eingetreten war, hielt Ritter Dr. von Planer aus Graz als Vertreter der Steiermärker folgende Ansprache an den Fürsten:

Euer Durchlaucht!

„Den Pfad, den sich die Liebe bahnt, kann kein Markstein verbauen," sagt ein schönes Dichterwort, und zum Beweise dessen sind wir Hunderte von Meilen weit aus der grünen Steiermark im Herzen Oesterreichs hierher gekommen, dieser Liebe, der innigen Liebe und Verehrung für Euer Durchlaucht anläßlich des jüngst verflossenen 80. Geburtstages Ausdruck zu verleihen. Denn innige Liebe und Verehrung ist es, die uns für den Mann erfüllt, welcher nicht nur dem deutschen Volke eine Heimstätte geschaffen, sondern auch dem deutschen Geiste das mächtige Gefühl seiner Eigenart gegeben hat, dem als dem heldenhaften Führer seines Volkes, der dessen Noth in allen Fragen versteht und sie zu bannen weiß, nicht nur unser Verstand den schuldigen Tribut der Bewunderung zollt, sondern dem sich auch jedes Herz öffnen muß, das für die Größe unserer Nation empfänglich ist. Innige Liebe und Verehrung ist es, die uns für den Mann erfüllt, welcher uns als die Verkörperung des idealen deutschen Geistes erscheint; welcher in Euer Durchlaucht die uns liebwertheste Erscheinung eines echten deutschen Mannes mit dem Mannesstolz auf der Stirn und der Menschenliebe im Herzen angenommen hat; die wir für den Mann empfinden müssen, welcher die besten und edelsten Eigenschaften der Nation, Treue, Einfachheit, Sittlichkeit und Kraft in herrlichster Weise in sich vereinigt. Diese Eigenschaften sind es auch, die Dank dem herrlichen Vorbild wir Deutsche in Steiermark, und ich kann wohl sagen, der beste Theil unserer Stammesgenossen in Oesterreich, zu den seinen zu machen bestrebt ist.

In deutscher Treue hängen wir an unserem Herrscherhause in guten und bösen Tagen und betrachten uns als die verläßlichste und die treueste Stütze des Habsburgischen Thrones; in deutscher Treue hängen wir an unserem Oesterreich, in dem, wie es durch deutsche Macht geschaffen wurde, deutscher Fleiß, deutsche Bildung und Gesittung unserer Vorfahren ein blühendes Culturleben geschaffen haben; in deutscher Treue hängen wir

aber auch an unserer Nation, an dem großen deutschen Volk, für dessen Sicherheit und Ehre unsere Vorfahren gar oft ihr Heldenblut vergossen haben; mit dem wir durch unzählbare Fäden, mit dem wir durch eine mehr als tausendjährige gemeinsame Geschichte verbunden sind. Treu wie die himmelstürmenden firngekrönten Berge unseres schönen Landes, fest wie das Eisen in ihren Adern halten wir an jener geistigen Zusammengehörigkeit mit unseren Stammesgenossen im Reiche fest, welcher Eure Durchlaucht durch Schaffung des deutsch-österreichischen Bündnisses in einer unserer Empfindung so sehr entsprechenden Weise Ausdruck gegeben hat; und unsere Gefühle, mit denen wir hierher gekommen sind, glaube ich nicht besser darlegen zu können, als mit den Worten unseres vaterländischen Dichters, der da sagt:

„Ob unter uns viel Meilen weit
Der Schienenstrang geklungen,
Ob über mancher Grenze Pfahl
Sich unser Zug geschwungen,
Wir sind doch in der Heimath noch,
Im Vaterhaus geblieben,
Wo Einer Mutter Kinder Eins
Im Hoffen, Dulden, Lieben."

Eins im Lieben mit unseren Stammesgenossen im Reiche, sind wir hierher gekommen und bitten Euer Durchlaucht, unsere bescheidene Gabe als ein Zeichen unserer großen Verehrung freundlich aufnehmen zu wollen. Eins im Hoffen mit denselben bringen wir unsere Wünsche dar: Möge Euer Durchlaucht dem deutschen Volke noch viele Jahre erhalten bleiben. Seine Durchlaucht, Fürst Bismarck, er lebe hoch, hoch, hoch!

Ein minutenlanges Hoch- und Heilrufen, untermischt mit Schlägersalut der Studenten, ertönte und bekundete in Ton und Stärke die große innere Erregung der Huldigenden. Dann erfolgte die Ueberreichung des Ehrenpocals an den Fürsten durch die Herren Bürgermeister Fürst aus Kindberg und Gemeinderath Wastian aus Graz. Beide waren in steierischer Gebirgstracht.

Der silber-vergoldete Pocal hat eine Höhe von 61 Centimeter. Der Deckel trägt die schlank und graciös modellirte Figur der Styria, die, mit der Linken sich leicht auf einen Schild stützend, mit der Rechten einen Lorbeerkranz darbietet. Der Schild trägt das Wappen von Graz. Unterhalb der Styria sieht man vier Halbfiguren, die eines Jägers, eines Bergmannes, einer Winzerin und einer Sennerin. Der Kelch selbst ist mit den Wappen von Bruck, Marburg, Cilli und Pettau geschmückt, die von reicher ornamentaler Verzierung in Renaissancestil und allegorischen Figuren umgeben sind. Der untere Theil des Kelches trägt die Wappen der 16 steierischen Städte: Leoben, Knittelfeld, Murau, Judenburg, Ober-Wölz, Rottenmann, Feldbach, Fürstenfeld, Hartberg, Friedberg, Voitsberg, Windisch-Feistritz, Windisch-Gratz,

Friedau, Rann und Radkersburg. Am Fuße des Pocals liest man die Inschrift: „Zum achtzigsten Geburtstage. 1. April 1895", am Deckel: „Dem Fürsten Bismarck" und am Kelch: „Aus allen Gauen der Deutschen Steiermark." Der Entwurf dieses kostbaren Prunkgefäßes stammt von Professor Karl Lacher, dem Director des Steiermärkischen Kunstgewerbemuseums in Graz.

Der Fürst betrachtete den Pocal lange und aufmerksam. Als man ihm denselben mit steierischem Wein füllte, rief er mit einer auf die Größe des Gefäßes bezüglichen Geste gut gelaunt aus: „Nur nicht voll, um Gottes willen!"

Dann ergriff cand. med. Lederer aus Graz als Sprecher der dortigen Deputation der deutschen Studentenschaft das Wort zu folgender Ansprache an den Fürsten:

Dem Triebe unseres Herzens folgend, das in glühender Liebe und Verehrung Euer Durchlaucht entgegenschlägt, sind wir Studenten der südlichsten deutschen Hochschule, der Alma mater Graecensis, hierher gekommen, um Euer Durchlaucht zu bitten, daß Sie das Gelöbniß unverbrüchlicher nationaler Treue von begeisterten Lippen entgegennehmen wollen. Dieser Augenblick ist für uns unvergänglich und unvergeßlich — so lange wir leben. Gott erhalte Euer Durchlaucht nach lange, lange Jahre! Hurrah!

Mit leidenschaftlicher Intensität stimmte die Versammlung ein. Dann folgte die Ansprache des Vertreters der Wiener Studentenschaft cand. med. Josef Schön, der sich seiner Aufgabe in sichtlicher Ergriffenheit entledigte. Seine Worte waren die folgenden:

Durchlauchtigster Fürst!

Tief durchdrungen von Gefühlen der Dankbarkeit und Verehrung bringt die Deutsche Studentenschaft Oesterreichs Euer Durchlaucht zur Feier des 80. Geburtstages begeisterten Herzens ihre Huldigung dar.

Was Euer Durchlaucht mit kühner Kraft und weiser Kunst für das deutsche Volk gethan, das steht in unvergänglicher Schrift auf den Blättern der Geschichte, es steht in leuchtenderen Zügen im Herzen eines jeden Deutschen eingeschrieben. Treu bewahrt als heiligstes Erbtheil lebt die Erinnerung daran in uns fort als Quelle der Begeisterung und Sporn zu kühner That, als Trost und Stütze in drangvoller Zeit.

Wenn auf vielgefährdetem, aber ehrenvollem Posten, an der Grenzwacht deutschen Landes, deutscher Cultur, Kampfesfreude und Siegeshoffnung unsere Herzen schwellt, so danken wir es dem Manne, der die schlummernde Heldenkraft der Ahnen im ganzen deutschen Volke wiedererweckte, der uns lehrte, nur Gott zu fürchten und sonst nichts auf der Welt.

So dringt der glühende Wunsch, der an diesem Tage auf Millionen deutscher Lippen schwebt, auch aus unserem Herzen zum Himmel empor: Möge es ein gütiges Geschick

dem deutschen Volke beschieden, noch lange dem Neubegründer von Deutschlands Größe den schuldigen Zoll dankbarer Verehrung abstatten zu dürfen, noch lange seiner rathenden und warnenden Stimme lauschen und folgen zu können.

Als das Hoch auf den Fürsten, mit dem auch dieser Redner schloß, unter der sich fortwährend steigernden Begeisterung der Versammlung verklungen war, erfolgte die Uebergabe einer kunstvoll ausgestatteten Adresse der deutsch-österreichischen Studentenschaft an den Fürsten, der sie sofort auf der Terrasse einer Besichtigung unterwarf und den Ueberbringern seinen Dank aussprach.

Nun folgte eine Scene, die auf Alle, die sie mit erlebt haben, einen unvergeßlichen Eindruck gemacht haben wird. Frau Elly Stärk, die Gattin des anwesenden Grazer Stadtbaumeisters, begab sich als Vertreterin der steiermärkischen Frauen hinauf auf die Terrasse zum Fürsten, um ihm einen prächtigen Strauß aus Haidekraut und Edelweiß zu überreichen. Dies geschah mit einer Ansprache von so hinreißendem schönen Pathos, sie kam so unmittelbar von Herzen und ging so unmittelbar zu Herzen, daß sich Niemand, auch der Fürst selbst nicht, der tiefsten Ergriffenheit erwehren konnte. Wir glauben nicht, daß irgend eine von den zahlreichen Ansprachen, die in letzter Zeit in Friedrichsruh an den Fürsten gehalten worden sind, so gedankenvoll und tiefempfunden sie alle gewesen sind, einen stärkeren Eindruck auf die Hörer gemacht hat, als die wenigen Worte aus diesem beredten Frauenmunde es thaten. Die Ansprache der Frau Stärk lautete:

Euer Durchlaucht!

Ich fühle mich unaussprechlich geehrt, daß es mir als Vertreterin der deutschen Frauen von Steiermark gegönnt ist, unserer wahren, tiefen Verehrung für Euer Durchlaucht Ausdruck zu geben und damit zu beweisen, daß auch in unsern Herzen nationales Gefühl lebt und nationale Dankbarkeit für Alldeutschlands größten Sohn. Gestatten mir nun Euer Durchlaucht, Ihnen als sichtbares Zeichen unserer unwandelbaren treuen Verehrung diesen schlichten Blumenstrauß aus unserer grünen Mark zu überreichen mit dem aufrichtigen innigen Wunsche, ein gütiges gnädiges Geschick möge Euer Durchlaucht noch viele Jahre in ungetrübter Kraft Ihres Geistes und Körpers erhalten zum Heile des Deutschen Reiches, zum Heile des gesammten germanischen Volkes, zum Heile für uns Alle!

Als die Rednerin geendet hatte, brach ein wahrer Jubel unter den Versammelten aus. Der Fürst küßte der Frau Stärk zuerst die Hand, dann die Wange und dankte ihr mit herzlichen Worten. Als die Dame sich verabschiedet hatte und gerötheten Antlitzes, strahlenden Auges die Treppe hinabschritt, wurde sie von ihrem Gatten empfangen, der, stolz und beglückt, die von so schönem Erfolge Gelohnte in seine Arme schloß und herzlich küßte.

Nunmehr ergriff Fürst Bismarck das Wort zu einer hochbedeutsamen Rede,

die einen neuen Beweis erbringt für die Unerschöpflichkeit des Bornes politischer und menschlicher Weisheit, der im Innern des achtzigjährigen großen Kanzlers uns Deutschen und selbst anderen Völkern zum Heile noch immer in unverminderter Fülle quillt. Der Fürst sprach sich zu seinen steierischen und österreichischen Freunden wie folgt aus:

Meine Herren! Ich danke Ihnen herzlich für Ihren Besuch, für Ihre Herkunft zu diesem Zwecke und in dieser Zeit und sehe in diesem Strauße, gemischt aus den Blumen der Ebene, dem Haidekraut, und der Alpen ein Symbol unserer Zusammengehörigkeit. Man kann nur sagen: die Farben kleiden sich gegenseitig, und sie passen zusammen. (Rufe: Heil!) Unter allen Auszeichnungen, die mir an meinem achtzigsten Wiegenfeste erwiesen worden sind, schätze ich diese ganz besonders wegen ihrer geschichtlichen Bedeutung. Ich schätze sie um so höher, als Ihr Besuch sich anschließt an eine huldreiche Begrüßung, mit der Seine Majestät der Kaiser, Ihr Landesherr, mich beehrt hat.[1]) Darin und in Ihrem Besuche vergegenwärtigt sich mir die Erinnerung an die Zeit, ich glaube, es war vor sechzehn Jahren, als ich von Gastein über Linz nach Wien fuhr, nur durch deutsches Land und deutsche Bevölkerung, als ich in Wien ankam — aber meine Herren, wenn Sie nicht aufsetzen ... ein rauher Wind hier im Norden —, wo ich mit einer Herzlichkeit empfangen wurde, die mich befestigte in dem Gedanken, daß wir irgend einen Ersatz für die alten Beziehungen der Bundesgenossenschaft, die uns verbunden hatten, herstellen müßten, trotz aller Hindernisse, die sich dagegen aufthürmten.

Unsere Zusammengehörigkeit ist ja, wie der erste Herr Redner bemerkte, älter wie ein Jahrtausend und reicht in die Sagenzeit zurück. Aber auch die weitergehenden Consequenzen, das Bündniß, welches wir vor sechzehn Jahren in Wien abschlossen, der Dreibund, reicht in seinen Ursprüngen fast in dieselbe Zeit zurück. Die alte deutsche Kaiserherrschaft des heiligen römischen Reiches erstreckte sich ja von der Nordsee bis nach Apulien, und theoretisch gehörte ganz Italien dazu, thatsächlich nicht immer, und die Kämpfe in dieser großen Gemeinschaft blieben uns nicht erspart. Es ist eine eigenthümliche Fügung des Schicksals und der göttlichen Vorsehung, daß dieses große gewaltige Gebiet von ganz Central-Europa, was ich eben bezeichnete, sich, nachdem es durch Schicksalsfügungen und viele Kämpfe getrennt und zerrissen war, doch schließlich heutzutage wieder zusammen gefunden hat. Unser Dreibund deckt ungefähr die alte anspruchsvolle Kaiserherrschaft der Nachfolger Karls des Großen nach Aussonderung von Gallien, dem heutigen

[1]) Vergl. oben S. 97.

Frankreich. Daß in dieser Verbindung ein Beweis von imponderablen Verbänden und Beziehungen dieser ganzen großen Ländermasse gegeben ist, ist meine Ueberzeugung; ich muß es den Geschichtslehrern überlassen, sie zu vertreten, wenn sie sie mit mir theilen.

Ich glaube, wir werden dauernd zusammen gehören und zusammen bleiben, mit mehr Dauer, als wir früher im Frieden mit einander gelebt haben. Wenn wir zurückblicken auf die innere Geschichte dieser großen Ländermasse, welche das alte, angeblich heilige, römische Reich (Heiterkeit) in sich vereinigte, so finden wir doch kein Jahrhundert ohne die schwersten Kämpfe der Reichsangehörigen unter einander. Aber wir müssen uns dadurch nicht entmuthigen lassen, denn dieselbe Erscheinung fehlt in keinem von den anderen europäischen Ländern, auch in denjenigen nicht, die durch eine von Hause aus einheitliche Nationalität auf inneren Frieden viel mehr angewiesen waren, wie dieses Mosaik von Zusammensetzung, was das alte deutsche Reich war. Sehen Sie nach England, wie es im Mittelalter von Bürgerkriegen erfüllt wurde; sie haben im vorigen Jahrhundert ihr Ende erreicht, und der innere Friede ist doch im heutigen England auch noch nicht vorhanden. Sehen Sie nach Frankreich: eine scharfe und leidenschaftlich entwickelte einheitliche Nationalität — wir haben die letzten Bürgerkriege noch selbst vor 25 Jahren vor Paris mit ansehen können; Gott gebe, daß es die letzten seien. Sehen Sie nach Spanien: eine stolze, einheitliche Nationalität: die inneren Kriege hören nicht auf. Italien an sich ist davon nicht frei gewesen. Ich will die Beispiele nicht weiter ausdehnen, ich will daraus nur deduciren, daß wir Deutsche darum nicht an unserer einheitlichen Zukunft verzweifeln müssen, weil wir uns mitunter im Laufe der letzten Jahrtausende viel mit einander gerauft haben. (Große Heiterkeit.) Ich hoffe, es wird in Zukunft nicht wieder vorkommen. (Rufe: Nein!) Ich hoffe, wir haben eine Form gefunden, in der wir neben einander leben können und die in bewußter Weise — wenigstens von den leitenden Prinzipien kann ich das sagen — nicht zerbrochen, nicht geschädigt und nicht beschränkt wird. Dazu gehört vor Allem unsere Einigkeit mit dem österreichisch-ungarischen Reiche (Bravo!), auf die wir geschichtlich angewiesen sind seit langen Zeiten. Und wir können in Zorn gerathen, vom Leder ziehen, aber wir kommen immer wieder zusammen, weil wir auf einander angewiesen sind; und namentlich so, wie das heutige europäische Staatsgebilde ist, können wir gar nicht, ohne einander Treue und Freundschaft zu halten, in eine ruhige Zukunft blicken.

Der einzelne Staat in Europa wird immer der Möglichkeit einer Coalition ausgesetzt sein. Ein Bündniß von dem Gewicht, wie der

heutige Dreibund repräsentirt, kann immer von sich sagen mit dem alten, schottischen Spruch: „Nemo me impune lacessit“ und wird im Stande sein, sich zu wehren. Wenn man also das Bedürfniß hat, um Anlehnung sich umzusehen, so liegt für uns doch die Anlehnung an Oesterreich-Ungarn näher als irgend eine andere. Auch auf die an Italien sind wir durch die Geschichte angewiesen. Wir haben in beiden Ländern durch das Ungeschick der gemeinsamen kaiserlichen Regierung gelitten, indem wir zerfallen sind in nicht existenzfähige Größen unter einander. Wir mußten uns wieder zusammenfinden, wir haben eingesehen, daß das zu unserem Heile nothwendig ist. Die Basis dieses Dreibundes, der den Frieden Europas erhält, ist ja unsere Beziehung und unsere Intimität zum österreichisch-ungarischen Kaiserstaat, und da habe ich schon früher an unsere Stammesgenossen in Oesterreich das Verlangen gerichtet, diese Einheit, diese Freundschaft zwischen beiden großen Nachbarreichen zu pflegen nach ihren Kräften. Je stärker der Einfluß der Deutschen in Oesterreich sein wird, desto sicherer werden die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Oesterreich sein (Rufe: Bravo! Heil!); und deshalb Sie, die Deutschen Oesterreichs, können es nicht über Ihr Gewissen und Ihr Gefühl bringen, zu treiben zum Kampfe gegen das deutsche Westreich, und ich hoffe, Sie werden es auch zum Theil über Ihr Gefühl bringen, den Frieden zwischen dem alten Ostreich und dem deutschen Westreich dadurch zu pflegen, daß Sie sich in möglichst engen und einflußreichen Beziehungen zu Ihrer ursprünglich deutschen Dynastie halten. Die Dynastie ist schließlich doch für die auswärtigen Beziehungen eines jeden Reiches, solange sie überhaupt besteht — und daß sie lange und dauernd besteht, wird Ihrer Aller Wunsch sein — aber solange sie besteht, ist sie doch der einflußreichste Factor in der Wahl der auswärtigen Beziehungen.

Also, meine Herren, Sie können Ihr Wohlwollen für Ihre Stammesgenossen im deutschen Westreich nicht wirksamer bethätigen, als indem Sie Ihre Beziehungen zur eigenen Dynastie pflegen und mehr von der Seite des Gemüths wie von der des Verstandes und der juristischen Argumente pflegen und beurtheilen. Ich habe in Sr. Majestät Ihrem Kaiser, mit dem ich seit 1852 in directen geschäftlichen Beziehungen gestanden habe, wo ich zuerst preußischer Gesandter in Wien eine Zeit lang war, immer doch ein deutsches Herz und die Spuren der deutschen Abstammung gefunden. Man kann ja in Oesterreich sich nicht einer Nationalität, namentlich wenn man Ungarn mit einrechnet, ausschließlich widmen. Die Vorsehung muß den Kampf der Nationalitäten gewollt haben, sonst wäre es ja für ihre Ureinrich-

tung leicht gewesen, in der ganzen Welt oder wenigstens in Europa eine einzige Nationalität zu schaffen. Wenn nun deren viele neben einander wohnen, einander bekämpfend und widersprechend, einander von Hause aus nicht liebend, wenn erst die Liebe und das Wohlwollen, die Duldung will ich lieber sagen, mit der Ueberlegung kommen muß, wenn die Nationalitäten so durch einander geschoben werden durch den Lauf der Geschichte, wie es in Deutsch-Oesterreich, in Ungarn, bei uns in unseren Ostprovinzen Posen und Westpreußen der Fall ist, so muß man, wenn man überhaupt über die Intentionen der göttlichen Vorsehung nachdenken will, doch darin dasselbe Princip erkennen, das sich in der ganzen Natur bethätigt: Ohne Kampf kein Leben. Man soll mit einander kämpfen, aber wenn man unter demselben Landesherrn lebt, soll man mit Wohlwollen kämpfen und sachlich, und nicht den Kampf in Formen führen, die keinen anderen Zweck und keine andere Wirkung haben als den Gegner zu kränken, zu ärgern, zu reizen. Ihn zu versöhnen wird nicht immer möglich sein; aber ich glaube, wir könnten im Deutschen Reich sowohl wie auch in Oesterreich-Ungarn die Kämpfe mit etwas mehr persönlichem, ich will nur sagen christlichem Wohlwollen führen. Aber außer dem Christenthum existirt doch noch das Band der Angehörigkeit zu demselben Staatsgebilde, was zur Nachsicht in der Beurtheilung, auch in der Beurtheilung der feindseligen Acte des fremdnationalen Mitbürgers bewegt. Ich will damit — ich weiß nicht, ob mit geschickten Worten oder nicht — für Ihre undeutschen Nachbarn eine gewisse Versöhnlichkeit, eine Nachsicht empfehlen. Ich darf als Deutscher ja nicht behaupten, daß die Nachsicht in dieser Constellation Zeichen der Ueberlegenheit ist, aber ich möchte, Sie hätten das Gefühl, daß Sie als die berechtigtere Nationalität doch auch den minder berechtigten Rivalen etwas mehr mit der Nachsicht des höheren Selbstbewußtseins beurtheilen.

Ich glaube, wir Germanen sind von Gott von Hause aus stärker — ich will sagen männlicher ausgestattet (Heiterkeit), und Gott hat den Dualismus in allen Erscheinungen der Schöpfung zwischen männlich und weiblich dargestellt und so auch in den europäischen Constellationen. Wenn der Germane allein bleibt, ohne slawische und keltische Beimischung, dann wird er ein Mönchskloster (große Heiterkeit) und sie zanken sich unter einander. Wenn er in die Vermischung kommt, dann wird er schließlich doch, wenn er Geduld und die Ausdauer hat, das leitende Element, wie es der Mann in der Ehe sein soll. (Heiterkeit.) Ich will keinen Slawen damit kränken, aber sie haben viele der weiblichen Vorzüge, sie haben die Grazie, die Klugheit, die Schlauheit, die Geschicklichkeit (Zustimmung, Heiterkeit), und die deutschen Glieder

erscheinen neben den slawischen oft plump und ungeschickt; aber das schwere Gewicht liegt auf unserer Seite, und deshalb möchte ich Ihnen sagen: verfahren Sie mit Ihrem slawischen Rivalen auch im heftigsten Zorn und in der schwierigsten Lage immer mit dem Gefühl, mit dem innerlichen, tief innerlichen, nicht ausgesprochenen Gefühl, daß Sie doch eigentlich der Ueberlegene sind und auf die Dauer bleiben werden. Es kann nicht anders sein (Zustimmung), namentlich in Oesterreich.

Das ganze heutige Oesterreich beruht auf einer deutschen Beamtenschaft, auf einer deutschen Heeresbildung, und es wird auch kaum anders sein können — nur möchte ich dringend empfehlen: pflegen Sie Ihre Beziehungen zur Dynastie in höherem Maaße, als es mitunter in der Vergangenheit geschehen ist. Ich habe das in unseren reichsdeutschen Verhältnissen kennen gelernt seit 30 Jahren, von welchem gewaltigen Gewicht in der Bestimmung des Landes doch heutzutage die angestammte Dynastie ist, und Sie haben eine angestammte Dynastie, die seit — die kürzeste Frist gerechnet — über vier Jahrhunderten über Sie regiert und manchen Kummer und manchen Zwist mit Ihnen gehabt hat —; aber man lebt sich doch ein, auch in der Familie, in der nicht immer Frieden ist, und in diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Ihren erhabenen Landesherrn, meinen gnädigen Herrn, den Kaiser Franz Josef! (lebhafte Hoch- und Heilrufe unterbrachen den Fürsten hier auf längere Zeit, der dann fortfuhr:) und auf ihn und auf den deutschen Sinn, der sich in Ihrer Begrüßung hier ausspricht, auf die Hoffnung, die ich daran knüpfe, daß das Band, welches zwischen dem deutschen Westreich und dem Ostreich durch Sie gerade geknüpft wird, ein unzerreißbares sein wird. In diesem Sinne trinke ich auf das Wohl Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich und Königs von Ungarn!

(Wiederum brach die Versammlung in jubelnde Hochrufe aus.) Der Fürst ergriff den Pocal mit den Worten: „Und in steirischem Wein, aber aus kriege ich ihn nicht“ Nach einem kräftigen Zuge sagte der Fürst: es thut mir leid, denn er ist gut.

Als der Fürst seine Rede beendet und auf das Wohl des Kaisers von Oesterreich getrunken hatte, fragte er: „Wo wächst der Wein eigentlich?“ Nachdem ihm durch verschiedene Zurufe die Auskunft geworden war, daß er aus der Marburger Gegend stamme, begab sich der Fürst hinunter in die Versammlung, um seiner Gewohnheit gemäß die Einzelnen zu begrüßen und sich mit ihnen zu unterhalten. Liebe und Verehrung konnten sich, wie immer bei solchen Gelegenheiten, auch diesmal nicht genug thun. Auf vielfache Fragen nach seiner Gesundheit erwiderte der Fürst, er habe nicht sparsam

genug damit gewirthschaftet; fröhlich zuversichtliches Zurufen und Voraussagungen beantwortete er mit einer Bemerkung, die an seine neuliche Aeußerung über das Abendroth anknüpfte und die Diejenigen, die sie hörten und verstanden haben, tief ergriffen haben wird.

Bei den Studenten erkundigte sich der Fürst nach der Dauer ihres Studiums und nach sonstigen studentischen Angelegenheiten. „Was haben Sie für Verbindungen auf Ihrer Universität?“ Auf die entsprechende Auskunft fuhr der Fürst fort: „Und die lieben sich unter einander?“ „Gewaltig!“ lautete die unter allseitiger Heiterkeit erfolgende Antwort, welche der Fürst durch das launige Wort: „Namentlich wohl auf der Mensur?“ zu ihrem Höhepunkt steigerte. An einen anderen Studenten richtete der Fürst die Frage: „Wo haben Sie die Hochquart her?“ und auf erhaltene Antwort fügte er hinzu: „Ist gut geheilt!“

Sich weiter wendend sprach der Fürst zu den Steiermärkern von seinen Reisen in Oesterreich, seiner Anwesenheit in Gastein mit dem alten König Wilhelm, seinen Besuchen in Salzburg u. s. w.; aber in das eigentliche Steiermark sei er nicht gekommen; er habe nur von der Radstädter Ecke etwas gesehen, jedoch soviel wisse er, daß Steiermark das schönste Land sei, das wir auf deutschem Gebiete hätten, sowohl landschaftlich wie in Bezug auf Fruchtbarkeit. „Und an echt deutscher treuer Gesinnung!“ fiel ein stattlicher Steiermärker in Landestracht im Tone tiefster Empfindung und Ueberzeugung ein.

„Sie finden es hier kälter als zu Hause bei Ihnen?“ erkundigte sich der Fürst im Weiterschreiten bei Anderen, und setzte auf die bejahende Antwort mit köstlichem Humor unter Bezugnahme auf die jetzige Jahreszeit hinzu:

> Ja, ich bin bei der Wahl meines Geburtstages unvorsichtig gewesen; ich hätte etwas später zum Vorschein kommen müssen.

Nach beendigtem Rundgang unter den Versammelten schritt der Fürst die auf die Terrasse führende Treppe wieder hinauf und bemerkte dabei, er möchte gern Alle in sein Haus einladen, leider sei es dafür zu klein; Einige aber möchte er einladen, an seinem Frühstück theilzunehmen; die Uebrigen bitte er, einen Trunk im Freien anzunehmen. Er habe zu seinem Geburtstage so viele Fässer Bier und so viele Weinsendungen erhalten, daß er, so lange er lebe, sie nicht austrinken könne; man möge ihn freundlichst dabei unterstützen.

Wieder auf der Terrasse angelangt, ergriff der Fürst wiederholt den Pocal, erhob ihn und sprach:

> Meine Herren, ich trinke Ihnen nochmals zu, vorher auf Ihren Landesherrn, jetzt auf Ihr Land, auf das grüne Steiermark und auf das österreichische Land an der schönen Donau überhaupt.

Lebhafte Hochrufe erschallen, während der Fürst trinkt; dann setzt er den

Pocal ab mit den Worten in Kölnischem Platt: „De Wijn is jood!“ Alsdann wandte er sich den inneren Räumen mit den Worten zu:

> Ich würde gern länger unter Ihnen bleiben, aber ich habe gewisse Muskeln im Leibe, die anfangen mir zu versagen; ich muß irgendwo sitzen.

Nachdem der Fürst die Terrasse verlassen hatte, begaben sich die zum Frühstück Eingeladenen ins Schloß. Bei der Tafel saß rechts vom Fürsten Frau Elly Stärk, links Dr. Richard von Planner, gegenüber hatten Bürgermeister Fürst aus Kindberg und Gemeinderath Heinrich Wastian aus Graz Platz genommen; außerdem nahmen an der Tafel Theil: Karl Löffelmann, landschaftlicher Beamter, Professor Aurelius Polzer, Dr. Georg Waltner, Rechtsanwalt, cand. med. Karl Lederer, Dr. G. Kummer, Rechtsanwalt Dr. Arthur Panholzer, Rechtsanwalt und Gemeinderath Hermann Kienzl, Redacteur des „Graz. Tgbl.“ Josef Ackerl, Stadtbaudirector, Architekt Stärk, Stadtbaumeister Dr. phil. R. von Fleischhacker, Raimund Postl, Apotheker und Gemeinderath, sämmtlich aus Graz, cand. med. Josef Schön aus Wien und Josef Schober aus Mahrenberg.

Das Frühstück verlief sehr animirt. Der Fürst unterhielt sich außer mit seiner Nachbarin viel mit den ihm gegenübersitzenden Herren, und mit Herrn Dr. von Planner vorwiegend über politische Fragen. Letzterer verabschiedete sich und die übrigen Gäste schließlich mit einem Hoch auf den Fürsten. Während der Frühstückstafel bewirthete Herr Oberförster Lange mit gewohnter Liebenswürdigkeit die vor der Terrasse verbliebenen steirischen und österreichischen Gäste mit Getränken aller Art. Dann wurden patriotische und studentische Lieder gesungen und dem Fürsten wiederholt stürmische Heilrufe dargebracht.

Nach Beendigung des Frühstücks erschien der Fürst, begleitet von seinen Gästen und den Familiengliedern, wieder auf der Terrasse und sprach unter stürmischen begeisterten Zurufen den Versammelten nochmals seinen Dank aus. Dann verabschiedete er sich von seinen steierischen Freunden, denen hohe Freude, innere Glückseligkeit und stolze Genugthuung aus den strahlenden Gesichtern leuchtete.

Als Frau Elly Stärk im Besitz eines gefüllten Zündholzständers vom Tische des Fürsten die Treppe von der Terrasse hinabschritt, um die Streichhölzer zu vertheilen, entstand ein förmlicher Kampf um diese, Jeder wollte in den Besitz eines solchen Andenkens gelangen; als die Streichhölzer vergriffen waren, traten Holzstücke, aus den Behältern für Kaminfeuerung an deren Stelle, und schließlich vertheilte der neue Oberpräsident von Ostpreußen, Graf Wilhelm Bismarck, in eigener Person an der Vorderseite des Schlosses Baumkuchen, Ostereier, Tischkarten, Zeitungen, und andere Gegenstände mit

unermüdlicher Bereitwilligkeit an die zum Bahnhof zurückkehrenden Herren und Damen.

Der Enthusiasmus der Scheidenden kannte keine Grenzen, und noch lange nach Beendigung der Huldigung hallte die Umgebung des Schlosses, der Bahnhof, das Landhaus von erregten Gefühlsausbrüchen in Wort und Lied wieder. Auf jedem Gesichte stand geschrieben, was der Mund so oft aussprach: „Dieser Tag ist der schönste meines Lebens!“ Die Erinnerung an ihn wird bei den wackeren Steierern wie bei den Friedrichsruher und Hamburger Zeugen ihrer Ovation unverlöschlich sein!

* * *

Wir können uns nicht versagen, hier die Aeußerungen der Wiener „Neuen Freien Presse“ über den Huldigungsact wenigstens auszugsweise anzuschließen. Sie schrieb am 17. April:

Wenn etwas die Bewunderung noch zu steigern vermag, womit die Thaten und Eigenschaften des Fürsten Bismarck seine Zeitgenossen erfüllen, so ist es die unerschöpfliche Vielseitigkeit, womit der Achtzigjährige seit Wochen den verschiedenen Deputationen Rede steht, die aus allen Enden, wo die deutsche Zunge klingt, zusammen kommen, um ihn mit Huldigungen zu überschütten. Für jeden Gesichts- und Berufskreis hatte Bismarck ein angemessenes, aus der Tiefe seines reichen Lebens geschöpftes Wort bereit. Auch auf die Begrüßung der steiermärkischen Deputation hatte Bismarck mit unfehlbarer Treffsicherheit seines Genies eine passende Antwort gefunden und gegeben.

Gestehen wir nur, man hat der Wallfahrt der Steirer nach dem Mekka im Sachsenwalde nicht ganz beruhigt entgegengesehen und zwar aus dem Grunde, welchen Marquis Bacquehem schon in der Interpellation der Deutschnationalen in seiner vorsichtig diplomatischen Weise dahin stilisirte: „Weil in der Vergangenheit manches bei solchen Vorgängen geschehen sei, was bei der allerunbefangensten Auffassung und mit dem besten Willen der Welt als specifische Kundgebung des österreichischen Patriotismus nicht mehr gedeutet werden konnte.“ Diese Besorgnisse seien jedoch unbegründet gewesen. Die steierische Deputation habe die Grenze nirgends überschritten, welche ihr durch die Pflichten gegen das österreichische Vaterland gezogen, und auch ihre Sprecher vor dem Fürsten Bismarck haben es nicht unterlassen, die deutsche Treue nachdrücklich hervorzuheben, womit die Steirer gleich allen andern Deutschösterreichern am Herrscherhause, dem habsburgischen Throne Oesterreichs hängen. Wenn jedoch trotzdem Argwohn oder Uebelwollen an dieser Huldigungsfahrt der Oesterreicher zum reichsdeutschen Staatsmanne und früheren Gegner der Monarchie sich stoßen wollte, so würde jeder Versuch, sie zu verleumden, durch die delicate und doch so ungezwungene Art erstickt, wie Fürst Bismarck seinem heiklen Verhältnisse zu der aus Oesterreich kommenden Ab-

ordnung den Stachel benahm und jedem unösterreichischen Hintergedanken den Weg zu ihm abschnitt.

Die „Neue Freie Presse“ führt noch aus, manche deutsch-nationale Kreise Oesterreichs könnten aus den Worten Bismarck's an die Steirer die Belehrung schöpfen, wie man an derjenigen Stelle, welche in Sachen des deutschen Nationalgefühls die allerzuständigste ist, über den künstlichen Gegensatz zwischen deutsch und österreichisch denke, aber ebenso auch eine gewisse Schule von österreichischen Staatsmännern, welche sich die Beziehung zwischen der inneren und auswärtigen Politik ganz eigenthümlich zurechtgelegt hat. Ist das Verhältniß der Monarchie zu Deutschland gut, sagen sie, dann braucht auf die Unzufriedenheit der Deutschen Oesterreichs nicht viel Rücksicht genommen zu werden, denn sie ist ungefährlich. So war thatsächlich die ganze Zeit nach Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses von der deutschfeindlichen Politik Taaffe's ausgefüllt, und über Verhätschelung der Deutschen ist auch unter dem Coalitionsministerium nicht zu klagen. Wie spricht sich aber der Schöpfer des deutsch-österreichischen Bündnisses hierüber aus? Je stärker der Einfluß der Deutschen in Oesterreich sein wird, sagt Bismarck, desto gesicherter werden die Beziehungen zwischen beiden Reichen sein. Das ist das gerade Gegentheil jener Theorie, welche das wichtige Bundesverhältniß zu Deutschland geradezu in Frage stellt, und man darf beruhigt annehmen, daß Bismarck für die Bedingungen seines großen Werkes feineres Verständniß hat, als jene Experimentalpolitiker; und dieses umsomehr, als er ein nicht minder feines Verständnis für die Besonderheiten und eigenthümlichen Bedürfnisse Oesterreichs zeigt. Warnt doch Bismarck, dessen ganze Conception auf die Voraussetzung gebaut ist, daß Oesterreich trotz Allem ein vorwiegend deutscher Staat ist, der auf einer deutschen Beamtenschaft und deutscher Heeresbildung beruht, davor, daß man in Oesterreich sich ausschließlich einer Nationalität widme, und predigt den Nationalitäten Wohlwollen gegen einander.

Das „Neue Wiener Tageblatt“ sagt: Die steirischen Begrüßungsredner in Friedrichsruh hätten gut österreichisch geredet. Bismarck aber, der die Parteiverhältnisse Oesterreichs bis ins Kleine hinein kenne und schon einmal deutsch-nationalen Verehrungspilgern den Weg zur österreichischen Vaterlandsliebe gewiesen habe, habe in diesem Falle hoffentlich mit Recht die ihm gewordenen Versicherungen als vollwerthige entgegengenommen und seine Rede in einem Hoch auf Oesterreichs Kaiser austönen lassen. Wenn Bismarck den Abgesandten aus Steiermark zurief: Sie und mit Ihnen alle Deutschen Oesterreichs würden den Frieden zwischen Deutschland und der Habsburgischen Monarchie dadurch am besten pflegen, daß Sie sich in inniger Beziehung zu Ihrer deutschen Dynastie hielten, wenn er weiter in eigenartiger

Form vor nationalem Chauvinismus warnte, der sich in zu weit getriebener Bevorzugung einer einzigen Nationalität manifestieren würde, wenn er endlich in besonders kraftvoller Weise das Band der Anhänglichkeit zu demselben Staatengebilde hervorhob, welches ja in Oesterreich Deutsche und Nichtdeutsche umfaßt, dann müßte dieser geniale Wort- und Gedankenfinder erst sehen, an welche Adresse er seine Worte richte. Bismarck habe ferner den Deutsch-Oesterreichern Geduld und Ausdauer empfohlen, und davon ließen sich ja auch die Deutschliberalen leiten.

* * *

Ein sehr bewegter Tag war dann wieder der 17. April. Da kam zuerst die Abordnung der Stadt Darmstadt zur Ueberreichung einer Glückwunschadresse. Sie bestand aus den Herren Oberbürgermeister Mornentag, Beigeordneter Kähler und den Stadtverordneten Kählert, Tiefenbach und Wolfskehl. Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters antwortete der Fürst:

Meine Herren! Ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundliche Begrüßung. Ich habe für Darmstadt, ich möchte es heute beinahe Jugenderinnerungen nennen, in der Zeit, wo ich in Frankfurt war. Ich kam dahin, wie ich 36 Jahre, glaube ich, war. Es ist im Verhältniß zum 80. Jahr eine Jugend, und ich habe Ihre hübsche Gegend, Ihre Wälder, die Leichtigkeit des Verkehrs und des Reisens lieben gelernt. Ich habe die Straßen in Darmstadt gekannt, ich hatte in dem preußischen Gesandten dort einen intimen Schul- und Jugendfreund, Herrn von Kanitz, der sich nachher mit dem Minister Dallwigk nicht vertragen konnte und deshalb wegging. Ich freue mich, daß Sie Ihrerseits ein Anerkenntniß dafür haben, daß durch die großen Ereignisse unter Kaiser Wilhelm I. ein Vorland für Sie gewonnen ist, namentlich für Rheinhessen, daß Sie nicht mehr direct so exponirt liegen. Das war meiner Ueberzeugung nach das Hauptbedürfniß. Die Elsässer irren sich immer in der Ansicht, daß wir aus unerwiderter Liebe zu ihnen sie hätten haben wollen. Wir brauchten das Glacis vor uns und die weitere Entfernung der französischen Einbruchsstationen. Wir mußten das haben, wenn wir nicht unter demselben Druck bleiben wollten, wie wir es Jahrhunderte hindurch gewesen sind, daß die Ecke von Weißenburg bis nach Stuttgart und Darmstadt hin drohte. Jetzt sind wir mit einander getraut zu einer katholischen Ehe, die nicht zu scheiden ist (Große Heiterkeit), und wir werden hoffentlich mit einander ausdauern, länger als einer in dieser Welt von uns es erlebt, und fest zusammenhalten.

Ich habe sehr angenehme Erinnerungen an Ihre Stadt und auch an den alten Großherzog Ludwig, den großen Dicken (der Fürst macht

die entsprechende Handbewegung); er war ein liebenswürdiger Herr und namentlich auf der Jagd; da habe ich ihn am meisten gesehen, auf dem Kranichstein; da war er am behaglichsten. Ein bischen mehr Feierlichkeit als wir bei uns gewöhnt waren, war immer am Darmstädter Hofe, aber es war ein liebenswürdiger, wohldenkender Herr.

Ja, meine Herren, ich danke Ihnen für Ihre freundliche Begrüßung und für die wunderschöne Gabe. (Der Fürst besah die Bilder und sagte dann): Auf dem Kranichstein habe ich den einzigen weißen Hirsch in meinem Leben geschossen, einen weißen Rothhirsch; das war ein sehr stattlicher Wildpark. (Bei dem Bilde von Einsiedel bemerkte der Fürst): Das wird da sein, wo wir die bayerischen Semmeln mit Wurst darin frühstückten, auf der Jagd. Der Großherzog hatte eine wunderliche Vorliebe im Essen; wenn Schwarzwild angeschossen war, da ließ er noch von dem Schweiße auffangen und das rasch zu einer Blutwurst verarbeiten. Mir war es nicht ganz willkommen. (Bei Vorlegung eines weiteren Bildes aus der Stadt äußerte der Fürst:) Wenn ich nicht irre, wohnte hier — ach so, da täusche ich mich doch über die Lage des Platzes, ich dachte, da wäre von Kanitz gewesen. (Das Bild des Rathhauses besehend:) Der Thurm ist mir vollständig in der Erinnerung. Ach, ich wollte, ich wäre noch einmal so gesund, wie damals. Es ist eine sehr hübsche, sinnige Gabe, diese alten Erinnerungen. — In besonders angenehmer Erinnerung habe ich die Reitwege um Darmstadt. Ich war damals richtiger und passionirter Reiter und ritt viel mit meinem Jugendfreunde Herrn von Kanitz zusammen.

Der Fürst lud dann die Darmstädter Deputation zur Frühstückstafel mit den Worten:

Meine Herren, darf ich Sie bitten, einen kleinen Imbiß zu nehmen. Marie, meine Tochter, muß ich bitten, mich so lange zu vertreten.

Nachdem der Einladung Folge gegeben war, nahm der Fürst das Geschenk der deutschen Künstlerschaft entgegen. Die kurze, aber herzliche Ansprache des Herrn Prof. von Stieler lautete:

„Nicht mit vielen Worten, aber von ganzem vollen deutschen Herzen, im Namen von 3000 Künstlern Deutschlands überbringe ich die innigsten Glück- und Segenswünsche. Gott erhalte Sie! Gott segne Sie, Durchlaucht."

Der Fürst antwortete darauf:

Meine Herren, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Begrüßung und für Ihre Gabe. Die Münchener Kunst ist für mich eine wirksame Mitarbeiterin in der deutschen Einigung gewesen. Die Kunst und die Wissenschaft, die Universitäten und die Kunstwerkstätten, die sind immer deutsch geblieben, von Wien bis Amsterdam — ich will Amsterdam nicht nennen, die Holländer könnten es übel nehmen (Heiterkeit) —,

sagen wir von Wien bis Cleve. Das wird uns auch immer zusammenhalten. Wir können nach unseren Bildungsverhältnissen gar nicht auseinanderfallen; nach unserer ganzen Geschichte, nach unserer Dichtkunst, nach unserer Kunst überhaupt wird sich immer der Deutsche wieder zum Deutschen finden.

So wird es — unter einem Herrscher will ich nicht sagen — aber unter einer Regierung bleiben, wird gerade die Kunst und die Wissenschaft auch das Terrain sein, in dem die Wurzeln am festesten schlagen, daß sie nicht wieder losreißen. Deshalb danke ich Ihnen vom politischen Standpunkte aus, daß Sie nicht bloß eine bayerische, sondern eine deutsche Kunst pflegen. Ich habe vorgestern österreichische Vertreter hier gehabt, was bindet uns an die? Es ist Kunst und Wissenschaft. Politisch stehen wir nicht in einer Einheit zusammen, aber es wird doch immer schwer, die österreichischen Leser von Wallenstein beispielsweise zu überzeugen, daß der Dichter dieser rein österreichischen Tragödie nicht ihnen sowohl gehörte, wie den Reichsdeutschen. Und so kann ich nur wiederholen: die geistigen Elemente, die halten uns zusammen, auch wenn uns die körperlichen Jahrhunderte hindurch getrennt haben. Halten Sie fest daran. —

Ich kann nicht so lange stehen, meine Herren, die achtzig Jahre fahren mir in die Beine. Darf ich bitten, daß Sie mitkommen, zum Frühstück.

An der Tafel nahmen außer den Darmstädter und Münchener Deputations-Mitgliedern noch Graf Wilhelm Bismarck, Graf Rantzau, Dr. Hartmeyer und einige andere Herren Theil. Als gegen Ende des Mahles der Fürst die Klänge der Musikkapelle hörte, welche den Aufmarsch der Innungen begleitete, richtete er gut gelaunt und mit Behagen seine lange Pfeife rauchend die plattdeutsche Frage an den Grafen Rantzau: „Möt ick ruut?“

Die Rede, mit welcher der Fürst auf die Ansprachen der Innungen antwortete, lautete folgendermaßen:

Meine Herren, ich habe in den letzten Wochen viele ehrenvolle Begrüßungen erfahren, aber keine, die so wie die Ihrige die Verschmelzung der deutschen Interessen und Stände vergegenwärtigt: die gesammten Gewerke, die gesammten Gewerbe. Ich bin ja ursprünglich auch ein Gewerbetreibender, ein Landwirth (Bravo!), und es war die Landwirthschaft vielleicht in unsern germanischen Gauen das erste Gewerbe; aber sie konnte, sobald die Hülfskraft der Frau und des Mannes für Weben und Stellmachern nicht mehr ausreichte, doch ohne Gewerbe nicht bestehen. Wir brauchten zuerst in unserer urdeutschen Landwirthschaft doch den Schmied, der in jedem Dorfe wohnt. „Es ist ja kein Dörflein so klein, ein Hammerschmied muß darin sein.“ (Bravo!) Der Stell-

macher ist ebenso unentbehrlich, auch der Schuhmacher und der Schneider; sobald die Frau die Bekleidungsfrage am Körper und am Fuß nicht mehr beherrschen kann, so ist ja doch in jeder Dorfgemeinde das Handwerk in Gestalt von Schuhmacher, Schneider, Stellmacher, Schmied ganz unentbehrlich. Wir Landwirthe gehören also mit allen übrigen Gewerben unzertrennlich zusammen, und die übrigen Gewerbe werden um so mehr Beschäftigung haben, je mehr der Landwirth im Stande sein wird, gesteigerten Ansprüchen entgegenzukommen und sie zu befriedigen. (Bravo! sehr richtig.) Also ich bin der Meinung, wir, alle producirenden Stände, wir gehören zusammen, absolut zusammen, und wir müssen uns durch die Nichts-als-Consumenten in unserem Zusammenhang nicht stören lassen. Wir haben darin ja manche Gegner, die uns die Pflege erschweren.

Nehmen wir das Handwerk. Ich bin unserer Gewerbegesetzgebung näher getreten mit Absichten, bei deren Verwirklichung ich ermüdet bin an dem Widerstande des Reichstages. (Sehr richtig!) Es war, was wir da versuchten, stets ein Bild der Echternacher Procession, zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück. (Sehr richtig, Bravo!) Ich bin ermüdet in dem parlamentarischen Sande, in den Bestrebungen, die ich hatte, auch selbst in der Richtung der Gesetzgebung, die ich nur, mit einem Worte, mit Klebegesetz bezeichnen will. (Heiterkeit.)

Sie wissen Alle, welches Gebiet darunter verstanden ist. (Rufe: Ja!) Da sind meine ersten Bestrebungen abgelehnt worden; ich hatte nicht den Gedanken, daß der siebzehnjährige Arbeiter bezahlen sollte, einzahlen sollte für Ergebnisse, die er mit siebzig Jahren etwa erwarten konnte. (Bravo, sehr richtig!) Dieser psychologische Irrthum ist mir nicht passirt, sondern ich hatte das Bestreben, daß dem müden Arbeiter etwas Besseres und Sichereres als die Armenpflege, die locale Armenpflege gewährt werden solle (Lebhaftes Bravo!), daß er wie jeder Soldat auch im Civilleben seine sichere Staatspension haben sollte (Wiederholtes Bravo!), mäßig, gering meinethalben, aber doch so, daß ihn die Schwiegermutter des Sohnes nicht aus dem Hause drängt (Heiterkeit), daß er seinen Zuschuß hat. (Sehr gut!) Dieses Bestreben wurde mir abgelehnt in der ersten Verhandlung des Reichstags über dieses Versorgungsgesetz, und ich muß sagen, daß ich damit eigentlich die Lust an der Sache verlor und ihr ferner getreten bin, denn ich glaubte nicht an die Möglichkeit, den achtzehnjährigen Arbeiter zu überzeugen, daß er für sein siebzigstes Jahr einzuzahlen nöthig hätte, er wußte nicht, ob er so lange lebte und hatte auch in seinem jugendlichen Alter eine bessere Verwendung für die Einzahlung. (Große Heiterkeit.)

Ich halte es für eine ungeschickte Sache in der Ausführung; für die

Ausführung bin ich aber nicht verantwortlich; ich habe die Anregung der Idee übernommen, aber es war für mich unmöglich, das in allen 25 deutschen Staaten in der Ausführung zu überwachen, und da ist es denn schließlich doch den Tendenzen der Reichstagsmajorität anheimgefallen und geschehen, daß die Sache heutzutage nicht so günstig und nützlich wirkt, wie der alte Kaiser Wilhelm bei der ersten Anregung der Sache gehofft hat.

Die Gesetzgebung kann ja darin Modificationen und Erleichterungen schaffen, sie kann namentlich die Kleberei abschaffen, die die unglücklichste Erfindung ist, worauf man je kommen konnte. Wo soll man alle die Klebemarken deponiren (Zustimmung), und wie soll der Arbeiter, der in Sturm und Regen wochenlang unter freiem Himmel liegt, seine Klebemarken aufheben? Das ist ja gar nicht möglich. Das sind eben Einrichtungen, die vom grünen Tische ausgingen, für die ich jede Verantwortlichkeit ablehne. (Bravo!) Eine Besserung darin herbeizuführen, das ist meines Erachtens Aufgabe der Associationen, wie ich die Keime davon, glaube ich, mir gegenüber sehe, die sich als Genossenschaften organisiren, die ihrerseits die Gesetzgebung richtigstellen, auf Grund dieser Richtigstellung Forderungen stellen (Bravo!) und auch ihre Abgeordneten in dem Sinne durchbringen. Das Zusammenhalten, die Genossenschaften, die Associationen, das ist es, worauf ich in höherem Maaße gerechnet habe, die freiwilligen Associationen. Wir können Zwangsinnungen heutzutage nicht mehr in die Wirklichkeit bringen, aber die Innungen so auszustatten, daß sie anziehend werden, daß jeder Gewerbsgenosse einsieht: ich stehe mich besser, wenn ich der Innung angehöre, und daß sie eine freiwillige Werbekraft ausüben, das würde ich politisch für außerordentlich nützlich halten.

Ich habe früher geglaubt, daß man unsere Wahlgesetzgebung in Preußen sowohl wie im Reiche auf dergleichen Berufsgenossenschaften begründen könnte, daß jede Berufsgenossenschaft ihrerseits das Recht hat, sich durch selbstständige Abgeordnete vertreten zu lassen. Ich habe dafür kein Verständniß gefunden, und ich habe, solange ich Minister war, zuviel Kämpfe nach außen, nach oben hin gehabt, um mich dem zu widmen, und zu wenig Anklang im Reichstage. Erinnern Sie Sich der Zeit, wo unter dem Regimente Windhorst mir ein Hülfsarbeiter mit 20000 Mark abgelehnt wurde, lediglich weil *ich* ihn beantragte und *ich* ihn brauchte. Sind diese Zeiten nicht wiedergekommen, haben wir nicht dieselbe Mehrheit im Reichstage (Leider!), die sich aus Gegnern des ursprünglichen Reichsgedankens zusammensetzt?

Ich fürchte, ein Gegenmittel dagegen liegt nur in der Ermannung der Bevölkerung, der Wählerschaften, daß sie sich zusammenthun, daß sie

Organisationen bilden; dazu sind die Innungen, die Berufsgenossenschaften die gegebenen Grundlagen. Wenn Sie darin zusammenhalten, so werden Sie nicht sehr rasch, nicht von heute auf morgen eine Aenderung in der Vertretung erwirken, aber es ist doch, glaube ich, das Einzige, was Ihnen zu erstreben übrig bleibt: also der enge Zusammenschluß unter einander, die Bildung der Genossenschaften und das Eintreten „Einer für Alle und Alle für Einen" innerhalb der Innungen und innerhalb der Gesammtheit unserer erwerbenden Classen, daß wir uns gegenüber den reinen Theoretikern, die nichts thun als Reden halten und abstimmen, daß wir uns denen gegenüber wehren (Lebhaftes Bravo), für unsere Erwerbsfähigkeit, daß wir scheiden zwischen praktischen Leuten und Rednern, und daß die praktischen Leute, die wirklichen Erwerber, von der Landwirthschaft bis zu jedem feinsten Gewerbe hinauf, wie sie sich allmählich angesetzt haben an die Urgewerbe, daß wir da zusammenhalten, die Erwerbenden, und uns wehren gegen die Drohnen (Sehr gut, Bravo!), die nicht Honig sammeln, ich will nicht sagen, in der brutalen Art, wie die Bienen es thun (Heiterkeit, Bravo!), aber doch, daß wir uns von ihnen nicht führen lassen, von den Drohnen.

Und deshalb bitte ich Sie, meine Herren, mir zuzustimmen, wenn ich sage: Alle erwerbenden Stände leben hoch, der Nährstand in der weitesten Ausdehnung — der Wehrstand wird sich schon selbst erhalten, er ist schwer bewaffnet, er kann sich vertheidigen (Heiterkeit), — aber der Nährstand vor allen Dingen, er lebe hoch! (Lang andauernde Hochrufe!) Alles, was unser Nationalvermögen vermehrt und pflegt, das ist eben der Nährstand, die Gewerbe in der weitesten Ausdehnung, von der Landwirthschaft als Urgewerbe abgesehen. Aber auch schon in den Zeiten von Tacitus, bin ich überzeugt, haben wir Innungen und Handwerker im deutschen Lande gehabt, denn sie gingen bekleidet und beschuht, wenn die Deutschen den Römern gegenübertraten; sie bauten Korn, hatten Müller, gewiß, denn sie aßen Brod, also sie hatten auch Müllerzunft schon unter sich. Nun mögen sie alt oder jung sein, die Zünfte, Gott segne sie alle!

Als der Fürst geendet hatte, brachten die vielen Tausende der Versammelten ihm ein dreifaches Hoch, in dessen überwältigender Stärke alle die Gefühle sich ausdrückten, welche durch den Anblick der historischen Gestalt des Altreichskanzlers und seine Rede in ihnen erweckt worden waren.

Der Fürst unternahm dann den gewohnten Rundgang. Auf die Terrasse zurückgekehrt, erhob er ein Glas und sagte:

Meine Herren! Ich bringe Ihnen noch ein Glas mit dem Wunsche: Gott segne alle ehrliche Nahrung im deutschen Lande; alle Gewerke — sie leben hoch!

Nachdem er dann noch einen von den Potsdamer Gärtnern auf der Terrasse aufgestellten Kranz mit den Landesfarben aller Bundesstaaten in Augenschein genommen hatte, verabschiedete er sich mit folgenden Worten:

Verzeihen Sie, wenn ich mich zurückziehe; ich bin matt und alt. Ich würde mich gern noch weiter mit Ihnen unterhalten; aber die Natur versagt sich mir.

Bei dem darauf folgenden zweiten Frühstück, an dem die Innungsvorstände, im Ganzen etwa fünfzig Herren, theilnahmen, erinnerte Graf Rantzau an das in das laufende Jahr fallende 25jährige Jubiläum der Gründung des Deutschen Reiches und brachte dem Gründer desselben, der noch immer, wie der heutige Tag beweise, mitten im Volke stehe, ein Hoch aus, in welches die Versammlung einstimmte. Fürst Bismarck dankte mit bewegten Worten. Um 4 Uhr verließen die Theilnehmer in Sonderzügen Friedrichsruh, hoch erfreut über die prächtig gelungene Ovation.

* * *

An demselben Tage durften auch noch der Gemeindevorsteher Schnock und Beisitzer Weißmüller aus dem Dorfe (jetzt Stadt) Schöneberg bei Berlin eine Adresse ihrer Gemeinde dem Fürsten überreichen.[1]

* * *

Der in Bremen versammelte Elfte deutsche Geographentag[2]) sandte am 18. April folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck:

Seiner Durchlaucht, dem Fürsten Bismarck,
Friedrichsruh.

Der in Bremen tagende elfte deutsche Geographentag bringt Euer Durchlaucht als dem größten praktischen Geographen unserer Tage die herzlichste Huldigung.

* * *

Ueber weitere Empfänge in Friedrichsruh, die am 19. April stattfanden, ist nach den „Hamb. Nachr." vom 20. April (M.-A.) zu berichten:

Die bürgerlichen Collegien der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart hatten beschlossen, das künstlerisch ausgestattete Original ihrer Glückwunschadresse zum 1. April durch eine Deputation dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh persönlich überreichen zu lassen.

---

[1]) Horst Kohl setzt diese Adresse auf den 15. April an (Bismarck-Jahrbuch Bd. II, S. 480); in den „Hamb. Nachr." vom 18. April (M.-A.) heißt es aber ausdrücklich „gestern", d. i. also der 17. April.

[2]) Die Antwort des Fürsten auf dieses Telegramm ließ sich bisher nicht auffinden; auch die Bemühungen der zunächst betheiligten Personen in Bremen, Göttingen und Berlin waren erfolglos.

Die Deputation bestand aus den Herren Oberbürgermeister Rümelin und Bürger-Ausschuß-Obmann Commerzienrath Ernst Kuhn.

Der Empfang der Deputation fand gestern Mittag 12 Uhr in Friedrichsruh statt.

Der Fürst erwiderte auf die Ansprache der beiden Herren Folgendes:

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie aus so weiter Ferne hergekommen sind, um mir die Wünsche meiner Mitbürger zu überbringen. Ich habe im Anschluß an die Worte des Herrn Oberbürgermeisters und in Bestätigung derselben zu erwidern, daß ich stets ein Gegner unitarischer Tendenzen gewesen bin, wie sie im Schooße des Reichstages in der Form von Anträgen auf Schaffung von Reichsministerien zu Tage getreten sind, Anträge, durch welche die Institution des Bundesrathes einfach negirt worden wäre. Ich habe die berechtigten Eigenthümlichkeiten der Stämme des Deutschen Vaterlandes stets voll anerkannt, und mein Bestreben war darauf gerichtet, die in der Reichsverfassung garantirte bundesstaatliche Entwicklung zu stärken; noch heute bin ich der Ansicht, daß dies nothwendig sei, und möchte, daß die Landtage an der Thätigkeit ihrer Bundesraths-Bevollmächtigten Kritik üben und sie für ihre Abstimmung verantwortlich machen, ohne daß damit gesagt werden soll, daß die Landtage befugt wären, in die Reichspolitik beschließend einzugreifen, ebensowenig wie die Städte in die Thätigkeit der Landtage.

Im Kriege von 1870/71 war es mir eine besondere Freude zu sehen, wie die württembergischen Truppen mit kalter Ruhe im Feuer Stand gehalten haben, mit einer Kaltblütigkeit, die man sonst nicht geneigt wäre, zu den charakteristischen Eigenschaften der die Reichssturmfahne tragenden Schwaben zu zählen.

Es hat mir besonders wohlgethan, von Ihnen zu hören, daß Seine Majestät König Wilhelm von Württemberg mich durch Seine Theilnahme an Ihrer städtischen Feier geehrt hat,[1]) und Ihnen, meine Herren, danke ich für die an mich gerichteten liebenswürdigen Worte.

Nun lud der Fürst die Herren mit freundlichen Worten ein, an der Frühstückstafel, die einen familiären Charakter trug, theilzunehmen.

Während der Tafel herrschte eine animirte, behagliche Stimmung; der liebenswürdige Humor, mit dem der Fürst in gewohnter Weise die Unterhaltung leitete, bot den erfreulichen Beweis für sein Wohlbefinden. Er brachte ein dreimaliges Hoch auf den König von Württemberg aus, das durch einen herzlichen Toast auf den Fürsten von der Tischgesellschaft erwidert wurde.

Nach zwei Uhr verabschiedeten sich die Stuttgarter Herren und begaben

---

[1]) Der König hatte die Beflaggung aller Staatsgebäude und die Schulfeiern angeordnet und den Fürsten Bismark feiernde Ansprache an eine Schülerabordnung gerichtet.

sich, von Prof. Dr. Schweninger zu Wagen zum Bahnhof geleitet, auf die Rückreise.

Ferner erschien an demselben Mittag Prof. Dr. Buschkiel, Lehrer am Gymnasium in Chemnitz, um dem Fürsten Bismarck eine Huldigungsadresse des sächsischen Gymnasial-Lehrer-Vereins zu überreichen. In seiner Ansprache verlieh Dr. Buschkiel der Freude, dem Stolze und der Genugthuung beredten Ausdruck, die die höhere Lehrerschaft Sachsens über die hohe Anerkennung empfinde, die Seine Durchlaucht der Wichtigkeit und Bedeutung ihres Standes für das nationale Leben wiederholt habe zu Theil werden lassen. Es werde das Bestreben der höheren Lehrer sein, die Werthschätzung des Fürsten auch ferner zu verdienen und sich ihrer würdig zu erhalten.

Der Fürst äußerte sich darauf folgendermaßen:

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundliche Begrüßung, und ich nehme dieselbe um so lieber entgegen, als sie auf meiner Seite auf Gegenseitigkeit trifft. Wenn man, wie ich, ein halbes Jahrhundert Politik treibt, so wird man unwillkürlich, wenn man Deutscher ist, das Bedürfniß haben, über die Quellen nachzudenken, aus denen die politischen Ereignisse ihren Weg nehmen. Für Deutschland kann es ja niemals zweifelhaft sein, daß das, was uns zusammenhält, nicht die äußerliche polizeiliche Einrichtung ist, sondern die unaufhaltsame und unabsperrbare Gemeinschaft, die sich zwischen allen deutschen Ländern ausgebildet hat in der Wissenschaft, in der Kunst, in der Dichtkunst. Der eigentliche Träger für alles das ist nicht der Minister, sondern der Lehrer der heranwachsenden Jugend, der höhere Lehrer. Als mir seinerzeit die Mittel, aus denen ich die Schönhausener Stiftung errichtet habe, zur Verfügung gestellt wurden, habe ich mich gefragt, wie soll ich diese Million anwenden? Ich bin zu dem Ergebniß gelangt, daß der höhere Lehrer, der Lehrer der gebildeten Stände für die patriotische Erziehung der heranwachsenden Generationen der wichtigste Faktor sei. Auch der Militarismus, den wir kultiviren, wäre ohne den imponderablen Zusatz der Gymnasialbildung nicht haltbar. Wir würden das Officiercorps, das wir haben, und das Unterofficiercorps, das ein Ergebniß desselben ist, nicht besitzen, ohne unsere höheren Schulen. Das ist die Ueberzeugung, die sich in mir als Niederschlag meines Nachdenkens gebildet hat damals, als ich die Stiftung gemacht habe, und ich könnte Ihnen nur wiederholen, was ich neulich zu Ihren preußischen Collegen[1]) über die Bedeutung gesagt habe, die ich dem höheren Lehrerstande beilege.

---

[1]) Vgl. oben S. 120 ff.

Der Fürst erkundigte sich dann noch nach dem Truppentheile, bei dem der decorirte Vertreter der sächsischen höheren Lehrer den französischen Krieg mitgemacht habe, und lud ihn dann ebenfalls zum Frühstück ein.

* * *

Nach nur eintägiger Ruhepause kam dann wieder ein stark besetzter Tag für den Fürsten Bismarck, Sonntag, der 21. April. Die „Hamburger Nachrichten“ berichten über diesen Tag:

Das war wieder ein Tag voll unvergeßlicher Erlebnisse! Alle Umstände, die dazu beitragen konnten, den Eindruck der heutigen Ovationen zu erhöhen, waren zusammengetroffen: der Fürst befand sich in vortrefflicher Stimmung und erschien besonders gut disponirt, das Wetter war prächtig, die Stimmung der Anwesenden von Anfang an freudig erregt, und die einzelnen Bilder der Empfänge gestalteten sich ganz besonders reizvoll und schön.

Wie vieler denkwürdiger und großartiger Huldigungen Schauplatz das Friedrichsruher Fürstenhaus auch schon gewesen ist, wie viele bedeutungsvolle Ansprachen der Fürst bei dieser Gelegenheit an die Repräsentanten der verschiedenen Stämme, Corporationen und Berufszweige unseres Volkes gehalten hat — jede neue Huldigung bietet neue eindrucksvolle Momente, und vor Allem: jede neue Rede des Fürsten liefert einen neuen Beweis für die Unerschöpflichkeit seines Geistes. Man sollte glauben, daß ihm nach der letzten Zeit kaum noch etwas Neues zu sagen bliebe, seine heutigen Worte aber haben in ihrer Frische und Unmittelbarkeit, mit ihrer Anpassung auf die speciellen Verhältnisse der beiden Deputationen gezeigt, daß das, was wir bisher vernommen haben, nur ein geringer Theil des unermeßlichen Schatzes an Geist und Urtheil, an Erfahrung, Welt- und Lebenskenntniß, an geschichtlicher und persönlicher Erinnerung, an Gemüth und liebenswürdigem Humor bildet, der in der Tiefe der Seele des Fürsten verborgen liegt. Es giebt Nichts auf der Welt, was diesem großen Manne fremd wäre; jedes Interesse findet eingehendes Verständniß und klugen Rath, jeder Stand erhält ein Wort, das ihn erhebt, sein Selbstbewußtsein stärkt und zuversichtlich in die Zukunft blicken läßt, jede Erscheinung der Vergangenheit geräth, wenn der Fürst sie bespricht, in ein neues Licht, erhält ein frappantes Colorit und veränderten Charakter.

Erstaunen erregte auch wieder das phänomenale Gedächtniß des Fürsten. So z. B. erinnerte er sich in seiner Ansprache an die Anhalter nicht nur des Namens einzelner keineswegs hervorragender Persönlichkeiten, die er vor einem oder zwei Menschenaltern gekannt hatte, sondern wußte sich sogar lokaler Umänderungen ihrer Namen mit ebenso großer Deutlichkeit zu entsinnen, wie einzelner Vorkommnisse durchaus nicht weltgeschichtlicher Natur. Immer steht der Fürst hoch über seinem Gegenstande, immer wirkt er fas-

cinirend durch die liebenswürdige und bei aller Treffsicherheit harmlose Art, mit der er nach einem so gewaltigen, welthistorischen Leben die untergeordneten Gegenstände und Fragen des menschlichen Lebens erfaßt, sie in den Brennpunkt seines Urtheils und Denkens zu bringen weiß. Doch wer kann ermessen, was unermeßlich ist, wer mit Worten erschöpfen, was unerschöpflich erscheint. Das Beste muß ungesagt bleiben, weil es sich nur empfinden läßt — und zuletzt kommt man immer wieder darauf zurück, daß es am zweckmäßigsten ist, den Leser direkt an die Quelle zu führen, ihn vor die eigenen Worte des Fürsten zu stellen, damit Jeder sehe, was er daraus für sich, seine historische und menschliche Einsicht, für das praktische Leben und für das als Staats- und Reichsbürger gewinnen kann. So sei hier geschlossen, obgleich noch viel in der Feder liegt und mit der Schilderung des heutigen Tages begonnen.

Kurz vor 12 Uhr fand in den inneren Räumen des Fürstenhauses der Empfang einer Deputation statt, welche dem Fürsten die Glückwunsch-Adresse der alten Herren der deutschen Burschenschaften überbrachte. Die Abordnung bestand aus folgenden Personen: Ordentlicher Professor der Geographie, z. Z. Rektor der Universität Marburg, Dr. Theobald Fischer, Medicinalrath Dr. Aub-München, Prof. Dr. Braumüller-Berlin, Pastor Thun, Divisionsprediger in Nienstedten a. E., Geh. Medicinalrath Dr. Birch-Hirschfeld-Leipzig, Dr. med. Riedel-Berlin, Prof. Dr. Wichmann, Oberlehrer am Lyceum zu Metz, Prof. Steinwender, Gymnasialoberlehrer, Danzig. Die Deputirten wurden vom Grafen zu Rantzau empfangen, der sich eine Weile mit ihnen über alte Universitätsbekanntschaften unterhielt und sie dann zum Fürsten geleitete.

Die Ansprache an den Fürsten hielt Professor Dr. Fischer.

Nach Besichtigung der Adresse, die auf ihrem Titelblatt die Wartburg und das Burschenschaftsdenkmal auf dem Marktplatz zu Jena zeigt, hielt der Fürst eine Ansprache, welche alle Register studentischer persönlicher Erinnerungen zog und die politische Entwickelung der Vergangenheit von diesem Standpunkte aus beleuchtete. Besonders charakteristisch war die Art und Weise, wie der Fürst das Wesen der deutschen Burschenschaft, ihre Umwandelung von einst zu jetzt schilderte und dann seine eigenen Ansichten und Empfindungen skizzirte, die ihn als Student bezüglich des Verbindungswesens, sowie in der Politik beherrscht hätten. War der erste Theil der Rede der Verschiedenheit zwischen seinen damaligen Auffassungen und dem der Burschenschaften gewidmet, so enthielt der letzte Theil der Darstellung den Ausdruck der Befriedigung über die jetzt erzielte Uebereinstimmung und bot einen hübschen Abschluß durch das dem Studentenleben entnommene Bild, mit dem der Fürst die Anwesenden aufforderte, es sich im Vaterlande wohl sein zu lassen. Die Rede des Fürsten lautete:

Meine Herren! Ich bin sehr dankbar, daß Sie von Ihren verschiedenen Wohnorten, an die Sie aus der Universität nachher das Leben geführt hat, sich zusammengefunden haben, um mich zu begrüßen und mir damit das Zeugniß auszustellen, daß wir an demselben Ziele gearbeitet haben, Sie dafür verfolgt, ich dafür belohnt. Es liegt der ganze Unterschied nur in den Mitteln, nicht in den Zielen; Republikaner sind die ersten Burschenschafter kaum gewesen, vielleicht Imperialisten, sie waren kaiserlich-national, und einzelne Auswüchse hat das ja immer. Die gebildete Bevölkerung Deutschlands bewahrte den burschenschaftlichen Bestrebungen selbst nach der Ermordung von Kotzebue und nach den amtlichen Verfolgungen immer noch ihre Sympathie, nicht so lebhaft, nicht so unabhängig, nicht mit denselben Mitteln wie später und wie heute.

Von den Mitteln, die der Burschenschaft zur Verfügung standen, um ihre Ziele zu verwirklichen, wurde irrthümlich angenommen, die sofortige Inswerksetzung könnte den Klotz, unter dem wir lebten — das Gebirge will ich lieber sagen, unter dem wir lebten — irgendwie rühren und erschüttern. Das ist im Grunde doch auch 40 Jahre später — soviel war es ja ungefähr, nein, nicht ganz — im Frankfurter Parlament auch wieder zu Tage gekommen. Die Redner von Frankfurt vergriffen sich in den Mitteln, mit denen die Sache gemacht werden konnte, d. h. mit denen das nationale Ziel, welches der Mehrheit der Gebildeten als erreichenswerth vorschwebte, wenn nicht sofort, so doch in kurzer Zeit erreicht werden konnte. Sie wandten sich an die Denker; sie glaubten, mit Reden und öffentlicher Meinung ließe sich alles machen, und bestätigten das alte Sprichwort: „Leicht bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Dinge!“ Was sich hart stieß, war die Militairmacht, die fürstliche Macht.

Ich bin bei der ersten Berührung mit der Burschenschaft, wie ich zur Universität kam, von dem Vorurtheil der Corpsburschen im Allgemeinen geleitet gewesen. Außerdem war es Zufall, daß ich gerade mit Burschenschaftern in Berührung kam, die den gesellschaftlichen Schliff nicht hatten, den ich von Berlin her gewohnt war, und daher kam meine Abneigung, obschon ich schon damals national-deutschen Glauben hatte und an deutsche Einheit glaubte, und die Wette einging, daß sie in 20 Jahren geschaffen sein würde — es war Anno 1832 — was nicht ganz zutraf; aber es widerstrebte mir doch das persönliche Material, möchte ich sagen, der damaligen Burschenschaft. Sehr viel trug dabei auch die alterthümliche Tradition der Mensur bei; sie schlugen sich damals nicht, die Burschenschafter, jetzt thun sie es. Es ist das auch nicht nöthig; ich denke heutzutage ruhiger über diese Dinge; aber die Aeußer-

lichkeiten sind es, glaube ich, vorzugsweise gewesen, die mich, wie ich mit 17 Jahren nach Göttingen kam, davor behütet haben, mit ihnen in nähere Beziehung zu kommen. Der Eingang zu der politischen Situation oder vielmehr die Führer, die ich dazu finden konnte, mißfielen mir persönlich. Ich war von den Berliner Gymnasien mit nationaler Gesinnung, ja ich muß sogar sagen, mit ziemlich republikanischer abgegangen — Friedrich-Gymnasium und Graues Kloster — ohne daß irgend eine Absichtlichkeit im Unterrichtsplan dahin zugespitzt war, aber in uns jungen Leuten wirkte der ganze Strom, den wir aufnahmen, dahin, daß wir für Harmodius und Aristogiton eine gewisse Sympathie übrig behielten und es schwer verständlich fanden, warum so viele Leute einem gehorchten, wenn er ihren Wünschen und ihrer Geschmacksrichtung als Herrscher nicht entsprach.

Ich bin erst als Beamter, als Diplomat zum Nachdenken über die Mittel gekommen, zum Nachdenken wohl früher, aber zum erfolgreichen Nachdenken, womit man dem deutschen Ziele näher treten könnte, und da ist mir in der Frankfurter Zeit einleuchtend gewesen: wenn die preußische Armee nicht für die Sache in Thätigkeit gesetzt werden kann, so schlägt sie nicht durch. Das war das stärkste Element, was wir hatten, und die Armee geht natürlich mit ihrem Könige. Ich mußte also den König von Preußen für die Sache gewinnen; solange ich den nicht hatte als Mitstreiter, ich will den Standpunkt der Burschenschaft einnehmen, so standen die Mittel nicht im Verhältniß zum Zweck. Das aber ist allmählich und mit Vorsicht gelungen. Ohne den alten Herrn und seine eigenthümliche Natur, seine Festigkeit und Zuverlässigkeit, seine Offenheit und Ehrlichkeit hätte Minister sein können, wer wollte, er hätte nie die Ziele erreicht, an denen wir uns heute befinden. Ich will nicht sagen, daß sie ideal sind, aber wir sind doch in den Zustand gekommen, sie unseren Idealen näher zu bringen, ein nationales Leben zu führen, was des Lebens werth ist. Und soweit sind wir doch heutzutage, das zeigt mir an meinem Lebensabend diese weitverbreitete Sympathie, die sich mir zu erkennen giebt, und die doch natürlich der Sache gilt, der ich gedient habe, und dem alten Kaiser, dem ich gedient habe, oder doch dem Ergebniß unserer gemeinschaftlichen Politik; und mir macht es eine hohe Freude, die Herren im reiferen Alter hier zu sehen und mit ihnen zurückzublicken auf die Irrwege, die wir, der Einzelne und die Gesammtheit, gegangen sind, und auf das Zusammenfinden doch schließlich in einem Wirthshause, wo es einstweilen wohnlich ist. Wir müssen es erhalten und die Wohnlichkeit pflegen.

Der Fürst redete nun einzelne, mit Kriegsdecorationen versehene Herren

an und fragte sie nach ihren Regimentern und Feldzugserlebnissen. Zu einem Herrn, der bei St. Privat mitgefochten hatte, sagte er:

> Seien Sie froh, daß Sie noch hier stehen.... Es waren taktisch gewagte Operationen, als unsere Garde so ins Feuer geschickt wurde.

Zu einem Herrn, der bei dem rheinischen 28. Regiment gestanden hatte, äußerte der Fürst:

> Es hatte den alten Wellington zum Chef, der ist mir noch aus meinen Kinderjahren erinnerlich; ich habe Wellington als Schuljunge, später auch noch in England gesehen, in den vierziger Jahren; er war sehr langlebig...
>
> Ja, meine Herren! Ich hoffe, Sie erzeigen mir die Ehre und frühstücken nachher mit mir, ich muß noch einen Zwischenact vornehmen mit meinen Anhalter Freunden, die mich begrüßen; sie haben mir eine Broncegruppe aufgestellt. — Ist der Wagen vorgefahren? Ich fahre, weil ich sonst keinen Sitz habe; ich kann nicht so lange stehen. Darf ich bitten?

Nun begab sich der Fürst, begleitet von seinen Gästen, dem Grafen zu Rantzau und Professor Dr. Schweninger nach der bekannten Hirschgruppe, die von den Anhaltinern gestiftet und auf der Höhe gegenüber dem Herrenhause, auf der andern Seite der Hamburger Eisenbahn, aufgestellt ist. Das sonnenbeschienene, von dem dunkeln Saum des angrenzenden Forstes sich abhebende Plateau bot mit der Broncegruppe und den zahlreichen, der nahen Ankunft des Fürsten freudig entgegensehenden Menschen einen wunderhübschen Anblick. Es war einer der vielen liebenswürdigen Züge des Fürsten, die in den letzten Tagen so oft sich gezeigt hatten, daß er sich noch im letzten Augenblick entschloß, die Anhaltiner durch persönliches Erscheinen vor ihrer Broncegruppe zu erfreuen, anstatt sie, wie ursprünglich beabsichtigt gewesen war, im Innern des Hauses zu empfangen.

Als der Fürst, mit lauten, herzlichen Hochrufen begrüßt, den Wagen verlassen hatte und vor die Hirschgruppe getreten war, ergriff Oberbergrath Lohmer aus Dessau namens des Centralausschusses der Spender das Wort zu einer Ansprache an den Fürsten. Ihm folgte Oberbürgermeister Dr. Funk von Dessau mit der Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes der Anhalter Residenz.

Aus Anhalt waren außer den beiden Genannten noch erschienen: Kreisdirector Huhn-Dessau, Stadtrath Kölling-Zerbst, Geh. Regierungsrath Rümelin und Freiherr von der Buschelohe-Köthen, Bürgermeister Schulz-Köthen, Dr. Heyer-Dessau, Oberbürgermeister Hühnefeld-Zerbst, Kreisdirector Witting-Zerbst, Kreisdirector Ulbricht-Ballenstedt, Oberbürgermeister Geh. Regierungsrath Pietscher-Bernburg, Commercienrath

Wessel-Bernburg, Kreisdirector von Krosigk-Bernburg, Director Bardenwerger-Dessau.

Nach Verlesung des Ehrenbürgerbriefes und dessen Besichtigung hielt der Fürst eine Ansprache an die Anwesenden, die diese in jeder Weise aufs Höchste befriedigen mußte und ebenso reich war an localen Erinnerungen und humoristischen Gedanken wie an Urtheilen und Excursen auf das Gebiet der Politik und Gesetzgebung. Die Rede, oft durch zustimmungsfrohe Kundgebungen der Zuhörer unterbrochen, lautete:

Meine Herren! Ich danke Ihnen. Dessau ist mir nicht fremd, namentlich in Erinnerung an den früheren Gang der Eisenbahn von Berlin über die Herzogliche Brücke, wie heißt sie doch? (Roßlau!) und wie in Cöthen noch eine Spielbank existirte, die durchsetzte, daß die Züge eine Stunde warteten und die Leute ihr Geld verloren. Der damalige Bahnhofsinspector hieß Vierthaler (Zuruf: der blaue Lieutenant genannt), die Rheinländer nannten ihn scherzweise Siebengulden statt Vierthaler. Nun, ich bin zunächst der Stadt Dessau — aber setzen Sie doch die Hüte auf, hier scheint die Sonne, ich habe auch meinen Breitkrempigen auf, sonst muß ich den auch absetzen — Dank schuldig für die Ehre, die sie mir erzeigt; es ist eine alte und berühmte Stadt, und wenn ich es auch nicht zum Ruhme des Alten Dessauers bringe, so hoffentlich doch zu dem des jüngeren. Aber das ist doch nur ein Scherz, den ich über eine ernste Sache mache, die in den Sympathien der deutschen Staaten unter einander begründet ist.

Unter den vielen Begrüßungen, die ich aus allen Gegenden, wo Deutsche wohnen, nicht bloß aus dem Deutschen Reiche, empfangen, und die die Spitze einer Anerkennung meiner politischen Thätigkeit haben und keine andere haben können, hat die des anhaltischen Landes noch einen besonderen Werth für mich. Einmal ist es für mich als Altmärker und Brandenburger ein uralter Nachbar, dessen Geschicke mit den unsrigen viel verflochten gewesen sind. Wir haben Jahrhunderte hindurch Anhaltiner Markgrafen bis zu Waldemar, der einer unserer größten war, gehabt, und auch hier auf lauenburger Gebiet hat das anhaltische Geschlecht für Jahrhunderte regiert, bis es ausstarb. Also das Anhalter Land ist für mich als Altmärker immer schon ein nahe benachbartes gewesen und dessen Zeugniß für das, was wir gethan und erreicht haben, ist mir werthvoller, als wenn es aus Brasilien käme. Es sind eben die nächsten Nachbarn, die mit den Magdeburgern, der Provinz Sachsen nahe verwandt sind.

Außerdem ist noch ein Grund, der mir Ihr Anerkenntniß in neuerer Zeit besonders werthvoll macht. Wenn es in ganz Deutschland irgend ein Land oder Ländchen giebt, was in sich die Elemente trug, sich in

Particularismus einzuwachsen, einzuleben und einzuspinnen, so war es das Anhalter Land, ein wohlhabendes Land durch und durch, zufrieden mit seinen Verhältnissen und in den Beziehungen zu Preußen, von dem es ringsum eingeschlossen war, seit langer Zeit durch die Zollgrenzen nicht weiter geängstigt, wohlhäbig mit der angestammten uralten Dynastie, mit der Sie im Ganzen doch im guten Einvernehmen waren — kurz für das eigentliche Treibhausbeet des Particularismus war in Anhalt alles vorhanden. Was haben Sie gewonnen durch die Herstellung des Reiches? Eine Gefährdung einer Menge häuslicher Annehmlichkeiten, und doch sind sie zufrieden; es muß also etwas Ideales noch geben, was über diese Sache hinausgeht, und das ist das deutsch-nationale Gefühl, was auch in dem bestsituirten, wohllebigsten, particularistischsten Staate doch Gott sei Dank stets unter der Asche geglüht hat und, wie der Wind Feuer in den Heerd bläst, aufgeflammt ist. Und deshalb sagte ich vorher, macht mir Ihre nachbarliche Begrüßung eine besondere Freude, und das Denkmal, was Sie mir, unseren Beziehungen errichtet haben, wird — für ewige Zeiten ist wohl zu viel gesagt — aber solange Stein und Eisen dauern, Zeugniß dafür ablegen, für die nationale Gesinnung eines der bestsituirten deutschen Bundesstaaten, der der Versuchung zum Particularismus noch mehr ausgesetzt war, wie irgend ein anderer. Deshalb macht es mir Freude — ich versuche keine Deutung an dem Bilde, um Niemand zu ärgern (Heiterkeit), aber wenn ich aus meinem Hause hinsehe, ist es mir immer ein Attest des Wohlwollens meiner Landsleute, in specie der Anhaltischen; aber die Zustimmungen werden mir auch außerhalb dieser nahen brandenburgischen Nachbarschaft in einem Umfange zu Theil, den ich nicht erwartet habe, und aus dem ich schließe, daß wenigstens die Mehrzahl der gebildeten Deutschen mit dem, was wir erreicht haben, einstweilen zufrieden ist, mag es auf Abschlag sein oder auf Dauer. Wenn auf Abschlag, können wir es ja weiter pflegen.

Wenn uns manche Gesetze nicht gefallen, müssen wir Hand anlegen, um sie zu verbessern; es schimpfen alle über das Klebegesetz, aber ich sehe keinen Antrag es zu bessern; ich habe es nicht so gemacht, wie es ist, ich habe erstrebt, daß die Arbeiter überhaupt nicht beitragen sollen — die Leute proclamirten, daß ich das Tabaksmonopol als patrimonium pauperis, als Unterlage für die Altersversicherung, benutzen wollte, von Arbeiterbeiträgen war dabei nicht die Rede. Das fand keinen Anklang; nachher wurde die Sache neu eingebracht, sie fiel in die Räder der Geheimrathsmaschine und kam anders wieder zum Vorschein, und schließlich — ich glaube 7 bis 8 Jahre nachdem ich die Sache angeregt hatte — kam der parlamentarische und geheimräthliche Wechselbalg wieder aus

der Maschine heraus. Da wurde ich gefragt: willst Du das oder willst Du nichts? Und da habe ich gesagt: ich will lieber dieses wie gar nichts; wenn man überhaupt die Sache fallen läßt, dann geht es wie mit dem Socialistengesetz, wenn man das ablehnt, wie es die conservative Partei gethan hat, weil es nicht vollkommen genug ist, dann hat man gar keins. Das ist auch vielleicht so gut. Aber der Gedanke hat mich damals geleitet, daß ich, obschon ich die Vorlage, so wie sie angenommen ist, als mein Kind nicht anerkennen konnte, doch lieber gesagt habe: lieber dies Adoptivkind als gar keins. Wenn man fühlt, daß der Rock nicht sitzt oder der Stiefel drückt, so ist die Technik daran schuld, und man muß sie verbessern. Man geht überhaupt mit der socialen Gesetzgebung in unbekannte Erdtheile und findet den richtigen Weg hierin nicht prima facie. (Zu einem kleinen Jungen sich wendend: „Was denkst Du darüber?“ [Heiterkeit.] Wird auch bald seine Ansicht haben.)

Meine Herren, ich danke Ihnen nochmals herzlich für Ihr Geschenk, für Ihren Besuch und bitte Sie, soviel im Hause Platz haben, mit mir an einem kleinen Frühstück sich zu betheiligen und einen kühlen Trunk zu nehmen, denn der Sonnenbrand ist schon ganz frühlingsmäßig.

Gesprächsweise fuhr der Fürst fort:

Dies ist der Schneckenberg, es war früher ein kleiner Berg, da fand ich eine Maststange vor, da kletterten die vergnügungssüchtigen jungen Leute daran hinauf, und wenn sie oben angekommen waren, konnten sie die Thürme von Hamburg sehen. Da ich nicht mehr kletterfähig war, ließ ich sie entfernen. Jetzt bildet der Hügel einen hübschen Hintergrund für den Hirsch. Ich hoffe aber, so bös (auf den Hirsch deutend) sehe ich in Wirklichkeit nicht aus. — Meine Herren auf Wiedersehen unten!

Dann fuhr der Fürst wieder hinunter zum Herrenhause. Zu dem dort bereiteten Frühstück, das wieder einen lebhaften, besonders Seitens des Fürsten recht erinnerungsreichen Verlauf nahm, waren die sämmtlichen Vertreter der Burschenschafter und der Anhalter als Gäste geladen.

* *
*

Die „Hamb. Nachr.“ bringen am 23. April (M.-A.) folgenden Artikel:

Fürst Bismarck und das Klebegesetz. Seit Fürst Bismarck in der neulichen Ansprache an die Innungen[1]) seinen Antheil an der Verantwortung für das sogenannte Klebegesetz auf das richtige Maß zurückgeführt hat, ist die gegnerische Presse unablässig bemüht, nachzuweisen, daß die Darstellung des Fürsten unzutreffend sei. Dieser Be-

[1]) Vgl. oben S. 148 f.; außerdem aber auch die Ausführungen in der Rede an die Anhalter, S. 159 f.

weis kann nicht gelingen, weil er mit den vorliegenden Thatsachen in Widerspruch steht. Der Fürst hat das Gesetz, so wie es jetzt ist, nur angenommen, weil sonst überhaupt nichts zu Stande gekommen wäre; er mußte, um wenigstens das Princip der Altersversorgung zu retten, auch die Schwächen des Entwurfs, seine weitläufige und lästige Ausführung mit in den Kauf nehmen, über deren Umfang er übrigens erst ex post in Varzin durch die Praxis Klarheit erlangt hat.

In der Reichstagssitzung vom 18. Mai 1889 sprach sich der Fürst wie folgt aus:

„Wenn wir jetzt die ganze Sache bei Seite legen, dann ist sie in die Versenkung verschwunden. Wer sagt uns denn, ob wir über ein Jahr Zeit und Muße dafür haben? Ich habe mich für den holsteinischen Canal (den jetzigen Nord-Ostsee-Canal) bis 1870, sechs Jahre lang, von 1864 an, auf das Lebhafteste interessiert. Ich bin aber von 1870 bis 1880 gar nicht wieder soweit zu Athem gekommen, daß ich hätte an den Canal denken können. Wer sagt Ihnen denn, daß wir in der Lage sein werden, uns mit dieser Frage (der Altersversicherung), zu der uns Gott im Augenblick noch die Muße gegeben hat, über ein Jahr noch zu beschäftigen? Ich wenigstens möchte dies Vertrauen nicht unbedingt aussprechen.“

Zeit und Ereignisse haben dem Fürsten Bismarck auch hierin Recht gegeben: in den nächsten Sessionen nach 1889 wäre ein solches Gesetz nicht zu Stande gekommen, aber sicherlich auch keines, welches die Mängel des jetzigen vermieden hätte.

Wenn Fürst Bismarck schließlich, um das Gesetz zu retten, im Reichstage dafür gesprochen hat, so war für ihn auch der Gedanke maßgebend, daß, wenn das Gesetz sich nicht in der Praxis bewähre, man es ja ändern könne. Man hatte damals mit dem Versorgungsgesetz ein ganz neues, noch unbekanntes Gebiet der Gesetzgebung betreten; es kam darauf an, einen Versuch zu machen, und es mußte sich dann zeigen, was practisch durchführbar war und was nicht; man konnte darauf rechnen, bald genug gewahr zu werden, wo der neue Schuh drücken würde.

In jedem Falle theilen die Verantwortung für die Annahme des Wechselbalges, den die geheimräthliche Maschine aus der ursprünglichen Anregung des Fürsten Bismarck gemacht hatte, mit Letzterem sehr viele Leute, die im Reichstage dafür gestimmt haben, und die sämmtlichen Regierungen, die ihn ebenfalls acceptirt haben. Wer aber ohne Voreingenommenheit die Geschichte dieses Gesetzes durchläuft, wird zu dem Ergebniß gelangen, daß den obengenannten Factoren der Gesetzgebung die Verantwortlichkeit für das Klebegesetz in seiner heutigen Gestalt in höherem Maaße zufällt als dem Fürsten Bismarck.

Der ursprüngliche Gedanke des Fürsten Bismarck ging dahin, daß die Arbeiter gar keine Beiträge zahlen sollten. Die Altersversorgung war von ihm als ein unveräußerliches Peculium gedacht, das von dem Wohlwollen wie von der Unvollkommenheit der zur Armenunterstützung verpflichteten Gemeinden unabhängig sein sollte. Der Hauptgedanke war, daß der Anspruch des alten und invaliden Arbeiters in dessen Alter und dessen Invalidität, aber nicht in seinen Klebemarken zu bestehen habe, und schon im Jahre 1881 ließ Fürst Bismarck durch den Grafen Herbert an Professor Wagner schreiben, daß er das Tabaksmonopol als das patrimonium pauperis ins Auge gefaßt habe, um die Kosten der Altersversicherung zu decken.

Diese Absicht des Fürsten wurde durch Prof. Wagner bekannt, der sie zur Zeit der Wahl von 1881 an die Oeffentlichkeit brachte. Der Gedanke hat in den weiteren vorbereitenden Stadien, welche die Sache 6 oder 7 Jahre lang durchlief, keinen Anklang gefunden. Im Jahre 1887 wurden dann die im Reichsamte des Innern entworfenen Grundzüge der Alters- und Invaliditäts-Versicherung nebst einer erläuternden Denkschrift veröffentlicht und damit der öffentlichen Kritik preisgegeben. Der auf der Basis dieser Grundzüge ausgearbeitete Gesetzentwurf wurde im April 1888 mit Genehmigung Kaiser Friedrichs dem Bundesrath vorgelegt und von diesem den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Fassung, die der Entwurf in Folge dieser Berathungen erhielt, wurde im Juli desselben Jahres wiederum veröffentlicht und unter Benutzung der von competenten Autoritäten eingeforderten Gutachten, sowie zahlreicher wissenschaftlicher Erörterungen des Gegenstandes entstand die endgültige Vorlage, welche die Zustimmung des Bundesrathes erhielt und auf Beschluß desselben mittelst Schreibens vom 22. Novbr. 1888 vom Staatsminister von Boetticher an den Reichstag gebracht wurde.

Aber diese Vorlage entsprach nicht entfernt den ursprünglichen Absichten des Fürsten. Nach seiner Meinung sollte für die Altersversorgung genügen, daß der Arbeiter ein gewisses Lebensalter und Unfähigkeit nachwies. Er sollte dann anstatt der Armenunterstützung, die namentlich in den Städten noch nicht derart war, daß ihr nicht gelegentlich von Leuten in den niederen Ständen der Selbstmord aus Nahrungssorgen vorgezogen wurde, einen festen Anspruch an das Reich haben. Dieser Gedanke ist in der bureaukratischen Bearbeitung verloren gegangen, und die Sache nahm einen Verlauf, welche den Fürsten vor die Alternative stellte, entweder im Reichstage zu Gunsten des ihm mißfälligen Gesetzes, das aber besser als gar keins war, zu sprechen, oder es scheitern zu lassen. In dieser Zwangslage konnte die Entscheidung für einen praktischen Staatsmann nicht zweifelhaft sein. Aber es ist unberechtigt und

widerspricht dem wahren Sachverhalt, wenn man den Fürsten Bismarck für das Klebegesetz verantwortlich macht. Es ist eine oft und gut bezeugte Thatsache, daß der Fürst mit der Beseitigung des Reichs-Peculiums und der Einrichtung des Arbeiterbeitrages das Interesse an der Durchführung der Sache verlor und sie nur noch geschehen ließ, nachdem er seinen ursprünglichen politischen Zweck, durch das Versorgungsgesetz die Interessen der Arbeiter mit denen des Reiches zu verknüpfen, gescheitert sah. Die Beitragspflicht der Arbeiter mußte die Natur des Eindruckes der staatlichen Fürsorge auf den Arbeiter wesentlich modificiren und ihn dazu bringen, daß er in dem Gesetze nicht mehr eine liberale Anerkennung seines Anrechts an die Gesammtheit seiner Mitbürger erblickte, sondern eine unwillkommene Nöthigung zu Ersparungen aus eigenen, in schwerer Arbeit verdienten Mitteln. Dem jugendlichen Arbeiter aber leuchtet es schwer ein, daß es eine Wohlthat für ihn sei, wenn er von seinem siebzehnten Jahre gezwungen wird, einen Theil eines erarbeiteten Lohnes zurückzulegen, um die Frucht davon nach einem halben Jahrhundert zu genießen, also zu einer Zeit, von der er nicht weiß, ob er sie erlebt und mit der er keinesfalls zu rechnen geneigt ist, solange die Lebenslust der Jugend in ihm steckt. So mußte den Arbeitern das, was als Wohlfahrt für sie gedacht war, als lästiger Zwang, als Eingriff in ihre Autonomie erscheinen, und damit war die politische Wirkung des Gesetzes auf den Arbeiter und dessen Zufriedenheit aufgehoben, der ursprüngliche Zweck des Gesetzes, den Arbeitern das Interesse des monarchischen Staates und des Reiches praktisch zu bekunden, war, wenn nicht verfehlt, so doch nur unvollkommen und sporadisch erreicht worden.

Aus dieser Darstellung geht jedenfalls hervor, daß das System der massenhaften Depots für Klebemarken seinen Ursprung nicht dem Fürsten Bismarck zu verdanken hat. Bei Ausführung seines Gedankens wären keine Klebemarken nöthig gewesen. Dieses Klebesystem ist in den bundesräthlichen und bureaukratischen Stadien entstanden, welche die Vorlage zu durchlaufen hatte, und zwar unter Leitung des Ministers von Boetticher, dessen Einfluß auf die oberste Führung der Staatsgeschäfte schon damals activer war als der des ihm vorgesetzten Reichskanzlers; wie man sich erinnert, hat Herr von Boetticher auch schließlich (erst den Hohenzollern- und dann) den Schwarzen Adlerorden als Auszeichnung für Vollendung des Klebegesetzes erhalten.

Im Uebrigen können wir nur wiederholt darauf hinweisen, daß, wenn man den jetzigen Klebezustand unerträglich findet, man ihn zu ändern suchen muß. Hier fehlt es augenscheinlich an der nöthigen Initiative.

Jeder Minister, der einsieht, daß die Kleberei nicht haltbar ist, kann Remedur beantragen.

* *
*

In derselben Nummer finden wir, an die Adresse der „Frankf. Ztg." gerichtet, eine geschichtliche Feststellung aus dem Frühjahr 1867:

In einem Artikel der „Frankf. Ztg." findet sich eine Gegenüberstellung der Darstellung, welche einerseits Heinrich von Sybel in seinem Werke über die Begründung des Deutschen Reiches und andererseits der frühere französische Generalconsul Rothan in seiner Schrift „L'affaire de Luxembourg" über die Begegnung geben, die am 1. April 1867, dem 52. Geburtstage des Grafen Bismarck zwischen diesem und dem französischen Gesandten Grafen Benedetti stattgefunden hat. Die betreffende Stelle lautet:

„Jener 1. April war einer von den Tagen, an denen das Leben Tausender, die Entwickelung folgenschwerster Ereignisse von der Geschicklichkeit eines Einzigen abhängt. Der französische Gesandte erschien an diesem Tage bei Bismarck, um ihm den Inhalt eines Telegrammes seiner Regierung mitzutheilen. Dieses Telegramm enthielt die Nachricht, daß der König von Holland sich bereit erklärt habe, Luxemburg an Frankreich abzutreten und daß der Vertrag im Laufe des Tages unterzeichnet werden würde. Bismarck war gerade im Begriff, sich in den Reichstag zu begeben, um die von ihm bestellte — das theilt uns Sybel nach Mittheilungen Bennigsen's mit — Interpellation Bennigsen's zu beantworten. Er ahnte den Inhalt der Mittheilung, die ihm Benedetti überbringen wollte, und forderte ihn auf, ihn zum Reichstag zu begleiten. Unterwegs erzählt er ihm, was er auf Bennigsen's Fragen antworten wolle; daß nämlich die preußische Regierung nicht wisse, ob bereits ein Vertrag über die Abtretung Luxemburgs abgeschlossen sei; daß sie aber glaube, keine fremde Macht werde zweifellose Rechte deutscher Staaten beeinträchtigen, und hoffe, solche Rechte im Wege friedlicher Verhandlungen schützen zu können. „Sie sehen," sagte er weiter, „daß auf diese Art jeder Anlaß zum Bruche vermieden wird, Sie sehen aber auch, daß die Voraussetzung meiner ganzen Darlegung die Thatsache ist, daß ich von einem Abschluß des Vertrages nichts weiß. Und ebenso deutlich wird Ihnen sein, daß, wenn Sie mir jetzt eröffneten, der Vertrag sei geschlossen, und ich dies dem Reichstag mittheilen müßte, bei der hochgradigen Erregung der Versammlung eine Explosion von unbeschreibbarer Wirkung die Folge sein würde." Durch diese Auseinandersetzung wurde Benedetti bewogen, die verhängnißvolle Depesche nicht zu übergeben, und Bismarck konnte seiner Antwort eine maßvolle, reine Friedensliebe bekennende Form geben. Diese kleine Episode hatte Meding in seinen Memoiren zur Zeitgeschichte erzählt. Rothan aber, der damals in Frankfurt a. M. französischer Generalconsul war, hat sie so dargestellt, als ob Benedetti am 1. April

Bismarck nur zufällig auf der Straße begegnet sei, noch gar nicht im Besitz der verhängnißvollen Depesche war und also auch durch des Bundeskanzlers Auseinandersetzungen nicht verhindert werden konnte, die Depesche zu übergeben. Was bei Rothan als die Folge eines Zufalls erscheint, das erscheint bei Meding als das gewollte Ergebniß der Geistesgegenwart Bismarck's. Die Darstellung, die Oncken diesem Ereigniß gegeben hat, stützt sich auf Rothan's Buch; Sybel folgt Meding. Darum erweckt Oncken's Darstellung den Eindruck, daß der Krieg damals nur durch einen Zufall vermieden worden sei, während die Erhaltung des Friedens, nach Sybel, der Geistesgegenwart Bismarcks verdankt werden müsse. Es ist schwer zu entscheiden, ob der Darstellung Rothan's oder der Meding's der Vorzug gegeben werden soll. Ganz sichere Gewährsmänner sind beide nicht. Aber Rothan schöpfte aus den Berichten Benedetti's, Meding nur aus persönlichen Mittheilungen unbetheiligter Personen! Wie schwer es für den Historiker ist, das Maaß des Verdienstes festzustellen, das die Staatsmänner an den großen Erfolgen der hohen Politik haben, lehrt auch dieses Beispiel."

Wir sind in der Lage, die Sybel'sche Darstellung der Sache als die ausschließlich richtige erklären zu können. Benedetti kam nicht zufällig, sondern um eine Mittheilung zu machen, die der Reichskanzler ihn bewog zurückzuhalten, während beide durch den Kanzlergarten an der Mauer nach dem Potsdamer Thor gingen. Noch vor Erreichung desselben hatte sich Graf Benedetti überzeugt, daß er ungeachtet seiner gemessenen Instructionen doch richtiger handle, wenn er die ihm aufgetragene Mittheilung zurückhielt.

* * *

Ferner heißt es da:

Wir haben neulich eine im Reichspostamt bearbeitete Statistik über den Post- und Telegraphen-Verkehr auf dem Postamt Friedrichsruh in der Zeit des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck mitgetheilt.[1]) Es ging daraus u. A. hervor, daß annähernd eine halbe Million Briefsendungen und gegen 10000 Telegramme in jenen Tagen an die Adresse des Fürsten gerichtet worden sind. Man denke sich demgegenüber den Fürsten, der in seinen hohen Jahren eine erhebliche Arbeitskraft zur Beantwortung einer solchen Zahl von Beglückwünschungen nicht mehr zur Verfügung hat und auf den Beistand eines Secretairs sowie auf den der etwa dazu geeigneten Forstbeamten angewiesen ist; er wird wenn er täglich 20 Zuschriften beantwortet, was für einen Privatmann immerhin eine ausreichende Anzahl ist, dann immer erst in 100 Tagen

[1]) Vgl. oben S. 115 f.

auf die Zahl von 2000 kommen und in den 22 Tagen, die seit dem 1. April vergangen sind, höchstens auf 400. Wir glauben, daß mehr als diese Anzahl an eigenhändigen brieflichen Antworten an hohe Herrschaften und Behörden bereits geleistet ist; aber es wird doch für Alle, die eine Anwort erwarten, nothwendig sein, sich des Spruches zu erinnern: ultra posse nemo obligatur.

* * *

Endlich entnehmen wir derselben Nummer noch folgende Ausführung:

In einem Artikel, den ein Blatt unter der Ueberschrift „Der Achtzigjährige im Sachsenwalde" veröffentlicht, lesen wir u. A. folgende Stelle, die sich auf die Behandlung der im Dienste des Fürsten Bismarck Angestellten, insbesondere der Oberförster bezieht:

„Mit Bismarck war für seine Untergebenen nie gut Kirschen essen, und seine scharfe Selbstherrlichkeit soll, wie mir in Hamburg erzählt wurde, vor dem Erscheinen Peter Lange's in fünf Jahren sieben Oberförster im Sachsenwalde haben kommen und gehen lassen, bis er dann in dem Rheinländer den rechten Mann fand, der sich durch seine Kenntniß, durch seine Treue, Stetigkeit und Feste des Charakters die dauernde Gunst der Durchlaucht errang. Freilich kann ein Revier, wie der Sachsenwald, einen rechten Forstmann auch wohl zum Ausharren unter erschwerenden Umständen bewegen."

Wir müssen diese Darstellung als eine frivole Verleumdung bezeichnen. Der Fürst ist sehr weit davon entfernt, die ihm hier zugeschriebenen Eigenschaften zu besitzen; im Gegentheil bezeichnet er es selbst als seinen Hauptfehler, daß er nicht Zeit und Neigung finde, sich hinreichend um seine Vermögensgeschäfte zu bekümmern. Es wird sich unter sämmtlichen Beamten, die daran betheiligt sind, schwerlich Einer finden, der vom Fürsten auch nur genauer controlirt worden wäre. Woher die lächerliche Erfindung stammt, daß vor Lange sieben Oberförster in fünf Jahren anwesend gewesen wären, dem können wir nicht nachforschen. Vor dem jetzigen sind nur zwei wirkliche Oberförster im Dienst gewesen und ein commissarischer. Der erste Förster Eilers in Aumühle wurde wenige Wochen nach seinem Dienstantritte als Oberförster von dem Bahnzuge zwischen Aumühle und Friedrichsruh überfahren, ohne wirklich Oberförster geworden zu sein; der zweite war der heutige Oberförster Hintz, der nach mehreren Jahren die Anerbietungen, die ihm für seine höhere Staats-Carrière gemacht wurden, dem Privatdienst vorzog und noch heute in den freundschaftlichsten Beziehungen zu dem Besitzer des Sachsenwaldes steht. Zwischen diesem Beamten und dem jetzigen Oberförster

hat nur der heutige Oberförster von Kossel fungirt, der in den Staatsdienst zurückgetreten ist und der auch seinerseits keine Unannehmlichkeiten im Sachsenwalde erlitten hat. Wir können uns also schwer erklären, was der Ursprung solcher verlogenen Erfindungen ist, wie sie in sonst wohlwollenden Blättern zu Tage treten. Am Schluß des obenbezeichneten Artikels wird folgende Anekdote reproducirt:

„Der Fürst beabsichtigte anfangs, die Forsthüterei auf der ehemaligen Kupfermühle eingehen zu lassen und erklärte das dem Inhaber des Postens. Aber da fand der Herkules des neunzehnten Jahrhunders seinen Ueberwinder. ‚He wull mi verdriwen,‘ sagte der alte Brandt, ‚aber ick sä to em: Herr Bismarck, ick sta up minen Kunterrakt. Ick häw en Kunterrakt, dat ick hir tid Lewens bliwen kann. Da sä de Herr Bismarck to mi: Wenn Se en Kunterrakt hebben, denn kann ick da nix gegen maken; denn bliwen Se da wanen, so lange Se lewen.‘“

Auch diese Geschichte ist unrichtig. Der alte Brandt besaß keinen Contract und hatte auch kein Bedürfniß, sich auf einen solchen zu stützen; er war ein alter Soldat und Vater eines noch heute fungirenden Försters; er hatte bei der ersten Begegnung mit dem Fürsten Bismarck von diesem die mündliche Zusage erhalten, daß er bis an sein Lebensende wohnen bleiben könne. In dieser mündlichen Zusage bestand der Contract, auf den er sich allerdings der Forstverwaltung gegenüber berief, die seine Wohnung anderweitig verwenden wollte, die aber auf seinen Appell an den Fürsten und dessen Wort dahin beschieden wurde, ihn ruhig wohnen zu lassen.

* * *

In der Abend-Ausgabe der „Hamb. Nachr.“ von demselben Tage finden wir eine Fortsetzung der mannigfachen Erörterungen. Zunächst folgende:

Fürst Bismarck und das Wahlrecht. Aehnlich wie für das Klebegesetz wird dem Fürsten Bismarck auch für das allgemeine geheime Wahlrecht heutzutage die Verantwortlichkeit in die Schuhe geschoben. Nun hat der Fürst allerdings das allgemeine Wahlrecht beantragt, aber nicht das geheime, sondern das Geheimniß ist das Ergebniß der Reichstagsbeschlüsse, die sich an das Amendement Fries knüpften bei der Revision der Verfassung und bildete einen Zusatz zu der Regierungsvorlage, der damals von der ganzen liberalen Seite, auch von der nationalliberalen, auch von solchen Abgeordneten verlangt wurde, deren Unterstützung für die nationale Politik der Regierung nothwendig war.

Zum Beweise citiren wir aus den damaligen amtlichen Sitzungsberichten das Folgende:

Der Antrag Fries lautete:

Der Reichstag wolle beschließen:

in Artikel 21 hinter die Worte „directen Wahlen" einzuschalten: mit geheimer Abstimmung.

Fries (als Antragsteller).

Unterstützt durch:

Baumbach. von Bennigsen. Braun (Hersfeld). Buderus. de Chapeaurouge. Dannenberg. Delius. Graf zu Dohna. Dr. Ellissen. Forkel. Görtz. Grumbrecht. von Hennig. Hernig. Hinrichs. Hoffmann. Dr. Jäger. Knapp. Dr. König. Köppe. Lasker. von Leipziger. Dr. Lette. Dr. Meyer (Thorn). Michaelis. Müller. Dr. Prosch. von Puttkamer (Fraustadt). von Puttkamer (Sorau). Reichenheim. Römer. Dr. Rückert. Sloman. von Spankeren. von Thünen. von Unruh. Baron von Vaerst. Wachenhusen. Wachler. Wagner (Altenburg). Weber. J. Wiggers (Rostock). Wesselink. Wulff.

Präsident: Ich komme zu dem Antrage des Abgeordneten von Carlowitz, den Artikel 21 in folgender Fassung anzunehmen:

Der Reichstag geht aus allgemeinen und directen Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor. Bis zum Erlaß eines Reichswahlgesetzes sind die Bestimmungen des Wahlgesetzes für den Norddeutschen Bund vom 15. October 1866 maßgebend. Abweichungen für die verbündeten Staaten sind nur in so weit zulässig, als die dort dermalen bestehende, von der preußischen abweichende Particulargesetzgebung sie bedingt.

Auf durchschnittlich 100000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung ist Ein Abgeordneter zu wählen, jedoch hat jeder einzelne der zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staaten mindestens Einen Abgeordneten zu wählen. Ein Ueberschuß von wenigstens 50000 Seelen der Gesammtbevölkerung eines Staates wird vollen 100000 Seelen gleichgeachtet.

Ich komme auf den Antrag Fries.

Diejenigen Herren, welche für den Fall der Annahme des Artikels 21 der Regierungsvorlage nach dem Antrage des Abgeordneten Fries hinter den Worten: „directen Wahlen" in Zeile 1 einschalten wollen: „mit geheimer Abstimmung" bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Dies ist die Majorität des Hauses:

Ich bringe nun den Artikel 21 mit dem eben angenommenen Amendement zur Abstimmung.

Der erste Satz lautet:

Der Reichstag geht aus allgemeinen und directen Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor, welche bis zum Erlaß eines Reichswahlgesetzes nach Maßgabe des Gesetzes zu erfolgen haben, auf Grund dessen der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt worden ist.

Diejenigen Herren, die der eben verlesenen Fassung des ersten Punktes im Artikel 21 zustimmen wollen, bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Er ist mit großer Majorität angenommen.

Die Verheimlichung der Abstimmung bildete also ursprünglich keinen Bestandtheil des Regierungsentwurfs, aber ihre Ablehnung von Seiten der verbündeten Regierungen würde damals die ganze Vorlage gefährdet haben. In der Vorschrift der Heimlichkeit aber liegt schon eine Warnung des Arbeiters gegen den Einfluß seines Arbeitgebers und insofern eine Erweckung von Mißtrauen zwischen beiden.

* * *

Ueber das neue Präsidium des Reichstages wird bemerkt:

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß das gegenwärtige Präsidium des Reichstages aus lauter Abgeordneten besteht, die am Rhein gewählt oder dort heimisch sind. Freiherr von Buol-Berenberg, der erste Präsident, ist Mannheimer, der erste Vicepräsident Schmidt vertritt den Wahlkreis Alzey-Bingen und der zweite Vicepräsident Spahn ist Oberlandsgerichtsrath in Bonn und vertritt den Wahlkreis Bonn. In dem neuen Präsidium sind also ausschließlich rheinische Centrums- und demokratische Wahlkreise mit Ausschluß der nationalliberalen Rheinländer vertreten, und der deutsche Reichstag befindet sich unter der Oberleitung der rheinischen Clericodemokratie. Die Thatsache ist immerhin charakteristisch.

* * *

Die Bedenken mancher Blätter gegen die polnische Nationalität des neuernannten deutschen Botschafters am Hofe von St. Petersburg Fürsten Radolin werden mit folgenden Sätzen abgewiesen:

In den Zeitungen wird angedeutet, daß der neue deutsche Botschafter in Petersburg, Fürst Radolin, für Rußland insofern beunruhigend wirken könne, als er ein Pole sei. Der Fürst, früher Graf Radolinski, ist ja zweifellos Pole, aber ein vollständig ralliirter Pole, der allen polnisch-nationalen Bestrebungen gegen Preußen und Rußland stets fremd und gegnerisch gegenüber gestanden hat, ähnlich wie der frühere Gesandte Graf Raczynski, und er kann in dieser Gestalt für die russische Politik unmöglich etwas anderes als persona grata sein. Rußland würde in hohem Maaße zufrieden sein, wenn es unter seinen polnischen Millionen möglichst viel ralliirte Polen hätte, die ebenfalls auf polnisch-nationale Bestrebungen glaubwürdig Verzicht geleistet hätten. Wenn man annehmen darf, daß ein polnischer Edelmann von der Richtung des Fürsten Radolin irgendwo mit unfreund-

lichen Augen angesehen wird, so könnte das nur bei seinen nach der Herstellung Polens strebenden Landsleuten der Fall sein, aber nicht bei den Russen. Wir glauben deshalb nicht an die französischen und anderen Andeutungen, daß Fürst Radolin in Petersburg mit Mißtrauen angesehen wird.

* * *

Der 24. April vermehrte die Zahl der dem Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstage dargebrachten Huldigungen wieder um drei:

Zunächst erschien eine Deputation der Stadt Köln a/Rh., bestehend aus Oberbürgermeister Becker und den Stadtverordneten Herren Henser, Commerzienrath vom Rath und Geh. Sanitätsrath Dr. Lent. Oberbürgermeister Becker hielt eine Ansprache an den Fürsten und überreichte mit einer Glückwunschadresse der Stadt gleichzeitig einen kostbaren silbervergoldeten Prunkbecher, in seiner Grundform genau dem Römer entsprechend, der auf dem stadtkölnischen Rathszeichen des 16. und 17. Jahrhunderts dargestellt ist, nur mit dem Unterschiede, daß er in seiner künstlerischen Ausgestaltung eine beziehungsvolle Symbolik zu dem mit der Gabe gefeierten Ehrenbürger Kölns und dem besonderen Dankesverhältnisse der Stadt zu dem Fürsten aufweist.

Bei der Uebergabe des Bechers sprach der Fürst:

Ich danke Ihnen, meine Herren. Das ist eine reizende Form von Becher, so originell. Ich habe eine ganze Sammlung von Bechern in Berlin,[1]) aber keinen, der wie dieser, ich möchte sagen, an Byzanz erinnert; wunderhübsch. Aber es geht viel 'rein! (Heiterkeit.) Alle Achtung! Wunderhübsch. Originelle Arbeit. — Und das ist die Adresse?

Auf die Frage, ob die Adresse vorgelesen werden solle, nimmt der Fürst dieselbe in die Hand, wirft einen Blick hinein und sagt:

Da steht: „bibite cum laetitia", ja aber „pro laetitia" kann man ebenso sagen. Es giebt ein altes französisches Lied, was ich früher öfter in meinen jungen Jahren gehört habe: Je n'aime pas la tristesse et le vin me rend gai. Wenn man alt wird, dann kommt man auf Gedanken der mürrischen Laune, die einen allmählich beschleichen, und denen sucht man abzuhelfen durch einen guten Trunk Wein.

Dann fuhr der Fürst in Erwiderung auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Becker fort:

Meine Herren, ich bin Ihnen als Vertreter einer so gewichtigen und berühmten Stadt ganz besonders dankbar, daß Sie auch bei dieser Gelegenheit an mich gedacht haben. Städte wie Köln giebt es nicht viele,

---

[1]) Es war gerade damals in Berlin eine Ausstellung der dem Fürsten zum 80. Geburtstage gewidmeten Geschenke veranstaltet. Von Berlin wurden die Gegenstände in das Museum nach Schönhausen übergeführt.

sowohl nach ihrer heutigen Wichtigkeit, noch weniger wie nach ihrem historischen Charakter und ihrer Entwickelung. Sie war ja früher den Anfällen der Fremden ausgesetzt, wir sind einmal Nachbarn der Franzosen, Gott hat uns als Prellstein davor gestellt, sie haben uns in 300 Jahren ungefähr 30 Mal angegriffen, da sind die Rheinlande sehr rasch zugänglich gewesen von Metz aus, jetzt haben wir einen kleinen Wall davor. Die ganze Erwerbung des Elsaß und Lothringens geschah ja nicht aus Liebe der Einwohner zu uns und nationaler Gesinnung der deutschen Bewohner, sondern sie war für uns ein rein geographisches Bedürfniß, den Ausgangspunkt der französischen Angriffe weiter wegzurücken, daß man sich wenigstens ausrüsten kann, ehe sie bis Stuttgart vordringen. Daß auf dieser Scholle Menschen wohnten, die ihren deutschen Ursprung längst vergessen — ich will nicht sagen, daß das bedauerlich wäre, ich gönne ihnen ihre Existenz —, aber das konnte uns nicht abhalten, uns zu decken; es ist das Vorland für uns, wie das Glacis der Festung; im Belagerungszustande räumt man es unter Umständen, wie das bei jeder Belagerung vorkommen kann, und wie die Franzosen es z. B. bei Hamburg gethan haben. Das ist außerordentlich hart für jeden davon betroffenen Bewohner. Aber daß wir viel darnach fragen, ob die Elsässer gern Deutsche sind oder nicht, das ist eine unbescheidene Zumuthung, wie sie die Franzosen sich auch nicht haben gefallen lassen; sie haben immer gethan, was ihnen paßte und was sie wollten, mit Höflichkeit, aber mit Härte.

Ich freue mich nur, daß Sie auch in Köln mit den Zuständen, wie wir sie geschaffen — vielleicht nicht ganz so, wie wir sie erstrebt, das Beste ist des Guten Feind —, daß Sie damit so zufrieden sind, daß Sie mir noch nach 25 Jahren Ihre Zustimmung zu erkennen geben. Fünfundzwanzig Jahre ist immerhin eine Probezeit; man hat sich eingelebt und gesehen, daß es nicht so kümmerlich war, was geschaffen wurde, wie es im Anfange hieß.

Ich bin leider nicht im Stande, mit Ihnen viel zu politisiren, ich habe mich gestern veranlaßt gesehen, mich etwas naß regnen zu lassen bei dem schlechten Wetter, in Folge dessen habe ich heute allerhand Rheumatismus und verschärfte Gesichtsschmezen. Wollen Sie nicht den Becher zu den anderen Geschenken, zu dieser Minerva stellen?

Oberbürgermeister Becker: Es ist nur ein einziger derartiger Becher vorhanden. Das darauf befindliche Rathszeichen berechtigte zur unentgeltlichen Entnahme einer Maaß Wein aus dem Rathskeller. Wir können Euer Durchlaucht das leider nicht bieten, weil wir keinen Rathskeller mehr haben.

Der Fürst fährt fort:

Früher hieß es: „In Köln am Rhein sollen sein die heiligen drei

Könige." Wie oft habe ich das als Student gesungen. Nachher heißt es: „Die elftausend Jungfrauen waren dort". Wie heißt noch der Vers?

Nach Auskunft eines der anwesenden Herren sagt der Fürst:

Köln ist für uns eine legendenhafte Stadt aus der Römerzeit her gewesen, aber für uns Bewohner der historisch weniger früh entwickelten östlichen Provinzen ist es immer eine classisch entwickelte Stadt gewesen und geblieben. Nun, classisch war sie auch wie die Franzosen sie ziemlich heruntergebracht hatten. Wie sie zuerst preußisch wurde, da war sie im Vergleich mit ihrer früheren Herrlichkeit an Einwohnerzahl geschwunden, aber allmählich ist doch ein gewaltiger Aufschwung wieder hineingekommen, auch durch die Beseitigung der Festungswerke.

Oberbürgermeister Becker: Die wir besonders Euer Durchlaucht verdanken. Die Stadt Köln weiß Euer Durchlaucht sehr Dank, daß Sie die Schwierigkeiten, welche entgegenstanden, durch ein kräftiges Wort beseitigt haben.

Der Fürst erwidert:

Ich bin kein großer Anhänger unseres Festungswesens gewesen aus einem militärischen Grunde: die Festungen schlucken zu viel Truppen.

Der Fürst lud die Kölner Herren zum Frühstück ein und empfing dann die Herren Neurath, Rippe, Wurm, Lippoldes und Junge aus Braunschweig, die als Vertreter des Plattdeutschen Vereins, dessen Mitglied der Fürst ist, eine Miniaturnachbildung des von Heinrich dem Löwen im Jahre 1166 errichteten Denkmals überreichten, das vor der Burg Dankwarderode in Braunschweig steht. Der Sockel ist aus dem Holze der alten Heinrichslinde angefertigt, welche von Heinrich dem Löwen gepflanzt sein soll und im vorigen Jahre umgeweht ist. Die Figur, einen Löwen darstellend, ist aus Bronce, das Straßenpflaster, die Pfeiler und Ketten sind aus Silber hergestellt.

Die Ueberreichung erfolgte mit einem in Wechselrede vorgetragenen plattdeutschen Gedichte, das vom Turninspector August Hermann in Braunschweig verfaßt war.

Der Fürst erwiderte auf diese Begrüßung:

Meine Herren, ich danke Ihnen. Ich bin den Kinderjahren zu fern getreten und habe zu selten seitdem plattdeutsch gehört und gesprochen; ich kann deshalb in dem heimischen Idiom, dem ersten, was ich auch als kleiner Junge gehört und gesprochen habe, nicht so geläufig antworten. Es geht mir mitunter, wenn ich mit den Leuten im Walde plattdeutsch reden will, daß ich in ausländische Formen, englische und verwandte gerathe und daß die Leute mich etwas verwundert ansehen, aber das alte Gefühl der plattdeutschen Gemeinsamkeit habe ich immer behalten. In meinem Geburtsort Schönhausen spricht man geradeso wie das braunschweigische Platt, es ist von dem Hamburger etwas ver-

schieden; aber auch von Hinterpommern ist es verschieden; die Schönhauser „sprechen“ und die Hinterpommern „schprechen“, das sind so kleine Unterschiede; ich wollte nur erwähnen, daß in meinem Geburtslande in der Altmark der niedersächsische Dialekt vorherrschend ist.

Ich fühle mich immer heimisch berührt, wenn ich plattdeutsch lese und höre, und ich bedaure, daß die Sprache, in der vor dreihundert Jahren gedruckt wurde und alle unsere Urkunden geschrieben waren — ich habe noch eine plattdeutsche Bibel in Varzin liegen aus dem 16. Jahrhundert — daß die so allmählich abkommt. In meinen jungen Jahren sprach man namentlich in Vorpommern auch noch in gebildeten Kreisen stets plattdeutsch, auch bei Tisch so, in der Conversation, und die feinsten Damen die im Winter in der Residenz lebten, sprachen auf dem Lande ein geläufiges Plattdeutsch. Das ist auch nicht mehr und schwindet mehr und mehr; hier im Lande hält es sich noch mehr, hier findet man noch Leute, die es verstehen und sprechen. Es ist mir immer angenehm, eine solche Begegnung. Auch ganz wohlgebildete und wohlgekleidete Damen habe ich hier gefunden, die mir nur plattdeutsche Antworten gaben, wenn ich nach dem Wege fragte, früher, wo ich hier noch nicht Bescheid wußte.

Es ist noch gar nicht lange, 100 Jahre her, da war das Plattdeutsche in dem Braunschweiger Lande bis in die höheren Kreise verbreitet. Das ist auch mir aus einer Aeußerung von Friedrich dem Großen erinnerlich, der von Generälen der damaligen Zeit sprach und sie nannte: „Miner Herren Lüde“. Die Generäle müssen so zu ihm gesprochen haben, und Friedrich der Große hat den Ausdruck in einem französischen Briefe angeführt, diese plattdeutsche Bezeichnung der Armee. Das läßt darauf schließen, daß die Generäle plattdeutsch gesprochen haben. Es hat mich frappirt, aber der Brief Friedrichs des Großen existirt, er liegt vor, und Friedrich der Große hat wohl Platt verstanden, aber sich gewiß nicht so aus eigener Empfindung ausgedrückt.

Ich danke Ihnen von Herzen. Ich möchte Ihnen als Beweis meiner Braunschweiger Beziehungen von früher her etwas Aehnliches wie Ihren Löwen zeigen.

Mit diesen Worten führte der Fürst die Herren in die Nebenräume, wo die Geburtstagsgeschenke aufgestellt sind. Die Braunschweiger Deputation wurde dann ebenfalls zum Frühstück geladen. Vor Beginn desselben trafen Deputationen der Städte Lauenburg und Mölln, bestehend aus den Herren Bürgermeistern Menge (Lauenburg) und Buschmann (Mölln), sowie den Stadtverordneten Dahm und Brandt, aus Lauenburg, ein, um dem Fürsten den gemeinsamen Ehrenbürgerbrief der beiden Städte zu überreichen. Die

Uebergabe fand nach dem Frühstücke statt, an dem die Herren aus Lauenburg und Mölln gleichfalls theilnahmen.

Bei der Tafel brachte der Fürst folgenden Trinkspruch aus:

Ich trinke auf das Wohl von Köln aus diesem Becher und mit Kölner Wein und mit dem Worte, welches Friedrich Wilhelm IV. gebrauchte, als er 1842 dorthin kam: „Alaf Köln!" auf das dauernde Gedeihen unserer uralten rheinischen Hauptstadt! Und in das Hoch nehmen wir wohl unsere plattdeutschen Nachbarn aus Mölln, Lauenburg und Braunschweig mit auf, denn die Kölner gehören doch auch mit zu dem plattdeutschen Gebiete. Die Grenze geht zwischen dort und Bonn, aber als der hervorragendsten Stadt des ganzen Gebietes trinke ich auf Kölns Wohl mit dem Ausdruck meiner herzlichen Dankbarkeit für Ihre Begrüßung.

Nach der Beendigung des Mahles fand die Uebergabe des Lauenburg-Möllner Ehrenbürgerbriefes statt. Bürgermeister Menge hielt eine Ansprache.

Der Fürst antwortete:

Meine Herren, ich fühle mich hoch geehrt und um so höher, je näher wir Nachbarn sind. Das Verständniß unter uns Deutschen wird immer durch nähere Nachbarschaft etwas erschwert. Man lebt von hier aus eher mit Köln in Frieden wie mit Mölln (Heiterkeit). Ich habe das auch schon den Anhaltinern gestern oder vorgestern gesagt. Wir sind so nahe Nachbarn, daß wir uns gegenseitig in die Fenster und Kochtöpfe sehen; und daß wir dennoch gute Freunde gewesen und geblieben sind, ist mir ein besonders gutes Zeugniß. Und so geht es mir auch mit meinen nächsten Lauenburger Nachbarn. Da sage ich mir nach alter deutscher Sitte: wenn ich mit denen gut stehe, so ist mir für die, die weiter weg wohnen, nicht bange.

Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre Begrüßung und schätze es mir zur Ehre, Ihr näherer Mitbürger auch von Rechtswegen zu sein, nicht bloß als Nachbar.

* * *

Eine aus siebzehn Herren, Mitgliedern des Gesammtausschusses des Verbandes alter Corpsstudenten bestehende Deputation, die gekommen war, um dem Fürsten Bismarck die Modelle jenes Denkmals vorzuführen, das dem Einiger des Reiches von der Gesammtheit der Corps aller deutschen Universitäten ein Jahr später auf der Rudelsburg gesetzt worden ist, traf am 27. April Vormittags in Friedrichsruh ein und wurde bereits vor zwölf Uhr vom Fürsten empfangen.

Auf die Ansprache des Dr. Hans von Hopfen erwiderte der Fürst:

Meinen herzlichsten Dank, meine Herren! Die Stelle, an der Sie mir ein Denkmal setzen wollen, ist mir wohl in der Erinnerung, am oftesten habe ich sie gesehen im Vorbeifahren auf der Eisenbahn, in früherer Zeit, wo ich viel auf der Thüringer Eisenbahn circulirte, aber sehr viel auch aus dem Jahre 1832, wo ich auf der Rudelsburg gewesen bin. Ich weiß genug von der Stelle, um mich zu freuen, daß mit dieser im Liede gefeierten und für das Auge erfreulichen landschaftlichen Stelle mein Gedächtniß verknüpft werden soll. Sie alle beweisen durch Ihr Herkommen, daß Sie mit Wohlwollen auf die Studienzeit und auf die Burschenzeit zurückblicken, und ich kann von mir nur dasselbe sagen.

Es giebt einen italienischen Vers im Dante: „Kein größerer Schmerz, als in der Zeit des Unglücks zurückzublicken auf die glückliche Zeit", nun, er klingt sehr poetisch und geistreich, aber ich halte ihn für unwahr, wenigstens bei mir trifft er nicht zu. Die glücklichste Zeit, die ich verlebt habe, liegt in der Jugend, als Student, als junger Landwirth, wo auch nichts meine Heiterkeit störte, selbst nicht Processe und Schulden, und ich muß sagen, der Rückblick aus einer Zeit, die ich nicht gerade unglücklich nennen will — aber Glück und Unglück, wenn man krank wird, fühlt man erst, wie glücklich man ist, wenn man gesund ist, und — kurz, es ist mir eine mehr subjective als objective Erkenntniß, ob man glücklich ist oder nicht. Ich betrachte mich heute als im Unglück, nicht, weil ich außer Geschäften bin, sondern weil ich krank und matt bin und kein Vergnügen an der Arbeit finde, aber gerade im Rückblick auf die glückliche Zeit finde ich Frieden und Ruhe und in schlaflosen Nächten auch eine gewisse Freude und Beruhigung.

Ich halte also den bekannten italienischen Spruch „Nessun maggiore dolore" u. s. w. für einen Irrthum. Ich sehe gern rückwärts, wo ich glücklich d. h. gesund war, ich meine darunter nicht die Zeit, wo ich eine hohe Stellung im Dienste einnahm, das macht nicht glücklich, im Gegentheil: es ist eine Zeit der Hetze, der Unruhe, der Besorgniß, wie eine Sache ausfallen wird, und sie bietet wenig Entschädigung dafür und viel Aerger. Ich bin nie herrschsüchtig gewesen und ehrgeizig, es ist immer Verleumdung gewesen, wenn man dies erzählte, ich war immer nur diensteifrig. Es ist mir immer viel werthvoller gewesen, Niemandem zu gehorchen, als Anderen zu befehlen, also wenn Sie wollen, eine republikanische Auffassung. Ich habe aber doch meinem alten Könige mit Liebe gehorcht.

Ich wollte damit nur meine Ueberzeugung aussprechen, daß Sie alle

ebenso gern wie ich in die gute Zeit der Jugend zurückblicken, nicht, daß sie sich unglücklich fühlen, obschon Sie mitten im thätigen Leben stehen, aber Sie werden mir auch Recht geben: auch mitten in der Sorge um Frau und Kind, um Gesundheit und Amt, um das Geschäft, was man betreibt — und die Arbeit täuscht ja über die Noth des Lebens hinweg —, aber recht zum Frieden kommt man in ihr nicht, und diese glückliche Gabe der Geringschätzung für die Dornen des Lebensweges findet man nie wieder nachher, man ist immer von des Gedankens Blässe angehaucht.

Ich danke Ihnen, daß Sie mit mir diesen Rückblick in die heitere Zeit der Jugend anstellen, und daß Sie mir durch das Denkzeichen, was Sie setzen wollen, einen Ausdruck Ihres Einverständnisses und Wohlwollens gewähren. Sie kommen im Namen der Corps, und wenn ich an mein Corpsverhältniß zurückdenke, so muß ich doch sagen, daß die schwarzen Punkte, die ich beim Zurückdenken in die Jugend finde, in meinem Corpsverhältniß liegen: ich hätte mehr gearbeitet, wenn ich nicht im Corps gewesen wäre, und hätte weniger Schulden gemacht. Heutzutage kommt der Corpsstudent mit dem Mehrfachen nicht aus, das ist eine betrübte Sache, daß sie zu sehr in Luxus ausarten. Wie ich in Göttingen war, da hatten die Meisten wenig über 300 Thaler Wechsel — 400 war schon über den Mittelstand und 600, 800 war das Allerhöchste, höhere gab es glaub' ich kaum. Wer dachte zu unserer Zeit an stylvolle Corpshäuser, die man jetzt hat. Mich haben die wenigen Schulden, mit denen ich Göttingen verließ, jahrelang in üble Laune gebracht, und wenn ich mit derselben Vergnügungsfähigkeit heute studirte, so glaube ich, würde ich im Leben nicht los werden, was mich damals drückte. (Heiterkeit.)

Ich erwähne dies nur, um nicht zu sehr laudator sui temporis, laudator der Corps von damals zu erscheinen, ich würde auch heute noch in ein Corps gehen, man hält da einigermaßen zusammen. Viele andere Bande reißen ja später, ich habe sehr viel seltener gefunden, daß man mit Schulfreunden als mit Universitätskameraden verbunden bleibt; die Knabenfreundschaft wächst doch nicht so fest wie die des Jünglings.

Der Fürst begab sich nun mit seinen Gästen und begleitet von seinem Sohne Herbert, sowie von dem Grafen und der Gräfin Rantzau und der Gräfin Wilhelm Bismarck durch den Speisesaal hinaus auf den Altan, wo die in Gyps abgegossenen Modelle aufgestellt waren. Es waren ihrer zwei; sie waren leicht abgetönt, wodurch ihnen eine ansprechende lebenathmende Wärme verliehen wurde. Die eine dieser beiden Modellskizzen zeigte das Denkmal in ganzer Ansicht: Otto von Bismarck als Student, gekleidet

in die Civiltracht der damaligen Mode — enganschließende Beinkleider, engärmeliger Rock mit breitem Umschlagkragen, hohe Weste und faltige Halsbinde mit lockerem Knoten — sitzt in ungezwungener Haltung, barhäuptig, um die Brust das Burschenband, in der über die Stuhllehne gelegten, leicht herabhängenden Rechten den Korbschläger haltend, auf einem von einem Mantel bedeckten Stuhl; das rechte Bein ist auf das linke Knie gelegt. So sehen wir den Jüngling in einer Stellung, die das unbekümmerte, ruhig Abwartende zum Ausdruck bringt, zugleich durch die bewaffnete Hand und den aufmerksam ins Weite gerichteten Blick die Bereitschaft erkennen läßt, jederzeit auf die Mensur zu treten.[1])

Auf der unteren Stufe des mit einem den Bismarck der siebziger Jahre wiedergebenden Medaillonbilde geschmückten Postaments liegt, zu ihrem Herrn aufschauend, eine kräftige Ulmer Dogge; Embleme zur Versinnbildlichung des studentischen Verbindungslebens zieren die eine Ecke des Sockels, den ein Eichenkranz umschlingt. Das zweite Modell zeigt die Büste allein in Lebensgröße ausgeführt.

Der Fürst unterzog nun auf dem Balcon die beiden Modelle einer genauen Besichtigung. Er lobte das rechtsseitige Profil der Büste: „Ja so hab' ich wohl ausgesehen damals"; an der Darstellung en face tadelte er aber, daß die Oberlippe zu schmollend und zu lang wäre:

> Ich habe immer die Unterlippe stärker gehabt als die Oberlippe. Die Oberlippe drückt Herrschsucht aus, die Unterlippe Beharrlichkeit. Ein Unterkiefer, der zu stark hervortritt, drückt Eigensinn aus. So stark war er bei mir nicht. Aber solch einen Flunsch habe ich nicht gehabt. Das ist nicht Schuld des Bildhauers,[2]) ich weiß es wohl, sondern meines Vetters Kessel, an dessen Zeichnung er sich gehalten hat. Ich habe aber nie so sentimental ausgesehen, wie mich mein Vetter Kessel gezeichnet hat. — Einem Friseur habe ich damals nichts zu verdienen gegeben. Die Haare hingen hinten noch länger herunter, über den Rockkragen weg. — Den schwarzen Sammetrock trug ich nachher noch in Berlin, nicht etwa einen von Seidensammet . . . bewahre!

Während der vorstehend geschilderten Vorgänge innerhalb des Schlosses entwickelte sich in dessen Umgebung ein reges Leben; um dreiviertel auf Zwölf hatte ein Sonderzug die Theilnehmer der Oldenburger Huldigungsfahrt in einer Zahl von etwa 500 Personen, darunter sehr viele Damen, herangebracht. Ein mit Fahnen und Guirlanden reich bekränzter Wagen enthielt das für den Fürsten bestimmte Geschenk: zwei Stuten nebst Füllen edler

---

[1]) Genau so ist das Denkmal auch ausgeführt worden.

[2]) Pfretzschner in Charlottenburg.

Zucht, welche alsbald nach dem Schloßhof geführt wurden. In der Nähe des Bahnhofs ordnete sich der Zug, der sich sodann unter Vorantritt eines Musikcorps nach dem Schloßthor hin in Bewegung setzte.

Als Fürst Bismarck zur Besichtigung der Pferde in den Schloßhof hinaustrat, unterwarf er sofort mit liebevollem Interesse die Pferde einer eingehenden Besichtigung. Der Obmann des Oldenburger Comités, Herr Landwirth Lübben aus Sielwürden, verlas vor dem Fürsten eine Adresse, welche dem Geschenk als Widmung dient.

Der Fürst äußerte seinen Dank mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen von Herzen sowohl für die Begrüßung wie für die sinnige Gabe, mit der Sie sie begleiten — ich bitte aber, bedecken wir uns, ich leide darunter, wenn ich im bloßen Kopfe stehe. — Bevor ich in den Staatsdienst ging, bin ich Landwirth gewesen, und mit voller Liebe zur Sache, und es ist die glücklichste Zeit gewesen, die ich außer der Universitätszeit verlebt habe, die Zeit, die ich allein auf dem Lande zubrachte, und wenn ich damals schon verheirathet gewesen wäre, wäre sie vielleicht noch glücklicher gewesen, aber eine Junggesellenwirthschaft ist immer unruhig. Jedenfalls aber habe ich mein damaliges Gewerbe lieben lernen, es nie wieder vergessen, und sehe in ihm auch heute noch die unentbehrlichste Grundlage der ganzen wirthschaftlichen Verhältnisse unseres Landes.

Die Landwirthschaft ist das erste Gewerbe. Man braucht Brod noch früher wie Schuhe und Kleider, und das sind die primitivsten Leute: Schmied, Schuster, Schneider, und die wiederum bedürfen des Landwirths, um dessen Producte zu verzehren. Aller Export unserer Industrie steht im geringen Verhältniß zu dem inneren Absatz, und bei dem inneren Absatz gilt immer der Fall: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt." Hat der Landwirth Neigung zu kaufen, weil er Geld in der Tasche hat, so kauft er, und hat die Industrie keine zahlungsfähigen Bauern, so wird sie sich vergebens nach Export umsehen und auch allmählich der Schwindsucht verfallen. Deshalb freue ich mich über jeden Beweis von der Thatsache, daß diese Wahrheit, die ich eben aussprach, durchschlägt, und namentlich die Landwirthe selbst müssen einsehen, daß sie im Deutschen Reich noch immer die Hauptsache sind, schon der Stelle nach, die sie einnehmen, bildet doch der von der Landwirthschaft lebende Theil der Bevölkerung reichlich vierzig Procent, andere Gewerbe sechs oder acht, und daß sie sich deshalb die Butter nicht vom Brod nehmen lassen und Margarine dafür aufschmieren.

Aber wenn die Landwirthe zusammenhalten, mit Ruhe und der Besonnenheit, die uns Landleute charakterisirt im Gegensatz zur haupt-

städtischen Bevölkerung, so werden wir mit der Zeit auch erreichen, daß wir als die erstgeborenen Kinder des Landes und des Volkes anerkannt und berücksichtigt werden. Geht unsere Landwirthschaft zu Grunde, so daß sie überhaupt darauf verzichtet, den Brodbedarf unserer Bevölkerung je noch wieder liefern zu können, was sie gut thun könnte, wenn die Arbeit bezahlt würde —, wir haben noch ein Einfuhrbedürfniß von dreißig Millionen Centner — also wenn die Landwirthschaft etwas gewinnreicher würde, bedürften wir sie nicht mehr. Noch mehr ist das in der Viehzucht der Fall, die kann man noch leichter gegen Unterdrückung, gegen die Uebermacht ausländischer Zufuhr schützen.

Deshalb freue ich mich Ihrer Begrüßung nicht bloß wegen der hübschen beiden Thiere, die so behaglich aussehen. Ich freue mich doppelt und dreifach, einmal wegen Ihres guten Zeugnisses für die Landwirthschaft, dann wegen der guten Censur, die Sie mir geben für meine politische Vergangenheit, und dann über die hübschen Pferde. Darf ich die Herren bitten, mit mir hereinzukommen und zu sehen, ob wir etwas zu frühstücken kriegen, für mich ist es Zeit und für Sie wohl auch.

Die Pferdeknechte führten nun unter Aufsicht eines Stallmeisters die Pferde in verschiedenen Gangarten vor, wobei sich der Fürst und seine Umgebung in lebhaften Ausdrücken des Beifalls über die trefflichen Bewegungen und schönen Körperformen der Mutterthiere und ihrer muntern Sprößlinge ergingen. Nachdem dann beschlossen worden, die Pferde in Anbetracht der Strapazen und Aufregung der eben überstandenen längeren Eisenbahnfahrt heute nicht mehr auf die Koppel zu bringen, wurden die Thiere in die zu ihrem Stand im Stall bereits vor einigen Tagen hergerichteten Boxes geführt.

Zugleich begann am Schloßthor die Musik, welche den Zug der Oldenburger begleitete, zu spielen, und unter Führung des Oberförsters Lange erfolgte der Vorbeimarsch des Zuges am Fürsten, der an der Thür des Herrenhauses, von seiner Familie umgeben, verharrte. Kaum war es den Umstehenden möglich, die stürmischen Begrüßungen der Damen, die am liebsten Alle dem Fürsten die Hand gedrückt und ihre mitgebrachten Blumen persönlich übergeben hätten, soweit einzudämmen, daß die Person des Gefeierten nicht in gesundheitsgefährliche Bedrängniß gerieth.

Laute und immer sich wiederholende Hoch- und Hurrahrufe schollen dem Fürsten Bismarck nach, als derselbe sich endlich mit seiner Familie und seinen Gästen ins Haus zurückzog.

* * *

Am 2. Mai veröffentlichen die „Hamb. Nachr." (M.-A.) folgenden Dank des Fürsten:

Friedrichsruh, den 1. Mai.

Aus allen Theilen Deutschlands und von Deutschen und Fremden im Auslande, namentlich von Bürgern der Vereinigten Staaten Amerikas, sind mir zu meinem Geburtstage so viele Glückwünsche zugegangen, daß ich zu meinem lebhaften Bedauern nicht im Stande bin, jedem Einzelnen dafür zu danken. Ich bitte deshalb meine Freunde, für ihre wohlwollenden Begrüßungen und Wünsche meinen herzlichen Dank in dieser Veröffentlichung entgegen zu nehmen, und verbinde damit den Ausdruck der Hoffnung, daß sie das Ausbleiben einer schriftlichen Antwort entschuldigen werden.

v. Bismarck.

* * *

Von den wenige Tage zuvor in Hamburg versammelt gewesenen Mitgliedern des Deutschen Bühnen-Vereines war an den Fürsten Bismarck ein Begrüßungs-Telegramm gerichtet worden, worauf folgende Antwort an den Vereinsvorsitzenden Grafen von Hochberg einlief:

Euer Excellenz und den Herren Mitgliedern des Bühnen-Vereins danke ich verbindlichst für ihre freundliche Begrüßung.

Friedrichsruh, 2. Mai 1895. v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." führen im Anschluß an den oben (S. 168 ff.) mitgetheilten Artikel vom 23. April (A.-A.) am 5. Mai (M.-A.) weiter Folgendes aus über

Fürst Bismarck und das geheime Wahlrecht. Die „Voss. Ztg." bestreitet die Richtigkeit unserer neulichen Angabe, daß die geheime Stimmabgabe nicht in dem ursprünglichen Regierungsentwurfe zur Verfassung gestanden habe, sondern erst durch den Antrag Fries als Zusatz hineingekommen sei. Wenn die Auffassung der „Voss. Ztg." zuträfe und das geheime Wahlrecht schon in der Regierungsvorlage beantragt worden wäre, dann ständen der Antrag Fries und die anderen bezüglichen Anträge in der Luft und wären vollständig unmotivirt. Was hätten die Antragsteller für einen Grund gehabt, offene Thüren einzuschlagen, wenn ihre Anträge ihnen nicht als Bedürfniß erschienen wären? Durch die ganze Motivirung, die viele Spalten der Verhandlungsberichte ausfüllt, wird vollständig bewiesen, daß die Auffassung der „Voss. Ztg." unzutreffend ist, daß die geheime Abstimmung ursprünglich nicht beantragt war, sondern erst durch die Anträge Fries und Genossen geschaffen ist.

Daß die Regierung darauf einging, erklärt sich aus Besorgnissen der auswärtigen Politik, die damals auf ihr lasteten. Krieg mit Frankreich zur Vertheidigung des Gewonnenen war damals für jeden verständigen Menschen vorauszusehen. Die Regierung hatte sich bemüht, ihn nach Möglichkeit zu vertagen, bis die Truppenausbildung eine vollkommenere geworden sei als sie es 1866 noch war. Aber nicht bloß der Krieg mit Frankreich war zu befürchten; die damaligen Verhandlungen zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn, der Besuch des Kaisers Napoleon in Salzburg, die Anhänglichkeit Victor Emanuels an Napoleon bildeten Symptome für die Möglichkeit eines schweren Krieges zur Vertheidigung der neugewonnenen norddeutschen Einheit. Wir erinnern uns, daß der damalige Ministerpräsident von Bismarck gesagt hat, wir werden für Schleswig-Holstein so gut wie für Schlesien den ersten schlesischen Krieg führen müssen, es ist sogar möglich, daß dem ersten und zweiten schlesischen Kriege eine Coalition wie die Kaunitz'sche des Siebenjährigen Krieges folgen wird. Die Stimmung Oesterreichs war damals noch schwer verletzt unmittelbar nach dem Kriege, und im Kampfe gegen dergleichen Möglichkeiten, nachdem die Rechnung auf englischen Beistand längst überwunden war, blieb für die preußische Regierung das letzte Auskunftsmittel immer die volle Entwickelung der deutschen Nationalkraft, ihres Einverständnisses mit den gesammten neuen Einrichtungen. Die Voraussicht künftiger Kriege mußte nothwendig die preußische Regierung ermahnen, die nationale Stimmung für sich im weitesten Umfange zu gewinnen und jede Abschwächung derselben zu verhüten. So ist diese Kriegs- und Coalitionsbesorgniß das Hauptmotiv zu der Nachgiebigkeit der preußischen Regierung allen liberalen Forderungen gegenüber gewesen, auch in Bezug auf das Wahlrecht. Man erinnert sich, daß auf die ultimatischen Forderungen Benedetti's in den Jahren 1866/67 Graf Bismarck anwortete, qu' une guerre nationale entre les deux nations pourrait facilement dégénérer en guerre à coups de révolution, und daß den Volksbewegungen gegenüber Napoleon weniger fest stehen würde als die deutschen Fürsten. Es war also als ultima ratio auch die nationale Volksbewegung in Aussicht genommen, und ihre Möglichkeit mußte geschont und gepflegt werden.

Wenn man unter diesen Umständen dem Fürsten Bismarck den Vorwurf macht, daß er das allgemeine und auf Antrag das geheime Wahlrecht zugelassen habe, so muß man sich auch in die gesammte Stimmung und in die gesammten Befürchtungen der damaligen Zeit zurückversetzen können. Eine voraussehende Politik mußte die Verwendbarkeit jeder Waffe, wie sie in schweren und Coalitionskriegen Erforderniß werden konnte, schon damals ins Auge fassen. Die Situation war so, daß wir

kein Hülfsmittel, das die Umstände bieten konnten, abweisen durften, einerlei, ob es allen Anforderungen, die wir daran stellen konnten, entsprach oder nicht. Damals war der Gedanke maßgebend, daß vor Allem Deutschland nach außen zu sichern und daß die deutsche Nation intelligent und selbstbewußt genug sei, um sich, sobald sie von außen ungestört blieb, nach ihrem Ermessen einzurichten. Es bestand die Ueberzeugung, daß ein Volk, wie das deutsche, wenn es zu der Erkenntniß gelangte, daß bei der Gründung des Reiches ihm nicht passende Einrichtungen unter dem Drucke der Umstände mit übernommen seien, klug und besonnen genug sein werde, sie nach eigenem Ermessen zu verbessern. Wenn die Heimlichkeit der Stimmabgabe ihrer Natur nach, wie alle Heimlichkeiten in der Politik, das germanische Selbstgefühl zum Widerspruch reizt und nachtheilige Wirkungen hat, weshalb erfolgt kein Antrag auf Abänderung dieses Wahlmodus? Wir glauben, daß die Stellung eines solchen nützlicher wäre als die Vertheidigung irrthümlicher Auffassungen über die Entstehung desselben.

*　*
*

Damals machte der päpstliche Nuntius Agliardi eine Rundreise bei den katholischen Großen Ungarns, um gegen die von der Regierung eingebrachten Kirchengesetze zu agitiren. Mit Bezug auf diese Reise äußern die „Hamb. Nachr." in derselben Nummer:

Es überrascht uns, daß viele Blätter die Abwehr des ungarischen Ministerpräsidenten, Baron Banffy, gegen die Agitationsreise des Nuntius Agliardi in Ungarn als „Aufsehen erregend" bezeichnen, während sie betreffs des Vorgehens des päpstlichen Gesandten weder Ueberraschung noch Widerspruch zum Ausdruck bringen. Der Anspruch des Nuntius, seinerseits der Vertreter der ungarischen Katholiken gegen die ungarische Regierung zu sein, wird in seiner Tragweite auch Denen, die sich nicht darüber wundern, doch vielleicht klar, wenn sie sich vorstellen, daß beispielsweise der päpstliche Nuntius in Paris der französischen Regierung gegenüber den Anspruch aufstellte, zur Vertretung der französischen Katholiken ihr gegenüber berufen und berechtigt zu sein.

Es ist in früherer Zeit davon die Rede gewesen, ob auch in Berlin ein päpstlicher Nuntius accreditirt werden könnte. Wäre dies der Fall gewesen, so würde ein analoger Anspruch auf Vertretung der preußischen Katholiken gegen die preußische Regierung doch in allen nicht katholischen Blättern in Preußen a limine abgelehnt worden sein. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, welche praktische Bedeutung im Grunde die katholische Abtheilung des Cultusministeriums in Preußen besaß. Dieselbe hatte sich die Aufgabe beigelegt, den Katholicismus gegenüber der

preußischen Regierung und Gesetzgebung zu vertreten, während sie ursprünglich geschaffen war, um die Rechte des Königs von Preußen der katholischen Kirche gegenüber mit Schonung des monarchischen Princips wahrzunehmen. Sie hatte schließlich thatsächlich die Stellung, welche der Nuntius Agliardi in Ungarn neuerdings für sich in Anspruch genommen hat, und deshalb eben war sie eine in der preußischen Staatsverfassung unhaltbare Einrichtung.

* * *

Gegen den „Gaulois“ finden wir an gleicher Stelle folgende Richtigstellung:

Ein Redacteur des „Gaulois“ hat kürzlich in dem Hause in Versailles vorgesprochen, wo Fürst Bismarck vom 6. October 1870 bis zum 6. März 1871 gewohnt hat. Er erzählt die Geschichte einer Uhr, vor welcher der Friedensvertrag unterzeichnet, und die nach des Fürsten Aeußerung von Herrn Thiers besonders verwünscht worden sei.

„Fürst Bismarck“, heißt es weiter, „wollte sie der Eigenthümerin des Hauses, Frau Jessé, abkaufen, die dies jedoch ablehnte. Die Uhr blieb bei Frau Jessé, aber nicht ganz. Irgend Jemand hatte den Perpendikel und die Zahl X des Zifferblattes entfernt, welche die Stunde anzeigte, wo Herr von Bismarck von Versailles abreiste. Wer mochte der Schuldige gewesen sein? Seit dem März 1871 ist diese Uhr, die einen hervorragenden Platz in der Geschichte des deutsch-französischen Krieges einnimmt, nicht wieder gegangen, denn der Perpendickel wurde durch keinen andern ersetzt. Sie steht jetzt im Eßzimmer der Frau Jessé. Wenn sie Herr von Bismarck zurückließ, so war das Gleiche nicht mit der „table de la paix“ der Fall, an welcher die deutschen und französischen Bevollmächtigten den Vertrag unterzeichneten, der den Franzosen Elsaß-Lothringen und fünf Milliarden kostete.“

Die Uhrgeschichte ist vollständig erfunden. Es befand sich in dem Local der Unterzeichnung überhaupt keine Uhr. In dem Arbeitsraum des Kanzlers stand eine kleine Broncefigur auf dem Kaminsims, die einen sitzenden Teufel mit großen Flügeln darstellt, der sich die Nägel benagte; der „reuige Teufel“. Diese Statuette ohne Uhr wünschte Graf Bismarck zu besitzen und wollte sie der Wirthin, Frau Jessé, abkaufen. Sie weigerte sich unter der Angabe, daß sich eine Familienerinnerung daran knüpfe, worauf der Kanzler erwiderte, daß er unter diesen Umständen selbstverständlich Verzicht leiste. Er ermittelte darauf den Pariser Ursprung des Gebildes und verschaffte es sich aus der Bezugsquelle, sodaß die gleiche Figur wie im Jessé'schen Hause in Friedrichsruh auf dem Kamin steht. Es ist also auch eine beliebige Erfindung, wenn der

„Gaulois“ weiter behauptet, daß irgend Jemand den Perpendikel einer nicht vorhandenen Uhr und die Zahl 10 des Zifferblattes entfernt hat. Ebenso ungenau ist die Geschichte von der table de la paix. Dieser Tisch ist auf Anlaß von Landsleuten des Kanzlers im Hause Jessé durch einen vollkommen identischen einfachen Klapptisch ersetzt worden und das Original ist in späterer Zeit von den Erwerbern dem Fürsten Bismarck als Geschenk überreicht worden. Wir erwähnen diese Einzelnheiten nur, um die Unglaubwürdigkeit und die Erfindungsgabe der französischen Blätter vom Schlage des „Gaulois“ zu kennzeichnen.

* * *

Vom 5. Mai wird den „Hamb. Nachr.“ aus Friedrichsruh berichtet:

Prachtvoller Sonnenschein erglänzte über der im frischen Grün prangenden Umgebung des Schlosses, als kurz nach $12^1/_2$ Uhr der Sonderzug mit den Theilnehmern an der Huldigungsfahrt der Ostfriesen in Friedrichsruh eintraf. Bei der Einfahrt des Zuges spielte die auf dem Bahnhof aufgestellte Musikcapelle des 9. Jägerbataillons aus Ratzeburg die Wacht am Rhein, während das auf dem Bahnhof zahlreich versammelte Publicum die dem Zuge entsteigenden Festtheilnehmer mit lebhaften Hurrahrufen begrüßte. In geschlossenem Zuge von gegen 1000 Personen ging es nach dem Schlosse, das Musikcorps voran, dann die Damen in der Zahl von etwa 200. Unter den Klängen des Hohenfriedberger Marsches passirte der Zug das Schloßthor; vor dem Altan wurde Aufstellung genommen.

Nicht lange dauerte es, so trat der Fürst aus dem Speisesaal nach dem Balcon hinaus, von jubelnden Hurrahrufen begrüßt.

Der Director der Realschule in Emden, Suur, richtete an den Fürsten eine Ansprache.

Fürst Bismarck antwortete darauf:

Meine Herren und Damen, ich danke Ihnen, daß Sie die weite Reise nicht gescheut haben, um sich auch der Bewegung der Kundgebungen anzuschließen, welche sich in nationaler Richtung an meinen letzten Geburtstag angeschlossen hat, ausgehend von vielen Seiten des deutschen Vaterlandes und der deutschen Bevölkerung außerhalb des Reiches. Der Herr Vortragende hat mit Recht erwähnt, daß die Verbindung zwischen Ostfriesland und Preußen schon eine ältere ist, wie die mit den übrigen Nordseeländern, und daß wir schon zu Zeiten Friedrichs des Großen, ja zur Zeit des Großen Kurfürsten ohne politische Zusammengehörigkeit doch von dort aus haben kurbrandenburgische Unternehmungen bis nach Afrika tragen können. Es zeigt das, daß in den ostfriesischen Gewässern jeder Zeit der weittragende Schiffertrieb existirt hat, der die Deutschen in alle Welttheile führt und heutzutage unter der schwarzweißrothen Flagge eines wiederum geeinten Deutschen Reiches.

Unsere früheren Beziehungen waren ja nur ein Ausdruck der Zusammengehörigkeit, die von Natur zwischen allen Deutschen oder doch mindestens zwischen der niederdeutschen Bevölkerung der Seeküsten, was man hier „de Waterkant“ nennt (Bravo!), von der Ems bis zur Weichsel jederzeit bestanden hat. Wir sprechen hier Alle dasselbe Plattdeutsch mit wenig dialektischem Unterschiede in Ostfriesland und in Hinterpommern. Wir sind aber lange getrennt gewesen durch politische Grenzen und getrennt durch die cimbrische Halbinsel, welche die Ostsee von der Nordsee scheidet in unserem Seeverkehr.

Es ist erfreulich, die Zeit zu erleben, daß die Verbindung beider Meere hergestellt und die feierliche Eröffnung des Canals zwischen Nord- und Ostsee in naher Aussicht steht. Es war hierauf, als ich zuerst in die politische Thätigkeit trat, kaum Aussicht, und zu der Zeit, als es sich um das Schicksal von Schleswig-Holstein handelte, in Verhandlungen mit dem damaligen Prätendenten habe ich zuerst die Forderung eines Canals als Vorbedingung unserer Zustimmung zur Einsetzung einer besonderen holsteinischen Dynastie aufgestellt. (Bravo!) Es gelang mir nicht, dafür Zustimmung zu finden, und hauptsächlich daran scheiterten die damaligen Verhandlungen. Ich bin dem Gedanken von Neuem nahe getreten, sobald wir in Besitz von Holstein kamen; auch dann waren Bedenken militairischer Natur dagegen. Unsere Landesvertheidigung in ihrer wissenschaftlichen Spitze hatte die Auffassung, daß wir so starke Armeen, wie zum Schutze dieses Canals nothwendig sein würden, in unseren Landkriegen nicht entbehren könnten. Ich habe dem gegenüber stets vertreten: wenn wir große Landkriege haben, so müssen wir diese Truppenmassen doch entbehren, weil wir Hamburg schützen müssen, Holstein schützen müssen, Kiel schützen müssen; schützen wir diese Localitäten, so schützen wir auch den Canal. Aber es hat mir viel Mühe gekostet, mit meiner Auffassung durchzudringen, auch nachdem der Millionensegen der französischen Contributionen eingegangen war, um die Sache in Fluß zu bringen.

Mein Interesse für diese Verbindung zwischen Nord- und Ostsee, für eine unmittelbare glatte Seeverbindung zwischen Emden und Danzig ist also schon ein älteres und ist bei mir nie abgeschwächt worden, und es ist mir schmerzlich, daß ich den Canal, nachdem er gebaut ist, nie gesehen habe und auch wahrscheinlich nie sehen werde (Oho!). Ich bin nicht rüstig genug, um den Feierlichkeiten beizuwohnen, die mehrere Tage erfordern, auf der Schiffstreppe, und bei den höfischen Beziehungen, mit vielen fremden Fürsten — das kann ich mir nicht zumuthen, ich bin froh, wenn ich mein stilles Leben hier weiter führen kann. Aber ich bin überzeugt, Sie werden mit mir im Geiste diese Feier, der unser

Kaiser einen besonders großartigen Charakter verliehen hat, mitfeiern und sich freuen, wenn das erste Emdener Schiff glatt durch den Canal geht in der Fahrt nach dem Bottnischen Meerbusen oder nach Danzig. (Bravo!)

Ich habe in der Zeit, als ich noch rüstig war, wie der Herr Vorredner schon erinnert hat, es war 1869 — Ostfriesland nicht zum ersten Male, aber doch seit langer Zeit wieder gesehen. Ich bin oft durch Ihr Land — oft kann ich nicht sagen, aber doch mehrmals durchgekommen auf dem Wege nach Norderney, auf anderen Wegen, sei es über Bremen, sei es über Helgoland, aber auch im Wagen über Aurich und Norden einige Male, und auf dem Besuch bei Ihrem verehrten Landsmann, Grafen Knyphausen-Lütetsburg, dessen schweres Unglück mit dem Schloßbrande ich mit herzlicher Theilnahme erfahren habe. Es ist ein Verlust für die Landschaft, daß dieses hübsche Schloß vom Feuer verzehrt worden ist, ich habe es noch gekannt und bin darin als Gast des alten, jetzt längst verstorbenen Grafen Knyphausen gewesen, der mir von Berlin als hannöverscher Gesandter bekannt war. Ich habe bei der Gelegenheit Ostfriesland von der Wasser- und von der Landseite her gesehen mit seinen reichen Weiden, mit seinen Mooren, mit seinen Brandculturen, mit seinen Hütten auf den Mooren und auf der Haide. Ich weiß nicht, ob das noch so ist (Zuruf: Jawohl), aber es war eine thätige, arbeitsame Bevölkerung, auch die rauchgeschwärzte auf den Moorhütten, die ich da gesehen habe.

Ich denke gern an die Zeit zurück, nicht bloß in der Erinnerung an die Localität, an Norderney, an Lütetsburg, an Ostfriesland, sondern auch, weil ich damals rüstig und wißbegierig die Länder noch bereisen konnte, was heute nicht mehr ist. Aber meine Erinnerungen an meinen Besuch des Landes sind lebhaft genug, um der herzlichen Freude zu Hülfe zu kommen, die ich empfinde, wenn ich hier so zahlreichen Besuch von Ostfriesen bei mir sehe und namentlich eine so zahlreich vertretene Damenwelt, und der bin ich ganz besonders dankbar, nicht bloß wegen der Ehre, die sie mir erzeigen, sondern auch wegen des Vertrauens, das sie mir in die Zukunft einflößen (Heiterkeit); denn was die Damen erfaßt haben, das haftet viel besser im Lande wie alles Andere, und das findet durch die Kinderstube seinen Weg in die Zukunft. Und deshalb bitte ich Sie — ich würde gern mehr mit Ihnen reden, aber ich werde durch Neuralgie am Sprechen gehindert — deshalb bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auf die ostfriesischen Damen auszubringen, sie leben hoch!

Nachdem der Fürst sich noch mit verschiedenen Mitgliedern des Comités unterhalten hatte, ging er in den Park hinab, um zunächst Herrn Director

Snur mit freundlichen Worten zu danken. Dann schritt der Fürst durch die sich bildende Gasse, um bald mit diesem, bald mit jenem ein Gespräch anzuknüpfen, bei dem das erstaunliche Erinnerungsvermögen für tausendfältige Einzelheiten aus seinem vielbewegten Leben wieder einmal in überraschender Weise zu Tage trat. Zu allererst wandte der Fürst sich den Damen zu, die ihm eine Fülle schöner Blumen von allen Seiten darreichten. Er dankte ihnen für die Ehre, die ihm durch ihren Besuch erwiesen sei und betonte, daß er das Opfer der langen und beschwerlichen Eisenbahnfahrt zu würdigen wisse. Er wiederholte dann von Neuem, daß sein Vertrauen in die gute Zukunft des deutschen Vaterlandes hauptsächlich auf der treuen patriotischen Gesinnung der Frauen basire.

Im Weiterschreiten fragte der Fürst einen ehemaligen Krieger, der bei den 9. Dragonern gestanden hat, wo er das eiserne Kreuz sich erworben habe, und auf die Antwort: „Bei Gorze, Durchlaucht,“ meinte er:

Es war eine besorgliche Zeit. Man wußte nicht, wie es ablief bei Gorze.

Der Angeredete erwähnte, daß er den Fürsten an jenem Tage schon früh Morgens um 4 Uhr gesehen hätte, und erhielt zur Antwort:

Ja, ich weiß, daß wir um 4 Uhr früh aufbrachen. Von Straßen war nicht viel die Rede. Na, Morgens um 4 Uhr sehen sich die Dinge immer schwerer an, als wenn erst ein Tag dazwischen liegt.

Bei einem Gerichtsassessor aus Aurich erkundigte der Fürst sich nach seinem Universitätsfreunde Gerlach, der später nach Hannoversch-Münden gekommen sei; er sei nach einem Besuche bei ihm zu Wagen durch das ganze Land gefahren.

Ein eigenthümlicher Zufall fügte es, daß einer der Zunächststehenden bei diesem Gespräch dem Fürsten sich als den Besitzer jenes Wagens vorstellen konnte, mit dem der Fürst zu jener Zeit die von ihm erwähnte Landtour gemacht hat. Auf die erstaunte Frage des Fürsten, wie das komme, erklärte der betreffende Herr, daß sein Vater seiner Zeit den Wagen sofort angekauft habe, um ihn als Andenken zu bewahren.

Der Fürst fuhr in seinen Reminiscenzen fort:

Ich bin damals — es gab ja noch keine Eisenbahn — von Norden nach Hannover mit einem Miethswagen gefahren und bin die Nacht in Zwischenahn, im Oldenburgischen, geblieben — ein sehr hübsch gelegener Ort, der leider vom Sturm voriges Jahr verwüstet worden ist in seinen Baumschlägen.

Gegen einen geborenen Schleswig-Holsteiner äußerte der Fürst:

1848 haben wir uns von preußischer Seite nicht immer recht geschickt hineingemischt, manchmal sogar recht ungeschickt, aber schließlich ist es

doch gegangen. Das alte plattdeutsche Sprichwort hat sich bestätigt: „Et möt doch wo warn."

Mit einem Navigationslehrer aus Timmel ließ sich der Fürst in ein längeres Gespräch über die Canalprojecte zwischen Ost- und Nordsee ein, für die sich der Fürst seinerzeit interessirt hat. Fürst Bismarck fragte:

Wie ist denn der Canal beschaffen, der durch Ostfriesland geht, der sogenannte Treckfahrts-Canal?

Die Antwort lautete, der Canal solle wieder erweitert werden und es würde sehr viel für Melioration der Moorgegenden verwandt. Darauf bemerkte der Fürst:

Ich hatte mit dem Ostseecanal immer den Gedanken, daß er fortgesetzt werden sollte bis zum Jadebusen und vom Jadebusen bis in den Dollart bis nach Emden. Das wäre ein Kinderspiel im Vergleich mit den Bauten, die sie in Holstein gemacht haben. Es ist ja lauter Marsch und zum Theil schon Canal, von der Oste-Mündung bis nach der Geeste-Mündung hindurch durch das Bremerland und dann das Butjadingerland oder direct. Das wäre ein ungeheurer Gewinn.

Auf den Einwand des Angeredeten, der Canal sei nicht tief genug, erwiderte der Fürst:

Um so leichter könnte man ihn noch herstellen. Das ist eigentlich gar keine Sache im Vergleich mit dem, was wir in Holstein gemacht haben, und unsere Flotte würde dreimal so stark, wenn sie aus vier Löchern heraus könnte, aus Kiel sowohl wie aus Emden.

Der Fürst schritt durch die Reihen weiter und fragte verschiedene Herren nach ihrem Stand und Berufe und hatte überall treffende, zum Theil sehr humoristische Bemerkungen in Bereitschaft, trotz der neuralgischen Schmerzen, die ihn nach seiner eigenen Aeußerung beständig plagen. So bemerkte der Fürst beispielsweise zu einem Herrn, der sich als Restaurateur bezeichnete und erzählte, daß er vor 25 Jahren die Ehre gehabt habe, den König Wilhelm und Fürst Bismarck bei sich zu bewirthen, lachend:

Nun, ich erinnere mich nicht mehr, aber ich habe jedenfalls keine Unverdaulichkeiten mehr von dem Mahle.

Als der Fürst auf den Altan zurückgekehrt war, gab er nochmals seinem Danke Ausdruck, indem er sprach:

Nochmals meinen herzlichen Dank; es thut mir leid, daß ich die Herrschaften nicht alle hier im Hause aufnehmen und bewirthen kann, aber mehr wie der Mensch kann, ist nicht, und der Platz fehlt, wenn auch der gute Wille da ist. Aber ich würde Sie alle als meine Gäste ansehen, und es würde mir eine große Genugthuung sein, Ihnen meinen Dank zu bethätigen für die Ehre, die Sie mir erwiesen haben. Nochmals meinen Dank!

Nachdem hierauf die Versammelten das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ gesungen, sagte Fürst Bismarck:

Meine Herren, nochmals meinen herzlichsten Dank, also Deutschland über Alles, aber dann gleich Ostfriesland hoch!

* * *

Am 7. Mai enthalten die „Hamb. Nachr.“ (M.-A.) folgende politische Erörterung über Deutschlands Einmischung in die Friedensverhandlungen zwischen Japan und China:

Deutschland und die ostasiatische Frage. Nach übereinstimmenden Meldungen hat Japan den freundschaftlichen Rathschlägen Deutschlands, Rußlands und Frankreichs nachgegeben und auf den definitiven Besitz der Halbinsel Liaotong Verzicht geleistet.

Diese Mittheilung lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit wiederholt auf die Betheiligung Deutschlands an der Action der Mächte hin. Deutschland hat keinerlei directes Interesse daran, ob diese oder jene bisher chinesischen Gebiete bei China bleiben oder japanisch werden. Wenn es sich trotzdem dazu hergegeben hat, einen Druck auf Japan auszuüben, so muß es dafür Gründe gehabt haben, die wir nicht kennen; die angeführten handelspolitischen Gesichtspunkte reichen zur Erklärung nicht aus. Wenn die Argumente, mit denen der Entschluß Deutschlands an maßgebender Stelle erzielt worden ist, russischen Ursprungs wären, so würde uns das beruhigen und befriedigen. Aber diese Sicherheit liegt nicht vor. Es ist z. B. möglich, daß China Mittel und Wege gefunden hat, Einfluß zu erlangen. Man braucht damit nicht gleich Vorstellungen zu verbinden, durch die auf irgend welche Mittelspersonen ein Licht fiele, als ob sie am Ende keine Aristidesse seien. Es würde zur Erklärung des Berliner Entschlusses unter Umständen hinreichen, daß rhetorisch geschickte Leute im rechten Momente überzeugend zu wirken und das in den Vordergrund zu schieben verstanden haben, was man unter Napoleon III. „auf Prestige arbeiten“ nannte.

Hat das Vorgehen Deutschlands in Tokio den Zweck gehabt, Rußland einen Dienst zu erweisen und den Beweis zu liefern, daß die deutsche Politik weit entfernt sei, in dem englisch-russischen Interessengegensatze in Asien zu Gunsten Englands Stellung zu nehmen, so würde das an sich Billigung verdienen, jedoch hätte zur Erreichung dieses Zweckes die Bekundung wohlwollender Neutralität genügt; ein actives Vorgehen zu Gunsten russischer Interessen wäre nicht erforderlich gewesen. Um dies zu rechtfertigen, bedarf es unserer Ansicht nach eines noch stärkeren Grundes als dessen, die Freundschaft mit Rußland zu pflegen. Ob ein solcher Grund vorliegt und welcher, wissen wir nicht. Es ist ja möglich, daß er existirt, und würden wir die letzten sein, die es tadelten,

daß ihm entsprochen worden ist; aber wir kennen ihn und den Plan nicht, den man mit dem ganzen Vorgehen verbindet; wir sind über etwaige Zukunftsbestrebungen und deren Motive auf deutscher Seite in keiner Weise unterrichtet, und so lange wir das nicht sind, ist kein abschließendes Urtheil möglich.

Einstweilen glauben wir, daß der Vortritt Deutschlands in der ostasiatischen Sache verfrüht war; und daß er es ist, erweckt in uns Bedenken über seine sachliche Rechtfertigung sowie über den Bestand der auffälligen anti-englischen Schwenkung, die damit in unserer äußeren Politik vollzogen worden ist. Wir fühlen uns nicht ganz frei von der Befürchtung, daß der Vortritt Deutschlands in der ostasiatischen Frage ein Symptom des fortdauernden Mangels an einer Fähigkeit bildet, die in der Politik sehr wichtig ist, nämlich des ruhigen Abwartens; wir haben die Empfindung, daß die neueste Action, wenn Erwartungen, die etwa daran geknüpft worden sind, nicht erfüllt werden, ebenso schnell in ihr Gegentheil umschlagen kann, wie sie entstanden ist. Von einem solchen Umschlag würden wir für die Beziehungen zu Rußland nachtheiligere Folgen zu erwarten haben, als eingetreten sein würden, wenn man sich von vornherein auf wohlwollende Neutralität beschränkt hätte. Die Sache kann ja immerhin noch gut einschlagen; wir wünschen es von Herzen, und Niemand könnte größere Befriedigung darüber finden, als gerade wir; aber wir sehen den Grund nicht ein, aus dem es nöthig war, ein Risico überhaupt zu laufen.

Nach officiösen Artikeln müßte man annehmen, daß sich die deutsche Regierung an der Action betheiligt hat, um nicht den richtigen Augenblick für den Schutz der wirthschaftlichen Interessen Deutschlands in Ostasien zu versäumen und zu spät zu kommen. Ob diese Angabe zutrifft und die Motive der Regierung erschöpfen, müssen wir dahingestellt sein lassen. Wir sind der Ansicht, daß, wenn es sich lediglich um Handelsinteressen gehandelt hätte, zur erfolgreichen Wahrnehmung derselben auch noch später Zeit gewesen wäre; wir glauben, daß Deutschland keineswegs durch seine eigenen Interessen genöthigt war, sich an den Vorstellungen in Tokio, wenn überhaupt, schon im ersten Stadium der Angelegenheit zu betheiligen. In dem Vorgehen Deutschlands lag von vornherein ein vielleicht nicht ohne Weiteres erforderlicher Verzicht auf die lebhaften Sympathien, die in Japan für Deutschland bestanden haben. Dieser Verlust kann auf der anderen Seite recht wohl durch politische Vortheile gedeckt und gerechtfertigt werden. Ob diese Vortheile aber vorhanden sind, wissen wir nicht, das muß sich erst zeigen, und deshalb müssen wir, wie gesagt, unser definitives Urtheil über die Richtigkeit der deutschen ostasiatischen Politik einstweilen noch suspendiren.

* * *

Ueber die socialdemokratische Partei und ihr formales Recht auf einen Platz im Präsidium des deutschen Reichstages wird gesagt:

In einem Artikel, der vor einiger Zeit in den „Dresd. Nachr." erschien, wurde ausgeführt, es sei eigentlich schade, daß nicht Herr Singer oder Herr Bebel erster Vicepräsident des deutschen Reichstages geworden sei; allerdings werde eine Visitenkarte mit der Aufschrift „Paul Singer, erster Vicepräsident des deutschen Reichstages," im Hofmarschallamt wohl schwerlich in Empfang genommen werden, aber man begreife doch nicht recht, warum die Socialdemokratie, die unter den Mehrheitsparteien nächst dem Centrum die bei Weitem stärkste Fraction sei, freiwillig auf ihren Anspruch verzichtet habe.

Uns erscheint dieser Verzicht sehr begreiflich. Viel weniger begreiflich ist, weshalb die nichtsocialistischen Parteien auf den Wunsch der Socialdemokratie, nicht im Präsidium vertreten zu sein, so bereitwillig eingegangen sind. Wir halten es für einen taktischen Fehler der übrigen Fractionen, nicht darauf bestanden zu haben, daß die Socialdemokratie als nächststärkste Partei neben dem Centrum eine Präsidentenstelle zu übernehmen habe. Es liegt unserer Auffassung nach in der Aufgabe der übrigen parlamentarischen Fractionen, die socialdemokratische Partei durch alle parlamentarischen Mittel zur Entwickelung ihrer Zukunftspläne zu nöthigen. Wenn die Socialdemokratie genöthigt wird, das Bild der socialdemokratischen Zukunft des Volkes in klareren Umrissen als bisher der öffentlichen Kritik preiszugeben, so wird ihre Gefährlichkeit erheblich vermindert, und der Glaube an ihre Regierungsfähigkeit überhaupt vernichtet werden. Es ist die Aufgabe der anderen Parteien, die Führer der Socialdemokratie auf diesem Wege ad absurdum zu führen. Die Haupterfolge der Socialdemokratie beruhen auf ihrer Taktik, Alles zu kritisiren, was im Staate geschieht, aber stets zu verschweigen, wie sie selbst den Staat einrichten würden, sowohl im Ganzen wie im wirthschaftlichen Leben. Die Kritik ist leicht, die Kunst ist schwer, auch die des Regierens. Das wissen die Führer der Socialdemokratie; aber wie sie regieren würden, wenn sie ans Ruder kämen, wissen wir nicht, und wenn sie genöthigt wären, sich darüber auszusprechen, so würden sie ihren Zulauf verlieren.

Auf dem Wege, die Socialdemokratie zur Klarlegung ihres Zukunftsprogramms und ihrer Regierungsabsichten zu nöthigen, würde es ein nützlicher Fortschritt gewesen sein, wenn die socialdemokratische Partei angehalten worden wäre, einen der Ihrigen zum Präsidenten des Reichstages herzugeben. Daß sie sich dessen weigert, so lange sie kann, ist erklärlich; denn in der Präsidialstellung könnte manche Situation eintreten, durch welche ein socialistischer Präsident gezwungen wird, die

Maske, durch welche er seine Zukunftspolitik deckt, einigermaßen zu lüften. Ob eine Visitenkarte: „Paul Singer, erster Vicepräsident des deutschen Reichstages", irgendwo in Empfang genommen wird, ist gleichgültig. Die Hauptsache ist die Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Ziele, welche von der Socialdemokratie erstrebt werden, resp. für sie erreichbar sind.

* * *

Ueber die politische Bedeutung der dem Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstage dargebrachten Huldigungen sprechen sich die „Hamb. Nachr." folgendermaßen aus:

In den „Görlitzer Nachrichten und Anzeiger" finden wir einen „Die Bismarckparteien" überschriebenen Artikel, in dem u. A. gesagt wird:

„Der Geist, der stets und gern verneint, der das Böse will und manchmal dabei das Gute schafft, hat jetzt unserer bürgerlichen Demokratie das Wort ‚Die Bismarckparteien' in die Feder gelegt. Erfunden und colportirt, um einen lächerlichen Eindruck zu machen, dünkt es uns völlig werth, von allen staatserhaltenden Parteien als ein Ehrentitel angenommen zu werden."

Wir können der Absicht des Artikels, den Namen „Bismarckparteien" zu Ehren zu bringen, unsere Zustimmung nicht versagen. Es liegt in der Bezeichnung keine Beschimpfung, sondern eine Bestätigung der Thatsache, daß die Politik des alten Courses von der überwältigenden Menge der Deutschen, die dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstage ihre Dankbarkeit, Liebe und Verehrung bekundet haben, gebilligt und im Interesse des Vaterlandes für nützlich gehalten wird. Alle diese theilnehmenden Begrüßer aus dem Deutschen Reiche und aus allen Ländern, wo Deutsche wohnen, haben sich damit zu einer Politik bekannt, die den Namen des achtzigjährigen Geburtstagskindes doch nicht mit Unrecht trägt.

* * *

Ueber deutsche Bismarckfeiern im Auslande heißt es:

Es wird uns Nr. 13 der „Deutschen Zeitung von Mexiko" vom 1. April 1895 eingeschickt. Das Blatt enthält auf $1^1/_2$ Columnen seines großen Formates außer einem Bildnisse des Fürsten Bismarck eine große Anzahl warm empfundener und von nationaler Begeisterung getragener Festartikel und Gedichte zum 80. Geburtstage des alten Kanzlers. Wir erblicken in solchen Kundgebungen aus weiter Ferne einen erfreulichen Beweis dafür, daß unsere Landsleute dort in nationalem Sinne zusammenhalten, daß sie mit dem in früheren Zeiten bei uns Erreichten

zufrieden sind und sich als Deutsche zu ihrer Nationalität mit demselben Stolze bekennen, wie die Angehörigen anderer großer Staaten es thun. Wir wünschen, daß dies stets so bleiben möge!

* * *

Endlich finden wir an derselben Stelle noch folgende Auslassung:

Unter der Ueberschrift „Hungernde Soldaten!" lesen wir in verschiedenen Blättern:

Das Bezirkscommando in Hagen hat, wie die „Volksrundschau" meldet, bei der städtischen Verwaltung einen Zuschuß von 300 Mark für die Verpflegung der Soldaten des Bezirkscommandos verlangt, weil die staatlichen Verpflegungssätze bei den örtlichen Preisen so knapp seien, daß die Soldaten Hunger leiden müssen. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Zuschuß bewilligt; es sind aber dabei so bittere Reden gefallen, daß man nur wünschen kann, das Reich möge in Zukunft nicht wieder ähnliche Verlegenheiten veranlassen. Ein Herr Clever sagte, daß man bei der Militairverwaltung seine Meinung über diese Sache zum Ausdruck bringen müßte. Er möchte aber die Leute nicht so lange hungern lassen, bis der Staat seine Schuldigkeit thut. Herr Justizrath Dr. Schulz meinte, es gönne gewiß jeder den Soldaten eine bessere Beköstigung, aber daß die Stadt der Militairverwaltung unter die Arme greift, weil sie ihre Schuldigkeit nicht thue, sei nicht am Platze. Herr Sanitätsrath Dr. Schaberg bemerkt, die Militairbehörde habe doch nicht mehr Mittel an der Hand, wie ihr vom Reichstag bewilligt werden. Darauf erwidert Herr Funcke, wenn man in Erwägung der hier erwähnten Verhältnisse eine Beihülfe beschließen wolle, dann sei es erforderlich, daß gleichzeitig vom Collegium ausgesprochen werde: es liege hier doch eine beschämende Thatsache vor, die nach Oben zur Kenntniß gebracht werden müsse, damit Aenderung erfolge. Nicht nur hier, sondern auch in andern Orten würden gleiche Unterstützungsanträge eingebracht. Bei der Abstimmung wurde mit 18 gegen 13 Stimmen der Zuschuß genehmigt. Eine entsprechende Begründung der Meinung des Collegiums über den von der Militairbehörde gestellten Antrag wird dieser zugehen.

Wir erwähnen diese Zeitungsnotiz nur, um die Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen auf sie zu lenken; wir halten es nicht für möglich, daß es in Deutschland Truppentheile giebt, bei denen die Soldaten hungern müssen; aber wir würden ein amtliches Dementi doch für nützlich erachten.

* * *

Eine eigenartige Abordnung war es, die am 8. Mai in Friedrichsruh erschien: die Abgesandten von 72 sächsischen Städten zur Ueberreichung des gemeinsamen Ehrenbürgerbriefes für den Fürsten Bismarck.

Die Bürgermeister und Stadtverordneten, die von ihren engeren Landsleuten mit dieser ehrenvollen Aufgabe betraut worden waren, waren schon am Tage zuvor in Hamburg eingetroffen; von da fuhren sie dann am Vormittage des 8. Mai mittels Extrazuges nach Friedrichsruh.

Um halb zwölf Uhr traf hier der Zug mit den 116 Abgeordneten ein. Die Herren begaben sich ins Landhaus und blieben dort, bis kurz nach halb ein Uhr vom Schloß die Meldung kam, daß Fürst Bismarck bereit sei, die Deputation zu empfangen, und sie bitten lasse, da die Räume des Herrenhauses nicht ausreichen, eine so große Gesellschaft im Innern aufzunehmen, im Park unterhalb des Altans Aufstellung zu nehmen.

Sobald die Herren dort vollzählig versammelt waren, erschien der Fürst in Gesellschaft seiner Tochter und seines Schwiegersohnes, des Grafen Rantzau, auf dem Balcon, den sodann auch der Oberbürgermeister Dr. Dietrich von Plauen i. V. betrat, um an den Fürsten eine Ansprache zu richten und ihm den von folgenden Städten ausgefertigten Ehrenbürgerbrief zu überreichen: Plauen, Zwickau, Freiberg, Zittau, Glauchau, Meerane, Reichenbach, Bautzen, Crimmitschau, Meißen, Werdau, Wurzen, Annaberg, Pirna, Döbeln, Oschatz, Frankenberg, Limbach, Großenhain, Oelsnitz, Mittweida, Riesa, Waldheim, Grimma, Radeberg, Sebnitz, Hainichen, Leisnig, Schneeberg, Buchholz, Kamenz, Kirchberg, Roßwein, Hohenstein, Löbau, Borna, Auerbach, Zschopau, Falkenstein, Eibenstock, Stollberg, Burgstädt, Markneukirchen, Penig, Marienberg, Treuen, Rochlitz, Aue, Lichtenstein, Lößnitz, Oederan, Groitzsch, Lengenfeld, Pegau, Markranstädt, Geyer, Ehrenfriedersdorf, Colditz, Thum, Adorf, Königstein, Nossen, Neustädtel, Neustadt, Schwarzenberg, Pulsnitz, Dippoldiswalde, Schandau, Waldenburg, Sayda, Lommatzsch, Bernstadt.

Fürst Bimarck erwiderte:

Meine Herren! Zuerst richte ich die Bitte an Sie, sich zu bedecken, weil ich selbst das Bedürfniß habe, und ich doch nicht allein es befriedigen kann.

Meine Herren, in der Auszeichnung, wie Sie mir heute durch Ihre Vermittlung widerfährt — es ist meines Wissens noch niemals einem deutschen Minister, vielleicht auch keinem ausländischen widerfahren, daß 72 städtische Gemeinden ihn, der nicht mehr im Dienste ist und keinen Einfluß auf die Geschäfte mehr hat, gleichzeitig zu ihrem Mitbürger erwählen und ihm dadurch ihr Wohlwollen und ihr Einverständniß mit seiner früheren Amtsführung zum Ausdruck bringen. Es ist dies für mich um so gewichtiger, als es im Ganzen nach unserer deutschen Tradition für einen Minister nicht ganz leicht ist, sich das Wohlwollen seiner Landsleute zu erwerben. Im Allgemeinen ist doch ihm gegenüber die Kritik noch wachsamer wie die Liebe, und wenn Letztere

schließlich überwiegt, so muß er gründlich geprüft und gesiebt sein, ehe man ihm, obschon er Minister ist, das Wohlwollen, das man den Mitbürgern im Allgemeinen schenkt, wieder zuwendet. Es erfüllt mich mit besonderer Freude, daß ich dies noch erlebe, nachdem ich nicht mehr im Dienst bin, nicht nur wegen der persönlichen Genugthuung, die darin liegt, auch wegen der politischen Aussicht in die Zukunft, wegen der Frage, ob das Saatkorn, das ich auszustreuen berufen gewesen bin, prosperirt, in fruchtbaren Boden gefallen ist und Aussicht auf eine zukünftige dauernde und wiederholte Ernte bietet.

Es war außerdem zwischen uns noch eine andere Scheidewand wie die, welche in Deutschland zwischen dem Minister und dem regierten Bürger herkömmlich zu bestehen pflegt, es war die des Particularismus, wenn ich mich kurz mit einem Fremdworte ausdrücken soll. Wir hatten zwar wohl immer das Gefühl, Deutsche zu sein, aber jeder von uns war es auf seine besondere Weise und ohne Verständniß für die Art, für die Motive, aus denen der Andere, der Nachbar, der Landsmann deutsch war. Ich darf nur an Zeiten erinnern, die die Meisten von Ihnen erlebt haben werden, wo die politische Uebereinstimmung zwischen Preußen und Sachsen, die Bereitwilligkeit Sachsens, die Hand zu bieten zur Bildung des heutigen Deutschen Reiches, minder groß war, als sie heute ist. Wir sind ja bis zum Kriege zwischen Preußen und Sachsen gekommen, und die sächsische Truppe von 1866 hat noch heute in der österreichischen Armee das Zeugniß, daß sie das festeste Corps von allen bei Königgrätz geblieben ist — ein glänzendes Zeugniß für die militairischen Leistungen Sachsens.

Außerdem war in Sachsen das Bedürfniß, die nationale Bezeichnung dem Auslande gegenüber zu wechseln, nicht so hervorragend, wie in vielen kleinen Staaten. Was Sachsen war, was es zu bedeuten hatte, wenn man sagt: Ich bin ein Sachse — das hatte seinen historischen Hintergrund schon seit Jahrhunderten, und es gab eine Zeit, wo Sachsen als solches in seiner Verbindung mit Polen eine große europäische Rolle gespielt hat. Also die Empfindung eines im Auslande unbekannten deutschen Staatsgebildes, die unter Umständen den Befragten zögern machte zu bekennen, woher er sei, fand bei den Sachsen nicht statt. Die hatten immer darauf eine befriedigende Antwort; denn was Sachsen war, war in der ganzen Welt bekannt — und deshalb war das Bedürfniß, aus der Kleinstaaterei in einen großen Nationalstaat wieder überzugehen, in einem größeren und längst im Besitze eines europäischen Rufes befindlichen Staate, wie Sachsen und Bayern, nicht so groß als in manchen anderen. Es war im Gegentheil Sachsen zu einer Rivalität mit den Andern vollberechtigt. Seit wir ein Deutsches Reich wieder aufgerichtet

haben, sind die Scheidewände, die uns dynastisch und territorial trennen, ich will nicht sagen gefallen, aber sie hindern uns nicht mehr, mehr wie telephonisch mit Andern über die Wände hinaus zu verkehren und uns einig zu fühlen. Das Gefühl, daß wir dem Nichtdeutschen gegenüber demselben Staatsgebilde angehören, ist heutzutage in Sachsen so lebendig wie in Preußen, und war es früher nicht. Das ist ein Fortschritt, dessen Bedeutung und dessen erhebende Bedeutung für unsere nationalen Empfindungen wir Alle erkennen, und das ist das Gefühl, was Sie hierher führt, das Gefühl, uns Alle wieder darauf besonnen zu haben, daß wir der großen deutschen Nation, die in Europa zu einer hervorragenden Rolle jeder Zeit mitberufen gewesen ist — die aus der Rolle gefallen war durch innere Zerrissenheit —, daß wir der ihre Stellung gemeinsam wiedergewonnen haben, indem wir jetzt — ich will nicht ruhmredig sprechen — doch als eine der leitenden Mächte an der Spitze Europas mit stehen (Bravo) als Deutsche und Bürger des Deutschen Reichs. Wir waren das ja immer, aber das alte Deutsche Reich, das man ja schon, in der bezeichnenden Form nicht deutsch, sondern heilig und römisch nannte, das hatte ja auch die staatliche Zusammengehörigkeit vor dem juristischen Urtheil, aber sie war praktisch nicht vorhanden. Jetzt ist sie durch dynastische Streitigkeiten, durch die Rivalität der Stämme nicht mehr gestört, die Stämme haben überhaupt nicht so mit einander rivalisirt, wie man das im Sprachgebrauch gewöhnlich sagt.

Die Stämme der Schwaben und Niedersachsen, der Obersachsen gehören verschiedenen Dynastien an und haben Jahrhunderte lang ohne Rücksicht auf die Stammesgemeinschaft gegen einander gefochten, der Thüringer, der Obersachse gegen seinen Landsmann oben im Gebirge, der Niedersachse an der altmärkischen und hannöverschen Grenze noch bei Langensalza. In den Stämmen lag es nicht, es lag in den Dynastien, und seit die Dynastien einig sind, und wie ich glaube, einig bleiben werden (Bravo), halte ich unsere nationale Einigkeit auch für gesichert. Der angestammte Fürst hat immer auf das Herz seiner Unterthanen einen mächtigen Einfluß — und möge ihn behalten —; ist der gewonnen für die nationale Gemeinschaft, so ist diese Gemeinschaft gesichert; ist der mißtrauisch, feindlich, oder gekränkt worden, so periklitirt sie. Bisher haben wir überall, in den Dynastien und dem gebildeten Theil der Bevölkerung, den freien Willen, als gesammte deutsche Nation zusammen zu stehen und zusammen zu halten, den muß man auch erhalten, und man muß in den Imponderabilien, die den Einzelnen verstimmen können, vorsichtig wirthschaften. Man kann nicht als Gesetzgeber und Regierender mit dem Kopfe durch die Wand

gehen, man muß erst zufühlen, denn etwas dunkel ist die Zukunft immer, und das Tastgefühl ist immer nöthig, das Auge trägt nicht weit (Bravo), aber ich hoffe, es wird hier das geschehen, was nöthig ist.

Was uns heutzutage trennt — das sind nicht Stammesverschiedenheiten, nicht dynastische Verschiedenheiten, es sind nur die politischen Parteien, und die sind dazu gar nicht berechtigt (Sehr richtig!). Jeder Führer in seiner Partei — sie machen mir den Eindruck wie in der ersten christlichen Zeit die Säulenheiligen: jeder stand als Stylit auf seiner Säule und sagte: hier müßt ihr herkommen, ich gehe nicht runter — die Säule wird gebildet aus folgsamen Gesinnungsgenossen, ich möchte sagen hypnotisirten Gesinnungsgenossen des Parteileiters, der sie beherrscht, und aus einem Mörtel von Principien, die in ihrer Allgemeinheit auf das praktische Leben durchaus unanwendbar sind; und diese Art der Eintheilung in stylitische Herrschergebiete — ich drücke mich deutlicher aus, wenn ich sage in Herrschergebiete der Parteiführer — die ist die Gefahr, die uns jetzt bedroht. Jeder will seine Ansicht, vielleicht auch eine solche, die er gar nicht mehr hat, aber die er ursprünglich als Programm in die Welt gesetzt hat, ohne einen Punkt auf dem i aufzugeben, aufrecht erhalten, und er kämpft darum mit den Anderen, und das sind die Streitigkeiten, die wir leider in unseren parlamentarischen Versammlungen heute in hervorragender Weise erleben.

Wie unsere Zukunft praktisch und allerseits befriedigend gestaltet werden soll, allerseits befriedigend, das ist eine Frage, die nicht im Vordergrund steht, dazu müßte man zuerst die Verständigung zwischen den Parteien, den Fractionen suchen — gesucht wird sie wohl von einzelnen Fractionen; jeder sucht sich die eine oder die andere zu annectiren — es gelingt ihr auch, bei den Wahlen namentlich —, aber beherrschend für die Aufgabe, die wir zu lösen berufen sind, ist der Gedanke der Versöhnlichkeit zwischen den Parteien nicht, und ich bin stark in Versuchung, mit Ihnen ein Pereat auf die politischen Parteien auszubringen (Heiterkeit). Ich unterlasse es aber (Heiterkeit), ich will Sie als Sachsen lieber bitten, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Ihren Monarchen, der einer der wenigen Ueberlebenden ist von denen, die mit dem Degen in der Faust unsere Einheit haben erkämpfen helfen, und der unter allen Umständen — ein seltenes Muster — das Wohl seiner Unterthanen im Auge behalten hat, aber auch ein reichstreuer, national gesinnter Monarch geblieben ist. Seine Majestät, König Albert, er lebe hoch, nochmals hoch und wiederum hoch!

Kurz nachdem der Fürst ausgeredet hatte, begab er sich in den Park hinab und begann nun hier in seiner bekannten herzgewinnenden Art mit den einzelnen Herren sich zu unterhalten, bald ernst, bald mit fröhlichem Humor,

vielfach auf locale Beziehungen eingehend, wobei das oft auf kleinste Einzelheiten sich erstreckende Interesse und weit zurückreichende Gedächtniß des Achtzigjährigen bei den Zuhörern immer von Neuem freudige Ueberraschung hervorrief. Nur einiges Wenige sei hier aus den Gesprächen mitgetheilt:

Mit Bezug auf König Albert bemerkte der Fürst im Anschluß an das von ihm auf den König ausgebrachte und begeistert aufgenommene Hoch:

Er ist mir immer ein gnädiger Herr gewesen und wird es hoffentlich bleiben, so lange ich noch auf dieser Welt bin.

Einen der Herren Bürgermeister fragte der Fürst:

Wie geht es mit den sprachlichen Beziehungen in Ihrer Gegend, ist das Wendische noch immer blühend?

Die Antwort lautete: „Sehr wenig, dagegen macht sich das Czechische sehr empfindlich bemerkbar", worauf der Fürst bemerkte:

Das Wendische hat immer noch Dialekt. Der eine spricht böhmischen, der andere polnischen Dialekt. Unsere Wenden sprechen immer polnisch, aber — setzte er scherzend hinzu — sie werden hoffentlich dem Deutschen Reiche keine Schwierigkeiten bereiten.

Einen mit dem Eisernen Kreuze geschmückten Herrn fragte der Fürst Bismarck, wo er sich das Ehrenzeichen erworben habe, und meinte auf die Antwort: „Bei Beaugency, Durchlaucht":

Das war schon im Schnee, und mitunter ohne Stiefel; wenn man das Alles nachher liest, dann ist man nur froh, daß Gott es so gelenkt hat.

Auf die Bemerkung eines Theilnehmers, daß der Fürst bei seiner Rüstigkeit wohl noch 100 Jahre alt werden könne, antwortete der Fürst:

Können ja, aber ob wollen, das ist die Frage. Wenn die Schmerzen sehr heftig werden, dann wird einem doch die Annehmlichkeit des Lebens zweifelhaft; aber sie sind doch jetzt seltener, setzte er hinzu.

Das officielle Gewand der Deputationsmitglieder apostrophirte der Fürst lachend mit den Worten:

Aber die Herren sind hier ja alle so schön im Frack; das kennen wir hier im Walde gar nicht. Ich habe zwar auch einen Frack, aber der hängt schon zwanzig Jahre im Spind.

Zu dem Vertreter von Colditz bemerkte der Fürst mit Bezug auf die in der engeren Heimath dieses Herrn fließende Mulde:

Ich habe schon auf der Schule ein Gedicht auswendig gelernt: „In einem großen deutschen Dorf, das an die Mulde stieß," es hieß „der kleine Töffel", ich weiß nicht mehr, wie es weiter geht.

Zu einem aus Sachsen gebürtigen, jetzt in Valparaiso wohnenden Herrn sagte der Fürst:

In Südamerika herrscht viel Anhänglichkeit an uns Deutsche, ich habe so viele Zusendungen von dort bekommen und so viele Zeitungen, die den Beweis liefern, daß dort auch die Leser gern von der Heimath hören.

Als der Angeredete die Frage, ob er wieder hingehe, bejahte, sagte der Fürst:

Empfehlen Sie mich, aber kommen kann ich selbst nicht.

Dem Professor Hoffmann, der den Ehrenbürgerbrief entworfen hat, sprach der Fürst seinen Dank aus für die treffliche künstlerische Leistung.

Einem Herrn gegenüber, der auf Befragen angab, daß er die von ihm getragene sächsische Medaille für Theilnahme an einem Ausfallsgefecht vor Paris erhalten habe, scherzte der Fürst:

Ja, da ging's auch nahe am silbernen Löffel her, das waren harte Gefechte vor Paris.

Einem Bürgermeister, der ihm als der Senior der Versammelten vorgestellt wurde und der auf Befragen erklärte, er sei 73 Jhre alt, sagte der Fürst:

Na, da haben Sie noch sieben Jahre Zeit, bis Sie an mein Alter gerathen sind, besser wird es nicht, aber man denkt immer, es kommt noch wieder.

Als der Fürst die Reihen durchschritten hatte und wieder an der Treppe zum Altan angekommen war, sagte er:

Ich bedaure, daß dieses Haus nicht Raum bietet, Sie alle zu mir einzuladen, um am gemeinsamen Tische Platz zu nehmen, aber so viel Platz da ist, wird's mich freuen, wenn er besetzt wird.

Nach Beendigung des Rundganges auf den Altan zurückgekehrt, sprach der Fürst:

Meinen herzlichen Dank! Es macht mir große Freude, daß alle Sachsen und gerade Sie von den sächsischen Städten hierher gekommen sind: es ist das eine Friedenspfeife, die wir rauchen, nicht bloß zwischen den Sachsen und den Preußen, sondern zwischen dem Bürger und dem Junker, zwischen dem Alten und dem Neuen, indem wir alle alten Kämpfe begraben, und zwischen dem Minister und dem Verwalteten.

Eins möchte ich Ihnen empfehlen, beurtheilen Sie die Minister mit mehr Nachsicht, wie bisher in Deutschland üblich war, sie können nicht immer Alles, was sie wohl möchten; der Wille ist selten schlecht, im Gegentheil, wohl in der Regel sicher gut, aber sie sind eben auch Menschen und sehen nicht rundum gleichzeitig. Ich bringe Ihnen noch dankbar ein Glas auf das Wohl der sächsischen Städte!

Es folgten darauf der Einladung des Fürsten gegen vierzig Herren, die an der Frühstückstafel theilnahmen.

Um drei Uhr kehrten sämmtliche Herren nach Hamburg zurück, wo in der „Alsterlust" der Abschluß dieses Tages durch ein festliches Beisammensein gefeiert werden sollte.

* * *

Etwa 3000 Westfalen, Damen und Herren, waren es, die am 11. Mai in den Schloßpark von Friedrichsruh einzogen, dem Fürsten Bismarck ihre Huldigung darzubringen. Sprecher der Leute von der rothen Erde war Herr E. Schulz aus Hagen; nach ihm trug Fräulein Helene Rebbert aus Hohenlimburg ein von Fräulein Baltz in Arnsberg verfaßtes Gedicht vor. Dann hielt Fürst Bismarck folgende Ansprache:

Meine Herren! Ich bin in dieser Zeit aus, ich kann beinahe sagen, allen deutschen Gauen hoch geehrt worden durch Begrüßungen und Anerkennungen, und wenn Sie mir dieselben aus Ihrer engeren Heimath bringen, so können Sie sagen, daß in Westfalen sich gewissermaßen ein Mikrokosmus der deutschen Welt wiederholt, in kleinerem Maaßstabe und in zum Theil tieferer Färbung wie in anderen Theilen der deutschen Heimath. Die deutsche Zerrissenheit ist ja grade in Ihrer engeren Heimath, in früherer Zeit schon im Mittelalter, und später zum allerschärfsten Ausdruck gekommen, kaum in Schwaben und Franken noch schärfer. Wenn man eine politische Karte mit dem Ländergebiet vom vorigen Jahrhundert sieht, so reicht die bunte Färbung vom Bodensee bis nach Westfalen hinauf. Aber in Westfalen tritt zu den Scheidelinien der Landkarte auch noch die der Tradition, der Parteien. Alle Parteien, die wir heute in Deutschland haben, sind in Westfalen mit am schärfsten vertreten. Nennen wir die beiden Extreme, die socialdemokratische und die Centrumspartei, die haben nirgendwo von beiden Seiten schärfere Vertreter als in Westfalen, und das liegt wohl in dem Charakter der Bevölkerung, die in derjenigen überwuchernden Entwickelung der germanischen Männlichkeit, auf der überhaupt unsere Zerrissenheit von früherher beruht, vielleicht von der Schöpfung noch stärker dotirt worden ist wie andere deutsche Stämme.

Schon von unserer frühesten Geschichte her spielt das Westfalenland eine hervorragende Rolle. Ich bin überzeugt, daß Hermann der Cherusker in westfälischem Dialect gesprochen hat. Ich wüßte nicht, woraus man schließen könnte, daß er damals anders gelautet hätte wie heute in Paderborn und dem Teutoburger Walde. Später haben wir schwere und blutige Kämpfe zwischen den Sachsen und Franken, von denen die Ersteren doch im heutigen Westfalen ihren Hauptsitz hatten. Weiter finden wir, daß die treibende Kraft des Stammes über die Grenzen hinaus dringt; fast alle unsere germanisirten wendischen Länder, meine Heimath Brandenburg in erster Linie, Mecklenburg, weiter hinaus Pommern, sind durch westfälische Pioniere germanisirt worden — soweit heute die plattdeutsche Sprache reicht, sie ist von Westfalen ausgegangen und bis nach den baltischen Provinzen nach Rußland hin; in Livland, in Esthland war die herrschende Classe der Bürger und des Adels doch

hauptsächlich westfälischen und plattdeutschen Ursprungs, und ich selbst habe in Esthland gefunden, daß der Deutsche dort nicht Deutscher, sondern Sachse, „Sachsenherr“, genannt wurde, was also doch in der uralten Beziehung des Sachsenthums auf Westfalen hindeutet. Sie haben auch nachher starke Kämpfe und Bewegungen hervorgerufen — gewisse Erscheinungen des Mittelalters, ich will nur die Vehmgerichte nennen, sind doch auf der rothen Erde energischer zur Entwickelung gekommen wie irgendwo anders, und nach der Zersplitterung des alten Sachsenlandes, die das Ergebniß der welfischen Kämpfe gegen die ghibellinische Kaiserherrschaft bildete, sind die Streitigkeiten auch dort durch keine einheitliche Gewalt gezügelt worden.

Aber eins ist Ihrer Landschaft immer eigenthümlich geblieben: wie sie auch in bischöfliche Territorien und kleine Fürstlichkeiten getheilt sein mochte, sie hat sich immer einig gefühlt als Westfalen und selbst bei der confessionellen Scheidung. Ich habe immer gefunden, daß der Westfale sich immer als solcher bekennt, während ich dasselbe von anderen deutschen Stämmen nicht sagen kann — der Schwabe, er nennt sich Württemberger, Badenser, aber der Westfale, so unangenehm ihm sein nächster Nachbar in Westfalen sein mag, er bleibt immer Westfale (Heiterkeit), er hat den Streit mit dem Nachbar auf die Dauer lieb gewonnen und kann sich nicht von ihm trennen (Heiterkeit), und so wird es ja auch weitergehen.

Ich habe in meinem politischen Leben ja mit hervorragenden unter Ihren Landsleuten vielfach Berührung gehabt und habe immer recht streitbare Männer unter ihnen gefunden. Der Erste der Zeit nach, der später mein Freund wurde, war Georg Vincke, und der war ein richtiger Sohn der rothen Erde, kampfesfreudig, aber nicht schaffensfreudig, eine negirende Natur. Der Vereinigte Landtag von 1847 hatte als hervorragende Persönlichkeiten zwei Westfalen, Vincke und Bodelschwingh, die beide Verwandte, beide Landsleute und beide Gegner waren, die sich dort bekämpften. Ich bin mit keinem politisch einverstanden gewesen; aber ich erkenne beide als vollkräftige Männer an und als ehrliche Gegner und Freunde.

Ich habe ähnliche Erfahrungen doch noch manche gehabt, ich will in jüngster Zeit nur Herrn von Schorlemer herausgreifen; er hat wenig Wohlwollen für mich gehabt und mich oft hart und bitter angegriffen; aber es war doch ein Mann, ein ganzer Mann in seiner Erscheinung, wenn auch ein Gegner. Ich erinnere mich aus alter Zeit des alten Harkort: ein tapferer Soldat, der sich bei Ligny mit schweren Wunden das Eiserne Kreuz verdient hat und der schließlich auf dem Schlachtfelde der Industrie doch auch Soldat gewesen ist, der mehr Geschick und

Tapferkeit als Glück gehabt hat — er war eine achtbare Erscheinung im Rückblick auf die Vergangenheit.

Ich könnte ja deren von Ihren näheren Landsleuten noch manche anführen, Gegner und Freunde. Aber ich habe immer gefunden, daß Westfalen ein Land ist, auf das Anwendung findet, was ich auf einer Reise in Schweden in einem Liede gefunden habe, was die Schweden von ihrem Lande sagen: „Im Lande sitzt Eisen und auf dem Lande wohnen Männer.“ Und das ist für Westfalen zutreffend: ganze Männer. Man mag mit ihnen Freund oder Feind sein, man freut sich immer, wenn sie mit einem zusammen in gleicher Front auf dem Schlachtfelde stehen, da haben sie immer die alte Tapferkeit aus der Cheruskerzeit gerechtfertigt.

Die westfälischen Regimenter, ich brauche sie nicht einzeln zu nennen, die 1870 gefochten haben, sind zum Theil — mehr als decimirt kann man nicht sagen, es waren zum Theil in den Compagnien nur Zehner, die übrig blieben, am 16. Aber schon in Schleswig-Holstein, bei Düppel, da war es das erste Mal, daß wir mit den neuen westfälischen Regimentern zusammen gefochten und Blut vergossen haben, und da haben sie sich sofort in den alten Ruf der preußischen Armee pari eingekauft, vor Düppel und demnächst in dem 66er und 70er Kriege. Die kriegerische Tüchtigkeit ist ja von den Westfalen immer viel unbezweifelter geblieben, wie die friedliche Liebenswürdigkeit; Krieg muß es sein, wenn ihr Stern strahlen soll. Wie Friedrich der Große in tiefster Noth war, da kamen die westfälischen Rekruten zu ihm und stellten sich freiwillig, und wie Friedrich Wilhelm III. von seinen Markanern Abschied nehmen mußte, da wehrten sie sich dagegen, soweit sie konnten, und waren froh, nachher wiederzukommen.

Ich aber bin überzeugt, daß, nachdem wir einmal mit den Westfalen in dieselbe staatliche Einrichtung getreten sind, nachdem wir dieselbe Dynastie haben, daß wir mit allen Westfalen, mag es Boerde oder Felsen, mag es Haide oder Weizboden sein, doch immer untrennbar zusammenstehen werden, daß auch diejenigen, die früher nicht zu Preußen gehörten, uns und unseren König und deutschen Kaiser nun nicht mehr im Stich lassen werden, es mag kommen, wie es will (Bravo). Und in dem Bekenntniß bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auszubringen auf unseren Landesherrn, den König von Preußen. Seine Majestät König Wilhelm von Preußen und von Westfalen er lebe hoch!

Als der Fürst geendet hatte, stieg er die Stufen des Altans zum Parke hinab mit den Worten:

Ich muß mir meine Freunde doch mal aus der Nähe besehen

und begann alsdann die dichten Reihen der Damen und Herren zu durch-

schreiten. Wiederholt ließ er sich mit Einzelnen in Gespräche ein und wandte sich namentlich oft an Herren, deren mit Kriegsdenkzeichen und Orden geschmückte Brust den alten Soldaten erkennen ließ, indem er sich nach den Truppentheilen, bei denen sie gedient, und den Feldzügen und Schlachten, die sie mitgemacht, erkundigte. Zu einer jungen Dame, die sich sehr dicht an den Fürsten herandrängte, um ihm recht ins Gesicht blicken zu können, bemerkte der Fürst lachend:

Ich kann in der Nähe nur verlieren. Ich bin zu alt.

Auf den Zuruf: „Noch zwanzig Jahre, Durchlaucht!" erwiderte Fürst Bismarck:

Ja nach dem Tode. Da wär' ich ganz gern bereit, noch mal rum zu gehen; denn ich bin sehr neugierig, wie's wird.

Zu mehreren Theilnehmern an besonders heißen Gefechten des Krieges von 1870/71 äußerte der Fürst:

Sie gehören zu der Minderzahl der Glücklichen, die übrig geblieben sind,

und zu einem Kämpfer von Gravelotte, der dem Fürsten die Gegend genauer beschrieb, wo er gestanden und damals den Fürsten zuerst im Leben gesehen habe, bemerkte Fürst Bismarck:

Auf jener Höhe wäre ich auch beinahe angeschossen worden. Die Leute schossen aus den Büschen raus, aber sie wußten nicht, wie weit sie halten mußten. Ich war da mit dem amerikanischen General Sherman zusammen. Der wollte da noch länger halten, aber ich sagte: Nein, ich will lieber ausreißen, und nachdem ich hundert Schritt bergab galoppirt war, kam er hinter mir hergestäubt.

Mit einem Herrn aus Minden unterhielt der Fürst sich über die strenge Grenzkontrolle, die dort früher geherrscht habe, und erzählte,

daß bei einer scharfen Paßrevision der amtirende Beamte ihn, der er gänzlich ohne Legitimation gewesen sei, unbeanstandet mit einer sehr höflichen Verbeugung habe passiren lassen. Den Beamten habe er dann kurz darauf gefragt, ob er ihn kenne, worauf der Mann in seiner Verlegenheit zuerst nichts geantwortet, dann aber das eine Wort gestammelt habe: „Kladderadatsch".

Der Fürst durchschritt den Park bis an die letzten Reihen der Westfalen, die fast bis nach der Parkkoppel hin standen, und kehrte dann nach dem Schloß zurück, nur mühsam gegen allzustürmische Liebkosungen Seitens der Damen durch seine aus Graf Rantzau und zwei Forstbeamten bestehende Begleitung geschützt.

Nun wurde das Westfalenlied: „Ihr mögt den Rhein, den stolzen, preisen", von den Anwesenden gesungen. Nach der Beendigung des Gesanges sprach Fürst Bismarck vom Balcon aus noch folgende Abschiedsworte:

Meine Herren, ich sage Ihnen nochmals meinen herzlichen Dank und stimme mit Ihnen in den Sinn des Liedes ein: Hoch Westphalia! Wi annern Plattdütschen, wi hört doch ook dartau!

* * *

Etwa hundert schlesische Frauen und Jungfrauen kamen am 13. Mai nach Friedrichsruh, um dem Fürsten eine mit 117 000 Unterschriften schlesischer Frauen und Mädchen bedeckte Adresse und eine Stiftung, deren Zinsen an jedem 1. April vom Fürsten zu Stipendien für unbemittelte schlesische Mädchen verwandt werden sollen, zu überreichen. Außerdem machten sie dem Fürsten einen kostbaren, aus lauter Handarbeit hervorgegangenen Teppich für sein Arbeitszimmer zum Geschenk. Die „Hamb. Nachr." melden über den Verlauf dieser Huldigung u. A.:

Von all' den Versammlungen, die in jüngster Zeit im Park unterhalb des historischen Altans stattgefunden haben, hat kaum eine — mögen sie auch zum Theil imposanter und durch ihre politische Bedeutung vielleicht gewichtiger gewesen sein — solch' ein das Auge erquickendes, liebreizendes und eigenartiges Bild geboten, wie die Schaar schlesischer Frauen und Jungfrauen, die sich heute Mittag dort einfand.

Das mochte wohl auch der Eindruck sein, den Fürst Bismarck empfand, als er, auf den Balcon hinaustretend, die etwas über hundert Damen zählende Versammlung überschaute, aus deren Mitte ihm sofort ein von Frau Justizrath Geisler ausgebrachtes Hoch entgegenscholl, denn — wider seine bei den früheren Empfängen beobachtete Gepflogenheit — nahm er die Ansprachen nicht vom hohen Balcon aus entgegen, sondern schritt sofort, während noch die Hochrufe ertönten, die Treppe zum Park hinab, wo er auf der untersten Stufe stehen blieb und, leicht auf das eiserne Geländer gestützt, in nächster Nähe der ihm huldigenden Damen deren Begrüßung entgegennahm, die er von demselben Platze aus erwiderte.

Zuerst hielt Frau von Hönicka-Herzogswaldau eine Ansprache an den Fürsten.

Dann trug Fräulein von Goldfus-Tinz mit schonender Fortlassung der auf die verstorbene Fürstin Bezug habenden Verse, die vor so vielen Zuhörern zu sprechen unzart geschienen und auch das Gemüth des Fürsten durch die dadurch hervorgerufene schmerzliche Erinnerung zu hart berührt hätten, den Wortlaut der Adresse vor.

Die beiden Sprecherinnen überreichten dem Fürsten ein Paar herrliche Blumensträuße, die dieser dankend entgegennahm und dann zur vorläufigen Bewahrung seinem hinter ihm stehenden Schwiegersohne reichte.

Dann wandte Fürst Bismarck sich wieder den Damen zu und sprach:

Meine Damen! Ich bin hochgeehrt durch Ihren Besuch, einmal,

indem das große Herzogthum Schlesien, das größte, das wir im Deutschen Reiche haben, dem kleinsten Herzogthum, Lauenburg, durch Sie seinen Gruß überbringt, und dann, weil es durch die Damen geschieht. Ihre Geschenke sind nach weiblicher Art solche, die das häusliche Leben behaglich machen. Der wundervolle Teppich, der jetzt schon in meinem Arbeitszimmer liegt, erinnert mich jeden Tag vielmals an die Güte der Geberinnen. Das Kunstwerk, das in seinem Schrein die Namen aller mich begrüßenden schlesischen Damen birgt, ist eine ungewöhnliche Leistung, sowohl der Malerei wie des Kunstgewerbes, und die Stiftung, die Sie mir zu Ehren gemacht haben, wird die Gesinnung und das Gedenken, das sie heute zum Ausdruck bringen, auf lange Zeit verewigen.

Ich bin durch Ihre Begrüßung hocherfreut, einmal, weil sie aus Schlesien kommt, aus der bedeutendsten Provinz unseres preußischen Landes, die ihre nationale und patriotische Gesinnung jeder Zeit, soweit meine Kenntniß zurückreicht, bewährt hat, von der Zeit ab, als 1813 die schlesische Armee, die Blücher nachher führte, sich bei Breslau sammelte und die schlesischen Frauen und Männer mit Opferfreudigkeit dem ganzen Vaterlande vorangingen, bis zu meinen Erlebnissen, wo 1866, als uns der Krieg mit dem uns befreundeten Oesterreich drohte, die entschlossenste Provinz für die Aufrechterhaltung der preußischen Politik und der Ehre Preußens diejenige war, die der Kriegsgefahr am meisten ausgesetzt war; es war nur aus Schlesien, Breslau sogar und Oberschlesien, daß die Zustimmung zum Kriege laut wurde. Ich erinnere mich, daß Fürst Pleß, der hart an der Grenze wohnt, es ablehnte, seine Schlösser zu räumen und sicher zu stellen: Das war derselbe patriotische Geist, der sich in Schlesien 1813 erkennbar gemacht hat.

Abgesehen von diesen preußisch-historischen Erinnerungen ist es für mich und für meinen Blick in die Zukunft eine erhebende Wahrnehmung, daß ich gerade in den letzten Tagen Begrüßungen von den blühendsten und gewerbthätigsten Landstrichen Deutschlands bekommen habe, von Sachsen, von Westfalen, von Schlesien, von den Ländern, die industriell am höchsten ausgebildet sind, und die deshalb nach den gewöhnlichen Traditionen der nationalen Politik durch industrielle Interessen am leichtesten entfremdet werden. Es ist das nicht der Fall, wie mir die Besuche und die Begrüßungen der letzten Tage beweisen. Gerade aus diesen von der Industrie beherrschten, von einem zahlreichen Arbeiterstand bewohnten Ländern ist mir das nationale Gefühl, die Anerkennung für die Herstellung der Reichseinheit am lebhaftesten in diesen Tagen entgegengetreten. Außerdem ist Ihre Begrüßung für mich besonders erfreulich, weil sie vorzugsweise von den Damen getragen ist; wenn man die für sich hat, so ist mir für die Männer schließlich auch nicht bange (Heiterkeit), man

wird sie gewinnen, und ich bedaure stets, daß unserer besseren Hälfte des menschlichen Geschlechts bei uns nicht mehr Einfluß auf die politischen Verhältnisse gestattet ist, wie das augenblicklich der Fall ist. Ich will den Damen nicht zumuthen, daß sie im Parlament Reden halten, aber wenn unsere Wahlen etwas mehr unter weiblichem Einfluß stattfänden, als bisher (Bravo, Heiterkeit), dann glaube ich, würden sie nationaler und besser ausfallen.

Wenn wir im Parlamente sehen, bei den Fractionen und Parteien, die die erste Rolle dort spielen —, ich will drei davon nennen, da spielen bei zweien die Frauen doch eine sehr einflußreiche Rolle: das ist im Centrum und bei den Polen. Der Einfluß der polnischen Damen auf die polnische Bewegung und Politik wird Ihnen als Nachbarn bekannt sein, und mit dem Centrum sind Sie ja auch hinreichend durchsetzt in Schlesien, um zu wissen, welchen Einfluß darin das weibliche Element ausübt.

Die dritte oppositionelle Partei, die Socialdemokraten, bei denen haben leider die Frauen viel zu wenig mitzureden; wenn sie das hätten und sich ein Bild davon machten, welche Zukunft ihnen in dem socialdemokratischen Staat als Gattinnen, als Müttern zugemuthet wird, so ist es gar nicht möglich, daß irgend eine ihrem Manne gestatten würde, dieser Fraction anzugehören (Bravo, Heiterkeit); wenn es dennoch geschieht, so sind das Erscheinungen, die sich dem gemeindeutschen Begriff der Weiblichkeit und dessen, was wir unter Weiblichkeit verehren, schon entfremdet haben. Sie haben irgend einen Verdruß und einen Riß im Leben erlebt, der sie zum Bruch mit den Verhältnissen geführt hat, oder sie sind der Begehrlichkeit verfallen, die hofft, bei der allgemeinen Plünderung einen hinreichenden Beuteantheil zu bekommen, kurz und gut: ehrliche deutsche Frauen und Gattinnen und Mütter sind das nicht, die öffentlich als Socialdemokraten auftreten, und deshalb glaube ich gerade, daß der Socialdemokratie gegenüber die weibliche Sympathie für unsere politischen Einrichtungen eine stärkere Schutzwehr ist, als unsere Umsturzvorlage geworden sein würde, wenn sie angenommen worden wäre (Heiterkeit). Ich bin nicht unglücklich darüber, daß sie gefallen ist, sie hätte, wenn sie angenommen worden wäre, bei denen, von denen wir Abhülfe der Uebel im Lande erwarten, die Ueberzeugung erweckt, daß sie nun etwas erreicht hätten und auf ihren Lorbeeren ausruhen könnten. Die Ueberzeugung wäre meiner Ansicht nach irrthümlich gewesen, und ich bin froh, daß dieses Ruhekissen diesen Herren entzogen worden ist, das sie sich zu schaffen gedachten. Es war außerdem eine Menge nicht unbedenklicher Bestimmungen darin.

Aber ich appellire von unserem Parlament an unsere Frauen:

Helfen Sie uns, wirken Sie für uns auf die Männer, zu denen Sie in Beziehungen stehen, in der Richtung, daß Sie sich gegen die Gefahren der Zukunft mit größerer Tapferkeit rüsten und wehren, als die war, die in der Umsturzvorlage erkennbar war. Halten die Frauen fest zur Politik, so halte ich die Politik für gesichert, nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Kinder, welche von den Frauen erzogen werden, und der Blick in die Zukunft klärt sich und beruhigt sich, wenn man sieht, daß die Politik in ihren großen und ganzen Zügen, wie sie im letzten Menschenalter unter Kaiser Wilhelm's I. Leitung gemacht worden ist, der Zustimmung nicht nur der Majorität der gebildeten Deutschen, sondern auch der vielfach maßgebenden — und ich freue mich, daß sie maßgebend ist — der Zustimmung derer, die ich vorher unsere bessere Hälfte nannte, zu erfreuen hat. Ich habe mannigfache Begrüßungen von Damen aus den verschiedenen Gegenden des Reiches schon erhalten und aus ihnen allen diesen beruhigenden Blick in die Zukunft entnommen. Die Kinder werden nicht anders denken, wie die Mütter denken, und die Gatten werden sich doch so sehr weit von der Richtung der Frau Gemahlin nicht entfernen (Heiterkeit); das würde die Häuslichkeit stören, und ich setze mein ganzes Vertrauen auf unsere deutsche Zukunft, auf den Beistand dessen, was Goethe das ewig Weibliche im Leben nannte, das heißt das Wahrende, das Pflegende, was in der Liebe der Vereinigung, der Familie auch dem Manne zu Gute kommt; in der Hauptsache möchte ich sagen, das was den Unfug verhindert, zu dem die Männer geneigt sein könnten: das ist hauptsächlich die Aufgabe der Damen; und in diesem Vertrauen bitte ich die wenigen anwesenden Herren, die ich sehe, mit mir ein Hoch auf unsere deutschen Frauen auszubringen: Unsere deutschen Frauen, sie leben hoch!

Als der Fürst nach Beendigung seiner Rede die Reihen der Damen durchschritt und sich mit den Einzelnen in freundliche Gespräche einließ, wurden ihm von allen Seiten Blumen gereicht, zu viel, als daß er die Fülle hätte selbst tragen können, so daß er die Hülfe des Grafen Rantzau und seines Sohnes, Grafen Herbert, der am Vormittag in Friedrichsruh angekommen war, in Anspruch nehmen mußte. Als sich der Fürst dem Hause wieder näherte, begannen einige Damen das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ anzustimmen, und bald fielen alle Anwesenden ein.

Fürst Bismarck trat darauf an die Brüstung des Altans mit einem Becher perlenden Sects in der Rechten und sprach:

Meine Damen! Ich trinke noch ein Glas mit dem verbindlichsten Dank für Ihre Begrüßung auf Ihr Wohlsein und auf eine glückliche Reise, damit Sie eine angenehme Erinnerung an diesen Frühlingstag behalten, zu dem uns Gott gut Wetter beschert hat. Wir haben vorher

auf das Wohl der Damen getrunken, ich schließe mich diesem Toast noch mit diesem Glas an, um meinen Dank zu wiederholen.

Der Fürst lud, ehe er sich zurückzog, die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses und noch eine Anzahl anderer Damen, soweit in den Speisezimmern des Schlosses Platz war, zum Frühstück ein, ferner die die Deputation begleitenden Herren Director Colmann, Justizrath Geisler, von Wallenberg und Arthur Beck. Im Ganzen nahmen etwa fünfzig Personen an der in zwei Zimmern gedeckten Frühstückstafel theil. Zur Rechten des Fürsten saß Frau von Hönicka, zur Linken Fräulein von Goldfus, dem Fürsten gegenüber Frau Justizrath Geisler. Frau Director Colmann brachte auf Fürst Bismarck und dessen ganze Familie ein Hoch aus, in dem sie den Fürsten als das Vorbild eines deutschen Hausvaters feierte. Der Fürst unterhielt sich lebhaft mit seinen Gästen und ließ sich gutgelaunt manches Andenken in Form von Namensunterschrift auf Bildern und Karten abschmeicheln. Graf Herbert Bismarck und Graf Rantzau machten bei der Tafel die Honneurs.

Nach dem Frühstück ging es zur Besichtigung des Teppichs, der ja bereits seine Verwendung in des Fürsten Arbeitszimmer gefunden hat, das zu sehen dadurch nun allen Damen, auch denen, die nicht an der Familientafel im fürstlichen Hause hatten theilnehmen können, Gelegenheit wurde. Marie Gräfin zu Rantzau, die Tochter des Fürsten, übernahm beim Besuch dieses Heiligthums in liebenswürdiger Weise die Führung.

Um 1/2 4 Uhr fuhren die schlesischen Damen mit der kleinen Zahl der in ihrer Begleitung befindlichen Herren nach Hamburg; dort war eine Nachfeier dieses „Bismarcktages" geplant worden.

* * *

Wie sich der Unterschied zwischen Vergangenheit und Gegenwart auch der Erkenntniß des Abgeordneten Richter aufdrängt, zeigt eine Aeußerung über die Haltung der Regierungsvertreter im Reichstage bei der zweiten Berathung der Umsturzvorlage vom 8.—11. Mai. In einem Artikel der „Freisinnigen Ztg." tritt Herr Eugen Richter als laudator temporis acti auf und schreibt u. A.:

„Ein unbefangener Zuschauer der Verhandlungen über die Umsturzvorlage in der vorigen Woche wird nicht leugnen können, daß die Minister bei diesen Verhandlungen ein Bild der Hülflosigkeit und Zusammenhanglosigkeit boten, wie es niemals zuvor im deutschen Reichstag geschaut worden ist. Hier und da machte der Einzelne einen mehr oder weniger schneidigen Vorstoß, ohne daß man zu begreifen vermochte, was damit weiter bezweckt werden sollte. Kein das Ganze überschauender Feldherr leitete die Schlacht, sondern jeder Einzelführer schlug sich hier und dort herum, wie es ihm gerade der Augenblick eingab. Ein erfolgreicher Verkehr mit dem Parlament aber setzt voraus, genaues Vertrautsein mit den parlamentarischen Zeit- und Streitfragen, parlamentarische

Terrainkenntniß und Uebung im parlamentarischen Auftreten und im Verkehr mit den Parteien. Fürst Bismarck vereinigte alle diese Eigenschaften in sich, er war im Laufe seines 28jährigen Ministeriums immer mehr in diese Dinge und Verhältnisse hineingewachsen. Dazu kam ihm das hohe Maaß seiner persönlichen Autorität zu statten. Freilich blieb er selbst in den letzten Jahren dem Parlament fern; aber die untergebenen Ressortchefs befanden sich bei ihm in fester Hand. Im Parlament blieb man sich stets bewußt, einer in sich zusammenhängenden und geschlossenen Regierung mit einer bestimmten Politik und Taktik gegenüberzustehen."

* * *

Hatten die inactiven Generale der deutschen Armee dem Fürsten Bismarck eine Adresse übersandt, so blieben die inactiven Admirale der deutschen Flotte in ihrer Verehrung für den Fürsten nicht zurück: in ihrem Namen überbrachten ihm am 16. Mai Viceadmiral Batsch, Contreadmiral Zirzow und Corvettencapitain von Hallerstein eine aus Silber getriebene Felsengruppe, deren Spitze von einem Adler mit ausgespreizten Flügeln gekrönt ist.

* * *

Der 18. Mai führte etwa 750 Rheinländer nach Friedrichsruh. Sie überreichten außer den Einzel-Ehrenbürgerbriefen von Gerresheim, München-Gladbach, Meiderich und Rheydt einen Gesammt-Ehrenbürgerbrief folgender sechzig Städte:

Andernach, Bacharach, Bergneustadt, Braunfels, Burg, Burtscheid, Cronenberg, Dinslaken, Düren, Gerresheim, St. Goar, Gräfrath, Gummersbach, Hilden, Hückeswagen, Isselburg, St. Johann, Kalk, Kettwig, Kirchberg, Kirn, Kreuznach, Langenberg, Leichlingen, Lennep, Lüttringhausen, Malstatt-Burbach, Meiderich, Merzig, Mettmann, Moers, Mülheim-Rhein, Mülheim-Ruhr, Münstereifel, Neuwied, Oberhausen, Obercassel, Oberwesel, Odenkirchen, Orsoy, Ottweiler, Radevormwald, Remscheid, Remagen, Rheydt, Ronsdorf, Ruhrort, Simmern, Sobernheim, Solingen, Stromberg, Trarbach, Uerdingen, Velbert, Wald, Wermelskirchen, Wesel, Wetzlar, Wülfrath, Xanten.

Außerdem ließ Solingen einen kostbaren Ehren-Pallasch überreichen und Remscheid einen Klotz, ein symbolisches Zierstück von höchst origineller Art: er ist aus Eichenholz oben von einem reichverzierten Reifen umspannt, der folgende eingeätzte Widmung trägt:

Der mit Eisen und Blut
Aus Haders Gluth
Geschmiedet die Deutsche Kaiserkrone,
Nimm Bergischer Schmiede Dank zum Lohne.

Von dem Reifen hängt eine Kette herab, die die Wappen der deutschen Bundesstaaten einschließt und in der Mitte den deutschen Reichsadler mit kunstvoll in Eisen nachgebildeter Kaiserkrone zeigt. Ein den Eichenklotz leicht umschlingendes gepunztes Lederband dient einer Reihe von Werkzeugen als

Halter, die jedes einzelne Meisterstücke schöner Handwerksarbeit sind, ebensowohl in ihren reichornamentirten Eisentheilen, wie in dem dazu gehörigen, kunstvoll geschnitzten Holzwerk. Es sind Hammer, Feile, Beil, Zange, Hobel u. s. w. — Auf dem Eichenklotz ruht ein Ambos; darauf liegt ein Eisenstück, Nord und Süd zusammengeschweißt darstellend, umrankt von Lorbeer- und Eichenzweigen. Entworfen ist dieses kostbare und prunkvolle Erzeugniß deutschen Gewerbfleißes vom Director des Central-Gewerbevereins in Düsseldorf, Frauberger. Die schmiedeeisernen Theile des Stückes lieferte die Firma Feller und Bogus in Düsseldorf, die Emaillirung der Wappen Brems-Varain in Trier, die Griffe zu den Werkzeugen Buythen und Söhne in Düsseldorf.

Die Ansprache an den Fürsten hielt Oberbürgermeister Bohlen von Remscheid. Nach ihm übergab Fräulein Bohlen, als Sprecherin der Damen, unter Vortrag eines Gedichtes einen von den Damen gespendeten Blumenaufsatz.

Nun trat der Fürst, nachdem er sich eine Weile mit den Damen unterhalten und seinem Dank für die schöne Blumenspende Ausdruck gegeben hatte, an die Brüstung heran zu nachstehender Ansprache an die Versammlung:

Meine Herren! Ihr heutiger Besuch veranlaßt mich zum Rückblick auf meine Beziehungen zu Ihrer engeren Heimath, zum Rheinlande, wie sie sich für mich als altpreußischen Junker und Beamten naturgemäß herausgebildet haben. Ich habe im Jahre 1836 eine Zeit lang die rheinische Stadt Aachen bewohnt, als zwanzigjähriger Referendar angezogen und in meinen dienstlichen Leistungen gestört durch die Annehmlichkeiten des Aufenthalts (Heiterkeit). Man lebte dort damals, — in Aachen, der ersten Station der Europareisenden von Norden nach Süden —, für Jemand, der aus der hinterpommerschen Einsamkeit dorthin kam, in einer, ich will nur sagen, verführerischen Weise (Heiterkeit) angenehm, sowohl der Einheimischen wie der Durchreisenden wegen.

Aber unsere deutschen Interessen und Beziehungen vergegenwärtigten sich mir damals in einer Thatsache, die mir immer in Erinnerung geblieben ist: daß einer meiner dortigen Freunde einer alten und vornehmen rheinischen deutschen Familie angehörig mir sagte: „Ich reise morgen nach Deutschland.“ Er wollte damit sagen, daß er westfälische Verwandte besuchen wollte und über den Rhein gehe. Es war also doch noch im Jahre 1836 nach 21 Jahren der äußerliche Eindruck geblieben, daß die deutsche Grenze am Rhein lag. Dieser Herr war durchaus nicht politisch, durchaus kein Franzosenfreund, in keiner Weise, es war eine urdeutsche ehrliche Natur, und der Name seiner Nachkommen figurirt noch heute in unserer germanischen Reichsvertretung.

Das war im Jahre 1836. Nachher im Jahre 1847 kam ich zuerst wieder mit unseren rheinischen Landsleuten in nähere politische Beziehung; es war im Vereinigten Landtag, und da kann ich nur sagen, daß ich den Eindruck hatte, daß diese unsere rheinischen Freunde — man hatte damals keine Eisenbahn, man kam so rasch und so oft nicht zusammen — doch nicht immer so unangenehm überrascht waren, bei uns in Berlin auch Menschen zu finden, mit denen sich leben ließ (Heiterkeit), und ihre Erwartungen in Bezug auf Civilisation, Bildung, landschaftliche Beziehungen waren ohne Zweifel übertroffen. Ich kann hier nicht auf manche einzelne Wunderlichkeiten eingehen, die ich zur Charakteristik der damaligen Auffassung anführen könnte. Man glaubte, daß Berlin befestigt würde, im Innern — die Werderschen Mühlen wurden im mittelalterlichen Burgstyl ausgebaut —, und da habe ich mit einem der älteren und angesehenen Rheinländer von der Schloßzinne aus das gesehen, und der sagte mir: „Das wird ein Zwing-Uri, nehmen Sie sich in Acht!" (Heiterkeit) und ich hatte Mühe seine Anschauungen, die sich an diesen Zinnenbau knüpften, auf die mittelalterlichen Bauphantasien unseres damaligen Herrn zurückzuführen. Er glaubte mir nicht vollständig; wir gingen kopfschüttelnd die Treppe wieder hinunter.

Dann kamen 1848 die Barrikaden und die stürmischen Landtage, und erst die eigentlich haben in der Verschmelzung von West und Ost einen erheblichen Fortschritt markirt. Ich kann nur sagen: da haben sich die Parteistellungen ausnahmsweise einmal nützlich erwiesen (Heiterkeit), unsere Fractionen der verschiedensten Richtungen fanden in den Rheinländern Sympathien und umgekehrt: sie fanden sich zusammen, und es war nach den vereinigten Landtagssitzungen bis 1850 nachher nicht mehr zweifelhaft, daß wir desselben Stammes und derselben deutschen Natur und Zugehörigkeit waren. Erst damals begann also eine vollständige Verschmelzung, aber es blieb immer doch noch Bruchstückwesen zwischen Berlin und Köln. Es lagen weite Gebiete, die andern politischen Richtungen folgten, zwischen uns; die volle Verschmelzung hat doch nicht ohne Blut und Eisen vor sich gehen können (Zustimmung), sowohl daß wir unter einander durch Gottesurtheil entscheiden ließen, wessen Ansicht die maßgebende sein sollte, als auch — und das war später sehr viel günstiger — daß wir uns gemeinschaftlich gegen gemeinsame Feinde zu wehren hatten in großen und schweren Kämpfen. Das war ja der Hauptschlag auf den Ambos, der unsere Einigung schmiedete, daß wir endlich nach Jahrhunderten mal wieder zusammen standen gegen fremdländische Angriffe und sie siegreich zurückschlugen, wie es ja mit Gottes Hülfe immer der Fall sein wird. (Bravo!)

Wenn die Deutschen unter sich zusammenhalten (Bravo!), dann ist

das ein Körper von so starker Eisen- und Muskelkraft, daß er, von mehreren Seiten angegriffen, sich doch seiner Feinde wird erwehren können, so lange er, wie wir ja in germanischer Ruhe und Zurückhaltung doch immer gestimmt sind, sich nur seiner Unabhängigkeit erwehren will, sich defensiv erhält. Aggressive Kriege, ehrgeizige Kriege, Eroberungskriege werden wir ja niemals führen. Was sollen wir erobern? Man könnte uns eine Menge Dinge schenken, wir würden sie garnicht nehmen (Heiterkeit), und um so weniger möchten wir Gut und Blut unserer Kinder und Angehörigen aufs Spiel setzen und die gesunden Knochen unserer Landsleute, um zu erobern. Eroberung liegt dem deutschen Charakter ja absolut fern, und wir werden auf eine so wunderliche Politik, wie die französische Jahrhunderte lang, kann man wohl sagen, gewesen ist, uns nicht einlassen — ich will weiter in der Charakteristik nicht gehen.

Aber auf Eroberungs- und Renommirpolitik ist der Deutsche überhaupt nicht berechnet, dazu sind unsere Landwehren, unsere Familienväter nicht da; sie würden sich wehren wie die Bären, wenn sie im Lager angegriffen werden (Heiterkeit), aber sie werden eben so wenig wie die Bären erobern wollen. (Stürmische Heiterkeit.)

Meine Herren! Ich bin sehr glücklich, gerade Sie vom Rhein heute hier zu sehen; es vervollständigt mir das Bild, das ich in den letzten Wochen gehabt habe, daß mich hier die Angehörigen unserer industriell und städtisch ausgebildeten Provinzen besucht haben, aus dem Königreich Sachsen,[1] aus Westfalen,[2] aus Schlesien;[3] dazu gehört die Rheinprovinz. Das Gebiet der Wupper und Ruhr hat in unserer Industrie vielleicht noch schwereres Gewicht als irgend ein anderes, da wo alle die Brennpunkte unserer Industrie, die schon vor der Herstellung des Deutschen Reichs sich und ihrer deutschen Arbeit eine Anerkennung in allen fünf Welttheilen erobert hatten; die Gegend von Elberfeld, Iserlohn, von Rheydt, Remscheid, ich brauche sie nicht zu nennen, ich sehe ihre Producte hier neben mir, mit denen Sie mich beehrt haben. Daß auch Sie die Serie der Besuche der industriellen und städtischen Bevölkerung, die mir in den letzten Wochen zu Theil geworden sind, vervollständigen durch dieses schwerwiegende Mitglied: die Rheinlande, das macht mir große Freude.

Ich war ursprünglich nach meinen Geburts- und Amtsverhältnissen kaum berufen, mir, gerade mir die Liebe des städtischen Bürgerwesens,

---

[1]) Vergl. oben S. 194 ff.
[2]) Vergl. oben S. 201 ff.
[3]) Vergl. oben S. 205 ff.

der Industrie zu erwerben; ich war vielmehr im Verdacht, ein Agrarier, ein Reactionair zu sein. Nun, wenn ich wirklich unter meinen Landsleuten für einen sogenannten wilden Agrarier gelte, so glaube ich nicht, daß Schlesien, Sachsen, Westfalen, die Rheinlande und namentlich die städtische Bevölkerung mich dafür halten. Es ist ja noch niemals dagewesen, daß einem ehemaligen Minister in Anerkennung dessen, was er im Dienste geleistet hat, Hunderte von deutschen städtischen Bürgerrechten verliehen werden, große und kleine, und das hat für mich etwas Ueberwältigendes, wie eine unverdiente Ehre (Rufe: Nein, nein!): Ich kann sie mir persönlich nicht zurechnen (Rufe: Doch!), das, was ich mit Anderen zusammen, mit dem alten Kaiser, mit der Armee zusammen und mit der deutschen nationalen Gesinnung zusammen erkämpft habe, das wird schließlich in mir, weil ich länger lebe wie die meisten Mitarbeiter, anerkannt und geehrt, und ich streiche es, aber in Bescheidenheit, ein und lege es zu den Acten meiner früher ausgeschiedenen Mitarbeiter.

Ich habe schon vor zehn Jahren, wie ich siebzig Jahr alt wurde, und mein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feierte, Ehrungen erfahren von hoher Stelle und von meinen Mitbürgern in Berlin, für die ich nicht im ganzen Umfange das Gefühl des rechtmäßigen Besitzers hatte; aber das Alles ist ja weit überholt, nachdem ich aus dem Dienste ausgeschieden bin. Nachdem ich der für die meisten unserer Landsleute nicht gerade gewinnenden Eigenschaft eines preußischen Ministers entkleidet bin (Heiterkeit), da habe ich, möchte ich sagen, noch mehr Glück in der Popularität gehabt. Ein noch regierender Minister, wenn er wirklich erheblich populär wird, so ist es ja immer sehr zweifelhaft, ob er es nicht auf Kosten seiner amtlichen Pflichten wird. (Heiterkeit.) Ich glaube, ich kann mich von diesem Verdacht freisprechen, ich habe, so lange ich im Dienste war, immer den Ernst eines Wachthundes an der Kette gehabt und habe gebissen, was ich beißen mußte. (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Nun, wo ich mich frei bewege, kann ich mich nach meinen rein menschlichen Gefühlen und Empfindungen aussprechen und brauche nicht Alles zu billigen, nicht einmal das, was ich früher vertreten habe. (Heiterkeit.) Denn so ganz frei in seinen Bewegungen ist auch ein sogenannter allmächtiger Minister niemals. Es sind die verschiedenartigsten Einflüsse, ganz abgesehen von den Collegen, die einen berechtigten Einfluß haben, aber es sind auch andere Einflüsse beiderlei Geschlechts (Heiterkeit), die ihm sonst die freie Bewegung hindern, und so gestehe ich offen: ich habe keine Verpflichtung, mich zu jeder Handlung zu bekennen, die ich vor zwanzig Jahren und länger als Minister geleistet habe. Ich habe damals immer zwischen verschiedenen Uebeln, die

ich wählen mußte, das kleinere gewählt, und mein Ideal habe ich nie verfolgen können; ich fürchte, ich wäre auf staatsanwaltliche Abwege gerathen. (Heiterkeit.)

Und so, meine Herren, wiederhole ich meinen Dank für Ihre Begrüßung, für Ihren Besuch. Mich befällt eine gewisse Sorge, daß ich in eine Schwäche des Alters, in Gesprächigkeit, verfalle (Rufe: Nein!). Gestatten Sie mir, daß ich meinen herzlichen Dank, meine dankbare Erinnerung von dem früheren Aufenthalt in Ihrer engeren Heimath ausspreche. Nicht nur früher, sondern auch später — ich bin von Frankfurt aus sehr viel, oft an einem Tage, bis nach Köln gelangt und zurück — habe ich am Rhein verkehrt und habe stets Annehmlichkeiten gehabt, mit Ihrer — ich sage es ohne Vorwurf, sondern als Anerkennung — leichtlebigen Natur zu verkehren, und ganz besonders wohlthuend ist für unsere ostdeutschen Gewohnheiten der Verkehr mit den rheinischen Frauen. Sie sind lustiger wie bei uns, und Gott erhalte es so; mag nun die Lustigkeit ihren Ursprung in dem leichten Gewächs der Weinberge oder in dem natürlichen leichten Blut, oder in dem besseren Klima haben. Aber ich kann nur wiederholen: meine Erinnerungen an den rheinischen Aufenthalt, ebenso wie es die meiner lieben Frau stets bis an ihr Ende waren, sind immer wohlthuend und haben immer ein Gefühl von Heimweh nach dem Leben am Rhein.

Es ist ja ein altes Lied: „Geh' nicht an den Rhein!" Aber ich bin doch gern dagewesen und bin leider zu alt, um die Erinnerungen in natura aufzufrischen. (Widerspruch.) Aber von ganzem Herzen bringe ich Ihnen doch noch ein Hoch aus auf die rheinischen Frauen, die ich hier vertreten sehe. Sie leben hoch!

Der Fürst kam nun in den Park hinab und durchwandelte die Reihen der Untenstehenden, wo er mit Einzelnen sich in freundliches Privatgespräch einließ und schließlich eine Anzahl der Herren einlud, an der Frühstückstafel theilzunehmen.

Ehe der Fürst ins Innere des Hauses zurücktrat, richtete er noch einmal das Wort an die Rheinländer:

Nochmals, meine Herrschaften, meinen herzlichen Dank für den freundlichen Besuch und für die freundlichen Begrüßungen, die Sie mir im Einzelnen gewährt haben. Ich würde gern mit jedem Einzelnen von Ihnen mich ausgesprochen haben, wenn meine Körperkräfte in meinem Alter es mir erlaubten. So bitte ich Sie, fürlieb zu nehmen mit meinem herzlichsten Dank für Ihre gesammte Begrüßung und insbesondere die Damen und für das prächtige Geschenk, das Sie mir in Gestalt der Handwerkszeuge und des Ambosses und des Obelisken überbracht haben. Wenn man die Handwerkszeuge anfaßt, so machen sie

Einem durch ihre Wucht in der Hand Lust, sie zu verwenden, wenn ich nur geschickt dazu wäre. Bei Ihnen zu Hause ist das Geschick vorhanden, und diese Werkzeuge mögen auf unabsehbare Zeiten hin die Blüthe Ihrer Heimath begründen in ihren Ergebnissen. Ich danke Ihnen herzlich!

* * *

Am 20. Mai richtete Fürst Bismarck folgendes Schreiben an den Magistrat in Halle:

Friedrichsruh, den 20. Mai 1895.

Durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts durch die Stadt Halle fühle ich mich hochgeehrt und bitte, der Stadt für diese Auszeichnung sowie für den kunstvollen Ehrenbürgerbrief meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 23. Mai (M.-A.):

Zur schleswig-holsteinischen Frage. Die „Voss. Ztg." schreibt zu den historischen Bemerkungen, die Fürst Bismarck neulich beim Empfange der Ostfriesen über die Geschichte des Nordostsee-Canals und die Verhandlungen mit dem Herzog Friedrich gemacht hat: „Diese Darstellung ist Punkt für Punkt falsch." Wir würden darauf gar nicht weiter eingehen, wenn nicht diese Aeußerung so verletzend wäre, daß man ihr gegenüber nur die Antwort der bewußten Unwahrheit hat. Die Darstellung des Fürsten Bismarck ist Punkt für Punkt richtig, und es ist falsch, daß zwischen dem Herzog Friedrich und Preußen niemals irgendwelche Meinungsverschiedenheit über die Canalfrage geherrscht habe, und daß es bis zum Herbst 1864 überhaupt keine Differenz zwischen Preußen und Schleswig-Holstein gegeben habe. Die Differenzen consolidirten sich schließlich in der Ablehnung der sogenannten Februarbedingungen nicht sowohl durch den Herzog Friedrich als durch die Staatsmänner, die unter coburgischer Leitung seine Minister zu werden hofften. Die Februarbedingungen sind publici juris und ebenso ihre Ablehnung von augustenburgischer Seite.

Das neuerdings publicirte Schreiben des Herzogs Friedrich an den König Wilhelm vom 20. Juni 1864, drei Wochen nach der nächtlichen Unterredung des Herzogs mit dem Ministerpräsidenten von Bismarck, ist gewiß ein Zeugniß der Geneigtheit des Herzogs Friedrich, seinen Bundesstaat, wenn es Preußen gelang, dessen Loslösung von Dänemark durchzusetzen, als deutscher Fürst zu vertreten, aber für die Interessen Preußens bot dieses fürstliche Schreiben keine Sicherstellung, die für die damalige preußische Politik genügen konnte. In der Richtung derselben lag es nicht, die preußische Berechtigung in den Elbherzogthümern dem

Bundestage zu unterstellen, und selbst wenn darüber die Verständigung erlangt worden wäre, die am 1. Juni 1864 in der bekannten Unterredung nicht erreicht wurde, so blieb doch immer für alle Zusagen aus dem Schreiben vom 20. Juni 1864 die Resolutivbedingung bestehen, die in der Voraussetzung der Zustimmung der Stände lag. Wie das Votum der Stände unter dem Einfluß eines Samwer'schen Ministeriums ausgefallen wäre, war wohl nicht so sicher, daß politische Berechnungen sich darauf bauen ließen. Jedenfalls wird die Zustimmung der Stände zum Anschluß Schleswig-Holsteins an den deutschen Zollverein auch schon in dem fürstlichen Schreiben als unsicher bezeichnet und konnte nicht verbürgt werden.

Man muß sich bei Beurtheilung der gesammten damaligen Sachlage doch immer gegenwärtig halten, daß die amtliche preußische Politik den Fortbestand des augustenburgischen Erbrechts in den Herzogthümern nicht anerkannte. Angesichts der Entsagung, welche im Jahre 1721, und noch mehr derjenigen, welche zu Händen Preußens Anfangs der 60er Jahre in Frankfurt stattgefunden hatte, war die Rechtsfrage für Preußen absolut frei, und die preußische Politik war von 1861 ab fest entschlossen, soweit es politisch möglich war, Schleswig-Holstein für den preußischen Staat zu erwerben und die Herstellung eines neuen, in Frankfurt aus Besorgniß vor dem preußischen Uebergewichte antipreußische Politik treibenden Großherzogthums zu hindern.

Es hat nicht in unserem Wunsche gelegen, diese vergangene Frage neu zu erörtern und zu besprechen, aber die aggressive Insolenz der gegnerischen Blätter und ihrer Hinterleute nöthigt uns dazu, und wir werden in der Lage sein, unsere Auffassung auch durch weitere unerwünschte Argumente zu vervollständigen, wenn wir dazu herausgefordert werden.

* * *

Ueber Deutschlands ostasiatische Politik wird gesagt:

Wenn das Einschreiten Deutschlands gegen Japan überhaupt politisch geboten gewesen ist, so kann man es wohl nur aus dem Bedürfniß erklären, mit Rußland die Fühlung wieder zu gewinnen, die durch manche Erlebnisse der letzten Jahre verloren gegangen ist. Ist das aber der Fall, wie wir glauben, so sollte man sich vor Halbheiten hüten, die mit dem Sitzen zwischen zwei Stühlen endigen, von denen alsdann keiner eine Stütze bietet. Wir wissen nicht, ob die Russen nach dem Besitze oder der bahnbauenden Ausnutzung von Korea streben; wir halten es für sehr wahrscheinlich, daß sie eisfreie Häfen am Ocean zu besitzen wünschen. Wir haben keinen Beruf, ihnen dazu activ zu verhelfen, aber wir vermögen auch keine deutschen Interessen zu entdecken,

die uns den Zwang auferlegten, diesen russischen Bestrebungen feindlich gegenüber zu treten.

Wir sind Frankreich gegenüber seit Jahrzehnten bemüht gewesen, ihm die Freiheit der Entwickelung in jeder anderen Richtung als in der des Elsaß zu gönnen, auch zu fördern, z. B. in Tunis, in Indien, in Afrika. Haben wir nicht dasselbe Interesse, es als wichtig für die deutsche Politik zu betrachten, wenn Rußland seine Befriedigung mehr im Osten sucht als im Westen? Schon das Schwarze Meer hat für uns ein geringes Interesse, aber das koreanische doch noch viel weniger. Wir haben keine statistischen Angaben über unsere Handelsinteressen, die bezüglich Koreas bestehen, zur Hand, aber wir wissen, daß Korea ein armes Land und seine Kaufkraft Deutschland gegenüber minim ist. Uns scheint nichts an deutschen Interessen vorzuliegen, das uns nöthigte, den russischen Wünschen in Ostasien entgegen zu treten, namentlich aber nachdem die Bahn einmal eingeschlagen ist und man Rußland gegenüber die Gefälligkeit gehabt hat, die bekannte Einwirkung auf das uns befreundete Japan zu üben.

Wir haben uns schon darüber ausgesprochen,[1]) daß wir die Absicht der deutschen Regierung nicht kennen und also die Tragweite der mit dem Drucke auf Japan erfolgten Action nicht zu beurtheilen wissen. Darüber aber sind wir auch ohne Kenntniß der Intentionen der Regierung außer Zweifel, daß die deutsche Politik Schaden leiden wird, wenn sie die Bahn, die sie betreten hat, ohne erkennbare und zwingende Gründe wieder wechselt. Wir haben den Eindruck, daß wir nur empfehlen können, die Hand Rußlands, nachdem wir sie einmal ergriffen haben, auch weiter festzuhalten in Fragen, wo uns unsere Interessen dabei nicht im Wege stehen. Wir glauben, daß es richtig ist, daß die Regierung, nachdem sie den Sprung ins Dunkle einmal gethan hat, auch fest mit Rußland durchhält.

Wenn das Gegentheil geschähe, wenn z. B. englische Einflüsse in unserer Politik wieder die Oberhand gewännen, so würde das den Erfolg haben, daß wir Rußland eben so verletzten, wie wir Japan durch unsere Einmischung verletzt haben. Unter dem alten Cours wäre die Betheiligung an der Einmischung gegen Japan wahrscheinlich überhaupt nicht erfolgt, oder doch nur gegen sichere Vortheile für Deutschland; aber nun sie einmal vorliegt, sind wir der Ueberzeugung, daß jedes Schwanken schädlich wäre und Deutschland nichts Besseres thun kann, als auf dem einmal beschrittenen Wege weiter zu gehen.

---

[1]) Vergl. oben S. 190.

* * *

Wie die Ereignisse auf dem asiatischen Kriegsschauplatze, so werden auch die afrikanischen mit genauer Aufmerksamkeit verfolgt. So lesen wir über Cecil Rhodes:

Die Erklärung Hendrik Witbois, daß ihm Cecil Rhodes Waffen geliefert habe, lenkt die Aufmerksamkeit wiederholt auf die Persönlichkeit des Premierministers der Capkolonie, der an der Spitze der dortigen Goldunternehmungen steht. Er muß jedenfalls über sehr bedeutende Geldmittel verfügen, die ihm auch die Unterstützung Hendrik Witbois möglich gemacht haben. Man sagt von Cecil Rhodes, daß er die finanzielle Sanirung einflußreicher Leute in England mit bereitwilliger Freigebigkeit geleistet und dadurch für alle etwaigen Sünden sich Absolution gesichert habe. Wir wollen keine Namen nennen; in England wird man verstehen, was wir meinen.

* * *

An die Adresse des „Berl. Tagebl." werden folgende Zeilen gerichtet:

Das „Berl. Tagebl." knüpft an die neuliche Ansprache des Fürsten Bismarck an die Rheinländer die Bemerkung, es habe etwas lange gedauert, bis sich der frühere Reichskanzler entschlossen habe, nicht nur der Dynastie und des Heeres, sondern auch des Volkes wieder einmal zu gedenken, das vor und in den Kämpfen mit Blut und Eisen doch die größten Opfer an Gut und Blut gebracht habe.

Es ist ein Mangel an Bescheidenheit von den Leuten des „Berl. Tagebl.", die Bezeichnung „Volk" für sich in Anspruch zu nehmen. Sie verstehen darunter die Demokratie in allen ihren Spielarten bis zur Sozialdemokratie. Zum Volk gehören aber nicht nur die Demokraten, sondern auch die Dynastien und das Heer. Wir verwahren uns hiermit gegen die Monopolisirung des Namens des deutschen Volkes zur Bezeichnung der demokratischen und sonstigen politischen Quertreibereien.

* * *

Aus Friedrichsruh begegnen wir in derselben Nummer der „Hamb. Nachr." mehreren Notizen. So zunächst einer über das körperliche Befinden des Fürsten Bismarck:

Das Befinden des Fürsten Bismarck ist zur Zeit zufriedenstellend, nur wird der Fürst wieder mehr als bisher von seinem alten Leiden der Gesichtsschmerzen heimgesucht, das ihn sehr belästigt und ihm namentlich die Nachtruhe stört.

Ferner heißt es da über Festberichte vom 1. April aus dem Auslande:

In Friedrichsruh treffen noch immer Zeitungen aus den fernsten Erdtheilen ein, in denen über festliche Acte berichtet wird, welche dort

wohnende Deutsche zur Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck veranstaltet haben. Namentlich aus Südamerika sind zahlreiche derartige Zusendungen eingelaufen, aus denen zu ersehen ist, mit welcher Liebe und Begeisterung die dortigen Deutschen des Fürsten Bismarck gedenken. Es ist uns aus räumlichen Gründen leider unmöglich, die Festberichte auch nur auszugsweise zu reproduciren, aber wir können mittheilen, daß der Fürst den Wunsch geäußert hat, seinem Dankgefühle für die Veranstalter der Feiern wenigstens dadurch Ausdruck zu geben, daß sie durch unser Blatt Kenntniß davon erlangen, daß er die ihm zugesandten Zeitungen mit Interesse und mit Befriedigung darüber liest, daß die national-deutsche Gesinnung im fernen Auslande eine so warme Pflege findet, wie dies aus den Berichten hervorgeht.

Endlich wird einem ebenso thörichten wie gehässigen Gerede entgegengetreten:

Die „Neue Bayerische Landeszeitung" reproducirt in ihrer Nr. 119 aus anscheinend demokratischen Blättern die Nachricht, daß eine auf Wunsch nach Edenkoben versandte junge Eiche aus dem Sachsenwalde unter Nachnahme des Werthes abgeschickt worden sei, und bezweifelt die Richtigkeit dieser Mittheilung. Die „Neue Bayerische Landeszeitung" hat mit ihren Zweifeln sehr recht. Aus Anlaß des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck sind von Freunden des Fürsten zur Feier seines Andenkens 443 junge Eichen aus dem Sachsenwalde erbeten worden. Diese Eichen sind in Friedrichsruh verpackt und abgesandt worden, ohne daß die Forstverwaltung von einem der Empfänger weder durch Nachnahme noch auf eine andere Weise irgendwelche Zahlung erbeten oder erhalten hätte. Alle Eichen sind kostenfrei und wohlverpackt der Eisenbahn zur Beförderung übergeben worden.

* * *

Die größte Huldigungsschar, die aus einer einzelnen Stadt (von dem nahen Hamburg abgesehen) den Fürsten jemals in der Einsamkeit aufgesucht hat, bildeten die etwa 1400 Leipziger, Damen und Herren, die am Himmelfahrtstage, den 23. Mai, im Parke von Friedrichsruh erschienen. Auch etwa 100 Schüler der oberen Gymnasialklassen nahmen an der großartigen Fahrt Theil. Mannigfache Geschenke waren vor der Ankunft der Leipziger aus Hamburg, wohin die Fahrt am Tage zuvor in zwei Extrazügen unternommen war, auf der Altane des fürstlichen Hauses aufgestellt. Gerade in dem Augenblick, als das Heraustreten des Fürsten bemerkt wurde, drohte eine schwarze Wolke sich zu entladen. Glücklicherweise hatte es aber bei ein paar schweren Tropfen sein Bewenden, und die warme Frühlings-

sonne ergoß ihre Strahlen wieder über das festliche Bild und die begeisterten Festtheilnehmer.

Die Ansprache an den Fürsten hielt der Leipziger Universitätsprofessor Dr. Wislicenus. Der Fürst antwortete darauf mit folgender Rede:

Meine Herren und Damen! Ich habe in den jüngsten Tagen aus dem Königreich Sachsen die Begrüßung von, ich glaube mehr als siebzig sächsischen Städten empfangen in demselben Sinne, in dem Sie aus der großen und berühmten Stadt desselben Landes heute die Gefühle des sächsischen Stammes mir gegenüber bestätigen. Diese Vervollständigung ist mir besonders erfreulich, weil ich mich zur Stadt Leipzig aus mehreren Gründen persönlich und politisch in besonderer Verbindung fühle. Ich gehöre durch meine mütterliche Abstammung zu den Blutsverwandten von Leipzig.[1]) Die Vorfahren meines mütterlichen Großvaters sind drei oder vier Generationen hindurch in hervorragender wissenschaftlicher und juristischer Stellung in Leipzig gestanden, und es leben in Ihrer Stadt noch Manche, die von demselben Blut der Urelter-Väter, deren Bilder ich hier im Hause noch hängen habe, mit mir abstammen. Durch diese Blutsverwandtschaft ist mir Leipzig besonders nahestehend, außerdem aber persönlich noch gewogen durch die Liebenswürdigkeit der Aufnahme, die ich jedesmal in Ihrer Heimath erfahren habe, wenn ich bei meinen früheren regelmäßigen Reisen nach Kissingen dort durchgekommen bin, auf zwei verschiedenen Bahnhöfen, und auf jedem mit derselben Lebhaftigkeit. Ich habe in Leipzig schon früh politische Sympathien gehabt, und dieselben sind dadurch nicht abgeschwächt worden, daß ich Staatsminister war; sie sind aber mit erhöhter Lebhaftigkeit zum Ausbruch gekommen, nachdem ich diese im Allgemeinen nicht populäre Eigenschaft abgelegt habe (Heiterkeit); das natürliche Gefühl vom Menschen zum Menschen kommt mehr zur Hebung, wenn die ministerielle Eigenschaft in Wegfall geräth. Außerdem aber ist Leipzig für mich stets eine Stadt von besonderem Interesse gewesen. Es muß in dem Grund und Boden etwas Anziehendes und eine Triebkraft liegen, die nicht überall im deutschen Lande vorhanden ist. (Bravo.)

Wie kommt es, daß Leipzig eine Stadt von dieser Bedeutung geworden ist, ohne daß es an einem schiffbaren Flusse liegt, ohne daß es die Residenz eines großen Fürstenhauses und unter dessen Segnungen auf-

[1]) Die Mutter des Fürsten Bismarck, Frau Wilhelmine geb. Menken, entstammte einer alten Leipziger Familie; zu ihr gehörten u. A.: Ludwig Otto Menken, Professor der Moral in Leipzig, geb. 1644 in Oldenburg, gest. 1707, ferner dessen Sohn Johann Burkhard M., Professor der Geschichte und kursächsischer Historiograph, geb. 1674, gest. 1732; endlich Friedrich Otto M., kursächsischer Hof- und Justizrath und Senator in Leipzig, geb. und gest. in Leipzig 1708 und 1754.

geblüht ist, rein aus sich selbst heraus, aus der Ebene neben Flüssen, die, wie ich glaube, nicht schiffbar sind, ohne Residenz zu sein und nach den schweren Schicksalen, die es fast in jedem Jahrhundert bisher erlebt hat. Leipzig ist im dreißigjährigen Kriege von Schweden und Kaiserlichen, im siebenjährigen Kriege von Preußen und Oesterreichern, im Freiheitskriege von Franzosen und Verbündeten außerordentlich schwer heimgesucht worden, nothwendig also in seinem Erwerbsleben gedrückt worden. Wie kommt es, daß diese Stadt zu dieser Dresden, die Residenz und die Stadt an der schiffbaren Elbe, fast überholenden Blüthe wieder rasch aufgewachsen ist? Das ist eine Frage, die mich immer interessirt hat. Wir haben ähnliche, aber doch lange nicht daran reichende Beispiele. Ich erinnere an Braunschweig — Braunschweig aber war eine Residenz, es liegt auch mitten im Lande. München hat kein schiffbares Wasser, aber es war die Residenz eines großen Fürstenhauses, von dem es wesentlich gepflegt ist. Leipzig hat die Pflege, die es haben konnte, an Dresden abgegeben und hat sich rein aus eigener Kraft, aus dem Boden der Pleiße und Elster stets wieder aufgebaut. Es hat allerdings außer für Handel und Gewerbe auch für kriegerische Ereignisse eine anziehende Eigenschaft gehabt, es haben große und schwere Schlachten dort stattgefunden, und für unser deutsches politisches Leben entscheidende Schlachten, im dreißigjährigen Kriege wiederholt. Demnächst aber knüpft sich an Leipzigs Namen die welthistorische Erscheinung, die große Völkerschlacht von 1813, und an die sollten wir, glaube ich, aus mehr wie einem Grunde öfter zurückdenken als heutzutage geschieht.

Wenn man vor der Schlacht von Leipzig die politische Karte von Europa übersieht, so findet man, daß die französische Säbelherrschaft in ihrer tyrannischen Gewaltthätigkeit bis an die Elbe reichte — Magdeburg war ein französisches Vasallenland, hier, wo wir stehen, das Lauenburger Land gehörte zum Empire français und gehörte zum Departement der Unterelbe mitsammt der guten Stadt Hamburg, „la bonne ville de Hambourg". So fest war die französische Herrschaft in Mitteleuropa verklammert, die Elbe machte ihre Grenze. Die französischen Heere hatten schwere Verluste im französischen Feldzug erlitten, aber die Stellung Frankreichs war doch immer noch so, daß der Kaiser Napoleon den Ausgangspunkt seiner Vertheidigung an der Elbe nehmen konnte; also alles Land bis dahin gehörte ihm noch. Wenn man sich dieses Kartenbild vergegenwärtigt, so wird man sich erst über die gewaltige Tragweite der Schlacht von Leipzig und ihrer Folgen klar, daß die Gewalt dieses Reiches, das von Spanien bis nach Dänemark reichte, von Paris aus regiert wurde und die Elbe zur Grenze hatte und sich

bis zur Ostsee erstreckte — Lübeck gehörte dazu —, daß das zertrümmert wurde. Man vergißt das heute, wie überhaupt die Landsleute unter uns, die die Geschichte mit rückwärtigem Blick prüfen und daraus ihre Schlüsse für die Gegenwart ziehen, doch noch trotz unserer vorgeschrittenen Bildung nicht zur Majorität gehören. (Heiterkeit.)

Es war bei den tapferen Leuten, die sich in der Schlacht bei Leipzig schlugen, der Sieg nicht so unbedingt sicher; aber er wurde erkämpft dadurch, daß, soviel ich mich augenblicklich erinnere, zum ersten Male die deutschen Landsleute aus Preußen und aus Oesterreich zusammen Schulter an Schulter standen und gemeinschaftlich gegen denselben Feind fochten. Ich hoffe, daß wir überhaupt in meinen Lebzeiten nicht mehr zu fechten brauchen; aber wenn es dennoch der Fall sein sollte, daß es doch wieder Schulter an Schulter mit Oesterreich sein möchte. (Bravo.) Ich gehe noch weiter: auf dem Drei-Monarchenhügel bei Leipzig bildete sich oder befestigte sich und besiegelte sich die Freundschaft der drei verbündeten Herrscher, welche nachher die heilige Allianz schlossen — ich will es mit dem Namen nennen, obschon sich eine Menge unerfreulicher Erinnerungen damit verbinden —, es war doch das Zusammenhalten der unabhängigen und rechtliebenden Politik gegenüber einer gewaltigen Eroberungspolitik, wie sie Frankreich seit Ludwig XIV., ja seit Heinrich IV., aber mit dem größten Erfolge und mit der größten Ausdehnung in der Gestalt Napoleon's uns gegenüber betrieben hat.

Dem gegenüber sind alle minder ehrgeizigen, alle minder herrschsüchtigen Nationen doch einigermaßen darauf angewiesen, zusammen zu halten, wenn die Verhältnisse sich so herausbilden, wie sie am Tage der Schlacht von Leipzig bestanden, daß eine übermächtige Säbelherrschaft, von Paris aus geleitet, vom Ebro bis zum Sund herrschend, dem übrigen Europa mit herrschsüchtiger Gewaltthätigkeit gegenüberstand.

Wer alt genug ist, um von seinen Vätern noch die Erlebnisse der französischen Herrschaft im Lande gehört zu haben, der wird mit mir die Größe der Wohlthat empfinden, die uns die Schlacht bei Leipzig erwiesen hat, und wird den Wunsch empfinden, daß das Zusammenhalten von rechtlicher und ehrlicher Nationalpolitik, die nichts weiter verlangt als ein unabhängiges Leben der eigenen Nation, daß das auch für die Zukunft gesichert bleibt gegenüber allen Angriffen, wie wir sie dreihundert Jahre lang von Westen her erfahren haben (Bravo!), daß, um dieses Ziel mit Sicherheit zu erreichen, auch unsere guten Beziehungen zu unserem östlichen Nachbar in Rußland wünschenswerth sind; ich will nicht sagen in dem Maaße, wie sie bei Leipzig — ich hoffe, das wird nicht wieder nothwendig werden — sich auf dem

Schlachtfelde verwirklichten, oder wie sie sich nachher unter Friedrich Wilhelm III. bethätigt haben; aber ich halte für sehr wichtig die Pflege der guten Beziehungen zu unserem östlichen Nachbar, mit dem wir, wenn wir Oesterreich mit einrechnen, eine mehrere hundert Meilen lange offene Grenze haben und mit dem wir eigentlich keine zwingenden Interessen zu theilen haben — ich wüßte nicht, um was wir die Russen beneiden sollten, oder sie uns. (Zustimmung.) Wir können ihnen im fernen Asien ja gönnen, was sie begehren, und erfreut sein, wenn sie ihre Befriedigung daran finden; aber wir haben ihnen nichts zu beneiden, und ich glaube, sie haben auch auf unsere Kosten nichts zu begehren. Und deshalb knüpfe ich an Ihren heutigen Besuch und an die Erinnerung der Leipziger Schlacht auch die Erneuerung des Andenkens an die guten Beziehungen, in denen wir früher mit Rußland gelebt haben, und wünsche, daß unbeschadet der Beziehungen, in denen wir zu Oesterreich stehen, mit dem wir in Stammesverwandtschaft verwachsen sind, daß wir unabhängig davon doch auch beiderseits den Frieden nach Osten und den Frieden der monarchischen Staaten wahren. (Bravo.) Sie haben ja alle, so viele ihrer da sind an Monarchen, durch Kämpfe unter einander viel mehr zu verlieren und der Revolution gegenüber viel mehr einzubüßen, als sie je durch Kämpfe unter einander, Einer von dem Andern gewinnen können. Alles, was einer dem Andern, ein großer Staat dem andern abnehmen kann, ist nicht der Rede werth im Vergleich mit dem Bedürfniß der Ruhe im Lande, des Friedens, der gesetzlichen Herrschaft im eigenen Lande und des Zusammenhaltens zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Frieden in allen verbündeten Ländern, nicht bloß im Deutschen Reiche, sondern auch in den befreundeten und mit ihm dieselbe Politik verfolgenden Ländern unseres jetzt bestehenden Dreibundes.

Ich habe der Versuchung nicht widerstehen können, als alter Politiker meinem langjährigen Wunsche, auch mit dem Osten in guter Fühlung zu bleiben, bei dieser Gelegenheit Ausdruck zu geben, weil die Leipziger Schlacht mich an den Drei-Monarchenhügel gerade erinnert. (Bravo.) Und meine Herren, einer der geschicktesten Pfleger dieser ruhigen, erhaltenden Politik, nicht bloß conservativ erhaltenden, sondern den Frieden erhaltenden Politik ist Ihr König Albert (Bravo); und ich kann den Leipzigern gegenüber meinen Dank für Ihre Begrüßung und mein erwidertes Wohlwollen nicht anders bethätigen, als indem ich mit Ihnen zusammen ein Hoch auf Ihren Hohen Herrn ausbringe. Mein gnädiger Gönner, der König Albert, er lebe hoch!

Während der Fürst, so berichten die „Hamb. Nachr.", sich nun mit den beiden jungen Damen, Fräulein Doerr und Fräulein Jacob, die ihm pracht-

volle Rosensträuße überreicht hatten, in ein Gespräch einließ, begann unten der Vortrag des „Deutschen Heerbannliedes“ von Hermann Lingg, componirt von Rudolf Weinwurm. Das Musikstück ist, meisterhaft vorgetragen wie heute durch die Leipziger Sängerschaft, von mächtiger Wirkung. Die Orchesterbegleitung zu dem Gesang wurde in unübertrefflich schöner Weise von der Capelle des in Leipzig garnisonirenden Sächsischen 107. Regiments unter Leitung des Königlichen Musikdirektors Walther ausgeführt, die mit den Bismarckfahrern hierhergekommen war. Die sächsischen Militärmusiker waren, wie bei dieser Gelegenheit ausdrücklich bemerkt sein mag, im Gegensatz zu den bei allen neueren Empfängen betheiligt gewesenen Capellen, in Uniform in Friedrichsruh erschienen.

Nachdem der Gesangvortrag beendet war, begab sich Fürst Bismarck in den Park hinab, um sich mit einzelnen Damen und Herren zu unterhalten.

Als der Fürst, von diesem Rundgange zurückkehrend, die Treppe zum Altan zur Hälfte emporgestiegen war, erschollen von weit hinten aus dem Park her die mit lauter Stimme gerufenen Worte:

„Bismarck, Bismarck, unser alter Reichsgestalter, Reichsverwalter, Unser Bismarck lebe hoch!“

Als der Fürst sich, nach dem Sprecher ausschauend, umwandte, brachen alle Anwesenden, dem Rufer Folge leistend, in brausende Hochrufe aus.

Nun folgte noch ein Gesangvortrag mit Orchesterbegleitung, worauf der Fürst an die Brüstung des Balcons herantrat und sich von der Versammlung der Leipziger mit folgenden Worten verabschiedete:

> Meine Herren! Ich danke Ihnen nochmals für Ihre ehrenvolle und freundliche Begrüßung, und der Treue, von der Sie eben sangen, wird Gott auch weiterhelfen, namentlich der gegenseitigen Treue der Deutschen unter einander (Bravo), von der ich hoffe, daß sie mit der Zeit doch stärker sein wird wie aller Parteihader, von dem uns Gott befreien möge!

Etwa 45 Personen nahmen dann noch an dem Frühstück im Herrenhause Theil; von den Uebrigen zog ein Theil zur Stärkung ins Landhaus, um mit einem kleineren Extrazuge gegen Abend nach Leipzig zurückzukehren; die meisten aber fuhren unmittelbar nach Beendigung der Feier wieder nach Hamburg. —

Ueber den Verlauf des Frühstücks berichtet Dr. Paul Liman, der als Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ an der Fahrt Theil nahm, im diesem Blatte am 24. Mai Folgendes:

Der Vertreter der „Leipz. N. Nachr.“ gehörte zu den Bevorzugten und hatte das besondere Glück, daß Fürst Bismarck, als er ihn erblickte, ihn ansprach und zur Tafel einlud. Und es ging zu Tisch. Zur Rechten des Fürsten

saß Liddy Doerr, gegenüber die Herren Prof. Wislicenus und Reichstagsabgeordneter Hasse, weiterhin die Herren, die das Fest so vorzüglich geleitet: Oberlehrer Dr. Geyer, Dr. Hans Voigt, Stadtrath Nagel, Dr. von Haase, Fabrikant C. H. Reichert, Baumeister Rost, Rechtsanwalt Dr. Barth, Verbandssecretär Bernhardt u. A.

Eine Causerie Bismarck's historisch getreu zu schildern ist unmöglich; sprühende Funken kann man nicht greifen. Nur dies oder jenes, wie es sich zufällig giebt, sei hier berichtet:

Moltke's Bild, das Leipziger, wurde erwähnt und erzählt, daß Meister Lenbach es der Stadt geschenkt zugleich mit dem Bilde des Fürsten und einer beträchtlichen Summe — 5 oder 6000 Mark — zur künftigen Ausgestaltung des Saales, der sie aufnehmen soll. „Künstlerische Freigebigkeit", meinte der Fürst und anknüpfend an den Namen des Ruhmesgefährten begann er:

Ja Moltke, er war eine kühle Natur; des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr war ganz für ihn maßgebend. In Vielem waren wir verschieden; er war, wie es im Goethe'schen „Fischer" heißt, stets kühl bis ans Herz hinan. Ein Durchgänger war er nie! — Ich habe eigentlich nur einmal einen Scherz von ihm gehört und das war in sehr ernster Stunde! Er war zu mir zu Tische gebeten, ich glaube, es war am 15. Juni 1866, da frug ich ihn, ob wir nicht 24 Stunden eher losschlagen könnten, als ausgemacht. Er nahm einen Bleistift zur Hand und rechnete. Nach einer Weile Nachsinnens sagte er einfach „Ja". Also los, meinte ich. Zwischen Thür und Angel drehte er sich um und fragte: „Wissen Sie denn schon, daß die Elbbrücke bei Dresden gesprengt worden ist?" Das ist ja recht betrübend, antwortete ich. „Aber nur mit Wasser" — mit diesen Worten ging Moltke triumphirend hinaus.

Moltke war immer zu haben, und immer, Tag oder Nacht, erschien er mit militärischer Pünktlichkeit, stramm, sauber, sogar die Stiefeln waren gewichst, selbst wenn es Nachts um zwei oder drei Uhr war.

Auch Kaiser Wilhelm, mein alter Herr, war Nachts stets zu haben. Ich weiß, einmal erschien ich Nachts bei ihm. Da sagte er ganz erstaunt: „Na, was haben Sie denn heute Nacht eine weiße Cravatte umgebunden?" Verzeihung, Majestät, die ist noch von gestern!

Ein Weilchen verstrich im Sinnen.

Ja, der alte Herr! Solch' ein Mann kommt in einem Jahrhundert nur einmal. Und gar auf den Thron!

Wiederholt kam die Rede auf die sächsische Vergangenheit. Da erzählte der Fürst:

Die Selbständigkeit Sachsens beruhte im Jahre 1866 im Wesentlichen auf der Zuverlässigkeit des Königs und des Prinzen Albert. Wir hatten die Wahl, ob Sachsen annectiren oder

Hannover. Auch die Welfen haben keine schlechte Gesinnung, aber sie sind nicht zuverlässig. Aber schließlich brauchten wir Hannover dringender, weil es ja in Preußen liegt und weil es auch sicherer war, sich auf die Zuverlässigkeit der sächsischen Fürsten zu stützen. König Johann hat uns ja auch manchmal Schwierigkeiten gemacht, besonders durch Damen, auch durch die Königin Elisabeth (Friedrich Wilhelm's IV. Wittwe); aber wenn er sich entschieden hatte, so war er zuverlässig im höchsten Grade. Bei Ihrem jetzigen König ist das noch anders, der ist mit Leib und Seele national und von solcher Gleichmäßigkeit und Liebenswürdigkeit, daß er alle Herzen gewinnt.

In einer anderen Phase der Unterhaltung plauderte Bismarck:

Ich hatte eigentlich die große Pelzdecke über den Altan hängen wollen. Weswegen ich sie nicht ausgehängt habe? Aus mangelnder Energie. Nachts nehme ich es mir vor, aber nachher wird es nichts.

„Wir glauben Ihnen Alles, Durchlaucht, aber dies nicht, daß Ihnen jemals Energie fehlen könnte."

Wenn ich gereizt werde, habe ich welche, aber wenn ich im Bett liege, dann fehlt's.

Auch auf den Reichstag kam durch Abg. Hasse das Gespräch. Der Fürst meinte:

Eigentlich sollte das passive Wahlrecht erst mit 70 Jahren beginnen. Dann haben die Herren zu Hause nichts mehr zu thun und es schadet nichts, wenn sie in Berlin bummeln. Da versäumen sie wenigstens nichts.

Vielleicht tauchen mir noch bei größerer Muße einzelne klarere Episoden in meiner Erinnerung auf, sie mögen gelegentlich sich anreihen. Ein Stündlein saßen wir bei echtem Bier und echtem Sect beisammen, der Fürst fast allein die Unterhaltung führend, sein treuer Schweninger eifrig um ihn sorgend und jede Bewegung bewachend. Zuweilen führte der Fürst die herrlichen Blumen zum Gesicht, die ihm die Leipziger Jungfrauen gespendet, zuweilen wendete er sich scherzend zu seiner Tischdame, Fräulein Doerr oder küßte galant der Dame zur Linken die Hand. Am Schluß erschien die historische Pfeife und mit ihr auch alsbald der Augenblick des Scheidens.

Noch suchte Mancher trotz Schweninger's Mahnung: „Nicht Einzelabschiede, es ermüdet den Fürsten", die Hand des greisen Kanzlers zu erfassen. — Doppelt beglückt hat es mich da, daß der Fürst zu mir mit innerlicher Liebenswürdigkeit sagte:

Ich danke Ihnen für Alles, was Sie für mich gethan.[1])

Wir schieden. Welche Gefühle uns Alle beseelten — wer will sie schildern!

[1]) Vgl. z. B. Band III, S. 297—307.

* * *

Neue Besucherschaaren brachte schon wieder der folgende Sonntag: etwa drei Tausend Schleswig-Holsteiner. Den nachträglichen Glückwunsch zum 80. Geburtstag sprach dem Fürsten im Namen der Festtheilnehmer Graf Reventlow-Preetz aus. Nach ihm ergriff Oberlehrer Dr. Macke aus Hadersleben das Wort, um dem Befreier Schleswig-Holsteins den Dank der Bevölkerung in begeisterter Rede zu erstatten.

Als nach den stürmischen Hochrufen, die dieser Rede folgten, wieder Stille eingetreten war, sprach Fürst Bismarck:

Meine Herren und meine Damen! Sie wissen, daß mir in den letzten Wochen, seit ich achtzig Jahr alt geworden bin, zahlreiche Begrüßungen aus allen deutschen Gauen zu Theil geworden sind, von Ostfriesland bis in die deutschen Alpen hinein, und auch von den verschiedenartigsten Richtungen unserer inneren Politik. Ich bin weit entfernt, die Ehren, die damit verbunden sind, für meine Person in Anspruch zu nehmen. (Rufe: Doch! Doch!) Sie gelten der Sache, sie gelten den Mitkämpfern, die ich ein Menschenalter hindurch gehabt habe; sie gelten auch mir, und ich bin dankbar dafür, wenn sie ausgesprochen werden.

Aber ich würde doch in meinem Alter und bei meiner Körperschwäche mich der Aufgabe entziehen, gewissermaßen die Empfangsstelle für die Bekenntnisse deutscher nationaler Gesinnung zu sein, wenn ich nicht der Ueberzeugung wäre, daß durch die Bethätigung der nationalen Gesinnung vermöge praktischer Handlungen und äußerlich wahrnehmbarer Erscheinungen sie in sich gestärkt wird (Zustimmung), und daß man in der Erinnerung an irgend eine Bestätigung dieser Gesinnung sein Gedächtniß auffrischt, und daß es zur Belebung und Kräftigung des nationalen Gefühls beiträgt, wenn der zu Grunde liegende Gedanke öffentlich und in freiem Wort Ausdruck findet — mag ich nun der Adressat davon sein oder die Gesammtheit meiner früheren Mitarbeiter.

Infolge dessen halte ich mich nicht berechtigt, in einer falschen Bescheidenheit die Huldigungen, die mir widerfahren, dadurch abzuwehren, daß ich sie als persönliche auffasse. Ich betrachte sie als Bekenntnisse der nationalen Gesinnung (Zustimmung), und deshalb freue ich mich, wenn sie durch äußerliche Bekundungen bekräftigt werden. Unter diesen ist nun für mich vor Allem die Ihrige von hohem Werth. Ich bin ja nicht in diesen Herzogthümern geboren und erzogen; ich bin von Haus aus Altpreuße, aber ich bin durch Einwanderung Schleswig-Holsteiner geworden auf diesem Boden, der zur Provinz gehört (Bravo!), und aus Ihrer Begrüßung entnehme ich das Zeugniß, daß Sie mich adoptirt haben. (Lebhafter Beifall.) Ich gehöre eben zur Provinz und bin stolz darauf, denn Ihr Land ist doch nach meinen politischen

Erinnerungen der Ausgangspunkt unserer deutschen Entwickelung überhaupt gewesen. (Bravo!)

Wenn ich zurückdenke an die Zeit, wo ich zuerst mit der großen Politik in Berührung kam, so waren es zwei Fragen, die das deutsche Gemüth bewegten: Schleswig-Holstein und die deutsche Flotte. Beide stehen ja nothwendig in einem engen Zusammenhang, auf den ich mir erlauben werde zurückzukommen. Aber ich erinnere nur daran, daß, wie Sie Alle wissen, die noch die Zeiten von 48 vor- und nachher selbst miterlebt haben — ich erinnere nur daran, daß, als das Militair bei der Berliner Revolution unbeliebt war, man den ersten Versuch der Versöhnung dadurch machte, daß man die Truppen nach Schleswig-Holstein schickte, also in den Dienst der Frage stellte, die alle Gemüther schon damals beschäftigte. Ich erinnere daran, daß, wer irgend etwas wollte von der öffentlichen Meinung, in der Wahl oder sonstwie, der zog die Flagge der deutschen Flotte auf. Es waren das die beiden Fragen, die in den Jahren vor und nach 1848 unsere öffentliche Meinung absolut beherrschten, Fragen, auf welche sich das deutsche nationale Gefühl, das ja in schwachen Keimen damals vorhanden war, nach meiner Auffassung zuspitzte, sobald es sich äußern sollte.

Beide Fragen waren in ihrer praktischen Lösung außerordentlich schwierig. Vor Schleswig-Holstein lag nicht nur das Schloß des dänischen Besitzes und der geschichtlichen Tradition, sondern auch noch die Wachsamkeit der gesammten europäischen Großmächte, von denen keine dem deutschen Volke und in specie damals dem preußischen Staate die Entwickelung gönnte, die man voraussah, wenn der deutsche nationale und maritime Ehrgeiz durch den Erwerb von Schleswig-Holstein — ermuthigt würde.

Wir waren damals, in Preußen, nicht so stark wie jetzt das Deutsche Reich ist, es war die schwächste der Großmächte, es war in seiner Armeeorganisation nicht fertig, es befand sich in inneren Kämpfen von größter Schwierigkeit, die so leidenschaftlich geführt wurden, daß auch die auswärtige Geltung dabei nicht respectirt wurde. Wir konnten deshalb mit gewaltthätiger Entschlossenheit so sehr viel damals nicht durchsetzen in Bezug auf Schleswig-Holstein; und die Frage der deutschen Marine, die damit untrennbar verkuppelt ist, die konnte nicht gelöst werden, so lange sieben, oder ich glaube acht souveraine Staaten sich in die deutsche Seehoheit und maritime Kriegsberechtigung theilten — es waren das Hannover, Oldenburg, drei Hansestädte, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Preußen in der Ostsee. Zwischen denen eine Einigung derart zu Stande zu bringen, wie sie nothwendig ist, um eine nationale Flotte weit über das Weltmeer in einen einheitlichen Zusammenhang zu führen, das war eine Aufgabe, die zu überwinden ich mir, waghalsig wie ich damals

war, nicht getraute (Heiterkeit). Wir haben in der andern Frage, daß uns die Großmächte Schleswig-Holstein nicht gönnten, theils aus Abneigung gegen die nationale deutsche Entwickelung, die sich auf diesen Punkt festgebissen hatte, theils auch aus Sorge über diesen mächtigen Zuwachs — über die haben wir uns mit Mühe hinweghelfen müssen. Es war ja von preußischer Seite der Londoner Vertrag abgeschlossen. Wenn der in Geltung blieb, und er blieb wahrscheinlich in Geltung, wenn die Dänen nicht so aggressiv verfuhren, wie es schon mit der Casinopolitik[1]) im ersten Anfange — die älteren Herren werden sich erinnern, was ich damit sagen will — und wie es später mit der Incorporation der Herzogthümer sich zeigte, wenn diese dänischen Herausforderungen nicht stattfanden; wenn die Verbitterung und die schlechte Behandlung der Deutschen unter dänischer Herrschaft nicht stattfanden, so ist gar kein zwingender Grund, anzunehmen, daß nicht auch in den Herzogthümern die Erinnerung an die Jahrhunderte langen Beziehungen zum dänischen Königshause die Oberhand gewonnen hätte, und daß wir schließlich vielleicht mit einer Personalunion abgeschlossen hätten, deren Leitung aber immer in Kopenhagen geblieben wäre.

Es war für meine damalige politische Auffassung ja doch die Frage: welche von den verschiedenen Abstufungen schleswig-holsteinischer Unabhängigkeit sind erreichbar und welche nicht? und begehe ich nicht einen Fehler, wenn ich das Erreichbare, wie die Personalunion, a limine abweise und dafür unter dem Zwange der Großmächte und ohne Unterstützung durch die geringe Macht Preußens, auf die ja Schleswig-Holstein zu meinem Bedauern sich zwei Mal ohne Erfolg verlassen hat, das Größere erstrebe? — ich war zweifelhaft, aber ich möchte nun dahin concludiren, daß Sie den Dänen wegen ihrer anspruchsvollen Herrschsucht Dank schuldig seien. (Heiterkeit.) Die Dänen haben das deutsche Widerstandsgefühl in die Höhe gezwungen durch ihre Hartnäckigkeit und durch die Kraft ihrer Bureaukratie da, wo sie wieder Herrscher geworden waren, nicht bloß in den Herzogthümern selbst, auch im übrigen Deutschland. Die Dänen waren es, die uns die Möglichkeit gegeben haben, schließlich in der schleswig-holsteinischen Frage noch einen Zipfel zu finden, an dem es möglich war, die deutsche Frage zu lösen. (Bravo! Heiterkeit.)

Ich habe im ersten Augenblick kein festes Vertrauen auf die Mög-

[1]) Das erste dänische Casino-Ministerium im Jahre 1848, besonders bekannt durch seine Angriffe auf die Verbindung Schleswigs mit Holstein. Zu ihm gehörte auch Conferenzrath Bluhm, der im Mai 1851 Minister des Aeußern wurde, Januar 1852 selbst ein neues Ministerium bildete und 8. Mai 1852 im Londoner Tractat die Bestätigung der neuen dänischen Erbfolgeordnung erlangte.

lichkeit einer deutschen Flotte unter den sieben Ufer-Souverainen gehabt und ich bin mit thätig gewesen beim Verkauf der angeblichen deutschen Flotte (Heiterkeit) — ich brauche bloß den Preis zu nennen, der mir ungefähr in Erinnerung ist, es wurden sechs schwere Fahrzeuge für 230 000 Thaler verkauft (Heiterkeit), es war der Rest der deutschen Flotte, Fischer war der Auctionator, das ist mir noch in der Erinnerung. Es gelang mir, als Bundestagsmitglied für Preußen zwei von den Schiffen, die ich nicht ausgewählt hatte, sondern Sachkundige, für uns in Sicherheit zu bringen. Das war aber das einzige noch einigermaßen preiswürdig Verwendbare. Aber ich sagte mir: ohne Schleswig-Holstein keine deutsche Flotte, und in der deutschen Nation war das Gefühl lebendig: wir wollen doch nicht in der Lage bleiben, daß uns ein Staat wie Dänemark die See verbieten kann, und daß wir unter der dänischen Blockade ersticken müssen in der Ausfuhrlosigkeit einem Staate von zwei Millionen Einwohnern gegenüber.

Auch außerdem war es eine Frage der nationalen Würde, daß eine Nation wie die deutsche nicht in Zeiten der Krisis einer Flotte zweiter Classe zur See gewachsen sein sollte — wir waren damals noch sehr viel schwächer wie alle Anderen —, wir waren nicht den europäischen, amerikanischen, orientalischen Flotten gewachsen — mit Ausnahme von England und Frankreich, mit denen zu rivalisiren würde ich für eine Uebertreibung halten — aber wir müssen zur See so stark sein, daß wir uns die See nicht von den Mächten zweiter Classe, namentlich solchen, die wir zu Lande nicht langen können (Heiterkeit), verbieten lassen können; und das sind wir defensiv, wenn wir eine Anzahl von Schlachtschiffen haben, und namentlich müssen wir unsre Kauffahrer in fernen Welten schützen können. Dazu gehören Kreuzer, und mehr als wir gegenwärtig besitzen.

In meinen inneren Sympathien habe ich mehr Neigung für Kreuzer als für Parade- und Panzerschiffe; aber ich bin nicht berufen, mitzureden in diesen Dingen, ich warte in Ruhe ab, was befohlen wird. Ich habe mir aber von Haus aus gesagt: ohne die Herzogthümer wird die Reichsregierung nie eine deutsche Flotte haben können. Wenn die Herzogthümer in einer militairisch unabhängigen Situation blieben, wie damals von vielen Seiten erstrebt wurde, so in der Zeit namentlich, wo auch in Hannover noch Unabhängigkeitsbestrebungen in Bezug auf die Flotte herrschten — Hannover erstrebte eine deutsche Admiralsstellung —, das wäre ein Theilwerk geworden. Da habe ich mir gesagt: wenn wir die Herzogthümer nicht besitzen und erwerben, dauernd, so werden wir nie eine Seemacht werden können; die Herzogthümer und die Flotte sind unzertrennbar von einander, sie gehören zusammen, außerdem die Be-

völkerung der sympathischen plattdeutschen Sprache niedersächsischen Ursprungs, die gehören zu uns. (Bravo!)

Ich habe von der ersten Eröffnung der Frage durch den Tod des Königs von Dänemark im November 1863 gleich die Ueberzeugung gehabt und vertreten, amtlich vertreten: dat möt wi hebben! (Bravo!) Zu Anfang habe ich wenig Liebe gefunden, weder bei meinen heutigen engeren Landsleuten, noch bei meinen amtlichen Mitarbeitern, noch auch höheren Orts. Aber in mir saß die Ueberzeugung fest, und meine Liebe zu diesem Lande und mein Glaube an die Kräftigung, die Preußen dadurch erfahren würde, war so groß, daß ich sagte: und wenn wir die drei Schlesischen Kriege mitsammt dem Siebenjährigen darum führen sollen, aber haben müssen wir sie! (Bravo!)

Meine Herren! Ich habe ja damals nicht geurtheilt wie ein geborener Schleswig-Holsteiner, ich habe geurtheilt wie ein geborener Preuße mit einer stark deutschen Empfindung und habe mir gesagt: soll Deutschland überhaupt sich consolidiren und zur See mächtig werden, so ist die Vermehrung der Mittelstaaten im Bunde nicht der Weg, auf dem wir dazu gelangen. Da habe ich schwere Kämpfe damals gehabt, und was mir zu Hülfe gekommen ist, das ist der deutsche Sinn der Bevölkerung dieser Lande an sich, die sind doch allmählich zur Besinnung ihrer Situation und der Situation des deutschen Volkes gekommen. Und das Bedürfniß, der großen deutschen Gemeinschaft enger anzugehören, hat sich mehr und mehr befestigt, schon vor dem Kriege von 1870, wo wir sechs Jahre nach der Annexion mit den schleswig-holsteinischen Truppen im Kriege schwere Gefahren bestanden haben, von denen kein einziger Soldat weder an seiner deutschen Gesinnung und seiner Fahnentreue schwach geworden ist, noch auch an seiner Körperkraft, daß sie versagt hat unter sehr schwierigen Verhältnissen. Ihre Regimenter haben ja damals an den schwierigsten Theilen der Winterfeldzüge von 1870—71 mit Theil genommen und haben sich geschlagen wie die Helden, wie man von dem alten nordalbingischen Blut nicht anders erwarten konnte. (Bravo!)

In Folge dieser Rückerinnerung nehme ich an, daß, wenn man über das, was vor dreißig oder vierzig Jahren hätte geschehen sollen, damals zweifelhaft war, doch heute über alle Zweifel der Art Absolution ertheilt worden ist (Zustimmung) bei Ihnen in Ihrer Heimath, und daß von Allen, die damals Gegner waren, eine Indemnität in den Herzen bewilligt worden ist (Zustimmung), und wenn unsere schleswig-holsteinische Bevölkerung einmal ihre Wahl mit Sachkunde getroffen hat, dann hält sie auch fest, und deshalb ist es mir nicht zweifelhaft, daß das „up ewig ungedeelt" sich nicht bloß auf Schleswig-

Holstein, sondern auch in Zukunft auf Schleswig-Holstein und das gesammte Deutschland immer mit Erfolg in Anwendung bringen läßt (Bravo!), und wer es auseinander bringen will, der muß ganz andere siegreiche Kriege führen, als wir gethan haben, um es zusammenzubringen (Bravo!).

Nun, meine Herren, die Versöhnung zwischen den früheren widersprechenden Meinungen hat ja einen äußerlichen Ausdruck gefunden in der Thatsache, daß wir eine Landsmännin von Ihnen, eine schleswig-holsteinische Prinzeß, zur Kaiserin haben, und ich glaube Ihnen deshalb einen landsmannschaftlichen Gruß zu bringen, wenn ich Sie bitte, mit mir ein Hoch auf die Kaiserin, die Prinzeß von Schleswig-Holstein, auszubringen: sie lebe hoch! hoch! hoch!

Den Hurrah- und Hoch-Rufen schloß sich der Gesang des Liedes „Schleswig-Holstein meerumschlungen" an. Dann kam der Fürst vom Balcon in den Park herab und wandelte, in gewohnter Art mit Diesem und Jenem ein freundliches Gespräch anknüpfend, durch die dichtgedrängten Reihen der Damen und Herren. Noch lange nachdem Fürst Bismarck in der nach dem Balcon hinausführenden Thür zum Speisesaal verschwunden war, blieb die größere Zahl der Untenstehenden im Park, die Blicke erwartungsvoll nach dem Herrenhause gerichtet, in der Hoffnung, den Fürsten noch einmal hervortreten zu sehen. Besonders Diejenigen, die während der Rede des Fürsten weiter im Hintergrunde des Parkes gestanden hatten und des Fürsten dabei nicht hatten ansichtig werden können, gaben die Hoffnung nicht auf, jetzt noch ein Abschiedswort des Altreichskanzlers zu hören. Diese Hoffnung sollte vorläufig nicht in Erfüllung gehen. Wer aber bis nach Beendigung des Frühstücks von den im Park Anwesenden ausgeharrt hat, wurde schließlich für seine Ausdauer noch belohnt, indem er Zeuge einer hübschen Scene wurde. Der Fürst kam nämlich nach Tisch, die lange Pfeife rauchend, auf den Balcon hinaus und ließ sich noch mit den in der Nähe desselben stehenden Herren in ein gemüthliches Gespräch ein, wobei er scherzend sagte:

Rauchen Sie nur auch. Wer raucht, verbessert die Staatsfinanzen. Mir selbst wird's Rauchen ja manchmal sauer, aber ich thue es dennoch Ihnen zum Vorbild im allgemeinen Staatsinteresse.

Freundlich und heiter grüßend zog sich der Fürst darauf zurück, während Rufe: „Auf Wiedersehen!" und „Hoch Fürst Bismarck!" ihm von allen Seiten nachschallten.

* * *

Es war nicht ausnahmslos das Huldigungsbedürfniß, das die Fremden in diesen Wochen in den Sachsenwald lockte. Den „Hamb. Nachr." wird am 26. Mai aus Friedrichsruh geschrieben:

Der große Menschenstrom, der sich in den letzten Wochen anläßlich der Huldigungsfahrten zum Fürsten Bismarck nach hier zu ergießen pflegte, scheint eine große Anziehungskraft für Taschendiebe gehabt zu haben. Es verging kein Huldigungstag, an welchem nicht eine Anzahl Portemonnaies, Brieftaschen &c. den Festtheilnehmern entwendet wurden. In Folge des häufigen Vorkommens dieser Taschendiebstähle wurden nun dieser Tage seitens der hiesigen Behörde eine Anzahl Criminalschutzleute aus Berlin requirirt, denen es gestern auch gelang, einen der Langfinger in flagranti abzufangen. Es war ein höchst patent gekleideter, schon etwas bejahrter Mann, den die Beamten dabei ertappten, wie er gerade einer Dame das Portemonnaie aus der Tasche zog. Der Verhaftete ist ein der Berliner Polizei bekannter, sehr gewiegter Gauner, der bereits mehrere Vorstrafen wegen Taschendiebstahls erlitten hat; er wurde im Laufe des heutigen Nachmittags dem Amtsgericht in Schwarzenbek zugeführt.

* * *

Am Sonnabend, dem 1. Juni, Vormittags $10\frac{1}{2}$ Uhr fand auf der Rudelsburg die Grundsteinlegung des Bismarck-Denkmals statt. Eine kolossale Menschenmenge aus der ganzen Umgegend, sowie Delegationen der meisten deutschen Universitäten wohnten der Feier bei, die vom herrlichsten Wetter verschönt wurde. Graf Lerchenfeld und Hans von Hopfen hielten die Festreden. Beide Redner betonten die besondere Bedeutung des Denkmals, welches den Fürsten Bismarck als Corpsstudent darstelle. Nach dem Weiheact wurden Böllerschüsse abgegeben, und die Musikcapelle der Erfurter Artillerie spielte der Feier angemessene Weisen. Die Festlichkeit schloß mit dem Absingen des „Gaudeamus igitur".

* * *

Am 3. Juni empfing Fürst Bismarck eine Abordnung des hessischen Kreises Hofgeismar, die ihm den Ehrenbürgerbrief der 42 Landgemeinden des Kreises überbrachte. Sie bestand aus folgenden Mitgliedern: Landrath Beckhaus in Hofgeismar, Bürgermeister Hold aus Zwergen, Peter aus Veckerhagen an der Weser, Dedolph aus Burguffeln und Rüppel aus Calden.

* * *

Am 6. Juni bringen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) folgende Feststellung:

Die Berliner „Volks-Ztg." schreibt in Bezug auf den verstorbenen früheren Justizminister Friedberg:

„In den kritischen Zeiten, in welchen an ihn das Ansinnen gestellt war, ein Gutachten über die Krankheit des Kaisers Friedrich und die staatsrechtliche Seite der Einwirkung dieser Krankheit auf die Regierungsfähigkeit des kranken Herrschers abzugeben, soll Friedberg die

Sache des kranken Kaisers mit Energie vertreten haben. Näheres darüber wissen vielleicht die ‚Hamb. Nachr.‘ zu erzählen.“

Dazu sind wir allerdings in der Lage, und zwar haben wir zu erklären, daß die Behauptung der „Volks-Ztg.“ durchaus wahrheitswidrig ist, wenn damit etwa, wie es nach dem Wortlaute den Anschein hat, gesagt werden soll, daß ein solches Ansinnen von Seite der Regierung an den Justizminister gestellt worden sei. Von Seiten der Vertreter der Regierung, in Sonderheit vom damaligen Ministerpräsidenten ist jeder Zeit „mit Energie“ der einzig berechtigte Standpunkt vertreten worden, daß die Krankheit des Kronprinzen auf seine Regierungsfähigkeit ganz ohne Einfluß sei.

* * *

Der Kriegsminister General Bronsart von Schellendorf traf am 8. Juni zum Besuch des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh ein; er übernachtete dort und kehrte am folgenden Tage wieder nach Berlin zurück.

* * *

Am 9. Juni wurden die Vertreter des Bundes der Landwirthe vom Fürsten Bismarck in Friedrichsruh empfangen. Die „Hamb. Nachr.“ enthalten am 10. Juni (A.-A.) darüber folgenden Bericht:

Für den heutigen Empfang treuer Anhänger Bismarck'scher Politik beim Altreichskanzler in Friedrichsruh war die Zeit kürzer bemessen, als bei allen früheren Huldigungsacten ähnlicher Art, aber bei keinem hat Fürst Bismarck mit größerer Lebhaftigkeit und sichtbarerem Eifer seinen Gedanken in einer Rede Ausdruck gegeben, als diesmal.

Das Arrangement beim Empfang glich den in der letzten Zeit stets üblich gewesenen. Die Damen und Herren, im Ganzen 130 Personen, nahmen gegen $^1/_2$1 Uhr vor dem Altan im Park Aufstellung. Der Fürst erschien gleich darauf; Herr von Plötz, der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, trat auf ihn zu und sprach:

Durchlauchtigster Fürst!

Als die berufenen Vertreter des Bundes der Landwirthe nahen wir uns Eurer Durchlaucht, um den Gefühlen aufrichtiger Liebe und Verehrung Ausdruck zu geben.

Wie jeder national denkende Deutsche in Eurer Durchlaucht den großen Staatsmann verehrt, welchem es vergönnt war, an der Seite des hochseligen unvergeßlichen Kaisers Wilhelm den Traum in die Wirklichkeit überzuführen, welcher seit Jahrhunderten den Deutschen aller Stämme vorschwebte, so bewundern wir Eure Durchlaucht als den Genius, welcher es verstanden hat, alle entgegentretenden Schwierigkeiten zu überwinden und das Deutsche Reich

auf so feste Füße zu stellen, daß es auf dem ganzen Erdenrund sich die höchste Achtung zu verschaffen wußte.

Wir als Landwirthe erkennen es aber außerdem noch von ganzem Herzen dankbar an, daß Eure Durchlaucht stets ein Beschützer und Förderer der Landwirthschaft waren. Und wenn auch in den Zeiten, als Eure Durchlaucht der erste Rathgeber dreier deutscher Kaiser waren, so manche trübe Wolke für den Landwirth sich aufthürmte, so haben wir dies doch geduldig ertragen und niemals den Muth sinken lassen, weil wir wußten, daß unser Reichskanzler der rechte Mann an der rechten Stelle war, und daß er die richtigen Mittel und Wege finden werde, sobald er sehen würde, daß ein so bedeutsamer Stand, wie der der Landwirthschaft, unter der geltenden Wirthschaftspolitik in Noth gerathe. So kam es auch, daß Euer Durchlaucht zu rechter Zeit in weiser Fürsorge für die producirenden Stände die Wege bahnten, um die productive Arbeit durch eine weitsichtige und fürsorgende Wirtschaftspolitik zu schützen. Euer Durchlaucht haben dadurch ein weiteres Blatt dem unvergänglichen Lorbeerkranze zugefügt, welchen Euer Durchlaucht bei der Schöpfung des Deutschen Reiches geerntet haben. Wir aber sind überzeugt, daß nicht nur bei uns Landwirthen, sondern auch bei unseren Kindern und Kindeskindern der Dank für Eure Durchlaucht ein unauslöschlicher sein wird.

Noch hat Deutschland seine Culturmission nicht erfüllt, noch müssen wir vorwärts streben, und deshalb erscheint es uns absolut sicher, daß auf die Dauer der Niedergang der producirenden Stände, wie er jetzt leider zu Tage getreten ist, nicht andauern kann.

Die Hohenzollern auf dem Kaiserthrone und die deutschen Fürsten werden stets über Deutschlands Wohl und Wehe wachen und zur rechten Zeit dafür eintreten, daß die Grundveste für Thron und Alter und Vaterland, der Bauernstand sowohl, wie die gesammten Mittelstände, nicht weiterem Verfall überlassen werden. Und möge es in Deutschland der Krone niemals an Rathgebern fehlen, welche mit ebenso hoher Einsicht und Entschlossenheit ihre Pflicht erfüllen, wie Euer Durchlaucht ein solch erhabenes Beispiel an Vaterlandsliebe gegeben haben, gestützt auf wahre Gottesfurcht und echte Königstreue.

Wenn uns Landwirthe die treue Verehrung und tiefe Dankbarkeit hierher zu Euer Durchlaucht Ruhesitz geführt hat, so kommen wir nicht allein, sondern auch deutsche Frauen und Jungfrauen begleiten uns als Vertreterinnen des landwirthschaftlichen Gewerbes, und darf dies wohl als ein Beweis gelten, daß gerade unter den deutschen Landwirthinnen die Verehrung für unseren greisen Alt-Reichskanzler eine so hohe ist, wie sie einem Staatsmann wohl noch niemals entgegengebracht wurde.

Euer Durchlaucht möge es nun gefallen, als ein kleines Zeichen der Dankbarkeit und Verehrung, welche im Bunde der Landwirthe tief wurzelt, diese

Adresse und gleichzeitig als Symbol der Treue und Standhaftigkeit diesen Schild aus edlem Metalle entgegenzunehmen.

Möge für spätere Generationen damit der Beweis geliefert werden, daß in Deutschland man nicht vergessen hat, seine größten Männer zu ehren.

Sodann wollen Euer Durchlaucht gestatten, die Summe von 10000 Mark zu übergeben mit der Bitte, dieselben einem nationalen Zwecke zu überweisen. Die Summe ist aufgebracht durch Sammlung in grundsätzlich ganz kleinen Beträgen unserer Mitglieder.[1])

Gott schütze Eure Durchlaucht noch lange Jahre, und Sie, meine Damen und Herren, bitte ich, einzustimmen in den jubelnden Ruf: Seine Durchlaucht, Fürst Bismarck, er lebe hoch, hoch, hoch!

Nach dem mit Begeisterung aufgenommenen Hoch sprach der Fürst:

Ich bitte die Herren zunächst, meinem Beispiel zu folgen und sich zu bedecken, um die Sonnenblende zu vermeiden. —

Meine Herren und Damen! Sie bringen mir in Ihrer Adresse und in dem schön gearbeiteten begleitenden Schild einen Beweis der Anerkennung der Vergangenheit, in der es mir vergönnt war, an den Geschicken unseres Vaterlandes thätig mitzuwirken, und als solcher, als ein Anerkenntniß für die Vergangenheit, ist es ja für einen alten Politiker, der am Abend seines Lebens steht, doch höchst werthvoll, dieses Zeugniß seinen Kindern zu hinterlassen. Ich würde gern mit Ihnen auch weiter gemeinsam arbeiten, um die Zukunft den Wünschen und Bedürfnissen unseres Volkes entsprechend zu gestalten; aber dazu versagen sich mir die Kräfte, und selbst den geringen Einfluß, den ich auf Grund meiner politischen und wirthschaftlichen Erfahrung auf die Gestaltung unserer Zukunft noch üben könnte, bitte ich außer Rechnung zu lassen.

Ich kenne die Absichten unserer Gesetzgeber nicht und habe keinen Einfluß auf dieselben. Es ist ja auch schwer, einen Einfluß auf unsere Zukunft wieder zu gewinnen, nachdem vor einigen Jahren für längere Zeit darauf verzichtet worden ist. Wir sind festgelegt durch die Handelsverträge; an denen können wir ehrlicher Weise nichts ändern, so lange sie gelten, und wir müssen, um doch nicht müßig zu bleiben, ins Auge fassen, was wir ohne deren Aenderung für die Landwirthschaft thun können. Da sind ja noch manche sogenannte kleine Hülfen, die in der Hand der Regierung und der Gesetzgebung stehen, aber bei denen auch die Landwirthe selbst durch ihre Abgeordneten zur Gesetzgebung mitwirken können und mitzuwirken haben. Das ist in den letzten fünf

[1]) Durch Fortsetzung der Sammlung dieser kleinen Beträge in landwirthschaftlichen Kreisen stieg der Ertrag nachträglich auf 22316 Mark 53 Pfennige.

Jahren meiner Ueberzeugung nach doch nicht mit dem Nachdruck geschehen, mit dem es hätte geschehen können. (Sehr richtig!)

Als ich ausschied aus dem Dienste, da kam ja doch ein — ich möchte sagen nach neuerem parlamentarischen Ausdruck — ein unlauterer Wettbewerb der Fractionen zum Vorschein (Heiterkeit), wer die Erbschaft antreten könnte, wer sich hinreichend lieb Kind machen könnte, um das Heft in die Hand zu bekommen der herrschenden Fractionen und des Ministerpostens, den der Eine oder Andere begehren mochte. So lange ich im Dienste war, hatte sich der Ehrgeiz in der Richtung schweigend und zurückhaltend verhalten. Sobald die unerwartete Freiheit der Carrière entstand, glaubte Jeder, daß ihm zunächst der blaue Brief bevorstände (Heiterkeit), und dieser Stimmung verdanken wir die Annahme der Handelsverträge (Zustimmung) und die Demüthigung, der die Parlamente sich unterzogen haben, daß sie in wenig Wochen Fragen von der Tragweite durchpeitschten, kann ich wohl sagen, ohne sie näher prüfen zu können. (Bravo, sehr richtig!)

Der erste Schaden war, daß wir zu einer Zeit, wo wir das Geld nöthiger wie je zu einer Verstärkung unserer Wehrkraft gebrauchten, auf durchschnittlich 40 Millionen Zolleinkünfte verzichteten, die ohne irgend eine Belästigung, ja mit Nutzen für das Inland in unsere Staatscasse flossen. Ich will in der Kritik nicht weiter gehen, denn ich habe in Rückblick auf meine Vergangenheit und auf meine ganze Stellung zu unseren monarchischen Einrichtungen doch nicht den Beruf der Kritik; hätte ich den, so wäre ich vor ein paar Jahren, als ich Reichstagsabgeordneter war, hingegangen nach Berlin und hätte von der Leber weg geredet. (Bravo!) Wenn ich das aber ganz freien Herzens gethan hätte, so fürchte ich, daß vielleicht doch noch der Eindruck gekommen wäre, daß Richter und Bebel die besseren Menschen im Vergleich mit mir wären. (Stürmische Heiterkeit.) Denn ich habe da, wo ich die Verpflichtung fühlte zu fechten, nie eine Mördergrube aus meinem Herzen gemacht. (Bravo!) Aber ich thue es jetzt. Ich habe keine Verpflichtung zu fechten, ich bin nur noch ein zuschauender Privatmann, der mit herzlichem Danke die Anerkennung entgegennimmt, die ihm seine Vergangenheit mit Gottes Hülfe geschaffen hat. Unsere Sache — wenn ich sage „unsere“, so meine ich die der Landwirthe — denn ich bin Landwirth von Haus aus (Bravo!), ich bin es gewesen, ehe ich Beamter wurde und ehe ich Minister wurde, und als Minister habe ich natürlich keiner Fraction angehören können, sondern nur dem Vaterlande und dem König. (Bravo!)

Jetzt kann ich wieder fest für meine alte landwirthschaftliche conservative Fraction leben, und da möchte ich meine Fractionsgenossen bitten,

bei den Wahlen — die die einzige Waffe sind, die uns ja zu Gebote steht, die einzige Mitwirkung auf unsere Gesetzgebung, aber eine, ich bedaure es, vernachlässigte Mitwirkung in den letzten Jahren —, daß wir bei den Wahlen mehr als bisher auf Vertretung unserer Interessen sehen. (Zustimmung.)

Wie die Wahlen bei uns zuerst aufkamen, da waren ja die politischen Meinungsverschiedenheiten im Vordergrunde. Wer alt genug ist, sich zu erinnern, wie die Programme 48, 49 wie die Spargel aus der Erde schossen überall und man tüpfelte daran, wer etwas politisch noch anders ausdrücken konnte wie ein anderer, der wird gleich mir das Gefühl haben, daß diese politischen Haarspaltereien sehr in den Hintergrund getreten sind im Vergleich mit den materiellen Interessen, die es gilt im Lande zu vertreten. Um sie zu vertreten und vertreten zu sehen durch unsere Abgeordneten mit Sicherheit, da müssen wir doch Mitinteressenten wählen und nicht solche Abgeordnete, deren Interessen nachher vorzugsweise in Berlin bei den Leuten ohne Halm und ohne Ar liegen (Heiterkeit, Bravo!), sondern die festhalten zu ihren Wählern. Früher konnte man ja ohne Weiteres einen Landrath wählen; der war ein mit dem Kreise ohne Scheidungsmöglichkeit vertrauter Genosse, der mit 70 Jahren als Landrath, da wo er gewählt war, starb und der den Kreis überhaupt vertrat. Heutzutage hat der Ausdruck Landrath für den Wähler noch natürlich und Gott sei Dank etwas Bestechendes; aber es sind doch in der Mehrzahl junge Beamte, die so bald als möglich aus der unteren Stufe des Landraths in höhere gelangen wollen und die ihre Wahl unter Umständen als Treppe dazu betrachten.

Ich würde ferner bei Abgabe meines Votums als Wähler mir auch den Candidaten darauf ansehen: hat der Mann etwa den Wunsch, Minister zu werden in Berlin? (Heiterkeit.) Dann würde ich ihm ganz gewiß die Stimme nicht geben, denn dann liegt sein ganzes Interesse in der Ebnung und Vervollkommnung seiner Carrière, und er wird seine Wähler vergessen und Berlin im Gedächtniß halten.

Ferner auch würde ich mir die Frau ansehen, die mitgeht. Hat die ein Bedürfniß in Berlin zu wohnen und dort eine gesellschaftliche Rolle zu spielen und eine Stellung zu gewinnen, so würde ich den Mann auch nicht wählen; nachher, wenn er wirklich als Minister wirkt, so wächst er fest vermöge der conservativen Richtung der Frau in der Wohnung als Minister, die dem Manne immer wie ein zu weiter, ererbter, vom älteren Bruder überkommener Rock sitzt (Große Heiterkeit); der Frau fehlt aber immer noch ein Zimmer in dieser großen Wohnung; sie hofft es aber noch zu erlangen und sie kann sich deshalb nicht trennen. Dann entstehen

die Kleber als Minister, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie irgend welche landwirthschaftliche Interessen mit Energie bei ihren Collegen vertreten. (Zustimmung.)

Und deshalb, wenn wir mal wieder wählen, wählen wir vor allen Dingen keine Streber, sondern Leute von unserem Fleisch und Blut, die denselben Regen fühlen, unter dem wir naß werden, und sich über denselben Sonnenschein freuen, unter dem unser Korn gedeiht. (Bravo.) Halten wir fest an der Interessenvertretung! Die Landwirthschaft ist das erstgeborene Gewerbe und dasjenige, was doch noch heute die relative Majorität unter allen Gewerbebetrieben im Deutschen Reiche hat — sie ist aber bei Weitem nicht das erst Berücksichtigte. Das erst Berufene mag sie sein; aber es gehen ihr alle anderen vor, weil die Landwirthe eben nicht in der Stadt wohnen und nicht den Einfluß auf die Vorbereitung unserer Gesetze haben.

Alle die Herren, die ihr Gehalt beziehen, es mag gutes oder schlechtes Wetter sein, und weiter nichts beanspruchen, die sind es, die unsere Gesetze vorbereiten und so weit bringen, daß der Landwirth aus der Provinz, der nach Berlin kommt, nach seiner ganzen Vorbildung nicht in der Lage ist, etwas daran zu ändern. Er ist immer in der Lage, Nein zu sagen. Ist aber sein Fractionschef ein Mann, der Minister werden will, dann darf er nicht Nein sagen, und uns Landwirthe drückt der Schuh nachher, den sie in Berlin arbeiten. Und deshalb möchte ich empfehlen, daß wir uns des berechtigten Mittels, das wir bei den Wahlen haben, und in der parlamentarischen Mitwirkung an der Gesetzgebung, doch mehr und etwas muthiger bewußt werden, als bisher in der Praxis erkennbar ist, und daß wir der Gesetzmacherei ohne Halm und Ar den Kriegsruf entgegensetzen: für Halm und Ar! (Stürmischer Beifall.) Für jeden ehrlichen productiven Erwerb, für Handwerk und Industrie, für Alle, die wir produciren — wir müssen zusammenhalten gegen die Drohnen, die uns regieren, aber nichts produciren als Gesetze, und das reicht nicht.

Nun, meine Herren, ich habe leider gehört, daß Sie Ihre Anwesenheit hier auf sehr kurze Zeit beschränkt haben, und unterdrücke deshalb, was ich sonst noch hätte sagen können, und schließe meine Aeußerungen mit der Bitte, mit mir zusammen den ersten Grundbesitzer unseres Landes, den Kaiser, leben zu lassen, der doch nicht bloß als Landesfürst und Fleisch und Blut von unserem Fleisch und Blut fühlen muß, wie diese große Menge seiner treuesten und vielleicht finanziell am meisten belasteten Unterthanen leidet, sondern dem ich auch wünschte, daß die alte vornehme Art noch Geltung hätte, nach der ein regierender Herr bei uns wenigstens keine Geldabfindung vom Staate empfing, sondern seine ihm

angestammten Güter behielt und aus ihnen herauswirthschaftete und auf diese Weise mit der Landwirthschaft und mit dem Lande jede Bewegung fühlte an seinen eigenen Erlebnissen.

Nun, das ist ein frommer Wunsch, der sich nicht verwirklichen wird, ich gebe ihm hier nur Ausdruck, um meine Gedanken zu beleuchten. Ich würde sonst noch weiter gehen und sagen: gebt jedem Staatsminister eine Domaine, von deren Ertrag er zu leben hat (Heiterkeit, Bravo!), oder betheiligt ihn an einer Industrie, deren Erträge sein Einkommen bilden. Aber daß dieses Einkommen, es mag gut oder schlecht gehen, unter allen Umständen gesichert bleibt, das paßt nicht zu der menschlichen Schwäche. Wenn er mit herauf und herunter geht mit dem Wohlbefinden des Staates und der Regierten, dann ist er doch aufmerksamer und wehrt sich mit. Also das nur zur Beleuchtung.

Diese mehr theoretische Unzufriedenheit mit den bestehenden heutigen Verhältnissen hindert übrigens nicht, der Verehrung für den Kaiser Ausdruck zu geben, und bitte ich Sie, meine Herren, Se. Majestät den Kaiser, unseren größten Grundbesitzer und den berechtigten und den verpflichteten Schutzherrn der Landwirthschaft und aller productiven Gewerbe hoch leben zu lassen. Se. Majestät der Kaiser, er lebe hoch, abermals hoch und abermals hoch!

Nun wurden sämtliche Damen gebeten, ins Schloß zu kommen, und eine jede überreichte dem Fürsten einen Blumenstrauß; alle Bouquets unterschieden sich durch die Wahl der zu ihnen verwendeten Blumen von einander, aber alle waren von gleicher Größe und in gleicher Umhüllung, so daß die Reihe der einzelnen Sträuße wieder ein zusammengehöriges Ganzes, einen duftenden und reichhaltigen Kranz bildete, der nachher die Brüstung des Balkons in höchst origineller Weise schmückte. Außer den etwa 40 Damen lud der Fürst noch so viel Herren zur Frühstückstafel, als die Speisezimmer des Herrenhauses Platz boten.

Der Huldigungsact mit der sich daran schließenden Frühstückstafel nahm, wie schon Eingangs erwähnt worden ist, einen schnelleren Verlauf als die meisten der im vorigen Monat und im April abgehaltenen Empfänge. Der Fürst verzichtete auf einen Rundgang im Park und blieb nach seiner Rede im Speisesaal, bezw. auf dem davor liegenden Altan, und schon halb zwei Uhr ging der aus vier Salonwagen bestehende Sonderzug wieder von Friedrichsruh in der Richtung nach Berlin ab, mit dem die Mehrzahl der Mitglieder des Bundesvorstandes die Heimreise antraten.

* * *

Ueber den Verlauf des Frühstückes berichtet die „Deutsche Tages-Zeitung“ noch näher:

Als beim Frühstück der Fürst nach seinem Befinden befragt wurde und seiner Schmerzen Erwähnung that, sagte er lächelnd:

Ich will aber nicht viel von meinen Schmerzen reden; sonst könnte mir's wie jenem 75jährigen Manne gehen, der, als er über Zahnschmerzen klagte, die Antwort bekam: „Seien Sie froh, daß Sie in dem Alter überhaupt noch Zahnschmerzen haben".

Nur das eine bedauerte der Fürst lebhaft, daß er nicht mehr zu Pferde steigen könne. Sein sehnlichster Wunsch sei, noch einmal 1 Kilometer galoppiren zu können, aber es gehe nicht mehr. Er erwähnte dabei, daß der alte Kaiser Wilhelm es schwer empfunden habe, als er nicht mehr habe zu Pferde steigen können. Dann habe sich auch jene schmerzhafte Steinkrankheit entwickelt, an der er eigentlich gestorben sei.

Von selbst kam der Fürst kurz auf das Darniederliegen der Landwirthschaft zu sprechen und erzählte, daß auch er das unmittelbar empfinde. So sei das Vorwerk Schwarzenbek, das mit zur Dotation gehört habe, im Jahre 1871 zu 13 Mark für den magdeburgischen Morgen verpachtet worden, während es jetzt mit Mühe und Noth die Hälfte der damaligen Pacht einbringe. Den Gedanken, den er schon in seiner Ansprache berührte, daß es recht gut sein würde, wenn die Minister statt eines festen Gehalts den Ertrag eines Landguts oder einer Fabrik als Einnahmequelle haben sollten, führte er weiter aus und verweilte auch länger bei der Betrachtung, daß es doch eigentlich vornehmer und fürstlicher gewesen sein würde, wenn die Fürsten ihre Krongüter selbst behalten hätten, statt sich zu dem Bezuge einer Civilliste zu verstehen.

Auf einen Trinkspruch des Dr. Roesicke, der dem Fürsten den Huldigungsgruß der deutschen Bauern darbrachte, erwiderte der Fürst:

Ich danke Ihnen sehr für die Worte, die Sie mir gewidmet haben. Ich kann in Wahrheit sagen, daß ich ein deutscher Bauer bin. Vor 50 oder 60 Jahren erwarb ich in Schönhausen einen Bauernhof und mußte daher auch im juristischen Sinne als Bauer betrachtet werden. Politisch und wirthschaftlich habe ich stets auf dem Standpunkt gestanden, daß der deutsche Bauernstand geschützt werden müßte, und habe somit stets als Bauer empfunden. Ich danke Ihnen.

* * *

Am 11. Juni kamen der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin nach Friedrichsruh und statteten dem Fürsten einen Besuch ab.

* * *

Ueber die von den Schlesiern schon längst geplante Huldigungsfahrt nach Friedrichsruh melden die „Hamb. Nachr." vom 11. Juni (A.-A.):

Die Huldigungsfahrt der Schlesier zum Fürsten Bismarck muß auf längere Zeit verschoben werden. Dem Centralcomité ist aus Friedrichsruh die Mittheilung zugegangen, daß der Fürst nach den körperlichen Anstrengungen der letzten Monate das Bedürfniß einer längeren Ruhezeit empfinde und daher sehr bedaure, gerade die schlesischen Herren jetzt nicht empfangen zu können; er hoffe jedoch, später um so kräftiger und dadurch im Stande zu sein, sich ihnen im persönlichen Verkehr besser widmen zu können.

* * *

Am Vormittag des 12. Juni trafen die badischen Oberbürgermeister der der Städteordnung unterstehenden Städte: Baden-Baden (Gönner), Bruchsal (Dr. Gautier), Freiburg (Dr. Winterer), Heidelberg (Dr. Wilckens), Karlsruhe (Schnetzler), Konstanz (Weber), Lahr (Dr. Schlusser), Mannheim (Beck), Pforzheim (Habermehl) in Friedrichsruh ein, um dem Fürsten Bismarck den gemeinsamen Ehrenbürgerbrief der genannten Städte zu überreichen. Der Wortlaut dieses künstlerisch ausgestatteten Briefes ist folgender:

„Die der Städteordnung unterstehenden badischen Städte haben Se. Durchlaucht den Fürsten Bismarck in nie verlöschender Dankbarkeit für seine unvergleichlichen Verdienste um das Vaterland zum Ehrenbürger ernannt und bezeugen dies durch die gegenwärtige Urkunde."

Der Fürst empfing die Herren gegen 12 Uhr Mittags im Schloß. Nachdem er sie einzeln herzlich begrüßt und ihnen die Hand gereicht hatte, ergriff Herr Oberbürgermeister Schnetzler-Karlsruhe das Wort zu einer Ansprache.

Gleichzeitig waren auch aus Ulm der Oberbürgermeister Wagner und der Stadtverordnetenvorsteher Teichmann erschienen, die den Ehrenbürgerbrief ihrer Stadt überreichten.

Der Fürst dankte den Herren mit folgenden Worten:

> Meine Herren! Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre freundliche Begrüßung. Wenn Jemand die größte Zeit seines Lebens darauf verwandt hat, an einem Baue zu arbeiten, so hat er natürlich bis an sein Ende ein Interesse daran, zu sehen, ob er hinreichend festgefügt ist, und jedes Zeugniß, welches ich dafür erhalte, daß die Bewohner des Baues mit ihm zufrieden sind und an seine Festigkeit glauben, ist für mich um so werthvoller, je älter ich werde. Ich gehöre zu den Leuten, die Werth auf eine gute Grabschrift legen und auf ein gutes Zeugniß meiner Mitbürger. Und gerade vom entferntesten Süden und Südwesten ist mir besonders werthvoll: einmal, daß Sie sich wohlfühlen und zweitens, daß Sie an die Haltbarkeit des Baues, so wie er ist, glauben.
>
> Das Großherzogthum Baden hat ja durch seinen Landesherrn und durch die Gesinnung seiner Bewohner einen wesentlichen Antheil an der

nationalen Bewegung genommen, manchmal unbequem, manchmal förderlich, und wir haben in Berlin warten müssen, bis die Verhältnisse in Europa, und namentlich in Deutschland, so weit reif waren, daß wir die Maingrenze fallen lassen konnten. Baden allein in den Norddeutschen Bund aufzunehmen war nicht angängig, wir mußten den größeren süddeutschen Block, den Bayern und Württemberg bilden, doch nothwendig gleich mit herein haben und so lange abwarten, bis dies der Fall war.

Es ist dies ja ein großer und schöner Rückblick, der sich mir beim Abschluß meiner politischen Laufbahn gewährt, daß nicht bloß äußerliche Einheit, sondern auch innerliche Einmüthigkeit zwischen dem Norden und Süden, zwischen Land und Stadt, zwischen Militair und Civil herrscht. Wie ich Minister wurde, war ich allein nicht hinreichend, den Zwiespalt zu beseitigen, der zwischen dem Bürger- und dem Wehrstande damals bestand und der allein schon genügte, die nationale Stärke zu gefährden. Das Alles hat sich geglättet und ist geschwunden und kommt, so Gott will, nicht wieder; und allen, die daran mitwirken und mitgewirkt haben, kann ich nur als competenter Zeuge meinen herzlichsten Dank sagen.

Und auch der alten Reichsstadt Ulm hat die vaterländische Gesinnung niemals gefehlt; sie wird feststehen, wie ihr Münster, der schönste bevor der Kölner fertig wurde; dem Straßburger fehlt ja ein Ohr.

Ich bin leider etwas krank und matt, ich bin augenblicklich zu einem Barometer geworden, jeder Witterungswechsel macht sich an meinem Körper fühlbar, und ich habe deßhalb das Bedürfniß, mit den Herren mich hinzusetzen und more germanico zur Stärkung ein Glas zu trinken. Aber ehe wir dahingehen, bitte ich Sie noch, den Ausdruck meiner Dankbarkeit für die Mitwirkung, die ich aus Baden und namentlich aus *badischen bürgerlichen Kreisen* gehabt habe, dadurch zu bethätigen, daß Sie mit mir das Hoch *Ihres Landesherrn*, meines *Gönners*, des *Großherzogs*, ausbringen. *Se. Königl. Hoheit lebe hoch! hoch! hoch!*

Die Herren stimmten begeistert ein und begaben sich dann zum Frühstück.

Das an den Uebergabe-Act sich anschließende Frühstück fand im Familienkreise statt. Der Fürst war dabei besten Humors, gedachte früherer Ausflüge, die er von Frankfurt aus nach Heidelberg unternommen, und meinte, als sein gutes Aussehen betont wurde,

er sei in dieser Beziehung ein Blender; sein Befinden lasse doch Manches zu wünschen übrig, namentlich seien seine Gesichtsschmerzen gegenwärtig wieder besonders stark. Das Reisen sei ihm lästig, vielleicht würde er sich dazu noch eher entschließen, wenn er die Garantie habe, auswärts als Particulier behandelt zu werden, worauf er aber zu wenig rechnen

könne. Er habe in der letzten Zeit so viel Wein geschenkt bekommen, daß er befürchten müsse, ihn in diesem Leben nicht mehr trinken zu können; er gönne seinen Erben Alles, nur nicht seinen Weinkeller. Wenn er die badischen Oberbürgermeister auffordere, ihm denselben leeren zu helfen, so könne er übrigens nicht umhin, sich darüber zu wundern, daß sie bei ihrem Amte durchschnittlich noch so jung seien. Sie seien noch nicht von der schweren Krankheit befallen, an der er leide, nämlich vom Alter.

An den Oberbürgermeister Gönner von Baden-Baden, der auf dem letzten badischen Landtage die Stelle eines Präsidenten der zweiten Kammer bekleidete, richtete er scherzend die Anfrage, auf welche Zahl sich bei ihm der Bedarf an Ordnungsrufen während einer Session beziffere, und meinte im Übrigen, mit den Landtagen sei doch noch leichter zu arbeiten als mit dem Reichstage.

Gegen Schluß des Frühstücks, welches in animirtester Stimmung verlief, erhob sich Oberbürgermeister Beck von Mannheim zu einem Trinkspruch auf den Fürsten, in welchem er etwa ausführte:

Tief im Herzen bewegt, zugleich freudigen Stolzes hätten die Anwesenden die bedeutenden Worte des Fürsten über das engere Heimathland vernommen. Zauberähnlich habe in den letzten Monaten das Wort „Unseres Bismarck's Geburtstag" Millionen von Deutschen inmitten der Zerrissenheit des Parteilebens zur Feier in ernsten Versammlungen und fröhlichen Festen zusammengeschaart. Auch in der süddeutschen Ecke, wo der geliebte Landesherr durch seine Wanderung nach dem Sachsenwalde[1]) zum Geburtsfeste seinem Volke aus dem Herzen gesprochen habe, hätten sich die Verehrer Bismarck's, allen voran das Bürgerthum der badischen Städte, gedrungen gefühlt, dem großen Kanzler eine würdige Huldigung darzubringen. Die Erschienenen seien sich der Bedeutung des Augenblicks wohl bewußt, eine kurze Spanne Zeit verleben zu dürfen mit dem reckenhaften Altreichskanzler, dessen Verdienste um die Einigung und das Ansehen des deutschen Vaterlandes, die Erhaltung des Völkerfriedens Redner näher ausführt.

Die deutschen Patrioten pilgerten zu ihm — dem Einsiedler im Sachsenwalde — um so zahlreicher in dem Jubeljahre jener großen Zeit, in der fast jeder Tag sich gestalte zum weihevollen Gedenktage für des Reiches Baumeister, dem Redner sein Hoch widmet.

Fürst Bismarck dankte sofort und wies darauf hin,

daß er allein das nicht hätte vollbringen können, was auf dem Gebiete

[1]) Vergl. oben S. 92.

der Einigung des Vaterlandes erreicht worden sei. Als der einzige Ueberlebende, der für das damals Geschaffene verantwortlich sei, müsse er vor Allem des Kaisers Wilhelm I. gedenken, der nie wankend gewesen sei, auch nicht unter den schwierigsten Verhältnissen. In seiner Jugend habe derselbe noch Zopf und Puder getragen; er habe eine gewaltige innere Umbildung durchmachen müssen, bis aus ihm der Fürst geworden sei, dessen Andenken wir Alle segneten. Eine seiner Haupteigenschaften sei die Treue gewesen, die er stets auch seinen Dienern bewahrt habe. Er forderte dann mit sichtlicher Rührung die Anwesenden auf, ein stilles Glas zum Gedächtnis an den verewigten Kaiser zu trinken.

* * *

Der „Reichs-Anzeiger" enthielt am 14. Juni folgende Auslassung:

In der Ansprache, die Fürst v. Bismarck in Friedrichsruh am 9. d. M. an den Central-Ausschuß des Bundes der Landwirthe gehalten hat, war unter anderem von Ministern die Rede, die am Amte „klebten" und sich von der Ministerwohnung nicht trennen könnten. Dieser Passus ist mehrfach in der Presse auf den Staatsminister von Boetticher bezogen worden. Wie irrthümlich diese Bezugnahme ist, ergiebt sich aus der Thatsache, daß Herr von Boetticher bereits im Februar 1890 nach zehnjähriger Thätigkeit an der Spitze des Reichsamts des Innern dem Fürsten Bismarck den Wunsch ausgesprochen hat, aus seinen Aemtern entlassen zu werden, und daß Fürst Bismarck ihn damals im Dienste zurückgehalten hat. Auch später hat Herr von Boetticher wiederholt seine Entlassung erbeten, welche ihm jedoch nicht gewährt worden ist, wie unter Anderem aus nachfolgendem Allerhöchsten Handschreiben hervorgeht:

„Mein lieber Staatsminister von Boetticher! Schon mündlich habe Ich Ihnen zu erkennen gegeben, daß Ich Mich außer Stande sehe, Ihrem Gesuch um Entlassung aus Ihren gegenwärtigen Aemtern zu entsprechen. Sie wissen, wie hoch Ich Ihre Verdienste schätze, welche Sie sich in einer längeren Reihe von Jahren um das Reich wie um Preußen erworben haben, und Ich kann, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen, nicht auf die Hülfe einer so bewährten Kraft, wie Ich sie in Ihnen besitze, verzichten. Ich halte Mich auch versichert, daß Ich nicht vergeblich Ihren Patriotismus anrufe, wenn Ich an Sie die Aufforderung richte, auch fernerhin Ihre Dienste in Ihrer jetzigen Stellung Mir und dem weiteren wie dem engeren Vaterlande zu widmen. Ich verbleibe Ihr wohlgeneigter

Wilhelm R."

Berlin im Schloß, den 29. Mai 1892.

An den Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssecretair des Innern Dr. von Boetticher.

Die „Hamb. Nachr." brachten diese Kundgebung bereits in der A.-A. des 14. Juni zum Abdruck und kamen dann am 16. Juni (M.-A.) darauf zurück in folgendem Artikel:

Herr von Boetticher. Wir haben in unserer Freitag-Abendausgabe einen Artikel des „Reichs-Anzeigers" mitgetheilt, worin die Annahme als irrthümlich bezeichnet wurde, daß eine Stelle in der Rede des Fürsten Bismarck an die Landwirthe auf den Minister von Boetticher zu beziehen sei; zugleich reproducirte das amtliche Blatt den Text der Cabinetsordre vom 29. Mai 1892, worin der Kaiser die angebotene Entlassung des Herrn von Boetticher unter Anerkennung der Verdienste desselben ablehnt und ihn unter Berufung auf seinen Patriotismus auffordert, im Amte zu bleiben.

Das Actenstück ist ein sehr ehrenvolles Attest Seiner Majestät des Kaisers und ein Beweis der Hingebung, mit der der Adressat dem Throne gedient hat. Etwas zweifelhafter sind wir über die Tragweite der vom „Reichsanzeiger" in erster Linie angeführten „Thatsache", daß Herr von Boetticher „bereits im Februar 1890 den Wunsch ausgesprochen habe, entlassen zu werden, und daß Fürst Bismarck selber ihn im Dienste zurückgehalten habe!" Diese „Thatsache" ist für uns ein Novum, und wir würden es mit Interesse begrüßt haben, wenn der Beweis für die Richtigkeit der Angabe durch ein ähnliches unanfechtbares Actenstück wie die Cabinetsordre vom 29. Mai 1892 geführt worden wäre. Die „Köln. Ztg." tritt als Schwurzeuge auf, indem sie in ihrer Nummer vom 12. Juni sagt, Herr von Boetticher hätte schon vor dem Rücktritte des Fürsten Bismarck „diesem sein Portefeuille zur Verfügung gestellt". Die „Köln. Ztg." übersieht dabei, daß Fürst Bismarck niemals, am wenigsten im Februar 1890, die Verfügung über Minister-Portefeuilles hatte, sondern daß diese lediglich an allerhöchster Stelle lag. Dort aber war Herr von Boetticher unserer Erinnerung nach persona gratissima, wie u. A. durch die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens bekundet und dadurch bethätigt wurde, daß Herr von Bötticher sich in der Lage fühlte, die von den allerhöchsten Auffassungen abweichende Politik seines Vorgesetzten, des Reichskanzlers, bezüglich der Arbeiterfragen offen und amtlich zu bekämpfen. Es wurde damals, im Februar 1890, allgemein geglaubt, daß Herr von Boetticher in der Stellung des preußischen Ministerpräsidenten zum Nachfolger des Fürsten Bismarck ausersehen sei. Es war deshalb anzunehmen, daß, wenn ein Abschiedsgesuch des „kommenden Mannes" in jener Zeit wirklich zur amtlichen Entscheidung gelangt wäre, dieselbe ziemlich ähnlich gelautet haben würde, wie die gnädigste allerhöchste Ordre vom 29. Mai 1892. Wir sind viel eher geneigt, zu glauben, daß in damaliger Zeit das Ver-

bleiben des Herrn von Boetticher im Amte für sicherer galt als das des Fürsten Bismarck.

Es ist uns nicht wahrscheinlich, daß Fürst Bismarck durch seine Aeußerung an die Vertreter der Landwirthschaft den Rücktritt irgend eines der jetzigen activen Staatsminister habe fördern wollen. Wir sind sogar gewiß, daß er dieses Mittel dazu nicht für das richtige gehalten haben würde. Wenn wir die Rede des Fürsten sine ira et studio durchsehen, so finden wir in ihr nur Empfehlungen an die landwirthschaftlichen Wähler über die Gesichtspunkte, nach denen sie künftig ihre Abgeordneten wählen möchten. Der Fürst empfiehlt, bei der nächsten Wahl keinen „Klebern und Strebern“ mit Frauen, die an großen Berliner Wohnungen hingen, die Vertretung zu übertragen; mit keiner Silbe greift er in die königliche Prärogative der Ministerwahl ein, er spricht nur von der Abgeordnetenwahl.

Wie kommt es nun, daß gegen eine solche Aeußerung, zu welcher der Insasse von Friedrichsruh jederzeit als Wähler und Urwähler berechtigt ist, plötzlich die ganze caprivistische Presse in Aufmarsch geräth, resp. zum Angriff bläst, und daß der „Reichsanzeiger“, der ohne ministeriellen Einfluß doch nicht zugänglich ist, mit der „Köln. Ztg.“ in ein Horn zu stoßen angewiesen wird? Uns ist dies aufgefallen, aber wir schließen daraus noch nicht, daß die Männer und die Fractionen, deren Beihülfe hieraus erkennbar ist, sich irgendwie durch die Friedrichsruher Rede getroffen fühlten. Nicht, daß sie keinen Anlaß dazu hätten; aber wir glauben, daß sie zu abgehärtet gegen Vorwürfe sind, um allein aus Empfindlichkeit in dieser Weise noch dem Spruche: „Wen's juckt, der kratze sich“, zu reagiren. Es scheint uns vielmehr ein Vorstoß nach oben hin vorzuliegen zur Befestigung des alten Caprivismus, bei dem die „Köln. Ztg.“ als Chorführerin der Declamationen functionirt wie in früheren Zeiten. Die Epigonen des Grafen Caprivi befinden sich noch heute im Besitze amtlicher und officiöser Einflüsse, und wenn sie auch unter sich nicht immer einig sind, so halten sie doch nach außen hin die Solidarität aufrecht in der Hoffnung, daß die alten officiösen Stränge noch fest genug hielten, und daß sie in der Zukunft wieder stärker werden könnten. Es handelt sich hierbei nicht sowohl um Personen, die mit einander kämpfen, als um Systeme, um die Frage, ob schließlich der alte Cours mit seinem Schutze der inländischen Production oder der neue caprivistische mit dem Gewinnen der Gegner durch Tributzahlung bei uns fixirt werden soll.

Die „Köln. Ztg.“ und ihre caprivistischen Freunde verlangen, wie wir dies aus dem Artikel des Blattes schließen, vom Fürsten Bismarck, daß er schweigt, gehorcht und Steuern zahlt. Warum verlangen sie das

nicht auch von Herrn Richter, Bebel und Anderen? Der Unterschied zwischen beiden Stellungen ist doch nur der, daß der ehemalige Reichskanzler eine längere politische Erfahrung und ein in sachlicher Arbeit gereiftes Urtheil hat, was den Anderen abgeht. Der Bismarck der „Köln. Ztg.“ hätte nach ihrer Ansicht den Landwirthen, die ihn besuchten, um ihm eine politische Anrede zu halten, antworten sollen: „Meine Herren, ich darf mir leider wegen meiner Vergangenheit nicht erlauben, über die preußische und deutsche Politik ein Urtheil auszusprechen; wenn ich es dürfte, so würde ich Sie beglückwünschen, daß wir heute unter dem segensreichen Regime der Handelsverträge leben, daß wir unter dem Grafen Caprivi endlich eine Regierung gefunden hatten, die sich auf die Socialdemokratie, die Polen und die Fortschrittler stützte, und daß wir auf allen politischen Gebieten stets muthige und geschickte Minister gehabt haben. Aber da ich früher Reichskanzler war, so muß ich auch diese meine Anerkennung verschweigen.“ Auf solchen Unsinn läuft es doch hinaus, wenn Zeitungen, die, wie die Kölnische, ihre Ueberzeugung vielleicht öfter als ihre Wäsche gewechselt haben, in diesem schulmeisternden Tone den Fürsten Bismarck belehren wollen. Wir finden die Forderung, daß Fürst Bismarck, namentlich wenn er durch Deputationen und Kundgebungen en demeure gesetzt werde, schüchtern und byzantinisch schweigen solle, doch ungewöhnlich unverschämt und nur als Product des Parteifanatismus erklärlich.

Die „Köln. Ztg.“ und andere Blätter ejusdem farinae sprechen in ihren Artikeln übereinstimmend von einer heftigen Erbitterung, Verstimmung und von bestimmten Plänen des Fürsten Bismarck. Es ist das ja ein natürlicher Versuch, im Parteikampf die Stellung, die man bekämpft, als Ergebniß zorniger Leidenschaft zu charakterisiren. Aber Alle, die den Fürsten Bismarck in der letzten Zeit zu sehen Gelegenheit hatten, haben bei ihm nur einen Grund zur Verstimmung entdeckt, und der liegt in seinen neuralgischen Gesichtsschmerzen. Ebensowenig hat der Fürst ein Bedürfniß — und wenn er es hätte, schwerlich die Möglichkeit —, auf die Gestaltung der jetzigen Regierung irgendwie Einfluß zu gewinnen. Wir sind gewiß, daß er nicht einmal die Absicht hat, Rath zu ertheilen, wenn ein solcher von ihm begehrt werden sollte; er würde sich enthalten, die Verantwortlichkeit für einen Rath zu übernehmen, auf dessen praktische Durchführungen er keinen Einfluß hätte. Daß er aber einen solchen in amtlicher Stellung wieder erstrebe, haben selbst seine unfreundlichsten Gegner ihm bisher nicht Schuld gegeben.

Die „Köln. Ztg.“, welche seinerzeit den Ausdruck „Civil-Wallenstein“ erfunden hat, während ihr dabei der Octavio Piccolomini ganz entgangen ist und sie immer nur den tugendhaften Max citirt, macht in

ihrem Artikel dem Fürsten Bismarck auch noch den Vorwurf der Feigheit und des Hinterhalts. Die Haltung, die Fürst Bismarck im Dienste und später von 1890 bis 1895 beobachtet hat, verdient diesen Vorwurf sicher nicht, wohl aber findet er Anwendung auf Leute, die aus Ehrgeiz gegen ihren Vorgesetzten conspiriren.

* * *

An den Bürgermeister von Kempten richtete der Fürst am 16. Juni ein Dankschreiben für die Uebersendung des Ehrenbürgerbiefes. Es lautet:

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, den vier schwäbischen Städten,[1] welche mich durch die Verleihung ihres Bürgerrechts ausgezeichnet haben, für die Uebersendung des künstlerisch so reich und so geschmackvoll ausgestatteten Bürgerbriefes meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

* * *

Am 20. Juni empfing der Fürst den Major von Wißmann als seinen Gast.

* * *

Fürst Bismarck richtet am 22. Juni folgendes Schreiben an den Ingenieur H. Vering in Hamburg, der ihm eine Mappe mit Photographien des Nord-Ostsee-Canals übersandt hatte:

Geehrter Herr Vering!

Ihr freundliches Schreiben und die reichhaltige Bildermappe über den Nord-Ostsee-Canal habe ich gern erhalten und bei diesem Anlaß um so mehr das Befürfniß, dem Gefühle der Anerkennung und Dankbarkeit, welches ich für die am Werke betheiligten Techniker hege, Ihnen gegenüber Ausdruck zu geben.

Bei der Eröffnung ist das Verdienst der erfolgreichen und bisher fehlerfreien Ueberwindung der gewaltigen technischen Schwierigkeiten nicht in erster Linie zur Anerkennung gekommen. Die Verdienste aller parlamentarischen und staatlichen Autoritäten, welche dabei gefeiert worden sind, können mit ihrem Antheile an der Herstellung dieses großen Werkes nicht mit denen der Techniker in Vergleich gestellt werden. Die nichttechnischen Behörden haben nicht mehr thun können, als die Bewilligung des nöthigen Geldes beim Reichstage zu beschaffen, und wenn den Technikern und ihren Leistungen nicht die erste Palme gereicht wird, so kann man an den alten Vers erinnern: „Sic vos non vobis u. s. w. tulit alter honorem".

---

[1]) Es waren die Städte Kaufbeuren, Kempten, Neuburg a. Donau und Nördlingen, alle im bayrischen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg.

Demgegenüber habe ich um so mehr das Bedürfniß, wenigstens meine persönliche Bewunderung der technischen Leistungen im Reichsbau Ihnen zugleich in meinem Danke für die übersandte Mappe auszusprechen.

v. Bismarck.

* * *

Die „Hambr. Nachr." bringen am 24. Juni (A.-A.) folgende weitere Auslassung betreffs des Staatssecretairs von Boetticher:

Zur Rede des Fürsten Bismarck. Wir haben in unserer Morgen-Nummer vom 16. Juni die Ausfälle besprochen, welche in officiöser Gestalt die „Köln. Ztg.", demnächst amtlich assistirt durch den „Reichs-Anzeiger", gegen die Aeußerungen des Fürsten Bismarck den Landwirthen gegenüber gerichtet hatte. Es war von unserer Seite nicht erwartet, durch diese Zeitungsangriffe zu einer Discussion über Minister im activen Dienste veranlaßt zu werden.

Es hat uns überrascht, daß auf die Charakteristik, die Fürst Bismarck in seiner Rede von Abgeordneten, die Ministercandidaten sind, entworfen hatte, gerade der Minister von Boetticher sich meldete, also getroffen fühlte. Herr von Boetticher ist niemals, wenigstens erinnern wir uns dessen nicht, Abgeordneter gewesen[1]) und hat seine Ministerlaufbahn nicht als Abgeordneter, sondern als bureaukratischer Mitarbeiter des ersten Reichskanzlers gemacht. Wir glauben überhaupt nicht, daß die Worte des Fürsten Bismarck an die Landwirthe den Zweck hatten, Aenderungen in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Staatsministeriums zu erstreben und am allerwenigsten in der Person des Staatssecretairs des Innern im Reiche und des Ministers ohne Portefeuille in Preußen.

Wenn man den Worten des Fürsten einen besonderen Zweck unterlegt, so kann man dieselben ehrlicher Weise nur auf die nächsten Wahlen beziehen und darin eine Warnung vor der Wahl von Abgeordneten finden, welche, um ihre weitere politische Laufbahn nicht zu schädigen, sich ministeriellen Zumuthungen unterwerfen, wie es bei der Berathung der Handelsverträge der Fall gewesen ist. Für das Verhalten aller Fractionen von Rickert bis Stöcker war damals die Besorgniß maßgebend, sich den Zugang zu künftigen Cabinetsbildungen zu verderben. In dem hierauf gerichteten Wortlaute der Aeußerungen des Fürsten Bismarck liegt nichts, was auf die Vergangenheit des Herrn von Boetticher An-

---

[1]) Das ist nicht ganz zutreffend. v. B. wurde bei den Wahlen zur 4. Legislaturperiode für den 2. Schleswig'schen Wahlkreis (Apenrade-Flensburg) in den Reichstag delegirt; er schloß sich der Reichspartei an, legte aber am 7. September 1879 in Folge seiner Ernennung zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein sein Mandat nieder. Mithin hat er nur gerade ein Jahr (die Wahlen waren am 30. Juli, die Legislaturperiode begann am 9. September 1878) dem Reichstage angehört.

wendung finden könnte, und bei der Bezeichnung „Kleber" hat der Fürst ohne Zweifel nur Postenkleber, nicht Markenkleber im Sinne gehabt.

Ob Herr von Boetticher Minister bleibt oder nicht, ist auf den künftigen Verlauf unserer Politik nicht von Einfluß. Wir halten Herrn von Boetticher rebus sic stantibus einstweilen gar nicht für entbehrlich. Er bildet in seiner parlamentarischen Routine eine nothwendige Ergänzung seiner Collegen, die in Nachtheil gerathen würden, wenn er ausschiede, und sein Ausscheiden würde außerdem keine Aenderung der Politik, sondern nur eine geschäftliche Nothlage der Hinterbliebenen herbeiführen. Wir würden befürchten, daß wenn dem jetzigen Reichskanzler die parlamentarische und geschäftliche Routine des Herrn von Boetticher verloren ginge, der ihm eine ihm nicht vertraute und nicht gewohnte Arbeit abnimmt, auch die Stellung des jetzigen Kanzlers selbst erschüttert werden würde, wie er das ja mit eigenen Worten in seiner Aeußerung bei der Canalfeier angedeutet hat. Das würden wir im hohen Maaße beklagen, schon weil wir von der Thätigkeit des Fürsten Hohenlohe als Kanzler die sorgfältigste Pflege unserer Beziehungen zu Rußland erwarten, die wir als eine der ersten Aufgaben unserer auswärtigen Politik betrachten.

Andererseits glauben wir, daß die in zweiter Linie stehende Nützlichkeit des Herrn von Boetticher auch bei einem Wechsel in der ersten Linie dem Deutschen Reiche in Zukunft nicht verloren gehen würde; wir sind überzeugt, daß Herr von Boetticher auch einem agrarischen oder kirchlichen Ministerium seinen Beistand nicht entziehen würde. Wir können darnach nur sagen, es war ein Irrthum, wenn er sich von den Aeußerungen des Fürsten Bismarck den Landwirthen gegenüber getroffen fühlte und deshalb so grobes Geschütz, wie in den officiösen Artikeln der „Köln. Ztg." und der amtlichen Veröffentlichung im „Reichsanzeiger", lösen ließ. Wir glauben auch nicht, daß der ganze Vorgang bei Herrn von Boetticher unangenehme Erinnerungen hinterlassen wird, da die für ihn allein wichtigen allerhöchsten Kundgebungen vielleicht durch sein Mißverständniß der landwirthschaftlichen Rede von Friedrichsruh an Wärme gewonnen haben werden.

* * *

Wieder waren es bayrische Städte, die am 24. Juni dem Fürsten Bismarck ihre Ehrenbürgerbriefe überreichen ließen: Bayreuth und Hof. Mit der Uebergabe waren die beiden Reichstagsabgeordneten betraut worden: Bürgermeister Bayerlein aus Bayreuth und Commerzienrath Münch-Ferber in Hof; sie trafen an dem genannten Tage in Friedrichsruh ein. In seiner Erwiderung auf die Ansprachen der beiden Herren sagte der Fürst:

Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, namentlich da wir früher mit Bayreuth einen dynastischen Zusammenhang gehabt haben, lange Zeit unter derselben Dynastie gestanden sind und auch später einmal kurze Zeit unter denselben preußischen Königen.[1]) Diese Erinnerungen wurden 1866 vor dem Friedensschlusse wachgerufen, und ich habe meinem hohen Herrn damals gesagt: Bayreuth ist nun seit zwei oder drei Menschenaltern mit dem bayrischen Staate verwachsen, hat sich eingelebt und ist für Bayern treu. Die Beziehungen zu Preußen dagegen und zu Brandenburg waren in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ganz kurz und haben keinen dauernden Eindruck hinterlassen. So wie ich die ganze Sache auffasse, ist die ganze Stimmung der Einwohner der Ansbachischen Markgrafschaft nicht derart, daß, wenn wir im Kriege geschlagen würden und die Gegend räumen müßten, die Anhänglichkeit an uns in dem Lande dann ungeschwächt bleiben würde. Es würde nicht allein in München, sondern auch in den alten Markgrafschaften verstimmen, wenn man dort eine preußische Enclave machen wollte. Ich glaube, Sie, die bayrischen Franken, haben es so besser und sind eingewöhnter, es würde ein Losreißen gewesen sein.

Der Minister von der Pfordten hatte sich schon darein gefunden. Als ich aber vom König zurückkam und ihm sagte, daß Alles beim Alten bleiben solle, da fiel er mir um den Hals und küßte mich auf beide Backen und sagte: „Sie haben doch ein deutsches Herz im Leibe", worauf ich sagte: „das haben wir wohl Beide."

* * *

Am 25. Juni finden wir in den „Hamb. Nachr." zwei Bemerkungen gegen die „Voss. Ztg.", die sich mit derselben Angelegenheit beschäftigen. In der M.-A. heißt es:

Die „Voss. Ztg." schreibt, Herr von Boetticher sei neben Herrn von Marschall das bevorzugte Ziel für die Pfeile des Bundes der Landwirthe. Wir halten es für eine ungenaue Classification, wenn man Herrn von Boetticher und Herrn von Marschall gewissermaßen in einen Topf wirft als Gegner der Landwirthe. Herr von Boetticher ist an und für sich kein Gegner des Bundes der Landwirthe noch sonst irgend einer Richtung. Er hat das Bedürfniß, in dem Amte, in der Beschäftigung und in der Wohnung zu bleiben, worin er sich befindet, und an Ehre und Auszeichnung fehlt ihm eigentlich nichts mehr als die Mit-

---

[1]) Unter Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. 1791—1806. Fürst Bismarck hat diese Scene mit dem bayrischen Minister schon am 18. März 1867 ganz ähnlich, aber noch drastischer im constituirenden Reichstag dem Abgeordneten von Unruh erzählt. Vergl. H. von Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, 99.

gliedschaft in der Rangclasse der Feldmarschälle, die er erreicht haben würde, wenn er nach dem Abgange des Fürsten Bismarck preußischer Ministerpräsident geworden wäre. Im Uebrigen ist er kein nothwendiger Gegner irgend einer Partei und geschäftlich von großem Geschick und Erfahrung. Er ist daher schon aus letzterem Grunde mit Herrn von Marschall durchaus nicht in die gleiche Kategorie zu stellen.

Und in der A.-A. wird Folgendes ausgeführt:

Die „Voss. Ztg." schreibt, man verbreite geflissentlich, der Schwiegervater des Herrn von Boetticher habe durch Vermittelung des Fürsten Bismarck vom Kaiser Wilhelm I. eine große Summe aus dem Welfenfonds erhalten. Diese Angabe ist durchaus irrthümlich. Der Schwiegervater des Herrn von Boetticher ist aus seinen Verlegenheiten ausschließlich durch seinen Schwiegersohn befreit worden.[1])

Im weiteren Verlaufe seines Artikels sagt das Vossische Blatt über den letzten kaiserlichen Erlaß an Herrn von Boetticher:

„Das ist eine unzweideutige Antwort auf den Vorwurf, daß der Staatssecretair des Innern ein ‚Kleber' sei. Nicht an ihm liegt es, daß er im Amte bleibt; der Kaiser ist es, der sein Verbleiben wünscht, und des Kaisers Wunsch ist ihm Befehl. An sich wäre die für Herrn von Boetticher ehrenvolle Kundgebung keine Gewähr, daß er noch lange seines Amtes walte. Denn am 30. December 1889 erging auch an den Fürsten Bismarck jenes Schreiben des Herrschers, in dem es heißt: ‚Gott möge mir in meinem schweren und verantwortungsvollen Berufe Ihren treuen und erprobten Rath noch viele Jahre erhalten.' Drei Monate später war Fürst Bismarck entlassen. Herrn von Boetticher gegenüber liegen die Verhältnisse anders. Er ist kein selbstständiger Staatsmann; was wir über ihn sagten, als er am 8. März 1890 ohne Zuthun des Fürsten Bismarck den Schwarzen Adler-Orden erhielt, können wir heute nur wiederholen: ‚Er ist eine brauchbare Kraft, die sich überall leicht verwenden läßt; er entbehrt jeder Voreingenommenheit und Befangenheit, zumal er kein Parteimann ist..... Was ihm fehlt, sind die eigenen Ideen, der starke Wille, die feste, unbeugsame Ueberzeugung. Herr von Boetticher an zweiter Stelle ist an seinem Platze; um einen ersten Platz einzunehmen, fehlen ihm nicht weniger als alle Eigenschaften.' Aber eben deshalb ist er heute und voraussichtlich noch lange der Mann am Platze."

An einer anderen Stelle äußert sich die „Voss. Ztg." wie folgt:

„Herr von Boetticher hat heute, so wenig man es nach seiner Ver-

[1]) Wie das dem Schwiegersohn möglich geworden ist, wird sich später zeigen.

gangenheit vermuthen sollte, selbstständige Bedeutung gewonnen. Er wird im Gegensatz zu einem Theil des Ministeriums gestellt; er wird von der Rechten als der böse Geist der leitenden Kreise betrachtet. Herr von Boetticher gilt nach wie vor als der Mann des ‚Caprivismus', als der Gegner des Junkerthums, als der abgesagte Feind des Bundes der Landwirthe. So oft der Kaiser gegen den Antrag Kanitz sprach, glaubte die conservative Partei Herrn von Boetticher aus ihm sprechen zu hören, und so oft Herr von Boetticher sprach, griff ihn die Rechte an, um den Kaiser zu treffen."

Letztere Auffassung halten wir für unzutreffend. Wie wir schon hervorgehoben haben, ist Herr von Boetticher an und für sich kein Gegner des Junkerthums und kein abgesagter Feind des Bundes der Landwirthe, und wenn der Kaiser gegen den Antrag Kanitz gesprochen haben sollte, was wir augenblicklich nicht wissen, so glauben wir, daß die Inspiration dazu nicht von Herrn von Boetticher ausgegangen ist.

* * *

An demselben Tage reproduciren die „Hamb. Nachr." (M.=A.) eine Auslassung der „Zukunft" vom 22. Juni über dieselbe Angelegenheit:

In der „Zukunft" lesen wir über Herrn von Boetticher u. A. das Folgende:

Der alte Kanzler rieth den Landwirthen, sie sollten zu Abgeordneten niemals Männer wählen, die etwa Minister werden und deren Frauen dann um keinen Preis auf die Annehmlichkeiten eines Excellenzdaseins in einer geräumigen Wohnung verzichten möchten; solche „Kleber" brächten den Wählern keinen Gewinn. Der Chor der Bismarckhasser bemächtigte sich des Wortes und behauptete, mit dem Kleber könne kein Anderer gemeint sein als der längst schon schmählich verleumdete Herr von Boetticher. Das ist nicht ganz richtig; Minister (?), die von Agrariern gewählt waren und die dann, des Fortkommens halber, als heißspornige Schutzzöllner von ehedem doch Handelsverträge vertraten, hat es auch sonst schon gegeben, und die excellente Dame, die den bequemen Gatten beschwor, sie nicht aus der großen Ministerwohnung zu reißen, ist nicht in der Wilhelmstraße zu suchen. Einerlei: die Presse hatte Herrn von Boetticher genannt und Herr von Boetticher ergriff das Wort zur Entgegnung.

Er sei, so las man es im „Reichs=Anzeiger", kein Kleber, er gewiß nicht; er habe sehr oft seine Entlassung erbeten, doch sie sei ihm niemals bewilligt worden; als Beweisstück wurde ein Handschreiben des Kaisers producirt, das in höchst huldreichen Ausdrücken der Verdienste des Herrn von Boetticher gedenkt. Der Beweis ist ein bischen lückenhaft; für das Erbitten der Entlassung kann ein geschickter Mann stets solche Momente

wählen, wo er der abschlägigen Antwort gewiß sein darf. Es kommt auch gar nicht darauf an, ob Herr von Boetticher ein zäher Kleber ist. Viel interessanter und wichtiger ist die Gesammtpersönlichkeit des Ministers. Eine altpreußische Bureaukratenlaufbahn, vom Assessor zum Staatssecretair, aber ein ganz moderner Typus von eigenartiger Prägung. Er war der Günstling des Mächtigen, war so ziemlich in jedes Geheimniß eingeweiht und hatte sich auch im Hause des Fürsten durch eine joviale Corpsburschenlustigkeit ein warmes Plätzchen erobert. Der Kanzler prüfte brauchbaren Dienern nicht allzu ängstlich Herz und Nieren; die Hauptsache war, daß sie eben brauchbar waren, für alles Uebrige würde der alte Hexenmeister selbst schon sorgen. Bismarck fühlte die Kraft, ungebärdige oder nicht ganz zuverlässige Charaktere zügeln zu können, und er rechnete nicht mit der Möglichkeit eines Tages, der ihm, dem Lebenden, die Macht jemals entreißen könnte. Und nun kam dieser Tag, nun wurde erwogen, wie der unbequem Große wohl zu beseitigen wäre, und der Erste, den nun der Glanz der neuen Sonne bestrahlte, war Herr von Boetticher. Das gab einen Pflichtenconflict: sollte der Unbegüterte dem Manne, dem er Alles verdankte, ins Privatleben folgen oder auf der Bahn vorwärts schreiten, die später vielleicht bis zum höchsten Sitz führen konnte? Herr von Boetticher blieb. Als es dann bekannt wurde, daß nur ein Gnadenact des alten Kaisers ihn aus der Verschuldung an Großbankiers erlöst hatte, zerrannen die stolzen Träume. Den Ausplauderer konnte der Staatssecretair in seiner Nähe finden; aber der (unbegründete) Verdacht, der unfreundlich Entlassene müsse im Groll das Geheimniß verrathen haben, bewirkte wohl, daß Herr von Boetticher auch dann noch nicht aus dem Amte schied, als über das Haus Bismarck die große Acht verhängt worden war. Herr von Boetticher blieb und machte sich nützlich und wird sich auch künftig noch nützlich machen, so lange die Mittelmäßigkeit herrscht.

* * *

In derselben Nummer begegnet uns endlich noch folgende Notiz:

Zum Bau des Bismarckthurms auf der Olenburg bei Sondershausen, dessen Grundsteinlegung am 18. Juni, dem 80jährigen Erinnerungstage von Waterloo, stattgefunden, hat der Sanitätsrath Dr. Kober in Sondershausen 5000 Mark gegeben. Der Thurm ersteht auf einer Felsplatte der Olenburg, an derselben Stelle, wo im Jahre 1072 Kaiser Heinrich IV. die Spatenburg errichtete, von welcher noch heute einige Mauerreste zeugen. In den Grundstein ist eine Zinkblechbüchse eingelassen, welche Nachrichten enthält aus der jetzigen Zeit, darunter ein Werk über den Fürsten Bismarck nebst Bildern u. s. w. Der Thurm soll, laut „Tägl. Rundschau“, bis September fertig werden.

* * *

Die „Rhein.-Westf. Ztg." berichtet aus Friedrichsruh vom 25. Juni:

Da der Fürst Bismarck nach den Anstrengungen der letzten Monate das Bedürfniß nach einer längeren Ruhepause empfindet, so mußte der dem Verein deutscher Eisenhüttenleute zugesagte Empfang nochmals auf unbestimmte Zeit vertagt werden. War diese Nachricht an sich sicherlich geeignet, den Betroffenen eine schmerzlich empfundene Enttäuschung zu bereiten, so waren sie doch einsichtsvoll genug, sich keinen Augenblick den Gründen für den Aufschub zu verschließen, da sie es für selbstverständlich halten, daß die Bewahrung des kostbaren Guts, der Gesundheit des Fürsten, allem voransteht.

Um nun aber die Ueberreichung der eisernen Urkunde, auf welcher die Ernennung des Fürsten zum Ehrenmitglied des Vereins verewigt ist, nicht weiter zu verzögern, hatte heute Ingenieur Schrödter-Düsseldorf die Ehre, dem Fürsten Bismarck die originelle Gabe[1]) persönlich zu überreichen. Der Verein hat die Genugthuung, daß sie vom hohen Empfänger äußerst beifällig aufgenommen wurde. Sie wandert gemäß ihrer Bestimmung zunächst in die Ausstellung der Geburtstagsgeschenke, welche im Concerthause in Berlin veranstaltet ist und welche bekanntermaßen noch zwei Monate dauert. Der Fürst wurde zuerst sichtlich von Gesichtsschmerzen geplagt; im Laufe der lebhaften Unterhaltung, welche bei dem der Ueberreichung sich anschließenden Frühstück in engerem Kreise sich entspann, schwanden sie mehr und mehr, und die Tischgesellschaft vermochte sich ganz dem bestrickenden Zauber der persönlichen Liebenswürdigkeit des Fürsten hinzugeben.

* * *

In dem oben mitgetheilten Briefe des Fürsten Bismarck an den Ingenieur Vering in Hamburg fanden wir schon eine kritische Bemerkung über die amtliche Eröffnungsfeier in Kiel. Am 26. Juni üben auch die „Hamb. Nachr." (A.-A.) in folgender Weise Kritik:

Fürst Bismarck und der Nord-Ostsee-Canal. In ihrer Nummer vom 22. Juni lenkte die „Allg. Ztg." die Aufmerksamkeit auf die Thatsache, daß an der feierlichen Eröffnung des Nord-Ostsee-Canals leider der Mann nicht theilnehmen könne, dem das deutsche Volk, wie so vieles Andere, auch dieses Werk in erster Linie verdanke: Fürst Bismarck. Um so mehr sei es eine Ehrenpflicht der deutschen Nation und namentlich auch der deutschen Presse, in diesen Tagen, in welchen so viel geehrt und gehuldigt werde, des alten Kanzlers nicht zu vergessen, der die Lösung der großen Aufgabe in ihren schwierigsten Stadien gefördert habe. Gleichzeitig führte die „Rhein.-Westf. Ztg." durch Zusammenstellung einer Reihe historischer Documente den Nachweis, daß Fürst

[1]) Die Urkunde über die Ehrenmitgliedschaft ist eine eiserne Tafel.

Bismarck von dem ersten Tage seines Wirkens als preußischer Ministerpräsident in Verbindung mit der schleswig-holsteinischen Angelegenheit die Frage eines Nord-Ostsee-Canals erwogen und später auf's Energischste durchgeführt habe. Die erste öffentliche Kundgebung in diesem Sinne stamme aus dem Jahre 1864, und es sei bezeichnend für die Lage der damaligen Zeit, daß Herr von Bismarck einerseits nicht wagen durfte, den Bau des Canals auf Kosten des Staates zu übernehmen, andererseits es für nothwendig hielt, den politischen Beherrscher Europas, Napoleon III., dafür zu erwärmen.

Das von der „Rhein.-Westf. Ztg." veröffentlichte Actenmaterial wird von der „Berl. Börs.-Ztg." wie folgt resumirt: Allgemein bekannt ist der bezügliche, am 31. März 1864 an den preußischen Botschafter Grafen von der Goltz geschriebene Brief. Daran knüpfte sich eine längere Correspondenz. Dem preußischen Comité, welches über die Mittel berieth, den Bau zu unternehmen, überreichte Bismarck am 20. Januar 1865 ein Votum, in dem er seiner Meinung dahin Ausdruck gab, „daß der Canal, dessen große Bedeutung für unsere Marine und Handelsschifffahrt von keiner Seite verkannt wird, zur Ausführung gebracht werden muß, selbst wenn dies ausschließlich als Staatsunternehmen, ohne alle Privatbetheiligung geschehen müßte". Am 3. Februar 1866 zeigte Bismarck sich in einem Schreiben an den Staatsminister von der Heydt hocherfreut, daß endlich sich eine Gesellschaft zum Bau des Nord-Ostsee-Canals bilden wolle. Dann kamen die Kriege, aber schon am 14. Juni 1871 hielt Bismarck im Reichstage eine Rede zu Gunsten des Nord-Ostsee-Canals. Der Plan gedieh jedoch damals nicht weiter. Am 13. December 1881 griff Fürst Bismarck die Sache abermals an. Immer mehr vertiefte er sich in die Angelegenheit, und am 15. August 1885 erfolgte dann von Varzin das entscheidende Votum. Mit äußerster Energie vertrat der Fürst den Bau des Canals; das Staatsministerium ließ seine früheren Bedenken fallen, und im December 1885 trat die Vorlage an den Reichstag heran. Wenn einer also, so schließt das Blatt sein Resumé, für das Zustandekommen des Nord-Ostsee-Canals gearbeitet hat, so ist es der Fürst.

Wir glauben, daß ohne den Fürsten Bismarck der Nord-Ostsee-Canal überhaupt nicht gebaut sein würde. Schon die Erwerbung der Kieler Bucht und Holsteins, die bei ihrer Vorbereitung auch von oben her keine Unterstützung fand, würde ohne die energische Vertretung des damaligen Ministerpräsidenten wahrscheinlich nicht stattgefunden haben, namentlich aber der Canalbau nicht, der viele Jahre hindurch die Gegnerschaft des Landesvertheidigungscomités zu bekämpfen hatte, an dessen Spitze die entscheidende Autorität, der Graf Moltke, stand. Bei der

Canalfeier war Fürst Bismarck durch seine Gesundheit verhindert anwesend zu sein; sein Name ist aber auch thatsächlich in keiner der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden erwähnt worden.

Wir möchten noch eine andere Seite der Canalfeier berühren, die in den betroffenen Kreisen sicherlich nicht ohne Eindruck geblieben sein wird. Die spätere Geschichte wird vielleicht auch die hervorragenden Verdienste unserer Techniker bei dem Zustandekommen dieses eigenartigen, man kann wohl sagen, einzigen Werkes der modernen Wasserbaukunst in den Hintergrund treten lassen und sich dem Eindruck öffnen, daß die bureaukratischen Behörden, welche den Canal gelegentlich auf Dienstreisen von Berlin aus inspicirt haben und bei seiner Uebergabe an den Verkehr in den Vordergrund traten, das Hauptverdienst an den nirgends in der Welt übertroffenen, vielleicht nicht erreichten Leistungen der Erbauer des Canals gehabt hätten. Das gelegentliche Bereisen und die Besichtigungen der technischen Bauten aber haben den Canal nicht geschaffen. Es ist erfreulich, daß wenigstens Herrn Baensch eine hohe Auszeichnung zu Theil geworden ist; aber wir glauben, daß solche Anerkennung und Auszeichnung allen am Canalbau betheiligten Technikern in höherem Maaße gebührt hätte, als sie bisher stattgefunden hat. Die Bautechniker stehen zu diesem Werke in denselben Beziehungen wie beispielsweise der Geheimrath Koch zu seinen medicinischen Erfindungen; das Verdienst an diesen kann man doch aber sicher nicht der Herrn Koch vorgesetzten Ministerial-Instanz beilegen. Die Herstellung des Canals giebt unseren Wasserbautechnikern vor der ganzen wissenschaftlich-technischen Welt eine Stellung, von der wir gewünscht hätten, daß sie auch in den amtlichen Anerkennungen schärfer hervorgetreten und namentlich nicht hinter der der betheiligten Behörden zurückgetreten wäre.

*　　*
*

In derselben Nummer wird dem „Rhein. Cour." folgende deutliche Antwort ertheilt:

Der „Rheinische Cour." findet, daß „Fürst Bismarck nicht einmal gegen den Grafen Caprivi so schweres Geschütz habe auffahren lassen, wie jetzt gegen Herrn von Boetticher". Wir möchten dazu bemerken, daß auch Graf Caprivi so schweres Geschütz gegen den Fürsten Bismarck wie Herr von Boetticher in der „Köln. Ztg." und im „Reichs-Anzeiger" nur ausnahmsweise in den Zeiten der Wiener Reise und der damaligen Erlasse im „Reichs-Anzeiger" hat auffahren lassen, und daß damals auch dem Grafen Caprivi mit demselben Kaliber geantwortet wurde. Unser Blatt würde sich mit Herrn von Boetticher überhaupt nicht befaßt haben, wenn derselbe nicht in jenen beiden Zeitungsartikeln den Angriff eröffnet

hätte, ohne seinerseits irgendwie angegriffen zu sein. Wir sehen jeder Fortsetzung der ministeriellen Thätigkeit des Herrn von Boetticher mit Gleichmuth entgegen und haben kein politisches Bedürfniß, sie ihm zu verkümmern. Wir kennen Andere, die weniger unschädlich sind.

* * *

Am 27. Juni (M.=A.) wird von Neuem das Gerücht zurückgewiesen, daß wegen der Erkrankung des Kaisers Friedrich die Einsetzung einer Regentschaft geplant gewesen sei:

In einigen demokratischen Organen wird die alte Unwahrheit neu behauptet, daß in amtlichen Kreisen zur Zeit der Krankheit des Kaisers Friedrich die Frage der Einsetzung einer Regentschaft erörtert worden sei. Es ist schon anderweitig nachgewiesen worden, daß dies unzutreffend ist und daß die betreffenden Berichterstatter ungenau informirt waren. Unter Anderem geht dies auch aus der Redensart hervor, „daß nach dem Tode Kaiser Wilhelm's I. eine volle Verständigung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Kaiser Friedrich zu Wege gekommen sei, die nur durch die bekannten ersten Erlasse von San Remo aus erschwert worden wäre." Die volle Verständigung zwischen dem Kaiser Friedrich, damaligem Kronprinzen, war seit 1866 niemals unterbrochen, und zum concreten Ausdruck kam sie — was mit der obigen Phrase wohl gemeint ist — im Jahre 1885 in dem Augenblicke, wo Kaiser Wilhelm I. so schwer erkrankt war, daß für sein Leben gefürchtet wurde. An der Regierungsfähigkeit des Kaisers Friedrich hat in amtlichen Kreisen niemals ein Zweifel bestanden und der damalige Reichskanzler hat der Ueberzeugung, daß die Krankheit des Kaisers Friedrich kein Regierungshinderniß sei, namentlich der Königin von England gegenüber bei deren Besuche in Charlottenburg sehr energischen Ausdruck dahin gegeben, daß eine Regentschaftsfrage ohne ihn, den Ministerpräsidenten, gar nicht angeregt werden könne, und daß er, so lange er lebe und Minister sei, unter keinen Umständen seine Zustimmung dazu geben werde.

* * *

Im Gegensatz zu Professor Dr. Geffcken wird in den „Hamb. Nachr." vom 27. Juni (A.=A.) über die Wahl Korums zum Bischof von Trier im Jahre 1881 Folgendes festgestellt:

In einem Briefe, den die Wiener Wochenschrift „Die Zeit" von Herrn Professor Geffcken veröffentlicht, findet sich u. A. die Bemerkung, daß den früheren Statthalter in Elsaß=Lothringen, den Feldmarschall von Manteuffel keine Schuld an der wenig glücklichen Ernennung des Herrn Korum zum Bischof von Trier träfe. Das ist im Gegentheil

unzweifelhaft der Fall; denn da Herr Korum dem Fürsten Bismarck selbst dem Namen nach noch unbekannt war, fragte Letzterer bei dem Statthalter an und erhielt darauf ein günstiges Zeugniß für Herrn Korum, insoweit es sich um die Stellung der Geistlichkeit zur Staatsregierung handle, weil Herr Korum in dieser Richtung die gallicanische Erziehung gehabt habe und an den steten gouvernementalen Einfluß gewöhnt sei. Auf diese Empfehlung hin lud Fürst Bismarck den Bischof nach Varzin ein und fand dort in ihm einen gescheuten und liebenswürdigen Herrn, dessen Grundsätze über die Beziehungen der katholischen Kirche zum Staate seiner französischen Erziehung entsprechend einen Anlaß zur Ablehnung seiner Ernennung nicht darboten. Wir theilen daher nicht die Ansicht des Herrn Prof. Geffcken, daß Herr von Manteuffel bei der Ernennung des Herrn Korum ex nexu zu lassen sei; nur die auf Anfrage erfolgte glaubwürdige und competente Auskunft des Feldmarschalls bildete die Grundlage für die Ernennung des Bischofs.

* * *

Am 28. Juni machten die Prima und Secunda des Gymnasiums in Seehausen in der Altmark unter Führung des Directors Dr. Bindseil einen Ausflug nach Friedrichsruh. Der Fürst redete erst einzelne Schüler an und richtete dann an alle folgende Ansprache:

Ich habe mich recht gefreut, die junge Landsmannschaft zu sehen. Man kann von Schönhausen aus den Seehäuser Thurm sehen, Havelberg mit bloßen Augen, Arneburg — auch ein Arneburger darunter? — hatte ich von Kind auf als vis-à-vis. Das macht die Wische, die flach ist, daß man aus dem Fenster, da es höher liegt, so weit sehen kann. Da kann ich auch den Seehauser Thurm sicher sehn bei klarem Wetter. — Klares Wetter, meine jungen Herren, nicht nur heut, sondern auch später! Ich danke Ihnen für Ihre Begrüßung — ein matter und müder alter Mann, der das Leben hinter sich hat und nichts mehr von der Welt zu erwarten hat.

Director Bindseil dankte darauf dem Fürsten, und dieser verabschiedete sich dann, indem er sich noch einmal an die Schüler wandte:

Und ich danke Ihnen, meine Jungen Herren, und wenn Sie älter werden, vergessen Sie nicht, daß wir Altmärker dem Reiche mit erhöhtem Selbstgefühl gegenüberstehn, aber auch mit erhöhtem Pflichtgefühl. Die Altmark ist der Kern, um den herum sich die Mark Brandenburg gebildet, und die Mark ist der Kern des preußischen Staates geworden durch tüchtige Kurfürsten und bedeutende Herrscher. Und Preußen war schließlich doch nothwendig, das Deutsche Reich zusammenzufügen und zu schaffen; und so kann man, wenn man der Genesis auf den Grund

geht, in der Altmark einen Keim des Riesenbaumes finden, den heut das Reich bildet, wie in der Eichel. Halten Sie sich das immer gegenwärtig und stehen Sie tapfer zum Reich und der Altmark. — Vielen Dank für Ihren Besuch.

* * *

Die Stadt Regensburg hatte dem Fürsten Bismarck Ende März das Ehrenbürgerrecht verliehen und den Ehrenbürgerbrief nunmehr übersandt. Dafür dankt er am 28. Juni dem Magistrat mit folgendem Schreiben:

Den Bürgerbrief der alten Reichsstadt als Geburtstagsgabe zu erhalten, ist unter den mir gewordenen Auszeichnungen eine der hervorragendsten, und die freundlichen Worte auch des Begleitschreibens sind mir ein Grund zu besonderer Dankbarkeit. Ich werde, wenn mein Weg mich noch einmal dort vorbeiführen sollte, mit um so lebhafterer Freude den schönen Blick auf Stadt und Landschaft begrüßen.

v. Bismarck.

* * *

Die „Zukunft", III. Jahrgang, Lfg. 39, brachte am 29. Juni den nachfolgenden Artikel. Wir müssen ihm an dieser Stelle um so mehr einen Platz einräumen, weil ein Erlaß des preußischen Staatsministeriums, der uns später noch beschäftigen wird, direct darauf Bezug nimmt. Der Artikel lautet:

Sang vom Kleber. Der „Hoche", dem das furchtbare Schicksal erspart blieb, die deutsche Kaiserstandarte hissen zu müssen, ist abgedampft und konnte, wenn's ihm so gefiel, im Baltischen Meer mit dem sehr theuren Freunde aus Norden noch den Abschiedssalut austauschen. Der Kleber wird aber noch immer in Sängen und Sagen genannt, und bei der holden Unwissenheit, die oft, als ein internationaler Canal, gallische und germanische Zeitungsschreiber friedsam verbindet, erleben wir vielleicht noch einen Pariser Artikel, worin mitgetheilt wird, Kléber, der Sieger vom Berge Tabor und von Heliopolis, sei im Deutschen Reich jetzt der populärste Mann.

Wir wissen es besser; mit dem Wort, das aus der Welt der gewalkten Lumpen nimmer verschwinden will, ist nicht der Belforter Bauinspector mit dem accent aigu gemeint, der, nach Chaptal's Bericht, in der ganzen Laufbahn des Kampfesgenossen Bonaparte nur eine Leistung fand, den Marsch von Mantua gegen Wurmser, die ihm wirkliches Feldherrngenie zu bekunden schien, nicht der todte Straßburger, sondern ein höchst lebendiger und munterer Mann aus Stettin. Wo vom Kleber gedruckt und gelesen wird — und die Kleberrubrik wird einstweilen noch breiter gehalten als alle Meldungen über den österreichischen und den englischen Ministerwechsel, fast so breit wie der Raum, den die schöne Entrüstung des Herrn Crispi füllt —, da wird an Herrn von Boetticher gedacht, den ausgezeichnetsten Mann dieser Sonnenwende. Ihn hat der Kaiser durch ein Handschreiben und durch das Geschenk einer Marmorbüste geehrt,[1])

[1]) Gelegentlich der Eröffnung des Nord-Ostsee-Canals. D. H.

die den Beschenkten hoffentlich den Unterschied zwischen echtem und unechtem Material kennen lehrt, und ihn hat, nach dem Kaiser, auch der Kanzler aus vollem, begeistertem Herzen gepriesen.

Darüber haben sich viele Leute gewundert; ohne Grund, denn es ist nicht erst seit vorgestern bekannt, daß der Kaiser Herrn von Boetticher schätzt und schützt, und es sollte keinem Vernünftigen zweifelhaft sein, daß der Reichskanzler einen Untergebenen, den er im Amte erhält, auch als nützlichen Helfer betrachten muß. Herr von Boetticher hat sich, so sagt man uns überlaut, um das Gelingen des Nord-Ostsee-Canals große Verdienste erworben.

Noch größer waren vielleicht die Verdienste des Fürsten Bismarck, dessen Name während der Feierwoche nicht genannt worden ist, und der seit 1864 die Angelegenheit doch sehr energisch betrieben und die nationale Grundlage geschaffen hat, von der aus das große Werk erst gewagt werden konnte. Der Fürst wird sich darüber trösten, daß sein Name in der Schlußsteinurkunde fehlt, wie Wallot's Name in dem Gedenkpergament des Reichstagsbaues.

Und Herr von Boetticher bedarf augenblicklich des Trostes wohl gar nicht. Zwar hat er am 16. Mai im Reichstage gesagt: „Jetzt liegt die Sache am Canal so, daß mit dem 1. Juni die volle Tiefe überall hergestellt sein wird, die volle Breite an einer kurzen Stelle noch nicht, aber eine Breite, die größer ist als die des Suezcanals, und die es auch unseren größten Schiffen gestattet, durchzugehen." Nun sind zwei deutsche Schiffe, „Kaiser Wilhelm II." und „Augusta Viktoria", im Canal stecken geblieben, die „unliebsame Unterbrechung", die der Staatssecretair ins Fabelgebiet verwies, ist wirklich eingetreten, und der Versuch, große Schlachtschiffe durch den Canal zu führen, wird unter diesen Umständen vorläufig wohl nicht unternommen werden.

Aber es wäre ungerecht, Herrn von Boetticher dafür verantwortlich zu machen, daß der Canal, wie das Tuberculin, der Reichstagsbau und die Ordensverleihung an Spencer, vielleicht ein Bischen zu früh der Oeffentlichkeit übergeben worden ist. Es ist, wie ein verständiger Artikel der „Hamb. Nachr." rechtzeitig eben lehrt, überhaupt ungerecht, Herrn von Boetticher als einen selbstständigen Staatsmann zu beurtheilen und zu verdammen. (Vgl. oben S. 252. D. H.) Er ist von den Weisungen seiner Vorgesetzten, des Kanzlers, abhängig und kann deshalb unter Bismarck die Schutzzölle, unter Caprivi die Handelsverträge und unter einem vierten Chef wieder den Agrarschutz vertreten, ohne in seinem Gewissen deshalb belastet zu sein.

Der Kampf, der in blindem Eifer gegen den Staatssecretair geführt wird, ist ein kindisches Beginnen und beweist nur aufs Neue, wie wenig verbreitet noch immer die Kenntniß der Reichsverfassung ist. Die Herren von Boetticher und von Marschall bestimmen nicht den Gang der Politik, sondern haben, nach dem Maaß ihrer Geschicklichkeit, zu besorgen, was ihnen aufgetragen wird. Daß Herr von Boetticher die nöthige Geschicklichkeit besitzt, bezweifelt wohl Niemand, und daß sein neuester Chef ihn herzinnig liebt, ist wohl eher für den Psychologen als für den Politiker von Bedeutung.

Herr von Boetticher würde gewiß nicht so oft genannt und nicht wie ein Palladium

des deutschen Vaterlandes gehütet werden, wenn nicht viele Leute noch immer gern glaubten, jede Gunst oder Gnade, die der Staatssecretair des Innern erfährt, müsse dem Manne im Sachsenwalde eine tödtliche Wunde schlagen. Dieser spaßhafte Wahn rechnet mit einer Rachsucht, die an Kleinem und Kleinstem um jeden Preis ihre Wuth kühlen möchte.

Man darf dem Fürsten Bismarck glauben, daß ihm das Bleiben oder Gehen des Herrn von Boetticher vollkommen gleichgültig ist, und man darf sicher sein, daß er sehr heiter und ruhig wäre, wenn keine andere Sorge ihn drückte. Das Kapitel vom schnaubenden Riesen, der sich rächen und den verlorenen Einfluß wiedergewinnen will, sollte nachgerade geschlossen werden, da doch die Bosheit selbst sehen muß, daß weder Personalveränderungen noch Geburtstagsehren die Stellung Bismarck's zur Reichspolitik merkbar verändert haben.

Und auch der Sang vom Kleber sollte allgemach wieder aus den Blättern verschwinden. Ob Herr von Boetticher bleibt oder geht, ist nur für ihn — zunächst wirthschaftlich — wichtig; ob er gegen den ersten Kanzler intriguirt hat — auch diese Frage mag ruhen, denn die Zeit hat gelehrt, daß der Conflict, der zur Entlassung Bismarck's führte, wie jeder große und echte Tragödienconflict in den Charakteren wurzelte; für uns ist die Boetticher-Frage längst schon nur eine sittliche Frage.

Wenn es wahr ist, wie sehr glaubwürdige Zeugen behaupten, daß der Staatssecretair in einer Zeit, wo über den Bankverkehr bedeutsame Entscheidungen zu treffen waren, von Großbankiers Summen entliehen hat, die er nach menschlicher Voraussicht niemals zurückzahlen konnte, dann müßte sein Verbleiben im Amt von Allen bedauert werden, die zwischen Politik und Sittlichkeit nicht eine trennende Schranke errichten möchten. Ist die Behauptung falsch, wie man hoffen darf, aber auch gern authentisch bewiesen sehen möchte, dann mag Herr von Boetticher so klebsam und strebsam sein, wie es ihm gefällt: dann wird man von ihm so selten wie möglich sprechen und geduldig der Stunde harren, da endlich der schaffende Staatsmann erscheint, der, durch die Beimischung von brauchbarem Mehl auch aus Klebern ein kräftiges Nahrungsmittel bereitet.

* * *

Ueber das Befinden des Fürsten theilen die „Hamb. Nachr." am 3. Juli (M.-A.) berichtigend mit:

Die vom „Hamburgischen Correspondenten" gestern Mittag gemeldete Nachricht über angeblich ungünstiges Befinden des Fürsten Bismarck beruht, wie wir auf Anfrage in Friedrichsruh erfahren, ganz und gar auf Erfindung. Der Fürst ist an allen Tagen der letzten Woche und auch gestern ausgefahren und spazieren gegangen; gestern Nachmittag ging er trotz des Regens den ziemlich anstrengenden Weg zu der bekannten Anhaltiner Hirschgruppe hinauf, besichtigte das schöne Kunstwerk längere Zeit und unterhielt sich mit dem Publikum, welches sich bald zahlreich einfand, in freundlicher und scherzender Weise.

Es würde im Interesse der Vermeidung von Beunruhigungen der vielen Freunde des Fürsten zu wünschen sein, wenn dergleichen sensationelle Nachrichten, wie die oben bezeichnete, von einer Zeitung nicht ohne Prüfung auf ihre Wahrheit aufgenommen würden.

* * *

Am 6. Juli melden die „Hamb. Nachr.“ (A.=A.):

Die „Correspondenz des Bundes der Landwirthe“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des engeren Vorstandes, welche besagt:

„Seine Durchlaucht der Fürst Bismarck haben über den ihm zu einem nationalen Zwecke übergebenen, aus den überschießenden Beiträgen, welche zu seiner Ehrung anläßlich des 80. Geburtstages eingingen, gebildeten Fonds in der Weise verfügt, daß er als Grundstock für das Heim des Bundes, unser neu erworbenes Grundstück zu Berlin, Dessauerstraße 7, verwendet werden soll. Wir werden demgemäß verfahren und zum Andenken an den Stifter in der Eintrittshalle des Hauses sein Bildniß oder Büste anbringen lassen. Durch diesen Beweis hochherzigen Wohlwollens hat sich der Fürst ein neues unvergängliches Denkmal in den Herzen der deutschen Landwirthe gesetzt. Aber er zeigt uns auch, wie sehr er, von der Richtigkeit und Wichtigkeit der Bundesbestrebungen überzeugt, was an ihm ist, dazu beiträgt, seinen Bestand zu sichern und seine Verhältnisse zu festigen. Diese abermalige Anerkennung unserer Thätigkeit von dem größten Staatsmann des Jahrhunderts soll uns ein neuer Ansporn sein, unentwegt weiter zu kämpfen bis zum Siege. Wir sehen aber darin auch eine werthvolle Bestätigung, daß unsere Bestrebungen auf nationalem Boden stehen.“

Diese Büste befindet sich, wie jeder Besucher sofort sieht, thatsächlich im Vestibül des genannten Hauses.

* * *

In der Presse knüpften sich an diese Mittheilung noch Erörterungen, deren Spitze gegen den Fürsten Bismarck gerichtet war. Die „Hamb. Nachr.“ äußern darüber am 9. Juli (A.=A.):

Demokratische Blätter vom Schlage der „Freisinnigen Zeitung“ und der „Volks=Ztg.“ machen hieraus eine „Verwendung nationaler Gelder zu parteipolitischen Zwecken“ und daneben eine „Speculation des Fürsten Bismarck auf ein neues Denkmal“.

Die „Köln. Ztg.“ secundirt nach gutem officiösen Brauch, wenn es sich um den Fürsten Bismarck handelt, den freisinnigen Organen und erlaubt sich zu bemerken:

„Die Verwendung der Gelder für ganz einseitige und extreme Parteizwecke entspricht nicht den Grundsätzen, die Fürst Bismarck als praktischer Staatsmann machtvoll vertreten hat.“

In der Veröffentlichung der „Correspondenz des Bundes der Landwirthe" fehlt allerdings der für unbefangene Leser selbstverständliche Zusatz, daß der genannte Fonds von Mitgliedern des Bundes aufgebracht war, also nicht einer allgemeinen Sammlung entstammte, und daß es das Natürlichste war, die Verfügung über die Summe in Uebereinstimmung mit den Herren zu treffen, welche sie brachten. Ebenso ist der Gedanke, das Reliefbildniß an dem Hause anzubringen, dem Fürsten von den Eigenthümern des Hauses zur Genehmigung vorgetragen worden und nicht etwa in Friedrichsruh entstanden.

* * *

Die deutsche Partei im Königreich Württemberg feierte die Erinnerung an das Jahr 1870/71 am 7. Juli durch ein Fest auf dem Hohenstaufen. Bei dem Festmahle hielt Dr. Karl Elben aus Stuttgart die Rede. Im Anschluß daran wurde beschlossen, ein Telegramm an den Fürsten Bismarck abzusenden, das folgenden Inhalt hatte:

„Dem Fürsten Bismarck, Friedrichsruh. Heute auf dem schwäbischen Kaiserberge Hohenstaufen versammelt zur Gedächtnißfeier an die Errungenschaften des großen Krieges, sendet die Deutsche Partei Württembergs dem Begründer der deutschen Einheit und dem getreuen Eckart des deutschen Volkes innigen Dank und Gruß. Dr. Schall, Stuttgart."

Hierauf antwortete der Fürst am 8. Juli an Dr. Schall:

Die ehrenvolle Begrüßung vom Hohenstaufen, welche Euer Hochwohlgeboren mir im gestrigen Telegramme übersandten, hat mich besonders erfreut, und ich danke Ihnen und allen Herren der Deutschen Partei herzlich für den freundlichen Gruß und für die geschichtlich und national bedeutsame Wahl des Abgangsortes. v. Bismarck.

* * *

Am 9. Juli (M.=A.) schreiben die „Hamb. Nachr." über

Graf Herbert Bismarck. Unter den officiösen Blättern der Caprivi=Epigonen in der Wilhelmstraße nimmt die „Weser=Ztg." einen hervorragenden Platz ein. Sie schreibt, und andere Officiöse drucken es nach, Fürst Bismarck wäre bei Darlegung seiner Auffassung über die Landwirthschaft und deren Wahlpolitik von der Entrüstung darüber geleitet worden, daß seinem Sohne Herbert nicht ein hohes Reichsamt zu Theil geworden sei. Wir beschränken uns darauf, einen Artikel wieder abzudrucken, den wir am 18. Mai 1892 über dieselbe Insinuation geschrieben haben.[1]) Er lautet:

[1]) Der Artikel wurde von den „Hamb. Nachr." am 17. (nicht am 18.) Mai 1892 gebracht; vergl. Band III, S. 235.

„Anläßlich der Verlobung des Grafen Herbert Bismarck sind in der Presse verschiedene Erfindungen in Umlauf gesetzt, deren Inhalt seiner übereinstimmenden Fassung nach auf Einheit des Ursprungs schließen läßt und die Unwahrheit verbreitet, als ob seit dem Austritt des Grafen Herbert aus dem Staatsministerium der Wiedereintritt desselben von ihm oder seinem Vater jemals gewünscht oder auch nur für möglich gehalten worden wäre.

Wie eine mit den politischen Verhältnissen vertraute Zeitung den Nonsens drucken kann, Graf H. Bismarck habe einen Botschafterposten „gefordert", ist vollkommen unbegreiflich. Schon die sprachliche Fassung dieser Erfindung läßt Zweifel darüber aufkommen, ob ihr Ursprung sie der Ehre werth macht, in achtbare Blätter aufgenommen zu werden. Worte wie „Rehabilitirung", „Ansprüche fallen lassen", „unterhandeln" würde kein Sachkundiger auf solche Vorgänge anwenden, wenn sie stattfänden. Allen Eingeweihten sind die Gründe bekannt, welche den Grafen Bismarck Ende März 1890 bestimmten, zurückzutreten, und die Versuche, welche stattfanden, um ihn zum Verbleiben im Amte zu bewegen; es ist aber auch von allen wohl Informirten verstanden worden, weshalb er dauernd ablehnte, zu bleiben. Daß nun der Graf nachträglich von dem streberhaften Ehrgeize erfaßt sein sollte, auf dem Posten eines Agenten der heutigen Leitung des Auswärtigen Amtes ein Vollstrecker der Instructionen desselben zu werden, das zu glauben, verräth Anschauungen von Leuten, die mit der Denkart unabhängiger und ehrliebender Männer nicht hinreichend vertraut sind, um ein Urtheil darüber zu haben.

Wir haben zu Ende des vorigen Jahres schon einmal Veranlassung gehabt, den damals auftauchenden Verdächtigungen über den Grafen Bismarck entgegen zu treten. Nachdem die bezüglichen Insinuationen nunmehr und sogar in achtbaren Blättern wiederholt werden, haben wir nicht unterlassen wollen, es von neuem als eine willkürliche Erfindung zu kennzeichnen, wenn über den Grafen behauptet wird, daß er seit seinem Ausscheiden aus dem Ministerium irgendwelche Anstellung erstrebt, gewünscht, oder gar wie einige Blätter sagen, „beansprucht" habe.

Die Versuche, auch seinem Vater Unterhandlungen über diese Frage zuzumuthen, können wir unbeachtet lassen."

Wir haben von den inzwischen alle paar Monate wieder aufgewärmten Erfindungen über die angebliche Stellenjägerei des Fürsten Bismarck für seinen Sohn niemals Notiz genommen. Wenn wir das heute thun, so geschieht das nur, um diese neueste Gehässigkeit der Officiösen und ihre gegen den Fürsten Bismarck gerichteten Angriffe, wie die der „Köln. Ztg." und des „Reichs-Anzeigers", in das rechte Licht zu setzen. Diese

Angriffe gehen von Männern aus, die ihre eigene Werthschätzung nur nach dem officiellen Stempel bemessen, der ihnen in Gestalt von Aemtern, Orden, Rang und Titel staatlich attestirt wird, und welche die gleiche Gesinnung auch unabhängigen Männern Schuld geben, die nicht bereit sind, ihre politische Ueberzeugung um eines Amtes willen zu verleugnen oder unterzuordnen. Die officiösen Artikelschreiber und ihre Gewährsmänner haben eben keine Vorstellung davon, daß Andere durch das eigene Ehrgefühl in die Unmöglichkeit versetzt sind, die Pfade zu wandeln, auf denen sie sich behaglich fühlen.

Graf Herbert Bismarck hat seit seinem freiwilligen Ausscheiden aus dem Dienste an keinem Tage die Absicht gehabt, sich um ein Staatsamt zu bewerben. Die entgegengesetzte Behauptung entspringt dem persönlichen Haß gegen seinen Vater, und diesem Hasse erscheint jedes Mittel, auch das der bewußten Lüge, im Parteiinteresse gerechtfertigt.

* * *

Im Anschluß daran heißt es weiter:

Die im vorstehenden Artikel besprochenen Insinuationen erhalten eine weitere Beleuchtung durch die schnelle und eifrige Verbreitung, die u. A. das officiöse Wolff-Telegraphen-Bureau den erfundenen ungünstigen Nachrichten über den Gesundheitszustand und die Gemüthsverfassung des Fürsten Bismarck zu Theil werden läßt. Von der „großen psychischen Depression", die sich nach den officiösen Telegrammen bei ihm bemerkbar machen soll, haben wir nicht das Geringste wahrgenommen, und Alle, die mit ihm verkehren, sagen, daß sie ihn geistig niemals heiterer gefunden hätten, wenn auch körperlich zeitweise schwer angefochten durch die nervösen Gesichtsschmerzen, die selbst bei einer kräftigen Natur wohl die Folge einer dreißigjährigen amtlichen Thätigkeit von der Art, wie sie Fürst Bismarck ausgeübt, und der unberechtigten Gegenwirkungen sein können, von denen die Geschäftsführung des Fürsten so oft gekreuzt worden ist.

* * *

In derselben Nummer wird der „Germania" geantwortet:

In die nämliche Kategorie gehört die Behauptung der „Germania", daß Fürst Bismarck als Minister selbst der „richtige Kleber" gewesen sei. Wir bedauern, daß es ihm den Umständen nach nicht möglich war, diese Eigenschaft noch länger zu bethätigen. Die „Germania" sagt, „er habe die größten Anstrengungen gemacht, sich im Amte zu erhalten, und die Wuth, die sich nach seiner Entlassung kund gegeben habe, zeige klar, wie groß der Aerger Bismarck's über den Verlust seiner verschiedenen, so einträglichen Posten gewesen sei." Die Lüge zeigt,

wie dreist die „Germania“ ihren Lesern gegenüber sein darf. Jeder leidlich unterrichtete Mensch weiß, daß Fürst Bismarck nur einen einzigen bezahlten Posten hatte, den des Reichskanzlers mit 54000 Mark, derselben Einnahme, die er als preußischer Ministerpräsident schon früher besaß, 4000 Mark mehr, als sein Staatssecretair des Innern.

* * *

Je näher der Tag rückt, an dem vor 25 Jahren an Deutschland der Krieg von Frankreich erklärt wurde, desto breiteren Raum nehmen die Erinnerungen an jene große Zeit in den Tagesblättern ein. Dazu äußern vom 10. Juli die „Hamb. Nachr.“ (M.=A.):

Vor 25 Jahren. Die Zeitungen nehmen jetzt Gelegenheit, auf die Ereignisse vor 25 Jahren zurückzugreifen, und stellen dabei den Verlauf der Dinge, der zur französischen Kriegserklärung führte, klar. Wir haben den Eindruck, den Glais=Bizoin und andere französische Abgeordnete zu jener Zeit hatten: daß die Kriegserklärung Frankreichs schon in den Vorgängen in dem französischen Parlamente am 6. Juli 1870 enthalten war, von denen Glais=Bizoin und Arago sagten, sie seien keine Verhandlung, sondern eine Kriegserklärung, unterstützt durch eine lärmende officiöse Presse und Massendemonstrationen in der Richtung der bekannten Schlagwörter: „Wir müssen die Preußen unter ein caudinisches Joch bringen!“ „Wir müssen sie mit dem Flintenkolben im Rücken über den Rhein stoßen!“ „La Prusse cane!“ „Wenn uns so viel geboten würde, wie den Preußen in Paris, wären wir längst unterwegs nach der Grenze!“ Arago sprach sich dahin aus, „das Ministerium habe Frankreich wider den Willen seiner Vertreter in die Sache hineingezogen und soeben den Krieg erklärt“.

Es ist danach nicht zu verwundern, daß preußische Staatsmänner nach Kenntnißnahme dieser Vorgänge den Eindruck hatten, daß angesichts dieser mindestens brutalen Drohungen eine Nachgiebigkeit, auch nicht einen Strohhalm breit, auf preußischer Seite mehr möglich sei und daß selbst der Rücktritt des hohenzollernschen Prinzen geschichtlich den Eindruck machen müsse, als sei er durch französische Kriegsdrohungen erzwungen worden. Zur Kenntniß des Königs Wilhelm waren diese Details vor seiner letzten Entschließung nicht in ihrer ganzen Vollständigkeit gelangt; aber wer sie kannte, der mußte das Gefühl haben: wenn nach diesen Vorgängen, sowie nach den späteren Aeußerungen die preußische Friedfertigkeit zu Gunsten Frankreichs ausgebeutet wird und der Krieg unterbleibt, so kommt Preußen damit in eine Lage, welche ihm seine deutsche und seine großmächtliche Zukunft abschneidet, und die preußische Leitung wird früher oder später das Bedürfniß fühlen, den französischen

Krieg unter weniger günstigen Umständen selbst herbeizuführen, wenn es seinem deutschen und europäischen Berufe gewachsen bleiben will. Diese Eventualität ist durch die französischen Entschließungen vom 14. bis 19. Juli 1870, wo die Kriegserklärung Frankreichs erfolgte, zum Glück für Preußen beseitigt worden.

* * *

Der Präsident des Reichstages, Frhr. von Buol-Schauenstein, hatte Einladungen zur Theilnahme an der Enthüllung des Windthorst-Denkmals in Meppen an die Reichstagsmitglieder ergehen lassen. Da dies Verhalten mit der Haltung der Mehrheit des Reichstages am 23. März in auffallendem Widerspruch stand, wurde es in der Presse vielfach erörtert. Die „Hamb. Nachr." sagen in der eben citirten Nummer:

Die Centrumspartei und ihre freisinnige Dienerschaft billigen das Verhalten des Reichstagspräsidenten, Freiherrn von Buol, in der Windthorst'schen Denkmalssache. Das Organ des Abg. Richter sagt dabei, Freiherr von Buol habe seine amtliche Eigenschaft bei dieser Einladung nicht „vorangestellt", sondern einfach als Präsident unterzeichnet. Hat der Präsident in amtlichen Schreiben sonst etwa die Gewohnheit, seine Firma dem Schreiben voranzustellen? Hätte er sein Rundschreiben in Sachen Windthorst mit der einfachen Unterzeichnung Frhr. v. Buol-Berenberg, Abgeordneter, versandt, so wäre nichts dagegen zu sagen gewesen; er hat aber als Präsident des Hauses unterzeichnet und damit in amtlicher Eigenschaft gehandelt. Letzteres geht außerdem aus der Thatsache hervor, daß die betreffende briefliche Mittheilung an die Reichstagsabgeordneten unter der Rubrik „portofrei" als Reichssache durch die Post versandt worden ist.

* * *

Ferner heißt es da:

Zu unserem neulichen Leitartikel „Eine Zeitbetrachtung" erhalten wir von hochgeschätzter Seite folgende Zuschrift:

Erlauben Sie mir zum Schluß Ihres hübschen Aufsatzes eine Bemerkung zu machen. Es erscheint mir unmöglich, daß die Socialdemokratie den Staat besiegen oder unterwerfen kann. Das äußerste, aber nicht wahrscheinlichste der Ziele, die der socialistischen Bewegung durch die Natur der Dinge gesteckt sind, ist die Zerstörung irgend einer staatlichen Institution, aber nicht die Unterwerfung. Aus den Ruinen wird stets neues Leben blühen, dieses wird das Unkraut der Socialdemokratie bald wieder von sich abstoßen und zunächst irgend eine Gattung von Dictatur an ihre Stelle setzen, die sich allmälig wiederum in geordnete, d. h. nicht socialdemokratische Formen aus eigener Lebens-

kraft verwandelt. Die Socialdemokratie lebt nur von der Negation und der Kritik; schaffen kann sie nicht.

Den hier erwähnten Leitartikel hatten die „Hamb. Nachr." am 7. Juli (M.-A.) gebracht, wir lassen ihn hier folgen:

Eine Zeitbetrachtung. Mit dem gestrigen 6. Juli hat die 25. Wiederkehr der erinnerungsschweren Tage begonnen, die den deutsch-französischen Krieg einleiteten: am 6. Juli beantwortete der Herzog von Gramont die vom Abgeordneten Cochéry im gesetzgebenden Körper Frankreichs eingebrachte Interpellation wegen der spanischen Thron-candidatur eines „preußischen" Prinzen dahin, Frankreich werde nicht dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karl's V. setze, das Gleichgewicht in Europa zu ihren Gunsten störe. Damit begann das große Drama, das zum Zusammenbruch des zweiten französischen Kaiserthums, zur Herstellung des Deutschen Reiches auf den französischen Schlachtfeldern und zur Umgestaltung der europäischen Situation führte, wie sie jetzt noch besteht.

Die Wiederkehr der historischen Erinnerungstage aus der großen heroischen Entwickelungsepoche unserer Nation findet Deutschland noch im Vollbesitz der Weltstellung, die es in den Jahren 1870/71 errungen hat, trotz der mannigfachen Schwankungen, denen die äußere und innere Politik in den letzten fünf Jahren ausgesetzt gewesen ist. Wir erblicken darin eine Folge der Staatskunst des Fürsten Bismarck, die nicht nur die Wiederherstellung des Deutschen Reichs vorbereitet und glorreich durchgeführt, sondern auch die vielleicht noch schwierigere Aufgabe gelöst hat, das neue Reich vor baldiger Wiederzerstörung durch einen europäischen Coalitionskrieg zu bewahren. Niemand, Fürst Bismarck selbst nicht, hat bei der Rückkehr der siegreichen Truppen aus Frankreich geglaubt, daß der Friede auch nur fünf Jahre erhalten bleiben würde, geschweige denn fünfundzwanzig. Daß dies dennoch geschehen ist, wenn auch zuweilen unter schweren diplomatischen Kämpfen und Krisen, das hat Deutschland dem Fürsten Bismarck ebenso zu danken, wie die Erhebung aus Ohnmacht und Zerrissenheit zu nationaler Einheit, Macht und Wohlfahrt. Dessen wollen wir uns heute, am Beginn der großen Erinnerungstage, besonders bewußt bleiben. Wenn Fürst Bismarck es nicht verstanden hätte, die Ergebnisse des Jahres 1870/71 gegen ganz Europa friedlich zu vertheidigen und aufrecht zu erhalten, so wären wir nach Ablauf weniger Jahre genöthigt gewesen, unsere neu gewonnene Machtstellung in einem europäischen Kriege zu behaupten, und welche Folgen dies für die Befestigung derselben und die Wohlfahrt des deutschen Volkes gehabt haben würde, läßt sich nicht abschätzen. Die inneren und äußeren Zustände des Deutschen Reiches sind unter der langjährigen Verwaltung durch den Fürsten Bismarck derart befestigt worden, daß, als der große Staatsmann vor fünf Jahren seiner Aemter enthoben wurde, er seinen Nachfolgern das Deutsche Reich auf einer Höhe des Ansehens, der Macht und des europäischen Vertrauens hinterlassen konnte, welche ihnen erlaubte, auf Jahre hinaus aus dem Ueberschuß zu wirthschaften und selbst erhebliche Fehler zu machen, ohne daß Deutschland dies sofort in empfindlicher Weise zu büßen gehabt hätte. Selbst die nachtheiligen Abkommen mit England und die Handelsverträge sind nicht die

Folge einer verminderten Machtstellung Deutschlands gewesen, sondern nur das Resultat der mangelnden Geschicklichkeit der deutschen Diplomatie. Die Verträge mußten nicht geschlossen werden, um größeren Nachtheil abzuwenden, sondern ihr Abschluß erfolgte aus dem Bedürfniß heraus, die unter dem Fürsten Bismarck ausgebildeten Zustände möglichst überall und gründlich zu ändern. Daß das Deutsche Reich diese Velleitäten ertragen konnte, ohne mehr zu verlieren, als es bisher in Afrika, an Zolleinnahmen und imponderablen Einflüssen verloren hat, ist ein Beweis mehr für die Festigkeit des Baues, der unter Kaiser Wilhelm I. vom Fürsten Bismarck aufgeführt worden ist.

Werfen wir nun einen Blick auf die Entwickelung, die das deutsche Volk in der Zeit genommen hat, welche seit dem deutsch-französischen Kriege und der Herstellung des Reiches vergangen ist, so befriedigt uns dieselbe trotz aller Mängel, die sich herausstellten, mehr als die Situation, in der wir die officielle Politik des Deutschen Reiches sehen. Zunächst hat das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den deutschen Stämmen größere Fortschritte gemacht, als man nach Maßgabe der Vergangenheit, der früheren heftigen Kämpfe zwischen den deutschen Dynastien, die doch auf die Bevölkerung abfärbten, und nach der jeder Unificirung stark widerstrebenden deutschen Eigenart annehmen konnte. Es giebt für das allmähliche Erlöschen des Particularismus — im früheren odiösen Sinne des Begriffs — kaum einen deutlicheren Beweis, als die Huldigungen, die dem Fürsten Bismarck als Begründer des Deutschen Reiches aus allen Gegenden des Reiches von allen Volksstämmen und allen Schichten der Bevölkerung unausgesetzt dargebracht werden. Selbst wenn wir einen Procentsatz der Begeisterung, die sich dabei äußert, auf Rechnung der Hingabe an die große historische Persönlichkeit des Fürsten, an den nationalen Helden setzen, als der er noch bei Lebzeiten vor den Augen seines Volkes ruhmverklärt dasteht, ist der verbleibende Rest doch noch so groß, daß er nur aus dem ganz Deutschland erfüllenden Dankgefühl für die Herstellung und Sicherung des Deutschen Reiches erklärt werden kann; indem man aber dem Meister zustimmt und ihn ehrt, erklärt man sich auch für das Werk in der Gestalt, wie es jener geschaffen hat. Die Huldigungen für den Fürsten beweisen also, daß die Deutschen ohne Unterschied der Stammesangehörigkeit sich im Deutschen Reiche wohl fühlen, daß die trennenden Unterschiede zwischen Preußen, Bayern, Sachsen u. s. w., wie sie sich früher überall und jederzeit mehr und minder schroff äußerten, entweder ganz aufgehört haben oder doch im Erlöschen begriffen sind.

An Stelle der früheren Stammesunterschiede sind jetzt freilich die des Parteiwesens getreten; aber wenn wir dabei von den unversöhnlichen Gegnern des Reiches, den Socialdemokraten, Polen u. s. w., absehen, so beschränken sich die trennenden Fractionsmerkmale doch mehr auf das Parlament, und sie haben unter dem Druck der wirthschaftlichen Aufgaben unserer Zeit kaum noch viel Aussicht auf langen Bestand in ihrer jetzigen Beschaffenheit. Selbst die Wähler, die für das Centrum stimmen, sind mit wenigen Ausnahmen doch nicht reichs- und staatsfeindlich. Wenn wir also auch die Zuspitzung des Parteiwesens im Reichstage und die häufige Entscheidung des letzteren nach Fractionsinteressen lebhaft zu beklagen haben, so erblicken wir in diesen Ver-

hältnissen doch keine Gefahr für das Reich, sondern schöpfen daraus nur den Antrieb, die schlimmsten Auswüchse auf diesem Gebiete zu bekämpfen; alles Uebrige wird die Zeit und das Schwergewicht der Thatsachen ohne unser Zuthun von selbst verrichten.

Nur eine Gefahr ist es, die sich seit 25 Jahren erheblich gesteigert hat und das Deutsche Reich schwer bedroht: die socialistische. Die Socialdemokratie hat einen Aufschwung genommen, den vor 25 Jahren Niemand in diesem Umfange vorausgesehen hat; begünstigt von dem Wandel der Dinge, der vor fünf Jahren eingetreten ist, hat die Socialdemokratie Erfolge zu verzeichnen, welche die schlimmsten Befürchtungen für die Zukunft rechtfertigen. Gegen die Vernichtung unserer jetzigen europäischen Machtstellung und inneren Wohlfahrt wird eine verständige deutsche Diplomatie, die ihr Geschäft versteht und namentlich unseren Beziehungen zu Rußland genügende Pflege gewährt, uns immer bewahren können; gegen die sociale Revolution aber ist ein viel höheres Maaß von Entschlossenheit und Einsicht erforderlich, als wir bis jetzt wahrnehmen. Was wir zu fürchten und mit allen Kräften abzuwehren haben, ist ein „inneres Sedan" der Socialdemokratie gegenüber. Die Autorität des Staates muß wiederhergestellt, die Armee gegen socialistische Infection sichergestellt und die socialdemokratische Agitation auf dem Wege des Ausnahmegesetzes lahmgelegt und bekämpft werden. Geschieht alles das nicht in ausreichender Weise, und kann man sich nicht entschließen, die letzten Consequenzen aus der Sachlage zu ziehen, daß die sociale Frage keine Rechts-, sondern eine Machtfrage ist, in der es sich einzig und allein darum handelt, ob die Socialdemokratie den Staat, oder dieser jene besiegt und unterwirft, so haben wir kaum Aussicht, einem Schicksal zu entgehen, gegen das dasjenige, was uns vor 25 Jahren die Franzosen bereiten wollten, sich als ein weit geringfügigeres Uebel darstellt.

* *
*

Eine interessante Aeußerung entnehmen wir den „Hamb. Nachr." vom 12. Juli (A.-A.):

In den nationalgesinnten Blättern Süddeutschlands wird es scharf kritisirt, daß der Name **Bismarck** bei der Wiederkehr der 25jährigen Erinnerung an die große Zeit der **Wiederaufrichtung** des Deutschen Reiches nicht genannt werden soll. Die „Augsb. Ab.-Ztg." schreibt darüber Folgendes:

Als vor 25 Jahren die Kunde von den Ereignissen in der französischen Deputirtenkammer ganz Deutschland durchflog und sich die bange Gewißheit eines bevorstehenden Krieges auf alle Gemüther legte, da lenkten sich die Blicke aller Deutschen von Nord und Süd neben dem greisen Monarchen in Ems auf jenen Staatsmann, welchen erfolgreiche Thatkraft, eiserne Energie und die beharrliche Verfolgung eines hehren Zieles: die Einheit der deutschen Stämme, aus dem bestgehaßten Minister zum populärsten Mann gemacht hatten: auf den Grafen Bismarck. Und in dem Jubel der Siege auf den blutgetränkten Schlachtfeldern Frankreichs, in der Begeisterung über die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches ging der Name Bismarck nicht unter; er war der Leitstern, der das junge Deutschland aus blutigen Gefilden zu einem ruhmreichen Frieden

führte. Alle Welt wies auf ihn als den Begründer, als den Baumeister des Deutschen Reiches; auch sein greiser, hochherziger Monarch erkannte seine unauslöschlichen Verdienste um das „Reich" und das Haus Hohenzollern an. Und jetzt, bei der Wiederkehr der 25jährigen Erinnerung an jene hehre Zeit, jetzt soll auf einmal der Name Bismarck, zu dessen Träger, dem ehrfurchtgebietenden achtzigjährigen Greise, noch jüngst in diesen Tagen alle deutschen Stämme wallfahrteten, wie ausgelöscht erscheinen? er dürfte in den Kundgebungen an unsere junge heranwachsende Generation, die das Jahr 1870/71 noch nicht miterlebt hat, sondern nur durch Vermittlung eines dankbaren Volkes Kunde von jenen Männern erhält, welche das Deutsche Reich erbauten, nicht mit Namen genannt werden? Das scheint in der That unfaßlich! Mag nun aber wirklich das Jubiläum der Schlachttage vorübergehen, ohne daß man des Fürsten Bismarck erwähnt — — am 18. August jedoch, an dem Tage der Erinnerung der Schlacht von Gravelotte, wo hier in Berlin der Grundstein zum Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. gelegt wird, kann eine Nichtbeachtung der Person oder des Namens des Fürsten Bismarck unmöglich stattfinden!

Nach den Vorgängen bei Eröffnung des Nord-Ostsee-Canals erscheint diese Annahme doch etwas gewagt. Im Uebrigen sind wir der Ansicht, daß an den historischen Thatsachen nichts geändert wird, wenn die Nennung des Fürsten Bismarck bei officiellen Feiern unterbleibt. Was die persönlichen Empfindungen des Fürsten betrifft, so glauben wir, daß er Lohn für seine Thaten vor Allem im eigenen Bewußtsein, sowie in den Kundgebungen der Dankbarkeit, Treue und Verehrung findet, die ihm vom deutschen Volke dargebracht werden, und daß ihm dies genügt. Die amtliche Ignorirung wird ihn, wie wir ihn kennen, schwerlich mit Wehmuth erfüllen, sondern höchstens Gefühle in ihm wachrufen, die denen nicht unähnlich sind, welche die Verweigerung der Gratulation zum 80. Geburtstag durch die Mehrheit des Reichstages bei ihm erregte.

* * *

Am 16. Juli dankt Fürst Bismarck in folgendem Schreiben an den Oberbürgermeister von Altona, Dr. Giese, für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts dieser Stadt:

Geehrter Herr Oberbürgermeister!

Das Bürgerrecht von Altona ist mir eins der werthvollsten Geburtstagsgeschenke, weil es eine neue und enge Beziehung zu der größten Stadt Schleswig-Holsteins und zugleich eine Beurkundung der guten und nachbarlichen Gesinnungen darstellt, welche uns verbinden. Ich bitte Sie, meinen Herren Mitbürgern für die hohe Ehre, welche sie mir durch die Aufnahme in ihr Gemeinwesen erzeigen, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen, und bin in ausgezeichneter Hochachtung der Ihrige.

v. Bismarck.

* * *

In Heilbronn hatte der Commerzienrath A. Schmidt dem Gymnasium eine vom Professor Donndorf geschaffene Büste des Fürsten Bismarck gestiftet. Auf die Mittheilung davon schrieb der Fürst am 15. Juli an den Oberstudienrath Dr. Pressel:

Ew. Hochwohlgeboren haben mich durch die Mittheilung von der mir erzeigten Ehre sehr erfreut, und ich bin dankbar für die gute Meinung, welche Heilbronn mir bewahrt. Ich bitte Sie, den Ausdruck meines Dankes den Betheiligten, besonders Herrn Commerzienrath Schmidt, übermitteln zu wollen. v. Bismarck.

* * *

Der Verein Niederwald in Wien hatte dem Fürsten Bismarck zum Geburtstag eine Adresse übersandt und als sinniges Erinnerungszeichen an die Wiener Sommertage des Jahres 1892 einen silbernen Briefbeschwerer mit Ansichten der evangelischen Kirche in der Dorotheengasse, des Palais Palffy und des Hôtel Impérial. Der Fürst sprach am 15. Juli dem Vorsitzenden des Vereins, Oertel, in folgenden Zeilen seinen Dank aus:

Ew. Hochwohlgeboren und den Herren Mitgliedern des Vereins sage ich meinen verbindlichsten Dank für den Ausdruck Ihres Wohlwollens in der kunstreich ausgestatteten Adresse und für die beigefügte Geburtstagsgabe, welche ich gern in Gebrauch nehme, und die mich an erfreuliche und ehrenvolle Tage in Wien und unsere persönliche Bekanntschaft und Begegnung vor drei Jahren[1]) erinnert.

v. Bismarck.

* * *

Das „Leipz. Tagebl.“ berichtet:

Vergangenen Mittwoch, den 17. Juli, übergab der Assistent unseres städtischen Museums, Herr Dr. Vogel, im Auftrage des damit betrauten Leipziger Comités in Friedrichsruh die von Professor Siemering angefertigte Verkleinerung der Reiterstatue des Fürsten, die unser Siegesdenkmal schmückt, als nachträgliches Geburtstagsgeschenk. Das Comité hatte gehofft, die Spende dem Fürsten persönlich überreichen zu können, es mußte jedoch vorläufig davon abgesehen werden, da die vielen und anstrengenden Empfänge der letzten Zeit dem Fürsten Schonung auferlegten. Es wurde Herr Dr. Vogel mit der Ablieferung betraut, damit derselbe als Sachverständiger zugleich für einen passenden Ort der Aufstellung Sorge trage. Die Aufstellung erfolgte im Schloßpark unmittelbar hinter der Treppe, die von der Veranda des Herrenhauses hinab in den Park führt. Das Denkmal macht hier, wo es sich äußerst wirkungsvoll von dem grünen Hintergrund abhebt, insbesondere wenn der Strahl der

[1]) Vergl. Band III, S. 320.

Morgensonne auf die Bronce des Denkmals fällt, einen unvergleichlich schönen Eindruck.

Nachdem der Fürst am Mittwoch das Denkmal besichtigt hatte, wurde Herr Dr. Vogel Nachmittags 1$^1/_2$ Uhr zu ihm geführt, und es entspann sich nun in Anwesenheit des Grafen Rantzau bei Wein und Cigarren eine längere als halbstündige Unterhaltung, in deren Verlauf der Fürst Herrn Dr. Vogel beauftragte, den Leipziger Herren seinen wärmsten Dank für die kostbare Gabe auszusprechen; gleichzeitig trank er auf das Wohl Leipzigs. Der Fürst betonte ausdrücklich, daß das Leipziger Denkmal ihm von allen Siegesdenkmälern am meisten gefalle und daß dieses auch, wie er wisse, den Vorstellungen am meisten entspreche, die der hochselige Kaiser Wilhelm I. von einem derartigen Denkmal gehabt habe, weil Kaiser Wilhelm I. die Männer, die ihm erfolgreich zu dienen in der Lage gewesen waren, sehr gern auf einem Monument mit sich vereinigt sah. Der Fürst verabschiedete sich in außerordentlich liebenswürdiger Weise.

* * *

Am 17. Juli dankte Fürst Bismarck dem Allgemeinen deutschen Sprachverein für die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft durch folgendes Schreiben an den Vorsitzenden Dr. M. Jaehns in Berlin:

> Die Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Sprachvereins und die Anerkennung, welche Ew. Wohlgeboren und die Herren des Vereins mir in der bestätigenden Urkunde ausgesprochen haben, bedeutet für mich eine besondere Auszeichnung. Ich bitte Sie, meinen verbindlichsten Dank und zugleich den Ausdruck meines Bedauerns entgegenzunehmen, daß mein Gesundheitszustand jetzt nicht günstig genug ist, die Herren zum Besuche zu bitten und ihnen meinen Dank persönlich zu übermitteln.
>
> v. Bismarck.

* * *

An den Weingutsbesitzer Rohn in Waldhilbersheim (Kr. Kreuznach) richtet Fürst Bismarck am 17. Juli folgende Zeilen:

> Ihre freundliche Sendung habe ich dankbar erhalten und trinke die vorzüglichen Weine mit Vergnügen. Ich erwidere Ihre Geburtstagswünsche mit der Hoffnung, daß Sie an der heurigen Crescenz Freude erleben mögen. v. Bismarck.

* * *

Am 15. Juli war in Sofia der nichtswürdige Mordanfall gegen Stambulow verübt worden. Sofort wurde in einem großen Theil der deutschen Presse ungestüm ein Einschreiten gegen Bulgarien oder die Pforte gefordert, ja Viele hätten am liebsten gesehen, daß Deutschland um Stambulow den Krieg an Rußland erklärte. Dieses zügellose Treiben geißelt Maximilian

Harden in einem Artikel der „Zukunft“ (III. Jahrg., Nr. 43), der genau den Standpunkt Bismarck'scher Politik vertritt und deshalb auch unmittelbar nach Erscheinen von den „Hamb. Nachr.“ am 26. Juli (A.-A.) zum größten Theil reproducirt wurde und hier in vollem Umfange folgt:

Bulgarien in Berlin. Mittwoch, am 16. Juli 1895 empfand ich das Bedürfniß, einen Bartscheerer aufzusuchen. Der Mann hatte mich schweigend eingeseift, und ich freute mich schon des Zufalles, der mich einen wortkargen Figaro finden ließ, als der Kratzkünstler, der emsig gerade das blanke Messer über den Riemen strich, also plötzlich anhub: „Ist es nicht grauenhaft?“ Ich erlaubte mir die höfliche Frage, was er wohl meine, und erhielt die Antwort: „Ja, wissen Sie denn nicht, daß Stambulow im Sterben liegt?“ Und nun kam die ganze Litanei: von Ferdinand, dem feigen Mörder, der, natürlich auf Befehl der tückischen Moskowiter, den großen Staatsmann geschlachtet hatte, und von der Ruchlosigkeit des Zarismus, der gegen die edelsten Helden meuchelnde Schergen dingt, diesmal aber, so schloß die zürnende Rede, solle die frevelnde Bestialität gerochen werden, denn die Kulturmenschheit dürfe nicht dulden, daß ein Heros wie Stephan Stambulow unter den Dolchen der Zarenknechte verblute. Der aufgeregte Mann bearbeitete eben meinen Hals, und ich hielt es deshalb für gerathen, ihn durch Widerspruch nicht zu reizen; später erst, als er mit dem Schwamm nahte, fragte ich bescheidentlich, ob die Sache für uns denn wirklich wichtig genug sei, um einen Deutschen in heiße Wallungen zu jagen. Da verstummte der humane Barbier, warf mir einen schrägen Blick zu, als schiene ich ihm eines alexianischen Tauchbades bedürftig, gab mir aus der Spritzflasche dann wenigstens einen scharfen Strahl und fauchte endlich: „Sie lesen wohl keine Zeitungen?“ Dabei wies er mit einer heftigen Geberde auf einen Ballen bedruckten Papieres, in dem ich beim Anblättern die Vossische Zeitung, das Berliner Tageblatt, den Lokalanzeiger und das Kleine Journal unterschied. Gegen solche Uebermacht war ein Kampf nicht zu wagen; ich murmelte rasch meinen Abschiedsgruß und dachte, während ich den Laden verließ: so feiert nun die Volksseele den Tag, der vor fünfundzwanzig Jahren die Mobilmachung gegen Frankreich brachte; damals erhob sich freudig ein ganzes Volk, um in gesundem Egoismus die Vormundschaft eines anmaßenden Empereurs abzuwehren und das Ziel deutschen Sehnens, die Einheit, zu erreichen; heute ist die mit öffentlichen Meinungen aufgepäppelte Volksseele dahin gelangt, für den gleichgiltigen und keiner deutschen Thräne werthen Herrn Stambulow in Trauer und Zorn zu zucken.

Oeffentliche Meinungen, sagte Nietzsche, sind private Faulheiten. Von einem Barbier kann man nicht verlangen, daß er die deutsche Geschichte kennt und die Zusammenhänge politischer Ereignisse sich klar zu machen vermag; auch hätte ich das banale Erlebniß nicht angeführt, wenn es nicht für die Stimmung typisch wäre, die während der letzten Woche in der Hauptstadt des Deutschen Reiches harmlose Gemüther beherrschte. Nur die harmlosen: die Anderen wissen nachgerade genau, wie's gemacht wird, und lassen sich durch Zeitungslärm nur ganz selten noch aus der Ruhe rütteln; aber die Zahl der Harmlosen ist doch größer, als man gemeinhin glaubt, und deshalb sollte das Gefühl

der Verantwortlichkeit in Denen recht rege sein, die dem Massengeist die Tagesspeise bereiten. Davon findet man beinahe nirgends mehr eine Spur; dieselben Leute, die sich schmunzelnd von angeheiterten Bürgermeistern als Lehrer des Volkes preisen lassen und bei kostenlosen Schmäusen ein Erkleckliches über die hohe Würde der Presse schwatzen, erdreisten sich gleich danach, ohne eine Ahnung von orientalischen Zuständen, von den Sitten einer fremdartigen Kultur und von den Lebensbedürfnissen des eigenen Vaterlandes zu haben, ihre Unwissenheit zu Urtheilen zu verdichten und das Volk, das sie ernsthaft und verständig belehren sollten, mit wüstem Hetzgebrüll aus dem Hundstagsschlummer zu scheuchen. Was daraus entsteht, bekümmert sie nicht; zwar hat der große praeceptor Germaniae gesagt, jedes Volk müsse eines Tages die von seiner Presse zerbrochenen Fenster bezahlen — aber wer wird heute, mit den Kieler Tränken im Leibe, noch viel nach Bismarck fragen? Gewiß, der alte Herr hat sich um Deutschland nicht unbedeutende Verdienste erworben; aber er ist seit Jahren bekanntlich nur noch von der ohnmächtigen Wuth über seine Entlassung beherrscht, die für die Wohlfahrt des Reiches doch nothwendig war, und wenn er jetzt gegen die läppische Verherrlichung des unbeschreiblich edlen Riesen Stambulow protestirt und vor der wüthenden Russenhetze warnt, so beweist das nur, wie völlig seine staatsmännische Einsicht zerrüttet ist und wie neidisch er auf das Lob jedes anderen großen Politikers blickt. Die Anrempelungen der Hamburger Nachrichten, heißt's deshalb auch in der Vossischen Zeitung, lassen uns kalt; in demselben wild gewordenen Philisterblatt kann man lesen, der Telegraph müsse eigentlich erröthen, wenn er die heuchlerischen Depeschen des Prinzen Ferdinand weiterbefördere, jede diplomatische Verbindung mit Bulgarien müsse abgebrochen und der Coburger müsse durch einen Beschluß der Großmächte beseitigt werden, falls er nicht vorziehe, freiwillig sein Mörderhaupt im Dunkel des Privatlebens zu bergen. Diese Weise rauschte acht Tage lang durch alle voll und ganz liberalen Blätter der deutschen Hauptstadt; überall stand es fest: die Russen haben den Mord angestiftet, Prinz Ferdinand von Coburg hat ihn befohlen, und ein herrliches Volk, ein Hort wahrer Freiheit, ist durch Kosakenränke und Fürstentücke seines besten Mannes und einzigen Führers beraubt worden. Ist es da wirklich noch wunderbar, daß die Barbiere in Raserei verfallen, die privaten Faulheiten den öffentlichen Meinungen erliegen und den Massen allgemach das Gefühl entsteht, Alldeutschland müsse sich waffnen, um im Jubeljahr der deutschen Einheit den heiligen Krieg zu beginnen — unter dem mächtig stachelnden Feldgeschrei: Rache für Stephan Stambulow? Komödianten vergießen Theaterthränen über Hekubas schlimmes Geschick, und die bethörten Gründlinge im Parterre wähnen, die fürchterliche Trauerspielerei müsse auch sie zu zorniger Empörung entflammen.

Das Spectakel ist nicht mehr neu; wir haben es einmal schon, vor neun Jahren, erlebt, nachdem Alexander von Battenberg durch eine Verschwörung entthront worden war. Damals rief die demokratische und ein Theil der katholischen Presse unter schmetternden Fanfaren zum Kriege gegen Rußland, und Bismarck's ganzes Ansehen war nöthig, um den dunstigen Qualm aus den Zeitungsschlünden zu verwehen. Heute haben wir keinen gebietenden Staatsmann, auf den Europa vertrauensvoll schaut; heute wagen die

Officiösen kaum, schüchtern eine Ansicht zu äußern, denn der Kaiser ist fern und mancher Minister schreckt wohl vor der Befürchtung zurück, er könne zu früh in einen falschen Kahn klettern und später unsanft zum Platzwechsel genöthigt werden. Den jetzt besonders wichtigen Posten des Deutschen Botschafters in Wien besitzt ein unerfahrener und in diplomatischen Prüfungen nicht bewährter Herr, der Skaldensänge und Märchenlieder von der deutschen Freiheit dichtet und componirt und zur Sommerszeit Schiffsdienst hat; und in der Wilhelmstraße schalten und walten Ferienverweser, die noch niemals Gelegenheit fanden, in Fragen der europäischen Politik selbständige Entscheidungen zu fällen. Unter so veränderten Umständen ist das tobsüchtige Treiben der Holzpapierdiplomaten doppelt und dreifach gefährlich — fast so sehr wie das Sturmgeheul, das ohne jeden vernünftigen Grund vor fünfundzwanzig Jahren die gallische Großmannssucht in den Krieg gegen Deutschland hetzte. Die Ermordung Stambulow's ist für uns sogar noch viel unbeträchtlicher, als es die Throncandidatur des Hohenzollernprinzen für die Franzosen war; man mag den Mord, je nach dem Temperament und nach der sicheren Kenntniß vom wahren Wesen des Gemordeten, menschlich beklagen; aber es ist der ruchloseste Verrath am eigenen Vaterlande, wenn man deshalb die Leidenschaften des Volkes aufschürt und eine Regierung, mit der wir in Frieden leben und weiter leben wollen, beschimpft, weil ein Privatmann ermordet worden ist, den in seiner Heimath nur ein winziges Häuflein der Getreuen betrauert. In jedem anderen Volk würde der Instinct für den nationalen Vortheil stark genug sein, um solchem Bemühen die Wege zu sperren; nur der Deutsche ist, obwohl er dreißig Jahre lang bei Bismarck die Schule des nüchternen Realismus durchmachen durfte, noch immer so gutmüthig und so sentimental, für fremden Schmerz in mitleidiger Begeisterung zu erglühen — auch wenn dieser Schmerz ihn gar nicht berührt, ihm vielleicht nur durch die Künste unkluger Zeitungsschreiber suggerirt worden ist. Und nur Deutsche, die ruhig zusehen, während man ihre Helden mit Kothklümpchen bewirft, können gelassen dulden, daß man ihnen aus dem Ländchen der Analphabeten und Hammeldiebe einen herrlichen Heros herbeischleppt, ihm im Souterrain des Berliner Tageblattes ein Denkmal bereitet, und den größten und an Erfolgen reichsten Staatsmann des Jahrhunderts mit seiner mahnenden Weisheit wie einen albernen Schulknaben bei Seite stößt.

Am 11. Januar 1887 hat Bismarck im Reichstage den Bulgarismus verspottet, der ihm dem Polonismus nahe verwandt schien, und gesagt: „Was sollen diese Declamationen heißen? Was ist uns denn Bulgarien? Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert und was aus Bulgarien überhaupt wird — das wiederhole ich hier: ich wiederhole Alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und todtgerittenen Ausdruck von den Knochen des pommerschen Grenadiers gesagt habe: die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von Niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouilliren. (Bravo! rechts.) Die Freundschaft von Rußland ist uns viel wichtiger als die von Bulgarien und von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben. (Heiterkeit rechts.)“ Ein Jahr später, in der berühmten Rede vom 6. Februar 1888,

sprach er wiederum von der Begeisterung für Bulgarien; er gedachte des Berliner Congresses und sagte: „Es ist gar keine Frage für mich, der ich die Congreßbeschlüsse mit vorbereitet und mit unterzeichnet habe, daß wir Alle damals der Meinung waren, daß der vorwiegende Einfluß in Bulgarien Rußland zufallen sollte, nachdem es seinerseits auf Ostrumelien verzichtet hatte, indem es die mäßige Satisfaction gab, die Grenze des seinem Einfluß anheimfallenden Gebietes um 800000 Seelen auf drei Millionen ungefähr zurückzuschrauben.“ In diesen Aussprüchen ist das Interesse des Deutschen Reiches an den bulgarischen Vorgängen und sein Verhältniß zu den russischen Aspirationen knapp und klar für immer bezeichnet; und so lange nicht der bündige Beweis dafür erbracht ist, daß Bismarck die nationale Ehre nicht zu wahren und die europäische Lage nicht zu beurtheilen vermochte, wird man gut thun, auch dem Entamteten, dem ja nicht der Verstand aberkannt worden ist, eher zu glauben als flinken Schwarzkünstlern, die eilig und arglos wiedergeben, was sie in englischen und österreichischen Blättern erschnüffelt haben. Es wird sich auch empfehlen, bevor man ein Urtheil fällt, die Bretter zu beseitigen, die bis zum Auftreten des Herrn Stambulow die Bulgarengeschichte zu vernageln scheinen; denn nur aus dem Ursprung und der Vergangenheit eines Volkes sind die Grundlagen für ein Horoskop zu gewinnen, das nicht nur der leichtgläubigen Kundschaft der Kaffeesatzwahrsagerinnen Befriedigung bringt.

Nach der Legende, die bis ins vorige Jahr den Westen Europas beherrschte, sind die Bulgaren ein junges, kraftvoll zu reineren Kulturhöhen emporstrebendes Volk, das der liberalen Staatseinrichtungen sich durchaus würdig zeigt, und entschlossen ist, an die Bewahrung seiner Unabhängigkeit den letzten Blutstropfen zu setzen. Daß die Legende log, haben die wüsten Scenen der eben verstrichenen Wochen gezeigt; daß sie in der Wirklichkeit keine Stütze hatte, konnte ein Blick auf die vierzehnhundertjährige Volksgeschichte längst lehren. Das Mischvolk, das jetzt zwischen der Donau und dem Schwarzen Meer wohnt, hat nur den Namen von den Sprossen der Finnenfamilie geerbt, die von der Wolga einst siegreich nach Moesien vordrangen, am Marmarameer, den pontischen Hunnen verbündet, die Stadt des Konstantin bedrohten und auf Justinians Geheiß später von den Avaren niedergeworfen wurden. Die Chane dieser Horde, die unter dem Monotheleten Herakleios in eine neue Periode kriegerischen Ruhmes eintrat, wurden zu Czaren der Bulgaren und Griechen erhöht; aber dieser Glanz war von kurzer Dauer: Basilius der Zweite, Murad, und Bajesid machten der bulgarischen Herrlichkeit früh ein Ende, und das Volk, das durch die Vermischung mit den Slovenen schon lange vorher fast völlig slavisirt worden war und mit dem Chan Boris-Michael die griechische Taufe empfangen hatte, entschlummerte, seit sein letzter Czar, Sisman der Dritte, geflüchtet war, gemächlich unter dem Türkenjoch. Die Erobererttriebe waren ausgejätet, die autochthone Selbständigkeit leuchtete nicht einmal mehr als ein lockendes Ideal, und der entnervte und entartete Stamm wurde in Europa eigentlich nur noch bemerkbar, wenn die religiöse Zerrissenheit das Schwanken zwischen dem Islam, dem griechischen und dem römischen Christenthum zu Unruhen führte. Dieser Zustand währte bis um die Mitte der siebziger Jahre; heimlich wühlte vom russischen Süden her die orthodoxe

Propaganda fort, und als Bosnien und die Herzegowina sich gegen die Türkenherrschaft empörten, waffnete auch in Bulgarien sich christgläubige Wuth wider den mohammedanischen Despotendruck. Die Türken schlugen mit Feuer und Schwert den Aufstand nieder, sie verwüsteten sechzig Städte und Dörfer, sie mordeten zwölftausend wehrlose Christen, denen ein schlau erdachtes Gesetz das Waffentragen verbot, und sie weigerten auf der Conferenz von Konstantinopel den Bulgaren die Selbständigkeit unter christlichen Gouverneuren. Die zunächst interessirten Großmächte hatten lange unthätig gezaudert. Der alte Gortschakow spielte die Lügnerrolle des Friedensstifters, er beruhigte in Baden-Baden Herrn Geffcken über die düsteren Pläne des bösen Bismarck — soyez sûr, il ne peut plus rien faire, la paix est assurée pour des années — und wollte, um den mählich schon welkenden Diplomatenlorbeer zu retten, ein replâtrage der orientalischen Frage versuchen. Graf Andrassy erkannte zwar, daß die apostolische Majestät des Kaisers von Oesterreich nicht länger die barbarisch unter den Christen hausende Türkenwirthschaft begünstigen dürfe, aber er zagte doch vor einem Entschluß, der die Orientkrisis beschleunigen könnte, und war schließlich froh, als er in dem geheimen Abkommen von Reichstadt seinem Lande den Besitz Bosniens gesichert hatte. In England, wo Lord Derby die auswärtige Politik leitete, wurde der Wunsch, der Türkei gefällig zu sein, durch Gladstone's Redekrieg gegen die bulgarian atrocities gelähmt; und als Salisbury später den lauen Derby abgelöst hatte, brachte die Angst vor einem drohenden Bündnis zwischen Russen und Afghanen die russenfeindlichen Stimmen zum Schweigen. Nur Bismarck übersah mit klarem Blick sofort die Situation; er kannte den griechischen Islam und wußte, daß die Auseinandersetzung zwischen Christen und Türken durch kleine Intriguenkünste nicht mehr aufzuhalten war, weil der mohammedanische Uebermuth den Glauben aufgerüttelt hatte, den einzigen Motor, der im Orient die Massen vorwärts treibt. Er behielt Recht: Serbien und Montenegro standen gegen den Sultan auf, Tausende strömten aus Rußland als Freiwillige dem Christenheer zu, und die Bewegung wurde so mächtig, daß Czar Alexander am Ende offen für die slavischen Brüder eintreten und die Armee mobil machen mußte. Die kurzsichtige Unklugheit der englischen und der österreichischen Politik trug jetzt ihre Früchte: nur Rußland hatte für die christlichen Balkanvölker den Einsatz gewagt, und die vom Türkenjoch Erlösten, die so viele Jahrhunderte hindurch der Spielball zwischen den auf die byzantinische Erbschaft lauernden Parteien gewesen waren, mußten in dem Czarbefreier nun den starken Schützer des heiligen Glaubens verehren. Eine lebensfähige bulgarische Nation gab es nicht mehr, und die Nachkommen des ersten und größten Czaren Symeon hatten sich längst in die Consonantenrolle gefügt; aber der Glaubensfanatismus war in ihnen lebendig geblieben und sie priesen den Tag, der die slavische Vormacht der Orthodoxie ihren Geschicken zur Herrin setzte.

Der Türkenabkömmling Stambulow war für die überragende Bedeutung des religiösen Momentes immer blind; er sah nur den politischen Zwiespalt und glaubte, da die Ungeschicklichkeit und Roheit russischer Gewalthaber seinem Sehnen zu Hilfe kam, es könne ihm gelingen, in einem Volk, das slavische Lieder singt und in slavischen Lauten Gebete

lallt, das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der vom mystischen Wahn gesteigerten Macht zu ersticken, die dem Schwächeren einst die Befreiung erstritten hatte. Er rief einen katholischen Prinzen ins Land, ließ den geschäftigen Vätern Jesu den weitesten Spielraum und erzwang von dem Possenparlament ein Gesetz, das den Thronerben vom orthodoxen Glaubensbekenntniß entband. In Europa wurde auch dieser Erfolg als ein Beweis staatsmännischen Genies gefeiert, und der Dictator, dem der Koburger immer nur eine Marionette war, hatte sich an die Wollüste europäischen Presseruhmes so gewöhnt, daß er gar nicht merkte, wie das Volk unruhig wurde und zu vergleichen begann. Die Freiheit, von der es so viel reden hörte, hatte es niemals kennen gelernt, nicht unter den Türken, nicht unter den Russen, und erst recht nicht unter Stambulow, der mit harter Hand ein Regiment grausamster Willkür führte; aber die Freiheit, die der Südslave meint, besteht zum wesentlichsten Theil in der Sicherheit, sich satt essen, den Nachbarn überlisten und gelegentlich ein paar Messerstiche wagen zu können, ohne daß gleich Polizei und Gericht ihres Amtes walten. Diese Freiheit war am Ende auch unter irgend einem etwas gesitteteren Kaulbars zu erreichen, dessen Losung gewiß stehlen und stehlen lassen hieß; und auf demselben Wege war wieder das Band zu knüpfen, das mit den Befreiern, mit der slavischen und orthodoxen Vormacht, die Vereinigung schuf. Es ist kein Zufall, daß diese Stimmung erst wach wurde, seit, nach Bismarck's Entlassung, das Prestige Rußlands mächtig erstarkte. Schon vorher, unmittelbar nach dem schnöden Verrätherstreich gegen den Battenberger, hatte sich der Wunsch geregt, durch die Wahl eines dänischen Prinzen den Czaren zu versöhnen; der hartköpfige Eigensinn Alexanders des Dritten hatte diesen Plan vereitelt, und Stambulow hatte sehr schlau einen Flackerzorn gegen die Russen anzufachen gewußt. Er rechnete auf die Hilfe der Mächte, die der wachsende Einfluß Rußlands im Orient mit Gefahren bedrohte — England, Oesterreich, die Türkei und Italien —, und sah nicht, wie durch die Heirath seines Prinzen inzwischen den franko-russischen Zettelungen eine Hinterthür in den Konak geöffnet wurde. Immer lauter wurden die Stimmen, die ein freundlicheres Verhältniß zum Czarenreich forderten, und Stambulow fiel, weil er nicht mehr zu halten war, weil seine früheren Verdienste in dem gehäuften Volkshaß vergessen waren und weil die für jede ferne Möglichkeit einer Popularität coburgisch feinen Ohren des Prinzen Ferdinand die zu hoffende Applauswirkung zeitig erlauschten. Der Applaus kam, der nicht anerkannte Fürst war niemals so populär wie in den ersten Tagen nach der Entlassung Stambulow's. In deutschen Zeitungen wurde das Ereigniß damals wie ein nationales Unglück bezetert; ein Deutscher aber, der Jahre lang im Balkan, in Sofia und Belgrad gelebt, und, ohne irgend eine politische Voreingenommenheit, die wechselnden Machthaber persönlich kennen gelernt hat, schrieb mir am 20. Juli 1894:

„Die Willkürherrschaft Stambulow's hatte den höchsten Gipfel erreicht. Dazu kam die finanzielle Lage der Hauptstadt, die früher, unter türkischer Herrschaft, die besten Finanzen hatte und sogar einen beträchtlichen Baarschatz ansammeln konnte, durch die Räuberwirthschaft von Stambulow's Kreaturen aber in eine heillose Lage gerathen war. Es läßt sich für Den, der die Verhältnisse der bulgarischen Hauptstadt nicht kennt,

kaum schildern, was da offen am hellen Tage getrieben wurde. Trotzdem wagte der Fürst nicht, gegen Stambulow einen Schritt zu thun, weil die österreichische und die italienische Diplomatie den Minister stützten. Deutschland ließ sich von Oesterreich dupiren. Bismarck's Zurückhaltung in der Orientpolitik war den Oesterreichern stets sehr unangenehm. Oesterreich hat nach Bismarck's Rücktritt Das erreicht, was es im Deutschen Bund immer erstrebte: die reichsdeutschen Kräfte seiner Hauspolitik dienstbar zu machen. Als Bulgarien anfing, zum Dreibund weniger Vertrauen als früher zu haben — vom Dreibund ist im Orient nämlich nur Deutschland angesehen —, war es der Wunsch aller Einsichtigen, eine weniger russenfeindliche Politik zu betreiben. Stambulow widersetzte sich, und Ferdinand hatte den Muth, ihn laufen zu lassen. Die Zustände in Bulgarien waren früher so unhaltbar, daß die Entlassung Stambulow's eher dem Fürsten genützt als geschadet hat. Freilich ist Ferdinand eine fremde Pflanze, die sich in Bulgarien schwerlich acclimatisiren wird, trotz dem augenblicklichen Erfolg durch die Entlassung Stambulow's. Im Allgemeinen murrte das Volk bisher und fragte, ob die Befreiung darin bestehe, daß die Türkei nach wie vor in Bulgarien herrsche, nur mit dem Unterschiede, daß früher ein türkischer, jetzt ein bulgarischer Pascha die Regierung leite, der an Grausamkeit und Willkür noch schlimmer sei als der Türke."

Die Ereignisse haben dieser Darstellung Recht gegeben. Stambulow wußte wohl selbst, wohin sein Toben ihn führen mußte. Daß der Unglückliche, der immer ein Panzerhemd trug, von Banditen grausig verstümmelt in den Tod geschickt wurde, muß das menschliche Gefühl empören. Nur sollte man nicht mit Fingern auf Mordanstifter weisen, die an der Beseitigung des kindisch Verherrlichten gar kein Interesse hatten; den Russen war der einflußlose und verhaßte Privatmann längst nicht mehr gefährlich, und der Coburger konnte, wenn er die bewährten Mittel seines Meisters anwenden wollte, durch bestochene Prozeßzeugen und gefälschte Dokumente dem Unbequemen eine Vernichtung bereiten, die sicher sehr viel wirksamer gewesen wäre, als der alarmirende Straßenmord. Im Balkangelände ist ein verhaßter Mann gemordet worden, der seine Macht der Laune und dem Gelüsten dienstbar gemacht hatte; dieser Mann hinterläßt nichts als die Erinnerung an ein impetuoses Ungestüm, das mit brutalem Zwang zwar die vorhandenen Kräfte zu knebeln, nicht aber sie für den nationalen Vortheil zu nützen verstand. Die industrialisirte Kultur liebt in ihrer müden Schwächlichkeit solche Vertreter des gewaltthätigen Räubertypus aus einer früheren Menschheitepoche, und sie ist immer geneigt, an den Crispi und Stambulow die Renaissancekraft des Massenbändigers zu bestaunen. Aber die Politik großer Reiche kann nicht von Sympathien und Antipathien bestimmt werden, sondern von dem gewissenhaft erwogenen Lebensinteresse. Es wäre die verhängnißvollste Dummheit, deren die deutsche Politik sich schuldig machen könnte, wenn sie im Balkan die Geschäfte Englands und Oesterreichs besorgte und sich in einen Krieg gegen Rußland locken ließe, in dem wir, nach Bismarck's Wort, nichts zu gewinnen und viel zu verlieren haben und der heute, da Frankreich die Ungeduld kaum noch zügelt und in Asien ungeheuere Machtfragen der Antwort harren, zu unübersehbaren Weltverwickelungen führen müßte. Wenn diese Ansicht als ein Beweis würde

losen Kriechens vor dem Czarenreich ausgebrüllt wird, dann darf man getrosten Sinnes an unseren alten Kaiser erinnern, der nach dem Abschluß des großen Krieges dem Neffen nach Petersburg telegraphirte, seine Dankbarkeit für Rußlands Haltung werde nur mit dem Leben weichen, und der noch auf dem letzten Lager dem Enkel die Pflege der guten Beziehungen zum östlichen Nachbarn empfahl. Der stille und treue Mann, dessen Andenken wir gerade jetzt an jedem Tage in Ehrfurcht erneuern sollten, und sein Kanzler, der um Liebe nicht betteln, aber eine erprobte Freundschaft auch nicht leichtfertig auf ein Frevelspiel setzen mochte: sie waren am Ende doch bessere Hüter der deutschen Ehre und der nationalen Lebensbedürfnisse als die muthigen Ersatzreservisten zweiter Klasse, die jetzt in hohem Zornmuth die Kriegsdrommete blasen und aus Pappe und Leinwand uns ein Bulgarien in Berlin vorgaukeln, das in der harten Helle des Tages als ein armselig bepinselter Jahrmarktsplunder erscheint.

* * *

Am 22. Juli starb Professor Dr. Rudolf von Gneist; Fürst Bismarck sandte den Hinterbliebenen ein herzliches Beileidstelegramm.

* * *

Auch das pommersche Städtchen Polzin (Kr. Belgard) hatte dem Fürsten Bismarck sein Ehrenbürgerrecht verliehen, dafür bedankte sich der Fürst am 25. Juli und schrieb an den Magistrat:

> Den Ehrenbürgerbrief von Polzin mit seiner kunstvollen Ausstattung und mit den Ansichten der mir aus meiner Jugend vertrauten Gegend habe ich mit besonderer Freude erhalten und bitte Ew. Hochwohlgeboren und meine Mitbürger, mit meinem Danke für die mir erzeigte Ehre meine herzlichsten Wünsche für die Entwickelung des schönen pommerschen Badeortes entgegenzunehmen. v. Bismarck.

* * *

Bezüglich der Rede des Fürsten Bismarck vom 9. Juni an die Vertreter des Bundes der Landwirthe rufen die „Hamb. Nachr." am 1. August (A.-A.) frühere Aeußerungen ganz ähnlichen Inhalts in's Gedächtniß und schreiben:

Dem Fürsten Bismarck ist gelegentlich seiner letzten Rede an die Landwirthe mehrfach vorgeworfen worden, daß er jetzt eine andere Sprache führe, als sie jemals während seiner Amtszeit auch nur denkbar gewesen sei. Man möchte, schreibt die „Corr. des Bundes der Landwirthe", das Gewicht seiner Worte dadurch abschwächen, daß man unterstellt, sie seien nur der Ausfluß einer galligen Stimmung. Leute, wie Professor Delbrück, scheuen sich nicht, von „demagogischer Verhetzung" zu sprechen. Demgegenüber scheint es uns zweckmäßig festzustellen, daß der Fürst schon vor 17 Jahren, als er, wie seine Gegner so geschmackvoll zu sagen pflegen, noch der allmächtige Minister war, also jedenfalls keine Veranlassung hatte, einem ohnmächtigen Zorne in

scharfen Worten Luft zu machen, daß er schon damals dieselben Ansichten fast mit denselben Worten vertreten hat wie heute. Uns liegt eine Denkschrift betreffend die Neuwahlen zum Reichstag 1878 vor. Sie ist von dem Ober-Regierungsrath Hahn entworfen, dann vom Fürsten genau durchgesehen, im Einzelnen verändert und gebilligt. Am Schluß fügte der Fürst die folgenden bezeichnenden Ausführungen hinzu, die im Hahn'schen Entwurf gänzlich fehlen:

> Das bisherige Vorherrschen der Juristen, Beamten und Gelehrten ohne productive Beschäftigung in unseren Parlamenten hat denselben eine unpraktische Richtung gegeben. Der Parteihaß, der Machtstreit der Fractionen, der Ehrgeiz ihrer Führer, die Zeitverschwendung mit oratorischen Schaustellungen, die Gleichgültigkeit gegen wirthschaftliche Schäden, die philosophische humanistische Neigung, den Verbrecher auf Kosten des ehrlichen Mannes zu schützen, die gesammte unpraktische Richtung unserer Parlamentsverhandlungen, hängen wesentlich mit dem Umstande zusammen, daß die Mehrzahl der Vertreter keinen productiven Beruf hat, weder ein Gewerbe noch Handel, weder Industrie noch Landwirthschaft treiben oder auch nur einen klaren Begriff davon haben. Die Leiden unserer Production sind den Herren nicht fühlbar. Die Männer sind selten bei uns, welche productiv thätig, dennoch Zeit haben, in den Parlamenten zu sitzen. Die Vertretung unserer wirthschaftlichen Interessen ist daher in den Händen solcher, die von Gehalt, Honorar, von Diäten und vom Preßgewerbe oder von zinstragenden Papieren leben. Für diese Herren ist die Sitzungszeit eine angenehme Unterbrechung amtlicher, oder eine Förderung literarischer Thätigkeit, die hohe Politik und die Rhetorik eine willkommene Unterhaltung. Sie haben volle Zeit dazu, aber weder Interesse noch Verständniß für die wirthschaftliche Noth ihrer producirenden Wähler. Nur wenn letztere dieses einsehen lernen und Leute wählen, die derselbe wirthschaftliche Schuh drückt wie den Wähler selbst, wird hierin Besserung zu hoffen sein. Dahin, daß dies geschehe, sollten meines Erachtens die Regierungen wirken.

Dem Bunde der Landwirthe empfahl der Fürst am 9. Juni 1895, Leute zu wählen, „die denselben Regen fühlen, unter dem wir naß werden, und sich über denselben Sonnenschein freuen, unter dem unser Korn gedeiht.“ In einer Rede vom 8. Mai 1879 sagte der Fürst wörtlich:

> Die Herren, die unsere Sonne nicht wärmt, die unser Regen nicht naß macht, wenn sie nicht zufällig ohne Regenschirm ausgegangen sind ..... die verlieren leicht den Blick und das Mitgefühl für diejenigen Interessen, die ein Minister, der auch Besitz hat, ... der auch regiert wird und fühlt, wie die Gesetze dem Regierten thun, leichter

versteht. Weiter klagt er dann darüber, daß die Nichtindustriellen, Nichtlandwirthe in den ministeriellen Stadien nothwendig die Mehrheit bilden.

Man wird verstehen: die Gedanken des Fürsten sind der Ausfluß einer praktischen, aber schmerzlichen Lebenserfahrung, nicht einer persönlichen Verstimmung, die ein kindisches Gefallen daran fände, Leuten, die einer solchen Aufmerksamkeit kaum werth sind, kleine Bosheiten zu sagen. Zwischen dem „allmächtigen" Minister von 1878—79 und dem einfachen Privatmann von 1895 ist kein Unterschied.

* * *

Am 1. August starb plötzlich Heinrich von Sybel; Tags darauf telegraphirte Fürst Bismarck an dessen Sohn:

Mit der herzlichsten Theilnahme erhalte ich die unerwartete Nachricht von dem neuen Verlust in der Zahl meiner politischen Mitarbeiter und befreundeten Altersgenossen.

v. Bismarck.

* * *

Am 4. August fand eine große Feier statt bei der Grundsteinlegung zum Bismarckthurm auf dem Knivsberge in Nordschleswig.

* * *

Am 7. August melden die „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Vor einiger Zeit hatten 64 mittlere und kleine Städte Sachsens mit nicht revidirter Städteordnung auf Anregung des Bürgermeisters Gofferjé in Netzschkau den Fürsten Bismarck zum „Ehrenbürger" ernannt und demselben einen prachtvollen Ehrenbürgerbrief übersandt. Darauf ist jetzt, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten" mittheilen, bei dem Bürgermeister Gofferjé folgendes Schreiben eingegangen:

Friedrichsruh, den 31. Juli 1895.

Sr. Hochwohlgeboren Herrn Bürgermeister Gofferjé
in Netzschkau.

Der Bürgerbrief der 64 sächsischen Städte ist mir heute zu Händen gekommen und hat mich auch durch die äußere Form dieser ehrenvollen und seltenen Auszeichnung sehr erfreut. Ich bitte Euer Hochwohlgeboren und die unterzeichneten Herren Bürgermeister, den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes entgegen zu nehmen und zugleich den meines lebhaften Bedauerns, daß mein Gesundheitszustand mich verhindert hat, den Besuch der Herren zu empfangen; ich hoffe aber, auf die persönliche Begrüßung nicht für immer verzichten zu müssen.

v. Bismarck.

Ferner:

Dem Vorstande des Deutschen Vereins zum Schutze der Vogelwelt, welcher zur Zeit aus den Herren Regierungsrath von Wangelin-Merseburg, Dr. Hennicke-Gera (früher Hofrath Professor Liebe) und Professor Dr. Taschenberg-Halle besteht, ist auf seine briefliche Anfrage am 19. Juli folgendes Schreiben des Fürsten Bismarck zugegangen:

Es wird für mich eine Auszeichnung sein, dem Deutschen Vereine zum Schutze der Vogelwelt als Ehrenmitglied anzugehören.

v. Bismarck.

Der Fürst ist dem genannten Blatte zufolge seit ungefähr einem Jahrzehnt ordentliches (zahlendes) Mitglied des Vorstandes.

* * *

Am 8. August bringen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) folgende Mittheilung:

Die akademisch gebildeten Lehrer Badens haben eine Adresse an den Fürsten Bismarck gerichtet. Sie trägt 428 Unterschriften, unter anderen auch diejenigen des Directors und der technischen Räthe des Oberschulraths, und hat folgenden Wortlaut:

„Durchlauchtigster Fürst!

„Aus den Staaten und Stämmen Alldeutschlands sind, des achtzigsten Geburtstages Euer Durchlaucht gedenkend, Männer und Frauen in Friedrichsruh erschienen, um Euer Durchlaucht für die gewaltige Arbeit im Dienste des deutschen Vaterlandes begeisterten Dank zu sagen, zu danken, daß in den Herzen der Deutschen das stolze Gefühl eines festeinigen mächtigen Reiches lebt und zu eigener froher Arbeit Kraft verleiht. Wie damals auch Männer unseres Berufes ihrer treuen Verehrung für den ersten Kanzler Neudeutschlands Worte geliehen haben, so ist es an dem Tage, an dem die akademisch gebildeten Lehrer Badens zu gemeinsamer Berathung zusammentraten, ihr erster Gedanke gewesen, Euer Durchlaucht zu huldigen.

„Uns treibt nicht bloß die Macht der Empfindungen, die jeder deutsche Mann in seinem Herzen trägt, sondern zugleich das klare Bewußtsein, daß aus der großen, schöpferischen Thätigkeit Eurer Durchlaucht wie aus dem lebendig wirkenden Beispiel mannhaften Handels reicher Inhalt und sichere Freudigkeit dem Werke nationaler Erziehung zugeflossen sind. Und um so lebhafter ist in uns das Gefühl tiefster Verpflichtung, als Euer Durchlaucht unsere abseits vom großen Leben sich vollziehende Berufsarbeit wiederholt in herzerhebender Weise gewürdigt und dem höheren Lehrerstande einen wichtigen Antheil bei dem erfolgreichen Ringen um die hohen Ziele zuerkannt haben, die von unserem Volke mit Gottes Hülfe erreicht worden sind.

„Wir sind stolz auf die Worte, die Euer Durchlaucht bei Begründung der

Schönhauser Stiftung und jüngst bei dem Empfange der preußischen Lehrer[1]) unserem Streben und Wirken gewidmet haben. Sie werden niemals in uns verklingen, sie werden uns alle Zeit stärken in der Erfüllung der Pflicht, dem heranwachsenden Geschlecht das Ideal hingebender nationaler Gesinnung fort und fort einzupflanzen und auch unsere ganze Kraft für die Erhaltung dessen einzusetzen, was durch Eurer Durchlaucht weltgeschichtliche That dem deutschen Volke geschaffen wurde. In unverbrüchlicher Ergebenheit bringen wir Eurer Durchlaucht verehrungsvollen Dank und stimmen ein in den Wunsch so vieler Tausende, daß Eurer Durchlaucht noch manches Lebensjahr, verschönt durch die treue Liebe des deutschen Volkes, beschieden sei."

* * *

Aus Berlin wird am 10. August berichtet:

Fürst Bismarck hat nachträglich noch aus Anlaß seines achtzigjährigen Geburtstages ein sinniges Geschenk seitens der deutschen Turnerschaft erhalten und darauf folgendes Schreiben aus Friedrichsruh an den Vorsitzenden Dr. Goetz in Leipzig-Lindenau gerichtet:

Die durch Euer Hochwohlgeboren Güte übermittelte Adresse der deutschen Turnerschaft ist mir eine der werthvollsten Geburtstagsgaben und wird mit ihrer kunstreichen Einfassung eine dauernde Zierde der Sammlung von Andenken sein, welche ich in Schönhausen eingerichtet habe, wo der Name des Turnvaters Jahn und der Lützower noch heute in guter Erinnerung steht aus ihrer Einquartierung im Jahre 1813 her. Zu meinem Bedauern ist es mir durch den unbefriedigenden Stand meiner Gesundheit versagt worden, die Herren hier zu begrüßen, aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, etwa im nächsten Jahre, so Gott will, Ihnen persönlich meinen aufrichtigen Dank wiederholen zu können für die hohe Ehre, welcher die deutsche Turnerschaft mich gewürdigt hat.

v. Bismarck.

* * *

Ein Bismarck-Thurm, den der Thüringerwald-Verein Blechhammer-Sitzendorf erbauen ließ, wurde am 11. August bei Sitzendorf festlich eingeweiht; er ist dem Eberstein nachgebildet. Das Fest erhielt ein hübsches und farbiges Colorit durch die Burschen und Mädchen in altthüringischer Bauerntracht, die sich an dem Festzuge betheiligten; dieser bestand aus mehr als 500 Personen. Die Festrede hielt der Fabrikbesitzer Carl Voigt.

* * *

Gelegentlich der ungebührlichen Artikel des Londoner „Standard", auf die wir gleich noch zurückkommen werden, bringen die „Hamb. Nachr." am

---

[1]) Vergl. oben S. 120 ff.

13. August (A.-A.) an hervorragender Stelle folgende bemerkenswerthe sprachvergleichende Plauderei:

Bei der Polemik der deutschen Presse gegen den „Standard" ist ein kleiner, anscheinend recht geringfügiger Umstand unbeachtet geblieben, der aber gleichwohl für die Gesinnung Englands gegen Deutschland bezeichnend ist. Gerade wie im geselligen Verkehr eine Redewendung, eine Miene, ein Ausdruck, ja der Tonfall eines Wortes für die Wärme oder Kälte der persönlichen Beziehungen charakteristisch ist, so drücken sich auch die Beziehungen der Völker zu einander oftmals in der Wahl einzelner Wörter aus, um mit einem Schlage das Quantum der Hoch- oder Mißachtung der einen Nation gegen die andere anzudeuten. Wenn der Franzose uns Deutschen seine Mißachtung bezeigen will, nennt er uns „Prussiens"; will er uns einigermaßen wohl, so sagt er „Allemands". Aehnlich spricht der Engländer in seinen Zeitungen von „Germany", wenn er kühl und ohne Affect redet; will er uns einen Hieb versetzen, so sagt er „Fatherland". Die ironische Anwendung dieses Wortes ist ein Erbtheil aus jener Zeit, wo es noch kein Deutsches Reich gab, und jeder grüne Clerk in der Londoner City sich über die deutsche „unity" lustig zu machen berufen fühlte. Zumal das Organ des gebildeten Philisters, die „Times", war damals fast in jeder Nummer mit irgend einem wohlfeilen sneering über das tabak- und bierliebende „Fatherland" bei der Hand. Geradeso sprachen neulich sowohl der „Standard" in seinen beiden Artikeln, wie die „Daily News" in ihrer Zurechtweisung an den deutschen Kaiser wegen seiner auf dem „Wörth" gehaltenen Rede wieder von „Fatherland" und „God and Fatherland", und ihren englischen Lesern wird dabei sofort ein spöttisches Lächeln auf die Lippen getreten sein. Diese Art von Ironie über das eben so einfache wie inhaltsvolle Wort „Vaterland" ist bei den Engländern um so weniger angebracht, als ihnen selbst, deren Sprache aus germanischen und romanischen Bestandtheilen zu einem unschönen Kauderwelsch zusammengewachsen ist, ein Wort für den Begriff „Vaterland" fehlt, für welchen die Romanen das analoge Wort patria gebrauchen, während die spracharmen Engländer sich mit dem entlehnten country oder native country behelfen müssen.

* *
*

Ueber die etwaige Theilnahme des Fürsten Bismarck an der am 18. August in Berlin stattfindenden Grundsteinlegung für das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelm's I. sagen die „Hamb. Nachr." vom 14. August (A.-A.):

In den Blättern findet sich die Notiz, Fürst Bismarck habe die Mittheilung nach Berlin gelangen lassen, daß er durch sein Befinden zu seinem Bedauern verhindert sei, an der Grundsteinlegung zum Kaiser Wilhelm-Denkmal Theil zu nehmen.

Wir können bestätigen, daß dem Fürsten die Reise nach Berlin nach seinen Gesundheitsverhältnissen leider nicht möglich und er daher nicht im Stande sein wird, an der Feier des 18. August Theil zu nehmen.

* * *

An derselben Stelle wird mitgetheilt:

Aus allen Theilen des Reiches sind in Würzburg Locomotivführer, die im Kriegsjahre 1870/71 Locomotiven in Feindesland führten, eingetroffen, um gemeinsam eine Erinnerungsfeier zu begehen. An den Fürsten Bismarck ist folgendes Telegramm abgesandt worden:

Würzburg, den 13. August 1895.

Ueber hundert in Würzburg versammelte deutsche Locomotivführer, welche während des ruhmreichen Krieges 1870/71 in Feindesland Locomotiven führten, bringen Eurer Durchlaucht begeisterte Huldigungen dar.

Im Auftrage:
Karl Böckenmüller,
Locomotivführer.

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 16. August (A.-A.) enthalten folgende Mittheilung:

Wie aus Landau berichtet wird, ist das Schreiben des Fürsten Bismarck an die pfälzischen Städte, die ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen, an den Bürgermeister Hofrath Mahla in Landau gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Friedrichsruh, den 5. August 1895.

Die Pfalz findet bei mir lebhafte Gegenliebe für die vielen Freunde, die ich dort habe, und hohe Anerkennung ihrer Weine und ein wohlthuendes Erinnern an ihre landschaftliche Schönheit. Alle diese Eindrücke beleben sich bei mir, wenn ich auf der Karte der Pfalz die Städte aufsuche, welche mir die Ehre erwiesen haben, mir ihr Bürgerrecht zu verleihen; ich bitte Euer Hochwohlgeboren, ihnen meinen verbindlichsten Dank für diese hohe Auszeichnung und für die Freude zu übermitteln, welche sie mir dadurch gemacht haben. Der gegenwärtig auf der Ausstellung in Berlin befindliche gemeinsame Bürgerbrief findet hohe Anerkennung durch seine künstlerische Ausstattung.

v. Bismarck.

* * *

Am 18. August fand, wie erwähnt, in Berlin die Grundsteinlegung für das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelm's I. statt. Fürst Bismarck war geladen worden; im Programm war sein Platz zwischen den „Angehörigen deutscher Fürstenhäuser" und dem Reichskanzler. Mit Rücksicht auf

seinen Gesundheitszustand blieb er der Feier fern. Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß im Gegensatz zu der den Fürsten Bismarck ignorirenden Urkunde über die Eröffnung des Kaiser Wilhelms-Canals in der in den Grundstein dieses Denkmals eingeschlossenen Urkunde am Beginn des vierten Absatzes genannt worden ist:

„Die opferbereite Einmüthigkeit der deutschen Fürsten, der weise Rath und die thatkräftige Unterstützung Seines Kanzlers, des Fürsten Bismarck", u. s. w.

Diese Urkunde wurde vom Kaiser vorgelesen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 19. August (A.-A.) enthalten folgenden Artikel:

Deutsch-Englisches. Die „Köln. Volks-Ztg." sagt in einem gegen die „Hamb. Nachr." gerichteten Artikel, man dürfe die guten Beziehungen zu England nicht wegen einer Zeitungsäußerung (Standard) aufheben wollen; sie, die „Köln. Volks-Ztg.", befürworte keineswegs eine Anfreundung an England um jeden Preis, aber ebensowenig eine Brüskirung Englands aus Laune. Damit hat das ultramontane Blatt vollkommen recht, und an eine Brüskirung Englands denken auch die „Hamb. Nachr." nicht; wohl aber haben sie das Bedürfniß, ihre Auffassung auch denjenigen Lesern deutlich zu machen, auf welche nur eine stärkere Accentuirung des Ausdrucks als die in der Diplomatie übliche Eindruck macht.

Die „Köln. Volks-Ztg." räth, bevor wir über das Cabinet Salisbury den Stab brächen, abzuwarten, welche Vorschläge es uns zu machen habe. Von dieser Frage ist überhaupt nicht die Rede. Das Kölnische Blatt weiß es noch nicht, welche Vorschläge Lord Salisbury machen wird; wir wissen es mit vollster Sicherheit: er wird gar keine machen, sondern abwarten, daß und ob wir ihm in gewohnter Weise mit Wünschen und Anschmiegungen entgegenkommen. Die „Köln. Volks-Ztg." hält es für thöricht, Salisbury's Vorschläge als unannehmbar zu bezeichnen; wir halten es für thöricht, dergleichen überhaupt zu erwarten.

Das Kölnische Preßorgan sagt ferner, die russisch-französische Allianz bestehe schon. Welchen Beweis hat es dafür? Das Blatt würde in Paris großen Erfolg haben, wenn es diese Beweise dort verkündigen wollte.

Alsdann wärmt die „Köln. Volks-Ztg." die alte Lüge auf, daß wir es „schon unter der Leitung des Fürsten Bismarck mit Rußland verdorben hätten". Im November 1889 erschien Kaiser Alexander von Rußland noch als Freund in Berlin und sprach sich darüber aus, daß sein Vertrauen zu der deutschen Politik auf der Person des damaligen Kanzlers beruhe. Sollte das Ausscheiden dieser Person, das einige

Monate darauf erfolgte, gar keinen Einfluß auf die gegenseitigen Beziehungen gehabt haben?

Endlich meint die „Köln. Volks-Ztg.", der Streit darüber, ob der Kaiserbesuch in England politische Folgen habe, sei müßig, wenn aber einige Blätter ihren Lesern vorreden wollten, bei dieser Gelegenheit dürften politische Fragen nicht berührt werden, so rechneten sie auf die Gläubigkeit der Kinderstube; das Blatt schließt mit dem Satze: „Souveraine von Großmächten sprechen bei solchen Besuchen immer über Politik, denn das ist ihr Metier." Das Kölner Blatt zeigt damit, daß es die Geschichte nicht kennt. Wenn Souveraine über Politik verhandeln wollen, so nehmen sie ihre Minister mit, lassen diese „sprechen" und behalten sich selbst die Entscheidung vor. Bei der Königin von England, von der hier mit die Rede ist, wird selbst dies nicht vollkommen zutreffen, aber auch in Bezug auf andere Staaten darf man annehmen, daß deren Souveraine keine Abschlüsse machen, ohne mit ihren Ministern im Einverständnisse zu sein.

* * *

An derselben Stelle finden wir auch interessante Feststellungen über gewisse Dinge aus dem Kriege. Es heißt nämlich:

In den persönlichen Erinnerungen an den Krieg von 1870/71, die der ehemalige Kriegsminister General von Verdy, damals Abtheilungschef im großen Generalstabe im Hauptquartier, im Augusthefte der „Deutschen Rundschau" veröffentlicht, befindet sich auch eine Aeußerung über das Bombardement von Paris. Es wird u. A. gesagt, „die Heranziehung des Belagerungsparkes mit ausreichender Munition habe seine großen Schwierigkeiten gehabt; man habe in erster Linie doch die Verpflegung der Truppen sicher stellen müssen". Wir glauben, daß die Schwierigkeiten nicht ausschließlich durch das Bedürfniß unserer Truppenverpflegung erzeugt waren, und daß sie dadurch künstlich gesteigert wurden, daß ein großer Theil der Eisenbahnfahrzeuge 1500 bis 1800 Achsen oder Wagen — wir glauben der Erinnerung nach das Letztere annehmen zu sollen — in Beschlag genommen war, um die Lebensmittel zu verladen, die für Paris im Moment der Uebergabe bestimmt waren, weil man meinte, daß alsdann eine große Nothlage zu Tage treten werde, deren Linderung aus allgemein menschlichem Interesse, wie es in der anglicanischen Auffassung üblich ist, für wichtiger gehalten wurde als die schnelle Einnahme der Hauptstadt und die Beendigung des Kampfes. Wir zweifeln mit dem Generale Verdy auch nicht daran, daß König Wilhelm in seiner praktischen und militairischen Auffassung schon damals, wie heute die urtheilende Nachwelt, erkannt haben wird,

was das Richtige war; wir glauben nur nicht, daß er auf militairischem Gebiete die Bescheidenheit so weit getrieben hat, um, wie ein Berliner Blatt schreibt, „in seiner großartigen Selbstlosigkeit Demjenigen die Entscheidung zu überlassen, dem sie geschäftsmäßig zustand". Wohl aber haben wir gehört, daß Einflüsse, die von englischen hochgestellten Damen ausgingen, bei der Königin Augusta Anklang und bei den englischen Damen im Hauptquartier Sympathie fanden. Diese Einflüsse wußten sich in dem Sinne Geltung zu verschaffen, daß Paris das „Mekka der Civilisation" und die Zufuhr von Lebensmitteln für seine eventuell hungernden Einwohner für den Fall der Capitulation zunächst wichtiger sei als die Heranbringung von Geschützen zur Erzwingung der Capitulation. Wer allen diesen, nach außen hin wenig bemerklichen Einflüssen schließlich mit Erfolg die Spitze geboten und die Heranführung der Belagerungsgeschütze noch rechtzeitig möglich gemacht hat, bevor die Intervention der Neutralen amtlichen Ausdruck gewann, war Niemand anders als der Kriegsminister von Roon, der sich durch die Kämpfe, die er als Minorität bei den militairischen Berathungen — schließlich vermöge der Annahme seiner Ansicht durch den König Wilhelm siegreich — durchfocht, eine schwere Nervenkrankheit zuzog, so daß der Ausfall seiner Mitwirkung in den militairischen Fragen sowohl wie in den politischen über die Einrichtung und Gestaltung des deutschen Militairwesens als sehr nachtheilig empfunden wurde. — Uebrigens hat die für die Franzosen aufgespeicherte, von ihnen aber später zurückgewiesene Verproviantirung nach dem Waffenstillstande schädlich auf die Verpflegung unserer Streitkräfte eingewirkt.

* * *

Auch folgende Bemerkung entnehmen wir demselben Blatte:

Der officiöse „Hamb. Corresp." hatte vor einiger Zeit von „psychischer Depression" des Fürsten Bismarck gesprochen; die „Straßb. Post" meint, das Wort müsse nach den Artikeln in den „Hamb. Nachr." zurückgenommen und durch „Gereiztheit" ersetzt werden. Wir möchten ein drittes Wort vorschlagen: „Betrübniß über unsere politische Entwickelung".

* * *

Nachstehende beide Notizen befinden sich in den „Hamb. Nachr." vom 20. August (M.-A.). Die eine:

In der „Berl. Börs.-Ztg." finden wir einen Artikel von Dr. Robolsky über die Vorgänge in den deutschen Südstaaten vor dem deutsch-französischen Kriege. Es wird darin über eine Unterredung zwischen dem württembergischen Minister von Varnbüler und dem französischen Gesandten Grafen von St. Vallier Folgendes berichtet:

Am 13. Juli hatte Herr von Varnbüler eine Unterredung mit Graf St. Vallier. Den Inhalt dieser Unterredung giebt eine Depesche wieder, die der französische Gesandte sofort an seine Regierung richtete. „Sie wollen den Krieg," sagte der Minister dem Gesandten, „Sie wollen ihn trotz der friedlichen Versicherungen, trotz des Unterpfandes der Ruhe, welches Sie im Plebiscit gefunden haben. Vor acht Tagen war alle Welt auf Ihrer Seite. Europas öffentliche Meinung billigte Ihre gerechte Empfindlichkeit und anerkannte, daß Ihre Beschwerden begründet seien. Ihre Zeitungen haben angefangen, Ihre Freunde abwendig zu machen, indem sie Souveraine und fremde Völker mit Beleidigungen überhäuften. Sie haben dadurch Preußen Macht über uns gegeben, ihm seine Action erleichtert, indem Sie ihm erlaubten, die nationalen Leidenschaften zu erregen, Sie haben uns unmöglich gemacht, die Zurückhaltung zu bewahren, die wir zu beobachten entschlossen waren. Die Entsagung des Prinzen Leopold hatte die Befürchtungen beschwichtigt, den Geschäften Vertrauen, den Regierungen Hoffnung wiedergegeben, sie war ein schöner und legitimer Erfolg für Sie. Preußen war zurückgewichen; es hatte sich vor Frankreich gedemüthigt; denn der Fürst Anton hat die Entsagung nicht, ohne unter der Hand durch den König Wilhelm dazu aufgefordert zu sein, eingesandt. Es war also ein Triumph für Frankreich, eine Erniedrigung für seinen Nebenbuhler."

Wenn diese Auffassung zutrifft, so geht aus ihr hervor, daß eben nur durch kriegerische Entwickelung damals das preußische Staatsschiff in seinem Fahrwasser zu erhalten war.

In der andern heißt es:

In einem Artikel des „Hamburger Correspondenten" über „Fünf Jahre preußischer Finanzpolitik" heißt es u. A.:

„Nunmehr versuchte es Herr von Scholz mit der Declarationspflicht; der in der Thronrede von 1889 angekündigte, bereits landesherrlich genehmigte Entwurf wurde aber in letzter Stunde vom Fürsten Bismarck angehalten und der Landtag plötzlich geschlossen."

Die Declarationspflicht ist durch Herrn von Scholz auf Wunsch des damaligen Reichskanzlers und im Einverständniß mit ihm angekündigt worden, nur war ein Einverständniß nicht erzielt über einige begleitende Bedingungen, an denen der Reichskanzler festhielt und die im Wesentlichen den Zweck hatten, die sicheren und arbeitslos erworbenen Einkommen um 1 Prozent höher als die durch Arbeit wahrscheinlich, aber nicht sicher zu gewinnenden anzusetzen und ebenso alle Einkommen preußischer Steuerpflichtiger aus ausländischen Staats- und sonstigen Ertragspapieren höher zu besteuern als die aus inländischen. Ueber diese Divergenz war ein Einverständniß nicht erzielt worden; aber bei weniger rascher Entwickelung der Dinge würde eine Einigung im Sinne der kanzlerischen Auffassung erzielt worden sein.

* * *

Den „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 20. August entnehmen wir Folgendes:

Der Chefarzt der deutschen Schutztruppe in Dar-es-Salaam, Oberstabsarzt Dr. Becker, ein geborener Rheinländer, welcher zur Zeit einen dreimonatlichen Urlaub in Deutschland zubringt und gegenwärtig in Berlin verweilt, erhielt seitens der Deutschen in Ostafrika den ehrenvollen Auftrag, nachträglich dem Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstag eine Adresse und ein Geschenk der deutschen Colonie in Ostafrika zu überreichen.

Der Glückwunsch der Colonie ist in einer prächtigen Adresse niedergelegt, die folgendermaßen lautet:

„Durchlauchtigster Fürst! Unter den Vielen, die heute den Zoll innigster Dankbarkeit und hoher Verehrung aus tiefstem Herzen Dir darbringen, naht auch ein Kind der Mutter Germania — schüchtern seinen Glückwunsch stammelnd — bisher ein Schmerzenskind. Doch Kinder wachsen und reifen zu ernster Arbeit empor, wenn aus starkem Geschlecht erzeugt. Stärke und Macht hast Du Deutschland gegeben, es aus Zerrissenheit zur Einheit emporgehoben. So wird das Kind gleich der Mutter erstarken und sich auswachsen, um in Zukunft in fremder Zone Zeugniß zu geben, daß deutsche Art, deutsche Tüchtigkeit und deutscher Fleiß sich überall bewähren auf der Welt!

„Erhabener Fürst! Die Deutschen der Colonie Deutsch-Ostafrika wollen an einem solchen Ehrentage nicht fehlen, um dem Schöpfer der deutschen Colonialmacht ihre ehrfurchtsvollen Glückwünsche darzubringen. Sie bitten, neben der kleinen Gabe, einem Erzeugnisse des Landes, die Versicherung in Empfang nehmen zu wollen, daß hier im fernen Welttheile deutsche Herzen schlagen, die in tiefster Dankbarkeit ihres großen Kanzlers in der Heimath gedenken. Dar-es-Salaam, den 1. April 1895. Die Deutschen der Colonie Deutsch-Ostafrika."

Die „kleine Gabe", von der in der Glückwunschadresse die Rede ist, bestand aus zwei riesigen Elefantenzähnen, von denen der eine 114, der andere 117 Pfund wiegt. Die Adresse ist sehr reich ausgestattet. In gelungener Malerei ausgeführt, ziert sie eine Vignette, die einen afrikanischen Palmenwald darstellt, aus dessen dunklem Dickicht eine Elfenbeinzähne tragende Negerkarawane heraustritt. Im Hintergrunde, in weiter Ferne, sieht man die Silberfirnen des Kilima-Ndscharo erglänzen. Ganz oben thront von der aufgehenden Sonne überstrahlt, ein forschend in die Ferne schauender mächtiger Löwe. Die Adresse, von dem Kunstmaler Wilhelm Kuhnert gefertigt, trägt auf der Außenseite das Bismarck'sche Wappen mit der Fürstenkrone.

Der Chefarzt Dr. Becker, welcher mit den noch in Deutschland verweilenden Ostafrikanern die Adresse und die Geschenke überreichen sollte, konnte leider in Rücksicht auf die Ruhebedürftigkeit des Fürsten Bismarck nicht persönlich empfangen werden; dafür erhielt er nachstehenden liebenswürdigen Brief:

Friedrichsruh, den 15. Juli 1895.

Euer Hochwohlgeboren haben mich durch Ihr freundliches Schreiben vom 2. d. Mts. und durch die Uebersendung der Elefantenzähne sehr erfreut. Letztere sind länger als die der indischen Elefanten, welche ich sah, und werden einen Schmuck der Sammlung von Andenken bilden, welche ich in Schönhausen eingerichtet habe. Ich bedaure lebhaft, daß mein Befinden es mir verbot, Euer Hochwohlgeboren und die genannten Herren jetzt zum Besuche hierher zu bitten, und verbinde mit meinem herzlichen Danke für den Ausdruck Ihres Wohlwollens meine aufrichtigen Wünsche für Ihr und aller betheiligten Herren gesundheitliches und geschäftliches Wohlergehen. v. Bismarck.

* * *

Eine in der Form kurze, aber doch inhaltreiche Berichtigung enthalten die „Hamb. Nachr." vom 22. August (A.-A.):

Die sonst gewöhnlich gut unterrichtete „Braunschweigische Landeszeitung" schreibt in einem Artikel über die Berliner Denkmalsfeier vom 18. d. Mts.:

„Unser Berichterstatter hat gesehen, daß die Beiden . . . (Graf Bismarck und Herr von Boetticher) . . . einander die Hand reichten."

Wir sind ermächtigt, diese Mittheilung als eine irrthümliche zu bezeichnen, der eine Verwechslung der Personen zu Grunde liegen muß.

* * *

Aus Greiz (Fürstenthum Reuß ä. L.) wird am 27. August berichtet: „Das fürstliche Consistorium hat unserer Bürgerschule die Theilnahme an der für den 2. September in unserer Stadt vorgesehenen Enthüllung des Bismarck-Denkmals untersagt. In Folge dessen muß auch die Betheiligung des städtischen Gymnasiums mit Realabtheilung unterbleiben. Die Enthüllung erfolgt daher nicht gelegentlich des großen Festzuges zur Sedanfeier, sondern selbstständig für sich."

* * *

Am 27. August ist in den „Hamb. Nachr." (A.-A.) Folgendes zu lesen: Gegenüber der englischen Anmaßung, den „deutschen Freunden" und ihrem Kaiser allerlei lächerliche Lehren zu ertheilen — vergl. oben den Artikel vom 19. August „Deutsch-Englisches" — wird im „Hann. Cour." an einen ähnlichen Vorgang aus dem Jahre 1870 erinnert. Als Paris eingeschlossen war und das Bombardement begonnen hatte, machte sich die Akademie und das Trinity College zu Dublin daran, der bedrängten französischen Hauptstadt zu Hülfe zu kommen. Beide wollten einen allgemeinen Widerspruch der gelehrten Welt gegen die Beschießung von Paris in Scene setzen

und hatten die Naivetät, auch deutsche Universitäten aufzufordern, sich ihrem Proteste anzuschließen. So erging auch an die Göttinger Universität die Aufforderung durch einen Brief vom 17. November. Dieses Schreiben legte der damalige Prorector, Geh. Justizrath Professor Rich. Dove, am 2. December dem akademischen Senate vor, und die Folge war ein einstimmiger Beschluß, es in ablehnendem Sinne zu beantworten. Die Antwort ist vom 14. December datirt. Es wird darin darauf hingewiesen, daß es bei einer unparteiischen Beurtheilung nicht hätte entgehen können, daß jene Gefahr die Folge der Befestigung von Paris sei, „für welche sich der Ehrgeiz unserer ruhelosen Nachbarn durch den gefeiertsten historischen Romanschreiber Frankreichs, durch Thiers, gewinnen ließ, damit dieses Land in Zukunft vor den Folgen des Mißglückens seiner periodisch wiederkehrenden Angriffe auf den Frieden Europas bewahrt bleibe".

„Damals, als Frankreich die Stätte, welche so viele Schätze der Bildung — ein Besitzthum der ganzen Menschheit, wie sie bemerken — umschließt, in die größte Festung der Erde umzuwandeln beschloß, wäre es vielleicht angezeigt gewesen, wenn die gelehrten Körperschaften Englands sich an die Spitze eines Protestes der gelehrten Welt gegen dieses culturfeindliche Unternehmen gestellt hätten. Es ist indessen so wenig damals von einem Proteste der Wissenschaft zu Gunsten von Paris zu hören gewesen, wie sich die Stimme der Royal Irish Academy erhoben hat, als Rom, welches doch nicht minder werthvolle unersätzliche Schätze der gelehrten Bildung in sich schließt wie Paris, 1849 von den Franzosen unter Oudinot, oder im laufenden Jahre von den italienischen Truppen mit Waffengewalt genommen wurde. Ja, selbst als die eigenen Truppen ihrer großbritannischen Majestät die aufständischen Spahis, deren Kriegsführung derjenigen der heutigen französischen Republikaner so überraschend ähnlich sah, in Delhi belagerten, hat sich in England kein Protest vernehmen lassen, um die an Monumenten alter Cultur reiche Stadt vor dem englischen Belagerungsgeschütze zu bewahren. Was aber Paris betrifft, so hat die deutsche Heeresleitung bereits bethätigt, daß sie bei der Belagerung jede Schonung übt, welche mit der unerbittlichen Pflicht vereinbar ist, den Deutschland aufgedrungenen Kampf zum Ziele zu führen. Wenigstens den gelehrten Körperschaften Englands würde es daher anstehen, mit Dank es aufzunehmen, daß diese Kriegsführung das Bombardement der belagerten Festung bisher hinausgeschoben hat, statt in ihre Regierung zu dringen, diese Heeresleitung mit neuen Zudringlichkeiten zu belästigen.

„Alle diese naheliegenden Erwägungen haben jedoch die Royal Irish Academy von dem Versuche nicht abgehalten, die gelehrte Welt Namens der Humanität und Civilisation gegen die Belagerer von Paris in die Schranken zu rufen, während doch nur wenig Unbefangenheit dazu gehörte, um zu erkennen, daß bei Paris die Humanität und Civilisation im Lager der Belagerer zu finden sind. Diese gelehrte Körperschaft hat aber zugleich keinen Anstand genommen, einer deutschen Universität das Ansinnen zu stellen, sich an ihrem Unternehmen zu betheiligen. So kann ihr denn auch die Antwort nicht erspart werden, daß nach unserer deutschen Auffassung, welche die des gesunden Menschen-

verstandes ist, Derjenige, welcher der strafenden Gerechtigkeit in den Arm fallen will, sich selbst an dem Verbrechen betheiligt. Das deutsche Volk, das in seinem geistigen Ringen noch immer das stolze Wort des Paracelsus wahr zu machen sucht: „Engländer, Franzosen, Italiener: Ihr mir nach, nicht ich Euch!" hat die Arbeit friedlicher Gesittung, das einzige Feld seines Ehrgeizes, verlassen müssen, weil durch einen feindlichen Raubanfall seine höchsten Güter, sein nationales Dasein, seine sittliche Selbstbestimmung, seine Ehre bedroht wurden; es kämpft heute in Frankreich für die künftige Sicherstellung dieses heiligen Besitzthums, zugleich aber auch für den Frieden der Welt und für die Gesittung der Menschheit. Denn diese wäre dem Untergange verfallen, wenn der Gedanke vergeltender Gerechtigkeit aus dem Bewußtsein der Völker verschwinden könnte.

„Daß der Welt der Glaube an diese Gerechtigkeit unverloren bleibt, das dankt sie nächst Gottes Gnade dem deutschen Volke. Als Europa den sittlichen Muth nicht fand, frevelhaftem Friedensbruch zu wehren, da hat dieses Volk gerechten Gerichts in dem Donner der Schlachten harrend, sein Dasein in die Schanze geschlagen, da hat es die geistige Blüthe seiner Jugend hinausgesandt in den heiligen Kampf, den ein großer englischer Geschichtsschreiber mit Recht bezeichnet hat als den Kampf der Engel wider Belial.

„Auch unsere Hochschule, die ihre ganze Ehre darin findet, deutsch zu sein, hat Hunderte von deutschen Jünglingen unter die Waffen gestellt, die Ungleichheit des Einsatzes nicht achtend, wo wir gezwungen sind, gegen afrikanische Halbwilde oder gegen das zusammengelaufene Gesindel garibaldinischer Abenteurer zu kämpfen. Die deutsche Wissenschaft betrauert bereits unter den gefallenen Helden einige ausgezeichnete Gelehrte, hoffnungsvolle Jünglinge in großer Zahl.

„England aber möge uns mit Einmischungen jeder Art vom Leibe bleiben. Möge dem britischen Volke bald wieder vergönnt sein, in die Bahnen seiner großen Vergangenheit einzulenken, wo in jedem welterschütternden Kampfe für die wahren Interessen der Menschheit, für die Gerechtigkeit, für den Frieden und die Freiheit Europas auch das britische Schwert in die Waagschale gelegt wurde. Die gelehrten Körperschaften Englands aber werden der Humanität den besten Dienst leisten, wenn sie mit ihrem Ansehen in die Schranken treten gegen die Verletzung des Wesens der Neutralität durch die von der gegenwärtigen großbritannischen Regierung adoptirte Behandlung des Waffenhandels, gegen die den heutigen Machthabern Frankreichs zur Last fallende Behandlung der Grundlagen des Völkerrechtes und für eine Fortbildung der letzteren im Sinne der Gerechtigkeit und Gesittung (Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See u. s. w.). In solchen Bestrebungen dürfen dieselben der eifrigen Unterstützung der deutschen Wissenschaft gewiß sein."

Es ist leider recht zeitgemäß, die Erinnerung an jene mannhafte Zurückweisung englischer Zudringlichkeit und Verkehrtheit, an jene „würdige und deutsche Antwort", wie Bismarck das Schreiben nannte, wieder aufzufrischen. König Wilhelm ließ dem Prorector Geheimrath Dove damals durch den Bundeskanzler mittheilen, wie sehr ihn das Schreiben befriedigt habe, und verlieh ihm das Kreuz der Ritter vom Hohenzollern'schen Hausorden. Der

Uebersendung fügte Minister von Mühler hinzu, der Orden sei verliehen „wegen mannhafter Abweisung der ungehörigen Zumuthungen der irischen Akademie“.

* * *

Ueber den Empfang von 60 deutschen Kriegsveteranen aus Nordamerika, der am 30. August durch den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh stattfand, berichten die „Hamb. Nachr.“ am 31. August (M.-A.):

Die Anwesenheit einer Anzahl der von Amerika zu den Sedanfestlichkeiten nach Deutschland herüber gekommenen Kriegsveteranen in Friedrichsruh hat, wie telegraphisch schon gemeldet wurde, dem Fürsten Bismarck heute Veranlassung gegeben, die Vorschriften Schweninger's, welche ihm noch für einige Zeit völlige Ruhe auferlegen, zu durchbrechen und in Anbetracht der weiten Entfernung, welche die jetzige Heimath der heutigen Besucher vom deutschen Vaterlande trennt, deren Bitten nachzugeben und die Grüße der in Amerika lebenden deutschen Krieger persönlich von einer kleinen Abordnung entgegenzunehmen.

So wurden denn heute Mittag um 12 Uhr vier Vorstandsmitglieder der etwa 60 Herren, die heute früh nach Friedrichsruh gekommen waren, eingeladen, mit dem Fürsten und seiner Familie am Frühstück Theil zu nehmen. Die Herren wurden vom Oberförster Lange in das Schloß geführt. Es waren der Präsident des deutschen Kriegervereins in Chicago, Joseph Schlenker (Württemberger), Forche (Pommersches Jägerbataillon Nr. 2, Gründer des Vereins), Jacob Schneider (2. Hess. Inf.-Reg.) und Kalbitz (95. Reg.). Der Fürst ging seinen Gästen bis an die Hausthür entgegen und empfing sie mit herzlichem Willkommen und kräftigem Händedruck.

Mit schlichten und trefflichen Worten übergab im Empfangssalon Herr Präsident Schlenker den in einer Lederkapsel ruhenden Ehrenmitgliedsbrief des von ihm vertretenen Vereins. Er sprach etwa Folgendes:

„Gestatten Euer Durchlaucht, im Namen des Deutschen Kriegervereins von Chicago das Diplom der Ehrenmitgliedschaft zu überreichen als schwache Anerkennung der unsterblichen Verdienste Ew. Durchlaucht für das deutsche Vaterland. Wir überbringen nicht allein Grüße unseres Vereins, sondern auch die der in Amerika zurückgebliebenen Kameraden vom einfachsten Bürger Chicagos an und die der Landsleute in den übrigen Landestheilen Amerikas.

„Gestatten Sie mir, das Diplom der Ehrenmitgliedschaft zur Verlesung zu bringen:

‚Diese Urkunde bestätigt, daß der Deutsche Kriegerverein von Chicago in seiner Versammlung vom dritten März A. D. 1895 sich beehrte, Euer Durchlaucht als schwache Anerkennung Ihrer unsterblichen Verdienste um das deutsche Vaterland und Ihrer ehrfurchtgebietenden Persönlichkeit, welche auch die Achtung und das Ansehen der Deutschen aufs Neue zur Geltung

gebracht und bedeutend erhöht hat, zu seinem Ehrenmitgliede ehrerbietigst zu ernennen.'"

Der Fürst erwiderte:

Meine Herren, ich fühle mich einmal hochgeehrt durch die Auszeichnung, die mir passirt, und durch Ihren Besuch, die Sie über See so weit hierher finden in den Wald, und dann macht es mir eine sehr große Freude, daß Sie die alten Erinnerungen festhalten und mich damit einbeziehen; es thut mir sehr leid, daß ich nicht alle Ihre Reisegenossen hier empfangen kann, aber ich bin nicht so gesund und so kräftig, wie ich war, und wenn ich spreche, habe ich doch immer Schmerzen. Es ist ja bei 80 Jahren überhaupt Gott zu danken, daß man noch Schmerzen auszustehen hat und lebt. Aber man wird doch wrack — angestrichen und getakelt, aber die Planken taugen nichts mehr. Und so geht's auch mir, ich kann wohl noch zusehen, aber nicht mehr mitmachen, sonst wäre ich ja zu der Ausstellung nach Chicago gekommen; ich würde überhaupt gern die Vereinigten Staaten von Amerika gesehen haben, das ist von allen fremden Ländern für uns noch das sympathischste. Nach allen Erfahrungen, die ich mit früheren Dienern, Hausgenossen und Arbeitern gehabt habe, die dorthin gegangen sind und mit denen ich zum Theil correspondirt habe, geht es ihnen wohl da und sie fühlen sich behaglich. Das kann ich von den Auswanderern nach den andern Ländern doch nicht so sagen.

Nach diesen Worten forderte der Fürst die vier Herren auf, mit ihm in den Speisesaal einzutreten, woselbst ein Frühstück gemeinsam mit dem Grafen und der Gräfin Rantzau, sowie der augenblicklich in Friedrichsruh zu Besuch weilenden Nichte des Fürsten Bismarck, Frau von Kotze, eingenommen wurde.

Bei der Frühstückstafel saßen die Herren Schlenker und Kalbitz dem Fürsten gegenüber, zur Rechten Herr Forch und zur Linken des Fürsten Herr Jacob Schneider. Der Fürst brachte im Verlauf der Tafel folgenden kurzen Trinkspruch aus:

Wir können die gemeinsamen Gefühle, die uns beseelen, nicht besser zum Ausdruck bringen, als indem wir dem Andenken unseres alten Königs Wilhelm ein stilles Glas weihen. Wir haben Alle unter ihm gedient.

Auf die Bitte des Herrn Schlenker gestattete der Fürst, daß auch die übrigen Veteranen und deren Damen, die nach Friedrichsruh gekommen waren, den Park betreten durften, in den nach Beendigung des Frühstücks der Fürst mit seinen Damen und seinem Schwiegersohne trotz des feinen Sprühregens, der mittlerweile eingetreten war, hinaustrat. Der Fürst begrüßte die Anwesenden,

die sich in Colonne vor der Hausthür aufgestellt hatten, mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen nochmals dafür, daß Sie mir die Ehre erzeigt haben, mich hier zu besuchen, und ich freue mich von Herzen, daß Sie so viel Anhänglichkeit an Ihre alten Kameraden bewahrt haben, daß Sie die weite Reise zu uns nicht scheuten, und daß Sie unter den alten Kameraden auch mich nicht vergessen haben, so daß für uns Gelegenheit ist, uns noch einmal wieder ins Angesicht zu sehen. Es ist mir eine große Freude, Sie zu begrüßen und in Ihnen das nationale Gefühl wiederzufinden, das Sie mit der Gesammtheit unseres Heeres haben entzünden und beleben helfen, daß Sie sich das so bewahrt haben, daß es Ihnen ein Bedürfniß ist, Ihre alten Landsleute wiederzusehen. Ich danke Ihnen für Ihren Besuch auch aus politischen Gründen, weil er dazu beiträgt, das deutsche Nationalleben, die deutsche Einigkeit, die deutsche Zusammengehörigkeit zu kräftigen. Vor dem Kriege war das nicht so; aber jetzt schließen wir Deutsche uns doch allenthalben zusammen. Die Franzosen haben mit ihren Hammerschlägen das Ihrige dazu geleistet. Ich will nicht sagen, daß wir ihnen dafür danken sollen, denn gern haben sie es nicht gethan. Ohne den Krieg glaube ich nicht, daß es sobald zur Einigung gekommen wäre. Mit Parlamentsreden und durch die Presse wäre es so fix nicht gegangen, wie mit dem Kriege.

Nachdem der Fürst die Reihen entlang gegangen war und sich mit den einzelnen Veteranen unterhalten hatte, sprach er nochmals seinen Dank für den Besuch aus und fügte hinzu:

Ich komme Ihnen ein Wohl auf Ihr neues Vaterland, die Vereinigten Staaten, und bitte es zu kreuzen mit einem Wohle auf Ihr altes Vaterland. Die beiden haben ja nichts zu zanken mit einander. Ich bitte also, stimmen Sie mit mir ein in ein Hoch auf das Wohl der Stadt Chicago, der die meisten von Ihnen angehören, und auf das Wohl der Deutschen in den Vereinigten Staaten überhaupt. Mögen Sie prosperiren! Ich freue mich, zu sehen, daß die Anhänglichkeit an das alte Vaterland durch das atlantische Wasser bei Ihnen nicht abgewaschen ist, sondern sich als echt erweist.

Herr Schlenker antwortete in tiefer Bewegung wörtlich: „Besten Dank, mein lieber Fürst. Nochmals ein dankbares Hurrah und ein herzliches Lebewohl!“ Dann erscholl das Commando: „Rechts ab!“, dem in streng militairischem Tritt von der Colonne nachgekommen wurde.

Der Fürst ging, begleitet von seiner Familie, den Abmarschirenden noch bis zum Parkthore nach, wo sich ein zahlreiches Publicum eingefunden hatte, das den Fürsten mit lauten Hochrufen empfing.

* * *

Am 1. September heißt es in den „Hamb. Nachr." (M.-A.):

In der „Berl. Börsen-Ztg." vom 31. August und in anderen Blättern finden wir die folgende plumpe Mystification:

Ein Brief Bismarck's. Eine in der Schweiz erschienene Broschüre, eine Studie über den Fall Crispi, wurde auch dem Fürsten Bismarck zugesandt, und dieser antwortete dem Verfasser in folgendem Briefe: Sehr geehrter Herr! Empfangen Sie meinen verbindlichsten Dank für die Uebersendung Ihrer Broschüre, die mir viel Spaß gemacht hat. Cavallotti ist ein strammer Kämpe, und jeder gute Deutsche, der die Wahrheit liebt und die Lüge haßt, sollte das Büchlein lesen. Mein alter Freund Crispi ist, wie ich sehe, in einer schlimmen Klemme. Ich habe in diesen Tagen viel darüber nachgedacht, was wohl weher thun mag, die Peitschenhiebe Cavallotti's oder meine Gesichtsschmerzen. Ich ziehe, im Vertrauen gesagt, meine Gesichtsschmerzen vor. Ihr ergebener von Bismarck.

Das Ganze läuft augenscheinlich auf Reclame für die betreffende Broschüre hinaus. Nur die todte Zeit der Politik erklärt, daß eine so widersinnige Nachricht selbst in achtbare Zeitungen übergehen konnte. Fürst Bismarck hat nie eine derartige Broschüre empfangen und, wie wir kaum zu bemerken brauchen: wenn er sie erhalten und darauf geantwortet hätte, so würde die Erwiderung anders gelautet haben.

* * *

Der „Reichs-Anzeiger" schreibt unterm 2. September:

Seine Majestät der Kaiser und König haben Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck heute früh folgendes Telegramm zugehen lassen:

Fürst Bismarck, Durchlaucht, Friedrichsruh.

Heute, wo ganz Deutschland die 25jährige Wiederkehr des weltgeschichtlichen Capitulationstages von Sedan feiert, ist es Mir Herzensbedürfniß, Eurer Durchlaucht erneut auszusprechen, daß Ich stets mit tiefempfundener Dankbarkeit der unvergänglichen Verdienste gedenken werde, welche Eure Durchlaucht sich auch in jener großen Zeit um Meinen Hochseligen Herrn Großvater, um das Vaterland und die deutsche Sache erworben haben.

Wilhelm.

Hierauf ist aus Friedrichsruh nachstehendes Antwort-Telegramm eingegangen:

Seiner Majestät dem Kaiser und Könige.

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich meinen ehrfurchtsvollen Dank zu Füßen für die gnädige telegraphische Begrüßung am heutigen Tage und für Eurer Majestät huldreiche Anerkennung meiner Mitarbeit an dem nationalen Werke des Hochseligen Kaisers und Königs.

v. Bismarck.

* * *

Am 2. September wurden Bismarck-Denkmäler enthüllt in Greiz (s. o.), Leisnig, Freiberg, Oschatz und Buchholz (Hannover).[1])

Auf Begrüßungstelegramme, die an dem Tage einliefen, antwortete Fürst Bismarck u. A. nach Greiz:

Unterzeichneten Ihres Telegramms für die freundliche Begrüßung und die Ehre, die Sie mir durch Errichtung eines Denkmals erwiesen haben, meinen herzlichsten Dank.

v. Bismarck.

An den Bürgermeister Härtwig in Oschatz.

Euer Hochwohlgeboren und meinen sämmtlichen Mitbürgern danke ich herzlich für Ihre freundliche Begrüßung und die mir erwiesene Ehrung.

v. Bismarck.

* *
*

Die „Berl. Neuesten Nachr." schreiben am 3. September über die Betheiligung des Fürsten Bismarck an den Capitulationsverhandlungen von Donchery:

Ist der Gedanke an die Gestalt des Fürsten Bismarck ohnehin schon unzertrennlich mit der Erinnerung an den Tag von Sedan verknüpft, so tritt uns die gewaltige Persönlichkeit des eisernen Kanzlers in den gestern von uns mitgetheilten Aufzeichnungen des Grafen Nostiz über die Capitulations-Verhandlungen zu Donchery noch mit besonderer plastischer Deutlichkeit vor Augen. Er, dessen Magnetnadel stets unverrückbar nach dem Pole „Vaterland" zeigte, widerlegt die Gründe, die General von Wimpffen zu Gunsten einer Milderung der Capitulationsbedingungen Moltke's geltend machte, in so klaren Sätzen, das eine Widerlegung unmöglich erscheint.

„Materielle Garantien", welche die Erneuerung eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich erschweren, fordert er wieder und wieder, in überzeugendster Weise, denn mit fast prophetischem Blicke sieht er voraus, was die Zukunft bringen wird. „Glauben Sie nicht selbst an einen neuen Krieg, der dem Friedensschlusse folgen wird?" so fragt er den französischen General, und als ob man 1895 schriebe, und nicht 1870, bemerkt er: „Frankreich wird uns, wie auch diese Capitulation ausfallen möge, wieder den Krieg erklären, sobald es sich materiell stark genug dazu fühlt, oder Alliance zu haben glauben wird. Frankreich wird unter allen Umständen für die Ereignisse der letzten Wochen an uns Rache zu nehmen bestrebt sein, und dazu müssen wir uns schon jetzt vorbereiten, auch die nöthige Stellung uns zu erwerben."

Die Sachlage konnte und kann nicht prägnanter dargestellt werden, als es in diesen knappen Sätzen geschieht. Ernent sei darum auch heute dem Fürsten Bismarck die unvergängliche Bewunderung und der unauslöschliche Dank der Nation dargebracht.

---

[1]) Horst Kohl (Bismarck-Jahrbuch II, S. 615) nennt auch Altona. Dort wurde das Denkmal aber erst am 10. Juli 1898 enthüllt.

Der „Schwäb. Merkur“ gedenkt des Fürsten Bismarck wie folgt:

Ohne Bismarck kein Sedan; darum auch ohne dankbare Erinnerung an ihn kein Sedanfest. So konnte und durfte insbesondere die 25jährige Jubelfeier des Festes aller Deutschen nicht vorübergehen, und ist auch nicht vorübergegangen, ohne daß sich die Blicke von Millionen gerührt nach Friedrichsruh hinwendeten, ohne daß ein Jauchzen und Grüßen, ein Jubeln und Brausen durch die Lüfte ging, wovon das Laub der alten Bäume im Sachsenwalde erzitterte. Das ist der Dank eines guten, treuen Volkes.

Aehnlich äußert sich der „Hann. Cour.“:

Die Zeichen herzlicher Hingebung und tiefer Dankbarkeit, mit denen der Einsiedler im Sachsenwalde auch an diesem Festtage überschüttet werden wird, werden ihm von neuem bezeugen, daß die Deutschen ihres größten Mitbürgers, ohne den es keinen Kaiser gebe und kein Deutsches Reich, niemals vergessen werden. Wer ihm, wer den Tapferen allen den Dank weigert heut und in alle Zeit, in dessen Brust schlägt kein deutsches Herz, der entehrt sich selbst und scheidet sich aus dem Kreise der Volksgenossen.

* * *

Am 4. September wird aus Wien berichtet:

Die Deutschnationalen Tirols hatten seinerzeit dem Fürsten Bismarck eine künstlerisch ausgestattete Glückwunsch-Adresse übersandt. Wie nun bekannt wird, hat Fürst Bismarck am 15. Juli an Dr. Pesendorfer in Innsbruck nachstehendes Dankschreiben gerichtet:

Die Adresse der Herren aus Tirol hat mich durch die darin ausgesprochene ehrenvolle Anerkennung sehr erfreut, und zugleich bedauere ich lebhaft, daß meine Gesundheit in der letzten Zeit nicht gut genug war, daß ich Sie hätte zum Besuche einladen können. Ich verzichte nicht für immer auf die Ehre Ihrer persönlichen Bekanntschaft und bitte Sie, allen betheiligten Herren für die mir in der Adresse kundgegebene freundliche Gesinnung meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

* * *

Am 9. September enthalten die „Hamb. Nachr.“ (A.-A.) folgenden Artikel:

In Sachen Stöcker. Der socialdemokratische „Vorwärts“ veröffentlicht einen Brief, den der damalige Hofprediger Stöcker an einen Führer der conservativen Partei gerichtet hat. Der Brief lautet:

„X. (Name eines conservativen Abgeordneten) sagte mir, daß Sie einige Artikel, welche das schnöde Spiel von Bismarck und Genossen mit dem Kaiser aufdecken, für zeitgemäß hielten. Darf ich Ihnen dagegen meine Anschauungen über das, was ich für richtig halte, darlegen? Ich glaube, daß im Augenblick Fürst B. den Kaiser vollkommen eingenommen hat, ganz besonders in Bezug auf das Cartell, das nun einmal B. für die Grundlage seiner Politik und für ein ungemein großes

Ereigniß ansieht. Will man dagegen die B.'schen Intriguen seit der Waldersee-Versammlung ausspielen, und zwar mit mehr oder weniger Gegenüberstellung von B. und dem Kaiser, so verliert man das Spiel und reizt den letzteren. Ich hörte noch gestern, daß er ganz für die Cartellpolitik gewonnen ist. Was man nun meines Erachtens thun kann und muß, ist folgendes: Principiell wichtige Fragen, wie Judenfrage, Mutineum (?),[1]) Harnack, Reichstagswahl im sechsten Wahlkreise, die gewiß mit einem Fiasco der antisocialdemokratischen Elemente schließen, muß man, ohne B. zu nennen, in der allerschärfsten Weise benutzen, um dem Kaiser den Eindruck zu machen, daß er in dieser Angelegenheit nicht gut berathen ist, und ihm den Schluß auf B. überlassen. Man muß also rings um das politische Centrum resp. das Cartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen, den herrschenden Opportunismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten. — Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und B. Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinctiv auf unsrer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn principiell, ohne persönlich zu reizen. Er hat kürzlich gesagt: sechs Monate will ich den Alten — B. — verschnaufen lassen, dann regiere ich sebst. B. selbst hat gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behält. Wir müssen also ohne uns etwas zu vergeben, doch vorsichtig sein... Herzliche Grüße, Ihr getreuer Stöcker.

Hierzu bemerkt die „Voss. Ztg.":

„Der Brief stammt anscheinend noch aus dem Jahre 1888. Die Waldersee-Versammlung, bei der es sich darum handelte, den damaligen Prinzen Wilhelm für die Bestrebungen der christlich-socialen Partei zu gewinnen, fand am 28. November 1887 statt. Nach der ‚Kreuz-Ztg.' sollte damals der jetzige Kaiser von ‚christlich-socialen Gedanken' gesprochen haben. Die vom Fürsten Bismarck abhängige Presse richtete darauf gegen diese Bestrebungen die schärfsten Angriffe. Der Fall Harnack spielt im September 1888. Professor Harnack war von der theologischen Facultät in Berlin zum Professor der Kirchengeschichte vorgeschlagen, aber vom Oberkirchenrath als Vertreter der Ritschl'schen Theologie verworfen worden. Das Staatsministerium entschied dann auf Veranlassung des Cultusministers, daß der Einspruch des Oberkirchenraths nicht zu berücksichtigen sei. Der Zorn der Stöckerpresse kannte keine Grenzen. Die Stöcker'sche ‚D. Ev. Kirchenztg.' schrieb, daß Harnack die theologische Facultät Berlins ‚verritscheln' werde. ‚Verritscheln ist für uns ein ähnlicher Vorgang, als wenn ein blühendes Thal vergletschert.' Diese Opposition hatte zunächst keinen Erfolg."

---

[1]) Das vielumstrittene Wort beruht auf einem Lesefehler; gemeint ist das vom Pastor Paulsen in Breklum (Schleswig-Holstein) geplant gewesene, aber vom preußischen Cultusministerium nicht genehmigte confessionelle Privatgymnasium mit dem Namen Martineum.

Wir glauben, daß in dem Stöcker'schen Briefe der räthselhafte Ausdruck „Mutineum" ein Erratum für „Matineen" ist, und daß mit diesen Matineen die hier besprochenen Waldersee-Versammlungen gemeint sind. Dieselben hatten Aeußerungen des damaligen Reichskanzlers zur Folge, welcher in außeramtlicher Correspondenz dem Prinzen, jetzigen Kaiser, abrieth, sich auf vorzeitige Beziehungen zu irgend einer besonderen Partei oder Clique einzulassen. In diesem Vorgange suchen wir die psychologische Erklärung für die Feindschaft, die in dem Stöcker'schen Briefe gegen den damaligen Reichskanzler zum Ausdruck kommt.

Unter der Regierung des Kaisers Friedrich wurde von verschiedenen amtlichen und kirchenregimentlichen Seiten ein repressives Vorgehen gegen Stöcker und dessen damalige christlich-sociale „Agitation" angeregt und zwar mit der Entschiedenheit, daß ein Kronrath unter dem Vorsitz des Kaisers und Königs in Charlottenburg darüber stattfand, zu welchem außer dem Staatsministerium eine Anzahl hoher Beamter und Officiere berufen wurde. Die Stimmung war daselbst gegen Stöcker gerichtet und gipfelte in der Anregung von Maßregeln behufs sofortiger Beseitigung dieses angesehenen Domgeistlichen. Der Beschluß des Kaisers aber fiel auf Antrag des Ministerpräsidenten dahin aus, dem Betheiligten die Wahl zu stellen, ob er seine Stellung als Hof- und Domprediger beibehalten oder ob er seine öffentliche Agitation in Volksversammlungen fortsetzen wolle. Stöcker wählte, wie bekannt, den Verzicht auf die Agitation und behielt die Stellung des Hof- und Dompredigers einstweilen bei, bis sie ihm im Jahre 1890, ein halbes Jahr nach der Entlassung des Fürsten Bismarck, entzogen wurde, obschon er sich seitdem der Agitation in Volksversammlungen, soviel uns bekannt ist, enthalten hatte. Wir wissen nicht, ob die Stimmung, in welcher sein Brief, den der „Vorwärts" bringt, geschrieben wurde, eine dauernde geblieben ist; aber ihre Entstehung und ihre Bitterkeit verdankt sie zweifellos der Haltung, welche der Reichskanzler in seinem Verkehr mit dem Prinzen den „Matineen" gegenüber genommen hatte, um zu verhindern, daß der künftige Thronerbe schon damals für den Einfluß einer bestimmten Coterie gewonnen werde.

In dem Stöcker'schen Blatte, „Das Volk", wird gesagt, die Redaction habe Stöcker, der in Bayern auf seinem Gute sei, nicht gefragt, ob der vom „Vorwärts" veröffentlichte Brief echt sei, aber wenn dies der Fall wäre, so sei er erklärlich durch das damalige Vorgehen des Kanzlers, der den Antrag gestellt habe, Stöcker auf Grund des Socialistengesetzes auszuweisen. Die Insinuation, Fürst Bismarck habe diesen Antrag gestellt, beruht auf Erfindung, wenn auch die Erwägung der Frage damals nahegelegen hat.

* * *

Am 10. September schrieb Fürst Bismarck an die Kriegerkameradschaft in Kaiserslautern:

Der Kriegerkameradschaft sage ich für die ehrenvolle Adresse zu meinem Geburtstage, auf der ich mit Freuden den Namen meines Vaters gefunden habe, meinen aufrichtigen Dank und kameradschaftlichen Gruß.

v. Bismarck.

* * *

Für das Ehrenbürgerrecht in Harzburg (Herzogthum Braunschweig) bedankt sich Fürst Bismarck in nachstehendem Schreiben an den Bürgermeister Floto:

Die Verleihungsurkunde des Bürgerrechts habe ich mit Freuden erhalten und bedaure nur, daß der Zustand meiner Gesundheit mir nicht erlaubte, die Herren Vertreter der Stadt um die Ehre ihres Besuches zu bitten.

An Harzburg knüpfen sich aus mehrmaligem Aufenthalte in der Studentenzeit und später 1846 für mich angenehme Erinnerungen, und ich finde die Landschaft auf dem Kopfbilde des Diploms gut wiedergegeben. Ich bitte Ew. Hochwohlgeboren und meine Herren Mitbürger, für die mir erwiesene Auszeichnung wiederholt meinen Dank und meine Wünsche für die Zukunft entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

* * *

Unter der Ueberschrift „Reminiscenzen" lesen wir am 13. September in den „Leipziger Neuesten Nachrichten folgende an den Fall Stöcker anknüpfende Betrachtungen, die auch die „Hamb. Nachr." am 14. September abdruckten:

In besonders überzeugender Weise glaubt das „Volk" den Brief seines Herrn und Meisters rechtfertigen zu können, indem es sich also vernehmen läßt: „Der Brief datirt aus einer Zeit, wo Stöcker als Gegner der inneren Politik des Fürsten Bismarck an die Wand gedrückt werden sollte. Letzterer hatte ja auch die Ausweisung Stöcker's auf Grund des Soicalistengesetzes vorgeschlagen. Welche Intriguen angewendet wurden, um Stöcker's Stellung zu erschüttern, ist bekannt." Hier wird also unumwunden zugegeben, daß Herr Stöcker keineswegs „Christi Schmach" auf sich zu nehmen gedachte, daß er auch nicht, muthig wie Petrus, mit dem Schwerte nach Malchus' Ohr schlug, sondern aus der Thäigkeit des Apostels nur jene Episode für nachahmungswerth hielt, die durch das dreimalige Krähen des Hahnes gekennzeichnet wurde. „Unser geliebter, großer Altreichskanzler", so meinte Herr Stöcker mit kluger Taktik in Dresden, „nährt man in Dingen, wo der Kaiser instinctiv auf unserer Seite steht, seine Unzufriedenheit (gegen den geliebten, großen Altreichskanzler), so stärkt man ihn principiell, ohne ihn zu reizen," so meinte er am 14. August 1888. Aber das nur nebenbei. Interessanter und wich-

tiger aber ist es, festzustellen, daß die „Entschuldigung“, die das „Volk“ für das Verhalten Stöckers angiebt, in keiner Weise zutreffend ist, wie wir vor Allem es als eine Unwahrheit bezeichnen müssen, daß Fürst Bismarck jemals vorgeschlagen hat, Stöcker auf Grund des Socialistengesetzes auszuweisen. Wenn die Früchte, auf die man im hochkirchlichen und hochconservativen Lager seit der berühmten Waldersee-Versammlung hoffte, nicht aufgingen, wenn Kaiser Wilhelm sich alsbald vollständig von Stöcker abwandte, so liegt der Grund in seinem eigenen Verhalten und in der Art seiner Intriguen. Schon Kaiser Wilhelm I. war nach dem Ausgang des bekannten Processes Stöcker-Becker geneigt, den Einflüssen nachzugeben, die ein Verbleiben des Hofpredigers in seiner Stellung unmöglich zu machen versuchten. Damals war es Fürst Bismarck, welcher seine Meinung dahin abgab, daß man Gras über die Sache wachsen lassen möchte. Als Kaiser Friedrich dann zur Regierung gekommen, und sehr bald von neuem die Beseitigung des Herrn Stöcker aus seinem geistlichen Hofamte in Frage stand, da hat wiederum Fürst Bismarck seinen ganzen Einfluß gegen eine solche Maßregel geltend gemacht, indem er seinen Kaiserlichen Herrn nachdrücklich darauf hinwies, daß Stöcker gegen die staatsfeindlichen Elemente gekämpft habe wie ein Löwe. Der Grund, der allein für Stöcker's Schreiben und für seine Intriguen gegen den Kanzler maßgebend war, lag ausschließlich in der Cartellpolitik, für die Bismarck in den Wahlen von 1887 einen festen Boden geschaffen hatte, und in der Unmöglichkeit, den für die Cartellpolitik begeisterten Kaiser für die Pläne der Reaction zu gewinnen. Man sah, daß der Kaiser die Beziehungen zu Stöcker, die man ihm, als er noch Prinz Wilhelm war, zugeschrieben hatte, unbequem empfand, daß er deshalb den Extremen kein Zeichen seiner Gunst mehr gab, daß er sie sogar auffällig zurücksetzte, und man glaubte, die Sachlage sofort ändern zu können, wenn man den Felsen, auf dem die Cartellpolitik ruhte, den Fürsten Bismarck, beseitigte. Die Fledermäuse der Declarantenzeit regten wieder ihre Flügel.

In einem Artikel der „Hamb. Nachr.“ vom 28. September 1891 hieß es: „ . . Wir führen demgegenüber an, daß dem Fürsten Bismarck das Aushalten allerdings wesentlich erschwert wurde durch die Bestrebungen Anderer, sich zwischen den Kaiser und den Reichskanzler zu schieben. Diese Zwischenschiebungen waren es zunächst, welche die Haltbarkeit der verfassungsmäßigen Stellung des Reichskanzlers beeinträchtigten. Sie fanden von mannigfachen Seiten her statt: von militairischer, von Privatleuten, welche das Ohr des Kaisers suchten, von Collegen des Kanzlers, von conservativen Fractionsführern und auch von höheren Stellen aus. Am wirksamsten waren die Beziehungen, welche Collegen des Kanzlers unter Umgehung des letzteren, unter Bekämpfung seiner Politik und unter Benutzung ihres amtlichen Zutritts zur höchsten Stelle erlangten.“ Seitdem sind ja die Namen der Hinzpeter, Douglas, Windthorst, Helldorff &c. in Aller Munde, und man weiß auch, welche Fäden von England herüber via Darmstadt nach Berlin gesponnen wurden. Man erinnert sich ebenso wohl noch der Thatsache, daß während des Winters 1889/90 in Berliner Hofkreisen allerlei Gerüchte in Umlauf gesetzt wurden, die das Ohr des Monarchen erreichen mußten, wonach z. B. Fürst Bismarck der Morphiumsucht verfallen sei, und zwar in so hohem Grade, daß er den Zusammen-

hang seiner Gedanken verloren habe. Daß diese Bezichtigung, die ja ganz in den Stöcker'schen Stil paßt, vor dem Kaiser mit dem vollen Anschein ihrer Erhärtung durch Augenzeugen erhoben sein muß, ging daraus hervor, daß der Monarch es für nothwendig hielt, sich durch Anhörung des Arztes des Fürsten, des Professors Schweninger, von der gänzlichen Grundlosigkeit der Sache zu überzeugen. So war es ein anderes Mittel, das den Zweck heiligen mußte, daß an maßgebender Stelle der Eindruck hervorgerufen wurde, Fürst Bismarck sei fest entschlossen, zu demissioniren, während umgekehrt diesem versichert wurde, der Kaiser wolle sich um jeden Preis von ihm trennen und stehe bereits mit seinem Nachfolger in Unterhandlung. Der „streitbare Held", Herr Stöcker, drückt das mit den Worten aus: „Sechs Monate will ich den Alten verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst". Wohlgemerkt, diese Mittheilung Stöcker's stammt aus dem Jahre 1888, also aus einer Zeit, wo Kaiser Wilhelm sich auf das Entschiedenste für Bismarck und seine Politik persönlich einsetzte!

* * *

Die „Weser-Ztg." theilt am 18. September mit, daß vor Kurzem die von fast allen bekannten Deutschen am La Plata unterzeichnete, künstlerisch von deutscher Hand unter Verwendung argentinischer Hölzer gearbeitete Adresse an den Fürsten Bismarck in Bremen eingetroffen ist. Es lag in dem Wunsche des Festausschusses von Buenos Aires, vertreten durch die gegenwärtig in Deutschland weilenden Herren G. Garbens, G. Hardt, F. Leinau, F. Tjarks und H. Lahusen, diese Adresse in Friedrichsruh persönlich überbringen zu dürfen; als aber der Fürst auf eine betreffende Anfrage, zum großen Bedauern der genannten Herren, durch seinen Secretair Herrn Dr. Chrysander mittheilen ließ, daß er aus Gesundheitsrücksichten in den nächsten Monaten keine Besuche empfangen dürfe, mußte man zu der Aushülfe greifen, die Adresse mit der Post nach Friedrichsruh zu befördern. Hierauf ist nun in diesen Tagen folgende an das z. Zt. in Bremen weilende Mitglied des Festausschusses aus Buenos Aires, Herrn Heinrich Lahusen, gerichtete Antwort des Fürsten Bismarck eingetroffen:

Friedrichsruh, 10. September 1895.

Die Adresse der deutschen Colonie in Buenos Aires und das Bild der Feier vom 1. April d. J. habe ich in Folge Ihrer freundlichen Fürsorge erhalten, und bin erfreut, aus Ihrem Schreiben zu erfahren, daß 6000 Deutsche, so fern von der Heimath, sich zu einer nationalen Feier vereinigt haben.

Aus dieser Thatsache, und aus den Zeichen der Anerkennung, welche Ihre Sendung für mich enthält, entnehme ich den Beweis der dauernden Anhänglichkeit unserer dortigen Landsleute an ihr Vaterland, und bitte Sie, allen Betheiligten, besonders den Damen, welche mich durch die

Sendung ihres Festbildes erfreut haben, meinen Dank und meine herzlichen Wünsche für die weitere Entwickelung der deutschen Colonien aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

* * *

In Bezug auf den Fürsten Bismarck lesen wir am 20. September in der „Elberfelder Ztg.“:

Merkwürdig: so oft es den Anschein gewinnt, als ob zwischen Berlin und Friedrichsruh jenes gute Einvernehmen sich anbahnen wolle, welches den Wünschen der Nation entsprechen würde, ebenso oft durchlaufen, wie ganz von ohngefähr, kleinere oder größere Geschichtchen die Presse, die sich für den unbefangenen Leser ziemlich harmlos ausnehmen, die aber keinen anderen Zweck verfolgen, als die Ausstreuung neuen Mißtrauens.

So ist jetzt wieder in irgend einem fortschrittlichen Hexenkessel eine Erzählung zusammengebraut worden über den angeblichen Einfluß des Fürsten Bismarck auf die Erziehung unseres jetzt regierenden Kaisers. Da wird von einem später auf die schiefe Ebene gerathenen Gardehauptmann erzählt, der auf Betreiben Bismarck's des Prinzen erster Erzieher gewesen sei, bis endlich der Kronprinz, der nachmalige Kaiser Friedrich, dem den Eltern aufgedrungenen Präceptor energisch die Thür gewiesen habe, worauf die kronprinzliche Mutter die Erziehung mit Erfolg selbst in die Hand genommen habe und dergleichen. Die Geschichte, die selbstverständlich auch die Spalten der sogenannten unparteiischen Blätter ziert, ist von A bis Z erfunden.

Mit dem dort nicht genannten Hauptmann ist natürlich der Hauptmann O'Danne gemeint. Derselbe war in der That der erste Erzieher des Prinzen, aber empfohlen und angebracht war er, wie jeder Eingeweihte weiß, von englischer Seite und nicht vom Fürsten Bismarck. Fürst Bismarck hat in Wahrheit gar keinen Einfluß auf die Erziehung des Prinzen gehabt; die ganze Erzählung ist eine der fortschrittlichen Verlogenheiten, die ausgeheckt worden, um dem Fürsten Bismarck alles Ueble aufhalsen zu können.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ enthalten am 24. September (M.=A.) an hervorragender Stelle folgende Betrachtung:

Die deutschen Clerikalen haben, in Uebereinstimmung mit ihren Gesinnungsgenossen in Italien, Oesterreich und anderen katholischen Ländern, in diesen Tagen gelegentlich der 25jährigen Erinnerungsfeier der Einnahme Roms durch die Truppen des jungen Königreichs Italien mit mehr oder weniger lauten Protesten die Rückgabe nicht nur Roms, sondern des ehemaligen Kirchenstaates in die Hände des heiligen Vaters und die Wiederherstellung der geistlichen Herrschaft gefordert. Wenn irgendwo in der Politik das Wort der Bibel angebracht ist: „Sie wissen nicht, was sie thun“, so ist es hier.

Die ungeheure Mehrzahl der Gebildeten unter unserer Centrumspartei, die noch kürzlich auf dem Katholikentag zu München die Restitution des Kirchenstaates als Axiom der katholischen Lehre hinstellte, scheint keine Ahnung davon zu haben, welche Folgen die Verwirklichung ihres oberflächlich hingeworfenen Satzes nach sich ziehen würde. Allerdings wissen wir, daß die Forderung an sich nur einen platonischen Werth besitzt, und daß zu ihrer Erfüllung ein allgemeines politisches Erdbeben in Europa die Voraussetzung wäre; allein es kann doch vielleicht Einiges zur Aufklärung beitragen, wenn wir zur Kennzeichnung des weiland päpstlichen Regiments, dessen Segnungen von glaubenseifrigen Zungen und Federn himmelblau angestrichen zu werden pflegen, einen Beitrag hierher setzen, der von einem unbefangenen Beobachter herstammt und mit zahlreichen älteren Darstellungen der römischen Priesterherrschaft übereinstimmt, die heutigen Tages vergessen zu sein scheinen oder absichtlich verschwiegen werden.

Der im Jahre 1859 verstorbene englische Geschichtsschreiber Macaulay unternahm im Winter 1838/39 eine Reise nach Italien und schrieb u. a. im Anfang December 1838 einem Freunde folgendes Urtheil über den Kirchenstaat:

„Ich kann mir nichts Unerträglicheres vorstellen, als die Lage eines Laien, der ein Unterthan des Papstes ist. Unter dieser Regierung giebt es für Jemand, der nicht Priester ist, keinerlei Weg, sich im öffentlichen Leben auszuzeichnen. Jedes irgendwie wichtige, sei es nun diplomatische, finanzielle oder richterliche Amt wird aus den Reihen der Geistlichkeit besetzt. Ein mit furchtbarer Gewalt ausgestatteter Prälat führt die Oberaufsicht über die Straßenpolizei. Das Kriegsdepartement wird von einer Commission geleitet, in der ein Cardinal den Vorsitz führt. Irgend eine beliebige untergeordnete Richterstelle ist die höchste Beförderung, auf die ein Advocat sich Rechnung machen kann, und die vornehmsten Adligen können in diesem sonderbaren Staatswesen nichts Besseres erwarten, als eine Stellung in der päpstlichen Hofhaltung, die ihnen das Recht verleiht, an den hohen Kirchenfesten in der Procession mitzuziehen. Stellen Sie sich vor, was England sein würde, wenn alle Parlamentsmitgieder, die Minister, Richter, Gesandten, Gouverneure, höchsten Militärpersonen und Lords der Admiralität ohne Ausnahme Bischöfe oder Priester wären, und wenn der höchste einem vornehmen, reichen, begabten und ehrgeizigen Laien zugängliche Posten der eines Oberkammerherrn wäre! Und doch würde dies nicht die volle Wahrheit sein, denn unsere Geistlichen dürfen heirathen; hier aber schneidet der Mann, der heirathet, sich für immer den Weg zu Macht und Würden ab und bringt sich in dieselbe Lage, wie sie bei uns vor der Emancipation für unsere Katholiken bestand. Die römische Kirche ist daher voll von Männern, die nur durch Ehrgeiz ihr zugeführt werden und die, obgleich sie als Laien nützlich und achtungswerth hätten sein können, als Männer der Kirche heuchlerisch und

unmoralisch sind; während andererseits der Staat empfindlich darunter leidet, da man sich denken kann, welche Sorte von Kriegssecretairen und Finanzministern unter Bischöfen und Canonikern zu finden ist. Alle öffentlichen Aemter sind hier von der Corruption ergriffen; nach oben zu alte Weiber, nach unten Lügner und Betrüger — das ist die päpstliche Verwaltung. Der Kirchenstaat ist nach meiner Ansicht der schlechtestregierte Staat in der civilisirten Welt; die Ohnmacht der Polizei, die Käuflichkeit der öffentlichen Diener, die Verödung des Landes und das Elend des Volkes drängen sich der Beobachtung auch des arglosesten Reisenden auf. Es ist kaum eine Uebertreibung, wenn man sagt, daß die Bevölkerung vorwiegend aus Fremden, Priestern und Armen besteht. In der That, wo man einem Menschen begegnet, der kein Chorhemd trägt und nicht in Lumpen gekleidet ist, kann man zwei gegen eins wetten, daß es ein Engländer ist."

So war vor sechzig Jahren das ideale Regiment im Kirchenstaat beschaffen, für dessen Zurückführung sich heute unsere Herren von der „Germania" und zahlreiche andere Centrumsorgane begeistern. Aber freilich, Rom und seine Bewohner kommen nicht in Frage, wenn man selbst die sichere Aussicht hat, in der eigenen Heimath mit ähnlichen Zuständen verschont zu bleiben. Es klingt doch so schön und erhaben, für den heiligen Vater ein unveräußerliches Recht zurückzufordern, und das Wünschen ist so herrlich und dabei so harmlos und wohlfeil, wo die Erfüllung in unendlich weiter Ferne oder vielmehr im Bereich der weltlichen Unmöglichkeit liegt.

* * *

In der Stöcker'schen Angelegenheit schreiben die „Hamb. Nachr." am 28. September (M.=A.) weiter:

Herr Stöcker. In einem Artikel, den der frühere Hofprediger Stöcker veröffentlicht, heißt es: „Im Anschluß an seinen Brief und seine Stellung dazu fing nun die mittelparteiliche Presse ihr wüstes Treiben an." Wir wissen nicht, was Herr Stöcker „seinen Brief" nennt; er sagt nicht, von wem und an wen er ist, aber aus dem Zusammenhange ist zu folgern, daß er einen Brief des Fürsten Bismarck meint. Der letztere hat in der Angelegenheit, um die es sich hier handelt, soviel uns bekannt ist, nur einen Brief geschrieben, und dieser war ein Bestandtheil seiner Correspondenz mit dem damaligen Prinzen Wilhelm, die von letzterem hohen Herrn durch eigene Initiative angeregt worden war und die einzige Veranlassung bot, daß der damalige Reichskanzler sich überhaupt um die Waldersee=Versammlung bekümmerte. Wir glauben nicht, daß Herr Stöcker von dieser ganz intimen Correspondenz des Fürsten mit dem Prinzen Wilhelm Kenntniß erhalten hat, noch weniger die mittelparteiliche Presse. Das „wüste Treiben" der letzteren kann sich

also nicht an einen Brief des Fürsten Bismarck knüpfen, sondern gehört in den Kampf, den die Stöcker'sche Richtung mit den Mittelparteien an und für sich, ihrer Natur entsprechend, betrieb. Herrn Stöcker's Vorstoß gegen den damaligen Reichskanzler konnte dadurch nicht motivirt sein, sondern war wohl ein Ergebniß des Mißvergnügens darüber, daß der Reichskanzler es ablehnte, sich in den Dienst priesterlicher Politik zu stellen und auf amtlichem Gebiete dem Versuche, ein von der Staatsregierung unabhängiges protestantisches Centrum neben dem katholischen herzustellen, seine Mitwirkung versagt hatte. Herr Stöcker hat für die Tendenz, welche sich in seinem Hammerstein'schen Briefe ausspricht, wohl schwerlich einen anderen Anlaß gehabt als seine Neigung, die kanzlerischen Einflüsse zu Gunsten der priesterlichen einzuschränken und an Stelle eines Kanzlers, der nur staatliche Ziele erstrebte, einen anderen zu bringen, der kirchlichen Einflüssen auf dem Gebiete der Staatsgeschäfte zugänglicher gewesen wäre, oder, noch schärfer und persönlicher gefaßt, die Erbschaft des Fürsten Bismarck zur Vacanz zu bringen, um für sich und mehr oder weniger abhängige Freunde von derselben Besitz zu nehmen.

Die Andeutung des Herrn Stöcker, daß er durch mittelparteiliche Kämpfe provocirt worden sei, halten wir für hinfällig; die Provocation ging nur von seinem eigenen herrschsüchtigen Ehrgeize aus. Es gab außer Herrn Stöcker damals noch manche andere Persönlichkeiten, die dem Fürsten Bismarck gegenüber das Bedürfniß hatten, seine Coadjutoren cum spe succedendi zu werden; aber der damals vorwiegende Grund, aus dem der Reichskanzler sich den Bemühungen widersetzte, einem künftigen Thronerben unter dem scheinbaren Vorwande der Stadtmission sich vorzeitig an die Rockschöße zu hängen, lag wohl in dem Pflichtgefühl der herrschenden Dynastie gegenüber, dergleichen Versuche, wie sie von fortschrittlicher und von englischer Seite dem Kaiser Friedrich gegenüber, bevor er zur Regierung kam, gemacht worden waren, rechtzeitig entgegen zu treten. Die Unternehmer der Anbändelung sind dadurch natürlich verstimmt worden gegen die kanzlerische Abwehr, und Herr Stöcker hat den Beistand, den ihm in dem Charlottenburger Kronrathe der Fürst Bismarck, soweit er es nach staatlicher Pflicht vermochte, geleistet hat, nicht so hoch veranschlagt, daß seine Empfindlichkeit über die Verhinderung der Beschlagnahme des Prinzen Wilhelm dadurch abgeschwächt worden wäre.

* * *

Ferner heißt es in derselben Nummer:

Die „Voss. Ztg." bemerkt, daß die „Kaltstellung" des Herrn Stöcker nicht, „wie der Gewährsmann der ‚Hamb. Nachr.' zu glauben

scheine, unter Kaiser Friedrich erfolgt sei, sondern zehn Monate nach dessen Tode". Das entkräftet unsere neuliche Anführung in keiner Weise. Thatsache ist und bleibt, daß der von uns erwähnte Kronrath in Charlottenburg unter Kaiser Friedrich stattgefunden hat, nachdem die Gegner Stöcker's längere Zeit darauf gewartet hatten, um gegen den Hofprediger aufzutreten, und daß in diesem Kronrathe die Dinge so verliefen, wie wir sie in unserem Abendblatte vom 9. September geschildert haben. Welche Wege die Beschlüsse des Kronrathes durchzumachen gehabt haben, um zur amtlichen, praktischen Ausführung zu gelangen, darüber haben wir uns nicht geäußert, aber wir wiederholen mit voller Sicherheit, daß in dem Kronrathe unter Kaiser Friedrich der Beschluß gefaßt wurde, Herrn Stöcker zu veranlassen, zwischen beiden Richtungen seiner Thätigkeit, der des Hofpredigers und der des Agitators, zu optiren.

* * *

Nicht um an dem allgemeinen Preßtreiben in der Hammerstein'schen Angelegenheit sich zu betheiligen, sondern nur weil der Versuch gemacht worden ist, nach dem Sturze des Genannten ihn mit dem Fürsten Bismarck in Beziehung zu setzen, führen die „Hamb. Nachr." vom 28. September (A.-A.) Folgendes aus:

Herr von Hammerstein. Es ist bezeichnend für die scrupellose Feindschaft so mancher Blätter gegen den Fürsten Bismarck, dem sie noch immer nicht vergessen können, daß er ein Menschenalter hindurch mit Ruhm an der Spitze der Geschäfte gestanden hat, daß sie, wenn sich irgendwie eine anrüchige Erscheinung offenbart, die Neigung haben, diese dem Fürsten Bismarck an die Rockschöße zu hängen. So hieß es in verschiedenen Blättern, daß der viel schlimmer als Herr von Hammerstein niedergebrochene frühere Erzieher des jetzigen Kaisers, O'Danne, auf Empfehlung des Fürsten Bismarck in seine Stellung gekommen sei, während wir kaum glauben, daß beide Persönlichkeiten sich je im Leben begegnet sind, weder vor noch nach dem Niederbruche O'Dannes. Letzterer war lediglich englischer Import in die preußische Königsfamilie wie manche andere Berather aus der Kronprinzenzeit des Kaisers Friedrich, und war der Reichskanzler damals nicht in der Lage, überhaupt einen Einfluß auf den kronprinzlichen Haushalt zu üben, würde er sich, wenn er dies gekonnt hätte, ihn nur im national preußischen Sinne und nicht im englischen verwandt haben.

Ebenso wie O'Danne wird jetzt Herr von Hammerstein mit dem Fürsten Bismarck in Zusammenhang gebracht. Merkwürdig, so lange Herr von Hammerstein im Ansehen stand, hat Niemand daran gedacht, den Fürsten Bismarck für ihn und seine Thätigkeit verantwortlich zu

machen; jetzt aber drucken sogar officiöse Blätter, wie der „Hamb. Corresp.", die Angabe ab, daß Herr von Hammerstein „bis zu einem gewissen Grade ein Vertrauensmann des damaligen Reichskanzlers gewesen sei", und machen dem letzteren auch zum Vorwurfe, daß er für Hammerstein's Eintritt in die „Kreuz-Ztg." thätig gewesen sei, obschon er sich als Gutsnachbar des Freiherrn von Hammerstein davon überzeugt gehabt habe, wie „verkracht dieser Agrarier sei". Man muß mit der Topographie von Pommern weniger vertraut sein, als ein Zeitungsredacteur es sein sollte, um zwischen Varzin und dem früheren Gute des Herrn von Hammerstein eine Nachbarschaft anzunehmen; wir schätzen die Entfernung auf mindestens 15—20 Meilen ohne irgend welche vermittelnde Verkehrswege. Außerdem fehlte jede persönliche Beziehung oder auch nur Bekanntschaft aus früheren Zeiten, und wir glauben, daß Fürst Bismarck noch heute das von Herrn von Hammerstein im Kreise Lauenburg besessene Gut nicht einmal dem Namen nach kennt. Sodann sind seine Beziehungen zur „Kreuz-Ztg." seit der Declarantenzeit auch nie derart gewesen, daß er einen Einfluß auf die Anstellungen in der Redaction dieses Blattes gehabt hätte. Aber das hindert nicht, daß dem Fürsten Bismarck, sobald Herr von Hammerstein in Mißcredit gerathen ist, die Verantwortlichkeit für dessen Thätigkeit aufgebürdet werden muß! In diesen ganzen Tendenzen, die der Ausbruch eines geifernden persönlichen Hasses sind, erblickt man nichts Ungewohntes, wenn sie in socialistischen oder Richter'schen Organen erscheinen — es giebt ja kaum eine persönliche Verleumdung, die man in diesen und in Centrumsblättern dem Fürsten Bismarck nicht anzuhängen versucht hätte — überraschend aber ist es, wenn man in Blättern officiöser Anlehnung auf Versuche stößt, nun, nachdem Herr von Hammerstein zu Fall gekommen ist, den Fürsten Bismarck als seinen Förderer und Vertrauensmann hinzustellen.

Auch in einer Berliner Correspondenz der „Allg. Ztg." ist dies geschehen, und die „Rhein.-Westf. Ztg." sagt, das Münchener Blatt habe sich ein Kukuksei unterlegen lassen; wir vermuthen nach dem Vorgange der „Münch. Neuest. Nachr.", daß der betreffende Kukuk ein officiöser gewesen sei.

Noch breiter tritt natürlich die „Germania" den Gedanken. Das ultramontane Blatt schreibt:

Ueber die Beziehungen des Fürsten Bismarck zum Freiherrn von Hammerstein bringt der Berliner Correspondent der Münchener „Allg. Ztg." sehr interessante „Enthüllungen", aus denen hervorgeht, daß der frühere Reichskanzler den Freiherrn von Hammerstein eine Reihe von Jahren hindurch als „Vertrauensmann", als „Werkzeug", als „Mundstück" verwendet hat, und daß ihm Herr von Hammerstein seine Anstellung als

Leiter der „Kreuz-Ztg." verdankt. Das Blatt, das sonst aus seinen Sympathien für den Fürsten Bismarck kein Hehl macht, schreibt: (Folgt die betreffende Auslassung).

Nachdem die „Germania" diese Lügen reproducirt hat, ist wohl eine weitere Kritik unsererseits überflüssig.

* * *

Am 29. September wurde in Kaiserslautern das vom dortigen Verschönerungsverein errichtete Bismarck-Denkmal enthüllt.

* * *

Durch die Rede des Kaisers bei dem Parade-Festmahl am 2. September im Berliner Schlosse war der Kampf gegen die Socialdemokratie von Neuem in den Vordergrund der Preßerörterungen gezogen worden. Der Kaiser hatte u. A. gesagt:

„Doch in die hohe, große Festesfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört. Eine Rotte von Menschen, nicht werth, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesammte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun denn, so rufe ich Sie, um der hochverrätherischen Schaar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen."

In den Erörterungen über diesen Kampf führen die „Hamb. Nachr." am 29. September (M.-A.) gegen die „Kreuz.-Ztg." aus:

Cartell contra Socialdemokratie. Die „Kreuz-Ztg." sagt in einem an die Adresse der „Hamb. Nachr." gerichteten Artikel, daß die von uns befürwortete Cartellpolitik der conservativen Partei zumuthe, irgend welche ihr bisher eigenthümlichen Elemente „abzuschütteln" oder „auszumerzen"; das Blatt fragt, was nach solchen Ausmerzungen von seiner Partei übrig bleiben würde.

Wir sehen auch in dieser Auslassung einen Versuch, durch Uebertreibung des Cartellgedankens diesen ad absurdum zu führen. Ein Cartell verschiedener, principiell unter sich nicht einiger Fractionen kann unserer Ansicht nach doch nur den Charakter eines Bündnisses zwischen selbstständigen Mächten haben, wie beispielsweise der Dreibund, der an keinen der Betheiligten die Anforderung stellt, auf die Wahrnehmung eigener Interessen Verzicht zu leisten. Das Bündniß zwischen ihnen deckt immer nur die Interessen, in Betreff deren sie übereinstimmen, ohne die Wahrnehmung derjenigen zu verbieten, in Betreff deren die Uebereinstimmung einstweilen fehlt. Das „Cartell", wie es früher erstrebt wurde, hatte immer nur den Zweck, Majoritäten für Interessen

zu gewinnen, welche von allen Betheiligten als zweifellose Reichsinteressen anerkannt wurden, also den Kampf gegen gemeinsame Feinde ohne Präjudiz für die spätere Ausfechtung derjenigen Differenzen, welche das Programm der einzelnen Bundesgenossen von einander scheiden. Es rechtfertigte sich daraus die viel getadelte Scheidung zwischen Reichsfreunden und Reichsfeinden. Als Reichsfreunde erkannten sich diejenigen unter einander, welche das bestehende Deutsche Reich unter monarchischer Führung wollten und vertraten, und es war nicht unbillig, diejenigen als Reichsfeinde zu kennzeichnen, welche dieses monarchische Kaiserreich entweder überhaupt nicht wollten oder doch nicht so, wie es besteht. Man durfte annehmen, daß die socialdemokratischen Bestrebungen in ihrer Gegnerschaft gegen monarchische Staaten und gegen die vorhandenen gesellschaftlichen Zustände überhaupt Ziele verfolgen, welche jeder der zum Cartell vereinten Fractionen als feindlich und verderblich gelten mußten. Daran hat sich nichts geändert, ebenso wenig wie daran, daß manche Fractionen, speciell die fortschrittliche und die ultramontane, in der Socialdemokratie eine Art von irregulairer Hülfstruppe erkannt haben, welche ihnen nach Art der Franctireurs gegen Nationalliberale und Conservative und nach Bedürfniß auch gegen die Regierung Beistand leistet. Sie halten die socialdemokratische Gefahr entweder für gering, oder sie haben für die Erhaltung des Bestehenden auch ihrerseits nicht ein genügend großes Interesse, um zu einer Bekämpfung der Socialdemokratie bewogen zu werden.

Die Uebereinstimmung in Betreff dessen, was sie nicht wollen, zwischen den reichsfreundlichen Fractionen herzustellen, muß man nach wie vor doch als die defensive Aufgabe aller derjenigen Politiker betrachten, welche die Verwirklichung socialistischer Utopien als den Bankerott unserer staatlichen Einrichtungen ansehen, der nach Möglichkeit verhütet werden muß. Aber die staatserhaltenden Fractionen sind bisher viel eifriger bemüht, die Punkte aufzusuchen, in denen sie uneinig sind, als diejenigen, über welche Einigkeit herrscht. Für Auseinandersetzungen über erstere Punkte würde sich eine gefahrlose und schickliche Zeit finden, wenn man die staatlichen Grundwahrheiten erst zur allgemeinen und von keiner Seite mehr bestrittenen Anerkennung gebracht hat. Wir haben unter „Cartell“ nie etwas anderes verstanden, als die Abwehr von Gefahren, mit denen wir von dem zügellosen Anstürmen auf die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Dinge bedroht sind.

Ein Cartell in dieser Auffassung würde auf Seite der Conservativen keine Art von Ausmerzung oder Abschüttelung im Princip bedingen. Persönliche Strebsamkeit der Parteileitungen kann allerdings die Fraction in Wege bringen, welche die defensive Stellung der uns vorschwebenden

Cartellbildung schädigen, und deshalb ist es vielleicht ein Gewinn, wenn die Träger des Fractionsparticularismus durch die Hammerstein'sche Katastrophe zum Nachdenken über ihre Stellung und ihr schließliches Verbleiben in unserer Gesammtentwickelung veranlaßt werden. Wenn im Reichstage diese unsere Auffassung Verständniß fände, so würden Erscheinungen, wie der Vorsitz des Herrn Auer in einer Abtheilung und der des Herrn Singer in einer der Commissionen unmöglich sein. —

Der Kaiser hat sich mit seiner Aufforderung zur Defensive gegen die Socialdemokratie nicht an das Staatsministerium, sondern an die Gesammtheit aller Reichsangehörigen gewandt. Letztere findet ihre Vertretung im Reichstage, und an den Reichstag wird man daher die kaiserliche Aufforderung zur Abwehr gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie als in erster Linie gerichtet ansehen dürfen.

* * *

Unter dem 7. October theilt Horst Kohl[1]) eine Aeußerung des Fürsten Bismarck über die Lippe'sche Thronfolgefrage mit, die einem Briefe an einen ungenannten Empfänger entnommen ist. Sie lautet:

Ihrem in dem gefälligen Schreiben vom 5. d. Mts. geäußerten Wunsche zu entsprechen trage ich Bedenken, die meiner jetzigen persönlichen Stellung entspringen.

Nach meiner staatsrechtlichen Ueberzeugung halte ich die Erbansprüche des Grafen Ernst zur Lippe für wohl begründet und würde auch aus politischen, nicht bloß aus rechtlichen Gründen für dieselben eintreten, wenn ich noch im Amte wäre. In meiner jetzigen Stellung halte ich eine Initiative von meiner Seite aber der Sache nicht für förderlich.

* * *

Aus Hannoversch-Münden ist dem Fürsten Bismarck am 6. d. M. folgendes Telegramm zugegangen:

„Zur Enthüllung des Bismarck-Denkmals festlich versammelt, gedenkt die Bürgerschaft Hannoversch-Mündens in jubelnder Begeisterung und unaussprechlicher Dankbarkeit der unvergänglichen Verdienste Eurer Durchlaucht um die Einigung des Vaterlandes. Im Auftrage Funck, Bürgermeister."

Die „Hamb. Nachr." fügen hinzu: Als Beweis dafür, daß auch auf den Fidschi-Inseln treue Verehrer dankbar des Fürsten Bismarck gedenken, mag erwähnt werden, daß in der in Levuka erscheinenden „Polynesian Gazette" vom 10. August d. J. Herr C. Machens seinen Landsleuten ausführlich von seinem Besuche in Friedrichsruh im Mai d. J. berichtet.

* * *

[1]) Bismarck-Jahrbuch Band III, S. 482.

Aus Wismar wird am 9. October berichtet:

Im Laufe der letzten Woche wurde Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck die geschmackvoll ausgestattete Urkunde der erfolgten Verleihung des Ehrenbürgerrechts hiesiger Stadt übermittelt. Die von Sr. Durchlaucht daraufhin eingegangene Antwort lautet:

Friedrichsruh, 4. Oct. 95.

Euer Hochwohlgeboren und dem Rathe der Stadt danke ich verbindlichst für die Verleihung des Bürgerrechts von Wismar, in der nach den Worten der Urkunde die deutsche Gesinnung meiner neuen Mitbürger ihren Ausdruck findet. Die Zugehörigkeit Wismars zu Schweden wird von diesem Reiche wohl nicht erstrebt und würde für Deutschland eine Unmöglichkeit sein, und ich glaube, daß wir uns über die Gefahr, Wismar für Deutschland zu verlieren, keine Sorge zu machen brauchen.[1])

v. Bismarck.

Sr. Hochwohlgeboren
dem Herrn Bürgermeister Fabricius,
Wismar.

* * *

Am 10. October bringen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) folgende Mittheilung:

Der „Reichs- und Staats-Anzeiger" veröffentlicht in seinem amtlichen Theile Folgendes:

Unter Bezugnahme auf einen Ende Juni d. J.[2]) in der Zeitschrift „Die Zukunft" enthaltenen Angriff auf den Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister von Boetticher, hat neuerdings die „Deutsche Tageszeitung" wiederholt Klage darüber geführt, daß leitende Kreise der Corruption verdächtigt würden und daß der Boden für Gerüchte schlimmer Art dadurch vorbereitet sei, daß sich höchste Staatsbeamte öffentliche Vorwürfe gegen ihre Lauterkeit und Rechtlichkeit ruhig hätten gefallen lassen.

Auf Veranlassung des Staatsministers von Boetticher sind die thatsächlichen Vorgänge, welche zu den gegen ihn gerichteten Angriffen Anlaß gegeben haben können, schon früher amtlich festgestellt worden. Die Thatsachen sind seiner Zeit ihrem vollen Umfange nach durch den Staatsminister von Boetticher selbst zur Allerhöchsten Kenntniß Seiner Majestät des Kaisers und Königs gebracht. Auch sind die Schritte, welche gegen diese verleumderischen Gerüchte etwa zu thun seien, wiederholt im Schooße des Staatsministeriums erwogen worden. Das Ergebniß dieser Erwägungen war, daß es im vorliegenden Falle der Würde eines Staatsministers nicht entspreche, gegen solche versteckte Verdächtigungen im Wege der

[1]) Als Schweden Wismar im Jahre 1803 an Mecklenburg für 1200000 Thaler banco verkaufte, behielt es sich Rückkaufsrecht vor. Darauf bezieht sich die Adresse an den Fürsten und dessen Antwort.

[2]) Vgl. oben S. 262 ff.

gerichtlichen Klage vorzugehen. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen hat auch die gesammte Presse aller Parteien jene Angriffe theils mit Stillschweigen übergangen, theils mit Verachtung zurückgewiesen. Nachdem gleichwohl jetzt der Versuch gemacht ist, auf dieselben zurückzukommen, erscheint es an der Zeit, diesem Treiben dadurch ein Ende zu machen, daß die amtlich festgestellte Grundlosigkeit der erhobenen Vorwürfe öffentlich vom Staatsministerium bezeugt wird.

In der „Zukunft“ vom 29. Juni d. J. war gesagt worden:

„Wenn es wahr ist, wie sehr glaubwürdige Zeugen versichern, daß der Staatssecretair in einer Zeit, wo über den Bankverkehr bedeutsame Entscheidungen zu treffen waren, von Großbankiers Summen entliehen hat, die er nach menschlicher Voraussicht niemals zurückzahlen konnte, dann müßte sein Verbleiben im Amt von Allen bedauert werden, die zwischen Politik und Sittlichkeit nicht eine trennende Schranke errichten möchten.“

Im Jahre 1886 kam es zur amtlichen Kenntniß des damaligen Präsidenten der Reichsbank, daß ein dem Staatssecretair des Innern durch Familienbande nahestehender Bankdirector an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs gelangt war. Auf die Mittheilung davon lehnte der Staatssecretair unverzüglich jede Intervention zu Gunsten des Bankdirectors ab. Indessen gelang es anderen Verwandten des Letzteren, mit Hülfe einiger Freunde, seine Schuldenlast zu decken. Zu diesem Zweck hat auch der Staatsminister von Boetticher sein gesammtes eigenes Vermögen hergegeben. Von dem Sachverhalt hat damals der Staatssecretair dem ihm vorgesetzten Reichskanzler Mittheilung gemacht, welcher demnächst die Erstattung der von jenen Freunden hergegebenen Summen herbeigeführt hat.

Es ist amtlich festgestellt,

1) daß die geschilderten Verhandlungen zu einer Zeit stattfanden, in welcher von beabsichtigten Reformen des Bankwesens überhaupt noch nicht die Rede war;

2) daß der Staatsminister von Boetticher niemals von Bankiers Geld entliehen hat;

3) daß der Staatsminister von Boetticher keinerlei Zuwendungen, auch nicht den Ersatz des von ihm hergegebenen eigenen Vermögens empfangen hat.

Das Königliche Staatsministerium:

Fürst zu Hohenlohe. Freiherr von Berlepsch.

Miquel. Thielen. Bosse. von Köller. Freiherr von Marschall.

Freiherr von Hammerstein. Schönstedt.

Zunächst drängt sich die Frage auf, ob den Herren Unterzeichnern der Erklärung die Vorgänge, auf die sie sich bezieht, in vollem Umfange amtlich bekannt geworden sind.

* * *

Am 13. October unterziehen dann die „Hamb. Nachr.“ (M.-A.) diese ministerielle Erklärung einer näheren Erörterung:

Zur Erklärung im „Reichs-Anzeiger“. Die Thatsache, daß das gesammte Staatsministerium in amtlicher Form die Integrität eines seiner Mitglieder in Schutz nimmt, ist ein Novum in unserer Publicistik. Früher war es üblich, daß das Staatministerium vielleicht vor Gericht klagte, wenn es in corpore beleidigt war, aber auf Angriffe gegen einzelne Minister zu erwidern, wurde stets diesen selbst überlassen und es fand auch auf gerichtlichem Wege statt. Wir erinnern uns, wie z. B. Fürst Bismarck von der Presse angegriffen wurde, weil er gegen die Beleidigungen, welche die „Reichsglocke“ gegen ihn druckte, die sehr viel schwerer, deutlicher und gröber waren als die heute der „Zukunft“ und der „Deutschen Tageszeitung“ schuld gegebenen, ebenfalls vor Gericht klagte. Die Klage führte zu einer vollständigen und beruhigenden Erledigung des ganzen Lärms, den die „Reichsglocke“ und ihre Anhänger erhoben hatten.

Wir hätten gewünscht, daß der übliche Weg in diesem Falle nicht verlassen worden wäre, denn wir glauben nicht, daß der Zweck, die fragliche Sache zum Abschluß zu bringen, durch den Schritt des Staatsministeriums und seines Amtsblattes erreicht wird. Wir sehen schon jetzt, wie die Gegner der Regierung, z. B. der socialdemokratische „Vorwärts“ (s. u.), die Dinge auffaßt. Wir geben den Artikel weiter unten in separato wieder. Er zeigt, daß der Haß gegen den Fürsten Bismarck die Tendenz, die jetzige Regierung zu schädigen, noch überwiegt; der Artikel betrachtet als die oberste Sünde in dem besprochenen Falle, gemeinschaftlich mit der „Germania“ und anderen clerikalen Blättern, die angebliche Verwendung von Mitteln des Welfenfonds behufs Deckung der damals vorhandenen Defecte. Wir ziehen zunächst die Frage in Betracht, ob eventuell der Welfenfonds für dergleichen Zwecke verwendbar war. Die socialdemokratische und die clerikale Presse scheint anzunehmen, daß der Fonds nur zur Ueberwachung der Welfenbewegung in ihrer localen Begrenzung bestimmt gewesen sei; sie berücksichtigt dabei nicht, daß die Welfenbewegung praktische Consequenzen nur durch Zerstörung und Schwächung der jetzigen Reichsverfassung und der preußischen Macht erreichen konnte. Die Wiederherstellung des Königreichs Hannover ist bisher nur möglich in Folge des Verfalls der preußischen Macht und Monarchie, und die Ausgaben, die für den Schutz und die Consolidirung derselben gemacht worden sind, und die, wie wir vermuthen, bei weitem den größten Theil aller Ausgaben gebildet haben, entsprachen logisch der gesetzlichen Bestimmung des Fonds, den Bestand des preußischen Staates gegen welfische Aspiration zu schützen und zu kräftigen. Es würde deshalb kein Pudendum für die damalige Regierung bilden, wenn sie aus dem Welfenfonds Verwendungen gemacht hätte, welche den Zweck hatten,

die preußische Regierung in ihrer Stärke und Unanfechtbarkeit zu decken; und wenn die Verlegenheiten, denen aus dem Welfenfonds abgeholfen sein soll, rein finanzieller Natur gewesen wären, so würde auch König Wilhelm nicht geneigt gewesen sein, einer Abhülfe zuzustimmen.

In der Sache selbst können wir eigentlich nichts finden, was den gewaltigen Apparat einer amtlichen Ehrenerklärung von neun Ministern zu Gunsten eines ihrer Collegen rechtfertigen könnte, und wir verstehen nicht, wie man dem Minister von Boetticher gegenüber von „ungeheuerlichen Anschuldigungen" sprechen kann, wie dies in der Presse vielfach geschieht. Es war kein Bedürfniß, dem Minister von Boetticher ein Leumundszeugniß von dieser Autorität auszustellen. Wir fürchten, daß die Verwendung solch schweren Geschützes, wie es in der ministeriellen Erklärung aufgefahren wird, wenn sie in der Zukunft bei ähnlichen Anlässen an Stelle der gerichtlichen Klage zur Regel werden sollte, sehr bald ihre Wirkung einbüßen wird. Wir fürchten auch, daß dieser ungewöhnliche Schritt und die Abneigung gegen offenes gerichtliches Verfahren die Aufgabe der Feinde des Herrn von Boetticher und der jetzigen Regierung eher erleichtert und die Zahl der Zweifler vielleicht vermehrt hat.

Wenn wir sagen, daß wir den Fall als nicht wichtig genug für das Mittel der ministeriellen Erklärung ansehen, so haben wir dabei nicht die Geringfügigkeit der Preßangriffe in der „Zukunft" und in der „Deutschen Tageszeitung" im Sinne, sondern wir finden, daß selbst der vermuthete Thatbestand überhaupt nicht mit der Schwere ins Gewicht fallen würde, welche ihm die ministerielle Empfindlichkeit beilegt. Daß letztere bei Herrn von Boetticher besonders feinfühlig ist, haben wir schon zur Zeit der Kieler Canalfeier ersehen können, als dieser Minister freiwillig in eine Schußlinie trat, welche garnicht auf ihn zielte und dadurch allerdings werthvolle äußere Genugthuung erhielt. Ein Minister kann an und für sich doch nicht für die Zuverlässigkeit und die Moralität seiner angeborenen oder angeheiratheten Verwandten verantwortlich gemacht werden. Es könnte ja manchen Mitgliedern des Staatsministeriums passiren, daß sie in der Wahl ihrer nächsten Verwandten oder Schwiegereltern nicht vorsichtig genug gewesen sind. Wenn also der Schwiegervater eines Ministers in finanzielle oder selbst weitergehende Gefahr geräth, so wird dadurch unserer Ansicht nach die Integrität des Schwiegersohnes noch nicht angefochten und beeinträchtigt. Niemand kann dem Minister von Boetticher eine überwachende Thätigkeit eines Stralsunder Bankdirectors zumuthen, auch wenn derselbe sein Schwiegervater ist. Es ist ja edel, daß Herr von Boetticher die Sache des Vaters seiner Frau sofort als die eigene behandelt, und für dieselbe sein eigenes Ver-

mögen und einen erheblichen Theil des Vermögens seiner männlichen Verwandten geopfert hat; und daß das Opfer von der Größe, wie es das Gesammtbedürfniß erforderte, seine Kräfte überstieg, war nicht seine Schuld und keine Schädigung für die eigene Ehrenhaftigkeit. Daß er die Art, wie dieses Opfer von königlicher Seite vervollständigt wurde, hätte stolz zurückweisen sollen, ist eine Zumuthung, deren Annehmbarkeit man nach dem Maaße des persönlichen Gefühles des Betheiligten allein zu bemessen hat; aber die Entscheidung darüber kann höchstens das Maaß des Stolzes des Betheiligten, nicht das seiner Ehrenhaftigkeit abgeben. Endlich ist es durchaus wahrscheinlich, daß Herr von Boetticher die fehlenden Gelder nicht direct erhalten hat, sondern daß sie da zur Einzahlung gelangt sind, wo sie fehlten: bei der Reichsbank.

Wir wissen also, wie gesagt, nicht, warum man auf ministerieller Seite die gerichtliche Verhandlung gescheut hat, welche durch Vernehmung der Ministerialbeamten, des Chefs der Reichsbank und der betheiligten Bankhäuser ein unanfechtbares Ergebniß zu Tage gefördert haben würde, das für Herrn von Böttichernach unserer Schätzung der Verhältnisse klarer und günstiger ausgefallen sein würde, als alle die Vermuthungen und Folgerungen, welche sich an die vorsichtig redigirte Erklärung im „Reichs-Anzeiger" anknüpfen und schließlich den weiteren Forschungen und Angriffen in der Presse nur Vorspann leisten werden.

* * *

Der oben erwähnte Artikel des „Vorwärts" lautet:

„Zu dem Fall Boetticher erhalten wir von einer Seite, die wir für gut unterrichtet halten können, folgende Mittheilung:

„Die vom Staatsministerium gestern publicirte Erklärung hat, wie jetzt schon versichert werden darf, doch nicht allerwärts den erhofften Erfolg gehabt. Vielmehr verlautet jetzt schon, daß nunmehr eine actenmäßige Darstellung der Affaire des Stralsunder Bankdirektors Berg und der Entnahme einer sehr großen Summe aus dem Welfenfonds von welfischer Seite beabsichtigt wird. Bekanntlich ist diese Entnahme durch den Fürsten Bismarck widerrechtlich erfolgt, weswegen man auch gerade von dieser Seite nichts gethan hat, um diese als Staatsgeheimniß behandelte pikante Angelegenheit in die Oeffentlichkeit zu bringen. In Wahrheit ist die betreffende sensationelle Enthüllung, welche soviel Staub aufwirbelte, seinerzeit von einer Seite ausgegangen, die mit Bismarck nichts zu thun hatte. Das darf ausdrücklich, gestützt auf die sichersten Informationen über den Sachverhalt, hier festgestellt werden. Es wußten darum nachweislich nur sehr wenige ganz hochgestellte Personen. Was die „Freunde" des Herrn von Boetticher anbelangt, welche vorher schon zu Gunsten seines Schwiegervaters eine Art freiwillige Subscription angestellt hatten, so handelte es sich um ein Comité, an dessen Spitze Herr Werner Siemens stand. Allein die aufgebrachten Beträge reichten bei weitem nicht zur

Deckung der Berg'schen Verbindlichkeiten aus, und nach Rücksprache mit Bleichröder griff dann Bismarck „helfend" ein, indem er das erforderliche Geld dem Welfenfonds entnahm. Der alte Kaiser hat keinen Heller dazu hergegeben.

„Die Entnahme der Unterstützungsgelder für Herrn Berg aus dem Welfenfonds war deshalb widerrechtlich, weil der Welfenfonds durch Gesetz ausdrücklich für die Bekämpfung der angeblichen welfischen Umtriebe reservirt war. Nun liegt allerdings mehr als eine Vermuthung der Ueberzeugung zu Grunde, daß beständig Gelder zu ganz anderen Zwecken, die dem damaligen Reichskanzler im Interesse seiner Politik zu liegen schienen, Verwendung gefunden haben. Daß Privatmänner, wie der Schwiegervater eines Ministers, bedeutende Unterstützungssummen erhalten hätten, ist allerdings nur in diesem einen Fall unbestritten anerkannt worden.

„Wo die sonstigen Gelder geblieben sind, wird auch nur in seltenen Fällen nachgewiesen werden können, denn in weiser Voraussicht der Bewegungsfreiheit, die ihm zu höherem staatsmännischen Zwecke bei Unterbringung der Welfenfonds-Gelder zu Gebote stehen mußte, hatte Fürst Bismarck es ausgewirkt, daß er nicht öffentliche Rechenschaft abzulegen, sondern nur vom Kaiser persönlich sich jährlich Indemnität für die Verausgabung der bedeutenden Summen ertheilen zu lassen hatte.

„Das ist denn auch zur völligen Zufriedenheit der beiden Herren alljährlich geschehen. Und dann sind schließlich, damit nie und nimmer ein Unberufener seine Nase hineinstecken könne, die sämmtlichen Welfenfonds-Quittungen den reinlichen und reinigenden Flammen überliefert worden.

„Als die Boetticher-Berg-Geschichte in den „Hamb. Nachr." verkündet worden, mußte es nach allem, was über die Geheimnisse des Welfenfonds ruchbar geworden war, einiges Erstaunen erregen, daß gerade Fürst Bismarck, auf den man die Veröffentlichung zurückführen zu müssen glaubte, selbst den Deckmantel von seinem eigenen Treiben gelüftet hätte.

„Die obige Mittheilung unseres Correspondenten rückt die Sache in ein anderes Licht und macht die Enthüllung verständlicher.

„Jedenfalls haben diejenigen Bismarck-Jünger, die fortgesetzt in der Boetticher-Berg-Affaire herumstocherten, weil sie glaubten, auf diese Weise den ehemaligen Reichskanzler an dem Minister v. Boetticher wegen angeblicher Undankbarkeit zu rächen, ihrem Herrn und Meister einen bösen Bärendienst geleistet.

„Sie sind auch jetzt noch nicht klüger geworden. Sie bleiben Herrn v. Boetticher auf der Fährte, ohne zu merken, daß die Verfolgung dieser Fährte schließlich in die geheimsten Schlupfwinkel des Bismarck-Baues hineinführen muß. Da nämlich die Erklärung des Staatsministeriums den Minister von Boetticher theilweise entlastet, indem sie sich dafür verbürgt, daß der Genannte für den Hinwurf seines eigenen Vermögens in den Schlund des Berg'schen Zusammenbruchs keinen Ersatz aus Staats- oder Welfenfondsmitteln erhalten hat, bleibt schließlich an ihm nur der nämliche Vorwurf haften, wie an dem Fürsten Bismarck selbst: die Verwendung der Welfenfonds-Gelder zu anderen Zwecken, als das Gesetz bestimmte.

„Kommt der Minister v. Boetticher deshalb auf die Anklagebank vor dem Forum der öffentlichen Meinung, so erhält er jedenfalls den Fürsten Bismarck als Collegen. Nur blindwüthige Bismarck-Anbeter können sich darüber täuschen.

„Wir haben unsererseits natürlich nichts dagegen einzuwenden, daß die Sache recht gründlich erörtert und klargestellt wird. Licht, mehr Licht! Nur die Dunkelmänner und Hintertreppenschleicher haben das zu scheuen.

„So registriren wir denn zunächst, was die „Neuesten Nachrichten", das hiesige Bismarck-Organ, auf den Vorwurf der „Maulwurfsarbeit" wegen der beharrlichen Befehdungen des Ministers v. Boetticher erwidert:

„Von einer ‚Maulwurfsarbeit' kann wohl insofern nicht die Rede sein, als das Ausscheiden des Herrn v. Boetticher aus dem Ministerium und seine Uebernahme des Oberpräsidiums in Cassel zum 1. Juli d. J. formell beschlossen war, dann aber in Folge eines bekannten Vorganges wieder rückgängig gemacht worden ist."

„Ob Herr v. Boetticher in Berlin auf dem Ministersessel oder in Cassel auf dem Oberpräsidentenstuhle sitzt, bleibt sich für uns allerdings gleich. Uns interessirt an obiger Aeußerung hauptsächlich der darin ausgeprägte, ganz stöckerisch anmuthende Moralsatz, daß die Operation der Bismarck-Organe „insofern" keine Maulwurfsarbeit sei, als v. Boetticher beinahe schon einmal aus Berlin hinwegoperirt worden war."

* * *

Die „Hamb. Nachr." fahren am 14. Oktober (M.-A.) fort:

Eine Anzahl von Blättern und namentlich solche, welche wegen Ministerbeleidigung öfter Anfechtungen erlitten haben, sind der Meinung der „Voss. Ztg.", es entspräche der Würde eines Staatsministers nicht, gegen Verdächtigungen im Wege der gerichtlichen Klage vorzugehen. Diese Organe ziehen hieraus die Folge, wie wir vermuthen, daß Minister gegen Beleidigungen stets ruhig still halten sollen; denn wir können nicht annehmen, daß sie sich mit dem Gedanken tragen, in Fällen der Verdächtigung eines Ministers die staatsministerielle Ehrenerklärung im „Reichs-Anzeiger" für die Zukunft zur Regel erheben zu wollen. Daß damit volle Befriedigung der ministerfeindlichen Wißbegierde nicht erreicht wird, zeigen schon jetzt mannigfache Preßäußerungen zum Falle Boetticher, auch in Blättern, die man den regierungsfeindlichen durchschnittlich nicht zuzählen kann. So schreibt die Berliner „Bank- und Handels-Zeitung":

Der Weg der öffentlichen Klage, wie wir es für das Würdigste gehalten hätten, wird nicht beschritten, sondern der Nothbehelf einer einseitigen ministeriellen Erklärung gewählt. . . . Unverständlich ist der Satz, daß Herr v. Boetticher „keinerlei Zuwendungen — — empfangen hat", nachdem kurz vorher gesagt worden ist, daß der Reichskanzler die Erstattung der von den Freunden hergegebenen

Summen herbeiführte. Ist es „keinerlei Zuwendung", wenn Jemand Summen „erstattet" erhält? oder sollte man damit fein unterscheiden wollen, daß nur „jene Freunde", nicht Herr von Boetticher, das Geld erhalten hat.

Wenn Herr v. Boetticher sich nicht lebhaft bei dem Entleihen von Geld für seinen verkrachten Schwiegervater persönlich engagirt fühlte, weshalb machte er von diesen Geldgeschäften amtlich dem Reichskanzler Mittheilung, und wie war es möglich, daß der Reichskanzler Staatsmittel verwendete, um die Freunde eines an den Rand des finanziellen (?) Zusammenbruchs gelangten Bankdirectors schadlos zu halten??

Wir hoffen, daß der „Reichs-Anzeiger" dieser Tage eine Lösung dieses Räthsels amtlich bringen wird, denn sonst dürfte obige Erklärung der Sache mehr Schaden als Nutzen zugefügt haben.

Auch der Graudenzer „Gesellige" äußert sich wenig befriedigt durch die ministerielle Erklärung. Das Blatt schreibt:

Diese Erklärung, welche sich gegen einen „Der Kleber" betitelten Artikel der „Zukunft" vom Juni 1895 richtet, wird wohl noch nicht vollständig befriedigen. Warum es der Würde eines Ministers, in dem vorliegenden Falle gerichtliche Klage zu erheben, oder zunächst eine öffentliche Behauptung auf Grund des Preßgesetzes zu berichtigen, nicht entsprechen sollte, ist nicht ohne Weiteres einzusehen. Wenn dann z. B. unter Nr. 3 gesagt ist, der Minister v. Boetticher habe keinerlei Zuwendungen empfangen, so steht dem eine allerdings schon in dem Hefte der „Zukunft" vom 15. December 1894 aufgestellte und früher an anderen Stellen erwähnte Behauptung entgegen: „Fürst Bismarck habe, um Herrn v. Boetticher aus einer lästigen Verschuldung (an große Bankiers) zu retten, für seinen Gehilfen, der selbst nie im Stande gewesen wäre, diese Schuld zu tilgen, vom alten Kaiser eine Unterstützung aus dem Welfenfonds erwirkt." Es wäre gut, wenn sich das Kgl. Staatsministerium auch noch zu dieser Behauptung, die bis jetzt nicht einmal durch eine Berichtigung des Nächstbetheiligten auf Grund des Preßgesetzes erschüttert worden ist, äußern wollte; vielleicht wird dem Fürsten Hohenlohe dazu durch eine Anfrage im Parlament Gelegenheit gegeben. Wir erinnern uns allerdings daran, daß der ehemalige Reichskanzler und preußische Ministerpräsident v. Caprivi im preußischen Abgeordnetenhause am 30. April 1894, anknüpfend an die Zuschüsse für die Gewerbeschule in Hannover, eine Erklärung abgab, worin es hieß:

„Es war nicht zu ermitteln, wie die Verwaltung des Welfenfonds (dessen gesetzliche Bestimmung die unmittelbare und mittelbare Abwehr des Königs Georg von Hannover war) während der letzten zwanzig Jahre gehandhabt worden ist. Geheime Fonds werden stets dechargirt durch den Ressortchef, dasselbe galt für den Welfenfonds, nur daß hier der Kaiser (Wilhelm I.) Ressortchef war und er die Minister, denen Theile des Fonds zur Verfügung standen, entlastete. Sämmtliche Rechnungen und Quittungen wurden verbrannt."

Es ist möglich, daß das preußische Staatsministerium, weil es eben über Acten in der Sache nicht verfügte, eine Zuwendung aus dem Welfenfonds als überhaupt nicht vorhanden ansieht.

Man sieht aus solchen Preßäußerungen, die inzwischen durch ähnliche sich vermehrt haben, daß die Meinung, die Sache sei mit der Erklärung im „Reichs-Anzeiger“ erledigt, nicht zutrifft. Auch wir halten den amtlichen Schritt nicht für geschickt und glauben, daß dadurch die Zeitungserörterungen über den Fall erst recht in Fluß gerathen werden.

* * *

In derselben Nummer heißt es weiter:

In Bezug auf Herrn von Boetticher lesen wir in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ u. A.:

.... Es hat späterhin wenig angenehm berührt, daß gerade der Name der Tochter des Herrn Berg (des Schwiegervaters des Herrn v. Boetticher) in der Reihe Derer figurirte, die mehr oder weniger activ sich an dem Sturze des Fürsten Bismarck betheiligt hatten. In der Broschüre „Bismarck und der Hof“ waren hierüber allerlei unerbauliche Andeutungen zu lesen. Noch weniger erquicklich war es allerdings, daß von den „Hamb. Nachr.“ wiederholt der Nachweis dafür angetreten werden mußte, daß Herr v. Boetticher selbst in den entscheidenden schweren Stunden des März die Fahne seines Feldherrn verließ und sich den neuen, aufgehenden Gestirnen zuwandte. Herr v. Boetticher hat später privatim erklärt, daß die berühmte Schwenkung eigentlich gar keine Schwenkung gewesen sei; er sei stets der Meinung gewesen, daß die socialen Ansichten Bismarck's, speciell hinsichtlich der Frauen- und Kinderarbeit und der Sonntagsruhe, unrichtig seien, und er habe ganz natürlich sich für die Auffassung des Kaisers erklärt, da dieselbe sich durchaus mit der seinigen deckte. Aber damit ist die Thatsache nicht weggeräumt, daß er die Meinung des Fürsten Bismarck im Parlamente und im Ministerrathe so lange nachdrücklich vertrat, bis der Kanzler in Ungnade fiel, um genau in demselben Augenblick zu schwenken, wo sein Sturz unausbleiblich war. Ein Minister vertritt sonst nicht amtlich die Principien, die er mißbilligt. Herr Delbrück trat zurück, als er die Vertretung der Politik des Reichskanzlers mit seinen Ueberzeugungen nicht glaubte vereinigen zu können. Herr v. Boetticher hätte besser für sein Ansehen gesorgt, wenn er rechtzeitig gegangen wäre und nicht so gehandelt hätte, daß das Wort von der „Klebrigkeit“, das Fürst Bismarck vor den Landwirthen gebrauchte, von allen unbefangenen Leuten auf ihn bezogen wurde.

Daß der Staatsminister von Boetticher immer schon andere Ansichten als Fürst Bismarck in den Arbeiterfragen gehabt hat, ist ohne Zweifel richtig; er war aber nicht in der Berechtigung, eine andere Ansicht als die des Reichskanzlers zu vertreten, am allerwenigsten hinter dessen Rücken, denn er war als Staatssecretair des Innern der directe Unter-

gebene des Reichskanzlers und hatte also die Verpflichtung, mit diesem zu gehen oder auszuscheiden. Zum Mitgliede des preußischen Staatsministeriums aber war er als Nachfolger Delbrück's und Hofmann's lediglich ernannt, um dort die Ansichten des Reichskanzlers zu vertreten, wenn derselbe persönlich nicht dazu im Stande war. Auch beim Kaiser hatte Herr von Boetticher nicht die Berechtigung, andere Auffassungen als die seines Vorgesetzten zu unterstützen. Sowohl beim Kaiser wie im Parlament war er verpflichtet, der Sonntagsruhe und den Eingriffen in die Familie durch Verbot resp. Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit zu widersprechen. Beides hat er unterlassen, und wir glauben, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zum Ausscheiden des ersten Reichskanzlers führten, im Cabinet, besonders aber bei Immediatvorträgen sich der besonderen Befürwortung durch Herrn von Boetticher erfreut haben.

* * *

Die „Braunschweigische Landes-Ztg." äußert sich anläßlich der Veröffentlichung im Reichs-Anzeiger wie folgt:

Die ministerielle Kundgebung zu Gunsten des Herrn von Boetticher hat auf die öffentliche Meinung durchaus nicht den Eindruck einer vollgültigen Beweiskraft ausgeübt, und der radical-freisinnigen, vor allem aber der socialdemokratischen Presse, gab sie Gelegenheit, ihre Giftpfeile von neuem gegen den Fürsten Bismarck zu richten: der längst abgethane Welfenfonds muß wiederum dazu dienen, den Altreichskanzler in den Staub zu ziehen. Als vor Jahr und Tag die Welfenfondsangelegenheit im preußischen Landtag zur Sprache kam, wurde vom Regierungstische aus festgestellt, daß Fürst Bismarck einzig und allein dem alten Kaiser Wilhelm hinsichtlich der Verwendung dieses Fonds über Heller und Pfennig Rechnung abzulegen hatte und dann vom Kaiser Indemnität erhielt; erst hiernach wurden die Quittungen der Vernichtung preisgegeben. Fürst Bismarck selbst hat bekanntlich niemals ein Hehl daraus gemacht, daß der Welfenfonds nicht allein gegen die Agitation des hannoverschen Erlönigs Georg V. Verwendung fand, sondern auch da, wo er es im Interesse des Deutschen Reiches für nötig erachtete. Andere Gelder für solche Zwecke standen ihm nicht in der Höhe zu Gebote, in der z. B. Frankreich und Oesterreich ihre leitenden Minister durch großartige Dispositionsfonds ausstatteten. Einem Fürsten Bismarck hätte parlamentarische Gehässigkeit — man denke nur an den zweiten Director im Auswärtigen Amt! — möglicherweise verweigert, was man dem Grafen Caprivi nach Auslieferung des Welfenfonds als selbstverständlich bewilligte: die ansehnliche Erhöhung des Dispositionsfonds. Aus der Vernichtung der Welfenfonds-Quittungen machte Fürst Bismarck ebenfalls niemals ein Geheimniß; er wies s. Zt. auf die Nothwendigkeit dieser Maßregel, die Vorgänge in Frankreich exemplificirend, hin, wo die Veröffentlichung geheimer napoleonischer Papiere im In- und Ausland die größten Verstimmungen erzeugt hätte. Nun gab der „Vorwärts" vor mehreren Jahren vor, im Besitz der echten Welfenfonds-Quittungen zu sein

und machte sich anheischig, den Beweis für die Echtheit anzutreten. Diesen Beweis ist der „Vorwärts“ noch heute schuldig geblieben! Und jetzt kommt er, nachdem er seine erste Verleumdung vergessen glaubt, mit der Ankündigung: von welfischer Seite aus werde auf Grund actenmäßiger Darstellung der Beweis für die Entnahme einer großen Summe aus dem Welfenfonds zu Gunsten des Bankdirectors Berg, des Schwiegervaters des Herrn von Boetticher, erfolgen. Was zwischen Kaiser Wilhelm I. und dem Fürsten Bismarck allein besprochen, worüber die ziffermäßigen Belege verbrannt sind, davon geht nun dem „Vorwärts“ eine actenmäßige Darstellung zu!

* *
*

Am 14. October richtete Fürst Bismarck an den Bürgermeister Kruspi in Burg an der Ihle folgendes Dankschreiben für die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes:

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich ergebenst, dem Magistrat und den Stadtverordneten für die wohlwollenden Worte des Schreibens vom 4. d. Mts. und für den künstlerisch so schön ausgestatteten Bürgerbrief meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen. Ich gedenke gern der Zeit, wo ich als Deichhauptmann mit der Ihle und als Landwehrofficier mit dem Bataillon Burg in amtlicher Beziehung stand.

v. Bismarck.

* *
*

Am 15. October wenden sich die „Hamb. Nachr.“ (M.=A.) wieder der Stöcker'schen Sache zu:

Herr Stöcker. In einer seiner letzten Preßveröffentlichungen erklärt Herr Stöcker in Bezug auf den Fürsten Bismarck: „Ich habe den Fürsten allezeit in der äußeren Politik für den größten Staatsmann der Weltgeschichte, in der nationalen Politik für einen der größten gehalten und erklärt.“ Wenn wir von irgend einem deutschen Landsmann die Meinung hätten, daß er das sei, was Herr Stöcker vom Fürsten Bismarck sagt, so würden wir ihm doch die Stellung als auswärtiger Minister und als Reichskanzler gegönnt und sogar, wenn er sie nicht gehabt hätte, versucht haben, sie ihm zu verschaffen. Denn nach einem großen Staatsmanne, der zugleich nationaler Politiker sei, sind wir ja doch seit einem halben Jahrhundert auf der Suche gewesen. Es kann uns nur verwundern und es zeigt wenig Interesse an unserer weltgeschichtlichen und nationalen Entwickelung, wenn Herr Stöcker in seinem Briefe vom 14. August 1888 die Tendenz verfolgt, Zwietracht zwischen einem so gearteten Kanzler und dem Kaiser zu säen. Wir hätten glauben sollen, ein Patriot wäre froh, daß der Kaiser einen Kanzler habe, auf den die Bezeichnung Stöcker's paßte. Wir können uns den Widerspruch zwischen den Worten und Thaten des Herrn Stöcker nur erklären, wenn

wir seinen Aeußerungen minderes Gewicht beilegen, oder annehmen, daß sie durch irgend welche Nebenzwecke beeinflußt werden. Jedenfalls liefert der Widerspruch zwischen beiden Aeußerungen des Herrn Stöcker den Beweis einer Doppelzüngigkeit, die an einem evangelischen Geistlichen besonders bedauerlich erscheint.

Daß Herr Stöcker in der Wahl seiner Mittel, den Kaiser gegen den Fürsten Bismarck einzunehmen, nicht sehr wählerisch gewesen ist, zeigt auch sein Verhalten in Sachen Bleichröder. Wir theilen den dabei vorliegenden Thatbestand an anderer Stelle mit. Herrn Stöcker's Brief an Kaiser Wilhelm I. versucht den damaligen Kanzler in die Sache hineinzuziehen und dabei den Eindruck zu erwecken, als wenn der Kanzler erst Stöcker's „Feind" geworden sei, nachdem er, Stöcker, Herrn Bleichröder angegriffen habe. Herr Stöcker stellt die Sache so dar, als ob sich Fürst Bismarck die Bekämpfung der Fortschrittspartei durch die Christlich-Socialen zwar habe gefallen lassen, als man aber das Judenthum in der Person des Herrn von Bleichröder angegriffen habe, sei seine Geduld erschöpft gewesen. Bei diesem Anlaß sei zum ersten Mal der Zorn des Kanzlers gegen Stöcker erregt worden. Hier tritt das Bestreben Stöcker's zu Tage, den Fürsten Bismarck als unter Bleichröder's Einfluß stehend darzustellen, gewissermaßen im Anschluß an „Reichsglocke"-Gedanken. Im Uebrigen war der damalige Angriff Stöcker's auf Herrn Bleichröder doch nicht so unschuldiger Natur, wie er jetzt von dem Urheber geschildert wird, und die Situation, die damals zu der Beschwerde, man kann wohl sagen, zu dem Hülferufe Anlaß gab, den Bleichröder an den Kaiser richtete, hatte doch ein anderes Fundament als die bloße Verweisung auf die Hülfe der Juden für die Arbeiternoth. Es wurden damals von Herrn Stöcker die etwaigen Rufer nach Gold und Schätzen von der Geistlichkeit abgewiesen und an Herrn Bleichröder adressirt. Dieser Herr wurde persönlich genannt als der Inhaber der gesuchten Schätze; er mußte sich also, wenn er, wie wir annehmen, kein Mann war, von dem man sagen konnte: impavidum ferient ruinae — was auch gar nicht seines Amtes war —, beunruhigt fühlen, indem er sich und seinen Tresor für etwa vorkommende Unruhen für die Plünderung designirt glaubte, und in dieser Besorgniß wandte er sich, Schutz suchend, an den Kaiser.

Wenn Herr Stöcker, wie er erzählt, durch Verwendung des Präsidenten des evangelischen Oberkirchenraths, Hermes, mit einem Verweise des Cultusministers davonkam, der allerdings die Bemerkung enthielt, „daß er durch Hinweisung auf einzelne große Vermögen Begehrlichkeiten errege", so war das sehr milde. Ob es grade von einer in der christlichen Gemeinde berechtigten Gesinnung zeugt, wenn ein conservatives

Blatt Herrn Stöcker unter diesen Umständen „den theuern Gottesmann" nennt, überlassen wir dem Urtheile der christlichen Gemeinde.

Den Zorn des Fürsten Bismarck hat Herr Stöcker überhaupt nie erregt, und sein Mißtrauen hat er durchaus nicht zum ersten Male durch seinen Hinweis darauf, daß bei Bleichröder Schätze zu holen seien, wach gerufen. Wir glauben nicht, daß ein volles Vertrauen des ersten Kanzlers zu Herrn Stöcker jemals vorhanden gewesen ist, und wenn Herr Stöcker jetzt den Glauben zu erwecken sucht, daß das ihm gegenüber eingetretene kanzlerische Mißtrauen erst von der Bleichröder'schen Beziehung seinen Ausgang genommen habe, so paßt dieser Versuch ganz in die socialdemokratische und fortschrittliche Neigung. den Fürsten Bismarck nach Möglichkeit zu verdächtigen. Wir bedauern, diese Neigung bei einem neuerdings von der conservativen Partei rehabilitirten Mitgliede derselben zu finden. Die conservative Partei wird ja wissen, was sie thut, wenn sie ihre Mitglieder sich dazu hergeben läßt, socialdemokratischen und fortschrittlichen Angriffen auf den ersten Reichskanzler und dessen Politik Vorspann zu leisten.

* * *

Im Anschluß hieran schreiben die „Hamb. Nachr." an einer anderen Stelle derselben Nummer noch weiter:

Der Sachverhalt des im Leitartikel dieser Nummer besprochenen Falles Bleichröder-Stöcker ist nach übereinstimmenden Preßmittheilungen folgender:

In einer neuen Fortsetzung seiner Geschichte der Waldersee-Versammlung berichtet Herr Stöcker von einem Briefe, den er einst an Kaiser Wilhelm I. gerichtet habe. In einer christlich-sozialen Volksversammlung am 11. Juni 1880 habe er über Lassalle geredet. Anwesende Socialdemokraten hätten Lärm gemacht; ihr Schreien habe sich darauf bezogen, daß Kirche und Geistlichkeit nichts für die Arbeiternoth gethan hätten. Da habe er ihnen zugerufen, sie möchten doch nicht bloß von der Kirche, sondern auch von den Juden Hülfe fordern, z. B. von Herrn v. Bleichröder. Nach einiger Zeit habe er zu seinem Staunen gehört, daß Herr v. Bleichröder ihn beim Kaiser verklagt habe, und amtlich erfahren, der Kaiser messe dieser Sache eine so große Bedeutung bei, daß er — Stöcker — darüber wohl sein Amt verlieren könne. Im „Börsen-Courier" sei eine Notiz erschienen, daß der Kaiser sich mißbilligend über die Angelegenheit zu Herrn v. Bleichröder selbst ausgesprochen habe. Er habe deshalb an Seine Majestät, indem er die Notiz beilegte, den nachfolgenden Brief geschrieben.

Es folgt sodann der Abdruck des Briefes, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Durch die Zeitungen geht gegenwärtig die beiliegende Notiz. Das unverkennbare Bestreben dieser indiscreten Publication geht dahin, Eure Majestät als Gegner der gegen die Anmaßungen des Judenthums gerichteten deutschen Bewegung darzustellen. Dem

gegenüber erscheint es mir als Pflicht, den Thatbestand dieses Kampfes, an dem auch ich persönlich betheiligt bin, gegen Mißdeutung zu sichern. Ich würde auf das schmerzlichste betroffen sein, wenn Eure Majestät diese gegen unerhörte jüdische Angriffe endlich erfolgte Reaction mißbilligten.

Ew. Majestät haben das hochherzige Wort gesprochen: Dem Volke muß die Religion erhalten werden. Aber die Berliner schlechte Presse, in ihren schlimmsten Erzeugnissen von Juden in Besitz genommen und redigirt, macht da, wo sie wirkt, jede ernste Einkehr des Volksgeistes unmöglich. Zwei dieser Judenblätter sind wegen schmachvoller Artikel aus dem Lesezimmer des Reichstages und Landtages ausgestoßen. . . . .

Mit dieser Presse verbündet, beschimpfen Berliner Juden in hohen communalen Aemtern die kirchlichen Bestrebungen zur Hebung des religiösen Geistes. Natürlich mußte ich auch das übrige gefährliche Treiben der Juden in den Kreis der Bekämpfung ziehen. Die vorige Landtagssession hat bei der Besprechung des oberschlesischen Nothstandes die Thatsache constatirt, daß jüdischer Wucher ganze Kreise unseres Vaterlandes mit einem unzerreißbaren Netze überzieht . . . .

Der Jude Lassalle ist der Begründer der Socialdemokratie, wie denn die Juden in der socialistischen und nihilistischen Umsturzbewegung überhaupt eine große Rolle spielen. Zugleich kommt aus diesen Kreisen eine Aufhetzung gegen das Christenthum und die Geistlichkeit. Man hat dem Volke vorgespiegelt, Kirchen und Pastoren hätten für das Wohl der arbeitenden Classen nichts gethan. Bei der Widerlegung dieser Unwahrheit habe ich einmal in der harmlosesten Weise den Namen des Herrn v. Bleichröder genannt.

Im Uebrigen habe ich in allen meinen Reden gegen das Judenthum offen erklärt, daß ich nicht die Juden angreife, sondern nur dieses frivole, gottlose, wucherische, betrügerische Judenthum, das in der That das Unglück unseres Volkes ist. Für Berlin steht es in den Augen der Vaterlandsfreunde so, daß der jüdische und der christliche Geist um die Herrschaft kämpfen; sie oder wir — das ist die Losung. Und Herr v. Bleichröder ist allerdings eine Stütze des jüdischen Uebergewichts. Alljährlich in der Passionszeit erlaubt er es sich, einen Ball zu geben, und leider gehen fast die gesammten Hof- und Staatschargen zu diesem Feste. Auf unser Volk aber macht ein solcher Vorgang den schmerzlichsten Eindruck, einen ähnlichen, wie die Aufführung der „Gräfin Lea" im königlichen Hoftheater, eines Stückes, das in Wien abgelehnt wurde, weil in demselben der christlich-germanische Adel von einer jüdischen Emporkömmlingin mit Füßen getreten wird.

Es ist wahr, auch diese Dinge habe ich öffentlich zur Sprache gebracht, weil ich es für meine Pflicht hielt, dem Verderben nach meinen schwachen Kräften zu steuern. Sollten Eure Majestät diesen nothwendigen Geisterkampf, den ich nach dem Urtheil aller conservativen Stimmen bisher mit der größten Mäßigung geführt habe, wirklich mißbilligen, so würde ich an der Rettung meines geliebten Volkes freilich noch immer nicht verzweifeln, aber ich würde mit dem tiefsten Schmerze erfahren, daß ich Kirche und Christenthum, Kaiser und Reich gegen ihre Feinde nicht offen vertheidigen darf.

Ich wage zu hoffen, daß Eure Majestät, wenn es mir vergönnt wäre, meine An-

schauungen am landesväterlichen Herzen Eurer Majestät darzulegen, meinen Kampf billigen und allerhöchst Ihren Segen dazu nicht versagen würden."

Eine Antwort von dem Kaiser hat Herr Stöcker offenbar nicht erhalten. Dagegen berichtet er: „Der Brief that insofern seine Wirkung, als die Aergerniß erregenden Bälle in der Passionszeit nicht wieder stattfanden, und „Gräfin Lea" (von Paul Lindau) von der Bühne des Schauspielhauses verschwand; beides Beweise, daß Kaiser Wilhelm I. die Berechtigung meiner Beschwerde anerkannt und das freie Wort eines Hofpredigers nicht ungnädig aufgenommen hatte."

Auch in dieser Angabe, sagen die „Hamb. Nachr.", scheint Herr Stöcker der Wahrheit nicht ganz gerecht geworden zu sein, wenigstens geht der „National-Ztg." in Bezug auf das Unterbleiben der Aufführung des Lindau'schen Stückes „Gräfin Lea" im Königlichen Schauspielhause, das Herr Stöcker veranlaßt haben will, von einem Mitarbeiter — nicht von Herrn Paul Lindau — folgende Mittheilung zu:

„Während der Hoffestlichkeiten von Anfang 1881 gab der damalige Kronprinz ein Fest im Schlosse, zu dem Paul Lindau eine Einladung erhalten hatte. Beim Rundgang redete der Kaiser Lindau an. Er sagte ihm einige freundliche Worte über seine Stücke im Allgemeinen und insbesondere über „Gräfin Lea". Dabei stellte der Kaiser auch die Frage: „Weshalb haben Sie eigentlich Ihre Heldin zu einer Jüdin gemacht?" Lindau erwiderte, daß er die Absicht gehabt habe, den Gegensatz zwischen den Ehegatten in dieser Mesalliance so schroff wie möglich zu machen und daher den Träger eines stolzen Namens, den Abkömmling eines der vornehmsten Geschlechter, mit der Tochter eines jüdischen Wucherers verbunden habe. Der Kaiser nickte und sagte etwa: „Wäre der Gegensatz zwischen einem Altadligen und einem bürgerlichen Mädchen bescheidenster Herkunft Ihnen nicht ausreichend gewesen? Aber Sie müssen das am besten wissen." Er sagte noch einige freundliche Worte und wandte sich dann zu einem Andern. Herr von Hülsen, der unmittelbar hinter Lindau stand, hatte die Unterredung gehört. Nachdem der Kaiser sich entfernt hatte, sagte er zu Lindau: „Gräfin Lea werden wir nicht wieder geben können." Lindau verstand das nicht und fragte Herrn von Hülsen, mit dem er auf bestem Fuße stand, wie er das meine. Darauf erwiderte Herr von Hülsen: „Stärker spricht Se. Majestät sein Mißfallen niemals aus." In der That wurde „Gräfin Lea" alsbald abgesetzt und ist im Schauspielhause nicht wieder gegeben worden.

So weit die Mittheilung, die wir für authentisch zu halten allen Grund haben. Ob Herr von Hülsen, der ein verdienter Theaterleiter, aber noch mehr Hofmann als Theaterleiter war, der Aeußerung des Kaisers — die übrigens, ästhetisch betrachtet, unseres Erachtens sehr treffend war — nicht eine Tragweite beigelegt hat, welche sie nach der Absicht des Kaisers nicht haben sollte, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls scheint Herr von Hülsen, der zu „Verhandlungen" über die Aufführungen des Schauspielhauses doch wohl „der Nächste" war, von solchen zu dem angegebenen Zeitpunkt noch nichts gewußt zu haben."

Die „Berl. Neuesten Nachr." sagen zu dem Briefe Stöcker's an den Kaiser:

„Es war im höchsten Grade unpassend, in solcher Weise über Herrn v. Bleichröder an den Kaiser zu schreiben. Herr Stöcker war jedenfalls nicht im Unklaren darüber, daß das von ihm getadelte Erscheinen der Hofgesellschaften auf Festlichkeiten im Bleichröder'schen Hause auf dem ausdrücklichen Wunsche des verewigten Monarchen beruhte, der für alle diese Dinge doch mindestens ebensoviel Einsicht, Tact und Verständnis besaß, wie der Hofprediger. Daß Fürst Bismarck es ablehnte, Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Bildung eines protestantischen Centrums neben dem katholischen hinausliefen, ist ihm in jenen Kreisen niemals vergeben worden."

So weit die „Hamb. Nachr." diesmal.

* * *

Am 15. October ertheilen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) der „Weser-Ztg." folgende Belehrung:

Die „Weser-Ztg." wundert sich über die Verwendung großer Summen aus dem Welfenfonds für die Solvenz des Verwandten eines Ministers. Das Bremer Blatt sollte sich doch selbst sagen, wie wenig wahrscheinlich es ist, daß Fürst Bismarck den alten Kaiser bewogen haben würde, mit so großen Summen einzutreten, wenn es sich nur um einen Stralsunder Bankdirector gehandelt hätte. Auf die Politik des Reiches würde es doch nicht von Einfluß gewesen sein, ob ein einzelner Bankdirector sich unlautere Sachen zu Schulden kommen ließe.

* * *

An derselben Stelle wird über den Berliner Aufenthalt des Fürsten Lobanow auf der Durchreise nach Paris bemerkt:

Die „Nordd. Allg. Ztg." berichtet über den Besuch des russischen Ministers des Aeußeren, Fürsten Lobanow, in Berlin:

Fürst Lobanow fuhr gestern Nachmittag mit dem russischen Botschafter Grafen v. d. Osten-Sacken bei dem Herrn Reichskanzler vor, traf aber Seine Durchlaucht nicht zu Haus. Später erschien Fürst Lobanow im Auswärtigen Amt, wo er mit dem Staatssecretair Frhrn. von Marschall eine längere Unterredung hatte. Der Herr Reichskanzler machte dem Fürsten Lobanow seinen Gegenbesuch in der russischen Botschaft.

Dieser Verkehr des leitenden russischen Staatsmannes mit seinem deutschen Collegen wird in allen politischen Kreisen, die Verständniß für die Wichtigkeit der Pflege guter Beziehungen zu Rußland und seinen leitenden Politikern besitzen, mit Befriedigung wahrgenommen werden. Es scheint danach, daß die Beziehungen zwischen den Cabinetten von Berlin und St. Petersburg sich günstiger und freundlicher gestaltet haben, als man dies einige Zeit befürchtete.

* * *

Anschließend an den Artikel vom 28. September (vergl. oben S. 314 ff.) schreiben die „Hamb. Nachr." am 16. October (M.-A.):

In Sachen Hammerstein. Wir haben es neulich schon als einen Beweis leidenschaftlicher Gehässigkeit gegen den Fürsten Bismarck bezeichnet, die sich überall bethätigt, daß, nachdem Herr von Hammerstein niedergebrochen ist, man versucht, ihn dem Fürsten Bismarck an die Rockschöße zu hängen, während früher, als Herr von Hammerstein noch aufrecht stand, Niemand daran gedacht hat, von persönlichen Beziehungen zwischen ihm und dem ersten Reichskanzler zu sprechen. Trotzdem unternimmt ein Berliner Correspondent der neuerdings wieder stärker in officiöses Fahrwasser einlenkenden „Allgemeinen Ztg." in leicht erkennbarer Absicht, nochmals nachzuweisen, daß Herr von Hammerstein ein ergebener Anhänger des Fürsten Bismarck gewesen sei, und daß er ihm seine Anstellung in der „Kreuz-Zeitung" zu verdanken habe.

Wir wiederholen, daß es eine Erfindung unwissender Leute ist, wenn behauptet wird, Fürst Bismarck habe Herrn von Hammerstein Unterkunft bei der „Kreuz-Zeitung" verschafft. Jedermann, der die Preßentwickelung verfolgt hat, weiß, daß zwischen der „Kreuz-Zeitung" und dem Fürsten Bismarck in der Zeit, die dem Eintritte des Herrn von Hammerstein in die Redaction des Blattes vorherging, keine Beziehungen vorhanden waren, sondern, daß die gegenseitige Erkaltung, welche die Folge der Declaranten-Vertretung der „Kreuz-Zeitung" war, ungemindert fortbestand.

Daß Fürst Bismarck in dem Momente, wo ein neuer Redacteur an die Spitze dieses in der conservativen Partei damals sehr angesehenen Blattes trat, mit diesem Fühlung nahm, um zu sehen, wie er gestimmt war, und ob sich ein modus vivendi herstellen ließ, lag doch nur in der Pflicht und Schuldigkeit eines gewissenhaften Ministers. Ein „verkrachter Junker" war Herr von Hammerstein damals — 1881 — unseres Wissens noch nicht, und selbst wenn er es gewesen wäre, hätte dies ohne Hinzutritt anderer Umstände seiner politischen Stellung als Redacteur noch keinen Abbruch gethan; seine Finanz hätte ja auch sanirt werden können; aber wir glauben, daß seine pecuniairen Schwierigkeiten damals überhaupt noch nicht zum Durchbruch gekommen waren. Wie dem auch gewesen sei: wenn behauptet wird, Herr von Hammerstein habe die Unterkunft bei der „Kreuz-Zeitung" dem Fürsten Bismarck zu danken, so ist das, wie gesagt, eine ganz haltlose Erfindung.

Auf eine Phase, in welcher Herr von Hammerstein den Fürsten Bismarck unterstützt habe, können wir uns augenblicklich, ohne genauere Durchsicht der Kreuz-Zeitungs-Jahrgänge, nicht besinnen; wir haben heute jedenfalls nicht den Eindruck, daß dies der Fall gewesen sei, sondern

haben in Herrn von Hammerstein immer eher einen politischen Gegner und persönlichen Feind des ersten Reichskanzlers gesehen. Um dieses Verhältniß herzustellen, würde kaum erforderlich gewesen sein, daß die Herren von Hammerstein und Stöcker gemeinschaftlich Versuche machten, ein evangelisches Centrum der Staatsregierung gegenüber zu gründen.

Die „Berl. Börsen-Zeitung“ weist den Versuch, eine Anwesenheit des Freiherrn von Hammerstein in Varzin ebenfalls gegen den Fürsten Bismarck auszunützen, zurück und führt aus, weßhalb der Besuch in keiner Weise die behauptete Intimität des Herrn von Hammerstein mit dem Fürsten Bismarck darthue. Wir theilen den Artikel an anderer Stelle mit. Das Berliner Blatt fragt dabei, warum ein Staatsmann nicht einen begabten Publicisten empfangen solle; Fürst Bismarck habe sich so vieler Gemeinheiten zu erwehren gehabt, daß es mit der olympischen Abgeschlossenheit nicht immer gegangen sei. Von der Begabung des Herrn von Hammerstein hatte der Reichskanzler damals noch keinen Eindruck, aber Thatsache war, daß derselbe an der Spitze eines angesehenen und namentlich bei der conservativen Partei einflußreichen Blattes stand, und dies war Grund genug, um ihn zu sehen, wenn er sich meldete.

Nach einer Mittheilung im „Vorwärts“ hat Herr von Hammerstein in einer Wahlversammlung in Stolp am 5. November 1888 erklärt: „Als meine Wähler mich 1881 in den Reichstag schickten, da berief mich der Reichskanzler telegraphisch nach Varzin.“ Fürst Bismarck hat damals — 1881 — wohl kaum gewußt, daß dieser Freiherr von Hammerstein überhaupt existire, resp. daß er in Pommern anwesend sei, und daß er Redacteur der „Krz.-Ztg.“ werden würde. Herr von Hammerstein ist in Varzin erschienen, nachdem er sich angemeldet und um die Annahme seines Besuchs gebeten hatte. Unter solchen Umständen einem neuen „Kreuzzeitungs“-Redacteur zu sagen: „Ich will Sie nicht sehen!“ das hätte ein Ergebniß der alten Declaranten-Verstimmung sein können, aber es wäre nicht ministeriell gewesen.

* * *

Eine geschichtliche Feststellung bringen die „Hamb. Nachr.“ am 17. October (M.-A.) gegenüber dem Pariser „Figaro“:

Der Pariser „Figaro“ wärmt in einer Veröffentlichung des Duc de Broglie auf Grund angeblicher Memoiren des früheren französischen Botschafters in Berlin, Marquis de Gontaut-Biron, die alte Geschichte wieder auf, daß der damalige Gesandte von Radowitz im Jahre 1875 dem Botschafter gegenüber die Absicht der deutschen Regierung kundgegeben habe, Frankreich mit Krieg zu überziehen. Es wird zur Widerlegung des Figaro-Artikels genügen, wenn wir in Nachstehendem

einen Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." vom 3. Juni 1887 wieder zum Abdruck bringen:

Berlin, 3. Juni 1887.

Im Anschluß an die von der „Nordd. Allg. Ztg." reproducirte Kundgebung der Hohen Pforte, welche die Leflo'schen Mittheilungen über die Mission des Herrn von Radowitz in St. Petersburg im Jahre 1875 als „durchaus erlogen" bezeichnet, und als ein Beitrag zur Geschichte des Ursprungs des damaligen Kriegslärms, wird uns von unterrichteter Seite geschrieben:

„Die Fabel, daß Herr von Radowitz im Februar 1875 nach St. Petersburg gekommen sei, um wegen des Verhaltens Rußlands im Falle eines Krieges mit Frankreich zu sondiren, ist vom Fürsten Gortschakow erfunden worden, der in der Wahl des Herrn von Radowitz zum Vertreter des erkrankten deutschen Botschafters in St. Petersburg einen mehr persönlich als politisch gegen ihn gerichteten Schachzug erblickte. Fürst Gortschakow, der damals, nach seiner Ansicht, noch auf der Höhe seines politischen Könnens stand, hatte sich durch diplomatische Formlosigkeit eine Lection zugezogen, welche in der Sendung des Herrn von Radowitz ihren Ausdruck fand. Zunächst um diese Thatsache vor dem Kaiser Alexander und den fremden Diplomaten zu verdecken, wurde der Radowitz'schen Mission das erdichtete Motiv der „Sondirung über Frankreich" untergelegt. Mit dieser Fiction war gleichzeitig der Zweck verbunden, dem Fürsten Gortschakow die Anerkennung in der Pariser Presse zu verschaffen, welche stets sein Bedürfniß war. In dieser Richtung wurde, unter Mitwirkung des derzeitigen französischen Botschafters in Berlin, Vicomte Gontaut-Biron, der Plan in Scene gesetzt, die französische Presse und alle Gegner Deutschlands glauben zu machen, daß Deutschland Frankreich „überfallen" wollte und daran durch den Fürsten Gortschakow verhindert werden müßte.

„In dem im Jahre 1880 erschienenen Buche von Ernest Daudet „Souvenirs de la Présidence du Maréchal de Mac Mahon" befindet sich ein ganzes Capitel hierüber, wie es scheint, auf Grund von directen Mittheilungen des Duc Decazes, der damals die „Rettungspolitik" für den Fürsten Gortschakow mit besorgte. Es geht daraus, nicht weniger wie aus der jetzigen Veröffentlichung des Generals Leflo hervor, wie in St. Petersburg die Fabel der deutschen Bedrohung von Frankreich eingefädelt und dann in Berlin durch den französischen Botschafter weiter ausgesponnen worden ist. Herr von Radowitz wird daraus zum ersten Mal ersehen haben, was er eigentlich 1875 zu Gontaut-Biron gesagt haben soll und was in dem jetzt veröffentlichten Schreiben von Decazes an Leflo als „la doctrine étrange développée par Mr. de Radowitz" figurirt.

„Diese „doctrine étrange" ist ein Herrn von Radowitz in den Mund gelegtes Product französischer Einbildungskraft. Auch wenn dies nicht der Fall wäre, wenn wirklich in politischen, militairischen oder publicistischen Kreisen in Deutschland damals kriegerische Gelüste vorhanden gewesen wären, so würde das immer

an der Thatsache nichts ändern, daß an der maßgebenden Stelle (d. h. bei dem Kaiser und bei den amtlichen Rathgebern Sr. Majestät, weder 1875 noch zu irgend einer Zeit von 1871 bis heute) niemals und in keinem Augenblick die Absicht bestanden hat, Frankreich anzugreifen."

* * *

Ein interessantes politisches Stimmungsbild aus Bremen bringen die „Hamb. Nachr." am 17. October (A.-A.):

Die Bremer „Weser-Ztg." nimmt unter denjenigen deutschen Blättern, die es für ihre Aufgabe halten, den Fürsten Bismarck bei jeder Gelegenheit mit gehässiger Feindschaft anzugreifen und zu verdächtigen, einen der ersten Plätze ein. Wie es scheint, beginnt diese Haltung des fortschrittlich-officiösen Blattes in den national denkenden und empfindenden Kreisen der bremischen Bevölkerung Unmuth und Aergerniß zu erregen. Wenigstens legt ein dem Bremer „Courier" aus dem Publicum eingesandter Artikel „Protest ein gegen die fortgesetzte Herabsetzung und Verunglimpfung unseres Ehrenbürgers, des Fürsten Bismarck, von Seiten eines Theiles unserer Presse". Dann heißt es weiter:

„Man braucht mit dem Altreichskanzler noch lange nicht ‚durch Dick und Dünn zu gehen', um zu verlangen, daß ihm und seinen Angehörigen mindestens dieselbe schuldige Achtung gewahrt werde wie jedem anständigen Privatmann, zumal, wenn dieser achtzig Jahre alt ist und nebenbei Einiges für sein Land geleistet hat. Schon bald nach den Festartikeln vom 1. April begegnete man in der ‚Weser-Zeitung' wieder den boshaften Glossen von bekanntem Ton, mit dem die Aeußerungen der ‚Hamburger Nachrichten', soweit sie als von Friedrichsruh ausgehend hingestellt werden konnten, begleitet wurden. Die Ansprache an den Ausschuß des Bundes der Landwirthe gab Gelegenheit, dem großen Staatsmann ein strenges Capitel über öffentliche Moral zu lesen. Nebenbei bemerkt, vergaßen die Herren, daß sie früher fast gleichbedeutende Aeußerungen, von Bremern zum Schutze bedrohter bremischer Interessen gethan, als sehr patriotisch belobt hatten, und nicht ganz mit Unrecht. Aber bei Bismarck mußte ein persönliches, gehässiges Motiv gefunden werden: der Mißmuth über eine mißglückte Stellenjägerei für seinen Sohn! ‚Mit der Situation vertraute Leute nehmen an' — so war diese Bosheit des betr. Berliner Mitarbeiters eingeleitet, und wenn die Redaction auf eine allzu gelinde Abfertigung der ‚Hamb. Nachr.' versicherte, daß der Artikel nicht officiösen Ursprungs gewesen sei, so war das eine Ehrenerklärung für das bekannte Auskunftsbureau in der Wilhelmstraße, nicht aber für die ‚Weser-Zeitung'. Die Langmuth der Leser, leider wohl bei Manchem eine gewisse Abgestumpftheit gegen die gewohnten ätzenden Tropfen, hat die Redaction zu weiteren Angriffen ermuthigt. Heute (14. October, Mittagsausgabe) bringt

sie es fertig, den Fürsten Bismarck der Mitwissenschaft und Vertuschung eines Verbrechens zu zeihen, wenn nicht des schlimmeren Vergehens, einem Unschuldigen ein solches Verbrechen anzudichten. Daß die ‚Weser-Zeitung' in der peinlichen Angelegenheit des Ministers von Boetticher von vorn herein für den Feind Bismarck's Partei nahm, war zu erwarten, und nach der Ehrenerklärung des preußischen Staatsministeriums zu Gunsten dieses Ministers nur zu billigen. Die bodenlos gehässige, nicht zu wiederholende Bemerkung aber, die sie daran knüpft, daß der einzig in dieser Angelegenheit völlig unterrichtete Fürst zu dieser Erklärung anscheinend seinen Vorbehalt macht (Sonntag Morgen), muß jedem Deutschen das Blut ins Gesicht treiben.

„Es ist den Herren (die in der ‚Weser-Ztg.' schreiben) schwerlich klar, wie sehr sie das vaterländische Empfinden des Volkes durch die fortgesetzte Verkleinerung seines Nationalhelden schädigen, und wie wirksam sie dem vaterlandslosen Treiben der Socialdemokraten in die Hände arbeiten. Aber auch an Bremen haftet es als ein Makel, daß die Mehrheit der öffentlichen Stimmen dem Erbauer des Deutschen Reiches in solcher Weise seine Wohlthaten lohnt."

Wir begrüßen diesen Protest als ein Zeichen von Wiedererwachen des nationalen Bewußtseins in Bremen, das, wenigstens soweit aus der „Weser-Ztg." zu ersehen war, in Bremen eingeschlafen zu sein schien.

* * *

Am 18. October gaben die „Hamb. Nachr." (M.-A.) den Bericht eines Berliner Blattes über ein Interview des Herrn von Boetticher wieder, und knüpfen daran kritische Bemerkungen:

Herr von Boetticher. Der „Berliner Local-Anzeiger" veröffentlicht den nachstehenden Bericht über eine Unterredung mit dem Staatsminister von Boetticher aus dem vorigen Jahre:

Die schwerste Zeit meines Lebens war die, als Fürst Bismarck aus dem Amte schied. Man hat mir vorgeworfen, daß ich an dieser Verabschiedung die Schuld trüge. Sehr zu Unrecht, schon weil ein ganz Anderer als ich dazu gehört, einen Bismarck zu stürzen. Zu meinem tiefsten Bedauern hat Fürst Bismarck selbst, ich weiß nicht wodurch veranlaßt, die Meinung gefaßt und trotz aller meiner Bemühungen daran festgehalten, daß ich an der Herbeiführung des Abschlusses seiner amtlichen Thätigkeit betheiligt sei. Das konnte um so weniger der Fall sein, als ich in der kritischen Zeit vier Wochen lang durch einen Fall von Scharlach in meiner Familie an das Haus gebunden war und dem Kaiser nicht einmal für die Verleihung des Schwarzen Adlerordens danken konnte. Als ich die Kette zum Schwarzen Adlerorden erhalten sollte, schickte der Kaiser erst seinen Leibarzt zu mir, um festzustellen, ob auch wirklich schon Alles in Ordnung sei. Ich habe im Gegentheil das Mögliche gethan, was irgend in meinen Kräften lag, um zu verhüten, was dann freilich unausbleiblich wurde. In häufiger Wiederholung

bin ich schon vor Jahren bei dem Fürsten Bismarck vorstellig geworden, er solle doch dem Andrängen des Reichstages nach Erweiterung des Arbeiterschutzes nachgeben, sei es durch ein umfassendes Verbot der Frauen-, Kinder- und Nachtarbeit, sei es durch Ausdehnung der Sonntagsruhe. Der Fürst war dafür nicht zu haben. Er blieb unerschütterlich bei seiner Meinung, so viel ich ihm auch zuredete, ganz im Gegensatz zu der wohlwollenden Nachgiebigkeit, die er mir gegenüber früher in zahlreichen Fällen an den Tag gelegt. Ich kam ganz ausgezeichnet mit ihm aus, besser als einer meiner Vorgänger, Delbrück und Hofmann, und als die Staatssecretaire im Auswärtigen Amt, mit denen er sich auch nicht immer recht vertrug. Mehr als ein Mal ist es vorgekommen, daß ich im Reichstage unvorbereitet zu einer eben aufgeworfenen Frage Stellung nehmen mußte, ohne daß ich mich vorher über die Intentionen des Fürsten Bismarck vergewissern konnte. Ich sprach dann so, wie ich vermuthete, daß es den Ansichten des Fürsten gemäß sei. Fragte ich ihn nach beendeter Reichstagssitzung, wie er über die Sache denke, so zeigte es sich mehrfach, daß ich eine ganz andere Auffassung vertreten hatte; immer aber erklärte der Fürst ohne Zögern, daß es selbstverständlich bei dem, was ich gesagt, sein Bewenden behalten müsse.

Mit dem Kaiser stand Fürst Bismarck anfänglich ganz ausgezeichnet. Der Kaiser blickte förmlich zu ihm auf und erkannte seine Autorität willig an, wie ich überhaupt allezeit gefunden habe, daß der Kaiser sachlichen Gründen, die angemessen vorgetragen werden — und auf einen solchen angemessenen Vortrag hat er natürlich als Kaiser Anspruch — in ausgezeichneter Weise zugänglich ist. Der Kaiser hat ein erstaunlich schnelles und durchdringendes Auffassungsvermögen. Wenn man ihm Vortrag hält, so genügen einige Worte, um ihn sofort erkennen zu lassen, worauf es eigentlich ankommt. Das ist ein großer Vorzug. Fürst Bismarck verstand es nun nicht, die Dinge so vorzutragen, daß die Vorstellungen bei dem Kaiser Eingang fanden. Der Fürst, der eine große Autorität bei dem Kaiser genoß, sprach zum Kaiser autoritativ, und so mußte es denn kommen, daß dem Kaiser dies nicht gerade gefiel, und die Meinung in ihm in den Vordergrund trat: er sei doch nun einmal von Gott an die Stelle gestellt, an der er stehe, um nach seinen Gaben und Kräften und nach seiner Auffassung die Regierung zu führen. So kam es, wie es kommen mußte: der Kaiser und Fürst Bismarck verstanden sich schließlich nicht mehr. Vergeblich stellte ich dem Fürsten Bismarck vor, daß es nothwendig sei, dem lebhaften Wunsche des Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes, der übrigens meinen Ansichten völlig entsprach, nachzugeben. Es war kurz vor der Katastrophe, daß mir von einem Collegen berichtet wurde, der Kaiser und Fürst Bismarck hätten eine Aussprache mit einander gehabt, die zu einem vollen Verständniß und zu einem lückenlosen Einvernehmen geführt hätte. Ich war hocherfreut darüber, und da der Kaiser sich zum Frühstück bei mir angesagt hatte, ging ich zum Fürsten Bismarck, um ihn zu fragen, ob er mich gleichfalls mit seiner Anwesenheit beehren wolle. Ich wollte dem

Fürsten Bismarck meine herzliche Befriedigung über das aussprechen, was ich gehört hatte. Ich fand aber den Fürsten in bösester Laune, und auf meine ersten Worte hin fragte er, ob ich denn wirklich glaube, daß er zu den in Rede stehenden Maßregeln seine Zustimmung geben würde! Er werde in den Staatsrath kommen — diese Theilnahme des Fürsten an der Staatsraths-Sitzung hatte man mir als die Besiegelung des Einvernehmens hingestellt —, aber nicht um zuzustimmen, sondern um seine entgegenstehende Meinung zu vertreten. Als ich nach Hause kam, war der Kaiser, der sich verfrüht hatte, schon da. Der Kaiser war in fröhlichster Stimmung. Auch er erzählte, daß er mit dem Fürsten Bismarck zu voller Verständigung gekommen sei. Ich konnte es nicht übers Herz bringen, ihm geradezu zu sagen, daß er sich in einem Irrthum bezüglich des Fürsten Bismarck befinde. Ich erwähnte bloß, daß der Fürst in den Staatsrath kommen wolle. Der Kaiser vernahm das mit dem größten Erstaunen, denn der Fürst, meinte er, hätte ihm gesagt, er werde dem Staatsrath fern bleiben. So war das Mißverständniß unheilbar geworden, man verstand sich hüben und drüben nicht mehr. Was Fürst Bismarck zur Erklärung seines Beharrens in der oppositionellen Stellung angeführt hatte, das war als eine Zustimmung aufgefaßt worden.

Als die Entscheidung getroffen war, begab ich mich zum Fürsten Bismarck, um mich von ihm zu verabschieden. Es war wohl die schwerste Stunde meines Lebens. Thränenden Auges küßte ich ihm die Hand, dankte ihm für alles Wohlwollen, das er mir bewiesen, und bat ihn, zu glauben — es waren mir schon allerhand Gerüchte zu Ohren gekommen —, daß ich nie etwas gethan, was mit der Treue gegen ihn nicht vereinbar wäre. Er antwortete mir, er setze auch gar nicht voraus, daß ich einen Treubruch gegen ihn begangen hätte oder eines Treubruchs fähig wäre; aber er müsse doch sagen, daß ich ihn in dem Kampf gegen den Kaiser nicht so unterstützt hätte, wie ich wohl gekonnt. Hierauf konnte ich nichts erwidern, denn sonst hätte ich erklären müssen, daß es für mich, einen Beamten, einen Kampf gegen den Kaiser nicht geben könne. Abgesehen hiervon war es auch nicht angängig, daß ich eine Meinung, die ich Jahre lang gegen den Fürsten Bismarck vertreten, aufgab, weil der Kaiser sie theilte.

Wir vermuthen, daß die Erwähnung des Scharlachfiebers im Hause des Herrn von Boetticher, und der dadurch verursachten Quarantaine in Verbindung mit der Kette des Schwarzen Adlerordens der Zeit nach eine Verschiebung enthält. Wir erinnern uns nicht, wann Herr von Boetticher wegen Scharlach consignirt war, wohl aber, daß die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an ihn in den letzten Wochen der Dienstzeit des Kanzlers, die der Kette dazu also wahrscheinlich erst bei dem Capitel des nächsten Jahres, folglich lange nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck stattgefunden hat. Wenn also die Scharlach-Quarantaine gleichzeitig mit der Verleihung der Kette des Schwarzen Adlerordens statt-

fand, so kann sie nicht auf die Verhandlungen vor der Entlassung des Fürsten Bismarck eingewirkt haben.

Bereits neulich haben wir erwähnt, daß der Minister von Boetticher seinem damaligen Ressort nach nicht berechtigt war, mit seinem Vorgesetzten, dem Reichskanzler, in einen Wettbewerb im Reichstage oder beim Kaiser einzutreten.

Daß Fürst Bismarck unerschüttert bei seiner Meinung über Sonntagsruhe und Eingriffe in das Familienleben der Arbeiter blieb, ist zweifellos; aber auch die Thatsache ist es, daß sein Amanuensis, der Minister von Boetticher, die kanzlerischen Auffassungen im Conseil, im Cabinet und im Reichstage zu unterstützen aufhörte, nachdem die Stellung des Fürsten als Rathgeber beim Kaiser unsicher geworden war.

Daß Fürst Bismarck es nicht verstand, in Concurrenz mit Herrn von Boetticher im Cabinet die Dinge so vorzutragen, daß „die Vorstellungen beim Kaiser Eingang fanden", bedauern wir, umsomehr, als der Fürst im Verkehr mit hohen Herrschaften sonst in seiner Dienstzeit nicht unglücklich gewesen ist.

Daß Herr von Boetticher dem Fürsten Bismarck vorgestellt hat, es sei nothwendig, den Wünschen des Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes nachzugeben, ist richtig; Herr von Boetticher hat sogar im Widerspruche zu seiner Ressortaufgabe, dem Reichskanzler beizustehen, dessen Ansichten im Conseil und im Staatsministerium überzeugungstreu bekämpft. Wir treten nur der Ansicht entgegen, daß er zu diesem Kampfe gegen seinen Vorgesetzten nach der damaligen staatsrechtlichen Lage berechtigt gewesen sei. Die beiden Amtsvorgänger des Herrn von Boetticher, die Herren Delbrück und von Hofmann, wurden zu Mitgliedern des preußischen Staatsministeriums ausschließlich zu dem Zwecke ernannt, um in letzterem die Ansichten ihres Chefs, des Reichskanzlers, bei dessen Abwesenheit oder anderweitiger Beschäftigung zu vertreten. Beide Herren haben sich diesen Aufgaben auch gewissenhaft unterzogen und im Staatsministerium die Ansichten des Reichskanzlers auch dann vertreten, wenn sie persönlich nicht einverstanden waren. Von einer unmittelbaren Einwirkung der preußischen Staatsminister Delbrück und Hofmann auf die Entschließungen des Königs ist uns niemals etwas bekannt geworden, ebensowenig von einer Erweiterung der staatsrechtlichen Competenz des den Reichskanzler vertretenden Mitgliedes des preußischen Staatsministeriums bei Uebernahme dieser Stellung durch Herrn von Boetticher; der Interviewer überschätzt also die damalige Competenz des Herrn von Boetticher, wenn er ihn als unter dem Drucke eines Conflictes ministerieller Pflichten dem Kaiser gegenüber befindlich darstellt.

Was den Passus des Interviews über den Staatsrath betrifft, dessen

Mitglied und Vicepräsident Fürst Bismarck war, und der nach dem Verfasser ohne sein Zuthun berufen worden zu sein scheint, so erklären wir die factischen Angaben des Interviewers für ungenau, enthalten uns aber der Richtigstellung, weil diese nur durch Hereinziehen der Person des Kaisers bewirkt werden könnte. — Für vollständig richtig halten wir die Herrn von Boetticher zugeschriebene Ansicht, daß es für ihn einen Kampf gegen den Kaiser nicht habe geben können. Wir halten aber auch in der Stellung des Reichskanzlers selbst einen „Kampf“ gegen den Kaiser für einen übel gewählten Ausdruck. Es kann sich in ministerieller Stellung bei uns niemals um einen Kampf gegen den Souverain, sondern nur um die ehrerbietige Vertretung ministerieller Ansichten bis zu dem Augenblicke handeln, wo der Kaiser die Meinungsverschiedenheiten durch Allerhöchsten Befehl entscheidet. Eine solche ministerielle Discussion dem Monarchen gegenüber durchzuführen, war Herr von Boetticher nach seiner amtlichen Competenz nicht berufen; er war nicht berechtigt, seinen persönlichen Ansichten auf einem anderen Wege als durch den ihm vorgesetzten Reichskanzler im Immediatvortrage Ausdruck zu geben. Wenn es seinem Gewissen widersprach, der Natur seiner Berufung gemäß die kanzlerischen Ansichten im Ministerium und im Cabinet zu vertreten, so hätte er an beiden Stellen sich jeder Aeußerung enthalten sollen, wenn er nicht nach dem Beispiel seiner Vorgänger in der gleichen Stellung, der Herren Delbrück und von Hofmann, auf diese verzichten wollte.

* * *

In derselben Nummer finden wir eine Replik gegen den „Hamb. Corresp.“, die um so mehr Beachtung verdient, als der Irrtum des genannten Blattes sehr weit verbreitet ist und von der gesammten freihändlerischen Presse unausgesetzt mit besonderer Vorliebe cultivirt wird. Die „Hamb. Nachr.“ sagen:

Der „Hamburgische Correspondent“ behauptet in einem Artikel antiagrarischer Tendenz, daß alle landwirthschaftlichen Betriebe, die nicht mehr als 5 Hectare Areal umfaßten, an den Getreidepreisen kein Interesse hätten, weil das geerntete Getreide bestenfalls ausreiche, den Bedarf des Besitzers und seiner Familie zu decken. Darin spricht sich wieder die vollständige Unbekanntschaft mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen aus, der wir in der Bureaukratie und in der officiösen Presse leider immer begegnen. Wer im bäuerlichen Betriebe 5 Hectare, d. h. 20 Magdeburger Morgen bebaut, ist in hohem Maaße bei dem Interesse an den Getreidepreisen betheiligt. Einmal müßte er ein schlechter Wirth sein, wenn er auf 20 Morgen nicht mehr Getreide baute, als neben Kartoffeln und Fleisch für seine Familie ausreicht; aber selbst

wenn er auf einer geringeren Fläche nicht mehr als seinen Bedarf bauen könnte, würde er immer einen Theil des Getreides, was er baut, zu verkaufen gezwungen und deshalb am Preise interessirt sein. Denn er kann nicht bloß von der Hand in den Mund leben; er braucht Geld für Kleidung, Hausrath, Holz, Abgaben u. s. w. und kann das nach seinen Verhältnissen schwerlich anders als durch Verkauf eines Theils seines selbstgebauten Getreides, seiner Kartoffeln oder seiner gezüchteten Schweine in seinen Haushalt bringen.

* * *

In der „Zukunft“ ergreift deren Herausgeber Maximilian Harden zu der Erklärung des preußischen Staatsministeriums am 19. Oktober das Wort. Er übt vortreffliche Kritik an der Ehrenerklärung; deshalb gehören die Ausführungen unverkürzt hierher. Nachdem er den vollständigen Wortlaut der Erklärung mitgetheilt hat, führt Harden Folgendes aus:

Ich habe diese Erklärung, obwohl sie inzwischen wohl allgemein bekannt geworden ist, hier nochmals wiedergegeben, weil es mir eine Pflicht scheint, Publicationen, die man beurtheilen oder bekämpfen will, zunächst einmal dem Leser, auf den das Urtheil oder der Kampf wirken soll, möglichst unverkürzt vor Augen zu rücken. Leider scheint diese Pflicht nicht überall Anerkennung zu finden. Das Königliche Staatsministerium — in der Reihe der Unterzeichner fehlt nur der Kriegsminister — hat aus einem Artikel, der eine Länge von neunzig Zeilen hat, sechs Zeilen mitgetheilt, und es ist durch diese bedauerliche Beschränkung gleich im ersten Satze seiner Erklärung zu einer objectiv unrichtigen Angabe geführt worden. Der Artikel, von dem die neun Herren ein Fünfzehntel mittheilen, ist nämlich durchaus kein „Angriff auf den Staatsminister von Boetticher“. Um das zu beweisen, muß ich den wichtigsten Theil dieses Artikels hier wiederholen:

Es ist, wie ein verständiger Artikel der „Hamb. Nachr.“ rechtzeitig eben lehrt, ungerecht, Herrn von Boetticher als einen selbständigen Staatsmann zu beurtheilen und zu verdammen. Er ist von den Weisungen seines Vorgesetzten, des Kanzlers, abhängig und kann deshalb unter Bismarck die Schutzzölle, unter Caprivi die Handelsverträge und unter einem dritten Chef wieder den Agrarschutz vertreten, ohne in seinem Gewissen deshalb belastet zu sein. Der Kampf, der in blindem Eifer jetzt gegen Staatssecretaire geführt wird, ist ein kindisches Beginnen und beweist nur aufs Neue, wie wenig verbreitet noch immer die Kenntniß der Reichsverfassung ist. Die Herren von Boetticher und von Marschall bestimmen nicht den Gang der Politik, sondern haben, nach dem Maß ihrer Geschicklichkeit, zu besorgen, was ihnen aufgetragen wird. Daß Herr von Boetticher die nöthige Geschicklichkeit besitzt, bezweifelt wohl Niemand. . . . Herr von Boetticher würde gewiß nicht so oft genannt und nicht wie ein Palladium des deutschen Vaterlandes gehütet werden, wenn nicht viele Leute noch immer gern glaubten, jede Gunst oder Gnade, die der Staatssecretair des Innern erfährt, müsse dem Manne im Sachsenwald eine tödtliche Wunde schlagen. Dieser spaßhafte

Wahn rechnet mit einer Rachsucht, die an Kleinem und Kleinstem um jeden Preis ihre Wuth kühlen möchte. Man darf dem Fürsten Bismarck glauben, daß ihm das Bleiben oder Gehen des Herrn von Boetticher vollkommen gleichgültig ist, und man darf sicher sein, daß er sehr heiter und ruhig wäre, wenn keine andere Sorge ihn drückte. . . . Und auch der Sang vom Kleber sollte allgemach wieder aus den Blättern verschwinden. Ob Herr von Boetticher bleibt oder geht, ist nur für ihn — zunächst wirthschaftlich — wichtig; ob er gegen den ersten Kanzler intriguirt hat — auch diese Frage mag ruhen, denn die Zeit hat gelehrt, daß der Conflict, der zur Entlassung Bismarck's führte, wie jeder große und echte Tragödienconflict in den Charakteren wurzelte; für uns ist die Boetticher-Frage längst schon nur eine sittliche Frage. Wenn es wahr ist, wie sehr glaubwürdige Zeugen behaupten (das Staatsministerium citirt falsch: „versichern"), daß der Staatssecretair in einer Zeit, wo über den Bankverkehr bedeutsame Entscheidungen zu treffen waren, von Großbankiers Summen entliehen hat, die er nach menschlicher Voraussicht niemals zurückzahlen konnte, dann müßte sein Verbleiben im Amt von Allen bedauert werden, die zwischen Politik und Sittlichkeit nicht eine trennende Schranke errichten möchten. Ist die Behauptung falsch, wie man hoffen darf, aber auch gern authentisch bewiesen sehen möchte, dann mag Herr von Boetticher so klebsam und strebsam sein, wie es ihm gefällt: dann wird man von ihm so selten wie möglich sprechen und geduldig der Stunde harren, da endlich der schaffende Staatsmann erscheint, der, durch die Beimischung von brauchbarem Mehl, auch aus Klebern ein kräftiges Nahrungsmittel bereitet.

Der Artikel geht von der Behauptung der Bismarckhasser aus, Herrn von Boetticher sei durch das von dem großen Manne in Friedrichsruh gebrauchte Wort „Kleber" ein neuer schmählicher Schimpf angethan worden. Er widerlegt diese Behauptung; er entlastet den Staatssecretair von dem oft leise anklingenden Vorwurf politischer Gewissenlosigkeit und erinnert daran, daß die Verantwortlichkeit für eine fehlerhafte Politik nicht bei Staatssecretairen gesucht werden dürfe; er giebt rückhaltlos zu, daß Herr von Boetticher die für sein Amt nöthige Fähigkeit besitzt, und führt dann, eben so offen, die von glaubwürdigen Zeugen behaupteten Thatsachen an, die, wenn sie wahr wären, allerdings die Entfernung des Beschuldigten aus dem Amt wünschenswerth machen müßten.

Ich habe diesen Artikel geschrieben. Wenn ich einen preußischen Minister für einen bestochenen oder bestechlichen Schuft hielte, dann würde ich anders mit ihm verfahren. Hier habe ich ausdrücklich gesagt: ich hoffe, trotz den glaubwürdigen Zeugen, daß die belastenden Behauptungen falsch sind, möchte das aber auch gern authentisch bewiesen sehen — nicht für mich natürlich, denn ich bin ein unbedeutendes Menschenkind, dessen Ansicht nicht in Betracht kommt, sondern im Interesse der sehr weit reichenden Schichten, die aus diesen Behauptungen das Recht zum Mißtrauen gegen die innere Reichsverwaltung herleiten. Diesen Nachsatz wenigstens durften die neun Minister, die ihrem Collegen eine Ehrenerklärung ausstellen, wohl nicht unterdrücken: sie versuchen ja, meinen Wunsch zu erfüllen und jede Möglichkeit fernerer Angriffe auf Herrn von Boetticher abzuschneiden, sie wollen, ganz wie ich, durch einen authentischen Beweis „dem Treiben

ein Ende machen". Ist dieser Versuch gelungen, dann darf ich mich meines Erfolges freuen und vielleicht sogar auf die Dankbarkeit des geehrten Herrn rechnen, dem ich das versprengte Wild zum Schuß gebracht habe. In manchen Zeitungen — ich werde von der Haltung der Presse später zu reden haben — wird nun aber gesagt: das Alles ist Heuchelei; der gemeine Kerl will unserem geliebten Boetticher an den Leib, er will gegen ihn sein Gift ausspritzen, dabei aber schlau und vorsichtig, nach Feiglingsart, sich einem gefährlichen Strafverfahren entziehen; deshalb bringt er seine nichtswürdige Ehrabschneiderei in der Conditionalform vor. Die ausgezeichneten Herren, die das schreiben, kennen mich nicht, sie finden in meinem Leben keinen Zug, der in ihr nettes Bild paßt, aber sie glauben, während sie zornig über Verleumdung zetern, einen Privatmann, der nicht über Staatsanwälte und nicht über die officiöse Presse gebietet, in aller Seelenruhe verleumden zu dürfen. Es entspricht nicht meinem Geschmack und meiner Gewohnheit, durch die Entblößung empfangener Wunden bei den Quiriten um Mitleid zu betteln: vielleicht werfen die Trefflichen einen Blick in das Landgerichtsurtheil über die Monarchenerziehung oder denken, während ihre neuesten Beschimpfungen gesetzt werden, darüber nach, ob es die Art tückischer Feiglinge ist, im Getümmel allein zu stehen, ohne Parteigarde, ohne bei der Presse und den Großkapitalisten Schutz und Hilfe zu suchen — bei den Mächten also, die heute Ruhm und Gewinn verbürgen. Ich kann, in ungetrübter Herzensheiterkeit, ihnen beweisen, daß ich meine Ansicht auch ohne conditionelle Begrenzung immer recht furchtlos ausgesprochen habe, und ich kann zugleich dabei zeigen, daß mir jede Gehässigkeit gegen Herrn von Boetticher völlig fern lag.

In der „Zukunft" vom 22. Juni 1895 habe ich über Herrn von Boetticher gesagt:

Man muß gerecht sein und bedenken, welcher Verlockung dieser Mann seit fünfzehn Jahren ausgesetzt war. Er war der Günstling des Mächtigen, war so ziemlich in jedes Geheimniß eingeweiht und hatte auch im Hause des Fürsten durch seine joviale Corpsburschenlustigkeit ein warmes Plätzchen erobert. Der Kanzler prüfte den brauchbaren Dienern nicht allzu ängstlich Herz und Nieren; die Hauptsache war, daß sie eben brauchbar waren — für alles Uebrige würde der alte Hexenmeister selbst schon sorgen. So kam es, daß Bismarck in der Beurtheilung begabter Menschen häufig irrte und daß er einen seitdem viel genannten Herrn für beinahe unentbehrlich hielt, obgleich er auf der inneren Iris des verschlagenen Helfers Flecken entdeckte; so entstand auch der Glaube, der in dem oft citirten Wort den Ausdruck fand: „Ohne Boetticher und Rottenburg könnte ich das Geschäft nicht mehr besorgen." Bismarck fühlte die Kraft, ungebärdige oder nicht ganz zuverlässige Charaktere zügeln zu können, und er rechnete nicht mit der Möglichkeit eines Tages, der ihm, dem Lebenden, die Macht jemals entreißen könnte. Und nun kam dieser Tag, nun wurde erwogen, wie der unbequem Große wohl zu beseitigen wäre, und der erste, den nun der Glanz der neuen Sonne bestrahlte, war Herr von Boetticher. Das gab einen Pflichtenconflict: sollte der Unbegüterte dem Mann, dem er alles verdankte, ins Privatleben folgen, oder auf der Bahn vorwärts schreiten, die später vielleicht bis zum höchsten Sitz führen konnte? Der Ehrgeiz ist kein unedles

Motiv; Herr von Boetticher blieb. Als es dann bekannt wurde, daß nur ein Gnadenact des alten Kaisers ihn aus der Verschuldung an Großbankiers erlöst hatte, zerrannen die schönen Träume. Den Ausplauderer konnte der Staatssecretair in seiner Nähe finden; aber der Verdacht, der unfreundlich Entlassene müsse im Groll das Geheimniß verrathen haben, war natürlich, und er bewirkte wohl, daß Herr von Boetticher auch dann noch nicht aus dem Amte schied, als über das Haus Bismarck die große Acht verhängt worden war.

Und in der „Zukunft" vom 1. Juni 1895:

Dem Reichstag ist wieder kein Börsengesetz vorgelegt worden. Herrn von Boetticher wurden deshalb unsanfte Vorwürfe gemacht, die er in glatter Rede und in ziersamen officiösen Darstellungen zurückwies. Herr von Boetticher, der neben manchen Collegen jetzt mitunter wie ein Geistesriese wirkt, weiß offenbar nicht, worauf diese Vorwürfe sich gründen. Herr von Boetticher hat, während die Entscheidung über das Reichsbankgesetz schwebte, bei den Leitern großer Bankhäuser Rettung aus einer nicht von ihm verschuldeten Verlegenheit gefunden. Diese Verpflichtung löste erst das vom alten Kaiser aus den Mitteln des Welfenfonds bewilligte Geldgeschenk. Seitdem ist die Ansicht sehr weit verbreitet, daß Herr von Boetticher der Großfinanz besondere Rücksichten schuldet. Diese Ansicht ist ganz gewiß falsch; aber sie muß dem Staatssecretär endlich offen mitgetheilt werden, damit er durch gedoppelte Energie das schlimme Raunen beschwichtigen kann.

Die drei Aeußerungen ergänzen einander; wer zu einem bestimmten Kreise spricht, braucht über das selbe Thema nicht jedesmal ausführlich dasselbe zu wiederholen; er muß sich von der Böswilligkeit jede Umdeutung seiner Ansicht gefallen lassen, aber er darf erwarten, daß durch ihren Rang hervorragende Männer, die sich als Gerichtshof zu constituiren versuchen, die von ihm ausgesprochenen Meinungen im Ganzen betrachten und beurtheilen werden. Diese Erwartung ist schmerzlich getäuscht worden. Das Königliche Staatsministerium hat sich nicht einmal der Mühe unterzogen, die Richtigkeit des ihm vorliegenden Textes zu prüfen, und es ist zu der irrigen Annahme gelangt, der Staatsminister von Boetticher sei in einem gehässigen Artikel einer strafbaren Handlung beschuldigt worden. Und doch sind die drei Artikel, wie ich glaube, recht klar und deutlich: sie suchen die psychologische Erklärung dafür, daß Herr von Boetticher wurde, wie er geworden ist, und daß er im Amt bleiben konnte, als über den Mann, dem er Alles verdankte, die große Acht verhängt worden war. Ich will's nicht leugnen: es gab eine Zeit, wo ich Herrn von Boetticher herzlich haßte, weil ich in ihm den undankbaren Gehilfen sah, der gegen den Meister conspirirt hatte, und den Hauptschuldigen an dem verhängnißvollsten Ereigniß der deutschen Politik seit der Begründung des Reiches, dem Märzentschluß des Jahres 1890, dessen ungeheure Bedeutung kein Freund und kein Feind der bismärckischen Politik verkennen kann. Damals hätte der Sturz dieses Mannes mir wirklich Freude bereitet — die Freude des naiven Theaterbesuchers, der in einem packenden Melodrama an dem Verräther endlich die Strafe vollzogen sieht; aber auch damals ist mir nicht einen Augenblick die Versuchung nahe getreten, dem Gehaßten hinterrücks etwas anzuthun, obwohl es doch kinderleicht gewesen wäre, die

mir längst bekannte Schwiegervatergeschichte da zu veröffentlichen, wo ich nicht mit meinem Namen verantwortlich zeichnete. Diese Zeit ist vorüber, seit ich die ganze, in der Holzpapierwelt freilich nicht sichtbare Schwierigkeit unserer Lage erkannt und eingesehen habe, daß wahrscheinlich alles genau so gekommen wäre, wie es gekommen ist, auch wenn es nie einen Herrn von Boetticher gegeben hätte. Seitdem ist dieser Mann mir eine vollkommen gleichgiltige Persönlichkeit, ein Minister wie andere Minister. Er wäre vielleicht im Stande gewesen, die Entscheidung vom 20. März aufzuhalten, wenn er offen den Kaiser auf die unübersehbaren Folgen aufmerksam gemacht hätte und bereit gewesen wäre, die Consequenzen der eindringlichen Warnung zu tragen. Aber ist's ein Verbrechen, daß er das nicht that? Er hätte dabei seine Existenz auf's Spiel gesetzt; er ist ohne Vermögen und hat eine große Familie; und er konnte sich sagen, daß auch das stärkste Gefühl persönlicher Dankbarkeit nicht ausreicht, um ein Zaudern vor der Wahl zwischen einem jungen Kaiser und einem alten Kanzler zu begründen. Herr von Boetticher gehörte nicht zu denen, die unvorbereitet von Bismarck's Entlassung überrascht wurden; er hatte mit dieser Möglichkeit schon geraume Zeit vorher gerechnet und, ganz natürlich, auch daran gedacht, daß er, als der in den Geschäften Erfahrenste und Routinirteste, mindestens als preußischer Ministerpräsident der Nachfolger des Großen sein könnte. Er hatte das Glück, rasch den Weg in die Gunst des neuen Herrn zu finden; und wenn viele meinen, er habe seinen Einfluß nicht im Interesse der nationalen Wohlfahrt geltend gemacht, so kann er ruhig erwidern: Ich habe gethan, was mir im deutschen Interesse nothwendig erschien; ich habe erkannt, daß zwei Temperamente zusammentrafen, die auf die Dauer nicht gemeinsam wirken konnten; ich habe mich an den Kaiser gehalten, der für uns stets das Bleibende sein muß, und ich habe nun seine Ansichten vertreten, wie ich früher Bismarck's Ansichten vertreten hatte. So sehe ich Herrn von Boetticher: einen fähigen und geschickten Mann, ohne höhere Begabung, aber vortrefflich geeignet, um, nach Bismarck's Wort, Hundertmarkscheine in Kleingeld umzuwechseln; einen Mann, der auf der Oberfläche aller Dinge Bescheid weiß und, wo ihm die tiefer reichende Kenntniß fehlt, mit einem Händedruck, einem jovialen Sprüchlein oder einem Scherzwort sich pfiffig immer aus der Affaire zu ziehen vermag; einen Mann, der seine Aufgabe darin sieht, mit der Macht zu gehen und die Gedanken der Mächtigen für den praktischen Kleinverkehr auszumünzen. Und so erkläre ich mir, daß Herr von Boetticher jetzt mit Begeisterung für eine Politik eintritt, die er bis zum Jahre 1890 nicht minder begeistert bekämpft hat.

Die Thatsache dieser Schwenkung ist unbestreitbar, denn die schönen Reden, in denen Herr von Boetticher die Nothwendigkeit eines hohen Agrarschutzes und eines Socialistengesetzes nachdrücklich betont hat, sind nicht aus der Welt zu schaffen. Es ist wunderbar, daß die Landwirthe, die von der Herabsetzung der Getreidezölle und von der Ablehnung jeden großen Mittels zum Schutz ihres Gewerbes am eigenen Beutel empfindlich betroffen sind, diesen Minister laut oder leise der Principienlosigkeit beschuldigen, und daß sie, weniger gelassen als ich Argloser, nach einem Grunde haschen, der ihnen den schroffen Stellungwechsel erklären könnte. Dieser Grund schien gefunden, als es

bekannt wurde, daß Herrn von Boetticher nur durch die Gefälligkeit, die große Bankiers ihm erwiesen haben sollten, das Verbleiben im Amt ermöglicht worden sei. Wenn heute glaubwürdig versichert würde, große Grundbesitzer hätten einst, als er in ernster Verlegenheit war, Herrn Miquel in seiner Stellung gehalten, würde dann nicht die ganze volksfreundlich maskirte Händlerschaar das Geheul anstimmen: Aha! Deshalb also ist er zum demüthig dienernden Agrarierknecht geworden, wie der herrliche Alexander Meyer uns so oft mitgetheilt hat? Es liegt immer nahe, für einen Meinungswechsel persönliche Gründe zu suchen. Hier, in dem Falle des Herrn von Boetticher, handelt es sich nicht um vage Gerüchte, die leichtfertig verbreitet wurden, sondern um die Behauptungen solcher Personen, die über die Vorgänge orientirt sein konnten und mußten. Ich habe mich sehr genau, an den verschiedensten Stellen, erkundigt und bin schließlich zu dem Glauben gelangt: Herr von Boetticher hat bei den Chefs großer Bankhäuser Rettung aus einer nicht von ihm verschuldeten Verlegenheit gefunden; hoffentlich ist die Behauptung nicht wahr, daß diese Rettung gewährt wurde, als über den Bankverkehr bedeutsame Entscheidungen zu treffen waren; und ganz gewiß ist die Ansicht falsch, daß Herr von Boetticher deshalb der Großfinanz besondere Rücksicht schuldet. Das ist in den drei Juniartikeln klipp und klar und ohne jede Zweideutigkeit ausgesprochen. Ist es falsch, dann konnte man mir davon Mittheilung machen — es finden ja sonst Herren aus Ministerien und Reichsämtern den Weg in meine Wohnung; — aber ich habe, trotzdem ich das Vergnügen hatte, im Verkehr mit hohen und sehr hohen Beamten über die Sache zu sprechen, in Bezug auf den ersten Punkt noch niemals eine abweichende Meinung gefunden. Man konnte meinetwegen auch klagen, wenn man mich für so böswillig hielt, daß ich einer sachlichen Belehrung nicht zugänglich sein würde; dann hätte ich meine Zeugen zu nennen gehabt und die Sache wäre, da der Wahrheitbeweis doch wohl sicher nicht beschränkt worden wäre, zu allgemeiner Zufriedenheit aufgeklärt worden. Nur darum konnte es sich für mich handeln. Ich bin persönlich an dem Fall nicht im geringsten interessirt und habe wirklich Besseres zu thun, als einen gleichgiltigen Staatssecretair zu ärgern. Aber ich habe hundertmal von ernsten und tüchtigen Männern die Klage gehört: Was hilft all' unser Mühen, so lange Boetticher da ist, der durch die Brille seiner Helfer, der Bankenkapitalisten, sieht? Und weil ich finde, daß unsere wirthschaftlichen Kämpfe ohnehin schon genugsam verbittert sind, so sehr, daß eine persönliche Bitterkeit ihnen verhängnißvoll werden könnte: deshalb habe ich, da es kein Anderer that, endlich einmal der Katze die Schelle umgehängt. Ich bereue es nicht und würde, wenn mein Gewissen gebietet, es morgen abermals thun, denn ich bin mir bewußt, einer guten vaterländischen Sache nach besten Kräften zu dienen, und scheue dafür keinen Augenblick die Gefahr der Verantwortlichkeit. Ich wohne Königin Augusta-Straße 8 und stehe zu Diensten.

Nun treten Leute auf und sagen: Ja, solche Dinge darf man eben nicht in die Oeffentlichkeit bringen; das Flüstern und Raunen kann man nicht packen, den aber, der laut und offen spricht, wirft man ins Gefängniß. Darauf antworte ich: es ist eine läppische Auffassung des Verhältnisses zwischen Staatsbeamten und Publicisten, die Ihr

verkündet; der Publicist hat nicht dem Beamten in die Suppe zu spucken, der Beamte nicht den Publicisten einsperren zu lassen, sondern Beide sind, Jeder in seiner Sphäre, vollkommen gleichberechtigt, und Beide dienen, Jeder auf seine Art, einer gemeinsamen Sache. Der Publicist ist, wenn er seinen Beruf ernst nimmt, verpflichtet, Dinge an die Oeffentlichkeit zu bringen, die er nach reiflicher Prüfung für wichtig oder gefährlich hält, und der Beamte hat, wenn ihm bei dieser Veröffentlichung Unrecht geschehen ist, dieses Unrecht aufzuklären und zu beseitigen, nicht aber den Publicisten nach Plötzensee zu schicken; das mag er thun, wenn es sich um eine böswillige Verleumdung handelt. Ich habe Herrn von Boetticher nicht beleidigt und nicht verleumdet, ich habe einfach, bescheiden und sachgemäß meine Pflicht gethan, und ich würde darauf verzichten müssen, noch ferner im Deutschen Reich publicistisch thätig zu sein, wenn mir das durch die Verfassung verbürgte Recht, meiner Meinung freimüthig Ausdruck zu geben, künftig etwa verschränkt werden sollte; dieses Recht ist nur durch das Strafgesetz begrenzt, und diese Grenze habe ich nicht überschritten. Und ich antworte weiter: Seid Ihr denn berufen, mir, wenn ich wirklich an einer belanglosen Stelle geirrt haben sollte, in sittlicher Entrüstung Vorwürfe zu machen und mich zu beschimpfen wie ein ganz besonders verworfenes Wesen? Und wenn Alles falsch wäre, Wort für Wort, was ich hier über Herrn von Boetticher geschrieben habe — woher nehmt Ihr die Frechheit, deshalb einen wüsten Lärm zu schlagen, als wäre noch nie Dagewesenes geschehen? Erzählt Ihr denn nicht Tag für Tag, daß die Agrarier zum Schaden der Armen und Aermsten nur ihre Taschen füllen möchten? Habt Ihr die Bimetallisten nicht Schwindler, Gauner und Einbrecher genannt, nicht den Antrag Kanitz den Thaten Schlosser-Edes verglichen? Oder ist Euch nur ein Minister heilig, weil auf dessen Geheiß die Staatsanwälte mobil werden und weil man in Ministerhotels Nachrichten und Kanalwein erschnuppern kann?

Für mich ist der schärfste Angriff auf einen Minister entschuldbarer und gerechtfertigter als die Verleumdung eines Privatmannes, denn ein Minister wird aus öffentlichen Mitteln bezahlt, er schaltet über unsere Geschicke und muß sich jede Controlle und die rückhaltloseste Kritik ruhig gefallen lassen. Soll ich, ein ganz unbedeutender und für die Oeffentlichkeit gleichgiltiger Mensch, vogelfrei sein, jedem Lumpen und Lümpchen eine willkommene Beute, und soll nur der Minister zärtlich gegen jedes harte Wörtchen gehegt werden? Dem Minister steht die officielle und die officiöse Presse zu Gebote, ihm gehorchen die Staatsanwälte; der Privatmann ist auf den langwierigen Weg der Privatklage angewiesen, auf dem außer Aerger und Zeitverlust nichts zu holen ist. Und wo war denn Eure Empörung, als von Bismarck's Schnaps- und Schweinepolitik geredet und munter behauptet wurde, der geldgierige Großgrundbesitzer habe die Schutzzölle nur eingeführt, um den Ertrag seiner Güter zu steigern? Als Herr Miquel wie ein hinterlistiger Falschspieler behandelt wurde, der keine Wahrhaftigkeit kennen und nur danach trachten sollte, mit Botho Eulenburg vereint den großen Grafen Caprivi tückisch aus dem Wege zu räumen? Waren diese Anschuldigungen harmloser als das, was ich über Herrn von Boetticher geschrieben habe? Ich könnte die Beispiele häufen; aber ich will nur noch fragen: Ist etwa einzig und allein Herr von Boetticher tabu?

Beinahe sieht es so aus; und gerade die an Raserei grenzende Wuth, mit der jede unsanfte Beurtheilung dieses Herrn von der Händlerpresse aufgenommen wird, hat zu dem Glauben geführt, der so ängstlich Beschützte müsse wohl ein ganz ungewöhnlich hohes pretium affectionis in sich tragen, da von Verdiensten, die ihm eine solche Ausnahmestellung sichern könnten, bisher nichts bekannt geworden ist. Ich habe offen ausgesprochen, was ich über ihn denke und was Anderen Veranlassung giebt, seine Thätigkeit mit Mißtrauen zu betrachten. Das ist mein Recht, ist ein gesichertes Recht, das sich auch das einfältigste Federvieh der deutschen Presse nicht beschränken lassen dürfte. Ist meine Darstellung falsch oder lückenhaft, so müßte ich das bedauern, aber ich könnte mich mit den sehr zahlreichen Männern trösten, die, von Jeremias bis auf Bismarck, Treitschke, Sybel, Simson und Gneist, in öffentlichen Erörterungen da oder dort einen Irrthum begangen haben. Ich könnte mich, ohne weiter zurück zu gehen, auch einfach auf das Beispiel der neun Herren berufen, die jetzt eine neue Art des Leumundszeugnisses für ihren Collegen erfunden haben; denn auch die Erklärung des Königlichen Staatsministeriums, mit der ich mich jetzt beschäftigen muß, enthält, trotz der vorsichtigen Abfassung, Lücken, Unklarheiten und Irrthümer.

In den „Hamb. Nachr.", deren leitender Redakteur über die Sache sicher sehr gut unterrichtet ist, wurde gefragt, ob den Unterzeichnern der Erklärung die Vorgänge, auf die sie sich bezieht, im vollen Umfange amtlich bekannt geworden sind. Diese Frage hat sich auch mir sofort aufgedrängt, aber ich hätte sie nicht ausgesprochen, weil man sie dann wahrscheinlich in einen dreisten Zweifel an der Gewissenhaftigkeit der neun Staatsminister umgefälscht hätte. Ich begnüge mich also mit der unverfänglicheren Frage: Wie ist diese Erklärung entstanden? Keiner der Unterzeichner war im Jahre 1886 im Amt, keiner hat die Vorgänge in der Nähe gesehen; der alte Kaiser ist tot, der alte Kanzler ist amtlich nicht um Auskunft ersucht worden, die Herren von Dechend und Berg ruhen längst in der Erde, und auch die Herren Gerson von Bleichröder und Werner von Siemens, die vielleicht wichtige Angaben machen könnten, leben nicht mehr. Zwei Möglichkeiten bleiben: entweder hat das Königliche Staatsministerium die Stralsunder Acten und die Acten der Berliner Reichsbank geprüft und die Beamten der Reichsbank unter ihrem Eid vernommen; oder es hat sich, da ein Staatsminister doch nicht die Unwahrheit sagen kann, einfach an die Darstellung des Herrn von Boetticher gehalten. Welcher von diesen beiden Wegen gewählt worden ist, das weiß ich natürlich nicht. Ich weiß nur, daß ich nicht aufgefordert worden bin, meine Zeugen zu nennen oder die Namen der Großbankiers anzugeben, die nach meiner Information Herrn von Boetticher aus der nicht von ihm verschuldeten Verlegenheit befreit haben. Wenn zwei Köchinnen auf der Hintertreppe gezankt haben, werden Actenbündel angelegt, Zeugen verhört und es wird schließlich in mindestens zwei Instanzen öffentlich über den erschütternden Vorgang verhandelt. Hier constituiren neun Staatsminister sich zu einem höchsten Gerichtshof; hier wird ein Urtheil gefällt, im „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht und in aller Herren Länder hinaustelegraphirt, ohne daß der Beurtheilte oder Verurtheilte auch nur gehört worden wäre. Ich glaube nicht, daß für ein solches Gerichts

verfahren im Rahmen der preußischen Verfassung Raum ist, und ich bin durchaus nicht verpflichtet, mich dem so gewonnenen Urtheil in Demuth zu unterwerfen. Wir haben in Berlin Vereine, in denen es Sitte ist, beschuldigten Mitgliedern in geheimen Sitzungen Reinigungszeugnisse auszustellen und dann von einer res judicata zu schwadroniren; aber diese Zeugnisse haben keine bindende Kraft. Wir haben erst kürzlich erlebt, daß dem Freiherrn von Hammerstein von untadeligen Männern, von Edelmännern, die morgen Minister sein könnten, eine Ehrenerklärung ausgestellt wurde, die auf Grund mangelhafter Information entstanden war. Es fällt mir nicht ein, Herrn von Boetticher auch nur von fern mit dem Fälscher Hammerstein zu vergleichen; die Ehrenerklärung aber, die ihn jetzt decken soll, ist für mich nicht ein rechtskräftiges Urtheil, sondern der Ausdruck der Ueberzeugung von neun ehrenwerthen Männern, die über die zu beurtheilenden Vorgänge immerhin vielleicht unzureichend und einseitig unterrichtet sein könnten.

Im zweiten Absatz der Erklärung wird mitgetheilt, die thatsächlichen Vorgänge seien chon früher „amtlich festgestellt" worden. Was verstehen die neun preußischen Staatsminister unter einer amtlichen Feststellung? Der beschränkte Unterthanenverstand wird wähnen, eine amtliche Feststellung sei wohl am besten durch die verantwortliche Vernehmung der Hauptbetheiligten zu erreichen. Von den Hauptbetheiligten lebt, außer Herrn von Boetticher, nur noch Einer: Fürst Bismarck; er ist amtlich nicht um Auskunft ersucht worden — vielleicht, weil sein Aufenthaltsort unbekannt war, vielleicht auch, weil die freisinnigen Freunde des Herrn von Boetticher ihn als einen senilen Alkoholisten schilderten, der nicht mehr vernehmungsfähig ist. Ich habe also, zwar nicht amtlich, aber als Bürger, Steuerzahler und Abgeurtheilter, mit Bedauern festzustellen, daß diese amtliche Feststellung unzureichend gewesen ist, und ich glaube nicht, daß der Justizminister mit einem Staatsanwalt zufrieden sein würde, der auf dem hier beliebten Wege zu amtlichen Feststellungen zu kommen hoffte. Diese — nämlich die so festgestellten — Thatsachen sind „seiner Zeit", wie es, ohne irgend eine erkennbare Beziehung, in dem betrübend schlechten Stil dieses Actenstückes heißt, zur Kenntniß Seiner Majestät des Kaisers und Königs gebracht worden. Also: die „schon früher amtlich festgestellten" Vorgänge sind, wohl ebenfalls „schon früher", dem Kaiser mitgetheilt worden; dadurch würde die Erzählung wahrscheinlicher, die berichtet, der Kaiser habe, als vor Jahren die ersten Andeutungen des Falles in die Presse kamen, Herrn von Boetticher die Hand gereicht und ihm gesagt: „Lieber Boetticher, in Meinem Reich soll die Verleumdung nicht herrschen." Wer nur die jetzt als amtlich festgestellt bezeichneten Vorgänge kennt, der muß freilich alles Uebrige für boshafte und nichtsnutzige Verleumdung halten. Von „verleumderischen Gerüchten", von „versteckten Verdächtigungen" und von der „Würde eines Staatsministers" wird denn auch in der Ministerialerklärung gesprochen, und die Boetticher-Presse hat, mit einem rührenden Eifer, der wirklich neue Weinheckbücher verdient, es so darzustellen versucht, als seien alle diese wunderschönen Wendungen auf mich gemünzt, und als sei ich einer Anklage nicht würdig, ich Verruchter ganz allein von der Ehre ausgeschlossen, die den Herren Gehlsen, Schweinhagen und Ahlwardt gewährt wurde

und jedem Setzer, der irgendwo ein anarchistisches Winkelblatt zeichnet, noch jetzt jeden Tag gern gewährt wird. Diese preßamtliche Feststellung hat mich im Innersten erschüttert, denn der Gedanke, nun niemals, niemals wieder eine Anklage erhalten zu sollen, hat, nach den drei Jahren, die hinter mir liegen, etwas Fürchterliches. Allgemach aber habe ich mich erholt und mir gesagt, daß diesmal eigentlich die Minister die Beleidigten sind, denen hier insinuirt wird, sie hätten das Privileg ihrer Stellung benutzt, um aus dem sicheren Versteck ungreifbare Verdächtigungen auszustreuen; einer solchen Feigheit halte ich einen preußischen Minister nicht für fähig — und noch weniger ein Konsortium von neun Ministern. In der That wird auch im letzten Satz des zweiten Abschnittes von mir und meinem Verhältniß zur Sache gesprochen. Vorher wird noch gesagt — oder festgestellt —, die gesammte Presse aller Parteien habe die Angriffe auf Herrn von Boetticher todtgeschwiegen, oder mit Verachtung zurückgewiesen. Leider ist auch das ein Irrthum: nicht die gesammte Presse hat so gehandelt, sondern die Presse der Parteien und Gruppen, die an der Erhaltung des Herrn von Boetticher ein Lebensinteresse zu haben glauben; das umgekehrte Bild hätten wir gesehen, wenn die Angriffe etwa den Fürsten Bismarck, Herrn von Puttkamer oder den Grafen Herbert Bismarck betroffen hätten.

Nach dem — mit einer Wortveränderung abgedruckten — Citat aus der „Zukunft" wird dann eine Darstellung der amtlich festgestellten Vorgänge gegeben, die als ein öffentliches Zeugniß des Staatsministeriums bezeichnet wird. Vor der Aussage werden die vom Gericht geladenen Zeugen ermahnt, unter Anrufung des höchsten Richters ermahnt, die reine Wahrheit zu sagen, nichts hinzuzusetzen, nichts fortzulassen und nichts zu verschweigen. Der Gerichtshof, der sich zu neuer Wirksamkeit gebildet hat, kennt diese Ceremonie wohl nicht, und braucht sie nicht zu kennen, denn in seinem Bereich sind Richter und Zeugen dieselben Personen, die einer Ermahnung nicht erst bedürfen. Weil ich auf jede Fälschung gefaßt sein muß: nur deshalb erkläre ich hier noch ausdrücklich, daß ich keinem der neun Minister zutraue, er könne wissentlich auch nur um Haaresbreite von der Wahrheit abgewichen sein — von der Wahrheit nämlich, die ihm bekannt war, die er für wahr halten konnte. Diese Wahrheit sieht so aus.

„Im Jahre 1886 kam es zur amtlichen Kenntniß des damaligen Präsidenten der Reichsbank, daß ein dem Staatssecretär des Innern durch Familienbande nahestehender Bankdirektor an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs gelangt war." Der Reichsbankpräsident war Herr von Dechend; der Staatssecretair des Innern, zugleich der stellvertretende Vorsitzende des Reichsbank-Curatoriums, war Herr von Boetticher; der ihm durch Familienbande nahe gebrachte Herr, wie ich, nicht amtlich aber sinngemäß, sagen möchte, war sein Schwiegervater, der Bankdirector Berg in Stralsund. Wie kam der finanzielle Zusammenbruch dieses gleichgiltigen Mannes zur amtlichen Kenntniß des Reichsbankpräsidenten, und was veranlaßte Herrn von Dechend, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsbank-Curatorium davon Mittheilung zu machen? Darüber schweigt die ministerielle Erklärung; sie sagt nur: „Der Staatssecretair lehnte unverzüglich jede Intervention zu Gunsten des Bankdirectors ab." Ablehnen kann man nur, was angeboten oder angesonnen wurde. Wer konnte Herrn von Boetticher eine Intervention zu

Gunsten des Bankdirectors anbieten oder ansinnen, die, wie wir nachher sehen werden, in diesem Fall ein Verbrechen im Amt gewesen wäre? Darüber schweigt die ministerielle Erklärung. Sie berichtet: Verwandte und Freunde des Herrn Berg haben die Schuldenlast des Bankdirectors, über deren Höhe nichts mitgetheilt wird, gedeckt, und der Staatsminister von Boetticher hat dabei sein gesammtes eigenes Vermögen geopfert, ist also gewissermaßen doch zu Gunsten des Bankdirectors intervenirt. Und nun kommt der merkwürdigste Satz: „Von dem Sachverhalt hat damals der Staatssecretair des Innern dem ihm vorgesetzten Reichskanzler Mittheilung gemacht, welcher demnächst die Erstattung der von jenen Freunden hergegebenen Summen herbeigeführt hat." Hier frage ich zunächst nur: Wann hat der Staatssecretair des Innern dem ihm vorgesetzten Reichskanzler von dem Sachverhalt Mittheilung gemacht? Vor oder nach der Intervention der Freunde, vor oder nach dem Opfer des eigenen Vermögens? Das unklare Wort „damals" sagt gar nichts, und gerade die Frage ist entscheidend, wann die Mittheilung gemacht wurde, ob sie sofort und spontan gemacht wurde, oder ob sie dem Staatssecretair erst nöthig schien, als er selbst die Unhaltbarkeit seiner Situation fühlte. Da die Ministerialerklärung mir auf diese Frage keine Antwort giebt, fasse ich die ministerielle Darstellung vorläufig noch einmal zusammen. Der Schwiegervater des Staatssecretairs steht am Rande des finanziellen Zusammenbruchs; der Staatssecretair lehnt jede Intervention ab, intervenirt aber dann doch durch das Opfer seines ganzen Vermögens; die Schuldenlast des Zusammenbrechenden wird von Verwandten und Freunden des Bankdirectors gedeckt — nicht ganz, sonst wäre das Vermögen des Staatssecretairs nicht mehr nöthig gewesen; und den Freunden werden die hergegebenen Summen vom Reichskanzler, natürlich aus disponiblen Staatsfonds, zurückerstattet. Danach hätte also Fürst Bismarck im Jahre 1886 Staatsfonds benutzt, um den Privatfreunden eines verkrachten Bankdirectors die Summen zu ersetzen, die sie zur Rettung ihres Freundes aufgebracht hatten. Das hält das Königliche Staatsministerium für möglich. Das wird vom Königlichen Staatsministerium als amtlich festgestellter Thatbestand öffentlich bezeugt.

An diese Feststellung habe ich mich zunächst zu halten und die Folgerungen zu prüfen, die daraus gezogen werden.

Erstens wird gesagt, „daß die geschilderten Verhandlungen zu einer Zeit stattfanden, in welcher von beabsichtigten Reformen des Bankwesens überhaupt noch nicht die Rede war." Wo habe ich von beabsichtigten Reformen des Bankwesens gesprochen? Woher nimmt das Staatsministerium die Berechtigung, einen Satz als unwahr zurückzuweisen, den ich gar nicht ausgesprochen habe, ihn so zurückzuweisen, als würde dadurch die Glaubwürdigkeit meiner Angaben erschüttert? Ich habe von einer Zeit gesprochen, wo über den Bankverkehr bedeutsame Entscheidungen zu treffen waren. Solche Entscheidungen hat das Reichsbank-Curatorium immer, mehrmals im Jahre z. B. über den Bankdiscont, zu treffen, an solchen Entscheidungen hat der stellvertretende Vorsitzende des Reichsbank-Curatoriums beständig, und an weithin sichtbarer Stelle, mitzuwirken. Und ganz besonders bedeutsame Entscheidungen standen im Jahre 1886 bevor. Das Reichsbankgesetz, das für fünfzehn Jahre der Reichsbank den Charakter einer mit Privatkapital

arbeitenden, aber unter Staatsaufsicht stehenden Actiengesellschaft sicherte, galt damals schon elf Jahre, und die Zeit rückte heran, wo die Entscheidung darüber getroffen werden mußte, ob die Bank völlig verstaatlicht würde, und welcher Theil des Ueberschusses dem Reich künftig zuerkannt werden sollte. Welche Art der Entscheidung für das Reich günstiger gewesen wäre, darüber habe ich hier nicht zu urtheilen. Sicher ist aber, daß die Vertreter des mobilen Kapitals, ganz wie Herr von Boetticher, die Erhaltung des Privilegs erstrebten, und daß auch die Wünsche der konservativen Partei, die später klug und sachkundig vom Grafen Mirbach vertreten wurden, schon damals vorhanden waren: Uebernahme der Reichsbank auf Staatskosten und Kündigung des Privilegs der letzten Notenbanken, die noch bestehen. Auch der Wunsch, die Reichsbank möge sich mehr socialpolitisch bethätigen, mehr den Landwirthen und den Handwerkern zugänglich werden, war schon damals rege geworden. Mit gutem Gewissen darf man deshalb sagen, daß im Jahre 1886 eine Zeit angebrochen war, wo bedeutsame Entscheidungen über den Bankverkehr zu treffen waren. Diese ministerielle Erklärung bekämpft eine Behauptung, die gar nicht aufgestellt worden ist.

Zweitens wird als amtlich festgestellt bezeichnet, daß der Staatsminister von Boetticher niemals von Bankiers Geld entliehen hat. Es wäre interessant, zu hören, wie diese Feststellung möglich war. Sind alle in Deutschland lebenden Bankiers unter ihrem Eide vernommen, ist allen die Frage vorgelegt worden, ob der Staatsminister von Boetticher jemals von ihnen Geld entliehen hat? Ist das geschehen, dann könnte der Staatssecretair immerhin noch von solchen Bankiers Geld entliehen haben, die verstorben sind oder nicht mehr in Deutschland leben. Ich glaube, daß schon die Studenten im Prozeßrecht lernen: die beweiskräftige Feststellung eines negativen Thatbestandes ist unmöglich; es giebt darüber eine Meinung, aber es giebt keinen Beweis dafür. Bis ich eines Besseren belehrt werde, behaupte ich: die amtliche Feststellung, die das Staatsministerium hier öffentlich bezeugt, ist vollkommen unmöglich. Aber ich glaube zu verstehen, was die Herren meinen; sie wollen wohl sagen: die Summen, die im Jahre 1886 aufgebracht wurden, sind nicht Herrn von Boetticher, sondern seinem Schwiegervater geliehen worden. Ich kann den Männern, die damals helfend einsprangen, natürlich nicht ins Herz schauen, ich kann nicht „feststellen", ob sie ihr Rettungswerk für den unbeträchtlichen Stralsunder Bankdirector, oder für den sehr beträchtlichen Staatssecretair des Innern und stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsbank-Curatoriums vollbrachten. Aber auch das Staatsministerium vermag das nicht. Sicher aber und festgestellt ist, daß Fürst Bismarck das Rettungswerk als eine seinem Staatssecretair, nicht dem Bankdirector Berg, erwiesene Gefälligkeit ansah; sonst hätte er den Rettern nicht die hergegebenen Summen aus Staatsmitteln zurückerstattet. Sicher ist, daß auch Herrn von Boetticher diese Anschauung nicht fremd war; sonst hätte er dem Reichskanzler nicht amtlich von den Vorgängen Mittheilung gemacht, nicht wegen dieser Vorgänge sein Portefeuille zur Verfügung gestellt. Ob das Geld Herrn von Boetticher direct gegeben, ob es vielleicht da, wo es fehlte — in der Reichsbank —, eingezahlt wurde, ist gleichgültig. Wichtig ist nur, daß der nicht ganz unkluge Mann, der über den Sachverhalt nach allen Richtungen infor-

mirt war, daß Fürst Bismarck die Ueberzeugung hatte: hier sei dem Staatssecretair eine Gefälligkeit erwiesen worden, die um jeden Preis und so rasch wie möglich wieder beseitigt werden müsse.

Damit ist auch schon die letzte amtliche Feststellung erledigt: der Staatsminister von Boetticher habe keinerlei Zuwendungen erhalten. Er hat allerdings eine Zuwendung erhalten, denn die Erstattung der von den Freunden hergegebenen Summen war nicht eine Zuwendung an den Bankdirector Berg, oder an die als dessen Freunde bezeichneten Kapitalisten, sondern sie war eine Zuwendung an Herrn von Boetticher, den Staatssecretair und Staatsminister. Wenn die ministerielle Erklärung das nicht anerkennt, so kann sie nur von dem Glauben ausgehen, Fürst Bismarck sei ruchlos und frivol genug gewesen, aus Staatsfonds Privatleuten Geschenke von vielen hunderttausend Mark zu machen. Ob mit der Verbreitung dieser Ansicht das Staatsinteresse nicht schwerer geschädigt wird, als ihm mit dem herrlichsten Leumundszeugniß für Herrn von Boetticher gedient werden könnte, darüber belehrt ein Blick in die socialistische und demokratische Presse.

Um diese schädliche, falsche und aufreizende Ansicht zu beseitigen und einen geliebten Mann, der noch heute der köstlichste Besitz und der stolzeste Ruhmestitel des deutschen Volkes ist, vor neuem Unglimpf zu schützen, aber auch, wie ich offen bekenne, um mein eigenes berechtigtes Interesse, als des öffentlich und amtlich, unter nie erlebten feierlichen Formen Angegriffenen, zu wahren, bin ich gezwungen, der Erklärung der neun Staatsminister die Ergänzungen folgen zu lassen, die den Thatbestand erst wirklich erklären. Ich bedaure, daß ich dabei genöthigt bin, einem Todten Uebles nachzusagen; ich habe diesen Punkt bisher niemals berührt; die Verantwortlichkeit dafür, daß ich ihn jetzt dennoch berühren muß, fällt denen zu, die den Versuch gemacht haben, mich amtlich und öffentlich zu widerlegen.

In der Erörterung des Falles Berg ist bisher nur die finanzielle Seite besprochen worden; es gab auch eine andere, eine strafrechtliche Seite. Es lagen Defecte vor, zu deren Beseitigung ungeheure Summen, sehr viel größer, als öffentlich bekannt geworden ist, nöthig waren; und diese Defecte waren durch Handlungen herbeigeführt worden, die das Gesetz mit harten Strafen bedroht. Nach der ministeriellen Erklärung muß man annehmen, daß dieser Thatbestand im Jahre 1886 zur Kenntniß des Reichsbankpräsidenten kam; wenn der Präsident dem Staatssecretair, wie es nach dem Wortlaut der Erklärung scheint, eine Intervention angesonnen hat, so könnte diese nur die Anzeige des Schuldigen bezweckt haben. Jeder, der wissentlich dem Thäter Beistand geleistet hätte, um ihn der Bestrafung zu entziehen, hätte sich der Begünstigung schuldig gemacht, die mit Gefängniß bedroht ist; die Begünstigung bleibt, wo es sich um schwere Delicte handelt, nur straflos, wenn sie dem Thäter von einem Angehörigen gewährt worden ist, der diesen Beistand nicht seines Vortheiles wegen geleistet hat. Das wäre der Fall des Herrn von Boetticher gewesen: er konnte Minister bleiben, auch wenn sein Schwiegervater in's Gefängniß kam, denn Niemand ist für die Thaten seiner Verwandten verantwortlich; er konnte mindestens abwarten, ob der Reichskanzler, dem er die Vorgänge

sofort melden mußte, sein Scheiden aus dem Amt für nothwendig hielt. Deshalb ist die Frage so wichtig: Wann hat der Staatssecretair dem Kanzler den Sachverhalt mitgetheilt? Es ist nicht wahrscheinlich, daß das vor der Deckung der Defecte geschehen ist, denn sonst hätte der Reichskanzler sich verpflichtet gefühlt, den Thäter zur Anzeige und zur Bestrafung zu bringen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß der Kanzler erst von der Sache erfuhr, als die Defecte ganz oder theilweise gedeckt waren. Die Deckung hatten die Verwandten, darunter auch Herr von Boetticher, beschafft, und als deren Mittel nicht annähernd ausreichten, waren die Chefs großer Bankhäuser und andere Kapitalisten hilfreich beigesprungen. Diese Hilfeleistung sah der Reichskanzler als eine dem Staatssecretair gewährte an, und sie schien ihm ein Abhängigkeitsverhältniß zu begründen, wie es mit der amtlichen Stellung eines Mannes unverträglich war, zu dessen Competenz auch die Vertretung des Reichskanzlers in wirthschaftlichen Fragen und in Bankangelegenheiten gehörte. Die Unhaltbarkeit der Situation mußte auch der Staatssecretair empfinden, der von seinem Einkommen nicht einmal die Zinsen für die nothwendig gewordenen Summen aufbringen konnte, und deshalb sah er sich veranlaßt, seine Bereitwilligkeit zum Rücktritt anzudeuten. Für den Reichskanzler lag die Sache nun so: eine strafbare Handlung gab es nicht mehr, denn die Defecte waren gedeckt, und ein Strafverfahren hätte sich nur noch gegen etwa vorhandene Begünstiger richten können; der Rücktritt des Herrn von Boetticher, der dann vielleicht auch finanziell zusammengebrochen wäre, schien im Staatsinteresse nicht wünschenswerth, weil er zu Erörterungen geführt hätte, denen man den Schwiegersohn des Stralsunder Bankdirectors, mit Rücksicht auf seine langjährige amtliche Stellung, nicht aussetzen durfte. Der Reichskanzler war in einer Zwangslage: er durfte die Unanfechtbarkeit der preußischen Staatsverwaltung nicht gefährden, und er durfte den Staatssecretair nicht in einem Verhältniß lassen, das ihn von Bankmächten abhängig machen oder doch abhängig erscheinen lassen konnte. Aus dieser Zwangslage half die königliche Erlaubniß, die damals stark angewachsenen Mittel des Welfenfonds zu benutzen. Weder der alte Kaiser noch Fürst Bismarck hätten sich jemals bereit erklärt, diese Mittel für Herrn von Berg oder für dessen Freunde flüssig zu machen. Der Kaiser bewilligte, auf den nachdrücklich empfehlenden Vortrag des Kanzlers, die Mittel, um das Ansehen der preußischen Staatsverwaltung vor boshafter Anfechtung zu bewahren, und um einem geschickten Beamten die unerläßliche Unabhängigkeit zurückzugewinnen. Ob der Welfenfonds damals richtig verwendet wurde, darüber hat der gewissenhafteste Monarch entschieden; bei seiner Entscheidung können auch wir uns beruhigen und froh sein, wenn dieser Fonds, der den preußischen Staat stärken sollte, später niemals unnützlichere Verwendung gefunden hat.

So wurde vom Fürsten Bismarck, dem der Staatssecretair jetzt in Interviews höchst spaßhafte Vorlesungen über den Umgang mit Kaisern hält (vgl. S. 340), dem Herrn von Boetticher das amtliche Leben gerettet. Ob Herr von Boetticher den Herren, die ihn zuerst aus der Verlegenheit erlösten, länger als diesem Lebensretter die Dankbarkeit bewahrt hat, das weiß ich nicht, darüber habe ich auch nichts behauptet. Seine Ehrenhaftigkeit bezweifle ich nicht, wohl aber, daß er nach Allem, was er durchgemacht hat, und mit den

gewandelten Ansichten, die er heute vertritt, auf seinem Posten noch wohlthätig wirken kann. Das Moralische versteht sich immer von selbst. Fürst Hohenlohe ist gewiß ein untadelhaft vornehmer Mann, und doch wird er, wenn wir je zu Rußland in ein schwieriges Verhältniß kommen, erfahren, daß ein deutscher Kanzler, dem der Czar Gefälligkeiten erweisen oder Unbequemlichkeiten bereiten kann, vor dem Volksbewußtsein einen sehr viel schwereren Stand hat, als ein völlig unabhängiger Mann, der nirgends mit Zwirnsfäden angebunden ist; Fürst Hohenlohe hätte es sicher abgelehnt, mit den Russen den Handelsvertrag abzuschließen, weil er begriffen hätte, daß er, trotz seiner unzweifelhaft einwandfreien Persönlichkeit, dazu nicht der geeignete Mann war. Und in den wirthschaftlichen Kämpfen, die wir jetzt erleben, kann ein Minister, der, wie Herr von Boetticher, als Vertreter der Regierung im Vordertreffen steht, sicherlich nur dann Nützliches leisten, wenn er vom Vertrauen der schaffenden Stände getragen wird, und nicht zu befürchten braucht, hart angepackte Gegner könnten, um ihn zu ärgern, seine eigenen Angelegenheiten zur Sprache bringen. Das ist meine ganz persönliche und ganz bescheidene Meinung, halten zu Gnaden. Ich würde keinen noch so ehrenhaften Mann über die Börse schreiben lassen, von dem ich wüßte, daß er in einer schweren Stunde seines Lebens bei zärtlichen Börsenleuten Trost und Erleichterung gefunden hat. Ist das Königliche Staatsministerium anderer Meinung, so habe ich mich dabei zu bescheiden; ich bin aber ganz und gar nicht verpflichtet, meine eigene Ueberzeugung der amtlichen Anschauung zum Opfer zu bringen.

* * *

An Ausführungen, die in der M.=A. der „Hamb. Nachr." vom 14. October an einen Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten" geknüpft worden waren (vgl. S. 328), schließt sich folgender Artikel vom 20. October (M.=A.) an:

Officiöse Entstellungen. Das „Berliner Tageblatt" bestreitet in einem Artikel vom 17. d. Mts. geringschätzig die Ausführungen, in denen wir kürzlich das Verhältniß der Staatssecretaire und Minister zu dem Ministerpräsidenten besprochen hatten, und sagt u. A.: „Wenn es so wäre, so brauchte man keine vom Kaiser ernannten Staatssecretaire und keine Minister des Königs, dann würden Pagoden genügen." Auch der „Hamburgische Correspondent" spricht von „Pagodenhaftigkeit" und beweist mit diesem Terminus, daß er seine Ansicht aus derselben Quelle bezogen hat, wie das „Berliner Tageblatt". Beiden Blättern und ihren Auftraggebern scheint nicht bekannt zu sein, daß nicht bloß die Staatssecretaire und Minister, sondern der größere Theil der Beamten, besonders alle höheren, vom Könige ernannt werden. Nach der Theorie dieser beiden Zeitungen würden also sämmtliche Officiere, Oberförster u. s. w. durch die königliche Ernennung zur Emancipation von dem Einflusse ihrer Vorgesetzten berechtigt sein. Das königliche Patent bildet aber kein Privilegium, die staatsrechtliche Disciplin gegen die Vorgesetzten zu ignoriren.

Wir haben uns oft genug, wenn auch im Allgemeinen nicht anerkennend, über die absolute Unabhängigkeit der Minister von einander und von ihrem Präsidenten ausgesprochen und über die Schwierigkeit, welche es für Letzteren hat, Einigkeit im Ministerium herzustellen. Die dreiste Fälschung, als hätten wir oder irgend Jemand „Unterwürfigkeit" oder „Pagodenhaftigkeit" der Minister als nöthig hingestellt, ist ein Kennzeichen der ganzen Art, wie in Ermangelung sachlicher Gründe in diesem Kampfe gegen den ersten Reichskanzler von den Gegnern verfahren wird.

Der Staatssecretair von Boetticher befand sich im Staatsministerium in einer anderen Stellung als die anderen Mitglieder desselben, wenigstens bis 1890; denn als Minister ohne Portefeuille hatte er keine andere Aufgabe als die, den Reichskanzler und dessen Ansichten im Ministerium zu vertreten, soweit der Kanzler dazu nicht selbst im Stande war. Hierauf beschränkte sich seine Thätigkeit, da er ein eigenes Ressort, in dem er sich der sonst üblichen ministeriellen Selbständigkeit erfreut hätte, nicht besaß.

Daß die Staatssecretaire Untergebene des Reichskanzlers sind, ist ein unanfechtbarer Grundsatz unserer Reichsverfassung und eine berechtigte Forderung der Bundesgenossen Preußens. Die Emancipation der Staatssecretaire von der reichskanzlerischen Politik und Disciplin hat erst in der Zeit des neuen Courses Fortschritte gemacht und Anerkennung in der Presse gefunden, als ob sämmtliche Staatssecretaire der Reichsverwaltung unabhängige Minister wären, mit dem Reichskanzler gleichberechtigt, sowohl in ihren Ressorts wie im Immediatvortrag. Letzterer konnte von den Reichsstaatssecretairen immer nur „in Vertretung" des Reichskanzlers gehalten, also nicht gegen dessen dem Vortragenden bekannte Ansichten gerichtet werden.

* * *

An gleicher Stelle begegnet uns auch wieder eine Berichtigung des „Hamburgischen Correspondent":

Die „Köln. Ztg." und nach ihr der officiöse „Hamburgische Correspondent" verbreiten folgende auf den Fürsten Bismarck bezügliche Mittheilung:

„Es ist Thatsache, daß schon ein halbes Jahr vor der Entlassung des Fürsten Bismarck der Kaiser einem katholischen Kirchenfürsten gegenüber sich darüber beklagt hat, wie schwer es sei, mit Bismarck zusammen zu arbeiten. Personen, welche Kenntniß von dieser Unterredung hatten, zweifelten damals schon nicht, daß es über kurz oder lang zu einem Bruch zwischen dem Kaiser und dem ersten Reichskanzler kommen würde."

Auch diese Insinuation wird am schärfsten dadurch beleuchtet, daß der Kaiser selbst am Schlusse seines Neujahrsglückwunsches vom 30. December 1889 nicht einem anonymen Prälaten, sondern amtlich und öffentlich dem Fürsten selbst kundgiebt: „Ich bitte Gott, er möge mir in meinem schweren und verantwortungsreichen Herrscherberufe Ihren treuen und erprobten Rath noch viele Jahre erhalten.“

* * *

Hieran knüpfte sich dann in der A.-A. vom 22. October folgende amüsante Auseinandersetzung:

Die „Köln. Ztg.“ wünscht, daß wir unser neuliches Citat berichtigen, wonach sie die Mittheilung gebracht hätte, bereits ein halbes Jahr vor der Entlassung des Fürsten Bismarck habe der Kaiser einem katholischen Kirchenfürsten gegenüber sich darüber beklagt, wie schwer es sei, mit Bismarck zusammen zu arbeiten; die „Köln. Ztg.“ habe niemals eine derartige Angabe gemacht. Gegenüber der sonstigen Haltung der „Köln. Ztg.“ ist es uns überraschend und erfreulich, daß sie Werth darauf legt, constatirt zu sehen, daß nicht sie die Urheberin der von uns nach Gebühr beleuchteten Insinuation gegen den Fürsten Bismarck gewesen ist. Aber die richtige Adresse für ihre Reclamation sind nicht die „Hamb. Nachr.“, sondern die officiöse Collegin der „Köln. Ztg.“, der „Hamburgische Correspondent“ (Nr. 272, M.-A.), dem wir die betreffende Mittheilung entnommen hatten. Dieses Blatt hatte sich natürlich beeilt, die betreffende Meldung, wie jede, die sich gegen den Fürsten Bismarck richtet, weiter zu verbreiten, obgleich sie unglaubhaft erschien, und dabei im officiösen Uebereifer die „Köln. Ztg.“ statt — wahrscheinlich — der „Kölnischen Volks-Ztg.“ als Quelle genannt. Wir müssen es den beiden officiösen Blättern überlassen, sich in dieser Sache weiter auseinander zu setzen.

* * *

Im „Leipziger Tageblatt“ vom 22. October finden wir folgende Persiflage der Haltung, welche der Abgeordnete Eugen Richter und seine Gesinnungsgenossen dem Fürsten Bismarck gegenüber einnehmen:

Herr Eugen Richter plant ein Ausnahmegesetz gegen den Fürsten Bismarck, dem er die verfassungsmäßig gewährleistete Redefreiheit bestreitet. Die „Hamb. Nachr.“ hatten das Verhalten der Regierung gegenüber der Socialdemokratie getadelt, und dazu bemerkt der Chefredacteur der „Freis. Ztg.“: „Wir wissen wirklich nicht, was eigentlich den Fürsten Bismarck berechtigt, sich als solchen unfehlbaren Lehrmeister aufzuspielen.“ Wir „eigentlich“ auch nicht. Was hat denn der Mann „eigentlich“ geleistet? Die Elbherzogthümer mit dem Schwert zu Deutschland gebracht, obwohl die Sache durch das unentwegte Absingen des Liedes „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ einfacher

und billiger zu machen gewesen wäre, und Virchow und Ludolf Parisius verdrängt, als sie gerade im besten Zuge waren, das Deutsche Reich zu begründen, und zwar ein besseres, als das Bismarck'sche Flickwerk, für das der Fortschritt auch ausdrücklich jede Verantwortung abgelehnt hat. Dann machen noch die Chauvinisten viel Aufhebens von Elsaß-Lothringen. Wenn wir das aber nicht hätten, würden die freisinnigen Mitglieder der internationalen Friedenscongresse einen viel leichteren Stand haben und mehr für die Erhaltung des Friedens thun können, als Bismarck, der nicht einmal den russisch-türkischen Krieg und wiederholt blutige Aufstände der Aschantis, Atchinesen und selbst noch kleinerer Völker zu verhindern gewußt hat. Daß so ein Mann, der nie etwas Rechtes verstanden und gewirkt hat, in einer großen, zweimal täglich erscheinenden Zeitung, die noch dazu mehr Abonnenten hat, als die „Freis. Ztg.", seine Meinung gerade heraus sagen darf, ist ein Zustand, der auf eine Lücke des Gesetzes hinweist. Es wäre dringend zu wünschen, daß dem — und natürlich auch dem Reden und Schreiben seiner Familienangehörigen — ein baldiges Ziel gesetzt wird. Nur haben wir ein Bedenken: Fürst Bismarck's Stimme wird gehört, nicht weil er ein großer Mann ist, sondern weil eine verblendete Menge ihn dafür hält. Nun besitzt aber Deutschland auch einen wahrhaft großen Mann, und wir fürchten, eine Ausnahmegesetzgebung, die sich gegen Bismarck richtet, wird nicht lange vor diesem Halt machen, und — Neid und Mißgunst ruhen nie — auch diese wirkliche Leuchte des Vaterlandes auslöschen. Darum principiis obsta! Eugen Richter könnte verhindert werden, sein Volk in der „Freis. Ztg." und — die Herzen beben bei dem bloßen Gedanken an die Möglichkeit des Verlustes — im Abc-Buch des freisinnigen Wählers zu berathen; lieber lassen wir „das Gerede des Fürsten Bismarck", um mit dem echten Weisen zu sprechen, weiter über uns ergehen. Der falschen Größe aber mag die Gewißheit auf der Seele brennen, daß sie das Recht, zu reden und zu schreiben, nur der Befürchtung der Nation verdankt, der Mund seines Feindes könnte geschlossen werden. Ein zerwühlender Gedanke am Abend eines langen, aber schlecht angewandten Lebens.

* * *

Am 26. October heißt es in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Der Pariser „Temps" bringt einen Artikel, in welchem dem Fürsten Bismarck allerhand phantastische Pläne über Erwerbung von Madagaskar, Abtretung von Ostafrika an England, Entschädigung Frankreichs in Aegypten u. s. w. zugeschrieben werden. Der „Berliner Local-Anzeiger" bemerkt dazu mit Recht: „Daß Fürst Bismarck solchen Plan im Ernst gehegt und gar von Abtretungen in Lothringen gesprochen haben sollte, ist natürlich ganz unmöglich." Wir können dem hinzufügen, daß der Fürst auch im Scherz solchen verrückten Kannegießereien niemals Ausdruck gegeben hat. Es gehört der ganze Artikel des „Temps" in die Kategorie der willkürlichen Erfindungen, an denen die französische Publicistik ja niemals Mangel gelitten hat, wenn sie deutsche Politik und deutsche Staatsmänner bespricht.

Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ bringt diesen französischen Artikel ohne Quellenangabe und ohne die Zweifel an der Glaubwürdigkeit, welche das oben genannte Berliner Blatt demselben anfügt. Wir können kaum glauben, daß die Münchener Redaction dem französischen Unsinn mit weniger politischem Judicium gegenüber gestanden hat als der „Local-Anzeiger“, und wollen annehmen, daß, wenn sie in der Einleitung ihres Abdrucks den Artikel als eine „Erinnerung“ bezeichnet, dies ein Druckfehler für „Erfindung“ ist; sonst müßten wir glauben, daß bei dem Besitzwechsel des Blattes, von dem wir gerüchtweise hören, die Politik desselben franzosenfreundlicher geworden sei.

* * *

In engem Zusammenhang mit den Seite 344—358 wiedergegebenen Ausführungen Harden's steht ein weiterer sachkundiger Artikel der „Zukunft“ zu der Boetticher'schen Sache in dem Heft vom 26. October. Er lautet:

Die verfolgte Unschuld. Ein Deutscher, der fern von der Heimath lebt und über die Vorgänge im Vaterlande nur aus den Zeitungen Kenntniß erhält, muß während der letzten Wochen zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß eine geradezu ungeheure Gefahr, eine allein, das Deutsche Reich bedroht, und daß die Gefahr von einer bösartig im Finstern waltenden Rotte stammt, die um jeden Preis und mit jedem Mittel einen ragenden Staatssecretair beseitigen möchte. Einen Staatssecretair von einer besonderen Sorte, so muß wohl der fern von der Heimath lebende Deutsche glauben; denn er erinnert sich ganz genau noch der Zeit, wo andere Staatssecretaire rücksichtslos, mitunter auch roh, im Reich bekämpft wurden — die Namen des Grafen Bismarck und des Herrn von Stephan drängen sich ins Gedächtniß —, ohne daß deshalb das Vaterland in Gefahr gerathen schien; auch der Zeit gedenkt er noch, wo Herr von Puttkamer an jedem Tage mindestens einmal als der Vater alles Unheils verlästert wurde, und wo Herr Richter, unter dem Beifall der Freisinnspresse, im Reichstag verkünden konnte, Fürst Bismarck ruinire das deutsche Land. Damals regte sich keine Empörung; damals fand man es ganz in der Ordnung, daß Parteibonzen und Holzpapierpolitiker ihren Grimm an Ministern und Reichsbeamten austobten, denen gewisse Verdienste doch nicht abzusprechen waren. Wie gewaltig muß der Werth des Mannes sein, zu dessen Schutz jetzt Alldeutschland die Waffen ergreift; so denkt der fern von der Heimath mit Zeitungsweisheit gefütterte Deutsche, und er schickt flehend die brünstige Bitte empor, ein gütiger Gott möge dem Vaterlande den Mann, den Einen, erhalten und das böse Trachten der Rotte zu Schanden machen. Er würde gewiß recht erstaunt sein, wenn ihm ein zugereister Landsmann erzählte: die Gefahr, die Du wähnst, besteht in der deutschen Wirklichkeit gar nicht; der Staatssecretair, der angeblich bedroht sein soll, ist der verhätschelte Liebling aller Parteien, die mit den historisch gewordenen Zuständen des Deutschen Reiches nicht zufrieden sind, ist ein mächtiger Mann, dem sogar Herr Bebel gern willfährig ist, nicht ein armer Verfolgter; für das Vaterland, das ganz andere

Gefahren umlauern, ist es sehr gleichgiltig, ob er mit seiner angenehmen Bureaukraten-routine bleibt oder geht, und von den Parteien und Personen, die in ihm nicht den Talisman der deutschen Herrlichkeit sehen, hat er schon deshalb nichts zu fürchten, weil sie das Recht des Kaisers und Königs, nach eigenem Ermessen die Minister und Staats-secretaire zu wählen und zu entlassen, nicht um Haaresbreite eingeengt wissen möchten. Dem Staunen würde vielleicht dann die Wuth folgen, und unser Deutscher würde zornig die verlogene Sippschaft schelten, die ihm die vaterländischen Zustände so frech immer fälscht; solche Regung müßte man schon einem Manne verzeihen, der so lange der Heimath entfremdet ist.

Wir leben im Deutschen Reich, wir sehen die Fäden und Drähte, wissen, wie öffentliche Meinungen heute gemacht werden, und haben das Wundern und Wüthen allmählich uns abgewöhnt. Uns hat auch das neueste Attentat auf den grausam verfolgten Staatssecretair nicht den Schrecken in die Beine gejagt: der schnöde Versuch, ihm das Recht einer selbstständigen Meinung abzuerkennen. Natürlich ging auch dieser Versuch von dem tückischen Führer der Rotte aus, die den gewaltsamen Umsturz des Staatssecretairs im Reichsamt des Innern bezweckt, und natürlich fand er bei allen verkommenen Menschen Unterstützung, die den hartgesottenen Sünder im Sachsenwald immer noch gern für einen großen Staatsmann und guten Kenner unserer Verfassungszustände ausgeben möchten. Dieses frevle Beginnen mußte sofort und thatkräftig zurückgewiesen werden. Einen Augenblick konnte man stutzen: als selbstständiger Politiker ist doch ein Mann nicht zu vertheidigen, der unter wechselnden Regierungen pünktlich auch stets seine Ansichten gewechselt hat; bald aber wurde die Erinnerung wach, daß man den gesunden Menschenverstand zu Hause lassen muß, wenn eine Weihrauchspende für Herrn von Boetticher geplant wird. Er soll jetzt ein selbstständiger Staatsmann sein, soll das Recht gehabt haben, im Jahre 1890 eine andere Politik zu treiben als sein Vorgesetzter, der Reichskanzler. Eine solche Theorie konnte nur in einer Zeit entstehen, die das Verständniß für das Wesen der Reichsverfassung verloren hat. Nachdem es möglich war, daß die deutschen Finanzminister unter dem Vorsitz des Reichsschatzsecretairs tagten, den Bismarck früher den deutschen Unterstaatssecretair des preußischen Finanzministers genannt hat, war die Bahn auch für die Anschauung frei, daß Staatssecretaire eine selbstständige Politik treiben dürfen. Immerhin ist die Sache wichtig genug, um die Mühe einer näheren Betrachtung zu lohnen, die nicht von dem Wahn ausgeht, daß jeder Schritt und jeder Anspruch des Herrn von Boetticher zu rühmen und zu vertheidigen ist, sondern von dem Wunsch, den Geist und den Sinn der Reichsverfassung vor Entstellung zu schützen.

Der Reichskanzler ist der einzige Reichsminister und der einzige kaiserliche Minister; ohne Kanzler kann der Kaiser nicht regieren, denn die Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidiums, jetzt also des Kaisers, bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung des Kanzlers, der dadurch für sie die Verantwortlichkeit übernimmt. Im Februar 1881 hat Fürst Bismarck im Reichstag gesagt: „Es kann aber Jedermann doch nur für seine eigenen Entschließungen und Handlungen verantwortlich sein, es

kann Niemand verantwortlich sein für Handlungen, welche von seinem freien Willen nicht abhängen, zu denen er gezwungen werden kann. Es muß daher der Verantwortende innerhalb des Rayons seiner Verantwortlichkeit einer vollständigen Unabhängigkeit und Freiheit genießen, sonst hört die Verantwortlichkeit auf, und wer sie dann im Reiche trägt, das weiß ich nicht, sie schwindet gänzlich." Weil es von dem freien Willen des Kanzlers abhängt, ob er den Entschlüssen und Verfügungen des Monarchen seine Mitwirkung leihen oder versagen mag, kann er für den ganzen Bereich seiner amtlichen Thätigkeit verantwortlich gemacht werden; und weil er allein die Verantwortung trägt, kann er keine Kollegen, keine selbstständig handelnden Staatsmänner neben sich haben.

Fürst Bismarck hat in derselben Rede gesagt: „Die Herren Chefs der Reichsämter sind nicht für mich verantwortlich, außer insoweit sie vermöge des Stellvertretungsgesetzes substituirt sind, sondern ich bin für ihre Handlungen verantwortlich; ich habe dafür aufzukommen, daß es Politiker sind, die sich mit der Gesammtrichtung der Reichspolitik, wie ich sie verantworten will, im Einverständniß halten, und wenn ich dieses Einverständniß dauernd und principiell bei Einem von ihnen vermisse, so ist es meine Pflicht und Schuldigkeit, ihm zu sagen: wir können beide zusammen nicht im Amte bleiben." Das entspricht genau den allseitig anerkannten staatsrechtlichen Verhältnissen. Die Staatssecretaire sind die Untergebenen des Kanzlers, sind die Unterstaatssecretaire, Ministerialdirectoren und Vortragenden Räthe des einzigen Reichsministers. An ein collegialisch zusammengesetztes Reichsministerium, das mit dem Bundesrath in Concurrenz treten müßte, ist in der Reichsverfassung nicht gedacht, und ihr Schöpfer hat sich, im Einverständniß mit den Vertretern aller deutschen Regierungen, gegen jeden Ansatz zu solchen Bildungen stets mit entschiedenstem Nachdruck ausgesprochen.

Die Officiösen des Herrn von Boetticher behaupten nun aber, der Staatssecretair habe erstens die Pflicht gehabt, auf Befragen dem Kaiser seine Ansicht offen mitzutheilen, auch wenn diese Ansicht von der seines Vorgesetzten abwich; diese Pflicht soll nicht geprüft oder bestritten werden, aber sie kann einen charaktervollen Mann kaum in Gewissensconflicte führen, denn ein solcher Mann wird nicht an weithin sichtbarer Stelle einer Politik dienen, die seiner Ueberzeugung nicht entspricht; thut er Das dennoch und enthüllt er dem Monarchen eine von der amtlichen Ansicht, die er zu vertreten hat, abweichende persönliche Meinung, so erschwert er den Gang der Geschäfte und schädigt die Autorität des Kanzlers, als dessen Beauftragter er überhaupt nur vor dem Kaiser erscheint. Die Officiösen des Herrn von Boetticher behaupten zweitens, der Staatssecretair habe die Rechte eines selbstständigen Politikers gehabt, weil er zugleich preußischer Staatsminister gewesen sei. Auch dieser Anspruch ist unhaltbar. Herr von Boetticher war und ist Minister ohne Portefeuille, er hat kein Ressort in ministerieller Selbstständigkeit zu verwalten, und er ist, wie Herr von Marschall, in den preußischen Ministerrath abgeordnet worden, um dort, wenn der Kanzler am Erscheinen verhindert ist, die Reichspolitik und die Ansicht des Reichskanzlers zu vertreten. Irgend eine andere Aufgabe haben die Herren, die im Reich Untergebene des Kanzlers sind, im preußischen Ministerium nicht, können sie auch nicht haben; wird ihnen diese Aufgabe lästig, dann bleibt ihnen, als Ventil, das

Recht, ihre Entlassung nachzusuchen. Herr von Boetticher hat im Reichs-Anzeiger erklärt, er habe im Februar 1890 von diesem Recht Gebrauch gemacht, Fürst Bismarck hat die Richtigkeit dieser Behauptung bündig bestritten und darauf hingewiesen, daß Gesuche um die Entlassung aus den Aemtern nicht bei ihm, sondern beim Kaiser und König vorzubringen waren. Ein Verhältniß, wie es Herr von Boetticher zu beanspruchen scheint, war und ist zu jeder Zeit vollkommen unmöglich. In der Theorie mag die Halbirung einer Person durchzuführen und auch zu begründen sein; in der Praxis des Geschäftsganges ist ein Zustand undenkbar, der einem Untergebenen des Kanzlers gestattet, bald als Diener des Kaisers, bald als preußischer Minister, immer aber in amtlicher Thätigkeit, Ansichten zu verfechten, die mit den Wünschen und Absichten seines Vorgesetzten in Widerspruch sind. Ein Staatssecretair, der, wenn er dem Monarchen Vortrag hält, sich bereit zeigt, zu gestehen, daß er die vorgetragenen Ansichten für falsch hält, und der als preußischer Minister diese Ansichten offen oder heimlich bekämpft, wäre eine betrübende und gefährliche Erscheinung. Bei alledem handelt es sich nicht um ein finsteres Planen und um eine tückische Feindseligkeit gegen den verfolgten Staatssecretair, sondern um die nüchterne Feststellung thatsächlicher Verhältnisse, die durch die Reichsverfassung geordnet sind. Wenn Herr von Boetticher im Frühjahr 1890 sich wirklich für berechtigt hielt, eine Politik zu vertreten und zu empfehlen, die von der seines Vorgesetzten abwich, dann hat er sich über die Grenzen seiner Machtsphäre schlimm getäuscht und dem Kanzler Anlaß zu sehr gerechter Beschwerde gegeben. Das wäre auch dann unbestreitbar gewesen, wenn in diesem besonderen Falle der Kanzler nicht kurz vorher dem Staatssecretair das amtliche Leben gerettet und sich damit noch einen individuellen Anspruch auf dankbare Treue erworben hätte.

Diese Lebensrettung ist vor acht Tagen geschildert worden, und die Mittheilungen, die mir seitdem, auch von Herrn von Boetticher eng befreundeten Personen, gemacht worden sind, haben die Richtigkeit der Darstellung in allen Punkten bestätigt. Sachliche Einwände sind nicht erhoben worden, und mit den persönlichen Beschimpfungen und den Versuchen, durch gehäufte Lügen das Volk noch ferner zu täuschen, brauchen wir uns an dieser Stelle nicht zu beschäftigen. Es hat sich gezeigt, daß die neun Staatsminister ungenügend informirt waren, als sie, nach bestem Wissen und Gewissen, ihre Erklärung veröffentlichten; die Erfahrung stimmt die Herren hoffentlich milder für die Fälle, wo auch einem Privatmann, dem amtliche Quellen nicht zugänglich sind, bei Aeußerungen in Rede und Schrift Irrthümer begegnen. Die Feststellungen, die das Staatsministerium bezeugen zu dürfen glaubte, sind nur durch eine mangelhafte Kenntniß der Vorgänge möglich geworden. Es handelte sich nicht um den drohenden finanziellen Zusammenbruch eines Privatbankiers, sondern um schon vorhandene Defecte, die durch strafbare Handlungen des Directors einer Reichsbankstelle herbeigeführt waren. Nicht den Freunden des Schwiegervaters, sondern dem Schwiegersohn wurde aus disponiblen Staatsfonds eine Zuwendung gemacht, die ihn, nach der Absicht des Gebers und des Mannes, der die Zuwendung empfohlen hatte, aus einem wirklichen oder doch scheinbaren Abhängigkeitsverhältniß erlösen sollte. Und als die traurige Geschichte sich ab-

spielte, war in der That eine Zeit angebrochen, wo über den Bankverkehr bedeutsame Entscheidungen zu treffen waren. Zweifelhaft bleibt nur, ob Herr von Boetticher selbst an der Herbeischaffung der Summen betheiligt war, die zur raschen Deckung der Defecte nöthig wurden. Die Freunde des Staatssecretairs bestreiten es und sagen, das ganze Arrangement habe ein dem Hause verwandter Großkapitalist bewirkt, der inzwischen leider, wie die Herren von Dechend und Berg, verstorben ist. Fürst Bismarck scheint eine andere Auffassung gehabt zu haben; wenigstens las man am 25. Juni 1895 noch in den „Hamb. Nachr.": „Der Schwiegervater des Herrn von Boetticher ist aus seinen Verlegenheiten ausschließlich durch seinen Schwiegersohn befreit worden." Sicher ist jedenfalls, daß Herr von Boetticher an der Deckung der Defecte durch das Opfer seines Vermögens, das etwa fünfzigtausend Mark betrug, sich betheiligt hat; sicher ist, daß er die strafbare Handlung nicht zur Anzeige gebracht hat — wozu er, als Angehöriger, gesetzlich auch nicht verpflichtet war; sicher ist endlich, daß er dem Fürsten Bismarck die Vorgänge erst mitgetheilt hat, als die Summen herbeigeschafft und die Defecte gedeckt waren. Die Angabe, diese Mittheilung sei nur verspätet worden, weil der Reichskanzler gerade in Friedrichsruh war, wird man nicht ernsthaft zu erörtern haben, und eben so wenig wird die Thatsache ins Gewicht fallen, daß unter den Nothhelfern auch ein Herr gewesen sein soll, der als Grundbesitzer bezeichnet wird.

Wichtig ist, von Anderem abgesehen, zunächst die Feststellung, daß Fürst Bismarck nicht, wie man nach der ministeriellen Erklärung annehmen mußte, Staatsfonds benutzt hat, um den Privatfreunden eines verkrachten Bankdirectors Summen zu ersetzen, die sie zur Rettung ihres Freundes aufgebracht hatten. Das wäre eine Gewissenlosigkeit gewesen, deren Enthüllung das Ansehen der Staatsverwaltung schwer schädigen müßte. In der Wirklichkeit lagen die Dinge anders; und da die Nebensätze, die vor acht Tagen hier von der Begünstigung sprachen, wahrscheinlich, weil sie nicht klar genug gefaßt waren, vielfach mißverstanden, vielfach auch wohl absichtlich entstellt worden sind, ist es nöthig und nützlich, den Sachverhalt noch einmal darzustellen. Eine Begünstigung, die bei schweren Delicten nur straflos bleibt, wenn sie dem Thäter von einem Angehörigen gewährt worden ist, der den Beistand nicht seines Vortheils wegen geleistet hat, liegt immer vor, wo wissentlich eine Hemmung der staatlichen Rechtspflege erstrebt und der Versuch gemacht wird, den Schuldigen der Bestrafung zu entziehen oder ihn der verfolgenden Behörde gegenüber in eine günstigere Lage zu bringen. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß Personen, die, um einen Scandal zu vermeiden und einen Schuldigen der Strafe zu entziehen, strafbare Defecte unter der Hand decken und die Anzeige des Thäters unterlassen, sich einer Begünstigung schuldig machen; das Thun solcher Personen ist dem Gefühl durchaus verständlich, aber es würde vor dem Gesetz keinen leichten Stand haben. Daran wird auch durch den deutschen Rechtssatz nichts geändert, daß bei allen Vermögensdelicten der Ersatz keine Strafausschließung begründet. Es versteht sich von selbst, daß der Stralsunder Bankdirector stets strafbar blieb, auch nachdem die Defecte gedeckt waren; die Personen aber, die für die Deckung sorgten, wollten eben die Entdeckung des Thäters und seine Bestrafung verhindern, und sie machten sich

durch diese vorsätzliche Hemmung der staatlichen Rechtspflege wohl genau so der Begünstigung schuldig wie Jemand, der einem Diebe zur Flucht verhilft und ihn damit zwar nicht der Strafbarkeit, aber der Bestrafung entzieht. Dabei braucht man noch gar nicht daran zu denken, daß in unserem Falle eine Person vorhanden gewesen sein muß, die mit der Hoffnung auf sofortige Deckung den Reichsbankpräsidenten von der Anzeige des Thäters zurückhielt. Der Reichskanzler hätte sich unbedingt verpflichtet gefühlt, den Thäter zur Bestrafung zu bringen, wenn ihm der Sachverhalt rechtzeitig mitgetheilt worden wäre. Da er ihn erst erfuhr, als die Defecte gedeckt waren, mußte er anderen Erwägungen Raum geben. Ein Strafverfahren war, weil Ersatz nicht vor Strafe schützt, auch jetzt noch möglich; aber war es auch jetzt noch nützlich? Sollte man, um dem Buchstaben des Gesetzes gerecht zu werden, einen alten Mann ins Gefängniß liefern, nachdem sein Verschulden wenigstens materiell schon ausgeglichen war? Sollte man die Art dieser Ausgleichung in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung aufhellen lassen und den Vertreter des Reichskanzlers den ärgerlichsten Erörterungen und Gerüchten aussetzen? Politische Gründe und die ernste Rücksicht auf das Staatsinteresse empfahlen dringend, den drohenden Scandal zu vermeiden — und diese Gründe und Rücksichten wogen schwerer als das Gesetzbuch. Fürst Bismarck hat, wie jeder unbefangene Beurtheiler zugeben muß, als Staatsmann und Reichskanzler durchaus richtig und löblich gehandelt, als er in diesem Stadium die Sache ruhen ließ und nur dafür Sorge trug, seinen Untergebenen durch die Gnade des alten Kaisers aus einer lästigen Verpflichtung zu lösen. Und er sieht in dieser Beleuchtung sicher anders und unendlich viel vortheilhafter aus als im trüben Schatten des Verdachtes, er habe aus dem Welfenfonds Privatleuten Geschenke von vielen hunderttausend Mark gemacht.

Für Herrn von Boetticher war es ein Glück, daß ihm dieser Reichskanzler schützend und helfend zur Seite stand. Herr von Boetticher hat überhaupt immer das Glück, bei den Mächtigen der Stunde beliebt und gern gesehen zu sein. Daß er jetzt in unangenehme Betrachtungen hineingezogen worden ist, mag ihn verdrießen; aber er hat den Vortheil davon, daß die Vorgänge nun doch einigermaßen aufgeklärt sind, und daß über das Verhalten des Staatssecretairs sich Jeder künftig ein persönliches Urtheil bilden kann. Die alberne Mär von der gemeingefährlichen Rotte, die in nächtigem Dunkel gegen den hilflosen Herrn wüthet und wühlt, sollte nun endlich verstummen, damit bei den fern von der Heimath lebenden Deutschen nicht der Irrwahn entsteht, das Bleiben oder das Gehen des unermeßlichen Herrn von Boetticher habe für das Deutsche Reich eine Lebensbedeutung. Der Gefeierte ist sehr stark, er sitzt überall, wo es ihm wichtig erscheint, wohl fest in der Gunst, und für ihn schlagen mannhaft, unter dem beuligen Panzer einer schon recht defecten, aber blitzblank geputzten Moral, alle Herzen, die von seiner Thätigkeit einen Vortheil erhoffen. Ein solcher Held seiner Zeit braucht nicht wie ein kränkelndes Jüngferchen, ängstlich vor jedem rauhen Luftzug bewahrt und nicht, wie eine grausam verfolgte Unschuld, vor der Nachstellung arglistiger Männer behütet zu werden.

* * *

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 1. November (M.-A.):

Eine Gruppe von französischen Diplomaten und Schriftstellern hat es sich seit Jahren zur Aufgabe gemacht, die Fabel von der Kriegsgefahr von der Frankreich im Frühjahr 1875 durch Deutschland bedroht gewesen sei, groß zu ziehen, um dadurch das Verdienst der Rettung des Vaterlandes und gleichzeitig auch den Ruhm der ersten Begründung des französisch-russischen Bündnisses für sich in Anspruch zu nehmen. Die „Kölnische Zeitung" bemerkt dazu:

Der Pariser „Figaro" dient meist als Mundstück, durch das von Zeit zu Zeit die Keratry, Daudet, Grandlieu u. a. Enthüllungen über die patriotische Thätigkeit bringen, mit der im Jahre 1875 Decazes, Leflô oder Gontaut-Biron die Pläne der Bismarck'schen Staatskunst zu durchkreuzen und, dank der von ihnen gewonnenen russischen Unterstützung, den Krieg zu verhindern gewußt haben wollen. Von deutschen Schriftstellern ist es unseres Wissens allein Herrn Geffcken (in der deutschen Revue 1892) vorbehalten geblieben, darin den Franzosen Beistand zu leisten. Auch neuerdings kommt der „Figaro" wieder mit Auszügen aus einer durch den alten Herzog von Broglie im Correspondant besorgten Veröffentlichung von Denkwürdigkeiten des früheren Botschafters Gontaut-Biron, der allerdings nur die schon früher vorgebrachten Mittheilungen über die angeblichen Kriegsdrohungen in Berlin wiederholt. Danach wäre Gontaut längere Zeit durch den Fürsten Bismarck persönlich schlecht behandelt, und dann eines Tages durch Herrn von Radowitz — der unmittelbar zuvor von Rußland zurückgekehrt sei, nach Ausführung des Auftrages „de sonder le terrain et tâter le Tsar" — mit der directen Ankündigung überfallen worden, daß Deutschland Frankreich angreifen müsse, bevor dieses wieder zu stark geworden sei. Gontaut habe über diese cynischen Ausführungen sofort nach Paris an den Herzog von Decazes berichtet, der sie durch Rundschreiben den europäischen Mächten bekannt gemacht habe. Darauf sei im März 1875 die russische Einmischung in Berlin und damit die „Rettung" durch Gortschakow erfolgt. Es lohnt sich wirklich nicht mehr, diesen französischen Schwindel sachlich zu beleuchten. Kein verständiger Mensch glaubt ernsthaft, daß Fürst Bismarck im Jahre 1875 den Krieg gegen Frankreich geplant hat; ebensowenig wird von andern als etwa den Freunden des „Figaro" angenommen, daß Herr von Radowitz nach St. Petersburg geschickt worden sei, um dort den Kriegsfall mit Frankreich zur Sprache zu bringen; und endlich steht es längst amtlich fest, daß Herr von Radowitz die von Gontaut behaupteten Ausführungen weder im höhern Auftrage, noch auf eigene Verantwortung gemacht hat, auch nach Lage der Verhältnisse und unserer damaligen Beziehungen zu Frankreich ganz unmöglich hätte machen können. Es ist eine in der diplomatischen Geschichte kaum erhörte Dreistigkeit, daß derartige Unwahrheiten trotz wiederholter und unzweideutiger Richtigstellung von französischen Politikern immer wieder erneuert werden.

Der Münchener „Allgemeinen Zeitung" wird in gleicher Sache aus Berlin geschrieben:

Die unlängst gebrachten auszüglichen Mittheilungen aus den Memoiren des Herrn de Gontaut-Biron, mit denen der Herzog von Broglie, der jetzt politisch kalt gestellte, aber noch immer gern politisirende Academiker im „Correspondant“ seinen Landsleuten aufwartet, zeigen auf's Neue, wie zähe unsre westlichen Nachbarn, die unversöhnlichen Herausforderer von 1870, an der von ihnen einmal in Umlauf gesetzten Legende von der „deutschen Kriegshetze im Jahre 1875“ festhalten. Nur dank der Gnade Gottes, der Huld des Czaren und der Wachsamkeit des Herrn de Gontaut wurde — so versichern sie einmal über das andere — von Frankreich das Schicksal völliger Vernichtung abgewandt, das Fürst Bismarck ihm zugedacht hatte. Eine besonders glänzende Rolle ist es freilich nicht, die sie sich selbst, bezw. ihren officiellen Vertretern dabei vindiciren, allein der Wunsch, Rußland feiern und mit einem Schein von Recht die Anfänge der entente franco-russe um volle zwei Decennien zurückdatiren zu können, macht sich bei den Franzosen so lebhaft geltend, daß ihnen darüber selbst der alte Nationalstolz fast verloren geht. Doch das ist ihre Sache, und wenn sie zur freiwilligen Selbstherabsetzung in majorem gloriam des Fürsten Gortschakow der Legende von den bösen, friedensfeindlichen Absichten des Fürsten Bismarck absolut bedürfen, so mögen sie mit derselben immerhin weiter operiren. Man könnte ihnen mit Engelzungen das Gegentheil predigen und bis ins kleinste Detail nachweisen, daß sie sich im Irrthum befinden — an der vorgefaßten Meinung würden sie trotzdem festhalten. Wir müssen uns also an dem Bewußtsein genügen lassen, daß man sowohl bei uns, wie — von Frankreich und gewissen russischen Kreisen abgesehen — auch im Auslande besser unterrichtet ist, und daß trotz der französischen Insinuationen die unparteiische Geschichtschreibung der ehrlichen Friedensfreundlichkeit, die Fürst Bismarck in voller Uebereinstimmung mit den Intentionen seines kaiserlichen Herrn im Jahre 1875 ebenso bethätigte wie vor- und nachher, volle Gerechtigkeit widerfahren lassen wird. Mögen nun auch die obenerwähnten Gontaut'schen Aufzeichnungen über die „Krisis von 1875“ die früheren Beschuldigungen gegen die deutsche Politik und ihre Leiter in besonders schroffer Form wiederholen, so würde — aus den eben angeführten Gründen — doch kaum ein Anlaß vorliegen, sie kritisch zu beleuchten, wenn diese Veröffentlichung nicht zugleich eine Verdächtigung gegen Herrn von Radowitz, den gegenwärtigen kaiserlichen Botschafter in Madrid, sich gestaltete. Aus dem Munde des Herrn von Radowitz, „der nach dem dritten Glase ein Geheimniß angeblich nicht mehr bewahren konnte“, will Herr de Gontaut-Biron bei einer am Schlusse eines opulenten Mahles vorgenommenen Sondirung erfahren haben, daß Fürst Bismarck das noch nicht völlig gerüstete Frankreich mit Krieg zu überziehen und zu Boden zu werfen gedachte. In Folge dessen sei dann auf specielle Weisung aus Paris in St. Petersburg Alarm geschlagen worden. Herr von Radowitz vermag, da er sich noch in Activität befindet, gegen diesen insipiden Angriff nicht selbst Protest zu erheben, seine vorgesetzte Behörde, das Auswärtige Amt, aber dürfte es für überflüssig erachten, nochmals zu der Sache das Wort zu ergreifen, da die jetzt wieder ausgegrabenen Insinuationen einmal schon im Juni 1887, anläßlich der Leflô'schen „Enthüllungen“, durch ein ohne Zweifel hochofficiöses Communiqué in der „Nordd. Allg. Ztg.“ als Erdichtung,

als das „Product französischer Einbildungskraft“ zurückgewiesen wurden. Man wird sich freilich der damaligen geharnischten Erklärung nicht überall mehr erinnern, und so mag es einem Freunde der „Allg. Ztg.“, der über die Vorgänge von 1875 genau unterrichtet ist und den handelnden Personen nahe gestanden hat, gestattet sein, an dieser Stelle für den verdienten Diplomaten nochmals eine Lanze zu brechen und auf das nachdrücklichste zu versichern, daß derselbe sich der Indiscretion und Ungeschicklichkeit, die ihm französischerseits nachgesagt wird, niemals schuldig gemacht hat. Wäre es der Fall gewesen, so würde Fürst Bismarck, der in solchen Dingen doch nicht mit sich spaßen ließ, ihm nicht das vollste Vertrauen bewahrt haben; ja hätte man — von dem in Rede stehenden speciellen Falle ganz abgesehen — ein unvorsichtiges Plaudern „nach dem dritten Glase“ von ihm überhaupt zu befürchten gehabt, so würde er wahrlich nicht zu den wichtigsten diplomatischen Vertrauensstellungen emporgestiegen und bis heute auf einem solchen Posten verblieben sein.

Thatsache ist es dagegen, daß zu der Zeit, mit welcher der jüngst erschienene Abschnitt der Gontaut'schen Memoiren sich beschäftigt, aus Gründen, die hier nicht weiter erörtert zu werden brauchen, Herr von Radowitz, von dem man wußte, daß Fürst Bismarck ihm besonders wohlwollte, die bête noire für eine gewisse franco-russische Diplomaten-Clique war, die gegen die Bismarck'sche Politik andauernd intriguirte und dabei leider auch in einheimischen Berliner Kreisen Unterstützung fand. Dazu kam, daß Herr von Radowitz sich das Mißfallen des Fürsten Gortschakow zugezogen hatte, wie allgemein verlautete, weil durch eine ihm übertragene Mission am Hofe Alexander's II. die bekanntlich sehr stark entwickelte Eitelkeit des russischen Kanzlers tief gekränkt worden war. Unter diesen Umständen mochte Herr de Gontaut-Biron es für einen besonders feinen diplomatischen Schachzug halten, sich gerade Herrn von Radowitz auszusuchen und unter Berufung auf ihn seine vorgeblichen Kriegsbesorgnisse in St. Petersburg zu accreditiren. Er durfte darauf rechnen, daß Fürst Gortschakow eine solche Enthüllung bereitwilligst glauben und verwerthen würde. Daß der damalige französische Botschafter am hiesigen Hofe über seine Unterhaltung mit Herrn von Radowitz wissentlich Unwahres berichtet habe, braucht man dabei garnicht anzunehmen. Wahrscheinlich war er selber schon beim dritten oder einem noch späteren Glase angelangt und daher sehr geneigt, zu hören, „was sauset und was brauset“, als er den deutschen Diplomaten nach dem opulenten Diner oder Souper „sondirte“ und zu diesem Zwecke in der Unterhaltung unter vier Augen das Thema der deutsch-französischen Beziehungen anschlug. Möglich, daß Herr von Radowitz die Gelegenheit benützte, um auf das die Erhaltung des Friedens erschwerende, provocirende Treiben der französischen Revanchards hinzuweisen, und daß der französische Botschafter, in dem ängstlich-eifrigen Bestreben, die geheimsten Gedanken der leitenden deutschen Staatsmänner um jeden Preis zu ergründen, die Mahnung als Bedrohung auffassen und in dem, der vor frivoler Herausforderung warnte, einen Herausforderer erblicken zu müssen glaubte. Herr de Gontaut war gewiß ein ganz guter Mensch und Cavalier, aber ein schlechter Musikant, ein recht schwacher politischer Geschäftsmann; er verstand sich wohl auf Salongeschwätz, als Diplomat dagegen zeigte er

sich viel zu aufgeregt und unklar; dabei war er von einer gewissen weinerlichen Höflichkeit, die ihm freilich die Sympathien leicht gerührter Damen erwarb. Last not least gab er sich ganz den russischen Einflüssen hin und zwar nicht nur aus politischen Erwägungen, sondern mindestens eben so sehr aus rein persönlichen Gründen, über die der Schleier der Liebe gebreitet sein mag. Wer das Vergnügen gehabt hat, die Herren de Gontaut und von Radowitz zu kennen, wird jedenfalls über die Behauptung des Ersteren, daß es ihm gelungen sei, den Letzteren in der bezeichneten Weise „auszuholen" und ihn zur Verletzung der berufsmäßigen Discretion zu bewegen, einfach die Achseln zucken.

Die Angaben beider Blätter stimmen mit den Informationen überein, die uns in dieser Angelegenheit zu Theil geworden sind und denen wir im Laufe der Jahre mehrfach Ausdruck gegeben haben.

* * *

Zur Geschichte des Klebegesetzes veröffentlichen die „Berl. Neuest. Nachrichten" am 8. November folgende Zuschrift:

Wabnitz, den 29. October 1895.

In verschiedenen Zeitungen wurden angebliche Aeußerungen des Herrn Ministers von Boetticher über das Zustandekommen des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes veröffentlicht, welche den Anschein hervorrufen, als ob Fürst Bismarck der Abstimmung über das Gesetz trotz seiner Befürwortung desselben im Plenum doch mehr passiv gegenüber gestanden habe. Dem betreffenden Berichterstatter und ebenso dem Herrn Minister ist wahrscheinlich unbekannt, daß einer oder der andere Abgeordnete vor jener Abstimmung sich verpflichtet hielt, dem Fürsten Bismarck mitzutheilen, daß er gegen das Gesetz stimmen zu müssen glaube, weil er, obschon mit der Tendenz einverstanden, doch eine ganze Reihe von Einzelbestimmungen für so mangelhaft durchgearbeitet erachte, daß eine nochmalige Durchberathung des ganzen Gesetzes sehr erwünscht erschiene.

Diesen Bedenken gegenüber machte Fürst Bismarck geltend, daß Fehler des Gesetzes sich auch später beseitigen ließen, daß seine Ablehnung aber ein politischer Act von großer Tragweite sei. Die Stellung des Ministers von Boetticher, der das volle Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers besitze, der durch sein großes Talent, mit dem Bundesrath zu verhandeln, und durch seine hervorragende Arbeitskraft ihm im Augenblick ein sehr werthvoller Mitarbeiter sei, würde durch die Ablehnung so erschüttert werden, daß er kaum glaube, ihn dann noch halten zu können. Herrn von Boetticher's Abgang bedeute aber eine Erschwerung des Verkehrs Seiner Majestät mit ihm, dem Reichskanzler, und so wenig er auf die gefaßten Entschließungen von Abgeordneten irgend welche Einwirkung ausüben wolle, so bäte er seine persönlichen Freunde doch, diejenigen Folgen erwägen zu wollen, welche das Ausscheiden des Ministers von Boetticher nach sich ziehen könne.

Ich bin meinestheils noch heute der Meinung, daß diese Erwägungen es gewesen sind, welche die Annahme des Gesetzes ermöglichten, und daß ohne diese Intervention des Fürsten Bismarck die Ablehnung des Gesetzes damals erfolgt wäre.

v. Kardorff=Wabnitz.

Darüber äußert die „Rheinisch=Westfälische Zeitung":

„Es ist unbegreiflich, wie auf Grund dieser Zuschrift linksstehende Blätter den Versuch machen können, in gehässiger Weise den Fürsten Bismarck als den Vater des ‚Klebegesetzes' hinstellen zu wollen. Die Zuschrift bestätigt lediglich das, was Bismarck wiederholt ausgesprochen hat. Die ‚Kleberei' war nach des Fürsten Meinung einer der ‚Fehler des Gesetzes, die sich auch später beseitigen ließen'. Nur um den Grundgedanken des Gesetzes zu retten und Herrn von Boetticher's Abgang zu verhindern, machte er diesem die bewußte Concession; er selbst aber war damals ebenso wie heute weit davon entfernt, das ‚Klebegesetz' gut zu heißen."

Die „Berl. Neuesten Nachr." bemerken:

„Unseres Erachtens ließe sich daran noch manche andere Betrachtung knüpfen. Jedenfalls zeigt die Intervention des Fürsten Bismarck zu Gunsten der Annahme eines ihn durchaus nicht befriedigenden Gesetzes von einem hohen Vertrauen in seinen damaligen ersten Mitarbeiter, zugleich aber auch von der Bethätigung dieses Vertrauens durch die Beseitigung einer Situation, in welche die Ablehnung des Gesetzes Herrn von Boetticher versetzt haben würde. Fürst Bismarck ging dabei von der Ansicht und Absicht aus, sich in Herrn von Boetticher einen bis dahin bewährten Vertreter seiner eigenen Auffassungen bei Seiner Majestät, im Bundesrath und Staatsministerium zu erhalten. Hierin hat der Fürst sich bekanntlich getäuscht. Herr von Boetticher selbst hat in den Zeitungsmittheilungen über angebliche Aeußerungen von ihm, die ihm mit Recht oder Unrecht zugeschrieben werden, bisher von seiner Seite jedenfalls unwidersprochen geblieben sind, dargethan, daß er dieser Voraussetzung des Fürsten, in ihm einen absolut sicheren und zuverlässigen Vertreter der kanzlerischen Politik zu besitzen, nicht, wenigstens von jener Zeit an nicht mehr entsprochen hat, und der weitere Verlauf der Dinge hat erwiesen, daß das Gegentheil jener Voraussetzung zutraf. Es ist nicht unsere Absicht, hiermit nach fast sechs Jahren Recriminationen und Vorwürfe zu verbinden, zu welchen ein praktischer Zweck für den Tagesbedarf nicht vorliegt; es handelt sich nur um die Feststellung der Thatsachen für die Geschichte."

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 10. November (A.=A.) lesen wir Folgendes: In einer Zuschrift des „Pfarrervereins der Provinz Schlesien" an die

„Schlesische Zeitung" war in Bezug auf den Fürsten Bismarck gesagt worden:

„In das uneingeschränkte Lob des alten Reichskanzlers, das so laut erschallt, daß die nachfolgenden Regierungen an Autorität verlieren müssen, können viele von uns nicht so ohne Weiteres einstimmen. Bismarck's Stellung zur evangelischen Kirche war eine mindestens gleichgültige, ja mißtrauische, die Pflege der sittlich-religiösen Mächte im Volksleben hat von ihm keine Förderung erfahren, der letzthin ausgesprochene Satz: ‚In der inneren Politik ist er für unser Vaterland geradezu verhängnißvoll gewesen,' will auch uns richtig erscheinen."

Dazu bemerkt die „Schlesische Zeitung":

„Fürst Bismarck ist selbstverständlich auch in unseren Augen ein dem Irrthum unterworfener Mensch. Seine Fehler und Irrthümer tragen aber alle den Stempel der unmeßbaren Größe, die ihn zu einem auserlesenen Rüstzeug der Vorsehung und zum Befreier und Einiger unseres Volkes gemacht hat. Wegen unserer Verehrung für ihn getadelt zu werden, rechnen wir uns zur Ehre. Was hier von seinem Verhältniß zur Kirche gesagt ist, kann nur sehr zum Theil richtig sein. Denn seinen Christenglauben hat er in Briefen und Reden oft und entschieden bekannt. Und wenn die Liebe des Gesetzes Erfüllung ist, so wird die Gluth übermächtiger Liebe, die das Herz des gewaltigen Mannes für sein Volk und Vaterland erfüllt, vielleicht auch vor dem Throne der Allmacht ins Gewicht fallen. Uns aber, die wir ihn nicht zu richten haben, ist er nicht ein unfehlbarer Nationalheiliger, sondern der Erretter unseres Volkes aus Ohnmacht und elender Zerrissenheit, der Baumeister des jungen Reiches. Und als solchem wollen wir ihm die Treue bewahren jetzt und über sein Grab hinaus."

* * *

Die Stadt Homburg v. d. H. hatte dem Altreichskanzler einen künstlerisch ausgestatteten Ehrenbürgerbrief übersandt. Darauf lief, dem „Taunusb." zufolge, bei dem Bürgermeister Dr. Tettenborn folgendes Schreiben ein:

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, meinen Herren Mitbürgern in Homburg für den kunstvoll und sinnig ausgestatteten Ehrenbürgerbrief meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen. Ich war in Frankfurt lange Zeit Nachbar und später oft Besucher Homburgs und habe nur angenehme Erinnerungen an Ihre freundliche Heimath.

v. Bismarck.

Friedrichsruh, den 12. November 1895.

* * *

Wir lesen in den „Berl. Neuesten Nachr.":

„Nachdem Herr Landgerichtsrath Kulemann in Braunschweig jüngst in der ‚Gegenwart' die braunschweigische Thronfolge zu Gunsten der Nach-

kommen des Herzogs von Cumberland erledigt hat, springt er in der neuesten Nummer jener Zeitschrift für Herrn Minister von Boetticher ein. Wir würden keine Veranlassung haben, uns mit dem Artikel zu befassen, wenn sich darin nicht die Behauptung fände, daß die Angriffe gegen Herrn von Boetticher ‚zunächst von Friedrichsruh (nicht Friedrichsruhe, wie Herr Kulemann schreibt) ausgegangen seien.‘ Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Die bis in die neueste Zeit fortgesetzte Polemik in einzelnen Blättern ist lediglich eine Folge des auffallenden Schrittes, den das Staatsministerium mit der bekannten ‚Erklärung‘ gethan. Wenn ein so schwerer Stein in das Wasser geworfen wird, dauert es bekanntlich lange, bis die Wellenkreise sich verlaufen. Darauf mußte das Ministerium bei jener Veröffentlichung gefaßt sein. Sodann ist das erste Signal seiner Zeit im Jahre 1890 bekanntlich in einem Wiener Blatt gegeben worden, nicht vom Fürsten Bismarck, der dadurch ebenso überrascht wurde wie das Publicum, sondern wohl von einer Seite, welche glaubte, solches Geschützes zu bedürfen, um damit die Auslieferung des Welfenfonds zu erreichen. Wie die Dinge verlaufen sind — hat das Geschütz seine Schuldigkeit gethan, zur großen Befriedigung des uns unfreundlich gesinnten Auslandes.“

* * *

Am 19. November wird den „Hamb. Nachr.“ mitgetheilt:

Das Denkmal, welches die alten Herren des Kösener S. C. dem Fürsten Bismarck auf der Rudelsburg setzen, stellt bekanntlich in der Hauptfigur den achtzehnjährigen Stud. jur. Otto von Bismarck nach einer von Kessel'schen Zeichnung aus dem Jahre 1832 dar. Der Sockel des Denkmals soll das Relief des achtzigjährigen Fürsten tragen. Dieses letztere ist jetzt fertig gestellt, und zwar entstand es unter den Augen des Fürsten Bismarck selbst in Friedrichsruh. Der mit der Ausführung des Werkes betraute Künstler, Bildhauer Pfretzschner, weilte zu diesem Zwecke fünf Tage als Gast des Fürsten in Friedrichsruh, wo er das Bild des Altreichskanzlers in halber Lebensgröße schuf. Als Atelier diente der fürstliche Speisesaal, die Arbeitszeit fiel mit der Frühstückszeit zusammen, und als Staffelei diente der Frühstückstisch. Der Fürst bewegte sich, erzählte, lachte, besah sich ab und zu die Arbeit, machte seine kritischen Bemerkungen und richtete dabei sein Hauptaugenmerk auf die Unterlippe:

> Mich haben die Künstler — so meinte der Fürst — immer ohne Unterlippe dargestellt, das ist falsch; sie ist bei mir sehr ausgesprochen vorhanden. Nicht zu sehr, denn das würde Eigensinn bedeuten; der war mir immer fremd, wenn ich bessere Ansichten fand als meine; aber in einer wohlausgebildeten Unterlippe liegt Beharrlichkeit.[1])

---

[1]) Vgl. ganz ähnlich oben Seite 178.

So entstand eigentlich Zug um Zug das Reliefportrait unter directer Mit- und Einwirkung des Altreichskanzlers selbst. Der Fürst war von der Arbeit des Künstlers so befriedigt, daß er, als Herr Pfretzschner seine Arbeit beendet hatte, das Modellirholz ergriff und mit eigener Hand sein bekanntes v. B. links unter das Bild in den Thon eingrub und damit dem Werke eine Signatur gab, wie noch keines eine ähnliche erhalten hat. Wie wir hören, wird das Relief binnen Kurzem hier bei Schulte zur Ausstellung gelangen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 24. November (M.-A.):

Die Cabinetsordre von 1852. Wir werden nachträglich auf einen Artikel aufmerksam gemacht, der vor einiger Zeit im „Berl. Tgbl." erschienen ist, und worin u. A. gesagt wird: „Der Bruch des Fürsten Bismarck mit Kaiser Wilhelm II. erfolgte bekanntlich wegen der Meinungsverschiedenheiten des Kaisers und des Kanzlers über die Cabinetsordre von 1852. Wie erinnerlich, wollte Fürst Bismarck unter Berufung auf dieselbe nicht dulden, daß die Ressortminister beim Kaiser Vortrag halten dürften, ohne seine, des Kanzlers resp. Ministerpräsidenten jedesmalige Erlaubniß zu haben. Der Kaiser betrachtete diese Haltung seines ersten Beamten als einen Eingriff in seine monarchischen Rechte."

Das „bekanntlich", welches der Verfasser hier braucht, ist ein Wort das überall da Anwendung findet, wo man nicht genau Bescheid weiß. Der Autor des „Berl. Tgbl." kennt offenbar die Ordre von 1852 nicht, über die er mit so viel Sicherheit schreibt. Sie lautet:

„Ich finde es nöthig, daß dem Ministerpräsidenten, mehr als bisher, eine allgemeine Uebersicht über die verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung und dadurch die Möglichkeit gewährt werde, die nothwendige Einheit darin, seiner Stellung gemäß, aufrecht zu erhalten und Mir über alle wichtigen Verhaltungsmaßregeln auf Mein Erfordern Auskunft zu geben. Zu dem Ende bestimme Ich Folgendes: 1. Ueber alle Verwaltungsmaßregeln von Wichtigkeit, die nicht schon nach den bestehenden Vorschriften einer vorgängigen Beschlußnahme des Staatsministeriums bedürfen, hat sich der betreffende Departementschef vorher, mündlich oder schriftlich, mit dem Ministerpräsidenten zu verständigen. Letzterem steht es frei, nach seinem Ermessen eine Berathung der Sache im Staatsministerium, auch nach Befinden eine Berichterstattung darüber an Mich zu veranlassen. 2. Wenn es zu Verwaltungsmaßregeln der angegebenen Art, nach den bestehenden Grundsätzen, Meiner Genehmigung bedarf, so ist der erforderliche Bericht vorher dem Ministerpräsidenten mitzutheilen, welcher denselben mit seinen etwaigen Bemerkungen Mir vorzulegen hat. 3. Wenn ein Verwaltungschef sich bewogen findet, Mir

in Angelegenheiten seines Ressorts unmittelbar Vortrag zu halten, so hat er den Ministerpräsidenten davon zeitig vorher in Kenntniß zu setzen, damit derselbe, wenn er es nöthig findet, solchen Vorträgen beiwohnen kann. — Die regelmäßigen Immediatvorträge des Kriegsministers bleiben von dieser Bestimmung ausgeschlossen.

Charlottenburg, den 8. September 1852.

gez. Friedrich Wilhelm.
gegengez. Manteuffel".

Danach ist durchaus nicht gesagt, daß zu Immediatvorträgen eine Erlaubniß des Ministerpräsidenten erforderlich sei, sondern nur, daß der Ministerpräsident das Recht hat, diesen Vorträgen beizuwohnen. Die Ordre wurde 1852 als eine Nothwendigkeit empfunden, um der Uneinigkeit in dem Manteuffel'schen Ministerium ein Ende zu machen, die darauf beruhte, daß jeder Minister berechtigt war, auch Gesetze oder sonstige Maßregeln beim Könige in Vorschlag zu bringen, ohne seinen Collegen davon Mittheilung zu machen. Außerdem bestand ja damals noch die Gepflogenheit, daß sachkundige Männer auf die Entschließung des Königs einwirken konnten, ohne verantwortliche Minister zu sein. Wir brauchen das, was man damals Camarilla nannte (Gerlach, Niebuhr, Gröben, Stolberg, Radowitz u. s. w.) nicht näher zu charakterisiren; der König hatte eben zu diesen Herren weit mehr Vertrauen wie zu den meisten seiner Minister. Aber Herr v. Manteuffel hatte zunächst nur das für ihn Erreichbare im Auge und das Bedürfniß, über Vorträge seiner Minister nicht nur unterrichtet, sondern bei ihnen auch gegenwärtig zu sein, um dem Könige die etwaigen Gegengründe vorzutragen. Die Entscheidung blieb ja immer beim Könige, der nach der preußischen Verfassung diejenige Stellung einnimmt, die man vielfach irrthümlicher Weise dem Ministerpräsidenten zuschreibt. Der König hatte dem dringenden Verlangen seines Ministerpräsidenten nach der Ordre von 1852 schließlich widerstrebend nachgegeben; der Zweck derselben war die Herstellung der Einheitlichkeit im Staatsministerium, wie sie im constitutionellen Staate unentbehrlich ist. Dieser Zweck wurde schlecht und recht erreicht, so lange Herr von Manteuffel Minister war, und die Ordre blieb auch während der neuen Aera unter den Ministern Hohenzollern und Auerswald in strammer Anwendung. Nachdem Herr von Bismarck Minister geworden war, ist ein Zurückgreifen auf diese Ordre in Rivalität mit seinen Collegen bei Cabinetsvorträgen actenmäßig nicht erkennbar. Der Grund dafür ist aber nicht in der Entbehrlichkeit der Ordre von 1852 zu suchen, sondern in der Thatsache, daß alle Minister über die Unentbehrlichkeit des Präsidenten einig und mit ihm in allen Stücken einverstanden waren, und daß jeder derselben

bei Meinungsverschiedenheiten sich beruhigte, ohne im Cabinet mit dem Ministerpräsidenten in Rivalität zu treten. Dieser Zustand hat bis zum Ausscheiden des Fürsten Bismarck im preußischen Staatsministerium geherrscht; dasselbe ist deshalb stets in sich geschlossen und einig geblieben ohne Rückgriff auf die Ordre von 1852.

Es ist im Interesse Preußens und des Reiches dringend zu wünschen, daß diese Geschlossenheit im Ministerium auch ferner andaure mit oder ohne die Cabinetsordre von 1852. Daß letztere außer Kraft gesetzt sei, ist bis jetzt amtlich nicht bekannt geworden. Es würde also zur Aufrechterhaltung der Geschlossenheit in der Politik des Ministeriums nur erforderlich sein, daß der derzeitige Ministerpräsident sich der Ordre erinnert. Dieselbe betrifft allerdings nicht die Möglichkeit, daß Einflüsse von Personen, die dem Staatsministerium überhaupt nicht angehören, mit der amtlichen Politik in Concurrenz treten. Hiergegen aber giebt es überhaupt kein Remedium, es ist dies bei jeder absoluten Regierung der Fall und war es auch bei der constitutionellen Friedrich Wilhelm's IV. Die „Quertreiberei", um den heute publicistisch modern gewordenen Ausdruck zu verwenden, fand damals ihr Gegengewicht in der Vorsicht, mit welcher Friedrich Wilhelm IV. Meinungsverschiedenheiten mit Ministern, die er einmal gewählt hatte, Jahre lang discutirte, ohne mit seinen „ungehorsamen" Ministern zu brechen.

* * *

Am 25. November (A.-A.) heißt es in den „Hamb. Nachr.":

Eine gewisse Presse gefällt sich in Angriffen gegen den Kriegsminister Bronsart von Schellendorf. Wir glauben, daß dieser Minister das Vertrauen aller conservativen und staatserhaltenden Parteien im Lande besitzt und verdient; wir sind auch der Ansicht, daß Herr von Bronsart durchaus keinen Grund hat, eine außeramtliche Existenz zu scheuen, und daß, wenn er den Versuchungen der letzteren widersteht, man dies unter den obwaltenden Umständen als Beweis seiner selbstlosen Neigung, dem Kaiser und dem Reiche zu dienen, besonders hoch zu veranschlagen hat.

* * *

Ueber das Verhältniß der Staatssecretaire zu den Ministern stellen die „Hamb. Nachr." am 26. November (M.-A.) weitere Erörterungen an:

Zu den Ministerfragen. In einem Artikel älteren Datums, der uns nachträglich zur Besprechung empfohlen wird, behauptet der officiöse „Hamburger Correspondent", die Staatssecretaire im Auswärtigen Amte und im Reichsamte des Innern seien „seit längerer Zeit regelmäßig Mitglieder des preußischen Staatsministeriums". Dieses „regelmäßig"

trifft nicht zu und ist eine Fiction im Sinne der Aenderung unserer staatlichen Einrichtungen. Herr von Boetticher, an dessen Stellung der officiöse Artikel anknüpft, hat nie als regelmäßiges Mitglied des preußischen Staatsministeriums in Function gestanden, sondern nur als Vertreter der reichskanzlerischen und der Reichspolitik innerhalb des preußischen Ministeriums in allen den Fällen, wo der Reichskanzler selbst nicht im Stande war, die Reichsinteressen wahrzunehmen. Er ist preußischer Minister, ebenso wie Delbrück und Hofmann, immer nur als Hülfsarbeiter des Ministerpräsidenten in dessen Eigenschaft als Reichskanzler gewesen.

Die auswärtigen Angelegenheiten hat Fürst Bismarck, so lange er gesund genug war, stets sich selbst vorbehalten, und nur in der letzten Zeit seines Amtes seinen Sohn, den Grafen Herbert, nachdem er ihn ein Jahrzehnt hindurch in alle Verhältnisse selbst eingeweiht hatte, als Vertreter auch der auswärtigen Politik im preußischen Staatsministerium herangezogen. Es geschah dies in dem Sinne, den Fürst Bismarck neuerdings auch öffentlich vertreten hat: die einzelnen Bundesregierungen an der Reichsregierung und selbst deren auswärtiger Politik lebhafter, als bis dahin der Fall war, zu betheiligen. Die Verleihung des preußischen Ministertitels an den Grafen Herbert in seiner Eigenschaft als Staatssekretair des Aeußern im Reiche erfolgte erst unter Kaiser Friedrich, der geneigt war, dem Grafen Herbert nach Analogie des fürstlichen Hauses Pleß den Prinzentitel zu verleihen, wogegen Fürst Bismarck Widerspruch erhob und bat, wenn seinem Sohne eine Gnade erzeigt werden solle, ihn zum Mitgliede des preußischen Staatsministeriums zu ernennen, in welchem er, der Fürst, doch einer in auswärtigen Dingen sachverständigen Unterstützung zu bedürfen glaube, wie sie ihm sein Sohn nach langjähriger Schulung im Dienst gewähren könne. Es ist durchaus ein unberechtigtes Argument, wenn man annimmt, daß die Staatssecretaire des auswärtigen Reichsamtes „regelmäßige" Mitglieder des preußischen Staatsministeriums seien. Ihre Ernennung ist vielmehr lediglich eine Zweckmäßigkeits- und unter Umständen eine Rang- und Gehaltsfrage. Daß die zur Assistenz des Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als Reichskanzler geschaffenen preußischen Staatsminister lediglich die Aufgabe haben, in Abwesenheit des Reichskanzlers dessen Reichspolitik im Staatsministerium zur Geltung zu bringen, ist eine Ansicht, die in keiner Weise, wie der officiöse Artikel im „Hamb. Corr." meint, nur die eine Seite der Sache berührt und deshalb zu eng gefaßt ist, sondern sie entspricht genau der verfassungsmäßigen Competenz.

Daß, wie der officiöse Artikel weiter andeutet, der Monarch das Recht hat, sich durch Befragung jedes Beamten zu informiren, auch

über die Politik des Vorgesetzten dieses Beamten, und daß es dessen Pflicht ist, die gestellten Fragen nach Pflicht und Gewissen zu beantworten, wollen wir nicht bestreiten. Wir hatten aber unter Friedrich Wilhelm IV. in Preußen die nämliche Verfassung wie heute, während Kaiser Wilhelm I. die Gewohnheit hatte, die königlichen Entschließungen nur mit den dazu berufenen Beamten, mit jedem in seinem Ressort, zu verhandeln. Daß sein Herr Bruder diese Regel nicht beobachtete, hatte die Camarillabildung zur Folge, über die späterhin ja von constitutioneller Seite mannigfach Beschwerde geführt worden ist. Die Camarilla unter Friedrich Wilhelm IV. bildete unzweifelhaft eine Erschwerung der Staatsgeschäfte, aber sie bestand aus Männern, die auch ihrerseits nach ihrer politischen Vorbildung verantwortliche ministerielle Stellungen hätten einnehmen können, wie Gerlach, Groeben, Radowitz, Bunsen u. s. w.

Der officiöse Artikel im „Hamb. Corr." enthält noch die Bemerkung, daß nach preußischem Staatsrechte jeder Staatsminister eine ganz selbstständige Stellung und das Recht freier Abstimmung habe. Der Satz paßt auf alle Minister, die ein Ressort haben, aber nicht auf diejenigen Reichsbeamten, die lediglich zur Unterstützung der Reichspolitik als Beistände des Reichskanzlers bei Ab- oder Anwesenheit ihres Vorgesetzten zu preußischen Staatsministern ernannt worden sind. Wenn der officiöse Artikel damit schließt, daß „beide Staatssecretaire" in wichtigen Einzelfragen im preußischen Staatsministerium abweichend von dem Reichskanzler gestimmt hätten, so ist das eine Unwahrheit insofern, als der Staatssecretair des Auswärtigen dabei mit einbegriffen erscheint; und daß der Staatssecretair des Innern gegen den Reichskanzler gestimmt hat, trifft doch nur für die letzte Staatsministerialsitzung zu, nachdem dem ersten Reichskanzler die kaiserliche Autorität nicht mehr zur Seite stand, und belastet nur Herrn von Boetticher. Hierin wurzelt, wie wir glauben, die Kritik, die von Seiten des ersten Reichskanzlers das Verhalten des genannten Staatssecretairs treffen mag. Die Frage, ob Herr von Boetticher nicht berechtigt war, wie seine Freunde in der Publicistik es behauptet haben, bei Meinungsverschiedenheit mit dem Kanzler in einen Kampf mit dem Monarchen einzutreten, enthält doch eine vollständige Fälschung der ministeriellen Situation. Die „Nat.-Lib. Corr." sagt darüber, daß es in Preußen schon zur Zeit des absoluten Königthums nicht an Kämpfen — sagen wir lieber Meinungsverschiedenheiten — zwischen dem König und den Ministern gefehlt habe, und sie folgert daraus weiter, daß die Demüthigung Preußens im Jahre 1806 nicht zum kleinsten Theile durch die gefügigen, damals unverantwortlichen Minister verschuldet gewesen sei. Sie nimmt also schon damals, im unbeschränkten Absolutismus, für die Minister die Befugniß in An-

spruch, die Klarheit und Entscheidung schwebender Fragen im „Kampfe" zu gewinnen, und äußert dabei, es sei doch nicht verfassungsmäßig, wenn ein Minister seine unbedingte Gefügigkeit gegenüber dem Willen des Königs durch seine Beamteneigenschaft zu decken suche; das Staatsinteresse verlangt unbedingt eine andere Auffassung des Ministerberufes.

* * *

In der A.-A. desselben Tages führen die „Hamb. Nachr." aus:

Fortdauernde Preßerörterungen in Sachen des Staatsministers von Boetticher veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß die Veröffentlichungen in Bezug auf Herrn von Boetticher ihren Ursprung nicht in Friedrichsruh gehabt haben. Die erste Erwähnung der Sache erfolgte in Wien und lieferte schon durch die Unrichtigkeit der dabei angegebenen Ziffern den Beweis, daß sie von competenter Seite nicht ausgegangen war. Die jüngsten Besprechungen der Frage beruhten auf Initiative von ministerieller Seite und entstammten der Empfindlichkeit, mit welcher Herr von Boetticher sich berührt fühlte durch die landwirthschaftliche Rede des Fürsten Bismarck vom 9. Juni d. J., bei der aber der Fürst gar nicht an ihn gedacht hatte, wie aus einer Aeußerung hervorgeht, die uns berichtet ist: „Warum läuft er mir denn muthwillig in den Kugelstrich, wenn nach ihm gar nicht geschossen wird!" Diese letzte Episode des Streites ist ja in ganz unerwarteter Weise durch das schwere Geschütz der Ministerialerklärung im „Reichs-Anzeiger" vom 9. October künstlich hervorgerufen. Uns hat es überrascht, daß die betheiligten Persönlichkeiten nach ihrer langjährigen Thätigkeit im öffentlichen Leben eine so aufgeregte Empfindlichkeit behalten haben. Wir betrachten alle diese Dinge mehr mit der Kaltblütigkeit des Historikers, und namentlich würde Fürst Bismarck viel zu thun haben, wenn er jeder Kritik gegenüber, die gegen ihn geübt wird, das gleiche Maaß von Empfindlichkeit entwickeln wollte.

Nur einen Punkt wollen wir nachträglich noch erwähnen. In einer Besprechung, die ein süddeutsches Blatt an die ministerielle Publication im „Reichs-Anzeiger" geknüpft hat, hieß es u. A.: „Herr von Boetticher hat später privatim erklärt, daß die berühmte Schwenkung eigentlich gar keine Schwenkung gewesen sei; er sei stets der Meinung gewesen, daß die socialen Ansichten Bismarck's, speciell hinsichtlich der Frauen- und Kinderarbeit und der Sonntagsruhe, unrichtig seien, und er habe ganz natürlich sich für die Auffassung des Kaisers erklärt, da dieselbe sich durchaus mit der seinigen deckte." Ganz natürlich können wir das nach den bestehenden Ressortverhältnissen, wie wir im heutigen Morgenblatte dargelegt haben, nicht finden. Wir glauben im Gegentheil, daß Herr

von Boetticher auch dem Kaiser gegenüber die Auffassung des Reichskanzlers, zu deren Vertretung ganz allein er ressortmäßig verpflichtet war, hätte vertreten, oder daß er dem Kanzler hätte sagen müssen: „Ich bin nicht mehr in der Lage, Ihre Ansichten über die Sonntagsruhe bei Sr. Majestät zu vertreten." Es wird dem Fürsten Bismarck übrigens nur erwünscht sein, die Verantwortlichkeit für die Sonntagsruhe und für die Eingriffe in das Familienleben durch das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit von sich fern zu halten und die Zeit abzuwarten, wo diese unpraktischen Maßregeln der Reaction der öffentlichen Meinung werden weichen müssen.

* * *

Auch in der Stöcker'schen Sache wird in derselben Nummer noch einmal das Wort ergriffen:

In einer seiner letzten Veröffentlichungen erwähnt Herr Stöcker selbst, in dem Verweise, den er seiner Zeit von der ihm vorgesetzten Behörde erhalten habe, sei Bezug darauf genommen, daß er durch Hinweis auf einzelne große Vermögen Begehrlichkeit erregt hätte. Der Ursprung dieser Censur des Oberkirchenrathes erhellt aus der Thatsache, daß an den damaligen Minister des Innern die Zumuthung erging, Stöcker sollte ausgewiesen werden. Wenn dem Hinweise Stöcker's auf die großen Vermögen der Charakter einer Anstiftung zu socialdemokratischer Gewaltthat beigemessen wurde, so konnte es nicht so auffällig erscheinen, daß der Gedanke, ob Stöcker nicht ebenso gut auszuweisen sei wie jeder andere Socialdemokrat, erwogen wurde, wenn auch nicht vom damaligen Reichskanzler. Wir würden noch heute über die Beantwortung dieser Frage zweifelhaft sein. Aber amtliche Form hat der Gedanke niemals angenommen, und Herr Stöcker glaubt sich einen Märtyrernimbus dadurch zu geben, daß er es behauptet.

Der Stöcker'sche Artikel schließt mit der Insinuation: „Der Fürst griff im Parlament nach einander so ziemlich alle Richtungen an, Fortschritt und Socialdemokratie immer, Centrum und Polenthum häufig, auch Conservative und Nationalliberale, wenn sie seiner Politik im Wege standen." Der Satz würde richtig sein, wenn man ihn in das Passivum umstellte: der Fürst wurde nach einander von allen Parteien angegriffen und hat sich dagegen gewehrt im staatlichen und im Reichsinteresse. Seine Haltung ist allen Reichsfeinden gegenüber, zu denen er gelegentlich in seinem Innern auch Herrn Stöcker gerechnet hat, aber immer nur defensiv gewesen, und da, wo er nicht angegriffen wurde, hat er auch seinerseits nicht die Initiative zum Angriff genommen. Aber Herr Stöcker scheint zu meinen, daß der Fürst auch mit der Social-

demokratie, dem Centrum und dem Polenthume freundschaftliche Fühlung hätte halten und Anlehnung der Regierung an die Conservativen und die Nationalliberalen auch dann suchen sollen, wenn sie seiner Politik im Wege standen!

* * *

Am 27. November ist ein Jahr verflossen, seit Fürstin Johanna v. Bismarck in früher Morgenstunde aus dem Leben schied. Die „Berl. Neuest. Nachrichten" begleiten die Wiederkehr des Todestages mit folgenden Bemerkungen:

Fast an der Schwelle des Zeitabschnitts, der dem Gemahl, an welchem sie mit allen Fasern ihrer Seele hing, den Dank der deutschen Fürsten und Stämme in einer Weise zum Ausdruck brachte, wie die Welt es noch nie gesehen, ward sie, die treue Gefährtin, einer so ehren- und sturmesreichen Laufbahn, von ihm gerissen, und während bereits in ganz Deutschland tausend fleißige Hände sich für die Feier des achtzigsten Geburtstages regten, warf der Tod der Fürstin einen tiefen Schatten auf die Freude, die sich vorbereitete. „Um den Abend wird es Licht sein" sprach der Geistliche an ihrem Sarge.

Auf das reiche Empfindungsleben dieser demuthsvollen und in ihren Gesinnungen doch so hoheitsvollen Frau hatten die letzten Jahre mit ihren sie tief erschütternden Vorgängen zu gewaltsam eingestürmt. Alle die Ereignisse, die sich vom Tode Kaiser Wilhelm's I. bis zur Erkrankung des Fürsten Bismarck in Kissingen im Herbste 1893 in schneller Folge drängten, konnten an der zarten Gesundheit der Fürstin nicht ohne schwere Spuren vorübergehen. Klaren Blickes sah sie auf Alles, was die Zeit gebar. An Menschen und Dingen war zuviel im Leben an ihr vorbeigeschritten, um noch irgend welche Täuschung über das Kommende bei ihr zu ermöglichen. Als Fürst Bismarck am 26. Januar 1894 nach Berlin ging, war ihr einziger Gedanke nur seine Gesundheit, und als wenige Wochen später der Kaiser ihr in Friedrichsruh zum letzten Male den Arm bot, sie zur Tafel zu führen, war es ein Bild der Vergangenheit, nicht der Gegenwart, das sie mit ihrem innern Auge sah. Als mit dem Herannahen des Herbstes ihre Kräfte mehr und mehr nachließen, haben die begeisterten Huldigungen der Posener und Westpreußen in Varzin mit den glänzenden Reden des Fürsten, haben die aus ganz Deutschland her bekannt werdenden Festvorbereitungen ihr Herz mit stillem Frieden erfüllt. Noch einmal wohnte sie der Varziner Erntefeier bei und saß heiter im Kreise der Ihrigen. Dann pochte der Tod mahnend an die Pforte des Hauses, indem er ihr die langjährige Freundin von der Seite riß. Bald kam die Kunde von dem Zusammenbruch des neuen Courses — die Fürstin nahm die erste Nachricht davon ungläubig auf — kurz vor ihrem Todestage traf mit der Einladung zur Eröffnung des neuen Reichstagsgebäudes die erste Anknüpfung seitens des neuen Reichskanzlers in Varzin ein. Um den Abend war es Licht geworden.

Um den Sarg, an welchem der Schöpfer des neuen Reiches um sein Liebstes trauerte, leuchtete bereits der lichte Glanz der weltgeschichtlichen Feier, in der ein

ganzes Volk seine Dankbarkeit zu bekunden sich anschickte. Tausende haben in den Frühlingstagen dieses Jahres die Gestalt der Fürstin neben dem hochaufgerichteten alten Kanzler schwer vermißt, Tausende werden heute der stillen Schläferin im Varziner Park gedenken, die dort den ewigen Schlaf schlummert, umrauscht von Eichen, Buchen und Tannen, wie von dem Rauschen der Erinnerungen einer unvergeßlichen Zeit. In der Mitte jener großen Zeit ist auch die Lebende einst gestanden in unermüdlicher Fürsorge um den Gatten, der mit starken Händen Kaiser und Reich aus Zerrissenheit und Zwietracht zu so glorreicher Höhe emporhob. Lorbeer und Rosen kränzen mit Recht diesen Sarg. Fürstin Johanna von Bismarck hat mit treuer Hand die Rosen in das Leben ihres Gemahls geflochten, ihr wohlthätiger Einfluß hat seinen vollen Antheil an dem Lorbeer, mit welchem ein dankbares Volk die Schläfe des Begründers seiner Macht und Einheit schmückt.

* * *

Wie die „Hamb. Nachr." melden, wurde im Namen des Kaiserpaares am Todestage der Fürstin Bismarck ein großer Kranz dem Fürsten überreicht. Der Kranz war dazu bestimmt, das Oelbild der Fürstin im Familiensalon zu Friedrichsruh zu umschließen. Die prachtvolle Schleife zeigt die Initialen und die Krone des Kaiserpaares.

* * *

Obwohl sie, streng genommen, nicht in den Rahmen dieser Sammlung gehört, wollen wir uns doch nicht versagen, folgende Mittheilung hier einzureihen:

Kurz nach dem Tode der Fürstin Bismarck im vorigen Jahre setzte die Redaction des „Echo" einer Anregung aus ihrem Leserinnen-Kreise folgend, einen Ehrenpreis für den schönsten kurzen Nachruf aus, der in zwei bis acht Verszeilen die verstorbene Fürstin als deutsche Hausfrau und Lebensgenossin Bismarck's feiert. Am ersten Todesgedenktag der edlen Frau, 27. November, veröffentlichte das „Echo" nun das Ergebniß jenes Ausschreibens. Die Fülle der Betheiligung vom In- und Auslande war erklärlicher Weise sehr stark. Nach mehrfacher Sichtung entschloß sich die Prüfungs-Commission unter folgenden fünf Einsendungen das Loos entscheiden zu lassen. Es fiel auf die nachfolgend zuerst abgedruckte von Dr. Th. Volbehr in Magdeburg.

Der Fürstin Bismarck.

Ohn' Rast und Ruh'
Getreulich sorgend hast du
Eines Jahrhunderts größtem Mann
In stiller Pflicht genug gethan:
Drum bleibt dein Name der fernsten Zeit
Geweiht!

Dr. Th. Volbehr in Magdeburg.

Fürstin Johanna v. Bismarck †.

Wer hielt das Auge, das für Deutschland wachte,
In Sturm und Noth des heißen Kampfes hell?
Wer war dem Manne, der so groß uns machte,
Ewiger Jugend nie versiegter Quell?
Du warst es, du, die all ihr Sein und Leben
Im Dienst für ihn dem Vaterland gegeben.

H. Hofmann.

Johanna von Bismarck.

Früh seine Größe ahnend, fest vertrauend
Auf seinen Stern, Genossin ihm im Streit,
Des Friedens Heim dem Sturmumtobten bauend,
Im Glanz des Ruhmes voll Bescheidenheit,
Mildthätig, sanft, zum Himmel gläubig schauend,
Warst du es werth, daß dir dein Held geweiht
Sein volles Herz mit aller Kraft und Tiefe!
Dein schönstes Denkmal seine „Bismarckbriefe!“

Otto Franz Gensichen.

Was sie ihm war, die Liebe sagt es an,
Die er ihr immerdar gegeben,
Die lobt auch mehr, als Wort und Lied es kann,
Ihr still verborgen Frauenleben.

Frau Ernst Becker in Borbeck.

Dein Ruhm ist seinem gleich
Fest wie Erz.
Sein Denkmal ist das Reich,
Deins: sein Herz!

Anna Hermann in Adelaide.

*   *
*

Am 29. November Mittags empfing Fürst Bismarck in Friedrichsruh trotz heftiger Gesichtsschmerzen die aus folgenden sechs Mitgliedern bestehende Deputation der Akademie der Künste: Professor von Ende, Professor Blumner, Professor Geselschap, Siemering, Schaper und Hans Müller, und nahm aus den Händen des Präsidenten, Professors von Ende, die dem Fürsten anläßlich seiner Ernennung zum Ehrenmitgliede der Akademie gewidmete, vom Professor Geselschap künstlerisch ausgeführte Adresse entgegen.

Professor von Ende gedachte bei der Ueberreichung der unsterblichen Verdienste des Fürsten um das deutsche Vaterland, und Professor Geselschap gab zu der Adresse einige Erklärungen, nach denen der den Drachen besiegende Ritter Georg den Kampf und Sieg des Fürsten gegen die inneren und äußeren Feinde, das Reichstagsgebäude die Einigung Deutschlands zu einem Reiche darstellt.

Der Fürst dankte sodann in längerer Rede für die ihm erwiesene hohe Ehre, die er um so dankbarer empfinde, als er während seines amtlichen Wirkens sehr wenig für die Kunst habe thun können. Aber er liebe und verehre die Kunst. In Bezug auf die Musik, die er nicht habe pflegen können, habe ihm die selige Fürstin, die grade vor einem Jahre von ihm geschieden sei, das an sich selbst Vermißte ersetzt, da sie die Kunst der Musik mit großer Liebe gepflegt habe.

Nach wiederholtem Danke bat der Fürst die Herren, die Unterhaltung beim Frühstück fortzusetzen. Die Tafel verlief in angeregtester Unterhaltung. Beim Abschied richtete der Fürst an jedes Mitglied der Deputation herzliche Worte des Dankes. Einige derselben begaben sich von Friedrichsruh nach Hamburg, die anderen kehrten direct nach Berlin zurück.

* * *

Für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts seitens der Stadt Suhl dankte der Fürst durch folgendes Schreiben vom 4. December:

Den verehrlichen Magistrat bitte ich, für die erzene Ausfertigung meines Ehrenbürgerbriefes meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und den Ausdruck desselben der Bürgerschaft mitzutheilen. Das geschmackvolle Kunstwerk legt ein beredtes Zeugniß ab für die hohe Entwickelung des künstlerischen Verständnisses Ihrer Waffen erzeugenden Stadt.

v. Bismarck.

* * *

Am 14. December lesen wir in den „Hamb. Nachr.“ (M.-A.):

Im 3. Bande des Poschinger'schen Buches „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“ ist auf S. 131 über die Verwendung der von der Stadt Paris entrichteten Kriegscontribution von 200 Millionen Franken erzählt:

„Er, Bismarck, habe darauf im preußischen Ministerium beantragt, daß diese Summe, die erste Einnahme aus dem mit vereinten Kräften geführten Nationalkriege, dazu verwandt werde, den deutschen Bundesgenossen die Kriegskostenentschädigungen zurückzuzahlen, welche sie im Jahre 1866 an das Königreich Preußen hatten zahlen müssen. Er sei da auf lebhaften Widerstand gestoßen, man habe ihm erwidert: „Diese Dinge gehören der Vergangenheit an!“ Er habe entgegnet: „Es ist nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft, wir schmieden damit das neue Reich fester zusammen.“

Er sei aber in der Minorität geblieben oder vielmehr ganz allein, keiner seiner Collegen habe mit ihm gestimmt."

Dazu bemerken die „Berl. Neuest. Nachrichten":

In dieser Fassung ist die Erzählung nicht richtig. Die Sache ist gar nicht in das Staatsministerium gekommen, sondern sie spielte sich in Versailles, bei der Einlieferung der Pariser Kriegsentschädigung, zwischen dem Könige und dem Bundeskanzler ab, welcher letztere für seinen Vorschlag die Zustimmung des Monarchen nicht erlangen konnte. Damit war nun jede weitere Behandlung im Staatsministerium von selbst ausgeschlossen. Von den Ministern war damals nur der Kriegsminister General von Roon in Versailles anwesend, der dem Kanzler seine vollste Zustimmung zu dem Vorschlage ausgesprochen hatte. Es ist daher auch unrichtig, wenn dem Fürsten Bismarck die Aeußerung in den Mund gelegt wird: keiner seiner Collegen habe mit ihm gestimmt. General von Roon hatte für die politische Tragweite des Vorschlages volles Verständniß und vollste Zustimmung.

* * *

Im sächsischen Landtage war von der Zweiten Kammer am 10. Dezember eine Resolution angenommen worden zu Gunsten der Einführung des dreiclassigen Landtagswahlrechtes, und zwar gegenüber einem socialdemokratischen Antrage auf Einführung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts für den Landtag. Der Verleger der Dresdener Neuest. Nachr. Dr. Reichardt schickte einen Artikel hierüber an den Fürsten Bismarck mit dem Ersuchen um eine Meinungsäußerung. Der Fürst antwortete:

Friedrichsruh, den 14. December 1895.

Ich danke Ihnen verbindlichst für Ihr gefälliges Schreiben vom 11. d. Mts., von dem ich, ebenso wie von der Zeitungsbeilage, mit Interesse Kenntniß genommen habe. Ich wünsche der sächsischen Landesvertretung für ihre entschlossene Haltung Glück und guten Erfolg, halte es aber bei uns der Sache nicht förderlich, wenn ich für dieselbe öffentlich hervortreten wollte. v. Bismarck.

* * *

Aus Friedrichsruh wird den „Hamb. Nachr." vom 16. December gemeldet:

Der Kaiser traf, wie schon kurz gemeldet, heute Nachmittag 5 Uhr auf der Fahrt von Altona nach Berlin in Friedrichsruh ein, um dem Fürsten Bismarck einen Besuch abzustatten. Der Fürst hatte von der Absicht des Kaisers schon gestern Kenntniß erhalten, für das große Publicum aber war das bevorstehende Ereigniß Geheimniß geblieben.

Der Fürst, der Cuirassieruniform mit Helm und Mantel angelegt hatte und rüstig einherschritt, erwartete mit dem Grafen Rantzau und Geheimrath Schweninger die Ankunft des Kaisers am Portal des Schlosses, wo der

Extrazug zum Halten gebracht wurde. Nachdem er den Kaiser begrüßt und für den gnädigen Besuch gedankt hatte, fand die Vorstellung des Gefolges statt, das aus folgenden Herren bestand: Geh. Cabinetsrath Wirkl. Geh. Rath von Lucanus, Generallieutenant, Generaladjutant Freiherr von Plessen, Contreadmiral Freiherr von Senden-Bibran, Hausmarschall Freiherr von Lyncker, Flügeladjutant Oberst von Kalckstein, Flügeladjutant Oberst von Moltke, Leibarzt Generalarzt Dr. Leuthold.

Nunmehr geleitete der Fürst seinen hohen Gast zum Schloß, wo bald darauf das Diner begann. Nach demselben verabschiedete sich der Kaiser, um nach Berlin weiterzufahren. Der Fürst begleitete den Kaiser an den Zug, Graf und Gräfin Rantzau sowie Geheimrath Schweninger folgten.

Der Weg vom Schloß bis zum kaiserlichen Zuge war von Friedrichsruher Feuerwehrleuten besetzt, die Spalier bildend die Nacht mit Magnesiumfackeln erleuchteten. Nur wenig Publicum hatte sich eingefunden, das beim Anblick des Kaisers und des Fürsten in Hochrufe ausbrach.

Vor dem Salonwagen angekommen, verabschiedete sich der Kaiser vom Fürsten und seiner Begleitung, bestieg den Zug und unterhielt sich aus dem Fenster heraus noch kurze Zeit mit der Gräfin Rantzau. Als sich der Zug unter den Hochrufen der Umstehenden in Bewegung setzte, winkte der Kaiser wiederholt grüßend zurück, der Fürst salutirte militairisch und begab sich dann langsam wieder ins Schloß.

* * *

Am 27. December bringen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) folgende Mittheilung:

Wie Tiroler Blätter mittheilen, hat Fürst Bismarck auf die Glückwunschadresse zum 80. Geburtstag von zahlreichen Herren aus Innsbruck folgende Antwort an den Vorsitzenden des Comités gelangen lassen:

> Die Adresse der Herren aus Tirol hat mich durch die darin ausgesprochene ehrenvolle Anerkennung sehr erfreut, und zugleich bedauere ich lebhaft, daß meine Gesundheit in der letzten Zeit nicht gut genug war, daß ich Sie hätte zum Besuche einladen können. Ich verzichte nicht für immer auf die Ehre Ihrer persönlichen Bekanntschaft und bitte Sie, allen betheiligten Herren für die mir in der Adresse kundgegebene freundliche Gesinnung meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen.
>
> v. Bismarck.

Ursprünglich hatte man seitens des Comités die Absicht, die Adresse dem Altreichskanzler durch eine Deputation persönlich überreichen zu lassen. Es besteht nun die Absicht, im Laufe des nächsten Jahres eine Deputation nach Friedrichsruh zu senden, um dem Altreichskanzler nachträglich die Glückwünsche seiner Verehrer in Tirol persönlich auszudrücken.

* * *

Wir lesen in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" vom 27. December:

„Eine Reihe von ultramontanen Blättern kündigen ihr 25jähriges Jubiläum an. Am 1. Januar 1871 wurden die Berliner „Germania" und Bonner „Deutsche Reichszeitung" gegründet, im selben Monat die „Kölnische Volkszeitung". Ganz nebenbei wird dadurch abermals der Beweis geführt, daß nicht Fürst Bismarck, sondern die ultramontanen Heißsporne den Culturkampf begannen. Fürst Bismarck stand im Januar noch im Feld, Paris war noch nicht eingenommen, da organisirten sich die Ultramontanen in nicht gerade loyaler Weise, angefeuert von den jungrömischen Elementen und ehrgeizigen Politikern wie Mallinckrodt und Savigny."

* * *

Von einem Falle befremdlicher Schwäche gegenüber polnischer Anmaßung wird der „Köln. Ztg." Kenntniß gegeben.

Darnach hätten in einer Posener Mittelstadt die Polen in einem Saale, der sonst von einem deutschen Verein benutzt wird, eine polnische Veranstaltung vornehmen wollen, dabei aber auch die Forderung gestellt, daß die dort befindlichen Büsten des Kaisers und des Fürsten Bismarck entfernt würden, damit sie nicht ihre polnischen Augen beleidigten. Hierüber wurde mit einem Vorstandsmitglied des deutschen Vereins, der ein höherer Regierungsbeamter ist, verhandelt, und dieser soll die Genehmigung zur Entfernung der Büsten gegeben haben!!

Dazu bemerken die „Berl. Neuest. Nachrichten" am 27. December:

„Die ‚Köln. Ztg.' verschweigt absichtlich die Namen des Orts und des betheiligten Beamten, weil sie der Ueberzeugung ist, daß die vorgesetzte Behörde aufs schärfste disciplinarisch vorgehen werde. — Uns erscheint das Vorkommniß so ungeheuerlich, daß wir einstweilen noch einen Zweifel an der völlig correcten Darstellung für gestattet halten möchten. Sollte dieser aber nicht zutreffen, dann könnte man freilich aus dem Vorgange deutlich entnehmen, wohin bereits die Verhätschelung der Polen geführt hat."

Ende des Jahres 1895.

Register.





